

„Nachtwächterstaat“ oder „Praktisches Christentum“?

Religiöse Kommunikation innerhalb der parlamentarischen Diskussion im deutschen Reichstag um die Einführung der Sozialversicherung 1881-1889

Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

vorgelegt von
Peter Erli
geb. am 4. Oktober 1973 in Freiberg

Betreuer: Prof. Dr. habil. Christian Schwarke, Technische Universität Dresden

Gutachter: 1. Prof. Dr. Christian Schwarke, Technische Universität Dresden
2. Prof. Dr. Roland Biewald, Technische Universität Dresden
3. Prof. Dr. Klaus Tanner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Tag der Verteidigung: 7. September 2006

Es kam mir nicht so sehr darauf an, eine allgemeine Theorie [...] in die Luft zu bauen und dann nachträglich zu prüfen, ob sie mit der Erfahrung übereinstimmt; sondern es erschien mir als die nächstliegende Aufgabe, zuerst einmal für einen begrenzten Bezirk die verlorene Anschauung von dem Prozeß [...] zurückzugewinnen, dann ein gewisses Verständnis für dessen Ursachen zu suchen und am Ende einzusammeln, was sich auf diesem Wege an theoretischen Einsichten ergeben hat.¹
(Norbert Elias)

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	5
II. Sozialreform und Sozialpolitik bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung	8
1. Soziale Frage und sozialreformerische Ideen	9
1.1. Industrialisierung und soziale Frage	9
1.2. Ansätze zur Lösung der sozialen Frage.....	12
1.2.1. Soziale Milieus im Kaiserreich	12
1.2.1.1. Das katholische Milieu	16
1.2.1.2. Der gespaltene Protestantismus	17
<i>Das protestantisch-konservative Milieu</i>	18
<i>Das protestantisch-liberale Milieu</i>	22
1.2.1.3. Das sozialistische Milieu.....	26
1.2.2. Antworten auf die soziale Frage aus den einzelnen Milieus	33
1.2.2.1. Das katholische Milieu	33
<i>Franz Joseph Buß (1803-1878)</i>	34
<i>Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877)</i>	36
<i>Peter Reichensperger (1810-1892)</i>	41
1.2.2.2. Das protestantisch-konservative Milieu	43
<i>Johann Hinrich Wichern (1808-1881)</i>	44
<i>Victor Aimé Huber (1800-1869)</i>	50
<i>Rudolf Todt (1839-1887)</i>	58
1.2.2.3. Das (protestantisch-)liberale Milieu	65
<i>Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883)</i>	68
<i>Victor Böhmert (1829-1918)</i>	76
<i>Der „Manchesterliberalismus“</i>	83
1.2.2.4. Das sozialistische Milieu.....	86
<i>Johann Karl Rodbertus(-Jagetzow) (1805-1875)</i>	87
<i>Wilhelm Weitling (1808-1871)</i>	90
<i>Ferdinand Lassalle (1825-1864)</i>	94

¹ Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den westlichen Oberschichten des Abendlandes, Bern ²1969, LXXIX.

1.2.3. Bürgerliche Sozialreform und „Kathedersozialismus“	98
2. Staatliche Sozialpolitik bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung	104
2.1. Arbeiterschutz	105
2.2. Haftung bei Arbeitsunfällen	106
2.3. Kassenwesen	107
2.4. Armenfürsorge	112
III. Die Sozialversicherungsgesetzgebung – historischer Abriss	114
1. Das Versicherungsprinzip	116
1.1. Ansparversicherung	116
1.2. Risikoversicherung	117
1.3. Sozialversicherung	119
2. Motivation des Sozialversicherungsprojektes – drei Problemfelder	122
2.1. Altersversorgung	124
2.2. Haftpflicht und Arbeiterschutz	131
3. Fünf Entwürfe, drei Gesetze	139
3.1. Unfallversicherung (1881-1884)	139
3.1.1. Die Entstehung der ersten Gesetzesvorlage	139
3.1.2. Die erste Gesetzesvorlage vor dem Reichstag	144
3.1.3. Die zweite Gesetzesvorlage	147
3.1.4. Von der dritten Vorlage zum Unfallversicherungsgesetz	154
3.2. Krankenversicherung (1882/83)	160
3.3. Invaliditäts- und Altersversicherung (1888/89)	163
4. Stellung der Parlamentsfraktionen zur Sozialversicherung	170
4.1. Die Zentrumsfraktion	170
4.2. Die Konservativen	173
4.3. Die Liberalen	176
4.3.1. Die Nationalliberalen	176
4.3.2. Die Linksliberalen	178
4.4. Die Sozialdemokraten	180
4.5. Sonstige Gruppierungen	183
4.5.1. Elsass-Lothringer	183
4.5.2. Polen	184
5. Ausbau der Sozialversicherungsgesetzgebung bis zur Reichsversicherungsordnung (1911)	186
5.1. Unfallversicherung	189
5.2. Krankenversicherung	190
5.3. Invaliditäts- und Altersversicherung	191
6. Zusammenfassung	194

IV. Die Parlamentsdebatten um die Sozialversicherung als religiöse Kommunikation	197
1. Parlamentarische Kommunikation	198
2. Religiöse Kommunikation.....	202
3. Einzelne Themenbereiche	206
3.1. Christentum.....	206
3.1.1. Christentum, praktisches Christentum und christlicher Staat.....	206
3.1.2. Christentum und christliche Nächstenliebe	219
3.2. Sozialismus, Staatssozialismus, staatliche Kompetenzen	231
3.3. Traditionelle Fürsorgeinstitutionen	249
3.4. Einzelne Begriffe mit religiösen Konnotationen.....	259
3.4.1. Sittlichkeit, Moral, Ethik.....	259
3.4.2. Humanität.....	264
3.4.3. Natur, Organismus	269
3.4.4. Kultur	272
3.4.5. Gerechtigkeit	274
3.4.6. Freiheit vs. Zwang.....	276
3.5. Die Sozialversicherung als Innovation.....	281
3.6. Verwendete Bibelzitate	287
V. Befunde und Schlussfolgerungen.....	296
Abkürzungen.....	303
Zitierte Bibelstellen	304
Kurzbiogramme ausgewählter Abgeordneter.....	305
Verwendete Literatur.....	311
Quellen und Literatur bis 1945	311
Literatur nach 1945	318

I. Einleitung

Spätestens seit der Reformation ist der Anspruch *ecclesia semper reformanda* fest im Selbstverständnis der westlichen Kirchen verankert. Diese konstitutive Notwendigkeit zu unablässiger Umgestaltung in Reaktion auf wie auch immer geartete Wandlungen in ihrem Umfeld teilen sie mit den sozialen Sicherungssystemen. Auch ihnen ist die immer nur vorläufige Gültigkeit ihrer Annahmen, Regeln und Regelungen immanent, ist Sozialpolitik immer auch Umbau sozialer Sicherungssysteme.

Für beide Institutionen gilt gleichermaßen, dass Reformstau im Interesse ihrer Bestandssicherung nicht geduldet werden darf. Dieser im Laufe der Geschichte allzu oft bestätigte Grundsatz wurde im kirchlichen Umfeld mitunter gern mit Blick auf schmerzhaftes Richtungswechsel und kurzfristige Vorteile ignoriert, die diesbezüglichen Chancen der für die Sozialpolitik Zuständigen sind indes kaum weniger umfangreich: Zwar überdauern die etwaigen Folgen versäumter oder durchgeführter Reformen vielleicht keine Jahrhunderte, wenigstens aber Jahrzehnte, die in der Wahrnehmung eines zwangsläufig zunächst einmal auf Legislaturperioden fixierten politischen Systems schwierig genug zu berücksichtigen sind.

Im Deutschland des 21. Jahrhunderts ist der Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme unübersehbar, verlangen Geburtenrückgang und gestiegene Lebenserwartung – beide übrigens Folgen gestiegenen Wohlstandes verbunden mit wissenschaftlichem Fortschritt – sozialpolitische Antworten. Wurde noch 1995/96 mit der Pflegeversicherung ein (vorläufig) letztes Segment zum 1883 initiierten Sozialversicherungssystem hinzugefügt, so erscheint ein Jahrzehnt später dieses System als Ganzes fragwürdig, weil in herkömmlicher Verfassung nicht finanzierbar.¹

Eine neue soziale Frage harret der Beantwortung.² Im Unterschied zur sozialen Frage des 19. Jahrhunderts stellt sie sich heute nicht nur aufgrund wirtschaftlicher Umwälzungen. Zwar erzeugen die Chancen und Zumutungen der zunehmenden Globalisierung einen immensen wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsdruck, eine mindestens ebenso große Herausforderung ist indes die binnen etwa eines Jahrhunderts von der Basis auf die Spitze gestellte Alterspyramide: Die soziale Frage der Gegenwart hat in entscheidendem Maß demographische Wurzeln. Diverse Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung, verschiedene Gesetzesinitiativen zur Belebung des Arbeitsmarktes mit einschneidenden Folgen für die Betroffenen, die

¹ Vgl. dazu Zacher: Aktuelle Herausforderungen für die Sozialversicherung. (Erläuterung zu den Literaturnachweisen: Werke, denen Zitate entnommen sind, werden als Kurztitel angegeben, vollständige Titelangaben sind dem Literaturverzeichnis zu entnehmen. Kursiv hervorgehobene Passagen finden sich im Original gesperrt. Die Schreibung, eventuelle Hervorhebungen sowie die Zeichensetzung der zitierten Textstellen werden beibehalten, gleichwohl bleibt zu beachten, dass Herausgeber von Quellensammlungen und Werkausgaben mitunter bereits Anpassungen an die aktuell vorherrschenden orthographischen Gepflogenheiten vorgenommen haben.).

² Dieser Begriff hat bereits eine längere Tradition. Die *Neue Soziale Frage* wurde in der ersten Hälfte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts von Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler aufgeworfen (und 1975 in der „Mannheimer Erklärung“ des Bundesvorstandes der CDU festgehalten). Während die soziale Frage des 19. Jahrhunderts auf die strukturelle Benachteiligung der Arbeiter fokussiert, stehen reichlich hundert Jahre später andere (vor allem unorganisierte) Benachteiligte wie Arbeitslose, Alte, Frauen, Kinder im Mittelpunkt (vgl. u. a. Geißler: Die Neue Soziale Frage; Becher [Hg.]: Die Neue Soziale Frage). Seit der letzten Jahrhundertwende wird von verschiedener Seite die Bildung als zentraler Ansatz zur Lösung dieser Neuen Sozialen Frage betont und seitens der politischen Parteien versucht diesen Begriff selbst wiederzubeleben.

Riesterische Rentenreform, das Loch in der Rentenkasse, die mangelnde finanzielle Ausstattung der Pflegeversicherung – Reformbedürftigkeit zeigt sich allorten und das ist im Sinne der eingangs aufgestellten Behauptung nicht verwunderlich. Immerhin fällt auf, dass die globale Konkurrenz und das folgenreiche Zusammenspiel steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen bereits einigen heiligen deutschen Kühen das Leben gekostet haben: Angesichts des wachsenden Mangels an Fachkräften (beispielsweise im Pflegebereich) und des Missverhältnisses zwischen der Zahl der Beitragszahler und der Leistungsempfänger der Sozialkassen versteht sich Deutschland nun (mitunter) als Einwanderungsland, Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen sind für breite Bevölkerungsschichten Normalität, eine Zweiklassenmedizin ist zwar immer noch ein Tabu, aber über weite Strecken bereits Realität, mit der zum Januar 2002 in Kraft getretenen Rentenreform bezuschusst der Staat unter bestimmten Bedingungen private Alterszusatzversicherungen. Letzteres wäre zur Zeit der Einführung der Sozialversicherung unmöglich gewesen, gehörte damals der Ausschluss der privaten Versicherungsanstalten (vor allem der Aktiengesellschaften) vom lukrativen Markt der Zwangsversicherungen zu den Maßnahmen, über die weit gehend Konsens bestand.

Damit ist der zentrale Gegenstand der folgenden Untersuchung benannt: Die Diskussion im deutschen Reichstag um die Einführung von obligatorischen Versicherungen gegen die Folgen von Arbeitsunfällen, Krankheit, Alter und Invalidität für bestimmte Gruppen von Arbeitern soll hier im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Dem Autor ist es darum zu tun, die sich über mehr als acht Jahre erstreckende Diskussion im deutschen Reichstag daraufhin zu untersuchen, ob und wie sich in den Äußerungen der verschiedenen Redner christlich-religiös motivierte bzw. beeinflusste Standpunkte widerspiegeln. Es gilt die diesbezüglichen Überzeugungen und Einstellungen der Redner, die in deren Argumentation für oder gegen die vorliegenden Gesetzentwürfe mitschwingen, so weit wie möglich freizulegen und damit zu zeigen, wie stark die parlamentarische Auseinandersetzung um die Sozialversicherung – und damit letztlich auch die Gestalt der Sozialversicherung – von solchen christlich-religiösen Überzeugungen und Einstellungen mit geprägt worden ist. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, von den Beratungen über die Versicherungsgesetze mehr als bloß versicherungstechnische Argumentationen zu erwarten; in welchem Maße diese Beratungen schließlich auch grundlegende verfassungstheoretische und weltanschauliche Fragen zum Gegenstand hatten, ist dann aber doch einigermaßen überraschend. Für den hier interessierenden christlich-religiösen Themenkreis sind insbesondere Auseinandersetzungen um die aus dem christlichen Liebesgebot folgenden Handlungsanweisungen für den Einzelnen und den Staat sowie die Abgrenzung karitativer Aufgaben zwischen Staat, Kommune, Kirche und Familie hervorzuheben.

Insofern versteht sich diese Arbeit als Beitrag zu den bereits durch andere Untersuchungen³ angestoßenen Bemühungen die Prägekräfte religiöser Überzeugungen und Argumentationsmuster nicht nur auf der theologischen und der kirchlichen Ebene nachzuweisen, sondern deren Wirken auch und gerade in anderen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen.

³ Vgl. etwa Blaschke, Olaf/Kuhleemann, Frank-Michael (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995; Friedrich, Norbert/Jähnichen, Traugott (Hg.): Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 6), Münster 2005. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die übrigen Arbeiten der vier genannten Herausgeber sowie Veröffentlichungen von Lucian Hölscher, Jochen-Christoph Kaiser, Sebastian Kranich, Thomas Mergel und Justus Mooser.

Die folgende Untersuchung konzentriert sich bei der Analyse religiös aufgeladener Argumentationen auf die mit dem Christentum verbundene Religiosität, wohl wissend, dass sich auch die ausgangs des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Religiosität nicht mit dem Fokus traditioneller christlich-konfessioneller Kirchlichkeit allein umfassend beschreiben lässt.⁴ Indes beziehen sich die eine religiöse Semantik⁵ aufweisenden Aussagen von Abgeordneten des deutschen Reichstags nahezu ausschließlich auf die christliche Religion; wo das einmal nicht der Fall sein sollte, wird im Folgenden darauf explizit hingewiesen.

Man könnte erwarten, dass die Redebeiträge sozialdemokratischer und jüdischer Abgeordneter von religiöser Semantik christlich-konfessioneller Provenienz weit gehend frei sind und hier darum weniger Aufmerksamkeit beanspruchen können. Da dies aber (zur anfänglichen Überraschung des Autors) nicht der Fall ist, kommt es bei der Betrachtung dieser religiösen Semantik zu keiner Verschleierung des herrschenden Kräfteverhältnisses zwischen Befürwortern und Gegnern der Sozialversicherung.

Die sich zu einer christlichen Kirche bekennenden Abgeordneten bildeten in den mit der Beratung der Sozialversicherungsvorlagen befassten drei Reichstagen die überwiegende Mehrheit. Eine Beschäftigung mit ihren Argumenten verspricht nicht zuletzt auch Rückschlüsse auf die Sozialmilieus, welchen sich nahezu alle Reichsbewohner zuordnen ließen.

Einen weiteren Impuls könnte die vorliegende Untersuchung aber auch für aktuelle Diskussionen um die Reform der sozialen Sicherungssysteme geben. Ein Vergleich damaliger und heutiger Argumente und Argumentationsweisen dürfte den Blick dafür schärfen, dass sich eben diese Argumentationen immer bereits in einem diskursiven Kontext bewegen, den zu berücksichtigen möglicherweise von Vorteil sein könnte, zumindest wenn man sich durch die Distanz von heutigen kommunikativen Gepflogenheiten zur Form der parlamentarischen Auseinandersetzung der 1880er Jahre nicht den Blick für die überraschende Aktualität von deren Inhalten verstellen lässt.

Um den diskursiven Kontext der Diskussion um die Bismarcksche Sozialversicherung ausreichend beleuchten zu können, ist der Analyse der Reichstagsdiskussion eine umfangreiche personenzentrierte Übersicht verschiedener sozialpolitischer Positionen vorgeschaltet, auf welche die Parlamentarier Bezug nahmen bzw. Bezug nehmen konnten. Hier genießen verständlicherweise die christlich-religiös orientierten Personen bzw. deren christlich-religiös motivierten Ansichten eine besondere Aufmerksamkeit, andere Positionen werden indes nicht ausgespart. Für diese Übersicht und für die Schilderung des Ablaufes der Reichstagsdiskussion gleichermaßen konnte der Autor auf zahlreiche vorhandene Quellenbände und Darstellungen – insbesondere die Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914 – zurückgreifen, sodass er sich darauf beschränkt, unter deren Zuhilfenahme die für das Verständnis seiner Analyse nötigen Fundamente zu legen. Die Würdigung einzelner Redebeiträge erfolgt aufgrund der stenografischen Berichte zu den Reichstagsverhandlungen.

⁴ Zu solchen Beschreibungsversuchen vgl. Luckmann: Die unsichtbare Religion, 54-61.

⁵ Wenn im Folgenden (vor allem in Kapitel IV) von religiöser Semantik gesprochen wird, wird darunter der in den untersuchten Texten vorgefundene Korpus an auf religiöse Zusammenhänge Bezug nehmenden Begriffen samt deren Denotationen und Konnotationen verstanden.

II. Sozialreform und Sozialpolitik bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung

Die Sozialbotschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 an die Reichstagsabgeordneten anlässlich der Eröffnung des fünften Reichstages, verlesen vom Reichskanzler, markiert in der Wahrnehmung der Zeitgenossen und in der Rückschau der Nachgeborenen gleichermaßen einen bedeutenden Meilenstein bei der, wie es in ihr heißt, „positiven Förderung des Wohles der Arbeiter“¹ mit legislatorischen Mitteln und recht eigentlich den Beginn der fruchtbaren parlamentarischen Beschäftigung mit dem Gesetzesprojekt zur Sozialversicherung. Dabei darf auch und gerade bei einer sich auf die parlamentarische Diskussion über die Sozialversicherung in den 1880er Jahren konzentrierenden Untersuchung nicht übersehen werden, dass diese „Allerhöchste Botschaft“ lediglich für den Beginn einer neuen Qualität in der Auseinandersetzung mit der sozialen Frage steht und bereits auf den Ertrag von Jahrzehnten voller unterschiedlicher Versuche zur Lösung derselben zurückblicken kann – und im Übrigen auch als Versöhnungsgeste gegenüber dem Reichstag verstanden werden muss, der bereits am 15. Juni 1881 ein Unfallversicherungsgesetz verabschiedet hatte, das allerdings vom Bundesrat zurückgewiesen worden war.

Aus diesem Grund ist es geboten vor der Beleuchtung der Reichstagsdiskussion über die Einführung der Sozialversicherung auf deren Vorgeschichte zurückzublicken. Dabei wird zunächst auf die in Reaktion auf die sozialen Missstände des 19. Jahrhunderts geäußerten sozialreformerischen Ideen einzugehen sein, in einem weiteren Abschnitt auf die Versuche der Obrigkeit, diesen Missständen durch eine aktive Sozialpolitik zu begegnen. Mit dem Begriff *Sozialreform* werden im Folgenden also alle Versuche, der sozialen Schieflage abzuhelpfen, zusammengefasst, während der Begriff *Sozialpolitik* lediglich die vonseiten des Staates bzw. der Obrigkeit initiierten Maßregeln zur Bewältigung dieser Schieflage bezeichnet.²

¹ StBRt V/1 (1881/82), 2/I (lies: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, V. Legislaturperiode, 1. Session 1881/82, Seite 2, Spalte I).

² Zur Begriffsverwendung vgl. auch Dipper: Sozialreform; Kaufmann: Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Deutung.

1. Soziale Frage und sozialreformerische Ideen

*Seit 50 Jahren sprechen wir von der sozialen Frage [...].
Keine politische Frage kommt überhaupt
zu einem vollständigen mathematischen Abschluß,
daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann;
sie stehen auf, haben ihre Zeiten
und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte,
das ist der Weg der organischen Entwicklung.*³

1.1. Industrialisierung und soziale Frage

Am 25. April 1837 hielt der aus ärmlichen Verhältnissen stammende Freiburger Professor für Staats- und Kirchenrecht Franz Joseph Buß die vermutlich erste sozialpolitische Parlamentsrede. Vor der Zweiten Badischen Kammer forderte er angesichts der weithin sichtbaren Folgen der Industrialisierung staatliche Maßnahmen gegen deren Nachteile.⁴

Diese Nachteile samt ihren Ursachen sowie die sich daraus herleitenden Aufgaben für die Gesellschaft bilden die so genannte *soziale Frage* (häufig synonym gebraucht: *Arbeiterfrage*⁵). Die Diskussion um die soziale Frage und mögliche Antworten bzw. Lösungen nimmt einen prominenten Platz unter den das 19. Jahrhundert bewegenden Herausforderungen ein, man kann sie mit Recht als eine Signatur dieser Zeit bezeichnen.⁶

Bereits Buß hatte auf die Verbindung der sozialen Frage mit der Industrialisierung hingewiesen. Untrennbar verknüpft war diese „Struktur- und Anpassungskrise ungeahnten Ausmaßes“⁷ mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts⁸, welches Letzteres das Arbeitskräftereservoir für die Entstehung und Ausweitung der industriellen Produktion speiste und diese dadurch erst ermöglichte,⁹ gleichzeitig aber die Gesellschaft vor völlig neue Probleme stellte (Wohnungsnot¹⁰, Arbeitsmigration¹¹ etc.).

³ Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck am 02.04.1881 vor dem Reichstag (StBRt IV/4 [1881], 712/I).

⁴ Vgl. Buss, Franz Josef von: Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Erste sozialpolitische Rede in einem deutschen Parlament im Jahre 1837, Offenburg 1904.

⁵ „Daran knüpft sich die *Auffassung der sozialen, der Arbeiterfrage überhaupt*, [...]“ (Schulze-Delitzsch: Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, 140). Zum Verhältnis dieser beiden Begriffe vgl. Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats, 259-262.

⁶ „Die soziale Frage – wie eine Sphinx unseres Jahrhunderts steht sie vor uns und fordert gebieterisch ihre Lösung.“ (Contzen: Geschichte der sozialen Frage von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, V). Der Begriff *soziale Frage* ist in Deutschland erstmals in den 1840er Jahren als Übersetzung aus dem Französischen (*question sociale*) nachweisbar (vgl. Jähnichen: Soziale Frage, Sp. 1473).

⁷ Ritter: Der Sozialstaat, 46.

⁸ Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. Hubert: Deutschland im Wandel, 17-55; Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen, 37-60; Henning: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, 771-780. In der Provinz Rheinhessen stieg die Einwohnerzahl beispielsweise von 150 559 im Jahr 1815 auf 241 069 im Jahr 1864, wobei das stärkste Wachstum um 1820 und 1830 zu beobachten war (vgl. Gessner: Die Anfänge der Industrialisierung, 258).

⁹ In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Industrialisierung zweifelsohne einen entscheidenden – nicht nur – wirtschaftlichen Entwicklungsschub darstellt, manche einschlägige Tradition menschlichen Zusammenlebens davon aber zunächst nicht entscheidend betroffen war. Anschaulich weist Josef Ehmer (Ders.: Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels) für die Arbeiter- und Handwerkerschicht nach, dass trotz der Industrialisierung vorindustrielle und vormoderne soziale Traditionen nicht nur verdrängt, sondern auch modifiziert und bewahrt wurden (zu Verlauf und Tempo der Industrialisierung vgl. Henning: Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis

Mit Thomas Nipperdey sieht der Autor den Ausgangspunkt der sozialen Frage im Massenelend innerhalb der rasch anwachsenden Klasse der (Fabrik-)Arbeiter, womit ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso umrissen sind wie ihre sittlich-psychische Verfassung. Zu beobachten ist eine Spaltung der modernen Gesellschaft in zwei voneinander streng geschiedene Klassen, ist doch die entstehende Arbeiterklasse kaum noch in gängige Lebens- und Wertemuster integrierbar. In diesem Sinne weist die soziale Frage über das zu allen Zeiten virulente Armutsproblem hinaus, da nun die traditionell zuständigen Institutionen wie Familie, Kirche und Kommune ebenso wenig diesem Übel abhelfen konnten wie fürsorgliche Grundherren¹² und Unternehmer.¹³

Gerhard A. Ritter betont ebenfalls den Charakter der sozialen Frage als Transformationsphänomen. Für ihn bezeichnet die soziale Frage die sozialen und politischen Konsequenzen, die sich aus dem Übergang von einer ständisch-absolutistischen Agrargesellschaft hin zu einer liberal-kapitalistischen Markt- und Industriegesellschaft ergeben. Wie Nipperdey hebt auch Ritter die neue Qualität des neuen Pauperismus¹⁴ hervor. Dieser ist gekennzeichnet durch die Trias Dekorporierung, Desorientierung und Demoralisierung aufgrund der Auflösung der ständischen Gesellschaftsordnung.¹⁵

Bereits die Zeitgenossen erkannten die enorme soziale und politische Sprengkraft der gesellschaftlichen Transformation: In einem Referat auf der Fuldaer Bischofskonferenz von 1869 hat der Mainzer Bischof und Zentrumspolitiker Wilhelm Emmanuel von Ketteler Ursachen und Auswirkungen der sozialen Frage aus dem Blickwinkel eines christlich-konservativen Standpunktes zusammengefasst; da insbesondere auch diese Position für die weiteren Ausführungen von Bedeutung sein wird, sei hier aus Kettelers Referat die Passage zur sozialen Frage in Ausschnitten wiedergegeben:

Das Wesen der socialen Frage besteht darin, daß, nach Beseitigung der Schranken, welche früher den selbstständigen Handwerksmann in seinem Erwerbe schützten, durch Einführung der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit, des Freihandelsystems, durch Aufhebung der Wuchergesetze u. s. w. das Capital, verbunden mit der Maschine, mit dem Prinzip der Arbeitstheilung sowie mit den leichten Transport- und Communicationsmitteln, eine solche Uebermacht erlangt hat, daß
1. nicht blos der Handwerker, sondern überhaupt der sog. kleine Mann im Geschäft, Handel und im Grundbesitz mit seiner bloßen Arbeitskraft auf die Dauer unmöglich die Concurrenz mit der mehr und mehr centralisirten Capitalmacht zu ertragen vermag; daß er auf seine selbstständige Stellung verzichten und als Stück-, Lohn- und Fabrikarbeiter, als Pächter und Tagelöhner in ein

1914; Ders.: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, 321-780; Kiesewetter: Industrielle Revolution in Deutschland; Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat, 33-71; Fischer: Industrialisierung und soziale Frage in Preußen; Kaelble: Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland; Komlos: Ein Überblick über die Konzeptionen der Industriellen Revolution).

¹⁰ Vgl. dazu Saldern: Häuserleben; Henning: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, 762-768.

¹¹ Bereits 1907 lebte nur noch jeder zweite Deutsche in seiner Geburtsgemeinde (vgl. Winkler: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus, 199).

¹² Zum karitativen Engagement von (adligen) Grundherren vgl. Henning: „Noblesse oblige?“, 320-323.

¹³ Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 335. Statt des von Nipperdey verwendeten Klassenbegriffs soll im Folgenden der weniger auf ökonomische Charakteristika fixierte Milieubegriff verwendet werden.
¹⁴ Zum Pauperismusbegriff vgl. Wohlrab: Armut und Staatszweck, 205-210; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 37 f. Diese neue Qualität darf nicht den Blick darauf verstellen, dass durch die Industrialisierung und die durch sie verursachte gesellschaftliche Transformation die vorindustrielle Armut und die damit verbundenen Hungerkrisen weit gehend überwunden wurden (vgl. Koch: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, 20).

¹⁵ Ritter: Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, 1 ff.; Ders.: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 23.

abhängiges Verhältniß gerathen und daß in Folge dessen der Mittelstand, eine der Hauptstützen des Staates und der Kirche, nach und nach verschwinden und an dessen Stelle die der modernen Zeit eigenthümliche Masse der besitz- und freudenlosen, der unzufriedenen und lebensmüden Proletarier treten muß;

2. daß das Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer nicht mehr nach sittlichen, die Menschenwürde respectirenden Gesetzen, nicht durch die wohlwollende Theilnahme christlicher Nächstenliebe geregelt ist, sondern lediglich nach den Gesetzen kaufmännischer Berechnung bestimmt wird, um bei der Production die größtmögliche Verminderung der Herstellungskosten zu erzielen und so siegreich mit andern Producenten zu concurriren.

3. Diesem verkehrten Verhältniß entspringen eine Reihe materieller, physischer und moralischer Uebelstände für den Arbeiter [...]:

a) Der *Lohn* des Arbeiters richtet sich nicht nach seinem Verdienste oder seinen Bedürfnissen, sondern nach dem „ehernen öconomischen Gesetz“ [...]

b) Der Arbeiter hat nicht einmal *Garantie* für die Fortdauer seines kummervollen Daseins. [...]

c) Der Arbeiter hat keine Hoffnung, sich jemals aus seiner elenden Lage erheben zu können wie der selbstständige Handwerker.

d) In dem Berufe des Arbeiters ist nichts geeignet, ihn geistig und moralisch zu heben. [...]

e) Das alles vermehrt noch das Elend seiner Lebensweise in Wohnung, Kleidung und Nahrung und führt zu unmäßigem Genuß geistiger Getränke, zur Untergrabung der Gesundheit, zu ungeregeltem Geschlechtsverkehr, zur Auflösung des Familienlebens, zur Versunkenheit des weiblichen Geschlechts, zur Vernachlässigung jeder Kindererziehung.

f) Für die Gnaden des Christenthums [...] ist eine solche Arbeiterbevölkerung im Großen und Ganzen vollkommen unempfänglich und unzugänglich. [...] ¹⁶

Aus den von Ketteler beschriebenen Zuständen ergeben sich nach Franz-Xaver Kaufmann folgende Dimensionen der sozialen Frage, auf welche es Antworten zu finden galt:

- die Frage nach der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozess (Arbeiterschutz, Arbeitsvertragsrecht),
- die Frage nach der Legitimität kollektiver Interessenvertretungen (Koalitionsrecht),
- die Frage nach der Existenzsicherung der erwerbslosen Arbeiter (Armenfürsorge),
- die Frage nach den politischen Rechten der Arbeiter (Wahlrecht). ¹⁷

Angesichts der teilweise rasanten Entwicklung der Industrie ¹⁸ wird die soziale Frage verständlicherweise in erster Linie als Arbeiterfrage verstanden. Obwohl sich im Agrarsektor und handwerklichen Mittelstand ebenso große Herausforderungen stellten, ¹⁹ gerieten soziale Schieflagen in der Landwirtschaft und im Handwerk meist erst vermittels der Beschäftigung mit der Situation der Fabrikarbeiter in den Blick.

Auch die Landwirtschaft hatte bereits strukturell bedingte Armut hervorgerufen (saisonale Schwankungen, Witterungsabhängigkeit), doch war dieser mithilfe relativ stabiler Familienstrukturen, der kommunalen Armenfürsorge (sowie nicht selten auch durch verantwortungsbewusste Grund- und Gutsherren) meist beizukommen, da es sich fast ausschließlich um immer dieselben Minderheiten von nicht Erwerbsfähigen handelte. Damit sei nicht behauptet, dass Witwen, Waisen, Invalide und Alte auf dem Land durchweg umfassend und angemessen versorgt worden wären, immerhin konnten sie in der Regel mit einer wenigstens halbwegs

¹⁶ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter, in: Ders.: Sämtliche Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 2, 429-451, 430 ff.

¹⁷ Vgl. Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats, 262 f.

¹⁸ Michel Hubert hebt als Charakteristika der Industrialisierung in Deutschland deren im Vergleich zu den westlichen Nachbarn späten Beginn (erst im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts) sowie deren rasches Fortschreiten hervor (vgl. Hubert: Deutschland im Wandel, 14). Zu regionalen Spezifika der Industrialisierung vgl. Kiewewetter: Region und Industrie in Europa 1815–1995.

¹⁹ Vgl. Koch: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, 20 f.

auskömmlichen Versorgung rechnen, da sie eine Minderheit innerhalb der ländlichen Bevölkerung stellten. Eine weitere strukturelle Herausforderung für den Agrarsektor stellte die insbesondere im Süden gebräuchliche Realteilungspraxis dar, die ebenso wie die in ihren Folgen ähnlich gelagerte Landarbeiterarmut durch Auswanderung (zunächst vor allem in den Osten Preußens und des Habsburger Reichs sowie nach Russland) entscheidend gelindert wurde. Im Handwerk²⁰ waren Überbesetzung und konjunkturelle Schwankungen insbesondere durch eine restriktive Heiratspolitik vermieden bzw. ausgeglichen worden, indem die Gründung einer Familie nur ökonomisch hinreichend abgesicherten Meistern bzw. fest angestellten Mitarbeitern gestattet war und in Gestalt derer, denen die Heirat verwehrt war, ein flexibles (v. a. mobiles) Arbeitskräftepotenzial zur Verfügung stand.²¹ In der Industrie waren anders als in Landwirtschaft und Handwerk alle Erwerbsarbeiter den kaum vorhersehbaren Produktionsschwankungen und damit der permanenten Gefahr des Verlusts der Existenzgrundlage ausgeliefert. Zudem waren sie oft von möglicher Unterstützung durch ihre Familien abgeschnitten und konnten selten auf den Beistand des Unternehmers rechnen, der vom konjunkturellen Auf und Ab kaum weniger abhängig war als die in seinem Unternehmen Beschäftigten.

1.2. Ansätze zur Lösung der sozialen Frage

Auf die immensen Herausforderungen, vor welche das die soziale Frage aufwerfende Massenelelnd die Gesellschaft stellte, wurde von verschiedenen Seiten mit verschiedenen Lösungsansätzen reagiert. Im Folgenden sollen die wichtigsten Vorschläge nebst ihren Trägergruppen vorgestellt werden. Dem Autor ist es um die Schilderung des diskursiven Rahmens zu tun, in dem sich später die Auseinandersetzungen im deutschen Reichstag um die Sozialversicherungsgesetzgebung bewegen sollten, weswegen er sich auf die Darstellung der einschlägigen Konzepte konzentriert, ohne auf deren Schöpfer und Verbreiter näher als nötig einzugehen. Mit dem Ziel eines Vergleichs zwischen der Argumentation während der Sozialversicherungsdiskussion der 1880er Jahre und den Konzepten vorangegangener Sozialreformer werden hier diejenigen Vorschläge eine besondere Berücksichtigung erfahren, welche sich bei der später zu schildernden Reichstagsdiskussion wiederfinden werden. Dies gilt eingeschränkt auch für Persönlichkeiten, die sowohl als außerparlamentarische Sozialreformer wie als sozial engagierte Reichstagsabgeordnete in Erscheinung getreten sind.

1.2.1. Soziale Milieus im Kaiserreich

Um die verschiedenen Ansätze zur Lösung der sozialen Frage, die Stellungnahmen dazu sowie die entsprechenden Trägergruppen voneinander abzugrenzen, legt sich der Milieubegriff nahe. Ausgehend von M. Rainer Lepsius' Aufsatz „Parteiensystem und Sozialstruktur“ aus dem Jahre 1966, in welchem er u. a. auf die Verbindung des deutschen Parteiensystems mit *sozialmo-*

²⁰ Vgl. dazu Engelhardt (Hg.): Handwerker in der Industrialisierung.

²¹ Vgl. dazu Ehmer: Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels, 24-51; Matz: Pauperismus und Bevölkerung; Braun: Das Zwangs-Zölibat für Mittellose in Deutschland; Ders.: Gewerbe-, Zug und Verhelichungsfreiheit im Norddeutschen Bunde.

ralischen Milieus oder *Sozialmilieus* hinwies, wird im folgenden Abschnitt die Verfassung der einzelnen Milieus und ihr Verhältnis zu den politischen Gruppierungen entsprechend der im deutschen Reichstag vertretenen Fraktionen analysiert. Lepsius verwendet den Milieubegriff als Bezeichnung „für soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden. Das Milieu ist ein soziokulturelles Gebilde, das durch eine spezifische Zuordnung solcher Dimensionen auf einen bestimmten Bevölkerungsteil charakterisiert wird.“²² Im Anschluss daran hat die Milieuforschung vier ein Milieu charakterisierende Merkmale herausgearbeitet: ein gemeinsames Werte- und Normensystem sowie gemeinsame Organisationen, eine intergenerationelle Tradierung der Deutungskultur, schließlich eine Abgrenzung zu anderen Milieus und daraus folgend Erfahrungen von Abgrenzung und Abwehr.²³

Lepsius sieht die Wählerschaft der politischen Parteien des deutschen Kaiserreichs (und der Weimarer Republik) in vier solcher Milieus gespalten: in das katholische, das konservative, das bürgerlich-protestantische sowie das sozialistische Milieu.

Der auf die politischen Lager abzielende Milieubegriff Lepsius' ist vielfach kritisiert worden,²⁴ dennoch hält ihn der Autor für geeignet, die Darstellung seiner Untersuchungsergebnisse zu strukturieren. Während insbesondere von der sich gegen die Vorstellung eines monolithischen katholischen Deutschlands wendenden Katholizismusforschung die fehlende Binnendifferenzierung der vier Milieus bemängelt wurde,²⁵ wird hier auf ebendiese Differenzierung weitgehend verzichtet werden: Aufgrund der vorrangig zu berücksichtigenden politischen Orientierung eines Milieus, als deren Gradmesser unter Vernachlässigung anderer Indizien in erster Linie die Präferenzen bei den Wahlen zum deutschen Reichstag²⁶ verwendet werden sollen, können die zweifellos vorhandenen Verschiedenheiten innerhalb der einzelnen Milieus (vor allem hinsichtlich des Erwerbs) auf sich beruhen.²⁷

²² Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 38. Lepsius unterlässt eine klare Unterscheidung der Begriffe *Milieu*, *sozialmoralisches Milieu* und *Sozialmilieu*, weshalb im Folgenden lediglich der Begriff *Milieu* verwendet werden soll, der am wenigsten eine soziale Homogenität innerhalb der Milieus suggeriert.

²³ Vgl. Bösch: Das konservative Milieu, 11; Lösche/Walter: Katholiken, Konservative und Liberale, 476.

²⁴ Zur Rezeption des Milieubegriffs vor allem unter Berücksichtigung der konfessionell geprägten gesellschaftlichen Schichten vgl. Blaschke/Kuhlemann: Religion in Geschichte und Gesellschaft, 22-41. Zur Problematik des Milieubegriffs vgl. den Forschungsbericht von Lösche/Walter: Katholiken, Konservative und Liberale. Gleichzeitig findet der Lepsiusche Milieubegriff aber noch immer strukturierende und erhellende Verwendung (vgl. z. B. Bösch: Das konservative Milieu; Kühne: Entwicklungstendenzen der preußischen Wahlkultur im Kaiserreich).
²⁵ Vgl. z. B. Loth: Katholiken im Kaiserreich, 35; Ders.: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs, 279; Klöcker: Das katholische Milieu; Jäger: Bergarbeitermilieus und Parteien im Ruhrgebiet. Thomas Mergel weist außerdem auf die „Grenzgänger“ zwischen katholischem und bürgerlichem Milieu hin (vgl. Mergel: Grenzgänger; vgl. dazu auch Ders.: Zwischen Klasse und Konfession; Heilbronner: Wohin verschwand das katholische Bürgertum?; Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte: Katholiken zwischen Tradition und Moderne). Auch vonseiten evangelischer Kirchen- und Sozialhistoriker kommen Versuche zur weiteren Binnendifferenzierung des Protestantismus: Z. B. leitet Jochen-Christoph Kaiser anhand der Entstehung eines evangelischen Verbandsspektrums „erweckliche“ und „spätrationalistisch-neologische“ Milieuformen ab (vgl. Kaiser: Die Formierung des protestantischen Milieus, insbesondere 272). Frank-Michael Kuhlemann erarbeitet in Anlehnung an Doris Kaufmann vier konzentrische Milieukreise (Pfarrer, Synoden und Kirchenparteien, protestantische Vereine und Verbände, politische Parteien), geht für sein Untersuchungsgebiet, das Großherzogtum Baden, aber ansonsten von einem übergeordneten protestantischen Milieu aus (vgl. Kuhlemann: Protestantisches Milieu in Baden, insbesondere 319; 347).

²⁶ Zu Wahlen und Wahlverhalten vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland; Winkler: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus.

²⁷ Zu einem differenzierten Milieubegriff (inkl. Definitionsangebot) vgl. Blaschke/Kuhlemann: Religion in Geschichte und Gesellschaft, 45-56. Blaschke und Kuhlemann weisen am Ende ihrer Einführung darauf hin, dass

Im Mittelpunkt des Interesses des Autors stehen hier parlamentarische Aussagen von Mitgliedern der verschiedenen Reichstagsfraktionen, die als solche im politischen Streitgespräch zuallererst parteilich geäußert, rezipiert und beantwortet werden. Die parlamentarischen Spielregeln verlangen von den Fraktionen klare trennscharfe Standpunkte, weshalb die Äußerungen ihrer Mitglieder die Einmütigkeit der Fraktion zu demonstrieren sowie die Abgrenzung zum politischen Gegner herauszustellen haben. Selbstverständlich gibt es in allen Fraktionen Angehörige der verschiedenen sozialen Schichten, in welche die vier erwähnten Milieus jeweils aufgegliedert werden könnten; dadurch möglicherweise verursachte Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktionen werden jedoch normalerweise intern nivelliert, um ein schlagkräftiges Auftreten in der parlamentarischen Auseinandersetzung zu erreichen. Und in den seltenen Fällen, wo dies einmal nicht gelingt, können dafür nach Ansicht des Autors nicht allein die schichtspezifischen Prägungen der abweichenden Abgeordneten verantwortlich gemacht werden.²⁸ Wenn, wie oben behauptet, die Milieukonstitution in entscheidendem Maße mit Abgrenzung und Abwehrerfahrungen zusammenhängt, dann lässt sich dies erst recht für die parlamentarische Identität des einzelnen Abgeordneten wie für die Gruppenidentität von Parlamentsfraktionen postulieren – ein weiteres Argument für die Rückbindung von Gruppen gewählter Abgeordneter an ihre Wählergruppen (einem solchen Zugriff verdankt sich bekanntlich das Lepsiusche Milieumodell).

Abgesehen von der Fokussierung auf die Wählerschaft der Reichstagsparteien und vom Argument der fraktionellen Geschlossenheit spricht auch das hier obwaltende Interesse an auf konfessionellen Standpunkten fußenden Charakteristika der Meinungsäußerungen der einzelnen Abgeordneten für die Konzentration auf die vier Milieus. Die religiöse Orientierung stellt eine der wichtigsten Strukturdimensionen dar, welche Lepsius zur Charakterisierung dieser Milieus in Anschlag bringt, und trotz der zunehmenden Zahl von „Nicht-Christen“, „Nichtmehr-Christen“²⁹ sowie Mitgliedern freier christlicher Gemeinden bzw. nichtchristlicher Gruppierungen³⁰ bleibt die konfessionelle Zugehörigkeit und damit die Abgrenzung vom konfessionell anders gebundenen Mitbürger für die Mehrzahl der Deutschen eine entscheidende Komponente ihres Selbstverständnisses.³¹

Für das katholische und in negativer Abgrenzung zunehmend auch für das sozialistische Milieu lässt sich die mancherlei Unterschiede einebnende Integrationskraft der religiösen (areligiösen) Orientierung behaupten. Die Spaltung des protestantischen Deutschlands in ein konservatives und ein liberales Milieu³² erschwert hingegen die Identifizierung eines dezidiert protestantischen Standpunktes – ja macht sie vielleicht geradezu unmöglich. Das Fehlen eines

sich Relevanz und Tiefenschärfe des Milieubegriffs immer am empirischen Material und den daraus abzuleitenden Erklärungen und Schlussfolgerungen auszurichten habe (vgl. ebd., 56).

²⁸ Vgl. etwa Herkunft und Erwerb derjenigen Parlamentarier in den Reihen der Konservativen und des Zentrums, die sich der jeweiligen Fraktionslinie bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung widersetzen.

²⁹ Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 528.

³⁰ Zur Bedeutung freireligiöser Gemeinden – worunter sowohl landeskirchlich nicht gebundene christliche Gruppierungen als auch Vereinigungen von nicht mehr dezidiert christlicher Weltanschauung subsumiert werden –, zur Ausbildung und Ausübung (protestantischer) bürgerlicher Religiosität und zur zunehmenden Differenzierung zwischen Religion und Religiosität im Allgemeinen vgl. Hölscher: Die Religion des Bürgers, 615-627; Ders.: Bürgerliche Religiosität im protestantischen Deutschland des 19. Jahrhunderts, 196-199; 208-215.

³¹ Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 529. Nipperdey ist zuzustimmen, wenn er behauptet, dass der konfessionelle Dualismus die verschiedenen Disparitäten des zweiten deutschen Kaiserreichs maßgeblich zu konservieren vermochte – auch über die Grenzen der konfessionell gebundenen christlichen Milieus hinaus (vgl. ebd.).

³² Vgl. Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 41.

protestantischen Pendants zur Zentrumspartei³³ verkompliziert die Würdigung konfessionell geprägter politischer Positionen und macht es nötig, zumindest kurz auf die Milieus im Einzelnen einzugehen. Aufgrund der hier zuvörderst interessierenden Beziehungen zwischen Milieu und politischer Partei wird im Folgenden im Unterschied zu Lepsius von einem protestantisch-konservativen und einem protestantisch-liberalen Milieu gesprochen. Erscheint mit Blick auf die konfessionelle Benennung des katholischen Milieus die Attribuierung des konservativen Milieus als protestantisch nachgerade als folgerichtig, lässt sich für das protestantisch-liberale (bürgerlich-protestantische)³⁴ Milieu die konfessionelle Verortung weniger selbstverständlich behaupten. Dies liegt weniger an einer etwa fehlenden Zugehörigkeit der Protagonisten zu einer der protestantischen Kirchen, die sich von wenigen Ausnahmen abgesehen lediglich für die jüdischen Angehörigen des protestantisch-liberalen Milieus feststellen lässt, sondern an der bei den Vertretern dieses Milieus weniger sichtbaren Beeinflussung vom Protestantismus in seiner kirchlichen bzw. theologischen Ausprägung.³⁵ Das gilt für die dieses Milieu vertretenden Abgeordneten bzw. Parteien gleichermaßen, weshalb sich weniger Berührungspunkte zwischen politischem und kirchlichem Liberalismus zeigen lassen, als dies für das protestantisch-konservative Milieu mitsamt seinen politischen und kirchlichen Vertretungen möglich ist.

³³ 1910/11 beschrieb Friedrich Naumann die Wählerbindung entsprechend der Konfession folgendermaßen: „Das ganze protestantisch-konservative Lager (Konservative und ihre Hilfsvölker [Freikonservative, Antisemiten, Christlich-Soziale, Bund der Landwirte]) besitzt zusammen etwa 2050000 Wähler, das Zentrum mit dem katholischen Lager [Polen, Protestler, Welfen, Bayerischer Bauernbund] hat etwa 2820000 Wähler. Will man es in Bruchteilen der entsprechenden Bevölkerung ausdrücken, so vertritt oder führt das Zentrum sieben Neuntel der katholischen Bevölkerung, während die Konservativen mit allem, was zu ihnen gehört, nur zwei Siebentel der protestantischen Bevölkerung in ihren Händen haben.“ (Naumann: Die politischen Parteien, 57 f. [die Passagen in eckigen Klammern sind im Original als Fußnoten abgedruckt]).

³⁴ Entsprechend dem erwähnten Zugriff auf die einzelnen Milieus ausgehend von deren politischen Vertretungen scheint es angebracht, auch in der Bezeichnung des liberalen Milieus von der Lepsius'schen Terminologie abzuweichen. Dadurch wird zugleich verdeutlicht, dass eine allzu enge Verknüpfung des nichtkatholischen Teils des Bürgertums mit dem politischen Liberalismus die Realität nur unzureichend abbilden würde, wie sich etwa am Beispiel der im hier zu verhandelnden Zeitraum recht einflussreichen Freikonservativen – die mit Arnold Lohren (1836-1901) übrigens auch einen entschiedenen und eloquenten Reichstagsabgeordneten katholischer Konfession besaßen – leicht zeigen lässt.

³⁵ Martin Greschat stellt für die Zeit zwischen 1840 und 1880 fest, dass sich in ihr „die prägende Kraft“ des Christentums „erheblich reduziert“ habe (Greschat: Zur Verhältnisbestimmung von Christentum und Kultur im deutschen Protestantismus am Ausgang des 19. Jahrhunderts, 41). Diesem Befund wird man schwerlich widersprechen können, dennoch bleibt bereits an dieser Stelle mit Olaf Blaschke festzuhalten, dass die prägende Rolle der Religion in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur für den hier zur Diskussion stehenden Zeitraum keineswegs zu gering veranschlagt werden darf (vgl. Blaschke: Das 19. Jahrhundert, 38). Diese Arbeit versteht sich insofern auch als ein Beitrag zu einem von Blaschke eingeforderten Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft, welcher der Religion den ihr aufgrund ihrer auch ausgangs des 19. Jahrhunderts nach wie vor gegebenen und von den Zeitgenossen auch so wahrgenommenen Prägekraft gebührenden Platz einräumt (vgl. ebd.) und damit die historiographische „Religionsblindheit“ überwindet (Langewiesche: Nation, Nationalismus, Nationalstaat, 216 [Langewiesche hatte eine solche Religionsblindheit allerdings nicht, wie Blaschke dies behauptet, der Geschichtswissenschaft attestiert, sondern der Nationalismusforschung]; „Ratlosigkeit“ gegenüber dem Phänomen Religion unterstellt Historikern, Politikwissenschaftlern und Soziologen bereits Karl Schmitt [Ders.: Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland, 155]; ebenso wie Blaschke identifiziert Schmitt für das 19. Jahrhundert eine „unerwartete Renaissance“ konfessioneller Konflikte [ebd., 157]). Mit bemerkenswertem apologetischen Furor weist Blaschke schlüssig nach, dass für das 19. Jahrhundert die Epochenbezeichnung *Zweites Konfessionelles Zeitalter* äußerst fruchtbar sein kann (vgl. Blaschke: Das 19. Jahrhundert; vgl. dazu auch Steinhoff: Ein zweites konfessionelles Zeitalter?). Auch Gangolf Hübinger stellt eine Rekonfessionalisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fest (vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 16).

1.2.1.1. Das katholische Milieu

Lepsius sieht das katholische Milieu durch seine beiden Stoßrichtungen charakterisiert: das Bemühen um den Erhalt der inneren Autonomie sowie die Verteidigungshaltung nach außen. Wie auch das sozialistische Milieu besaß das katholische Milieu eine nahezu einheitliche politische Interessenvertretung.³⁶ Die Zentrumsparterie war am Anfang „nur der politische Ausschuß der seit den fünfziger Jahren sich entfaltenden katholischen Volksbewegung“ bzw. „der Organisationen des katholischen Deutschlands“ und blieb auch später auf die Vertretung des gesamten katholischen Deutschlands bedacht, was trotz aller schichtspezifischen, Spannungen verursachenden Unterschiede insbesondere durch die Verbindung mit Kirche, Klerus und den katholischen Vereinigungen – gleichwohl mit abnehmendem Erfolg – bis 1933 überwiegend gelang.³⁷ Die Einbeziehung der zum Reich gehörenden nichtdeutschen Katholiken glückte hingegen nur vereinzelt.

Eine weitere Parallele zwischen dem katholischen und dem sozialistischen Milieu zeigt die Kehrseite einer einzigen politischen Vertretung für ein ganzes Milieu: Die aus der Minderheitssituation wie aus Anfeindungen von außen resultierende Verteidigungs- bzw. Abwehrhaltung verhinderte über weite Strecken die Integration der Minderheit in die Gesamtgesellschaft. Ins Positive gewendet kann man darin allerdings auch einen Schutz vor dem Zerfall des Milieus sehen.³⁸

Das katholische Deutschland mit seiner politischen Vertretung in der Zentrumsparterie sperrt sich am auffälligsten gegen eine Reduzierung der gesellschaftlichen Vielfalt auf die vier Milieus,³⁹ bildet doch das katholische Milieu diese Vielfalt am deutlichsten ab. Nach Auffassung des Autors ist aber eine solche Verengung wegen des eingangs geschilderten Zugangs zu den Milieus ausgehend von ihrer Vertretung im Reichstag sowie aufgrund der weit gehenden parteipolitischen Geschlossenheit der Zentrumsfraktion, welche bis zum Tod Ludwig Windthorst⁴⁰ 1891 im Wesentlichen glückte, zulässig. Eine wichtige Ausnahme von dieser Regel wird später eingehende Berücksichtigung finden.

Als Merkmale des katholischen Milieus jenseits von Ultramontanismus und Zentrumstreue seien hier entsprechend dem Zugriff des von Olaf Blaschke und Frank-Michael Kuhlemann herausgegebenen Sammelbandes „Religion im Kaiserreich“ Wirtschaftsinferiorität, Bildungsdefizit, das ausdifferenzierte katholische Presse- und Vereinswesen sowie die kaum zu überschätzende Mittlerfunktion der Geistlichen lediglich genannt.⁴¹

³⁶ Einheitliche Interessenvertretung meint lediglich das Fehlen von Konkurrenz, behauptet hingegen keine simple Entsprechung zwischen katholischem Milieu und Zentrumsparterie.

³⁷ Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 39 f. (hier auch Zitate).

³⁸ Vgl. Mooser: Volk, Arbeiter und Bürger in der katholischen Öffentlichkeit des Kaiserreichs, 262 f.

³⁹ Vor allem Wilfried Loth fordert, wie bereits erwähnt, eine Binnendifferenzierung des katholischen Milieus, wozu er den Milieubegriff Lepsius' für ökonomische Charakteristika öffnete, indem er zusätzlich zu den von diesem geäußerten Kriterien eine „relativ gleichartige Form materieller Subsistenzbegründung“ voraussetzt (vgl. Loth: Katholiken im Kaiserreich, 35 f.). Zu Wandlungen und Differenzierungen innerhalb des katholischen Milieus vgl. z. B. Schlögl: Katholische Kirche, Religiosität und gesellschaftlicher Wandel; Mooser: Katholische Volksreligion, Klerus und Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus; Jäger: Bergarbeitermilieu und Parteien im Ruhrgebiet.

⁴⁰ Zu Windthorst vgl. Aschoff: Ludwig Windthorst; Ders.: Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation.

⁴¹ Vgl. Blaschke/Kuhlemann: Religion in Geschichte und Gesellschaft, 29-33.

1.2.1.2. Der gespaltene Protestantismus

„Den Protestantismus in Deutschland gibt es nicht.“⁴² „Anders als die Katholiken waren die Evangelischen, die Protestanten, sehr viel stärker pluralisiert.“⁴³

Diese Feststellungen Friedrich Wilhelm Grafs und Thomas Nipperdeys markieren den unhintergehbaren Ausgangspunkt jeder Auseinandersetzung mit dem protestantischen Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Der deutsche Protestantismus ist nahezu von vornherein durch die ihm innewohnende Spaltung zwischen Lutheranern und Reformierten sowie die territorial-landskirchliche Organisation geprägt. Geht es hier auch um die Darstellung der liberalen und konservativen protestantischen Milieus, soll dennoch die charakteristische Verfassung des deutschen Protestantismus nicht aus dem Blick verloren werden, da diese nicht zuletzt für die Herausbildung der unterschiedlichen Milieus verantwortlich zeigt, insofern sie regional spezifische Differenzierungen ermöglicht bzw. vertieft hat.

Graf identifiziert als den Beginn für diese „traditionelle Dichotomie Konservative – Liberale“ (Lepsius)⁴⁴ die innerprotestantischen Auseinandersetzungen um die christliche Legitimität der Aufklärung, beginnend mit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, forciert durch die Ereignisse und Nachwirkungen der Französischen Revolution. Dadurch sei der deutsche Protestantismus zusätzlich zu dem bereits vorher unübersehbaren Gegensatz zwischen Reformierten und Lutheranern anfangs des vorletzten Jahrhunderts „in zwei religiös wie politisch tief greifend verschiedene Milieus auseinandergefallen“, sodass die innerprotestantischen Differenzen nun zunehmend politisch definiert und ausgetragen wurden. Hier wie auch für den parlamentarischen Schlagabtausch in den 1880er Jahren gilt, dass anlässlich theologischer Auseinandersetzungen – hier um die reine Bewahrung der Reformation, also um das Wesen des Protestantismus, dort beispielsweise um den christlichen Staat – nicht über theologische und kirchliche Lehrmeinungen allein gestritten wurde, sondern gleichzeitig immer auch über die „normativen Grundlagen des Gemeinwesens, die politischen Grundwerte“, „die tragenden Fundamente des politischen Systems“. Insofern war der sich anbahnende Gegensatz zwischen einem konservativen „konfessionalistischen Kirchenprotestantismus“ und einem „liberalen Bildungsprotestantismus“ bestimmend für die Herausbildung unterschiedlicher Milieus mit je eigenen parteipolitischen Präferenzen und spezifischen regionalen Ausprägungen. Umgekehrt verstärkten solche regionalen Spezifika die Vertiefung dieses innerprotestantischen Gegensatzes.⁴⁵

Grob vereinfacht lässt sich behaupten, dass der Liberalismus im Wesentlichen als ein bürgerliches, also vorwiegend städtisches Phänomen zu werten ist, während der Konservatismus eher in ländlichen Regionen beheimatet war.⁴⁶ Gleichwohl bestanden in vielen – auch kleineren –

⁴² Graf: Die Spaltung des Protestantismus, 157 (Druckfehler im Original korrigiert).

⁴³ Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 468.

⁴⁴ Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 41. Auch Nipperdey sieht den deutschen Protestantismus im Wesentlichen in diese beiden Milieus gespalten (vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 476), gleichwohl er weiterhin die vielfältigen Strömungen innerhalb des protestantischen Lagers betont (ebd., 529). Hier setzt die Kritik Gangolf Hübingers an, dazu später.

⁴⁵ Vgl. Graf: Die Spaltung des Protestantismus, 157 ff. (hier auch Zitate). Ab dem Ausgang des 19. Jahrhunderts kann man die beiden protestantischen Milieus (jedenfalls mit Blick auf deren kirchlich bzw. theologisch gebundenen bzw. gebildeten Trägergruppen) mit dem Begriffspaar *Kulturluthertum* – *Kulturprotestantismus* fassen. Dieser Terminus wurde von einer ursprünglich polemischen Fremdbezeichnung zur Selbstbezeichnung (vgl. Graf: Kulturprotestantismus), jener wurde von Friedrich Wilhelm Graf vorgeschlagen (vgl. Ders.: *Konservatives Kulturluthertum*).

⁴⁶ Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus erhielten 1863 liberale Kandidaten im Landesdurchschnitt 48,8 Prozent der Urwählerstimmen. Während sie in den Städten 67,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen

Städten unterschiedlich orientierte Gemeinden, mitunter waren auch innerhalb einer Gemeinde verschiedene Gruppen aktiv. Entscheidend für die Ausbreitung liberalen oder konservativen Gedankenguts und damit für die Konstituierung eines protestantisch-liberalen bzw. protestantisch-konservativen Milieus waren Universitätstheologen, Pfarrer, Kirchenpatrone, die Kirchengemeinden sowie das erstarkende Vereinswesen; bezüglich des liberalen Milieus sind als Trägergruppen⁴⁷ darüber hinaus Nationalökonomien, Juristen und Verwaltungsbeamte zu nennen.⁴⁸ Neben dem geringeren Organisationsgrad des protestantischen Liberalismus⁴⁹ war insbesondere das Patronatsrecht der mehrheitlich konservativen ländlichen Grund- und Gutsbesitzer für die relative – angesichts des Aufschwungs der Städte mit ihren ebenfalls Patronatsrecht ausübenden Räten nicht unbedingt zwangsläufige – Stärke des Konservatismus verantwortlich. Die Umsetzung dieser Stärke in parteipolitischen Einfluss erfolgte nicht selten mittels patri-monialer Stimmführung der in grundherrlicher Abhängigkeit stehenden Wahlberechtigten.⁵⁰ Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen⁵¹ tat sein Übriges; allerdings war es zuvörderst für den Ausschluss des vierten Standes von politischer Partizipation verantwortlich, das Kräfteverhältnis zwischen den beiden protestantischen Milieus auf der politischen Bühne Preußens hat das Dreiklassenwahlrecht hingegen nicht entscheidend verändert. Infolge der engen Verbindung von theologischer und politischer Diskussion bzw. Reflexion ist noch am Ende des 19. Jahrhunderts die Verschränkung der politischen Rede mit einer (ursprünglich) in der Theologie beheimateten Begrifflichkeit festzustellen; selbst im Modus der gezielten Vermeidung theologisch gefärbter Termini ist dieses Charakteristikum noch sichtbar, wie noch zu zeigen sein wird.⁵²

Das protestantisch-konservative Milieu

Während Lepsius lediglich das liberal-bürgerliche Milieu dezidiert als ein protestantisches deklariert, wird die protestantische Prägung im Rückgriff auf Friedrich Wilhelm Graf und Gangolf Hübinger⁵³ hier ausdrücklich in der Benennung auch des konservativen Milieus festgehalten. Lepsius nähert sich ebenso wie der Autor den Milieus vonseiten ihrer parlamentarischen Interessenvertretungen; möglicherweise unterlässt er mit Rücksicht auf die Denominationen der Reichstagsfraktionen die protestantische Attribuierung des konservativen Milieus, obwohl er – wie bereits erwähnt – von der Spaltung der Protestanten in Konservative und Liberale spricht. Denkbar ist auch, dass durch eine solche Benennung die mit der Politik der konserva-

konnten, waren es auf dem Land lediglich 37,4 Prozent (vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, 46).

⁴⁷ Zu den Trägergruppen des protestantisch-liberalen Milieus vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus, Bürgerkirche und liberaler Revisionismus im wilhelminischen Deutschland, 283-292.

⁴⁸ Dies gilt für das katholische Milieu entsprechend.

⁴⁹ Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 477.

⁵⁰ „Wo ein liberaler Gutsbesitzer ist, da wird liberal gewählt, und wo ein konservativer ist, wird konservativ gewählt.“ (der freikonservative Abgeordnete Otto Holtz am 17.05.1889 im Reichstag; StBRt VII/4 [1888/89], 1798/II). Dass dieses Prinzip insbesondere in als „reichsfeindlich“ diskriminierten Milieus sowie unter nationalen Minderheiten nur mit Einschränkungen galt, zeigt Thomas Kühne (vgl. Kühne: Entwicklungstendenzen der preußischen Wahlkultur im Kaiserreich, 140).

⁵¹ Vgl. dazu Kühne: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914.

⁵² Zu denken wäre etwa an die Auseinandersetzung zwischen konservativen und sozialdemokratischen oder linksliberalen Abgeordneten um den Humanitätsbegriff im Zuge der Sozialversicherungsdiskussion (vgl. Abschnitt IV.3.4.2).

⁵³ Vgl. Graf: Die Spaltung des Protestantismus, 163; Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 3.

tiven Parteien über weite Strecken sehr einverstandenen „aristokratisch-konservativen Honoratioren“⁵⁴ innerhalb der Zentrumsfraktion im Blick behalten werden sollen.

Die Verwendung der hergebrachten Label „konservativ“ und „liberal“ ruft gleichsam automatisch Assoziationen bezüglich des Verhältnisses der beiden solcherart charakterisierten Milieus zu „Moderne“, „Fortschritt“ etc. hervor. Solch undifferenziertem Begriffsgebrauch vorzubeugen, bedient sich der Autor bei der Darstellung des protestantisch-konservativen Milieus der aufschlussreichen Studie Friedrich Wilhelm Grafs über die Spaltung des Protestantismus⁵⁵, in welcher Graf nachweist, dass die Gegner eines liberalen Protestantismus gerade nicht als rückwärtsgewandte Verteidiger des überkommenen Kirchenglaubens⁵⁶ zu verstehen sind, sondern vielmehr das zu bewahrende Erbe der Reformation den aktuellen Verhältnissen ihrer Zeit anzupassen versuchen.⁵⁷

Wenn man wie Graf die innerprotestantischen theologischen Auseinandersetzungen als „Katalysator zur Ausbildung konkurrierender politischer Ideologien“⁵⁸ verstehen will, gilt es den Blick auf ebendiese Auseinandersetzungen zu richten, um zu verstehen, worauf die rivalisierenden Gruppen im Meinungsstreit abzielten, und damit auch klarer zu sehen, was diese beiden Lager voneinander unterscheidet.

Eine solche Unterscheidung der Geister lässt sich recht gut vornehmen anhand der Reaktionen auf die in vielen deutschen Teilstaaten ausgangs des 18. Jahrhunderts erlassenen Religionsedikte, welche die Ausbreitung der aufklärerischen Theologie mithilfe obrigkeitlicher Maßregelungen zu stoppen beabsichtigten – und welche selbst wiederum ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken von theologischer und politischer Diskussion abgeben, indem hier potenziell gefährlichen Auswirkungen von Neologie und Vernunftreligion auf das Gemeinwesen seitens der Territorialherrschaft vorgebaut werden sollte.

Die zwischen 1776 (Kursachsen) und 1803 (Mecklenburg) verabschiedeten Religionsedikte riefen ein bemerkenswertes Echo in Form von Streitschriften hervor,⁵⁹ deren Mehrzahl auf das preußische – so genannte Wöllnersche – Religionsedikt einging,⁶⁰ welches das Bemühen um

⁵⁴ Loth: Katholiken im Kaiserreich, 39.

⁵⁵ Graf: Die Spaltung des Protestantismus.

⁵⁶ Unter Kirchenglauben versteht Graf den mit der Religion verbundenen Korpus verbindlicher Lehrinhalte (vgl. ebd., 169).

⁵⁷ Wohl nicht zuletzt diese, um mit Graf zu sprechen, „spezifisch konservative Modernität“ (ebd., 162) speist in den 1880er Jahren die zwar nicht von zweifelnden Tönen freie, am Ende aber auffallend geschlossene Zustimmung der konservativen Parlamentarier zum Sozialversicherungsprojekt, also zu einer Innovation ersten Ranges. Wolfgang Hardtwig identifiziert überdies eine „konservative Modernisierung“ bereits im Umfeld der Revolution von 1848, nach der sich in beiden konfessionellen Lagern organisatorische Sammelbecken der konservativen Flügel verfestigten (vgl. Hardtwig: Die Kirchen in der Revolution 1848/49, 106).

⁵⁸ Ebd., 158.

⁵⁹ Heinrich Philipp Conrad Henke (Ders.: Beurtheilung aller Schriften welche durch das Königlich Preußische Religionsedikt und durch andre damit zusammenhängende Religionsverfügungen veranlaßt sind) hat allein 86 Schriften referiert, in der von Dirk Kemper (Ders.: Mißbrauchte Aufklärung?) besorgten Sammlung sind 118 Schriften aufgeführt. Das Spektrum der vertretenen Meinungen und Gattungen reicht vom Lustspiel des Theologen Carl Friedrich Bahrdt (Das Religions-Edict. Ein Lustspiel. Eine Skizze, 1789), welches ihm Festungshaft eintrug (vgl. Bautz: Bahrdt, Karl Friedrich, 347), bis zu einer gleichfalls anonym veröffentlichten Schrift mit dem Titel: Unumstößlicher Beweis, daß die Aufklärer Atheisten sind, 1788. Von den bei Henke nachgewiesenen Schriften ergreifen 35 Partei für das Religionsedikt, 18 erklären sich dagegen, die übrigen 33 beziehen sich nicht direkt auf das Edikt oder sind unentschieden (vgl. Graf: Die Spaltung des Protestantismus, 167).

⁶⁰ EDICT, die Religions-Verfassung in den Preußischen Staaten betreffend. De Dato Potsdam, den 9ten Jul. 1788, Berlin 1788. Vgl. dazu Valjavec: Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung; Becker: Wöllnersches Religionsedikt; Krolzik: Das Wöllnerische Religionsedikt.

die Eindämmung gemeingefährlicher aufklärerischer Lehren mit der Garantie bereits bestehender Rechte für die drei christlichen Konfessionen verband.

Die verschiedenen Standpunkte seien hier kurz exemplarisch an den Beiträgen von Peter Villaume und Johann Salomo Semler⁶¹ verdeutlicht.

Villaume zieht in seinem anonym veröffentlichten Beitrag die Berechtigung eines obrigkeitlichen Kirchenregiments in Zweifel. Er formuliert Fragen nach der Berechtigung staatlicher Verordnungen über dogmatische Fragen und gibt zu bedenken, ob solche Eingriffe ihren intendierten Zweck überhaupt zu erfüllen in der Lage sind.⁶²

Semler betont in seiner direkten Antwort auf Villaumes Schrift, dass das preußische Religionsedikt in die bislang schon gewährten Freiheiten für die Religionsgemeinschaften nicht eingreife; vielmehr sei selbiges „nur gegen unbesonnene Prediger gerichtet, welche bisher die Freyheit misbrauchten, und wirklich ins Große schädliche Lehren auf ihren Kanzeln vortrugen; folglich auch wider eben so unbesonnene Schriftsteller, welche der ganzen Christlichen Religion, also auch den Regenten selbst, welche eine öffentliche Religionsverfassung in ihren Staaten sanciert hatten, öffentlich Hohn sprachen“⁶³. Damit legt er den Finger auf einen wunden Punkt in der Argumentation der Gegner eines obrigkeitlichen Zugriffs auf das „Dogmatische in der Religion“, wie Villaume es ausgedrückt hatte: Wenn die Befürworter eines „aufgeklärten“ Umgangs mit der kirchlichen Lehrtradition die Obrigkeit von der Verantwortung für diese Lehrtradition entbinden möchten und also zunehmend einer Privatisierung von Religion bzw. Religiosität das Wort reden, stellen sie zugleich die kirchliche (und im Prinzip auch jede andere) Lehrautorität infrage. Nun stellt sich nicht nur für Semler die Frage, was dann eigentlich von den Kanzeln und in den Schulen verkündigt bzw. gelehrt werden soll. Für ihn selbst ist die Antwort klar: „ein öffentlicher Lehrer bleibe seinem ausdrücklichen, öffentlichen Berufe unterworfen, und dürfe nicht seine Privatgedanken zur öffentlichen Lehre seiner Religionspartey erheben, und die Lehrvorschrift hintansetzen“⁶⁴.

Während Semler sonst schwerlich als Galionsfigur des religiösen Konservatismus in Anspruch genommen werden kann, beschreibt diese letzte Aussage doch recht eigentlich das Anliegen der protestantischen Aufklärungskritiker, welche die durch die obrigkeitliche Aufsicht garantierte Lehreinheit der Kirche gegen die aufklärerische Individualität auch in Glaubensfragen in Schutz nehmen wollen und somit die Glaubensfreiheit der Gemeinde der Glaubensfreiheit der Pfarrer und Lehrer voranstellen. Hier spiegelt sich eine gleichsam „moderne“ Strategie der protestantischen Frühkonservativen wider: Sie verteidigen nicht einfach althergebrachte Glaubensinhalte, indem sie sich gegen die Kritik der nicht zuletzt auch von Geistlichen getragenen rationalistischen Strömungen⁶⁵ verwehren; vielmehr nehmen sie ebendiese Kritik ernst, setzen sich mit ihr auseinander und wenden sie überdies auf das rationalistische Ideengut selbst an. Mit dieser Taktik befinden sie sich auf diskursiver Augenhöhe mit ihren Gegnern, ja es gelingt ihnen sogar bisweilen, die Begriffshoheit zu erringen, wenn sie zum Beispiel den Begriff *liberal* für sich zu reklamieren verstehen. Quasi mit den eigenen Waffen versuchen sie die protestantischen Rationalisten zu schlagen, wenn sie die aufklärerische Obrigkeitskritik ihrerseits in

⁶¹ Villaume: Freymüthige Betrachtungen; Semler: Vertheidigung des Königl. Edikts.

⁶² „Kann das Dogmatische in der Religion ein Gegenstand von Verordnungen werden? Hat der Staat ein Recht, über Religion zu gebieten? und wie weit geht seine Macht? Kann man einem schwankenden Religionssysteme durch Edikte und Erordnungen mit gutem Erfolge zu Hülfe kommen?“ (Villaume: Freymüthige Betrachtungen; zit. nach Henke: Beurtheilung aller Schriften, 115 f.).

⁶³ Semler: Vertheidigung des Königl. Edikts (zit. nach Henke: Beurtheilung aller Schriften, 135).

⁶⁴ Ebd. (zit. nach Henke: Beurtheilung aller Schriften, 138).

⁶⁵ Vgl. dazu Janz: Bürger besonderer Art, 229-234.

Kritik am aufklärerischen Reformbeamtentum übersetzen oder die von ihnen unbestrittene göttliche Einsetzung der Monarchie mit dem Hinweis auf die Bekenntnistreue der Monarchen verbinden.⁶⁶

Einen weiteren Modernisierungsimpuls des frühen protestantischen Konservatismus identifiziert Friedrich Wilhelm Graf in der nicht zuletzt aus diesem Lager heraus betriebenen gezielten Politisierung theologischer Reflexion. Der traditionelle Kirchenglaube, repräsentiert durch Schrift und Bekenntnis, wird demnach nicht nur aufgrund bestimmter theologischer Auffassungen für unhintergebar und unentbehrlich erachtet, sondern sei zudem als einziger Garant des öffentlichen Wohls unter anderem für das Funktionieren von Verwaltung und Armee unverzichtbar und dürfe daher auf keinen Fall an Verbindlichkeit verlieren; ohne klare Einsichten der Bevölkerung über Gut und Böse, über Heil und Verderben seien sowohl Thron als auch Familienbande akut bedroht.⁶⁷

Die Frühkonservativen formulieren mit dieser Forderung ein charakteristisches Verständnis von Kirche und Staat sowie deren Zusammenwirken: Die Kirche hat einen bestimmten Bestand an Lehrinhalten zu pflegen und zu bewahren, während der Staat die an der Lenkung und Verteidigung des Gemeinwesens Beteiligten auf diese für das Bestehen des Gemeinwesens wegen ihrer sittlichen Wirkungskraft unverzichtbaren Lehrinhalte verpflichtet. Eine solche Aufgabenzuschreibung findet ihren Ausdruck in einem symbiotischen Verhältnis von Staat und Kirche, welches durch ohnehin bestehende Übergänge und fließende Grenzen zwischen beiden Institutionen,⁶⁸ die hier übrigens nur der Einfachheit halber mit diesen recht plakativen Begriffen bezeichnet werden, noch zusätzlich befestigt wird.

Sprachrohr und Motor der Politisierung theologischer Diskussion seitens der protestantischen Frühkonservativen bildete seit 1827 die „Evangelische Kirchenzeitung“ des Berliner Alttestamentlers Ernst Wilhelm Hengstenberg (1802-1869).⁶⁹ In teilweise recht scharfer Form wurde gegen das – wie Graf schreibt – „rationalistische Bürgerchristentum der Liberalen“⁷⁰ angeschrieben, besonderen Wert legten die Autoren dabei darauf den Zusammenhang zwischen theologischem Rationalismus und politischem Liberalismus, welcher Letzterer zwangsläufig zur Revolution führen müsse, herauszustellen. Dementgegen müsse der traditionelle Kirchenglaube wieder in seine alten Rechte eingesetzt werden, um die Existenz des Gemeinwesens nicht zu gefährden (Bekenntnistreue von Beamtenschaft und Militär).⁷¹

Politische Vertretung findet das protestantisch-konservative Milieu während der hier interessierenden Periode vor allem durch die beiden konservativen Parteien. In den Abgeordneten der

⁶⁶ Vgl. Graf: Die Spaltung des Protestantismus, 174 ff; 178.

⁶⁷ Vgl. ebd., 169.

⁶⁸ Eine solche Schnittstelle bildet beispielsweise die im Gefolge des Wöllnerschen Religionsedikts in Preußen gebildete „Königliche Examinations-Commission in geistlichen Sachen“, welche über die Einhaltung der Bestimmungen des Edikts und in Sonderheit über die Glaubenstreue der angehenden Theologen zu wachen hatte (zur Examinationskommission vgl. Krolzik: Das Wöllnerische Religionsedikt, insbesondere Kapitel 2 u. 3; zum Prüfungswesen vgl. Janz: Bürger besonderer Art, 109-118).

⁶⁹ Zu Hengstenberg vgl. Christensen: Ernst Wilhelm Hengstenberg and the Kirchenzeitung faction; Kramer, Wolfgang: Ernst Wilhelm Hengstenberg, die Evangelische Kirchenzeitung und der theologische Rationalismus.

⁷⁰ Graf: Die Spaltung des Protestantismus, 170.

⁷¹ Vgl. die entsprechenden Textnachweise ebd., 171 f., FN 31; 36. Noch in den Reichstagsdebatten zur Sozialversicherung wird in diese Richtung argumentiert, etwa wenn der deutschkonservative Abgeordnete Hans von Kleist-Retzow (1814-1892) am 31.05.1881 die Stringenz und das Abschreckungspotenzial alter deutscher Rechtsgrundsätze lobt und demgegenüber die „liberalistischen, humanistischen weichlichen Anschauungen, die gegenwärtig in Folge unserer Gesetzgebung unser Volksleben verpesten und aufzulösen drohen“, geißelt (StBRt IV/4 [1881], 1447/I).

„Deutschen Konservativen Partei“ (DKP) identifiziert Lepsius „Repräsentanten eines protestantischen, agrarischen, regional abgeschlossenen und traditionell paternalistischen Leitbildern folgenden Sozialmilieus. Die Koinzidenz von regionaler politischer Tradition, Konfession und sozioökonomischer Lebenslage gibt diesem Milieu eine Stabilität, die auch durch große politische Veränderungen nicht unmittelbar betroffen wird, auch wenn die Landarbeiter, die Unterschicht dieses Milieus, langsam von den Sozialdemokraten aus den herrschaftlichen und soziokulturellen Bindungen an dieses Milieu herausgelöst werden.“⁷² Die „Reichs- und Freikonservative Partei“ (RFKP) konnte mit ihrer stärkeren Konzentration auf die konservativen Kräfte innerhalb nichtagrarisch-bürgerlicher Schichten nicht auf eine solche Repräsentationsfunktion bauen, bewahrte sich aber infolge ebendieser Fixierung auf eine halbwegs homogene, nicht von fundamentalen Interessengegensätzen geprägte, dem industrialisierten Reich eher aufgeschlossenen Klientel eine relativ stabile Anziehungskraft auf ihre Stammwähler, wobei sie zeitweilige Stimmengewinne nicht zu bewahren vermochte.

Das protestantisch-liberale Milieu

„Der Fall der Liberalen ist etwas komplizierter“⁷³, was sich mit Lepsius nicht nur für die liberalen Parteien mit ihren verschiedenen Koalitionen, Spaltungen und Zusammenschlüssen, sondern in Sonderheit auch für das protestantisch-liberale Milieu behaupten lässt.

Es ist gezeigt worden, dass der Konservatismus – nicht nur in Deutschland – seine stärksten Wurzeln in der Auseinandersetzung mit der Aufklärung und deren (vermeintlicher) politischer Verwirklichung in der Französischen Revolution hat. Diese Auseinandersetzung fand in Deutschland insbesondere in den Universitäten und dort nicht zuletzt an den Theologischen Fakultäten statt. Aufgrund deren Verflechtung mit Kirche und Staat und der universitären Diskussionskultur richtete sich die Aufklärung in Deutschland weniger stark als beispielsweise in Frankreich gegen Kirche und Klerus, vielmehr stand die Frage nach der Reichweite der Macht weltlicher und geistlicher Obrigkeiten und nach dem Verhältnis von Staat und Kirche im Zentrum der Debatten. Somit lässt sich auch der protestantische Liberalismus aus den Auseinandersetzungen um die christliche Legitimität der Aufklärung und deren Auswirkungen herleiten, die in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in abgewandelter Form als Agendenstreit (Baden), Gesangbuchstreit (Pfalz) und Katechismusstreit (Hannover) fortgeführt wurden: In allen drei Landeskirchen entstand in konkreten Konfliktsituationen mit der Orthodoxie bzw. dem konservativen Kirchenregiment eine liberale Opposition, deren Trägergruppen sich in Versammlungen und Vereinen zusammenschlossen und damit die Keimzelle für den liberalen „Protestantenverein“ schufen.⁷⁴

Die liberale Bewegung ist gekennzeichnet durch die „Affinität zu Neuem, Erziehung zur Zukunft, Glaube an den Fortschritt zu mehr Freiheit, Recht und Vernunft“⁷⁵ wie an den Fortschritt in Wissenschaft, Kultur, Technik und Ökonomie⁷⁶; sie ist „gemäßigt besitzindividualistisch im Sinne privatrechtlicher Konfliktregulierungen, aber nicht dogmatisch manchesterlich [...], eher genossenschaftlich ausgerichtet“⁷⁷; sie ist getragen vom bürgerlichen Leistungsge-

⁷² Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 32 f.

⁷³ Ebd., 34.

⁷⁴ Vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Ausbruch in die Moderne, 23-39.

⁷⁵ Langewiesche: Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert, 96.

⁷⁶ Vgl. Offermann: Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich, 115.

⁷⁷ Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 8.

fühl und Aufstiegsoptimismus⁷⁸; sie ist angetreten, den Obrigkeitsstaat zu überwinden und eine konstitutionelle Ordnung nach den Prinzipien von Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit herbeizuführen;⁷⁹ und sie hat diese Prinzipien auch für die Organisation von Kirche und Gläubigen fruchtbar gemacht, was sich in der kirchlichen Synodalordnung sowie im liberalen Partei- und Vereinswesen niederschlug.⁸⁰ Von dieser Demokratisierungsleistung innerhalb der Landeskirchen konnten die Liberalen allerdings kaum profitieren, waren die frei gewählten Synoden doch in ihrer Mehrzahl konservativ.⁸¹ In den Kirchgemeinden sah die Situation nicht viel anders aus: nachdem ausgangs des 18. Jahrhunderts noch mittels Religionsedikten versucht worden war, die Ausbreitung aufklärerischer Ideen einzudämmen bzw. zu kanalisieren, hatte in dem hier im Mittelpunkt stehenden Zeitraum der Konservatismus in der Mehrzahl der Kirchgemeinden die Oberhand gewonnen.⁸²

Der Mangel an (nicht nur kirchen-)politischer Schlagkraft ist dem Liberalismus als eine unübersehbare Signatur eingeschrieben. Sie speist sich aus verschiedenen Quellen:

Erstens erweist sich die Mittelstellung des liberal eingestellten Bürgertums und seiner politischen Vertretung zwischen Konservatismus und entstehender Arbeiterbewegung als Handicap, Gangolf Hübinger nennt es sogar *Trauma*⁸³.

Anders als das Zentrum, das ja augenscheinlich ebenfalls auf die Mitte-Metaphorik anspielt, fehlte dem Liberalismus in Deutschland zweitens ein milieubildender bzw. -stabilisierender Rückhalt wie etwa die konfessionelle Geschlossenheit, welche der Zentrumspartei eine nach-

⁷⁸ Vgl. Offermann: Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich, 115.

⁷⁹ Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, 290-300. „Der Liberalismus war zuerst und zuletzt eine Verfassungsbewegung“ (ebd., 297). Trotz dieser Erkenntnis darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich unter den Vertretern des Liberalismus nur wenige (z. B. Hermann Schulze-Delitzsch und Victor Böhmert) ein parlamentarisches System und den Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten des Einzelnen wünschten (vgl. Sheehan: Wie bürgerlich war der deutsche Liberalismus?, 40; Ders.: Der deutsche Liberalismus, 274-278). Rainer Koch begründet diese Zurückhaltung mit der Furcht (die sich, so Koch, angesichts der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als begründet erweisen sollte), „dass vermögenslose und vom staatlichen Brotkorb abhängige Massen leicht den Verführungen jener politischen Eliten erliegen können, die mit populistischen Argumenten um die Staatsmacht kämpfen.“ (Koch: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, 31). Mag Kochs Einschätzung auf den ersten Blick möglicherweise allzu gutmütig erscheinen, wäre eine derart motivierte Zurückhaltung der Liberalen bezüglich demokratischer Zugeständnisse an die Unterschichten (falls sie sich überhaupt nachweisen lässt, Koch liefert leider keine Belege für seine Behauptung) angesichts der gescheiterten Gewinnung ebendieser Unterschichten als Anhänger des politischen Liberalismus nach Auffassung des Autors zumindest plausibel, wenn nicht gar folgerichtig und mit Blick auf die programmatische Ausrichtung der Sozialdemokratie vielleicht sogar strategisch geboten.

⁸⁰ Wie die genannten liberalen Anschauungen in der Debatte um die Krankenversicherung in einer konkreten Entscheidungssituation fruchtbar wurden, zeigt die Stellungnahme des linksliberalen Abgeordneten Max Hirsch (1832-1905) vom 21.04.1883 zur Gesetzesvorlage: „Meines Erachtens aber widerspricht das Gesetz den Hauptgrundsätzen der liberalen Weltanschauung. Es widerspricht in erster Linie dem heiligen Recht der Persönlichkeit, indem es ohne Noth tief eingreift in die freie Selbstbestimmung der Individuen in wichtigen Lebensinteressen. Es ist aber auch eine Verletzung des Prinzips der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung der Klassen, des allgemeinen Staatsbürgerthums, denn [...] dieses Gesetz [...] gilt nicht für alle Klassen, [...] sondern bezieht sich nur auf die Arbeiter. [...] Der Entwurf widerspricht aber auch der herrschenden wirtschaftlichen Ordnung, [...] indem er die Versicherung abhängig macht von dem Arbeitsverhältniß, ohne doch das letztere in seinem Bestande und seinem Einkommen irgendwie garantiren zu können.“ (StBrt V/2 [1882/83], 2017/II f.).

⁸¹ Vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus, Bürgerkirche und liberaler Revisionismus im wilhelminischen Deutschland, 273 f.; Hölscher: Die Religion des Bürgers, 612.

⁸² Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 476 f. „[...] die Liberalen gehörten eher zur Rand- als zur Kerngemeinde. Unter den Pastoren waren sie eine Minderheit, freilich nicht zu übersehen“ (ebd., 477).

⁸³ Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 9.

gerade erstaunliche Stabilität verlieh.⁸⁴ Die Liberalen konnten allenfalls auf regionale Traditionen⁸⁵ und das Bildungsbürgertum⁸⁶ bauen. Zwar war ihre überwiegende Mehrzahl protestantisch sozialisiert, weswegen die Bezeichnung als protestantisch-liberales Milieu zulässig ist, doch gehörte der Protestantismus anders als der Katholizismus des Zentrums nicht zu den konstitutiven Charakteristika des politischen Liberalismus⁸⁷ – was mit Blick auf die entschieden konfessionelle Fundierung des protestantisch-konservativen Milieus nicht verwundert, die Identifizierung möglicherweise vorhandener dezidiert protestantischer Motive und Bezüge liberaler Ideen bzw. liberaler Politik jedoch erheblich erschwert.

Zum liberalen Milieu rechneten aufgrund seiner im Unterschied zum protestantischen Konservatismus relativen Kirchenferne im Übrigen nicht wenige Anhänger jüdischen Glaubens und finden sich damit auch in den liberalen Parteien.⁸⁸

Neben der relativen kirchlichen Indifferenz⁸⁹ prägte den Liberalismus drittens seine ambivalente Stellung zum Staat: Zwar wollte man den obrigkeitlichen Vormundschaftsstaat beseitigen,⁹⁰ andererseits fand man in dessen Verwaltung sowie in der Justiz und in den Kommunen

⁸⁴ „Die liberalen Parteien verfügten nicht über vergleichbare Stützen. Im Unterschied zum Zentrum und zur Sozialdemokratie waren sie nicht in stabilen bzw. noch wachsenden, ideologisch gebundenen und organisatorisch verfestigten ‚sozialmoralischen Milieus‘ verankert. Der Protestantismus eignete sich dazu nicht. Seine Bindekraft ließ unter dem Druck der säkularisierenden Kräfte weit stärker nach als die des Katholizismus. Und politisch war er offen, vor allem zum Konservatismus, aber auch zum imperialistischen Nationalismus hin [...]. Im Vergleich zum Zentrum und zur Sozialdemokratie, aber auch zu den Konservativen waren die Liberalen ungebunden, subkulturell unbehaust. [...] Ihre Wähler besaßen keine Weltanschauung als Panzer, an dem Verunsicherung, erzeugt durch den rasanten gesellschaftlichen Wandel, abprallen konnte. Zentrum und Sozialdemokratie vermittelten dagegen Zukunftsgewissheit, die eher noch gefestigt wurde, wenn einem die Gegenwart als Jammertal erschien. Die große Zukunftsvision der Liberalen hatte sich dagegen mit der Reichsgründung erfüllt.“ (Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, 134). Entgegen Langewiesche möchte der Autor die liberale Bewegung nicht aus dem Lepsius'schen Milieuschema herauslösen, Langewiesche's Beschreibung der spezifischen Labilität des liberalen Milieus kann hingegen uneingeschränkt zugestimmt werden.

⁸⁵ „Der Liberalismus hat sich zunächst besonders stark in den Verfassungsstaaten des Südens und Westens entwickelt“ (Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, 299).

⁸⁶ Zur Tauglichkeit des Begriffs *Bildungsbürgertum* bei der Beschreibung des protestantisch-liberalen Milieus vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 17 ff. Zum Begriff selbst vgl. die vier in der Reihe „Industrielle Welt“ zwischen 1985 und 1992 erschienenen Bände (38, 41, 47, 48) sowie in derselben Reihe Engelhardt: „Bildungsbürgertum“. Zur Religiosität des Bildungsbürgertums vgl. Hölscher: Die Religion des Bürgers, 615-627.

⁸⁷ „Der typische liberale Wähler war also Protestant“ (Sheehan: Der deutsche Liberalismus, 287). Gleichzeitig gilt aber spätestens ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: „Die liberalen Parteien blieben protestantisch, aber Protestanten bekannten sich immer weniger zu einer liberalen Partei“ (Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, 11). Diesen Trend verstärkten manche liberale Politiker, indem sie auch dann Distanz zur Kirche hielten, wenn sie selbst kirchliche Ämter bekleideten. So nahm etwa der nachmalige Führer der „Nationalliberalen Partei“ (NLP) und Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover, Rudolf von Bennigsen (1824-1902), 1863 das ihm im Rahmen des hannoverschen Katechismus- und Verfassungstreits übertragene Amt eines zweiten Vorsitzenden der zweiten Celler Versammlung nur unter der Bedingung an, dass nicht kirchliches mit politischem Reformstreben vermischt werde (vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Ausbruch in die Moderne, 27 ff.).

⁸⁸ Man denke etwa an den bereits erwähnten linksliberalen Abgeordneten und Anwalt der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Max Hirsch (1832-1905), an seine Kollegen Ludwig Bamberger (1823-1899, Schriftsteller, Bankier und Revolutionär) und Ludwig Loewe (1837-1886, Fabrikant) sowie nicht zuletzt an Eduard Lasker (1829-1884, Rechtsanwalt und Notar), den federführenden Initiator der Abspaltung der Liberalen Vereinigung von der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Zum Verhältnis von Liberalismus und Judentum vgl. Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism; Mosse: Das deutsch-jüdische Bildungsbürgertum.

⁸⁹ Michael Stürmer sieht dies in der Natur des Liberalismus begründet, der selbst säkulare Religion von Freiheit und Fortschritt ist und infolgedessen für Kirche und kirchliche Parteien kaum Raum lässt (vgl. Stürmer: Dialog der Schwerhörigen, 139).

⁹⁰ Ein sehr anschauliches Beispiel *einer* liberalen Staatsauffassung griff der erwähnte linksliberale Ludwig Bamberger in einer Reichstagsrede am 01.04.1881 mit seiner Forderung nach dem *Nachtwächterstaat* auf, der nur dafür zu sorgen habe, dass „die Ordnung im Staate erhalten wird, das übrige wird dem eigenen Triebe und der Initiative

viele reformorientierte Beamte vor, sodass auf eine Erneuerung des Staates aus sich selbst zu hoffen war. Dass solche programmatischen Unschärfen wenig hilfreich bei dem Bestreben sind, Wähler aus dem protestantischen Milieu, das ja insbesondere in den Städten fließende Übergänge zwischen eher konservativen und eher liberalen Strömungen aufwies,⁹¹ an sich zu binden, liegt auf der Hand.

Viertens wirkten die endgültige parteipolitische Spaltung nach der Abstimmung über die Bismarcksche Indemnitätsvorlage 1866/67 und die damit verbundene weitere Schwächung des ohnehin bereits vordem uneinheitlichen Liberalismus kontraproduktiv,⁹² zumal der zunehmende Organisationsgrad des politischen Katholizismus und der eher den konservativen Parteien zugeneigten Bauernschaft den liberalen Parteien Wähler entzogen.⁹³

Fünftens und letztens existierte im politischen und volkswirtschaftlichen Liberalismus eine unüberbrückbare Kluft zwischen, wie Günter Trautmann es nennt, „abstrakter Wirtschaftstheorie und handfester Interessenpolitik“. Je mehr bei der Diskussion konkreter (nicht nur legislativer) Projekte hinter „theoretischen Verschanzungen“ Politik zugunsten der eigenen Klientel betrieben wurde, desto unglaublicher wurden die liberalen Vertreter und desto weniger wurde ihnen mithin eine ehrliche, konstruktive und vor allem uneigennützte Mitwirkung an ebendiesen Projekten zugetraut.⁹⁴

Während – wie bereits erwähnt – zum protestantisch-konservativen Milieu und damit zu den Wählern der konservativen Parteien hauptsächlich Bevölkerungsteile aus ländlichen Gebieten

der Menschen überlassen“ (StBRt IV/4 [1881], 680/I). Das Bild vom Staat als Nachtwächter stammt höchstwahrscheinlich von Ferdinand Lassalle (vgl. Lassalle, Ferdinand: Arbeiterprogramm. Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes [1862], in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 137-172, 168).

⁹¹ Wie fließend diese Übergänge waren, ist umstritten. Gangolf Hübinger identifiziert eine *kulturelle Versäulung*, eine Abschottung von protestantischen Liberalen, protestantischen Konservativen, Katholiken und Sozialisten voneinander (vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 306; zum Begriff *Versäulung* vgl. Luykx: Niederländische Katholiken und die Demokratie 1900-1960). Thomas Nipperdey, von dessen für den Wilhelminismus behaupteter „Kultur des Pluralismus und der Dissense“ („Wilhelminismus und Antiwilhelminismus, Progressismus und Neokonservatismus, Establishment und Antiestablishment bestanden fröhlich nebeneinander, die Intellektuellensorge um den Relativismus war ein Zeichen der pluralistischen Dissense.“ [Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 824]) sich Hübinger absetzen will, diagnostiziert an anderer Stelle eher im Sinne Hübingers eine Spaltung des Protestantismus („Im Grunde, muß man sagen, spaltet sich der deutsche Protestantismus in zwei neue Konfessionen auf.“ [Ders.: Deutsche Geschichte 1800-1866, 431]). Für Oldenburg stellt Dietmar von Reeken fest, dass dort von den Hübingerschen *Ekelschranken* (Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 189; Hübinger übernimmt diesen Begriff aus Langewiesche: „Volksbildung“ und „Leserlenkung“ in Deutschland von der wilhelminischen Ära bis zur nationalsozialistischen Diktatur, 110) zwischen den beiden protestantischen Milieus nicht die Rede sein kann (Reeken: Protestantisches Milieu und „liberale“ Landeskirche?, 293 f.; 314; ausführlicher dargestellt in Ders.: Kirchen im Umbruch zur Moderne). Dieses wohl letztlich kaum befriedigend zu lösende Problem mag hier auf sich beruhen. Als einigendes Moment der beiden Milieus kann man aber immerhin zwei antikatholische Reflexe voraussetzen: „der eine richtet sich mit der Infallibilitätserklärung (1870) auf den Ultramontanismus und die daraus abgeleitete nationale Unzuverlässigkeit, der andere mit dem Mariendogma (1854) auf die Irrationalität und Rückschrittlichkeit.“ (Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 40).

⁹² Die Spaltung auf Reichsebene in Fortschrittspartei und Nationalliberaler Partei verlief in den Einzelstaaten entlang anderer Trennlinien (vgl. dazu Sheehan: Der deutsche Liberalismus, 150 f.).

⁹³ Mit Langewiesche bleibt festzuhalten, dass „mit Blick auf die Reichstags- und Landtagswahlen [...] die Geschichte des Liberalismus im Kaiserreich als eine nahezu durchgängige Geschichte des Niedergangs (erscheint)“ (Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, 133), dieser Niedergang aber zuvörderst dem hohen Niveau der Reichsgründungszeit geschuldet ist. Später pendelte sich die Wählerzahl auf einem im Vergleich zur Hochzeit zwar niedrigeren, aber relativ stabilen Niveau ein, konnte sogar entsprechend der Bevölkerungszunahme wachsen (vgl. ebd., 136; Schwarz: MdR, 804-808).

⁹⁴ Vgl. Trautmann: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus, 47 (hier auch Zitate). Beispielsweise unterschieden führende Nationalliberale gern zwischen kaufmännischen (deutschen) und egoistischen (US-amerikanischen) Kartellen (vgl. ebd., 48).

zu rechnen sind, rekrutierte sich das protestantisch-liberale Milieu vorzugsweise aus den verschiedenen bürgerlichen Schichten⁹⁵ (Lepsius nennt es daher folgerichtig bürgerlich-protestantisches Milieu), wobei regionale Traditionen häufig andere Präferenzen zuließen. Nicht selten verlief die Milieugrenze zwischen protestantischen Liberalen und Konservativen aber auch mitten durch hinsichtlich Erwerb und Aufenthaltsort relativ homogene Gruppen und damit quer zu dem hier lediglich holzschnittartig skizzierten Stadt-Land-Gegensatz. Herausragende Plattform des organisierten protestantisch-liberalen Milieus ist der bereits erwähnte 1863 in Frankfurt am Main von Richard Rothe (1799-1867) und Daniel Schenkel (1813-1885) begründete (erst zwei Jahre später in Eisenach tatsächlich gegründete) „Deutscher Protestantenverein“,⁹⁶ der die geistigen Führer des liberalen Protestantismus ganz Deutschlands versammelte, doch nie zu einer wirklichen Massenorganisation wie etwa der 1886 gegründete konfessionalistische „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ wurde, welcher im Jahr 1913 über 510 000 Mitglieder zählte.⁹⁷ Claudia Lepp weist sehr anschaulich nach, wie der „Protestantenverein“ als Sammelbecken des liberalen Protestantismus mit denselben Problemen zu kämpfen hatte, die auch dem politischen Liberalismus aufgrund seiner eben erläuterten charakteristischen Mankos entstanden. So erklärt sich die im Vergleich zum „Evangelischen Bund“ weitaus geringere Mitgliederzahl des „Protestantenvereins“ aus dem Bestreben seiner potenziellen protestantisch-liberalen Anhänger, Religion zunehmend zu individualisieren und zu privatisieren;⁹⁸ die zunehmende organisatorische Zersplitterung auch des liberalen Protestantismus tat ihr Übriges.⁹⁹

1.2.1.3. Das sozialistische Milieu

Das sozialistische Milieu ist neben dem katholischen das am besten in das Lepsiusche Modell der *sozialmoralischen Milieus* passende. Im Laufe der rasanten Industrialisierung in Deutschland seit dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts bildete sich unter der rasch wachsenden Zahl der Industriearbeiter (später, von der organisierten Industriearbeiterschaft beeinflusst, in geringerem Umfang auch unter den Landarbeitern) eine – um noch einmal das Lepsiusche Vokabular zu verwenden¹⁰⁰ – neue *soziale Einheit* heraus, die durch eine *Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen* auf verschiedenen Ebenen charakterisiert ist:

⁹⁵ „Die soziale Spannweite reicht von Berliner Industriellen und Politikern über badische Gelehrtenzirkel bis zu Pfälzer Kaufleuten und Kleinbürgern.“ (Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 22).

⁹⁶ Vgl. dazu Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne. Jochen-Christoph Kaiser charakterisiert auch den Gustav-Adolf-Verein (GAV) als im protestantisch-liberalen Milieu verwurzelt (vgl. Kaiser: Die Formierung des protestantischen Milieus, 274 f.).

⁹⁷ Vgl. Hübinger: Protestantische Kultur im wilhelminischen Deutschland, 185; Langewiesche: Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert, 105. „Der Evangelische Bund schrieb sich ein nationalprotestantisches Wächteramt zu, er warb um Zusammenarbeit von Nationalliberalen und Konservativen, und er hielt Verbindungen mit den großen nationalen Verbänden, dem Alldeutschen Verband, dem Ostmarkenverein und auch mit dem Flottenverein.“ (ebd.). Zum Evangelischen Bund vgl. auch Müller-Dreier: Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs; Fleischmann-Bisten, Walter/Grote, Heiner: Protestanten auf dem Wege.

⁹⁸ Mit Frank-Michael Kuhlemann bleibt indes festzuhalten, dass sich diese Tendenz keineswegs auf den protestantischen Teil des Bürgertums beschränkte, die religiösen und konfessionellen Trennlinien vielmehr mitten durch das Bürgertum hindurch verliefen (vgl. Kuhlemann: Bürgertum und Religion, 299).

⁹⁹ Vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 93; Greschat: Das Zeitalter der Industriellen Revolution, 143.

¹⁰⁰ Vgl. Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 38 (die Termini aus der Definition von Lepsius [vgl. Zitat eingangs des Abschnitts II.1.2.1.] sind im Folgenden kursiv wiedergegeben).

1. *Religion, kulturelle Orientierung*: In dem Maße, wie die sozialistische Bewegung weltanschauliche Züge zu entwickeln bzw. zu propagieren begann, wurden viele der Industriearbeiter ihrer angestammten Religion entfremdet.¹⁰¹ Dies glückte umso leichter, als die Mehrzahl der in städtische bzw. randstädtische Industriequartiere übersiedelten Fabrikarbeiter der ersten Generation sich aus der gewohnten familiären und kirchgemeindlichen Umgebung entfernt und häufig in eine andere Region Deutschlands begeben hatte. Überdies ließen die Länge von Arbeitszeit und Arbeitsweg sowie die Arbeit an Sonn- und Feiertagen¹⁰² häufig keine Gelegenheit, die bis zum wilhelminischen Kirchenbauprogramm von den Industrievierteln aus nicht eben leicht zu erreichenden Kirchen mitsamt ihren Veranstaltungen und Angeboten – so dieselben vorhanden und für Arbeiter angemessen waren – zu besuchen. Solcherart von der traditionellen Ausübung ihrer Religiosität abgeschnittene Arbeiter konnten diese Traditionen nicht mehr an ihre Kinder weitergeben, sodass seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zunehmende Entkirchlichung¹⁰³ größerer Teile der Arbeiterbevölkerung beobachtet werden konnte.¹⁰⁴ Während die Zahlen der Gottesdienstbesucher und der Teilnehmer am Abendmahl abnahmen, blieben Kirchenmitgliedschaft sowie der Vollzug kirchlicher Übergangsriten bis

¹⁰¹ Für August Bebel war der mittelfristige Untergang des Christentums (samt aller übrigen Religionen) als geistige Folge der politisch-sozialen Revolution beschlossene Sache, galt es doch als ideologisches Instrument zur politischen und sozialen Unterdrückung der Arbeiterschaft (vgl. Hölscher: Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts, 241; 251). Das Rüstzeug für die sozialistische Religionskritik lieferten die Evangelienkritik von David Friedrich Strauß (1808-1874) und Bruno Bauer (1809-1882), die radikale Religionskritik Ludwig Feuerbachs (1804-1872) und weiterer Linkshegelianer, der naturwissenschaftliche Materialismus Karl Vogts (1817-1897), Ludwig Büchners (1824-1899) und vor allem Ernst Haeckels (1834-1919), die Evolutionstheorie Charles Darwins (1809-1882), die deterministische Geschichtsphilosophie Henry Th. Buckles (1821-1862) sowie die positivistische Soziologie August Comtes (1798-1857). Die diesbezüglichen Schriften von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) spielten hingegen so gut wie keine Rolle, da sie zunächst nur in einem kleinen Kreis zugänglich waren (vgl. Kandel: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, 55 f.; dort auch weiterführende Literaturhinweise).

¹⁰² Zur Sonntagsarbeit während der beginnenden Industrialisierung vgl. Kranich: Die „Heiligkeit des ganzen Tages“; Silberschlag: Die Gesetze Deutschlands über Sonntagsfeier; zur Fortschreibung der Diskussion um die Sonntagsarbeit bis in die Gegenwart vgl. Kranich: Der christliche Sonntag.

¹⁰³ Vgl. dazu Prüfer: Sozialismus statt Religion, 200-207; Hölscher: Die Religion des Bürgers, 596-607; 628; Ders.: Weltgericht oder Revolution, 191 f. Auch wenn die Fokussierung auf die Industriearbeiterschaft den Blick darauf verstellen mag, ist die Entkirchlichung ein Prozess, der bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts in den größeren protestantischen Städten einsetzt (vgl. ebd.; Ders.: Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts, 241 f.).

¹⁰⁴ Entkirchlichung darf nicht mit Kirchenaustritt gleichgesetzt werden, sondern wird meist anhand der Abnahme des Abendmahlbesuchs und der Nutzung kirchlicher Übergangsriten (Taufe, [Firmung/Konfirmation,] Trauung, Beerdigung) nachgewiesen (Kirchenaustritt und Ablehnung kirchlicher Übergangsriten waren erst seit den 1870er Jahren überhaupt möglich). Ansonsten wird damit aber über die Religiosität der Industriearbeiter nichts ausgesagt, da diese sich verständlicherweise nicht am Kirchenbesuch, streng genommen nicht einmal an der Kirchenmitgliedschaft ablesen lässt. Im Übrigen hat sich die sozialistische Bewegung trotz ihrer antikirchlichen und antiklerikalen Züge bis zur Wende zum 20. Jahrhundert nicht an der Kirchenmitgliedschaft ihrer Anhänger wie mehrerer ihrer Führer (August Bebel und Wilhelm Liebknecht waren allerdings bereits 1874 bzw. 1878 aus der evangelischen Kirche ausgetreten) gestoßen und sich gemäß der programmatischen Forderung des Gothaer Programms von 1875, wonach die Religion Privatangelegenheit sei, in dieser Beziehung weit gehend neutral verhalten (zu Kirchenaustrittskampagnen vgl. Prüfer: Sozialismus statt Religion, 256-265; Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik; Ders.: Sozialdemokratie und „praktische“ Religionskritik). Eine nennenswerte Zahl von Kirchenaustritten findet sich zunächst lediglich im Gefolge von Arbeitskämpfen und in größerem Umfang erst nach dem Ersten Weltkrieg (vgl. Kandel: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, 58 f.). Bis dahin lässt sich eine strenge Polarität zwischen sozialistischer Bewegung und Religion nicht behaupten (vgl. dazu auch McLeod: Piety and Poverty, 103-126), auch wenn die Trennung vom christlichen Elternhaus, wie die von Jochen Loreck untersuchte Memoirenliteratur zeigt, im Gegensatz zum Kirchenaustritt offenbar eine notwendige Voraussetzung für die Hinwendung zu sozialistischen Ideen darstellte (vgl. Loreck: Wie man früher Sozialdemokrat wurde, 145-158).

zum Ersten Weltkrieg im Großen und Ganzen die Regel,¹⁰⁵ immerhin gab es mitunter aber bereits unterschiedliche Auffassungen zwischen Geistlichen und Sozialdemokraten über die Ausgestaltung dieser Riten.¹⁰⁶

Die Entkirchlichung verlief in verschiedenen Regionen mit unterschiedlicher Dynamik und war nicht in allen industrialisierten Regionen (namentlich in denen mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung) von Anfang an zu beobachten. Zwar wurde auch vonseiten der Kirchen, die ihren Einfluss auf die Gesellschaft schwinden sahen, versucht, auf die Industriearbeiter mit ihren spezifischen Problemen einzugehen, doch vermochten die sich um das sozialistische Milieu bemühenden Teile der christlich-sozialen Bewegung beider Konfessionen¹⁰⁷ nicht, die Etablierung der Sozialdemokratie als schlagkräftige Interessenvertretung der Arbeiter eindämmen.

Wo eine Entkirchlichung stattgefunden und die Sozialdemokratie sich als Sinnstiftungsinstanz etabliert hatte, traten häufig säkularisierte „Glaubensinhalte“ und „-termini“ an die Stelle der obsolet gewordenen biblisch und kirchlich tradierten.¹⁰⁸

2. regionale Tradition: Infolge der Bindung an die Fabrikarbeit war das sozialistische Milieu (ebenso wie das protestantisch-liberale mit seiner Bindung an bürgerliche Gruppen) zunächst lange Zeit auf die Städte beschränkt. Zwar wurden die sozialistischen Ideen auch auf das Land getragen, doch konnten sie dort nur zögerlich Wurzeln schlagen, und dies auch nur da, wo der Boden infolge gestörter Beziehungen zwischen Grund-/Gutsherr und Bauern/Landarbeitern bereitet war.¹⁰⁹

Regionale Besonderheiten prägten das sozialistische Milieu in erster Linie aufgrund des regional unterschiedlichen Industrialisierungsgrades sowie der vorhandenen Industriezweige. Insofern löste die Industrialisierung gewachsene regionale Erwerbsstrukturen auf, um eigene Traditionen zu begründen. Wo die Industrialisierung mit einer Bevölkerungsverschiebung (meist vom Land in die Stadt sowie von Osten nach Westen) verbunden war, lösten sich auch soziokulturell gewachsene Strukturen auf, um neuen Platz zu machen.

Darüber hinaus war erneut die – ihrerseits ebenfalls durch regionale Traditionen bestimmte – religiöse Orientierung ausschlaggebend für die Formierung eines sozialistischen Milieus sowie vor allem für die Akzeptanz von dessen politischer Interessenvertretung. Hier konnte die Zentrumspartei wesentlich länger Wähler aus der Arbeiterschaft an sich binden, als das den politischen Gruppierungen aus dem protestantischen Lager gelang. Regionale Traditionen und Besonderheiten bestimmten auch das Zustandekommen von Interessenvertretungen. Eingedenk

¹⁰⁵ Vgl. Hölscher: Die Religion des Bürgers, 599 ff.; Kandel: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, 58.

¹⁰⁶ Anhand von Fallbeispielen vom Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem Königreich Sachsen beschreiben Sebastian Kranich und Axel Wacker (Dies.: Symbolische Kommunikation), wie die sozialdemokratischen Vorbehalte gegenüber traditioneller, kirchlich gebundener christlicher Religiosität mit den hergebrachten christlichen Begräbnisriten in Konflikt gerieten. Vor allem der amtskirchliche Kampf gegen die zu Ehren sozialdemokratischer Verstorbener gestifteten Kränze mit daran angebrachten roten Schleifen ist bemerkenswert.

¹⁰⁷ Vgl. dazu einführend Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 687-694; Hofmann: Die Evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882-1914, 22-47; Kandel: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, 61-67; 75 ff.

¹⁰⁸ Vgl. dazu Hölscher: Weltgericht oder Revolution; Prüfer: Sozialismus statt Religion. Dieser Begriffswandel wird anhand der parlamentarischen Auseinandersetzung um den Humanitätsbegriff im Folgenden noch deutlicher veranschaulicht werden (vgl. Abschnitt IV.3.4.2).

¹⁰⁹ Die Identifizierung und Bewertung dieser Beziehung, nämlich die Diskussion um die vermeintlich noch – oder nicht mehr – vorhandenen patriarchalischen Verhältnisse, wird ein entscheidender Impuls für die Bewertung der Vorlage zur Invaliditäts- und Altersversicherung durch die Reichstagsabgeordneten sein (vgl. Abschnitt IV.3.3).

des Dresdner Maiaufstandes 1849 wurde etwa durch eine „Verordnung, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend“ vom 03. Juni 1850 die Bildung von Arbeitervereinen im Königreich Sachsen verboten.¹¹⁰

3. *wirtschaftliche Lage*: Kein anderes der Lepsiussschen sozialmoralischen Milieus ist von einer solchen Homogenität hinsichtlich der Art des Erwerbs (jedoch nicht unbedingt bezüglich des Ertrags dieses Erwerbs) geprägt wie das sozialistische. Im Unterschied zu den drei anderen Milieus zählten die Angehörigen des sozialistischen Milieus durchweg zu den unselbstständigen, abhängig und oft unregelmäßig arbeitenden, ihre Arbeitskraft gegen Lohn feilbietenden, ohne sicheres Einkommen, ohne Vermögen und ohne größeren Besitz lebenden „unterschichtigen Existenzen“¹¹¹. Sie waren gekennzeichnet durch ihre meist miserable ökonomische Lage und den damit verbundenen niedrigen Lebensstandard, die Unsicherheit ihrer Existenz sowie ihr allmähliches Herausfallen aus der ständischen Ordnung.¹¹² Die Zahl dieser Existenzen vermehrte sich anfangs des 19. Jahrhunderts sprunghaft, als aufgrund liberalisierter Eheschließungsvorschriften ein wachsendes Angebot an Arbeitskräften einem weit gehend stagnierenden Bedarf gegenüberstand. Die agrarische Intensivierung und die Hausindustrie schufen ihrerseits nicht ausreichend Nachfrage nach Arbeitskräften, um den Überschuss abzubauen, sodass vor allem die neuen Fabriken zu Anziehungspunkten für un- und unterbeschäftigte Arbeiter wurden, womit die Auflösung der ständischen Ordnung beschleunigt wurde. Nach dem durch die Missernten und die Rezession der 1840er Jahre verursachten und schließlich in die Revolution von 1848/49 mündenden Höhepunkt des Pauperismus als große Teile der Bevölkerung betreffende Erscheinung schuf die rapide Industrialisierung in der zweiten Jahrhunderthälfte immerhin genügend Arbeitsplätze, um dem „krisenhaften Pauperismus“ abzuweichen, damit aber auch spezifische neue Probleme, weshalb zunehmend die soziale Frage als Arbeiterfrage und hier insbesondere als Fabrikarbeiterfrage verstanden wurde.¹¹³

Mit der Hochindustrialisierung wurde die Fabrikarbeiterschaft zum dominierenden, wenn auch nicht zahlenmäßig überlegenen Typ innerhalb der „unterschichtigen Existenzen“; Thomas Nipperdey schätzt ihren Anteil für das Jahr 1873 auf knapp 10% der Erwerbstätigen bei einem Anteil der Unterschichten bzw. abhängig beschäftigten Handarbeiter an der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt von etwa 55%.¹¹⁴ Jürgen Kocka kommt für 1875 zu einem wesentlich größeren Anteil von Fabrikarbeitern (rund ein Drittel), was jedoch nicht in einer größeren absoluten

¹¹⁰ Vgl. SächsHStA, Polizeipräsidium Dresden, Nr. 12, Bl. 3 („§ 19. Vereine, in deren Zwecke es liegt, zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen aufzufordern, oder dazu geneigt zu machen, sind verboten.“; ebd.) in Verbindung mit Bl. 13-16.

¹¹¹ Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, 220. Auf dem Land zählten zu diesen Existenzen Gesinde, Landarbeiter, Heimarbeiter (vor allem der Textilindustrie), in den Städten Dienstboten, Tagelöhner, Transport-, Manufaktur-, Fabrik- und Gelegenheitsarbeiter, alle anderen Nichtbürger sowie die Armen im engeren Sinne, die häufig auf öffentliche und private Unterstützung angewiesen sind, d. h. Nichtarbeitende, Bettler, Vagabunden, Arbeits-scheue, Invaliden (vgl. ebd.). Hans-Ulrich Wehler empfiehlt zur Binnengliederung der „Klassen der Arbeiter-schaft“ als einer „Vielzahl von proletarischen Erwerbsklassen“ die Kategorien Industrie-, Land-, Bau- und Heim-arbeiterschaft sowie die Gruppe der Dienstboten, Tagelöhner und Handarbeiter (vgl. Wehler: Deutsche Gesell-schaftsgeschichte, Bd. 3, 772 [hier auch Zitate]).

¹¹² Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, 223; 226.

¹¹³ Vgl. ebd., 220 f. (hier auch Zitat). Zweifelsohne beeinflusste die Industrialisierung auch andere Wirtschaftszweige in existentieller Weise (vor allem Handwerk und Hausindustrie), doch verstellten die rasch anwachsende Zahl der Fabrikarbeiter und die Neuartigkeit vieler ihrer Probleme den Blick für den sozialreformerischen Handlungsbedarf in den nichtindustriellen Zweigen. Immerhin konnten in Schwierigkeiten geratene Handwerksgesellen oder -meister nötigenfalls ihr Auskommen in der Industrie suchen, während den Industriearbeitern ein Aus- bzw. Rückweg in der Regel versperrt war.

¹¹⁴ Vgl. ebd., 234.

Zahl an Fabrikarbeitern – hier werden wie bei Nipperdey etwa 1,8 Millionen in Anschlag gebracht –, sondern lediglich in einer als geringer angenommenen Zahl an Erwerbstätigen insgesamt begründet ist.¹¹⁵ Grundsätzlich bleibt mit Hans-Ulrich Wehler festzuhalten, dass noch zur Jahrhundertwende die Landarbeiter die Mehrzahl der Arbeiterschaft stellten.¹¹⁶ Sich zunehmend der Gleichheit ihrer Lebensbedingungen¹¹⁷ bewusst werdend, verbanden sich diese Unterschichten allmählich zu einem Milieu, aus dem die Fabrikarbeiterschaft mit ihrer zunehmenden Organisierung als führende Gruppe herausragte. Das erst in den 1860er Jahren aufgehobene Koalitionsverbot behinderte lange Zeit die Entwicklung einer eigenständigen politischen Vertretung dieses neuen Milieus, doch stärkten die Arbeitervereinsbewegung und vor allem die unzähligen von Arbeitern selbst verwalteten Unterstützungskassen den Zusammenhalt unter den Arbeitern sowie das Bewusstsein für ihre spezifischen Probleme und für mögliche Strategien zu deren Lösung. Aus solchen Handwerker- und Arbeiterbildungsvereinen¹¹⁸ sowie aus der noch relativ jungen Gewerkschaftsbewegung¹¹⁹ bildete sich 1848/49 mit der „Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung“¹²⁰ die „erste deutsche Arbeitermassenbewegung“¹²¹, „der Vorläufer der deutschen Sozialdemokratie“¹²², der allerdings bereits 1854 verboten wurde.¹²³ Die Entstehung der Gewerkschaften indes ist untrennbar mit den beiden Streikwellen 1853-57 und 1869-73 verbunden, aus denen sie hervorging. Durch die Erfahrung von länger andauernden Ausständen mit Beteiligung vieler Beschäftigten wurde die Solidarität unter den sich zunehmend als Schicksalsgemeinschaft begreifenden Arbeitern gestärkt und zudem der Organisationsgrad sowie der „Organisationswille“¹²⁴ – nicht nur auf gewerkschaftlicher Basis – vergrößert. Je stärker das eigenständige unterschichtige Milieu wurde und sich auch als solches verstand, desto weniger verwundert die allmähliche Herauslösung der Arbeiterbewegung aus bürgerlichen Kreisen. Augenfällig wurde diese Ablösung mit der Entstehung des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ (ADAV),¹²⁵ der ersten bedeutenden politischen Organisation der Arbeiter, welche am 23. Mai 1863 im Leipziger „Pantheon“ unter Führung Ferdinand Lassalles

¹¹⁵ Vgl. Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen, 79.

¹¹⁶ Vgl. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 772.

¹¹⁷ Zu den Lebensbedingungen der Arbeiterschaft vgl. Brock: Der schwierige Weg in die Moderne, 62-77; Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen; Ritter/Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914; Wetzel: Industriearbeit, Arbeiterleben und betriebliche Sozialpolitik im 19. Jahrhundert, 158-190.

¹¹⁸ Vgl. dazu Na'aman: Arbeitervereine, Arbeitertage und Arbeiterverband; Ritter/Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, 818-835.

¹¹⁹ Zur Entstehung der Gewerkschaftsbewegung vgl. Engelhardt: „Nur vereinigt sind wir stark“; Hardtwig: „Arbeiter-schaft“ – „Genossenschaft“ – „Gewerkverein“ oder „Gewerkschaft“; Ritter: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts; Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften; Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften; Tenfelde: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung; Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung; zum gewerkschaftlichen Kassenwesen vgl. Stollberg: Die gewerkschaftsnahen, zentralisierten Hilfskassen im deutschen Kaiserreich.

¹²⁰ Vgl. dazu Rogger: „Wir helfen uns selbst!“. Zu Stephan Born (1824-1898) vgl. auch Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 73-82 (dort auch weiterführende Literaturhinweise).

¹²¹ Grebing: Arbeiterbewegung, 45.

¹²² Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 74.

¹²³ Vgl. Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, 43.

¹²⁴ Grebing: Arbeiterbewegung, 55.

¹²⁵ Zum ADAV vgl. Bert: Ferdinand Lassalle, Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein; Dowe (Hg.): Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins; Offermann (Hg.): Die erste deutsche Arbeiterpartei; Rosa-Luxemburg-Verein (Hg.): „Der kühnen Bahn nun folgen wir ...“ (darin auch Auswahlbibliographie).

in Abspaltung vom propreußischen liberalen „Deutschen Nationalverein“¹²⁶ gegründet wurde. Auch nach dieser Trennung blieb die Verwandtschaft des entstehenden sozialistischen Milieus mit dem liberalen Milieu sichtbar, wie sich gerade auch an der Diskussion um die Sozialversicherung ablesen lässt, wo die politischen Artikulationen von (links-)liberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten häufig in dieselbe Richtung zielen.

Beschleunigt wurde die Ablösung des sozialistischen Milieus vom liberalen durch deren unterschiedliche Antworten auf die nationale Frage: Während sich die Liberalen mit der kleindeutschen Lösung und der preußischen Führungsrolle mehrheitlich anfreunden konnten, verfochten die politischen Vertreter des sozialistischen Milieus entschieden ihre Forderung nach einem demokratischen Deutschland unter Einschluss Österreichs.¹²⁷

Dem ADAV sollte es nicht gelingen, zur alleinigen politischen Vertretung des sozialistischen Milieus zu werden, wofür neben dem baldigen Tod der charismatischen Leitfigur Lassalle vor allem die strikte Abwendung vom liberalen Bürgertum verantwortlich war, die von den meisten Arbeitervereinen zu diesem Zeitpunkt noch abgelehnt wurde. Beinahe folgerichtig konstituierte sich daher, unterstützt vom „Nationalverein“, kurz nach Entstehung des ADAV ein „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV), welcher den nach wie vor dem politischen Liberalismus verbundenen Teil des sozialistischen Milieus repräsentierte, jedoch unter dem Einfluss von August Bebel (1840-1913) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900) zunehmend ins Fahrwasser von Karl Marx und Friedrich Engels gelenkt wurde. 1869 gründeten Liebknecht und Bebel, die bereits 1866 die „Sächsische Volkspartei“ als Zweig einer „Deutschen Volkspartei“ aus der Taufe gehoben hatten, in Eisenach schließlich mit der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) eine eigenständige Arbeiterpartei (ab 1870 „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“). Wegen Meinungsverschiedenheiten im Bezug auf den deutsch-französischen Krieg und das neu entstandene deutsche Kaiserreich dauerte es noch einmal fast sechs Jahre, bis 1875 in Gotha mit der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD; ab 1890 „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ [SPD]) eine einheitliche politische Interessenvertretung des sozialistischen Milieus entstand.¹²⁸

Bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes¹²⁹ konnte die Arbeiterpartei nur einen geringen Teil der Angehörigen des sozialistischen Milieus hinter sich versammeln, auch wenn deren Führer verständlicherweise einen anderen Eindruck zu vermitteln versuchten.¹³⁰ Ab 1890 wurde die SPD zur Massenpartei; nunmehr war sie in der Lage breite Wählerschichten innerhalb des zu-

¹²⁶ Zum Nationalverein vgl. Na'aman: Der Deutsche Nationalverein; Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868.

¹²⁷ Vgl. dazu Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, 747. Zum Spannungsfeld von Liberalismus und Sozialdemokratie als politischem Hintergrund der entstehenden Arbeiterbewegung vgl. Engelhardt: „Nur vereint sind wir stark“, 125-140.

¹²⁸ Vgl. Grebing: Arbeiterbewegung, 61-64; Görtemaker: Deutschland im 19. Jahrhundert, 264; Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 143.

¹²⁹ Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, 21.10.1878 (RGBl 1878, 351-358). Ähnlich wie der Kulturkampf das katholische Milieu angesichts eines bedrohlichen Angriffs von außen zusammen schweißte, stabilisierte das Sozialistengesetz das sozialistische Milieu.

¹³⁰ Dagegen wandte sich der deutschkonservative Abgeordnete Helmuth Freiherr von Maltzahn (1840-1923) am 16.05.1882 in einer Rede vor dem Reichstag: „[...] auch bei dieser Gelegenheit lege ich formell und ausdrücklich gegen die Ueberhebung Protest ein, welche darin liegt, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei sich als die Vertreter der Handarbeiter allein ansehen“ (StBRt V/2 [1882/83], 224/II).

gehörigen Milieus zu erschließen, wobei der Stimmenanteil bekanntermaßen „negativ mit der Bedeutung des primären Sektors und dem Katholikenanteil korrelierte“¹³¹.

Nach der erfolgten Ablösung der Arbeiterbewegung vom politischen Liberalismus und der endgültigen Abwendung des Bürgertums von den Unterschichten seit der Pariser Kommune 1871¹³² war in den städtischen Regionen mit mehrheitlich nichtkatholischer Bevölkerung nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes jene charakteristische enge Verbindung zwischen einem homogenen sozialistischem Milieu und der geeinten Sozialdemokratie zu beobachten, welche bereits erwähnt wurde. Aus der konstitutiven Bedeutung der Rolle des Arbeiters innerhalb spezifisch industrieller Produktionsverhältnisse für die Milieuzugehörigkeit resultiert die Fixierung der nach außen getragenen milieuspezifischen (z. B. politischen) Äußerungen auf ebendiese Produktionsverhältnisse, d. h. auf ihre Verbesserung – lediglich Methoden und langfristige Ziele unterscheiden sich in Abhängigkeit von den Strömungen innerhalb des sozialistischen Milieus.

Wie sich leicht denken lässt, führte das sozialdemokratische Insistieren auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen revolutionären oder wenigstens reformerischen Charakters zur Abwehrhaltung der etablierten „staatstragenden“ Parteien, welche für den hier im Mittelpunkt stehenden Zeitraum gesetzlich verankerte Repressionsmaßnahmen gegen die immer größeren Wählerzuspruch erhaltende Sozialdemokratie verhängten. Die parteipolitisch und gewerkschaftlich organisierte sozialistische Bewegung wurde aus dem konventionellen politischen Spektrum zu verdrängen versucht,¹³³ was letztlich weder „im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen“ durch das Sozialistengesetz noch „auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter“¹³⁴ durch die Sozialversicherung gelingen sollte: Trotz „Peitsche und Zuckerbrot“ erwies sich die von den etablierten Parteien bzw. den von ihnen vertretenen Milieus aufgerichtete „Moralgrenze zwischen den bürgerlich-konfessionellen Gesinnungsgemeinschaften und der Arbeiterbewegung“¹³⁵ als durchlässig, da sich jenseits dieser Grenze immer mehr Wähler aus dem sozialistischen Milieu hinter der Sozialdemokratie versammelten, bis diese selbst ein reichliches Vierteljahrhundert nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes zur „staatstragenden“ Partei – wenn auch der eines anderen Staates – wurde.

¹³¹ Brock: Der schwierige Weg in die Moderne, 107. Zum Verhältnis zwischen katholischem Milieu und Sozialdemokratie vgl. u. a. Pohl: Katholische Sozialdemokraten oder sozialdemokratische Katholiken in München: ein Identitätskonflikt?.

¹³² Vgl. Kocka: Phasen der europäischen Bürgertumsgeschichte, 344.

¹³³ Die Ausgrenzung der politischen Vertretung des sozialistischen Milieus durch die etablierten Parteien wurde durch die homogene Struktur des sozialistischen Milieus begünstigt: „In der engen Beziehung der Parteien auf ein entsprechendes Sozialmilieu liegt die Gefahr, daß das Parteiensystem mehr der Aufrechterhaltung der Autonomie des Milieus als seiner Integration in die Gesamtgesellschaft dient. Diese Gefahr ist um so größer, wenn das Milieu relativ homogen ist oder im Zuge eines Schrumpfungsprozesses sich durch Abstoßung von Marginalgruppen homogenisiert oder schließlich von einer homogenen Führungsschicht in seinen intermediären Gebilden beherrscht wird.“ (Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 38). Ebenso wie beim katholischen Milieu wirkte das Bemühen um eine einheitliche schlagkräftige Milieuvertretung auch dahin, bei den anderen Zweifel an der Integrationswilligkeit und – zugespitzt – an der nationalen Loyalität (Internationalismus bzw. Ultramontanismus) zu nähren. Ein weiteres Ergebnis dieser Einheitsbemühungen war das Unvermögen sowohl der Sozialdemokratie wie des Zentrums, milieufremde Wählerschichten zu erschließen (vgl. ebd., 44 f.). Insofern gelang es beiden Parteien recht gut, das jeweils eigene Milieu zu vertreten, jedoch weniger gut, es in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.

¹³⁴ Aus der Kaiserlichen Sozialbotschaft anlässlich der Eröffnung des fünften Reichstages am 17.11.1881 (StBRt V/I [1881/82], 2/I).

¹³⁵ Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, 44.

1.2.2. Antworten auf die soziale Frage aus den einzelnen Milieus

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt Grenzen und Gemeinsamkeiten der verschiedenen sozialmoralischen Milieus im Deutschland des 19. Jahrhunderts aufgezeigt wurden, werden im Folgenden Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage, die von Vertretern dieser Milieus geäußert wurden, verhandelt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der „unterschichtigen Existenzen“ (Nipperdey) waren in allen vier Milieus als dringend verbesserungsbedürftig empfunden worden, weshalb eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze, Bezug nehmend auf unterschiedlich bewertete Zustände zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert wurden. Dass es dabei auch innerhalb der vier Milieus zu Meinungsverschiedenheiten kam, braucht nicht zu verwundern und dieselben sollen auch hier weder geleugnet noch nivelliert werden, wenn als Ordnungsrahmen der folgenden Darstellung weit gehend auf die Milieus zurückgegriffen wird. Dies geschieht mit Blick auf den angestrebten Vergleich mit den in den 1880er Jahren durch legislative Akte in Kraft gesetzten Maßnahmen zur Abhilfe gegen soziale Schieflagen im jungen deutschen Kaiserreich. Im Wesentlichen unberücksichtigt bleiben wird dagegen die Genese der einzelnen sozialen Ideen.¹³⁶ Vielmehr soll ein Überblick über den sozialreformerischen Diskussionsstand in den verschiedenen Milieus und damit das diskursive Fundament der im Anschluss darzustellenden Reichstagsdebatten gegeben werden.

1.2.2.1. Das katholische Milieu

Stellvertretend für den sozialen Katholizismus sollen drei Persönlichkeiten näher beleuchtet werden, welche weit über das katholische Milieu hinaus Einfluss und Wirkung erzielten.

Franz Joseph Buß interessiert hier als Parlamentarier, der sehr früh eine scharfsichtige Analyse der industriellen Entwicklung seiner badischen Heimat abgab und Wege aufzeigte, wie auf die Herausforderungen der Industrialisierung durch eine staatliche Sozialpolitik reagiert werden könne. Peter Reichensperger ist ebenfalls als ein Abgeordneter mit sozialpolitischem Engagement von Belang, vor allem weil er über einen langen Zeitraum als Parlamentarier aktiv und im Übrigen einer der 13 (bzw. 14) „Abweichler“ der Zentrumsfraktion war,¹³⁷ die 1889 für die Annahme der Invaliditäts- und Altersversicherung stimmten. Nicht ausgespart werden darf an dieser Stelle der „Arbeiterbischof“ Wilhelm Emmanuel von Ketteler, der als Mainzer Bischof und als Abgeordneter den sozialen wie den politischen Katholizismus entscheidend geprägt hat und durch den hier beispielhaft die von den meisten Vertretern des sozialen Katholizismus vertretenen Ansichten dargestellt werden sollen.

Als charakteristisches Merkmal der hier vorgestellten sozialreformerischen Meinungsäußerungen aus dem katholischen Milieu ist die Vehemenz festzuhalten, mit welcher die drei Vertreter auf den Zusammenhang zwischen sittlicher und wirtschaftlicher Verfassung (nicht nur)

¹³⁶ Vgl. dazu Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland; Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus; Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus.

¹³⁷ Bei den übrigen Opponenten handelte es sich um Heinrich Graf Adelman von Adelmansfelden (1848-1920), Engelbert Buxbaum (1831-1911), Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (1825-1890), Friedrich Balduin Freiherr von Gagern (1842-1910), Karl Freiherr Huene von Hoiningen (1837-1900), Ignaz von Landsberg-Velen (1830-1915), Sigmund Freiherr von Pfetten (1847-1931), Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg (1843-1903), Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg (1844-1897), Friedrich Karl Graf zu Schönborn (1847-1913), Adolf Graf von Waldersdorff (1835-1919) und Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (1832-1903) (Zustimmung) sowie Felix Porsch (1853-1930) (Enthaltung) (vgl. StBRt VII/4 [1888/89], 2002/I-2003/II).

der Unterschichten insistieren. Dies ist nur konsequent, sind doch die drei erwähnten Sozialpolitiker übereinstimmend der Meinung, dass das Christentum spezifische Regeln auch für die Betreuung Bedürftiger entwickelt habe.¹³⁸ Von der Befolgung oder Nichtbefolgung dieser Regeln seien die wirtschaftliche und davon abgeleitet wiederum die sittliche Existenz der Unterschichten in entscheidendem Maße betroffen, weshalb die katholischen Sozialreformer an die besser gestellten Gruppen der Bevölkerung appellieren, ihrer Verantwortung für die Unterschichten gerecht zu werden, bzw. nötigenfalls versuchen, ihnen diese Verantwortung wieder ins Gedächtnis zurück zu rufen. Solche christliche Fürsorge für die Unterschichten hat nach Meinung insbesondere Ketteler neben einer Entschärfung des sozialen Sprengstoffs möglicherweise auch zur Folge, das insbesondere bei den Unterschichten an Einfluss verlierende Christentum wieder stärker in der Bevölkerung verwurzeln zu können.

Den organisatorischen Rahmen für die von den katholischen Sozialreformern eingeforderte christlicher Fürsorge haben in erster Linie Kirche, Kirchgemeinde und Familie abzugeben, der Staat wird dagegen weniger in die Pflicht genommen. Bei Ketteler schien er zunächst vollständig in den Hintergrund zu treten, erst seit dem Ende der 1860er Jahre vertrat er zunehmend die Meinung, dass sich der Staat um Einhaltung und Verbesserung des Arbeiterschutzes mit zu kümmern habe.¹³⁹ Damit ist die Stoßrichtung vieler bis zu Bismarcks Entlassung zwar weitgehend erfolgloser, aber das sozialpolitische Profil der Zentrumsfraktion schärfender und ihre Bereitschaft zu konstruktiver legislatorischer Mitarbeit erhöhender Anträge, den Arbeiterschutz betreffend,¹⁴⁰ vorgezeichnet; man kann wohl mit Recht so weit gehen wie Franz Josef Stegmann und Peter Langhorst, welche den hier von Ketteler beschrittenen Weg folgerichtig zur anfangs mit breiter Unterstützung der Zentrumspartei verabschiedeten Sozialversicherung führen lassen.¹⁴¹ Die anderen beiden katholischen Vertreter oder mindestens jedoch Peter Reichensperger vertraten eine stärker auch den Staat bemühende Position. Während dem Staat bei Buß angesichts der beginnenden Industrialisierung eher die Funktion eines Begleiters zukommt, der Rechtssicherheit schafft, die Vorteile der Industrialisierung in ihrer Entfaltung unterstützt und die Nachteile in ihren Folgen begrenzt, dachte Reichensperger auch an konkrete staatliche Lenkungsleistungen, was sich nicht zuletzt in seiner Zustimmung zur Invaliditäts- und Altersversicherung ausdrückt.

Einig sind sich die drei zu schildernden Sozialreformer im Beharren auf der herkömmlichen, immer noch in wesentlichen Teilen ständisch organisierten Gesellschaftsordnung, ohne aber die an dieselbe aktuell gestellten Herausforderungen zu verkennen.¹⁴²

Franz Joseph Buß (1803-1878)

Auch wenn das Engagement des badischen Abgeordneten Franz Joseph Buß letztlich folgenlos blieb, kann es die Nachgeborenen immerhin daran erinnern, dass die parlamentarische Auseinandersetzung mit der sozialen Frage nicht erst mit der ab 1881 zur Sozialversicherungsgesetzgebung führenden begann. Darüber hinaus finden sich schon in der bereits erwähnten Bußschen Rede von 1837 vor der Zweiten Badischen Kammer¹⁴³ eine sehr präzise Be-

¹³⁸ Vgl. dazu auch Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 622 f.

¹³⁹ Vgl. dazu Sellier: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert, 41-46.

¹⁴⁰ Zu diesen Anträgen vgl. ebd., 60-146.

¹⁴¹ Vgl. Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 673 f.

¹⁴² Zur Entwicklung und letztlich Ablösung der Ständeidee im Katholizismus vgl. ebd., 631-644.

¹⁴³ Buß würde von 1874 bis 1877 auch Mitglied des Reichstags sein (vgl. Schwarz: MdR, 285 f.).

schreibung der Entwicklungen, welche die soziale Frage aufwarfen, sowie Lösungsvorschläge, die sich von denen ein knappes halbes Jahrhundert später diskutierten kaum unterscheiden. Mit seinen konkreten Anregungen zur Milderung des durch die sich beschleunigende Industrialisierung hervorgerufenen Massenelends steht der Vorkämpfer des katholischen Vereinswesens¹⁴⁴ für eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Analyse der bestehenden Probleme, während der überwiegende Teil der entstehenden katholisch-sozialen Bewegung die soziale Frage als eine religiöse ansah – „als eine nothwendige Folge [...] des Abfalles von Christus“¹⁴⁵, wie dies Ketteler in einer seiner Mainzer Adventspredigten von 1848 zum Ausdruck brachte. Buß betont die Weiterentwicklung der „wirtschaftlichen Tätigkeit“ vom Landbau über das „Gewerk“ (Gewerbe) hin zum Handel. Eine entsprechend der regionalen Verhältnisse gestaltete Verbindung dieser drei „Betriebe“, zu der „veredelnd“ die Wissenschaft tritt, bewirkt das, was wir unter dem Begriff *Industrialisierung* zu fassen gewohnt sind: „In schneller Folge erheben sich Fabriken in allen Teilen des Landes.“¹⁴⁶ Buß – jüngster Abgeordneter der Badischen Kammer – plädierte dafür, sich der von England, den Niederlanden und Frankreich auch nach Baden ausbreitenden „Gewerbsbetriebsamkeit“ nicht zu verschließen, sondern vielmehr, da dieser Prozess ohnehin nicht aufzuhalten sei, staatlicherseits regulierend einzugreifen:

Die Aufgabe der Staatsregierung ist bei diesen Aussichten keineswegs das von den Regierungen in neuerer Zeit zu weit getriebene [...] Laissez faire gelten zu lassen. Ein solcher gewerblicher Umschwung, der in unserer Zeit sich zu einer weltgeschichtlichen Erscheinung gesteigert hat, greift tief in das Wesen eines Volkes ein; er verwandelt dessen sämtliche Zustände. Die Regierung muß daher diese Verhältnisse überwachen, gegen die Einseitigkeit und Überwucherung einer einzelnen Richtung der Volkswirtschaft schützen. Ich gehöre nicht zu jenen empfindsamen Naturen, welche glauben, daß für die Staaten eine unversehrbare Patriarchalität durch das Verharren bei dem Landbau sich bewahren lasse; [...] ich gehöre aber ebensowenig zu jenen, welche in einer schwindelnden Industrie und in einem künstlich gehaltenen Handel den reinen Segen der neueren Zeit begrüßen.¹⁴⁷

Die Vorteile der Industrialisierung wie die Hebung des Wohlstandes durch gesteigerte Wertschöpfung oder das vermehrte Angebot an Verdienstmöglichkeiten anerkennend, nimmt Buß deren Risiken in den Blick, denen es durch staatliche Maßnahmen entgegenzusteuern gelte. Gegen „tiefgehende Nachteile [...]“, wenn die Fabrikation ihre Naturgrenze überschreitet¹⁴⁸, gegen die „durch den übermäßigen Fabrikbetrieb in den Organismus eines Staates eingeführte soziale Krankheit“¹⁴⁹ – also z. B. gegen die umfassende Abhängigkeit des Arbeiters vom Fabrikherrn, die gesundheitliche Gefährdung, vor allem aber den sittlich-religiösen Niedergang aufgrund der Zerrüttung des Familienlebens¹⁵⁰ – schlägt er die staatliche Förderung von Land-

¹⁴⁴ Buß gründete den katholischen Verein in Baden und war Präsident des ersten Katholikentages 1848 in Mainz (vgl. Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 48).

¹⁴⁵ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die großen socialen Fragen der Gegenwart. Sechs Predigten gehalten im hohen Dom zu Mainz, in: Ders.: Sämtliche Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 22-87, 40.

¹⁴⁶ Buß, Franz Joseph von: „Aufschwung der fabrikmäßigen Industrie“ und deren „Vorzüge“ (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 28-33, 31.

¹⁴⁷ Ebd., 29; 32.

¹⁴⁸ Buß, Franz Joseph von: „Nachteile“ der Industrialisierung, die ihre „Naturgrenze“ überschreitet (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 34-45, 34.

¹⁴⁹ Buß, Franz Joseph von: Mittel zur Heilung der „sozialen Krankheit“ (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 45-58, 48.

¹⁵⁰ Vgl. Buß, Franz Joseph von: „Aufschwung der fabrikmäßigen Industrie“ und deren „Vorzüge“ (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 28-33, 33; Ders.: „Nachteile“ der Industrialisierung, die ihre „Naturgrenze“ überschreitet (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 34-45, 35-40 (hier auch Zitate).

wirtschaft und Handwerk vor. Während der Landwirtschaft durch die Etablierung eines Versicherungs- und Kreditwesens sowie durch eine Verbesserung der Ausbildung geholfen werden soll, steht bezüglich des Handwerks die Errichtung eines „geläuterten Innungswesens“ im Mittelpunkt, dessen Grundzug die „organische Vermittlung zwischen der Freiheit und dem Zwang“ sein soll. Außerdem ist auch hier an eine verbesserte Ausbildung der Lehrlinge und Meister gedacht.¹⁵¹ Was die Fabrikarbeit selbst betrifft, soll der Staat neben der Bildung der Arbeiter auch ihre Sparsamkeit fördern; Buß hat hier vor allem Sparkassen und von Arbeitern und Arbeitgebern jeweils zur Hälfte zu bestückende obligatorische Unfall- und Krankenkassen zum Schutz der Ersparnisse in schwierigen Situationen im Blick. Von einer von seinem Lehrer, dem Tübinger Staatsrechtler und Nationalökonom Robert von Mohl (1799-1875), vorgeschlagenen Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn¹⁵² hält er indes ebenso wenig wie von direkten staatlichen Beihilfen zur Gründung selbstständiger Unternehmungen durch Fabrikarbeiter.¹⁵³

Auch den immateriellen Schäden des Industriebetriebs will Buß abhelfen. Bereits hier werden grundlegende Anliegen des Arbeiterschutzes wie das Verbot der (Klein-)Kinderarbeit, die Beschränkung der Arbeitszeit und die Einführung von Fabrikinspektionen formuliert und mit der Forderung nach besserer sittlicher und religiöser Bildung der Arbeiter und ihrer Kinder (Schulpflicht, Einrichtung von Kindergärten, Überwachung des Alkoholausschanks, Geschlechtertrennung am Arbeitsplatz, Sonntagsheiligung, Beschränkung der Freizügigkeit) verbunden.¹⁵⁴

Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877)

Der „Bauernpastor“ und „Arbeiterbischof“ Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler gehört ohne Zweifel zu den zu seiner Zeit einflussreichsten und wirksamsten Vertretern des sozialen wie des politischen Katholizismus.

Nachdem er bereits während seiner Tätigkeit als Landkaplan bzw. -pfarrer durch seine karitative Tätigkeit zugunsten der Armen seiner Gemeinden gezeigt hatte, dass ihm nicht nur das seelische Wohl der ihm Anvertrauten am Herzen lag, hielt Ketteler zum Jahresende 1848 sechs viel beachtete Predigten im Mainzer Dom, in welchen er zur sozialen Frage Stellung bezog.¹⁵⁵

Für Ketteler ruht das gesellschaftliche Leben auf dem Eigentumsrecht, der Freiheit und Bestimmung des Menschen vermittels seiner Beziehung zu Gott sowie auf Familie und Ehe.¹⁵⁶ Ausgehend von Eigentumslehre Thomas von Aquins¹⁵⁷ rechtfertigte Ketteler die ungleichmäßige Verteilung des Eigentums gegenüber dem „falschen Kommunismus“, betonte aber auch

¹⁵¹ Vgl. Buß, Franz Joseph von: Mittel zur Heilung der „sozialen Krankheit“ (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 45-58, 48-51 (hier auch Zitate).

¹⁵² Vgl. Mohl: Über die Nachteile, 179 ff. Die Bußschen Vorschläge zur Heilung der „sozialen Krankheit“ decken sich ansonsten auffällig mit den Empfehlungen, die in Mohls Schriften geäußert werden (vgl. Mohl: Über die Nachteile; Staatsrecht, Völkerrecht, Politik, Bd. 3, 566-587). Zum Einfluss Mohls auf Buß vgl. Sellier: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert, 32 (sowie die dort zitierten Publikationen).

¹⁵³ Vgl. Buß, Franz Joseph von: Mittel zur Heilung der „sozialen Krankheit“ (1837), in: Franz Joseph von Buß 1803-1878, 45-58, 51-54.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., 54 ff.

¹⁵⁵ Ketteler, Wilhelm von: Die großen sozialen Fragen der Gegenwart. Sechs Predigten gehalten im hohen Dom zu Mainz, Mainz 1849.

¹⁵⁶ Vgl. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die großen sozialen Fragen der Gegenwart. Sechs Predigten gehalten im hohen Dom zu Mainz, in: Ders.: Sämtliche Werke und Briefe (im Folgenden nur: Sämtliche Werke), Abt. I, Bd. 1, 22-87, 49-56; 58-67; 69-77.

die Sozialpflichtigkeit jeglicher Besitztümer gegenüber „der falschen Lehre vom Rechte des Eigenthums“¹⁵⁸.

Das Eigenthumsrecht der Menschen ist [...] lediglich ein dem Menschen von Gott eingeräumtes Recht, die Güter der Erde in der von ihm vorgeschriebenen Ordnung zu benutzen, in der Absicht, daß alle Menschen aus den Erdengütern ihre nothwendigen Leibesbedürfnisse erhalten. [...] An dem Nutzungsrechte, das dem Menschen zusteht, unterscheidet er [Thomas; PE] zwei Momente, erstens das Recht der Fürsorge und Verwaltung, zweitens das Recht des Fruchtgenusses. [...] In Bezug auf die Verwaltung und Fürsorge behauptet nun der heilige THOMAS, müsse das Eigenthumsrecht der einzelnen Menschen über die Güter der Erde anerkannt werden, und zwar aus drei Gründen. *Erstens* werde nur in dieser Weise für die gute Verwaltung der irdischen Güter selbst gesorgt, denn Jeder Sorge besser für das, was ihm selbst gehöre, als was er mit Anderen gemeinschaftlich besitze. [...] *Zweitens* [...] könne nur durch Anerkennung des Eigenthumsrechtes der einzelnen Menschen die Ordnung, die zur gedeihlichen Verwaltung der Erdengüter notwendig sei, aufrecht erhalten werden, denn es werde allgemeine Verwirrung entstehen, wenn Jeder für Alles zu sorgen habe. [...] *drittens* [...] könne nur bei anerkanntem Eigenthumsrechte der Einzelnen der Friede unter den Menschen erhalten werden, da ja die Erfahrung lehre, wie leicht gemeinschaftlicher Besitz zu Streit und Zank führe. [...] In Bezug auf den zweiten Moment, [...] nämlich auf das Recht, die aus der Verwaltung der irdischen Güter gewonnenen Früchte zu genießen, stellt der heil. THOMAS dagegen einen ganz anderen Grundsatz auf. Diese Früchte soll der Mensch [...] niemals als sein Eigenthum, sondern als ein Gemeingut Aller betrachten [...] ¹⁵⁹

Die Ursache für die sozialen Verwerfungen seiner Zeit sieht Ketteler anders als Buß nicht in der sich beschleunigenden Industrialisierung, sondern in „Unglaube und Gottlosigkeit“, welche „die Arbeitslust bei dem Armen vernichteten“ und „bei dem Reichen den Geist der werktätigen Liebe“¹⁶⁰ zerstörten. Verkörpert und verbreitet werden Unglaube und Gottlosigkeit vor allem durch den „falschen Kommunismus“ und durch den Liberalismus – „die falsche Lehre vom Rechte des Eigenthums“¹⁶¹. Diese beiden „unsinnigen Lehren“ macht Ketteler dafür verantwortlich den Glauben der Christen zu erschüttern: Indem sie einen unchristlichen Umgang mit dem Eigentum propagieren und damit an die niederen Instinkte des Menschen appellieren, lösen sie ihn aus seiner Verbindung mit Gott und Christus: „Von Christus ist die Welt abgefallen, die Erlösung in Christo hat sie abgewiesen, der Herrschaft ihrer Leidenschaften ist sie verfallen, das ist der letzte, tiefste und wahrste Grund unserer socialen Leiden und Zustände.“¹⁶² Derart von der Gnade, „welche die Erlösung in Christus den Menschen darbietet“¹⁶³, abgeschnitten, ist der Mensch ohne Ausweg im Status der Erbsünde gefangen¹⁶⁴ und schutzlos den Einflüsterungen der falschen Ratgeber ausgeliefert. Folgerichtig kann daher der Ausweg aus der aktuellen Misere nicht in der von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Anwendung volkswirtschaftlicher Steuerungsmechanismen liegen, sondern nur in der „Umänderung der Gesinnung“, d. h. in der Abkehr von Habgier, Genuss- und Selbstsucht und der Hinwendung zu den Nöten des Nächsten. Die Realisierung dieser Umkehr versprach sich Ketteler von der Befolgung der christlichen Lehren.¹⁶⁵ Sein Programm zur Lösung der sozialen Frage war also

¹⁵⁷ Vgl. Summa Theologica, II-II, q. LXVI, a. II.

¹⁵⁸ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die großen socialen Fragen der Gegenwart, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 22-87, 30.

¹⁵⁹ Ebd., 28 ff.

¹⁶⁰ Ebd., 28.

¹⁶¹ Ebd., 30.

¹⁶² Ebd., 40.

¹⁶³ Ebd., 38.

¹⁶⁴ Vgl. ebd., 37 ff.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., 40-44 (hier auch Zitat).

zuvörderst ein bildungspolitisches, es sollte Reichen und Armen gleichermaßen das Vorbild Christi wieder vor Augen stellen. Zur Belehrung aufgerufen sind all jene, die von den christlichen Lehren noch beeinflusst sind, also Kettelers Hörer im Mainzer Dom und darüber hinaus alle Christen, die diesen Namen verdienen.

Den Titel „Arbeiterbischof“ verdankte Ketteler in erster Linie seiner 1864 erschienenen Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“¹⁶⁶. Diese entstammte nicht zuletzt der fruchtbaren Diskussion um die soziale Frage im Jahr 1863, als die Kontroverse zwischen Hermann Schulze-Delitzsch und Ferdinand Lassalle um eine mögliche Staatshilfe für Produktivgenossenschaften begann und der Katholikentag in Frankfurt am Main sich mit dieser Frage beschäftigte.¹⁶⁷ In seiner einflussreichen Schrift (noch 1864 wurden zwei weitere Auflagen gedruckt) wandte sich der seit 1850 der Mainzer Diözese vorstehende Ketteler konkreter den sozialen Missständen unter den Arbeitern zu und machte detailliertere Vorschläge zur Abhilfe. Zunächst stellte Ketteler in Anknüpfung an seine Mainzer Predigten von 1848 klar, dass alle Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nur dann Erfolg haben können, wenn sie auf christlicher Basis erfolgen, schließlich habe das Christentum durch Abschaffung der Sklaverei erst die Herausbildung eines Arbeiterstandes ermöglicht.¹⁶⁸

Sehr kundig beschreibt Ketteler die Lage der hilfsbedürftigen Arbeiter, deren Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung bei allen Hilfsbemühungen im Mittelpunkt stehen müsse.¹⁶⁹ Auch die invaliden und alten Arbeiter hat der Mainzer Bischof im Blick, allerdings macht er bezüglich derer keine konkreten Vorschläge, denn „die Fürsorge für den arbeitsunfähig ge-

¹⁶⁶ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterfrage und das Christentum, Mainz 1864.

¹⁶⁷ „Das große Thema des Frankfurter Katholikentages aber war die soziale Frage, auf die schon in seiner Begrüßungsrede Stadtpfarrer Thissen hingewiesen hatte. Gerade auf dem sozialen Gebiete zeige sich der Bankrott der vom Christentum losgelösten ‚Humanität‘; diese könne die schweren Schäden der Zeit höchstens mit einem Pflaster verkleben, heilend zu wirken vermöge nur die christliche Liebe.“ (Kißling: Geschichte der Katholikentage, 395). Weiterhin sagte Domkapitular, Geistlicher Rat und Stadtpfarrer Eugen Thissen „Wenn wir aber einmal der Noth deutscher Brüder unsere Aufmerksamkeit schenken, wer könnte sich dann der Einsicht verschließen, daß es um uns herum eine Classe der Bevölkerung gibt, deren Lage unsere Theilnahme im höchsten Maße verdient? Ich rede von der großen Masse des Handwerker- und Arbeiterstandes, die gegenwärtig einen schweren Kampf um ihre Existenz kämpft und im Gegensatz zu allen andern Classen der Gesellschaft bei den herrlichen Fortschritten der Industrie trostlos in die Zukunft schaut.“ (Verhandlungen der fünfzehnten Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt am Main, 23). Am Ende beschloss die Versammlung, „daß sie sich dermalen nicht veranlaßt findet, sich über die großen socialen Zeitfragen in ihrem Verhältnisse zum Christentum auszusprechen. Sie empfiehlt aber den Katholiken dringend, sich mit dem Studium dieser Frage zu beschäftigen, welche sicherlich nur im Lichte und durch den Geist des Christenthums einer dem sittlichen und materiellen Wohle wie der Einzelnen und der Gesellschaft entsprechenden Lösung entgegengeführt werden könne.“ (ebd., 347). Dieser Katholikentag sah auch die ersten öffentlichen Auftritte des nachmaligen „westfälischen Bauernkönigs“ und Zentrums politiklers Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst (1825-1895) („[...] das Glück [...] liegt in dem Familienleben, [...] festbegründet auf den Glauben unserer heiligen katholischen Kirche, nach welchem Glauben es in allen Theilen geregelt ist. [...] Und [...] in diesem Familienleben liegt vorzugsweise unsere Zukunft. Aus der Familie [...] muß die Generation erwachsen, die das fortzusetzen, auszuführen und zu vollenden hat, was wir anstreben oder begonnen haben. Die Familie und das Familienleben in ächt katholischem Sinne, wir müssen es heben, wir müssen es ausbeuten für die höheren Zwecke, denen wir unsere Thätigkeit zuwenden.“ [ebd., 86 f.]) und des Philosophen, Sozialpolitikers und späteren Reichskanzlers Georg Freiherr von Hertling (1843-1919). Zu den Katholikentagen vgl. Filthaut: Deutsche Katholikentage; Hehl/Kronenberg: Zeitzeichen; Raabe: Zwischen Kirche und Welt; Sellier: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert, 40 f.; 46 ff.; Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 620-624.

¹⁶⁸ Vgl. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterfrage und das Christentum, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 367-515, 370 f.

¹⁶⁹ Vgl. ebd., 372 f.

wordenen Arbeiter wird immer von der Kirche und von Jenen ausgehen, die in der Kirche und von Christus den Geist der wahren Nächstenliebe empfangen haben“¹⁷⁰.

Von Ferdinand Lassalle, mit dem er auch in seiner Kapitalismuskritik übereinstimmte,¹⁷¹ übernahm Ketteler die Theorie, wonach die Arbeit als eine Ware zu betrachten sei, die den Wechselformen von Angebot und Nachfrage unterworfen ist. Das aus dieser Einsicht abgeleitete so genannte *eherne Lohngesetz* ist eine Folge der nach Meinung Kettelers missbrauchten Gewerbefreiheit, worunter er die Verbindung von Kapitalkonzentration und Einsatz von Maschinen versteht. Das *eherne Lohngesetz* besagt nun, dass, da die Arbeitgeber aufgrund der Konkurrenz des Marktes an möglichst niedrigen Produktionskosten, ergo möglichst billigen Arbeitskräften interessiert sind, der Arbeitslohn sich auf die Befriedigung der „Lebensnothdurft“ der Arbeiter beschränken muss.¹⁷² Steigt er wesentlich darüber, wird sich das Angebot an Arbeitskräften erhöhen, sinkt er längerfristig darunter, werden Arbeiter abwandern bzw. nicht mehr in der Lage sein ihre volle Leistungsfähigkeit dem Produzenten zur Verfügung zu stellen.¹⁷³ Bevor Ketteler seine Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter macht, weist er die Vorschläge der Liberalen (unbedingte Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit, Freizügigkeit, Genossenschaften auf Selbsthilfebasis) sowie Lassalles und seiner Anhänger (Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn, staatlich geförderte Produktivgenossenschaften, allgemeine und direkte Wahlen¹⁷⁴) zurück.¹⁷⁵ Was er von diesen Anschauungen hält, hatte er schon in einer seiner Mainzer Predigten von 1848 zum Ausdruck gebracht,¹⁷⁶ dennoch greift er im Folgenden einige in modifizierter Weise auf.

¹⁷⁰ Ebd., 374 f.; 385 f.

¹⁷¹ Vgl. Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 667 f.

¹⁷² Vgl. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterfrage und das Christenthum, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 367-515, 378-381 (hier auch Zitat). Das *eherne Lohngesetz* geht auf die Arbeitswertlehre David Ricardos (1772-1823) zurück (die auch von Karl Marx bei der Entwicklung seiner ökonomischen Ideen aufmerksam rezipiert wurde) und wurde in Deutschland von Lassalle einem größeren Publikum bekannt gemacht; vgl. Ricardo: On the Principles of Political Economy and Taxation.

¹⁷³ Im Unterschied zu Lassalle bejahte Ketteler die Gültigkeit des ehernen Lohngesetzes allerdings nur für die Gegenwart, sieht in ihm keine zeitlose, unabänderliche Tatsache (vgl. Stegmann/Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 668).

¹⁷⁴ Bei allen Überlegungen und Forderungen bezüglich des Wahlrechts wird im Untersuchungszeitraum ausschließlich über das Wahlrecht für Männer reflektiert. Eine gängige Ansicht über das Mitspracherecht von Frauen äußerte der freikonservative Abgeordnete Arnold Lohren (1836-1901) am 26.04.1883 vor dem Reichstag: „Es ist bisher im deutschen Reich noch nicht Sitte gewesen, daß auch Mitglieder der Klasse weiblichen Geschlechts in derartigen Versammlungen als vollberechtigte Personen mitstimmen können. Ich glaube, daß durch eine derartige Bestimmung ein vollkommenes Novum in alle unsere Verhältnisse hineingebracht werden würde und namentlich daß auch die Frauen sehr leicht in allerlei Differenzen mit den Anschauungen ihrer Männer gerathen können.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2131/I).

¹⁷⁵ Vgl. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterfrage und das Christenthum, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 367-515, 387-425.

¹⁷⁶ „Nicht bloß unchristlich, sondern unnatürlich ist jene Lehre, die den Menschen zum Gott seines Vermögens macht und ihn berechtigt, jene Früchte seines Eigenthums, die er seinen armen Mitbrüdern zuwenden sollte, zur Befriedigung seiner Lüste [...] anzuwenden; nicht bloß unchristlich, sondern auch unnatürlich ist ferner jene Lehre von der Gütergemeinschaft, die auch in betreff der Verwaltung eine Gemeinschaft der Güter erstrebt und zur Zerstörung der Güter selbst, zur Vernichtung jeder guten Verwaltung, zum Umsturze aller Ordnung und jeglichen Friedens führen und somit den natürlichen Zweck der Güter vereiteln würde, und wir begreifen leicht, wie aus so unsinnigen Lehren, aus einer solchen Verkennung der natürlichsten Wahrheiten, die heillose Verwirrung und Spannung hervorgehen mußte, in der wir uns befinden. [...] Sie ist eine nothwendige Folge der widernatürlichen Auffassung des Rechtes des Eigenthums, und diese eine nothwendige Folge der Verkennung unseres Verhältnisses zu Gott, der Schwächung des lebendigen Gottesglaubens.“ (Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die großen sozialen Fragen der Gegenwart, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 22-87, 36 f.).

Der einzige Weg zu einer Verbesserung der Lage der Arbeiter besteht laut Ketteler, wie er schon in den Mainzer Predigten geäußert hatte, in der Rückkehr zum „Geist des Christentums“, d. h. zum „Geist der Liebe, [...] *der Selbstverläugnung, [...] Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung*“¹⁷⁷. Das Christentum bzw. die Kirche können und sollen auf diesem Weg Hilfestellungen bieten. Ketteler hat hier fünf Maßnahmen vor Augen:¹⁷⁸

Erstens schlägt er die Gründung und Leitung kirchlicher Anstalten für arbeitsunfähige Arbeiter vor. Dies sei eine traditionelle Aufgabe der Kirche, die im Interesse einer angemessenen Betreuung der Alten und Invaliden nicht anderen Trägern überlassen werden könne, da nur solche Mitarbeiter, deren Herzen „von einer mehr als bloß menschlichen und irdischen Liebe erfüllt“¹⁷⁹ sind, diese aufopferungsvolle schwere Arbeit leisten können.

Zweitens sollen die christliche Familie und die Ehe gestärkt werden. Dadurch wird eines der „wahrhaft organischen Bande“, die des Arbeiters „Einzelleben schützen und hüten“¹⁸⁰, ebenso bewahrt wie Keuschheit und Sitte. Die Zivilehe gehört vor diesem Hintergrund selbstredend nicht zu den begrüßenswerten Entwicklungen.

Drittens hat die Kirche Kettelers Ansicht nach die Aufgabe „dem Arbeiterstande die *wahre Bildung*“ zu geben, ihm die „*Wahrheiten und Lehren*“¹⁸¹ des Christentums nahe zu bringen, wobei die zentrale Position dem Schutz der Menschenwürde zukommt, welche ihre Ausgang in Gott hat und daher ihre Verwirklichung nicht in der Befriedigung durch irdische Dinge zu suchen braucht. Mit einer solchen Einstellung kann der Arbeiter den „hohen Werth dieser mühevollen täglichen Arbeit“ schätzen und „innere Seelengüter“ entdecken. Dadurch lernt er „die Hand einer liebevollen Vorsehung kennen, die ihm mitten in seiner Entbehrung Zeichen seiner göttlichen, väterlichen Liebe darreicht“¹⁸².

Viertens entspringen dem Christentum selbst spezifische soziale Kräfte, Ketteler erinnert an das Gleichnis von den anvertrauten Zentnern (Pfunden)¹⁸³ und an das doppelte Liebesgebot¹⁸⁴. In der Liebe zu Gott und zum Nächsten, im Bewusstsein um die Verpflichtung zur Entfaltung der anvertrauten Talente und zu ihrem verantwortungsvollen Gebrauch zum Wohl der Mitmenschen werden alle menschlichen Vereinigungen (z. B. auch Genossenschaften) nicht nur durch „den nächsten Zweck dieser Vereine“ – der aufgrund der Selbstsucht der Mitglieder immer bedroht ist – zusammengehalten, sondern durch „ein anderes hohes, hehres Band, das wie eine leuchtende und erwärmende Sonne sein Licht über alle Mitglieder ausströmt“¹⁸⁵. Demnach sind für Ketteler die „Genossenschaften des Christenthums [...] lebendige Organismen, getragen von einem inneren Lebensprincip; die Genossenschaften des modernen Liberalismus dagegen mechanische Zusammenfügungen von Menschen, zusammengefügt lediglich nach einem äußeren Nützlichkeitsgrund.“¹⁸⁶

¹⁷⁷ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterfrage und das Christenthum, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 367-515, 431.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., 432-455.

¹⁷⁹ Ebd., 433.

¹⁸⁰ Ebd., 435.

¹⁸¹ Ebd., 439.

¹⁸² Ebd., 444.

¹⁸³ Vgl. Mt 25,14-30; Lk 19,11-27.

¹⁸⁴ Vgl. Mt 22,37-40; Mk 12,29 ff.; Lk 10,27.

¹⁸⁵ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterfrage und das Christenthum, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 367-515, 447.

¹⁸⁶ Ebd., 447 f.

Fünftens und letztens greift Ketteler die auch von Schulze-Delitzsch, Lassalle und Victor Aimé Huber vertretene Idee der Produktivgenossenschaften auf. Darunter sind genossenschaftlich organisierte Unternehmen zu verstehen, bei denen die Arbeiter nicht nur einen laut *ehernen Lohngesetzes* zwangsläufig niedrigen Verdienst erhalten, sondern zudem am Unternehmensgewinn beteiligt sind. Das Hauptproblem bei der Errichtung solcher Assoziationen, die Kapitalbeschaffung, könne über kurz oder lang durch das Christentum gelöst werden, „wenn es [...] Gottes Wille ist, die Herzen der Christen auf dieses Gebiet hinzulenken“¹⁸⁷.

Wie bereits bei den Mainzer Predigten von 1848 zu beobachten war, entwickelte Ketteler seine Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Fabrikarbeiter auf der Grundlage seiner Anschauung von einer zum Christentum zurück zu führenden Gesellschaft, er interpretiert die soziale Frage in erster Linie als Folge des Abfalls von Christus. Zwar ignoriert er keineswegs die wirtschaftlichen Umwälzungen seiner Zeit, doch sind diese nur insofern für die Misere der Arbeiter verantwortlich, als sie von den vom Christentum abgefallenen Unternehmern nicht verhindert und von den ebenso entchristlichten Arbeitern nicht bekämpft werden (können). Von diesem Grundtenor war auch Kettelers Rede vor Arbeitern auf der Liebfrauenheide¹⁸⁸ bei Offenbach im Rahmen einer Visitationsreise vom 25. Juli 1869 geprägt. Hier hob der Mainzer Bischof die englischen „Trade Unions“ als Vorbilder von zu bildenden Zusammenschlüssen der Arbeiter hervor und formulierte überdies wichtige Anliegen des Arbeiterschutzes, dessen Durchsetzung später die katholische Zentrumspartei zu einem ihrer wichtigsten Anliegen machen würde. In Sonderheit benannte Ketteler als legitime Forderungen der Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit, die Gewährung von Ruhetagen (insbesondere die Arbeitsruhe am Sonntag), das Verbot der Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern, von Mädchen – möglichst von allen Frauen.¹⁸⁹

Einen prägenden Einfluss auf die Ausrichtung des sozialen Katholizismus sollte Kettelers strikte Ablehnung jeglicher Überbetonung staatlicher Kompetenzen gewinnen, die ihm geradezu als Antichristentum erschien.¹⁹⁰ Die Folgen dieser starken Vorbehalte gegen den Staat werden noch bei der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag sichtbar sein.

Peter Reichensperger (1810-1892)

Wie eingangs bereits angedeutet wurde, ist Peter Franz Reichensperger für diese Darstellung vor allem darum von Belang, weil sich seine Anschauungen über Rolle und Aufgabe des Staates bei der Lösung der sozialen Frage auffallend von denen der Mehrzahl seiner Mitstreiter im sozialen Katholizismus (z. B. Ketteler) und in der Zentrumsfraktion unterschieden.

¹⁸⁷ Ebd., 452. Anders als Schulze-Delitzsch (Selbsthilfe) und Lassalle (Staatshilfe) setzt Ketteler hier allein auf die Gotteshilfe.

¹⁸⁸ Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältniß zu Religion und Sittlichkeit. Eine Ansprache, gehalten auf der Liebfrauen-Haide am 25. Juli 1869, Mainz 1869.

¹⁸⁹ Vgl. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältniß zu Religion und Sittlichkeit, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 2, 406-428, 410 f.; 415-425.

¹⁹⁰ „Für diesen Versuch aber, die Menschheit als solche zu vergöttern, ist keine andere Form zu finden als die des Staates – und zahllose Richtungen der Zeit laufen, wie viele kleine Bäche, in diesem Einen Strom zusammen: der Gott-Staat, der Staat ohne Gott, der Staat als die Darstellung des reinen Menschthums und als die höchste Verwirklichung und Verherrlichung desselben. [...] Dieses Antichristentum in dieser Form ist das schwarze Gestirn, das am Himmel steht; es ist schon lange aufgegangen in der Idee des absoluten Staates [...]“ (Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Deutschland nach dem Kriege von 1866, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 2, 3-127, 114 f.).

Der rheinische Jurist, Nationalökonom und Naturwissenschaftler, seit 1839 in preußischen Diensten, gehörte zu den Begründern der „katholischen Fraktion“ im preußischen Abgeordnetenhaus und gab auch noch später wichtige Impulse für die programmatische Ausrichtung der Zentrumsfraktion im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. im deutschen Reichstag.¹⁹¹ In seinem 1847 erschienenen Hauptwerk „Die Agrarfrage“¹⁹² formuliert Reichensperger unter anderem seine Positionen zu Eigentum, Staat und Pauperismus: „Das freie, aus der starren Gebundenheit der Feudalität und der Gutsherrschaft herausgetretene Grundeigentum [...], welches allein den materiellen und den geistigen Interessen der Völker entspricht“, würde durch zunehmende Aufteilung des Großgrundbesitzes „zu jener kleinen Kultur“ führen, „welche mit Gewißheit den größtmöglichen Rohertrag“ gewährt und die den besten Schutz vor dem Pauperismus wie auch vor dem überbordenden Luxus bietet.¹⁹³ Demgemäß erkennt Reichensperger „die ideale sozialistische Schule *St. Simons's* und *Fourrier's*“, den sich daran anschließenden „materiellsten Kommunismus“ und weitere verwandte Strömungen mit ihrer „Aufhebung des bisherigen [...] Begriffs von Privateigentum, von Vererbung und Familienband“ als große Gefahr für die „allgemeinen Staatsanordnungen“, welche durch die entstehende politische Organisation der Proletarier vom Umsturz bedroht sind. Abhilfe könne nur deren rechtliche Gleichstellung und die Vermittlung einer realistischen Perspektive auf den Erwerb von Eigentum bieten.¹⁹⁴

Da die bloße Aussicht auf Eigentum an der misslichen Lage der Fabrikarbeiter vordergründig nichts ändert, forderte auch Reichensperger gesetzliche Regelungen zum Arbeiterschutz (Beschränkung der Arbeitszeit und der Kinderarbeit)¹⁹⁵ sowie die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter, „damit die Widerstandslosigkeit des Individuums einen Halt in dem Gesamtwillen aller Gleichgestellten finde“.¹⁹⁶ Des Weiteren würde sich Reichensperger später für die Einführung obligatorischer, staatlich initiiert und kontrollierter Hilfskassen einsetzen, indem er mit einem entsprechenden Antrag das Zustandekommen des preußischen Unterstützungskassengesetzes von 1854 (auch als Mitglied der beratenden Parlamentskommission) entscheidend beförderte¹⁹⁷ und damit auch die Weichen für sein künftiges sozialpolitisches Engagement stellte. Peter Reichensperger hatte maßgeblichen Anteil an der parlamentarischen Profilierung des politischen Katholizismus in Preußen. Aus Protest gegen das Verbot für preußischen Untertanen am römischen Collegium Germanicum zu studieren gründete er 1852 gemeinsam mit seinem Bruder August die „katholische Fraktion“ im preußischen Abgeordnetenhaus, der sich 63 Abgeordnete anschlossen. Später zählte er zu den Mitbegründern der Zentrumspartei.¹⁹⁸

¹⁹¹ Vgl. Hehl: Einleitung, 9 f. In seinem Wahlprogramm von 1870 forderte Peter Reichensperger die Gewährleistung der kirchlichen Selbstständigkeit, den Schutz des konfessionellen Unterrichts und der christlichen Familie, die Schaffung bzw. Bewahrung dezentraler Verwaltungsstrukturen sowie die Reduzierung der Militärausgaben (vgl. Peter Reichensperger 1810-1892, 72). Zum Lebenslauf vgl. Becker: Peter Reichensperger (1810-1892).

¹⁹² Reichensperger, Peter Franz: Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts und in besonderem Hinblick auf Preußen und die Rheinprovinz, Trier 1847.

¹⁹³ Ebd., 660 f.

¹⁹⁴ vgl. ebd., 329 f. (hier auch Zitate).

¹⁹⁵ Vgl. ebd., 248 f.

¹⁹⁶ Vgl. ebd., 267 f. (hier auch Zitat). Eingeführt wurde die Koalitionsfreiheit erst durch der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21.06.1869 (NorddtBGBI 1869, 245-282).

¹⁹⁷ Vgl. Reichenspergers Rede vor der 2. Preußischen Kammer vom 02.03.1854 im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage des Unterstützungskassengesetzes (vom 03.04.1854; PrGS 1854, 138 f.), in: Peter Reichensperger 1810-1892, 126 ff.; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 163; Becker: Peter Reichensperger (1810-1892), 53.

¹⁹⁸ Vgl. Mergel: Peter Reichensperger, 185; 197.

Bei der Durchsetzung seiner sozialpolitischen Ziele ließ sich Peter Reichensperger vom universalistisch-idealistischen Staatsbegriff der Romantik ebenso leiten wie von den Erfahrungen der christlichen Demokraten Frankreichs.¹⁹⁹ Er ging zunächst davon aus, dass der Staat nicht nur eine für das gedeihliche Zusammenleben von Menschen unvermeidliche, sondern auch wohlthätige Einrichtung ist,²⁰⁰ ohne allerdings der von Ketteler beschriebenen Tendenz zu erliegen den Staat zu einem Gott machen zu wollen.

Im schmerzlich empfundenen Gegensatz zur Mehrheit der Zentrumsfraktion, gegen die er nicht selten stimmte²⁰¹ und innerhalb der er zunehmend zu einem Außenseiter wurde, plädierte Reichensperger, der noch 1858 auf dem Kölner Katholikentag die Fähigkeiten des Staates zur Bekämpfung des Sozialismus energisch bestritten hatte,²⁰² mit bemerkenswerter Standfestigkeit für die stärkere Inanspruchnahme des Staates zur Lösung der sozialen Frage. Thomas Mergel leitet Reichenspergers Changieren zwischen politischem Katholizismus und Staatstreue (die er zu einer Ambivalenz zwischen Liberalismus und Obrigkeitsdenken zuspitzt)²⁰³ aus dessen Berufsbiografie her. Er hält fest, dass Reichensperger zwar als Jurist loyal zu seinem Staat stand, dieser ihn jedoch aufgrund seiner Betätigung für den politischen Katholizismus als Reichsfeind brandmarkte.²⁰⁴ Damit konnte zwar seine Staatstreue nicht nachhaltig erschüttert werden, jedoch wurde es ihm dadurch schwer gemacht dieselbe gegenüber seinen gleichmaßen verunglimpften politischen Freunden zu vertreten.

1892 starb Peter Reichensperger als Alterspräsident des deutschen Reichstages.

1.2.2.2. Das protestantisch-konservative Milieu

Bei der Schilderung einflussreicher Sozialreformer des protestantisch-konservativen Milieus sollen drei Persönlichkeiten Berücksichtigung finden, welche trotz der Verschiedenheit sowohl ihres Zugangs zu den Herausforderungen ihrer Zeit als auch der von ihnen vertretenen Ansätze zur Lösung der sozialen Frage einerseits die breit gefächerte Basis des sie verbindenden sozialmoralischen Milieus zu veranschaulichen in der Lage sind, auf der anderen Seite aber gleichzeitig widerspiegeln, in welche unterschiedliche Richtungen von dieser gemeinsamen Basis aus fortgeschritten worden ist.

Einig waren sich indes die Vertreter aller unterschiedlicher Strömungen innerhalb des protestantisch-konservativen Milieus: erstens in der Wertschätzung des Staates, welcher als Träger des Gemeinwohls dasselbe gegen die widerstreitenden Partikularinteressen zu schützen und durchzusetzen habe²⁰⁵, was freilich nicht zwangsläufig die Forderung nach einer aktiven staatlichen Sozialpolitik nach sich zog; zweitens im Bemühen um korporative Wirtschaftsstrukturen,

¹⁹⁹ Vgl. Becker: Peter Reichensperger (1810-1892), 52.

²⁰⁰ „Der Mensch, als isolirtes Individuum, ist außer Stande, die ihm gewordene Bestimmung zu erfüllen und die ihm verliehenen Kräfte und Fähigkeiten zu entwickeln; nur durch seinen Zusammentritt zum Staate werden ihm die Bedingungen der Ordnung, der Freiheit und des Eigenthums gegeben, von denen aus er sich alle Gebiete der Natur und des Geistes unterthänig machen kann. [...] Kunst und Wissenschaft, Religion und sittliches Leben, erreichen ihre vollendete Entfaltung nur im Staate; nur in ihm wird der vollendete Mensch erzogen!“ (Reichensperger: Die Agrarfrage, 292).

²⁰¹ Reichensperger stimmte 1884 für die Verlängerung des Sozialistengesetzes, sprach sich 1887 für die Annahme der Septennatsvorlage aus (vgl. Becker: Peter Reichensperger [1810-1892], 52) und stimmte, wie bereits erwähnt, 1889 für die Invaliditäts- und Altersversicherung.

²⁰² Vgl. Becker: Peter Reichensperger (1810-1892), 53.

²⁰³ Vgl. Mergel: Peter Reichensperger, 185.

²⁰⁴ Vgl. ebd.

²⁰⁵ Vgl. dazu Graf: Der Staat als Garant des Gemeinwohls.

um ein gedeihliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern jenseits der extremen Vorstellungen klassenkämpferischer Konfrontation und autoritär-patriarchalischer Herr-im-Haus-Mentalität²⁰⁶; drittens im Bewusstsein um die in der gottgegebenen Weltordnung verankerte und daher in ihrer Würde und ihren Privilegien unantastbare weltliche Obrigkeit, wodurch freilich das Ansehen konservativer Sozialreformer und ihrer Programme bei den Adressaten ihrer Bemühungen in vielen Fällen nicht eben gestiegen ist.²⁰⁷

Lange Zeit hatte der „christliche Liebes-Patriarchalismus als dominierendes sozialetisches Leitbild im deutschen Protestantismus“²⁰⁸ weit gehend unangefochten seine Wirkungen entfalten können, indem er die Familie zur grundlegenden und vorbildlichen Struktur aller sozialen Beziehungen erhob und deren Charakteristika auch auf die übrigen dieser Beziehungen übertrug. Um die Wende zum 19. Jahrhundert erfuhr dieses Modell insofern eine Erweiterung, als durch sowohl aufklärerische als auch erweckliche Impulse eine stärkere Hinwendung zum Objekt des karitativen Handelns erfolgte und sich zunehmend Christen für den leidenden Nächsten engagierten. Sie verfolgten dies mit unterschiedlichen Stoßrichtungen, auf welche hier nur beispielhaft unter Berücksichtigung der einflussreichsten, jedenfalls für den hier zu verhandelnden Zusammenhang bedeutendsten Persönlichkeiten eingegangen werden kann.²⁰⁹

Johann Hinrich Wichern (1808-1881)

Nicht verzichtet werden kann und soll in einer Darstellung der sozialen Ideen auf die Schilderung des Wirkens „des deutschen christlich-sozialen Vorkämpfers im 19. Jahrhundert“²¹⁰.

Wiewohl nicht am Anfang der evangelisch-sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts stehend,²¹¹ hat der Theologe und Sozialreformer Johann Hinrich Wichern vor allem mit seiner Rede auf dem Wittenberger Kirchentag von 1848 dennoch bedeutende Weichenstellungen für die Entwicklung und den Fortgang dieser Bewegung vorgenommen. Eingedenk der revolutionären Ereignisse des Jahres 1848, die für Wichern „der wilde Orkan und das vulkanische Beben“, eine der „zahlreichen Gestalten des Schreckens“ waren und wofür nach seiner Meinung „der tiefe sittliche Verfall, die bodenlose Entfremdung und der weitverbreitete Abfall vom E-

²⁰⁶ Vgl. Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 874 f.

²⁰⁷ „Das [...] Bündnis zwischen Thron und Altar sollte schließlich mit zur Entfremdung zwischen Arbeitern und Kirche führen, da ja besonders in den einfachen, primitiver denkenden Schichten des Volkes sehr leicht die Auffassung entstehen konnte, daß der Herrgott der zuverlässigste Bundesgenosse der Herrschenden sei.“ (Schraepfer: Einleitung, 33).

²⁰⁸ Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 879.

²⁰⁹ Vgl. dazu ebd., 884-890; Shanahan: Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815-1871 (insbesondere Kapitel 2).

²¹⁰ Pörksen: Johann Hinrich Wichern und die sozialen Fragen, 9. Für weiterführende neuere Literatur zu Wichern vgl. Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 895-904; Raupp: Wichern, Johann Hinrich.

²¹¹ Zu Wicherns Vorläufern zählt Baron Hans Ernst von Kottwitz (1757-1843) (zu Kottwitz vgl. die beiden Monografien von Peter Maser), der 1807 in Berlin eine Beschäftigungsanstalt für Arbeitslose gründet hatte. Überaus wichtige Anstöße zur protestantischen Sozialethik des 19. Jahrhunderts kamen auch vonseiten der Rettungshausbewegung, wofür hier Johannes Daniel Falk (1768-1826) (zu Falk vgl. Demandt: Johannes Daniel Falk), Adalbert Graf von der Recke-Volmerstein (1791-1878) (zu Recke-Volmerstein vgl. Viertel: Anfänge der Rettungshausbewegung unter Adelberdt Graf von der Recke-Volmerstein), Christian Friedrich Spittler (1782-1867) und Christian Heinrich Zeller (1797-1860) genannt seien. Nicht zu vergessen ist auch das Wirken des Pfarrers Theodor Fliegener (1800-1864), der inspiriert durch den Augenschein lebendiger christlicher Liebestätigkeit in England gemeinsam mit seiner Frau Friederike (1800-1842) (für weiterführende Literatur vgl. Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 904, FN 38) 1836 in Kaiserswerth bei Düsseldorf die erste Diakonissenanstalt begründete und damit ein in Vergessenheit geratenes Amt wiederbelebte.

vangelio²¹² verantwortlich zeigen, hält es Wichern für dringend geboten den beschriebenen Missständen zu begegnen. Das zum Erreichen dieses Ziels nötige Instrument ist nach Wichern Ansicht bereits vorhanden, er identifiziert es in der „*Liebe*, – die, jeder Gefühligkeit, Schwächlichkeit überdrüssig [...], im Glauben mächtig, für *Christum* wirksam, *ihn* verklären und zu ihm *retten*“²¹³ will. Wichern kennzeichnet die Liebe nicht etwa als ein erst neuerdings verfügbares Mittel zur Heilung sozialer Schäden,²¹⁴ vielmehr hebt er die zeitgenössische Erscheinungsform der christlichen Liebe hervor, welche nämlich einging „in diejenige *gesellschaftliche* Lebensform, die sich zur Erfüllung der meisten andern Volksbedürfnisse immer mehr geltend machte“, „eine große Zahl freier christlicher Verbrüderungen“ mit dem Ziel bildete „die aus der Sünde und ihren Folgen hervorgehenden einzelnen Notstände des Volkes durch das Wort Christi und die Handreichung brüderlicher Liebe zu heben. Die Gesamtheit dieser verborgenen, allmählich heraufgewachsenen, christlich rettenden Bestrebungen ist uns die innere Mission.“²¹⁵

Wichern erhoffte weitere Anstrengungen auf diesem Gebiet; in der von ihm 1849 veröffentlichten Denkschrift für den „Central-Ausschuss für die innere Mission“ entwickelte er selbst ein diesbezügliches Programm. Am Anfang der Denkschrift schildert er mit eindrücklichen Worten, was innere Mission sei:

Als innere Mission gilt uns nicht diese oder jene *einzelne*, sondern die *gesamte* Arbeit der aus dem Glauben an Christum geborenen Liebe, welche diejenigen *Massen in der Christenheit* innerlich und äußerlich erneuern will, die der Macht und Herrschaft des aus der Sünde direkt oder indirekt entspringenden mannigfachen äußern und innern Verderbens anheimgefallen sind, ohne daß sie, so wie es zu ihrer christlichen Erneuerung nötig wäre, von den jedesmaligen geordneten Ämtern erreicht wären.

Kein innerer oder äußerer Notstand, dessen Hebung Aufgabe christlich rettender Liebe sein kann, ist der innern Mission fremd, und die reichste Fülle der Hilfe steht ihr zu Gebot. Denn die Wurzel ihres Werkes ist Christus, dem alle Not zu Herzen geht und in dessen Herzen die Hilfe gegen alles Elend zu finden ist.²¹⁶

Bereits in dieser kurzen Passage findet sich in komprimierter Form Wicherns Programm einer inneren und äußeren Erneuerung der bedürftigen Volksteile durch das Christentum. Zu einer solchen Erneuerung entwickelt er in der Denkschrift Vorschläge und Maßnahmen, die er geradezu emphatisch vorträgt und im Übrigen bei seiner eigenen Tätigkeit, wo möglich, energisch verfolgt. Charakteristisch ist dabei Wicherns Insistieren auf der engen und voneinander in Ursache und Wirkung nicht zu trennenden Verbindung von innerer und äußerer Erneuerung. Er sieht sehr klar, dass die sittliche Misere erst auf einem bestimmten ökonomischen Nährboden entstehen konnte, umgekehrt aber auch eine Verbesserung allein der ökonomischen Lebensverhältnisse seiner Zielgruppe für die angestrebte Erneuerung nicht hinreichend ist.

²¹² Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 179.

²¹³ Ebd., 179 f.

²¹⁴ Nicht nur Gerhard Uhlhorn (1826-1901) betonte in seiner Geschichte der christlichen Liebestätigkeit, welche übrigens eine in der Wichernschen Denkschrift beklagte Lücke (vgl. ebd., 190) zu schließen versucht, die Liebe sei durch Jesus Christus in die Welt gekommen (vgl. Uhlhorn: Die Christliche Liebesthätigkeit, Teil 1, Buch 1, Kapitel 3: Die Erscheinung der Liebe in Jesu Christo).

²¹⁵ Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 180. Zur „Inneren Mission als Kristallisationspunkt des Sozialen Protestantismus“ vgl. das gleichnamige Kapitel in Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 895-913 sowie 922-927.

²¹⁶ Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 180 f.

Seit seinen frühen Jahren in Kontakt mit der Hamburger Erweckungsbewegung stehend²¹⁷ – und während seiner Ausbildung aus diesen Kreisen unterstützt –, machte sich Wichern deren Betonung einer integrativen Herangehensweise an die sozialen Verwerfungen seiner Zeit zu Eigen²¹⁸ und versuchte sie selbst bereits seit 1833 im so genannten „Rauhen Haus“ bei Hamburg, einer Rettungseinrichtung für männliche Jugendliche, in die Tat umzusetzen. Hier entstanden seit 1844 die „Fliegenden Blätter“, in welchen er bereits vor der Denkschrift von 1849 sein theologisches und soziales Programm zu entwickeln und der Öffentlichkeit vorzustellen begann. Im „Rauhen Haus“ verfolgte Wichern zur Umsetzung dieses Programms die Ausbildung professioneller Helfer, welche quasi einen männlichen Zweig zur Kaiserswerther weiblichen Diakonie bildeten.²¹⁹ Außerdem lag ihm in Sonderheit die Betreuung Strafgefangener am Herzen.

Auch wenn Wicherns Konzept einer inneren Mission auf die innere und äußere Erneuerung der Gesellschaft zielt, möchte es die Grundlagen dieser Gesellschaft nicht antasten²²⁰: „Wichern konnte sich [...] eine Erneuerung und Reform der vorgegebenen Ordnung und auch des Patriarchalismus vorstellen, die Ordnungsstruktur als solche galt ihm jedoch als legitime, letztlich gottgewollte Ordnung.“²²¹

Ort und Ansatzpunkt für Wicherns Projekt bildet das Modell der christlichen Familie; der um sich greifende Zerfall vieler Familien²²² stellt im Umkehrschluss auch den eigentlichen Ursprung der aktuell zu beobachtenden sozialen Missstände dar:

Die *Familie* ist hier genannt als der eigentliche Ausgangspunkt, um den es sich bei den s. g. *sozialen* Fragen handelt. Durch die Kraft und Konsequenz der Überzeugung von der göttlichen Stiftung der Familie wird aber die innere Mission nicht bloß bei Bekämpfung der sozialistischen Bestrebungen, sondern auch in ihrer positiven Wirksamkeit vielfach sonst geleitet und bestimmt werden [...]. Die christliche Wiederherstellung der Familien und Hausstände in jeder Beziehung und die Erneuerung und Wiedergeburt aller damit unmittelbar zu verknüpfenden Verhältnisse der Erziehung, des Eigentums, der Arbeit und der durch sie bedingten Stände wird eine der Hauptaufgaben der innern Mission sein [...]²²³

²¹⁷ „Wichern war in erster Linie ein Kind der Erweckung.“ (Shanahan: Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815-1871, 85).

²¹⁸ Die innere Mission ihrerseits als Teil des Pietismus und als aus demselben hervorgegangen zu bezeichnen, weist Wichern indes zurück (vgl. ebd., 194).

²¹⁹ Zum Diakonat vgl. Albert: Christentum und Handlungsform bei Johann Hinrich Wichern, 152-161.

²²⁰ „Die *Familie*, der *Staat* und die *Kirche* mit den ihr wesentlich eingebornen Ämtern sind die drei Zentren, um die sich alle derartige Tätigkeit sammelt. Alle drei gelten der innern Mission unbedingt als göttliche, lebendig ineinander wirkende Stiftungen, welche von ihr heilig gehalten werden [...]“ (Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 182).

²²¹ Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 902 f. Ähnliches stellt Stephan Sturm für die religionskommunikative Stoßrichtung von Wicherns so genanntem „anwendungstheoretischen Innovationsprogramm“ fest. Seiner einleuchtenden These gemäß suchen solche Innovationsprogramme auf die gesellschaftlichen Veränderungen nicht mittels entsprechender Anpassung des theologischen Gehalts bzw. der religiösen Deutungsmuster zu reagieren, sondern bemühen sich vielmehr um die Abstimmung von Funktion und Aufgabe der Religion im gesellschaftlichen Kontext auf denselben (vgl. Sturm: Soziale Reformation, 68; zu erwarten bleibt vom selben Autor: Sozialstaat und christlich-sozialer Gedanke. Johann Hinrich Wicherns Sozialtheologie und ihre neuere Rezeption in systemtheoretischer Perspektive [Konfession und Gesellschaft, 23], Stuttgart u. a.).

²²² „In betreff der *Familie* hat die innere Mission [...] zuerst die *innere Auflösung und Zerrüttung des Familienlebens mit allen ihren Folgen ins Auge zu fassen*.“ (Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 253). Konkret hat Wichern hier nichteheliche Lebenspartnerschaften, die damit verbundenen unehelichen Geburten sowie verfrühte Eheschließungen im Auge, welche seiner Meinung nach eine Ursache für Kindsmord, Prostitution, Bettelei und Diebstahl darstellen (vgl. ebd.).

²²³ Ebd., 182.

In die Belange des Staates möchte sich Wichern nicht einmengen, er erwartet von ihm in erster Linie die Gewährung der Koalitionsfreiheit.²²⁴ Eine Einbindung der inneren Mission in die staatliche Armenfürsorge lehnt er als dem Wesen des Staates wie auch der freien Liebestätigkeit widersprechend ab.²²⁵

Schwieriger wird sich – wie sich später zeigen wird – das Verhältnis zwischen innerer Mission und den Landeskirchen gestalten, da sich die Aufgaben der inneren Mission von denen der etablierten Amtskirche nicht trennscharf abgrenzen ließen und da Wichern, wie weiter oben bereits zitiert wurde, die Reichweite und damit die Wirksamkeit kirchlicher Würdenträger für durchaus verbesserungswürdig erachtet. Im Übrigen hält Wichern die Kirche von den diagnostizierten Missständen ebenso betroffen wie die anderen Säulen der Gesellschaft.²²⁶ Dieses einigermmaßen problematische Verhältnis zur Amtskirche erkennend, formuliert Wichern die Position der inneren Mission in Bezug auf die Amtskirche:

Die innere Mission ist nicht eine Lebensäußerung außer oder neben der Kirche, will auch weder jetzt noch einst die Kirche selbst sein [...], sondern sie will eine Seite des Lebens der Kirche selbst offenbaren, und zwar das Leben des Geistes der gläubigen Liebe, welche die verlorenen, verlassen, verwahrlosten Massen sucht, bis sie sie findet. Sie anerkennt die ihr von der Heidenmission, den Konfessionen und dem geordneten Amte gestellten Grenzen.²²⁷

Seinem integrativen Programm entsprechend, kann Wichern immerhin die Grenze zur kirchlichen Armenpflege recht deutlich markieren, sind doch der inneren Mission nicht nur die Armen bedürftig.²²⁸ Das Ziel desjenigen Teils der Tätigkeit der inneren Mission, den diese gemeinsam mit der Amtskirche zu entfalten habe, müsse es sein,

dahin zu wirken, daß zuletzt im Umkreis der Evangelischen Kirche kein Glied derselben mehr sei, das nicht das lautere Wort Gottes in rechter, d. h. grade ihm eignender Weise hörte und die ihm sich darbietende Gelegenheit zu diesem Hören fände, auch ohne sie zu suchen.²²⁹

Auch wenn auf anderen Gebieten durchaus auch an Zusammenarbeit mit außerprotestantischen und außerkirchlichen Organisationen, Vereinen und anderen Gruppierungen gedacht ist,²³⁰ hat gleichwohl als Grundsatz der inneren Mission, „welche der Kirche innewohnt“²³¹, zu gelten:

Der Ausgangspunkt alles Lebens und aller Gestaltung der inneren Mission ist für uns die Kirche. Was nicht aus ihr hervorgeht, führt auch nicht in sie zurück; nur in ihr ist der Herr mit seinem Wort und seinem Geist, mit seinen Gaben und Ordnungen. Sie ist sein Leib, nach unserem apostolischen Bekenntnis, „die Gemeinde der Heiligen“.²³²

²²⁴ Ebd. Immerhin gibt Wichern zu bedenken, dass die staatliche Regelungskompetenz die Arbeit der inneren Mission entscheidend fördern oder behindern könne, er erwähnt das Gemeindewesen, die Heimatgesetzgebung sowie die Gewerbeordnungen (vgl. ebd., 259).

²²⁵ Vgl. ebd., 322.

²²⁶ Vgl. ebd., 188; 209-213.

²²⁷ Ebd., 183.

²²⁸ „Es läßt sich die reichste Tätigkeit der innern Mission denken, [...] ohne daß je auch nur eine leibliche Wohltat dabei zu spenden nötig gewesen wäre; es läßt sich eine Gemeinde denken, in welcher die Reichen, Gebildeten das Gebiet sind, das sich die innere Mission allein erwählen kann, weil sie arm sind an Gott“ (ebd., 190).

²²⁹ Ebd., 213.

²³⁰ Vgl. ebd., 248; 339 u. ö.

²³¹ Ebd., 311.

²³² Ebd.

Da also nun die innere Mission bereits der Kirche innewohnt, muss Wichern sich der Frage nach ihrem Eigengewicht stellen. Er beantwortet sie geschickt unter Verweis auf die verschiedenen Kirchenverfassungen, welche dem geistlichen Amt Regeln und Ordnung geben. Daneben stehe nun die innere Mission mit ihrem nichtamtlichen Charakter als „die aus der freien Gemeinschaft des Glaubens hervorgehende freiwillige Liebestätigkeit, die sich selbst ihre Regel stellt“²³³, weshalb sich deren Tätigkeit mit der amtlichen Tätigkeit auch nicht vermischen dürfe: „jede der beiden muß bleiben, was sie ursprünglich ist, amtlich und nichtamtlich“²³⁴. Dass in dieser Abgrenzung jede Menge kirchenrechtlicher Sprengstoff enthalten ist, liegt auf der Hand, doch soll in diesem Zusammenhang nicht weiter auf die Differenzen zwischen innerer Mission und Amtskirche eingegangen werden; für Wichern ergeben sich aus dieser Konstruktion jedenfalls die besten Möglichkeiten zu gedeihlicher Zusammenarbeit beider Bereiche.²³⁵

Mit den verschiedenen bereits bestehenden sozialen Aktivitäten auf verschiedenen Gebieten und in verschiedenen europäischen Ländern bestens vertraut, schildert Wichern in seiner Denkschrift ausführlich die Tätigkeitsfelder, auf denen die innere Mission seiner Meinung nach fruchtbar werden könne. Sie seien hier lediglich genannt:

- Unterstützung Gefangener und Entlassener²³⁶
- Verbreitung des Evangeliums, etwa durch Bibel- und Traktatgesellschaften, Hilfs-, Straßen- und Reiseprediger sowie durch andere geeignete Multiplikatoren (so genannte Kolporteure), durch die Wiederbelebung von Hausgottesdiensten und Bibelstunden, durch die Förderung populärer christlicher Periodika und Leihbibliotheken²³⁷
- Bekämpfung von Prostitution, Trunksucht und Sucht nach schlechter Literatur²³⁸
- Bekämpfung des Kommunismus (die „praktischen letzten Ausläufer“²³⁹ der antichristlichen Bewegung) mittels Unterstützung der davon besonders betroffenen Stände (Handwerker, Fabrik- und Eisenbahnarbeiter, kleine Bauern und ländliche Tagelöhner, Dienstboten)²⁴⁰
- „christliche Restituierung des verwilderten Familienlebens“²⁴¹, der Ehe und der Jugend (Ausbau der Rettungshäuser)²⁴²
- Armen- und Krankenpflege²⁴³

Wie bereits anklug, identifizierte Wichern den von ihm beklagten sittlichen Verfall sowie die Abkehr vom Evangelium nicht nur bei bestimmten (Unter-)Schichten des Volkes, sondern

²³³ Ebd., 317.

²³⁴ Ebd., 318.

²³⁵ Vgl. ebd., 323.

²³⁶ Vgl. ebd., 201-208.

²³⁷ Vgl. ebd., 214-232.

²³⁸ Vgl. ebd., 249-252.

²³⁹ Ebd., 256.

²⁴⁰ Vgl. ebd., 255-259.

²⁴¹ Ebd., 262.

²⁴² Vgl. ebd., 261-266.

²⁴³ Vgl. ebd., 267-273.

vielmehr überall.²⁴⁴ Demnach sind alle „geistlich gesunden“ Angehörigen sämtlicher Bevölkerungsschichten entsprechend ihren Möglichkeiten zur Beseitigung dieser Missstände, d. h. zur Mitwirkung an der inneren Mission aufgerufen oder vielmehr verpflichtet. In solchem Mitwirken sieht Wichern die „Verwirklichung des *allgemeinen Priestertums* (das Laienprinzip)“²⁴⁵, wodurch noch einmal die Berechtigung der inneren Mission neben den existierenden amtskirchlichen Bemühungen um die Lösung der sozialen Frage betont wird, ohne jedoch damit das „geordnete Amt“ in seiner Position als „Spender des göttlichen Worts und Verwalter der Sakramente“, „als [...] Mittelpunkt und Führer der Gemeinde“ in irgendeiner Weise beschränken zu wollen,²⁴⁶ schließlich ist an die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen nur unter Bündelung aller noch nicht dem Verfall anheim gefallenen Kräfte zu denken.²⁴⁷ Organisatorisch verbunden werden sollen die verschiedenen Aktivitäten (und Aktivisten) der inneren Mission in den bereits existierenden oder nach deren Vorbild neu zu schaffenden Vereinen und Gesellschaften innerhalb der protestantischen Kirchen, in welchen nach Wicherns Auffassung „durch den Geist Gottes erweckte Gaben (Charismen) an die Stelle“ gelangen, „wo sie in dem freiwilligen übernommenen Dienst der Liebe sich zum gemeinen Nutzen entfalten können“²⁴⁸, oder mit anderen Worten: in welchen sich Amt und Charisma vereinen. Der Gedanke der inneren Mission soll diese Vereine in eine einheitliche Richtung lenken und damit ihre Aktivitäten bündeln, auf den verschiedenen lokalen Ebenen etwa in Gestalt eines Gemeindevereins, einer Stadtmission oder eines Provinzialvereins für innere Mission.²⁴⁹ Wie diese Vereine jeweils auszugestalten seien, bestimmt sich nach ihrem konkreten Zweck; in jedem Fall ist jedoch „der gesunde Teil der Gemeinde“ zur umfassenden Mitarbeit aufgerufen.²⁵⁰ Neben der inneren Kolonisation²⁵¹, welche dem integrativen Charakter der inneren Mission besonders gut entspricht, möchte Wichern vor allem den Assoziationsgedanken in den Dienst der inneren Mission stellen. Im Unterschied zu den meisten der bisher zu beobachtenden Entwicklungen auf diesem Sektor dürfen sich die Assoziationen künftig jedoch nicht auf Verbindungen für Hilfsbedürftige beschränken, sondern müssen vielmehr diese selbst in (christliche)²⁵² Assoziationen mit einbeziehen, schließlich erschöpft sich der Wirkungskreis der inne-

²⁴⁴ „Die tiefste Quelle des Unheils, das über den Staat hereingebrochen ist, liegt in der Entfremdung und dem Abfall des Volkes von dem Wesen und Leben derjenigen Sittlichkeit, die ihr Maß und ihre Regel, wie ihren Grund und ihr Ziel allein im Evangelio hat. Wir sprechen von einer Entfremdung des *Volkes* von Gott und verstehen unter *Volk* nicht eine gewisse Schichte der Gesellschaft, sondern das Ganze derselben, *alle* Stände, die untern und obern, *alle* Parteien, denn jener Schaden, die Wurzel alles Unheils, wirkt in *allen* mit treibender Kraft.“ (ebd., 199).

²⁴⁵ Zur Idee des Priestertums der Gläubigen im Allgemeinen und ihrer Überführung in ein Handlungsmodell durch Wichern im Besonderen vgl. Albert: Christentum und Handlungsform bei Johann Hinrich Wichern, 3-9; 133-151.

²⁴⁶ „Alle Anfänge der inneren Mission weisen zurück auf das protestantische Bewußtsein des allgemeinen Priestertums der Gläubigen. Dies Bewußtsein hat sich aber im Kreise der inneren Missionstätigkeit nicht geltend gemacht als Bewußtsein von einem *Rechte*, worauf Forderungen an andere gegründet wären, sondern als das Bewußtsein einer persönlichen *Verpflichtung*, in welchem die Verpflichteten wissen, daß der Herr an sie die Forderung des Dienstes, der Fürbitte und des Opfers der Liebe für die miterlösten Brüder gerichtet hat.“ (Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 312).

²⁴⁷ Vgl. ebd., 188 (hier auch Zitate).

²⁴⁸ Ebd., 313.

²⁴⁹ Vgl. ebd., 237-242.

²⁵⁰ Vgl. ebd., 234 f. (hier auch Zitat).

²⁵¹ Vgl. ebd., 283-287.

²⁵² Die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Hilfsbedürftigen erkannt zu haben, gesteht Wichern der sozialistischen Bewegung zu (vgl. ebd., 274), gleichwohl seien die von den Sozialisten angestrebten Vereinigungen aufgrund des fehlenden christlichen Fundaments lediglich die Karikatur dieser notwendigen Institution (vgl. ebd.). Zum Verhältnis Wicherns zur sozialistischen Bewegung vgl. Brakelmann: Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert, 7-109.

ren Mission nicht in der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der diesbezüglich Notleidenden. Mit der Etablierung dieses Modells einer „christlichen Assoziation der verschiedenen Arbeits- und Besitzstände“²⁵³ wäre für Wichern bereits „der Grenzstein aufgerichtet zwischen der bisherigen und einer künftigen Epoche der christlich rettenden Liebesarbeit“²⁵⁴. Statt einander zu bekämpfen, können hier die verschiedenen Stände einander befruchten, womit nicht zuletzt auch die Berechtigung jedes einzelnen dieser Stände samt seiner Position innerhalb der durch den Schöpfer gesetzten Ordnung für alle einsichtig würde.²⁵⁵ Wicherns Pläne blieben in weiten Teilen unverwirklicht.²⁵⁶ Nichtsdestotrotz und obwohl er sein Programm zur Lösung der sozialen Frage in der Hauptsache ohne staatliche Unterstützung zu verwirklichen trachtete und damit nicht als Vordenker staatlicher Sozialpolitik gelten kann,²⁵⁷ beeinflussten Wicherns Gedanken die parlamentarische Diskussion um die Sozialgesetzgebung dennoch nachdrücklich. Infolge der Wichernschen Konzentration auf Familie und Gemeinde waren es vor allem protestantisch-konservative Abgeordnete aus dem Anschein nach noch entscheidend patriarchalisch geprägten landwirtschaftlichen Gebieten, die auf seine Ideen Bezug nahmen. Doch treffen sie auch auf die überwiegende Zustimmung der Zentrumsmehrheit, schließlich stehen die Vorschläge Wicherns und Kettelers trotz der zwangsläufigen ekklesiologischen Unterschiede in ihrer praktischen Stoßrichtung und ihrem nicht nur materielle Missstände berücksichtigenden Zugriff einander recht nahe.²⁵⁸

Victor Aimé Huber (1800-1869)

Von seinen Aktivitäten in Wernigerode, wo er unter anderem einen Vorschussverein und eine Lehrlingsschule ins Leben rief, sowie seiner Beteiligung an einer anfänglich genossenschaftlich organisierten Berliner Baugesellschaft²⁵⁹ abgesehen, vermochte auch Victor Aimé Huber nur wenige seiner Ideen in die Tat umzusetzen bzw. umgesetzt sehen. Dennoch gilt für ihn ebenso wie für Wichern, dass er zu seiner Zeit und auch weit über sie hinaus wahrgenommen und rezipiert wurde.²⁶⁰

Bevor er zum „Genossenschaftsapostel“²⁶¹ wurde, hatte sich der studierte Mediziner Huber bereits als Philologe, Historiker, Politiker und Zeitungsgründer einen Namen gemacht. Von kon-

²⁵³ Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 275.

²⁵⁴ Ebd., 274.

²⁵⁵ Vgl. ebd., 273 ff.

²⁵⁶ „Wichern hatte von seinen drei großen Zielen, der Rechristianisierung der Bevölkerung durch die Volksmission, einer patriarchalisch geprägten Neuordnung der Gesellschaft und der organisierten kirchlichen Diakonie in Gestalt der Inneren Mission nur das Letztgenannte erreichen können.“ (Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 903).

²⁵⁷ Darauf hatte Günter Brakelmann bereits 1962 in seiner nach wie vor gültigen Würdigung des Wichernschen Lebenswerkes hingewiesen (vgl. Brakelmann: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, Bd. 2, 34.)

²⁵⁸ Rüdiger vom Bruch spricht aufgrund der Gemeinsamkeiten von „Wichern und Ketteler als den Vätern und Eckpfeilern der konfessionellen Sozialreform“ (Bruch: Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, 102).

²⁵⁹ Vgl. dazu Paulsen: Viktor Aimé Huber als Sozialpolitiker, 89 ff.

²⁶⁰ Beispielsweise geht auch Wichern in seiner Denkschrift auf die Vorschläge Hubers zur Lösung der sozialen Frage ein (vgl. Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 282 f.). Ketteler erwähnt eine Schrift Hubers in seiner Rede vor der Fuldaer Bischofskonferenz aus dem Jahre 1869 und zitiert im Folgenden längere Passagen daraus. Zu Hubers Leben vgl. Kanther/Petzina: Victor Aimé Huber (1800-1869), 43-97.

²⁶¹ So titulierte Heinrich Contzen neben Huber auch Hermann Schulze-Delitzsch (vgl. Contzen: Geschichte der sozialen Frage von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, 300). In gleicher Weise äußerte sich der bereits erwähnte linksliberale Abgeordnete Max Hirsch am 22.05.1883 vor dem Reichstag: „Ich erinnere an V. A. Huber, der ja neben Schulze-Delitzsch einer der begeistertsten Apostel der Genossenschaften war.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2473/II).

servativen Kreisen als Professor für Literaturgeschichte an die Berliner Universität berufen,²⁶² engagierte er sich in Berlin für die Gründung einer konservativen Partei, konnte jedoch nicht im gewünschten Maß Einfluss auf deren programmatische Ausrichtung nehmen,²⁶³ sodass er sich, als in der Reaktionszeit nach der Revolution von 1848 der adlige und agrarische Einfluss sich immer deutlicher bemerkbar zu machen begann, mehr oder weniger verbittert von der konservativen Bewegung und auch aus Berlin in die Provinz nach Wernigerode zurückzog. Neben den erwähnten Einrichtungen, welche über das Harzstädtchen hinaus kaum Wirkung entfalteten, hat Huber eine Vielzahl sozialreformerischer Schriften hinterlassen,²⁶⁴ durch welche er sich überregional Gehör verschaffte und aus welchen sich wertvolle Anregungen entnehmen ließen und lassen. Überdies war er seit 1848 Mitglied des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“.

Trotz seiner Misserfolge auf parteipolitischem Gebiet und der damit verbundenen Verbitterung ebenso strikt konservativ eingestellt²⁶⁵ wie Wichern und von seiner Umwelt auch so wahrgenommen²⁶⁶, beklagt Huber das Fehlen jeglichen sozialreformerischen Engagements bei den Konservativen²⁶⁷ und versucht daher solches durch das eigene Beispiel zu wecken:

²⁶² Zu Hubers Wirken als Literaturwissenschaftler vgl. Kanther/Petzina: Victor Aimé Huber (1800-1869), 98-111.
²⁶³ Hubers progressives Konservatismuskonzept dürfte für viele Parteikollegen problematisch gewesen sein: „Daß aber *Konservation* im höhern und eigentlichen Sinne gerade das Gegenteil von *Erstarrung* und *Stagnation*, daß es *Entwicklung* und *Fortbildung* alles dessen ist, was die höchsten Zwecke, Rechte, Pflichten fördern und bedingen mag [...] – das versteht sich von selbst für jeden, der in der Natur wie in der Geschichte die Gesetze und Bedingungen lebendiger *Konservation* nur irgend beobachtet und beherzigt hat.“ (Huber: Über die Elemente, die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer konservativen Partei in Deutschland, 1841, II, 11; zit. nach Munding [Hg.]: Victor Aimé Hubers Ausgewählte Schriften [im Folgenden nur: Munding], 46; zur besseren Orientierung sind die Siglen der Mundingschen Ausgabe im Folgenden mit angegeben). Außerdem beklagte Huber die „Schlafheit und Zerfahrenheit“ der protestantisch-konservativen Kreise und empfahl einen Blick über den konfessionellen Teller- rand hinaus: „Auf katholischer Seite ist [...] ein viel entschiedeneres, thätigeres Zusammenhalten auch in politischen Dingen gar nicht zu verkennen.“ (Huber: Die konservative Presse, 1846, VI, 4, 571; zit. nach Munding, 218).

²⁶⁴ Ein Publikationsverzeichnis Hubers findet sich bei Kanther/Petzina: Victor Aimé Huber (1800-1869), 183-189.
²⁶⁵ „Wir wollen und kennen keine andre Freiheit als die, welche aus der möglichsten Uebereinstimmung zwischen der geistigen, sittlichen und religiösen Bildung der Regierenden und der Regierten auf der möglichst hohen Stufe christlicher Bildung sich ergeben kann und muß [...]. Daß diese Reife, welche allein das Maß und der Grund *aller* Freiheit sein kann, welche zuletzt aufgeht in ‚die herrliche Freiheit der Kinder Gottes‘ [vgl. Röm 8,21], [...] daß aber der Weg *monarchischer Entwicklung*, wenn auch vielleicht der langsamere, doch der sicherste und wohlfeilste [...] und jedenfalls der für die Völker rein deutschen Stammes naturgemäße und nach göttlichem und menschlichem Recht allein berechnete ist, darüber darf nicht der geringste Zweifel Raum haben.“ (Huber: Die Opposition, 1842, III, 64 f.; zit. nach Munding, 107). Zu Hubers Konservatismus und seinem Verhältnis zu den preußischen Konservativen vgl. Kanther/Petzina: Victor Aimé Huber (1800-1869), 112-128; Hindelang: Konservatismus und soziale Frage, 120-165.

²⁶⁶ So bezeichnete etwa der linksliberale Abgeordnete Karl Schrader (1834-1913) am 20.04.1883 vor dem Reichstag Huber als einen „der konservativsten Männer“ (StBRt V/2 [1882/83], 2005/I).

²⁶⁷ „Wie verhält sich die konservative Partei [...] zu den socialen Fragen? Darauf gibt es ehrlicher Weise nur eine Antwort: ihr Verhalten gibt noch sehr viel weniger Bürgschaften des Sieges über die sociale Revolution, als ihr Verhalten in den politischen Fragen den Sieg der politischen Revolution verhindern konnte und nicht vielmehr fördern mußte. Im allgemeinen fehlt es unsrem konservativen Publikum [...] durchaus an Sinn und Einsicht, an Glauben für diese ganze Seite des nationalen Lebens – es fehlt ihnen nicht bloß an den geistigen, sondern auch an den sittlichen Beziehungen zu der Sache. Sie haben eigentlich mit wenigen Ausnahmen *kein Herz für das Volk* in dem engern Sinne, der hauptsächlich die unteren sogenannten arbeitenden Klassen, das Proletariat begreift.“ (Huber: Berlin. Erfurt. Paris, 1850, X, 30 f.; zit. nach Munding, 292 f.); „So ist es denn kein Wunder, daß man in Fällen, wo die Routine nicht ausreicht, keinen andern Rat weiß, als die Sache zu ignorieren, so lange es geht – oder sie zu unterdrücken, wenn es geht, oder (wenn die Umstände das nicht erlauben) in den Bereich doktrinäer Konstruktionen in offizieller Schematisierung zu ziehen [...]. Und zwar nirgends *mehr* als gerade auf dem jetzt entscheidenden Terrain der socialen Fragen.“ (Huber: Die Arbeiter und ihre Ratgeber, 1863, XXV, 23; zit. nach Munding, 653 f.). Ein solches Verhalten der Konservativen ist umso schlimmer, als die Lösung der sozialen Frage

[...] eine wirkliche, lebensfähige Aristokratie kann nur durch und in rettenden Thaten auf dem Gebiet der socialen Fragen und zwar vor allen Dingen in der Association und inneren Mission erwachsen. In dem Maße, wie die [...] aristokratischen Elemente [...] sich zu gemeinsamen Anstrengungen vereinigen, um die proletarischen Elemente von der socialen Krankheit zu heilen und als gesunde Substanz auf dem Fundament des Besitzes zur politischen Organisation zu befähigen – in demselben Maße werden sie auch von ihren eignen socialen Krankheiten genesen und ihre eigne organische Befähigung für das politische Leben fördern.²⁶⁸

Wie bereits Wichern erwähnt auch Huber hier die soziale Krankheit der Vermögenden, ohne allerdings näher darauf einzugehen. Dementsprechend ist für Huber die Heilung der sozialen Krankheit ein Prozess gegenseitigen Gebens und Nehmens, welcher von den „aristokratischen Elementen“ anzustoßen sei und seine institutionelle Verwirklichung in der Assoziation und der inneren Mission zu finden habe. Ebenfalls stimmt Huber mit Wichern – wie auch mit den meisten katholischen Sozialreformern – darin überein, dass alle Anstrengungen für eine materielle Hebung der Lebensverhältnisse in den Unterschichten ohne deren gleichzeitige sittliche Hebung erfolglos bleiben müssen.²⁶⁹ Auch für Huber zielt daher die Stoßrichtung aller Maßregeln zur Heilung der sozialen Krankheit zunächst bzw. auch auf die Familie. Doch dazu später.

Mit dem ökonomischen Diskussionsstand seiner Zeit vertraut, weist Huber solcherart gerichtete Ansätze zur Lösung der sozialen Frage, die seiner Ansicht nach sämtlich die dafür nötigen Opfer unterschätzen, zurück: Während die freihändlerisch-marktwirtschaftliche Schule in der Tradition von Adam Smith (1723-1790) von der falschen Annahme ausgehe, eine Steigerung der Produktion gebe bereits eine hinreichende Gewähr gegen die Ausbreitung des sozialen Elends im Proletariat, irre die in der Nachfolge Adam Heinrich Müllers (1779-1826) stehende staatswirtschaftliche Schule, wenn sie meint, die Fabrikarbeit zugunsten handwerklicher Korporationen zurückdrängen zu können.²⁷⁰

Huber hat sich in vielen seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage verbreitet.²⁷¹ Obschon es der Titel nicht unbedingt vermuten lässt, erhellte sich in seiner Schrift „Bruch mit Revolution und Ritterschaft“ von 1852, in welcher er das Aufgabenspektrum der Aristokratie bei der Lösung der sozialen Frage erläutert, besonders gut, welche Missstände er sieht und wie er sie zu beheben gedenkt. In erster Linie aus ihr, ergänzt durch weitere seiner Veröffentlichungen, wird daher im Folgenden Hubers sozialreformerisches Programm zu rekonstruieren unternommen.

auch politische Weichenstellungen impliziert: „Der Partei aber, [...] welche [...] die sociale Frage löst und sich auf ein neues, von ihr geschaffenes politisch-socials Element, auf einen vierten Stand stützen kann, gehört die Zukunft!“ (Huber: Die Mietgenossenschaft in ihrer vollen Entwicklung, 1849-1850, XVIII, 124 f.; zit. nach Munding, 786).

²⁶⁸ Huber: Berlin. Erfurt. Paris, 1850, X, 32; zit. nach Munding, 294.

²⁶⁹ Vgl. Huber: Die Arbeiterfrage im Lichte volkswirtschaftlicher Thatsachen und Dogmen, 1863, XVI, 51; Munding, 463.

²⁷⁰ Vgl. Huber: Berlin. Erfurt. Paris, 1850, X, 35 ff.; Munding, 298 ff.

²⁷¹ William O. Shanahan wirft Huber vor, er habe kein stringentes und praktikables Programm zur Lösung der sozialen Frage anbieten können und begründet dies mit Blick auf Hubers „romantisches Leitbild der Monarchie“ (Shanahan: Der Protestantismus vor der sozialen Frage 1815-1871, 329). Gleichwohl darf aus der weit gehenden Folgenlosigkeit der Huberschen Ideen nicht unmittelbar auf deren Qualität geschlossen werden. Huber sah klarer als andere, dass die Arbeiterfrage einer dringenden Lösung bedurfte, seine dazu gemachten Vorschläge können nicht allein deswegen als unpraktikabel bezeichnet werden, nur weil sie auf einem Weltbild basieren, über das die Geschichte wenige Jahrzehnte später hinweggehen würde. Undurchführbare oder widersprüchliche Forderungen vermag der Autor in Hubers Programm nicht zu erkennen.

Für ihn ist die

Lösung der *socialen* Fragen [...] nichts anderes als die Beschaffung einer [...] nachhaltigen Verbesserung der Zustände der [...] sog. arbeitenden Klassen [...], wodurch ihre materielle, sittliche und intellektuelle Existenz auf ein solches Niveau erhoben wird, daß sie vor den allmählichen oder plötzlichen Ueberschwemmungen des sittlichen, materiellen und intellektuellen Elends geschützt werden, was man Pauperismus oder Proletariat nennen mag.²⁷²

Die verschiedenen Maßnahmen, von denen Huber die Verbesserung dieser Zustände erwartet, teilt er in drei Kategorien ein, welche nicht voneinander getrennt zu sehen sind, sondern nur gemeinsam Erfolg versprechen: Die erste „umfaßt alles, was der einzelne als solcher, nach dem Maß seiner Mittel und in den besonderen und nächsten Beziehungen seines Gewerbes, Besitzes, Standes u. s. w. als verantwortlicher Haushalter des ihm von Gott anvertrauten Pfundes²⁷³ zum wahren Besten derjenigen, die eben in diesem Kreise mehr oder weniger von ihm abhängen, [...] thun kann.“ Die zweite Kategorie „umfaßt alles, was vonseiten der Staatsgewalt mittelbar oder unmittelbar, positiv oder negativ, durch Steuer- und Zollwesen, durch Gewerbe Gesetze, Regulierung von Arbeit und Lohn u. s. w. zur Förderung einer gesunden Volkswirtschaft geschehen kann.“²⁷⁴ Beide Kategorien gehören für Huber „längst zu den wesentlichen Lebenserscheinungen christlicher Civilisation“²⁷⁵ Die dritte und wichtigste (weil neue) Kategorie siedelt Huber zwischen den beiden erstgenannten an, da sie zwar die Kräfte des Einzelnen übersteigt, andererseits aber auch keine direkte staatliche Angelegenheit sein kann. Sie bedarf vielmehr der vereinten Kräfte vieler frei tätiger Individuen ebenso wie der mittelbaren Förderung seitens der staatlichen Gesetzgebung.

Diese Kategorie [...] zerfällt wieder in zwei Zweige, die [...] als *innere Mission* und als *Association* zu unterscheiden sind. [...] Über *innere Mission* ist hier nur zu bemerken, daß sie sich zur Association verhält wie der *Geist* zum *Fleisch*. Keins kann ohne das andre nachhaltig und im großen gedeihen. Die innere Mission ohne Association als materielles Substrat und Objekt, wo sie die Familie in allen ihren äußeren Lebensmomenten ergreifen kann, krankt an einem falschen Spiritualismus. Sie steht in der Luft, ackert im Flugsande. Der Association ohne innere Mission fehlt das Salz, der Geist, der sie allein vor sittlicher Fäulnis bewahren kann. Übrigens ist die innere Mission in ihrer gesunden Entwicklung Sache der Kirche, aber zugleich *eine* der Funktionen christlichen Lebens, deren Ausübung zur Wiederbelebung auch der kirchlichen Form unentbehrlich und wesentlich förderlich ist.²⁷⁶

²⁷² Huber: *Revolution und Ritterschaft*, 1852, XI, 39; zit. nach Munding, 351. Unter Proletariat fasst Huber die „Masse der Arbeiter, die für ihre Existenz ausschließlich auf ihrer Hände Arbeit, ohne erheblich anderweitigen Besitz, angewiesen sind“; Pauperismus ist für ihn die „massenhafte Verarmung in dieser Klasse, ihre sociale *Krankheit*“ (ebd.).

²⁷³ Vgl. Mt 25,14-30; Lk 19,11-27.

²⁷⁴ An anderer Stelle konkretisiert Huber die dieser Kategorie zuzurechnenden Aktivitäten, indem er darunter alles fasst, „was zur Förderung der Arbeit, des Erwerbs, zur Sicherung des Genusses und Besitzes auf dem weiten mannigfaltigen Gebiet des Kredit-, Zoll- und Steuerwesens, namentlich zu einer wirklich gleichen Freiheit, Begünstigung und Organisation aller Zweige der Arbeit, einer wirklich gleichen Verteilung der Staatslasten, einer wirklich gleichen Freiheit des Besitzes gehört – mit Einschluß der Freiheit, den Grundbesitz unter Umständen auch zu *binden* und zu *belasten*“ (Huber: *Berlin. Erfurt. Paris*, 1850, X, 23; zit. nach Munding, 284). In Sonderheit liegt Huber die staatliche Unterstützung (Know-how, Gesetzgebung, Vorschüsse) der von ihm propagierten Bildungsanstalten auf genossenschaftlicher Basis am Herzen (vgl. Huber: *Die Arbeiter und ihre Ratgeber*, 1863, XXV, 26; Munding, 656 f.).

²⁷⁵ Huber: *Revolution und Ritterschaft*, 1852, XI, 39 f.; zit. nach Munding, 352.

²⁷⁶ Huber: *Revolution und Ritterschaft*, 1852, XI, 41; zit. nach Munding, 354. Zu Hubers Genossenschaftskonzept vgl. auch Hindelang: *Konservatismus und soziale Frage*, 166-307.

Im hier geschilderten Zusammenwirken von Assoziation und innerer Mission sieht Huber den Königsweg zur Lösung der sozialen Frage vorgegeben. Organisatorisch handelt es sich bei der Assoziation um die „Vereinigung vieler kleiner atomistischer Kräfte [...] zu einer relativ *großen* Kraft, und möglichst fruchtbare Verwendung der letztern in der produktiven oder distributiven Industrie, nach Umständen auch über die Grenzen der Bedürfnisse der eignen häuslichen Ökonomie der Beteiligten hinaus“²⁷⁷. In Gestalt eines regelmäßig erwirtschafteten Überschusses, so die Hoffnung Hubers, wachse der Assoziation ein Kapitalstock zu, „der allmählich zur Grundlage eines festen Besitzes werden könnte“²⁷⁸, womit die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Assoziation und ihrer Mitglieder entscheidend verbessert würde. Im Zentrum von Hubers Überlegungen, die materielle Existenz der arbeitenden Klassen mithilfe korporativer Strukturen zu verbessern, steht neben der Beschaffung, Erhaltung und Vermehrung von Kapital (z. B. durch Konsumgenossenschaften) auch der Gedanke, die an vielen Industriestandorten unerträglich gewordene Bevölkerungs- bzw. Wohndichte²⁷⁹ durch Wohnungsbaugenossenschaften und solche zur Unterstützung der inneren und äußeren Kolonisation zu entschärfen.²⁸⁰ Alle ihr über diese ökonomisch-institutionellen Vorteile hinaus innewohnenden Potenziale wird die Assoziation allerdings erst durch das erwähnte Zusammenwirken mit der inneren Mission entfalten können:

Die andre und noch wichtigere und wohlthätigere Seite ist eine entsprechende Steigerung der sittlichen und intellektuellen Kräfte. Denn die Association setzt wirkliche Gemeinschaft der Arbeit und der Ökonomie, sowie überhaupt genossenschaftliche, gesellige Beziehungen voraus – *immer mit Vorbehalt der Selbständigkeit, Abgeschlossenheit und Heiligkeit des Familienlebens*. [...] Mit anderen Worten: die Association ist ohne allen Vergleich die wirksamste Anstalt zur Einwirkung der bildenden Kräfte christlicher Civilisation auf alle Punkte des proletarischen Alltagslebens, also recht eigentlich eine *kirchliche* Anstalt.²⁸¹

Die in dieser Passage vorausgesetzte Erhaltung und Stärkung der Familienbande ist für Huber von kaum zu überschätzender Bedeutung. An anderer Stelle führt er dies näher aus und dabei ist abermals die für Huber typische Hoffnung auf eine günstige Wechselwirkung der in seinem Programm zur Lösung der sozialen Frage vorgesehenen Elemente zu beobachten²⁸²: Als Grundlage für alle zur Heilung der sozialen Krankheit geplanten Maßnahmen postuliert Huber einen „in aller Beziehung sittlich, geistig, leiblich und wirtschaftlich gesunden Durchschnitt des Familienlebens der betreffenden Kreise und Schichten“, ohne den alle diese Maßnahmen von vornherein zum Scheitern verurteilt seien. Ein solches „gedeihliches, erfreuliches, würdi-

²⁷⁷ Huber: Allgemeine Charakteristik des Genossenschaftswesens, 1855-1863, XVI, 89; zit. nach Munding, 730. Das Prinzip der „Vereinigung vieler kleiner atomistischer Kräfte“ gelte auch in Bezug auf den Zusammenschluss mehrerer Assoziationen zu größeren Organisationen und Verbänden (vgl. ebd., 92; Munding, 743).

²⁷⁸ Huber: Berlin. Erfurt. Paris, 1850, X, 24; zit. nach Munding, 285.

²⁷⁹ „Ohne Reform der Wohnungsverhältnisse keine Lösung der sozialen Frage!“ (Huber: Allgemeine Charakteristik des Genossenschaftswesens, 1855-1863, Va, XXXVII f.; zit. nach Munding, 736).

²⁸⁰ Vgl. ebd.; Huber: Revolution und Ritterschaft, 1852, XI, 42; Munding, 355.

²⁸¹ Huber: Allgemeine Charakteristik des Genossenschaftswesens, 1855-1863, Va, XXIX; zit. nach Munding, 731 f.

²⁸² Diese Verquickung der verschiedenen Vorschläge Hubers miteinander erleichtert nicht gerade das Verständnis seines sozialreformerischen Ansatzes; dass Huber sich trotz dieser Verquickung und trotz seines umfangreichen Oeuvres nicht in Widersprüche verwickelt, spricht für die Stringenz dieses seines Ansatzes, weniger jedoch für dessen Praktikabilität, da ein solches komplexes und in sich abgeschlossenes Ideenkonstrukt den Beeinflussungen durch die Praxis seiner Verwirklichung vermutlich schwerlich gewachsen sein kann. Allerdings sollte man nicht so weit gehen wie William O. Shanahan, nach dessen Auffassung in Hubers Programm „praktische und unpraktische Maßnahmen unterschiedslos nebeneinander“ stehen (Shanahan: Der Protestantismus vor der sozialen Frage, 329).

ges Familienleben“ bedürfe des Beitrags „derjenigen Eigenschaften, welche man [...] als *häusliche Tugenden* zu bezeichnen pflegt“, als deren wichtigste Huber Liebe und Gottesfurcht nennt. Umgekehrt werden diese häuslichen Tugenden von der Assoziation gefördert, insofern sie „eine *Zwangsschule* ihrer Pflege wird, während zugleich ihre materiellen Früchte die materiellen Bedingungen und Grundlagen eines gesunden häuslichen Lebens darbieten“²⁸³. Damit die Assoziation die in sie gesetzten Erwartungen auch erfüllen kann, ist ihr ein umfangreiches Bildungsprogramm zur Seite zu stellen, denn die „sociale Frage ist vor allem eine Bildungsfrage für alle dabei beteiligten socialen Elemente und Fragen“, wobei diese Bildung vom „christlichen Geist durchdrungen“²⁸⁴ sein muss.²⁸⁵

Hier sieht Huber das genuine Betätigungsfeld für die innere Mission. Zwar rechnet er mit Widerständen vonseiten der einer zunehmenden Entkirchlichung zugeneigten Gruppen gegen den christlichen Geist der inneren Mission,²⁸⁶ doch lässt er sich davon in seinem Vertrauen in ebendiesen christlichen Geist nicht beirren:

In dieser Beziehung aber sei es mir gestattet, hier im wohlbewußten Gegensatz gegen manche achtbare und wohlmeinende Männer meine Überzeugung auszusprechen, daß nur in der *christlichen Bildung*, im *positiven* Christentum die Bedingungen und Kräfte einer *gesunden* Entwicklung des sittlichen und geistigen Lebens in der Association, wie auf jedem andern Gebiet, in jeder andern Form des menschlichen Lebens liegen. Und in diesem Sinne muß die Association Hand in Hand gehen mit derjenigen Bewegung der Zeit, welche man gewöhnlich mit dem Ausdruck *innere Mission* bezeichnet. [...] Die Gemeinschaft steigert die Tragweite der geistigen wie der materiellen, der *guten* und der *schlimmen* Kräfte. *Um so mehr* kommt es denn darauf an, daß sowohl die Einzelkräfte, als der im ganzen herrschende Geist eben wirklich *gut* sei, was denn zuletzt und zuerst nichts weiter heißt, als *christlich*.²⁸⁷

Solche geradezu euphorischen Äußerungen über das Zusammenwirken von Assoziation und innerer Mission dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Hubers Ansprüche an die Arbeit der inneren Mission nicht in jedem Fall deckungsgleich mit dem Selbstverständnis der bestehenden Vereine waren. Ohne die bereits erstaunliche Ergebnisse erzielenden Entwicklungen auf diesem Gebiet infrage stellen zu wollen, hält Huber gleichwohl die Herangehensweise für falsch. In Übereinstimmung mit vielen liberalen Sozialreformern ist Huber der festen Überzeugung, dass die soziale Frage nicht durch Almosen an Hilflose gelöst werden könne (so wichtig diese auch seien), vielmehr müsse dies durch die Unterstützung der noch zu Selbsthilfe und gegenseitiger Hilfe Fähigen geschehen, wie Huber in vielen seiner Schriften nicht müde wird zu betonen.²⁸⁸ Nur unter dieser Voraussetzung kann die innere Mission ihre vorgesehene

²⁸³ Huber: Die Arbeiter und ihre Ratgeber, 1863, XXV, 31 f; zit. nach Munding, 662 f.

²⁸⁴ Huber: Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung, 1860-1869, XXVIII, 77; zit. nach Munding, 719 f.

²⁸⁵ Die Ansicht, wonach die Assoziation per se christlich sei, teilte Huber nicht (vgl. Huber: Allgemeine Charakteristik des Genossenschaftswesens, 1855-1863, XVI, 91; Munding, 741).

²⁸⁶ „Wenn der wirkliche und erprobte *Beruf* hier entscheiden könnte, so wäre nach unsrer Überzeugung *nichts* wünschenswerter und näher liegend, als daß die unter dem Namen der ‚*inneren Mission*‘ seit mehreren Jahren thätigen Vereine hauptsächlich auch zu diesem ihrer Bestimmung durchaus entsprechenden Werke herangezogen würden. Allein es ist leider anzunehmen, daß der entschieden christliche Geist, welcher dieses Institut der alten Zeit belebt, im allgemeinen den *Mächten* der neuen Zeit ein zu großes Ärgernis sein dürfte [...]“ (Huber: Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung, XXVIII, 27; zit. nach Munding, 859).

²⁸⁷ Huber: Über Association, 1848-1851, XXIX, 5 f.; zit. nach Munding, 872. An anderer Stelle lässt sich Huber gar zu einer recht gewagten Metapher hinreißen: „Die *innere Mission* aber ist *unser* Kreuzzug!“ (Huber: Folgerungen und Forderungen, 1848-1869, V, 516; zit. nach Munding, 1084).

²⁸⁸ „Es ist ein sehr gewöhnlicher Irrtum, der dem Interesse für die socialen Fragen gerade in sonst wohlgesinnten ernstesten Kreisen im Wege steht, daß man sie mit den Fragen der Armenpflege, des Almosens, der individuellen

Rolle im sozialreformerischen Programm Hubers spielen, andernfalls ist sie in seinen Augen lediglich eine Einrichtung zur Betreuung der Opfer sozialer Missstände unter anderen, nicht aber eines der wirksamsten Instrumente zur Behebung dieser Missstände.

Wie bereits angeklungen war, sieht Huber mit ihrem Anteil an der Lösung der sozialen Frage die Zukunft aller (politischen) Parteien stehen und fallen. Vor diesem Hintergrund möchte er insbesondere auch die (wohlhabenden) Konservativen (bzw. Aristokraten) in die Pflicht nehmen²⁸⁹ ihren Beitrag zu dieser Lösung zu leisten und damit gleichzeitig den Grundstein sowohl für den politischen wie für den ökonomischen Fortbestand ihrer Schicht zu legen:

Die Association bietet aber zugleich einen natürlichen Berührungs- und Versöhnungspunkt zwischen der Arbeit und dem Besitz, welche in der socialen Krankheit als feindliche Gegensätze einander gegenüberstehen. Die Association bedarf zu ihrer vollen, gesunden und konservativen Entwicklung eines aristokratischen Faktors; sie ist aber für die Gesundheit und das Gedeihen der Aristokratie unentbehrlich.²⁹⁰

Die Vorteile eines solchen Zusammenwirkens der Besitzer und der Arbeiter auf dem Gebiete der Association liegen in der That so gleichmäßig auf *beiden* Seiten und kommen von beiden Seiten dem *Ganzen* so sehr zu gute, daß man geradezu behaupten kann: nur hier liegt die Zukunft einer lebensfähigen, sittlich und thatsächlich berechtigten und volkstümlichen Aristokratie. [...] Eine *Aristokratie* aber ist, ganz unabhängig von der formalen Ausstattung derselben an politischen oder Ehrenrechten, eine unerläßliche Bedingung, weil ein natürliches Produkt jedes gesunden, würdigen Volkslebens.²⁹¹

Mit seiner Forderung nach Beteiligung des aristokratischen Faktors zieht Huber auf der Vorstellung eines harmonischen Zusammenlebens aller Schichten bzw. Milieus beruhendes Assoziationsprogramm den Grenzstrich zu ähnlichen organisatorischen Forderungen der Arbeiterbewegung, welche im Unterschied dazu stark klassenkämpferisch geprägt sind. Immerhin geht er wie auch Lassalle²⁹² davon aus, dass das für die Errichtung von Assoziationen benötigte Kapital von den vermögenden Schichten investiert werden sollte. Direkte und vor allem ausschließliche Staatshilfe lehnte Huber indes ab.

christlichen oder menschlichen Wohlthätigkeit oder auch der damit zu verbindenden geistigen, sittlichen und besonders religiösen Pflege verwechselt. Für diese allerdings *einer* Seite, *einem* Symptom und Bedürfnis der socialen Krankheit zugewendete Abhilfe hat sich neuerdings ohne Zweifel eine, wenn auch noch immer nach Verhältnis des Bedürfnisses unendlich geringe Teilnahme, zumal in der Bewegung der inneren Mission entwickelt. Das aber ist eben der Irrtum, daß man gerade in den der innern Mission mehr oder weniger günstigen Kreisen sich nicht überzeugen kann oder will, daß die sociale Frage eine andre Hauptseite hat, deren Lösung nicht im Bereich des geistlichen oder leiblichen Almosens [...] liegt [...]. Die Hauptaufgabe aber des socialen Heilverfahrens liegt auf dem noch wesentlich ökonomisch *gesunden* Gebiet. *Dieses* soll gegen die pauperistische Schwächung und Auflösung durch Anstalten verwahrt werden, die eine selbständige Beteiligung der eignen Kräfte und einen wesentlich geschäftlichen, ökonomischen und an sich weltlichen Charakter im größeren Zuschnitt voraussetzen. Dagegen aber scheint in jenen Kreisen eine Antipathie vorzuherrschen, welche hauptsächlich auf eine gewisse pietistische Verweichlichung oder doktrinäre Verhärtung hinzuweisen scheint [...]" (vgl. Huber: Berlin. Erfurt. Paris, 1850, X, 33 f.; zit. nach Munding, 295 f.).

²⁸⁹ „Es handelt sich [...] um [...] die *sittliche* Pflicht, welche der Besitz als materielle Grundlage und Ausstattung eines von Gott anvertrauten *Amtes* mit sich bringt. Und wenn irgend eins, so ist dies ein Amt von Gottes Gnaden!“ (Huber: Über Association, 1848-1851, XVIII, 17; zit. nach Munding, 877). Konkret meint Huber die Verpflichtung der (nicht nur materiell) Besitzenden die Besitzlosen zu unterstützen; dies jedoch nicht mit entmündigenden Almosen, sondern viel wirksamer durch die Unterstützung der Assoziationen, zudem der dort investierte (nicht nur materielle) Besitz eine verzinsliche Kapitalanlage darstellt (vgl. ebd.).

²⁹⁰ Huber: Revolution und Ritterschaft, 1852, XI, 43; zit. nach Munding, 355 f.

²⁹¹ Huber: Über Association, 1848-1851, XXIX, 9; zit. nach Munding, 878.

²⁹² Zum Verhältnis Hubers zu Lassalle vgl. Hindelang: Konservatismus und soziale Frage, 295-307.

Mit seinem „Apostelkollegen“ Hermann Schulze-Delitzsch²⁹³ und dessen Genossenschaftsprogramm wusste er sich dagegen weit gehend einig, gleichwohl dieses Programm nach Hubers Meinung entscheidend über die Idee der Vorschussvereine hinausgehen²⁹⁴ sowie die Erfahrungen aus England²⁹⁵ und Frankreich stärker integrieren müsse.²⁹⁶ Trotzdem Huber in der Wahl der zur Lösung der sozialen Frage anzuwendenden Maßregeln recht flexibel verfährt²⁹⁷ und er mit Nachdruck die bereits referierte Auffassung vertritt, die Besitzenden und Gebildeten hätten den Großteil der zur Umsetzung seines Programms notwendigen Anstrengungen und Geldmittel zu schultern, weist er die Idee, den sozialen Verwerfungen mittels Zwangsabgaben der Vermögenden – z. B. in Unterstützungskassen oder Versicherungen – zu begegnen,²⁹⁸ entschieden zurück. Da diese ihn von den Plänen der späteren Sozialgesetzgebung trennenden Auffassungen mit eindrucklicher Prägnanz formuliert wurden, seien sie am Schluss dieses Abschnitts in der gebührenden Ausführlichkeit wiedergegeben:

In dieser Beziehung weisen wir auf [...] die Tendenz, den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen dadurch abzuhefen, daß man sie selbst nicht nur, sondern auch die Arbeitgeber und Besitzenden zu zwangsweisen Beiträgen heranzieht, wie dies z. B. nicht etwa bloß seit lange in dem Armenwesen, sondern auch in der Reorganisation des Gewerbewesens hinsichtlich der Kranken- und Sterbekassen u. s. w. geschieht. In allen diesen Dingen ist das latente Gift des revolutionären Socialismus, die Spitze des kommunistischen Keils gar nicht zu verkennen.²⁹⁹

Diese ganze Idee einer formalen Regulierung der Arbeit durch irgend eine andre Macht, als eben das in der Natur der Arbeit liegende Gesetz, müssen wir geradezu als eine in ihrem Wesen und in ihren unvermeidlichen Folgen *kommunistische* bezeichnen. Kommunismus ist alles, was die Rechte und Grenzen des Privateigentums, der Privatarbeit, des Privatgenusses verkennt, verletzt und in dem Öffentlichen und Allgemeinen aufgehen läßt. Ob dieser Kommunismus von einer monarchischen, einer aristokratischen oder einer demokratischen Gewalt ausgeht und gehandhabt wird, das macht umso weniger einen wesentlichen Unterschied, da die bewußte Konsequenz der roten Republik³⁰⁰ doch zuletzt siegen muß, wenn man sich einmal auf diesen Weg verleiten läßt.³⁰¹

²⁹³ Zum Verhältnis Hubers zu Schulze-Delitzsch vgl. ebd., 281-295.

²⁹⁴ Zu diesem Zeitpunkt beschränkte sich Schulze-Delitzsch indes keineswegs auf dieses Modell, sondern hatte bereits seinerseits ein differenziertes System verschiedener Genossenschaftstypen auf Selbsthilfebasis erarbeitet, das neben Vorschussvereinen auch Rohstoff- und Konsumvereine, Krankenkassen und Produktivgenossenschaften kannte (vgl. Schulze-Delitzsch: Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, 126 f.).

²⁹⁵ Huber hat sich um Rezeption englischer Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialreform in Deutschland große Verdienste erworben, zumal er aus eigener Anschauung intime Kenntnis der englischen Verhältnisse besaß. Zur englischen Genossenschaftsbewegung vgl. Johnston: Co-op.

²⁹⁶ Vgl. Huber: Über Arbeiter-Koalitionen, 1863, XXI, 48; Munding, 584; Huber: Die Arbeiter und ihre Ratgeber, 1863, XXV, 8; 38 f.; Munding, 636 f.; 670 f. Die erstgenannte Schrift entstand als Gutachten für eine preußische Sachverständigenkommission zur Frage der Koalitionsfreiheit für Arbeiter; zu Hubers Position zu Arbeiterkoalitionen vgl. Brakelmann: Evangelische Sozialtheoretiker vor dem Problem der Gewerkschaften, 17-24.

²⁹⁷ Beispielsweise erklärt Huber im Gegensatz zu den meisten seiner Gesinnungsgenossen die Aktiengesellschaft nicht nur für zulässig, sondern zu einem der wirksamsten Verwirklichungen des Assoziationsmodells (vgl. Huber: Allgemeine Charakteristik des Genossenschaftswesens, 1855-1863, Va, XXXVI ff.; Munding, 735 f.).

²⁹⁸ Am 03.04.1854 wurde das preußische Gesetz über die gewerblichen Unterstützungskassen (PrGS 1854, 138) verabschiedet, welches solche Maßregeln vorsah. Hubers bereits in Kenntnis dieses Gesetzes geäußerten scharfen Formulierungen sind wohl nicht zuletzt auch als eine Reaktion auf dieses Gesetz zu werten.

²⁹⁹ Huber: Berlin. Erfurt. Paris, 1850, X, 37 f; zit. nach Munding, 301.

³⁰⁰ Die rote Republik ist laut Huber das Ziel einer Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung, welche „allen Kräften, Früchten, Bedingungen und Grundlagen modern christlich-humanistischer Kultur“ feindselig gegenüberstehe (Huber: Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung, 1860-1869, XVII, 117; zit. nach Munding, 700).

³⁰¹ Huber: Zunftwesen, Zunftreaktion und Handwerkerfrage, 1849-1869, XVIII, 142; zit. nach Munding, 500. Hubers Ansicht nach zerstören gesetzliche Regulierungen nicht nur die „Aussicht auf sittlich-freie und dadurch allein wirksame Anstrengungen der Selbsthilfe und Nächstenliebe“ (Huber: Die Arbeiter und ihre Ratgeber, 1863, XXV,

Rudolf Todt (1839-1887)

Galt es unter den Streitern für eine Lösung der sozialen Frage auf religiöser Grundlage als ausgemacht, dass eine der Hauptursachen für das Massenelend in der Abkehr vom Christentum zu finden sei – in „Unglaube und Gottlosigkeit“ (Ketteler)³⁰², im „Abfall vom Evangelio“³⁰³ (Wichern) – lenkte der vom „Biblizismus“ seines Hallenser Lehrers August Tholuck stark beeinflusste märkische Landpfarrer und spätere Brandenburger Superintendent Rudolf Todt in stärkerem Maße den Blick auf die Frage, welche sozialen Maßstäbe das Evangelium eigentlich enthalte bzw. ob und wie sich diese für die drängenden Probleme der Gegenwart produktiv machen lassen. Anders als viele seiner Zeitgenossen (und darob von diesen scharf angegriffen)³⁰⁴ nahm Todt die auf sozialistischer Basis verbundene Arbeiterbewegung ernst, indem er versuchte, den Sozialismus mit seinen Forderungen an den Vorgaben des Evangeliums zu messen.

Mit dem Literatur- und Zeitschriftenkorpus zur sozialen Frage und zum Sozialismus bestens vertraut, trat Todt seit 1872, häufig anonym, an die Öffentlichkeit.³⁰⁵ Die Anregung zu seinem breit und kontrovers rezipierten Hauptwerk, der 1877 veröffentlichten Schrift „Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft“, verdankte er einem seiner späteren Mitstreiter, dem nachmaligen Berliner Hof- und Domprediger und Parteigründer Adolf Stoecker (1835-1909): In seiner „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“ hatte dieser 1873 das Fehlen einer Darstellung über die sozialen Anschauungen des Neuen Testaments beklagt.³⁰⁶

Nach Erscheinen seines Hauptwerkes wurde Todt rasch zu einem begehrten Gesprächspartner für solch unterschiedliche Gruppen wie protestantische Geistliche³⁰⁷ und Nationalökonomien; als Diskussionsforum für diesen Dialog gründete Todt gemeinsam mit Stoecker, dem sozialkonservativen Reformers, Redakteur und Schriftsteller Rudolf Meyer³⁰⁸ 1877 einen „Central-

25 f.; zit. nach Munding: Victor Aimé Hubers Ausgewählte Schriften, 656), sondern installieren überdies unnötige bürokratische Mechanismen.

³⁰² Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die großen socialen Fragen der Gegenwart, in: Ders.: Sämtliche Werke, Abt. I, Bd. 1, 22-87, 28.

³⁰³ Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 179.

³⁰⁴ Bismarck galt Todts Hauptwerk als „eines der schlimmsten Erzeugnisse der neueren socialistischen Literatur“ (zit. nach Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 31; dort kein Nachweis der Fundstelle), weswegen er ursprünglich plante, es bei Erscheinen der 2. Auflage 1878 mithilfe des Sozialistengesetzes verbieten zu lassen (vgl. Grözingen: Todt, Rudolf, 256; Kandel: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, 68; Neuberth: Sozialphilosophische Gedanken und Sozialstaatskonzeptionen protestantischer Theologen des 19. Jahrhunderts, 109).

³⁰⁵ Vgl. Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 30 f.

³⁰⁶ „Warum fehlt es noch immer an einer Darstellung der socialen Anschauungen des Neuen Testaments? So viele Broschüren von Geistlichen behandeln die sociale Frage, und nicht immer mit der nöthigen volkswirtschaftlichen Kenntniß, von einem ihnen fremden Standpunkt; keine untersucht sie im Geiste Christi. Eine solche Schrift würde unendlich segensreich sein; sie wäre für die Theologen gleichsam ein Compaß in der Sturmflut der socialen Gegenwart.“ (NEKZ, Nr. 46, 15.11.1873, Sp. 531; zit. nach Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 31).

³⁰⁷ Die theologische Kritik an Todts Werk würde ihr Hauptaugenmerk auf die zu kurz kommende Reflexion auf systematische und historisch-kritische Aspekte richten, was hier aber nicht zu berücksichtigen ist (vgl. dazu Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 16-22; 99-104; 254-304; 326-330).

³⁰⁸ Meyer, von dem Todt bei der Abfassung seiner Schrift massive Unterstützung erhalten hatte, hatte sich bereits durch eine eigene einschlägige Monografie einen Namen gemacht (Ders.: Der Emancipationskampf des vierten Standes, Berlin 1874); als Redakteur der „Berliner Revue“ war er Schüler und enger Vertrauter des sozialkonservativen Politikern und Kanzlerberaters Hermann Wagener gewesen (vgl. auch Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 128-137; Shanahan: Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage, 433-437).

Verein für Social-Reform auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage³⁰⁹. Der Verein, der sich 1881 Stoeckers „Christlich-Sozialer Partei“ (1878 als „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ [CSAP] gegründet) anschloss, wurde mitsamt seinem von Todt als Chefredakteur und Herausgeber betreutem Publikationsorgan, der Zeitschrift „Staats-Socialist“, zu einem Podium für Wirtschafts-, Staats- und Sozialwissenschaftler wie etwa Adolph Wagner (1835-1917) und Albert Schäffle (1831-1901), die ebenfalls bereits an der Vereinsgründung beteiligt gewesen waren.³¹⁰

Weshalb gerade Todt für die sozialpolitisch engagierten Nationalökonomien zum anerkannten Kommunikationspartner werden konnte, offenbart sich bereits im ersten Satz seines Hauptwerks:

Wer die sociale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Socialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben.

Fehlt einer dieser drei Factoren, so fällt die Lösung schief aus. [...] Die Nationalökonomie lehrt uns den wirtschaftlichen Bau des Volksleibes begreifen, – sie ist der Anatom; der Socialismus und das Neue Testament öffnen uns die Augen über die physischen und psychischen Leiden desselben, – sie sind die Pathologen, aber auch zugleich die Therapeuten, jeder in seiner besonderen Eigenart.³¹¹

Neben seiner Wertschätzung für die Nationalökonomie lässt Todt ebenfalls bereits in den ersten Sätzen seiner Schrift deutlich werden, dass er neben dem Neuen Testament und der Nationalökonomie auch die sozialistische Literatur gleichberechtigt als eine dreier Quellen gelten lässt, aus denen es Antworten auf die soziale Frage zu schöpfen gilt. Folgerichtig bezieht er im Gegensatz zu vielen seiner Mitstreiter³¹² die Sozialdemokratie als ernst zu nehmende Größe in der politischen Landschaft seiner Zeit ein.³¹³ Allerdings ist für Todt die „böse Sozialdemokratie“³¹⁴ als politischer Arm des radikalen Sozialismus nicht dessen alleinige Vertreterin, viel-

³⁰⁹ Zum „Central-Verein für Social-Reform auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage“ vgl. Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 234-253; Brakelmann: Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert, 273-285; Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 932 f.

³¹⁰ Vgl. Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 31 ff. Der Verein erregte ebenso wie Stoeckers CSAP das Missfallen des preußischen Evangelischen Oberkirchenrates (EOK), der seit 1863 (Anlass war die Teilnahme von Geistlichen an der nationalen Bewegung in der Schleswig-Holstein-Frage) seine Pfarrer wiederholt vor „Parteilichkeiten“ gewarnt und die Behauptung, man könne „aus dem Evangelium die Lösung der konkreten politischen Fragen entnehmen“, abgelehnt hatte (vgl. Besier: Kirche, Politik und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, 32; Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 79 f.; Zirkularerlaß des Evangelischen Oberkirchenrats an die Königlichen Konsistorien der acht älteren Provinzen, betr. die Teilnahme von Geistlichen an politischen Parteibewegungen, insbesondere Wahlagitation, vom 7. November 1877 als Neuveröffentlichung des Erlasses, betreffend das Verhalten der Geistlichen zu den politischen Fragen vom 15. Januar 1863, in: Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt 1876/77, Nr. 13, abgedruckt in: Brakelmann [Hg.]: Kirche, soziale Frage und Sozialismus, 66-71).

³¹¹ Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 1.

³¹² Todt wirft der kirchlichen und der politischen Presse wie auch den kirchlichen Organisationen vor, nicht in gebührendem Maße auf die soziale Frage einzugehen und den Sozialismus lediglich zu kriminalisieren statt sich mit ihm intellektuell auseinanderzusetzen (vgl. ebd., 2).

³¹³ „Wir meinen einen social-politischen Standpunkt, denn von jener allgemeinen evangelischen Stellung, wonach die Lösung der Frage in der allgemein zu nehmenden Wiedergeburt der einzelnen Menschen bestehe, so daß also, wenn alle Menschen so wären, wie das Evangelium es verlangt, es auch keine Socialdemokraten gäbe, müssen wir absehen. Wer keine andere Lösung weiß, verschiebt sie einfach auf die neue Erde unter dem neuen Himmel.“ (ebd., 3; vgl. dazu Jes 65,17; 66,22; 2 Petr 3,13; Offb 21,1).

³¹⁴ Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 39.

mehr rechnen zum Sozialismus seiner Anschauung gemäß auch „Kathedersozialisten“, Christlich-Soziale sowie Sozial-Konservative.³¹⁵

Ebenso wie etwa Wichern oder Ketteler erhofft sich Todt die „Lösung des socialen gordischen Knotens“³¹⁶ durch das Christentum, jedoch nicht allein in Gestalt der christlichen Erneuerung der vom Evangelium Abgefallenen, sondern mittels der christlichen Durchdringung der Gesellschaft in widestem Sinne, d. h. durch

[...] das Eindringen der christlichen Lebenskräfte und -Säfte in den Staat und seine verschiedenen Recht- und Verwaltungsgebiete, in die Wissenschaft, vor Allem die der Nationalökonomie [...], in die verschiedenen Productionsfactoren der Gesellschaft, in das Verhältniß der Arbeitgeber und Arbeiter, in die Familie.

Mit einem Worte, das Christentum, sofern es der Sauerteig für die verschiedenen Lebensformen der Gesellschaft wird, oder – der *christliche Staat* und die *christliche Societät* können allein die sociale Krankheit, an der wir leiden, zu ihrer Heilung führen.³¹⁷

Diese Durchdringung hält Todt für unverzichtbar, da er die soziale Frage nur unter der Voraussetzung für lösbar hält, dass alle gesellschaftlichen Kreise, also nicht nur Kirche und innere Mission, an dieser Aufgabe mitarbeiten – und nötigenfalls seitens der weltlichen Obrigkeit dazu bewegt werden können.³¹⁸

Da „jedes socialpolitische Programm [...] eine Antwort auf die sociale Frage“³¹⁹ ist, räumt Todt der Diskussion, was unter der sozialen Frage zu verstehen sei, breiten Raum ein. Er hält fest, dass es eine einzelne soziale Frage nicht gibt, vielmehr habe man es mit einem Komplex sozialer Fragen („Lohn-, Wohnungs-, Frauen und Kinderarbeits-, Fabrikarbeiter-, Tagelöhner-, Lehrlings- usw. usf. Frage“)³²⁰ zu tun. Aus dieser Differenzierung der sozialen Frage zieht Todt die Schlussfolgerung, dass diese als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen sei, eine Aufgabe, an deren Lösung sich das Schicksal dieser Gesellschaft entscheide. Damit will Todt nicht, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre, das Menetekel der sozialistischen Revolution an die Wand malen, vielmehr macht er die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg bei der Lösung der sozialen Frage von einer umfassenden Selbstreflexion der Gesellschaft über ihre wirtschaftliche und soziale Verfassung abhängig. Demnach versteht er die soziale Frage als

[...] die Frage der ganzen modernen civilisirten Gesellschaft nach der Stellung, welche diese Gesellschaft sich selbst gegenüber in ihren einzelnen Bestandtheilen einnehmen soll in Bezug auf ihre wirtschaftliche Zusammensetzung und sociale Ordnung; sie ist die Frage, welche die Gesell-

³¹⁵ Vgl. ebd., 39 f. Obgleich Todt sich ausführlich der Definition des Sozialismus widmet (vgl. ebd., 38-99), trennt er begrifflich nicht immer scharf zwischen dem Sozialismus in seiner radikalen sozialdemokratischen Form und den drei übrigen Gruppen (vgl. z. B. ebd., 45; 416), zu welchen er sozial engagierte Nationalökonomien sowie die Sozialreformer der beiden großen christlichen Konfessionen zusammenfasst.

³¹⁶ Vgl. ebd., 8 (hier auch Zitat).

³¹⁷ Ebd., 8 (vgl. dazu Mt 13,33; Lk 13,20 f.). Im Folgenden gebraucht Todt die Termini „christliche Societät“ und „christliche Gesellschaft“ synonym (vgl. Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 9 u. ö.).

³¹⁸ Im gleichen Atemzug weist Todt den Gedanken von sich, dieses Projekt lasse sich nur mit einer engen Verbindung von Staat und Kirche erreichen. Vielmehr plädiert er statt für eine Staatskirche für eine strikte Trennung von Kirche und Staat (vgl. ebd., 9 f.).

³¹⁹ Ebd., 40.

³²⁰ Ebd.

*schaft an sich selbst richtet zum Zweck des ernststen Besinnens auf sich selbst, der ernststen Selbstprüfung, des aufrichtigen mit sich selbst Ins-Gericht-Gehens.*³²¹

Für diese kritische Selbstreflexion als Voraussetzung und erster Schritt zur Lösung der sozialen Frage bedarf es laut Todt zunächst eines Ideals, das sozusagen einen Soll-Zustand beschreibt für die Beziehung der Menschen untereinander sowie zu Gott. Nach Identifikation dieses Ideals, mag es „nun in der modernen berühmten Humanität liegen, oder in der unmodernen heiligen Schrift“³²², muss die Wirklichkeit, der Ist-Zustand, analysiert werden, um sie anschließend mit dem Ideal vergleichen zu können. Die (historischen oder aktuellen) Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit markieren die Orte, an denen sich die soziale Frage stellt und nach Antworten verlangt. Insofern liegt die soziale Frage für Todt auf dem Gebiet des Bewusstseins, also auf dem Gebiet der Welt-Anschauung; das tätige planvolle Streben, die Wirklichkeit dem Ideal durch eine neue Gesellschaftsordnung anzunähern, nennt er Sozialismus.³²³

Dürfte dieses Streben bei vielen seiner Zeitgenossen vor allem Revolutionsangst ausgelöst haben, konzidiert Todt, dass bereits die Bibel „ein einziges fortlaufendes großes Zeugniß von diesem Widerspruche, der zwischen Ideal und Wirklichkeit obwaltet“³²⁴, sei, indem sie den Gegensatz zwischen dem Idealbild des Menschen als Ebenbild Gottes und seiner realen Verstrickung in widergöttliche Selbstsucht, d. h. Sünde vor Augen führt und dazu auffordert, diesen Gegensatz aufzuheben. Mittel und Weg, die Wirklichkeit an das Ideal anzunähern, ist Christus. Als Beleg für diese Einschätzung zitiert Todt eines der bekannten Ich-bin-Worte Jesu aus dem Johannesevangelium („Ich bin das Licht der Welt. Wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben.“³²⁵). Dieses Logon lässt sich tatsächlich leicht dahingehend interpretieren, als formuliere Jesus hier den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit als Opposition von Licht und Finsternis, wobei Jesus sowohl das Licht selbst wie der Weg zum Licht ist. In diesem Sinne kann man Christus, wie viele Sozialisten es tun, in der Tat als Sozialisten reklamieren,³²⁶ dann wäre er laut Todt allerdings der „nicht der erste, sondern der letzte und vollkommenste“³²⁷, schließlich vernachlässigen die zeitgenössischen Sozialisten bei ihrer Diskussion um Ideal und Wirklichkeit im Gegensatz zu Jesus Christus die Beziehung des Menschen zu Gott, wenn sie ausschließlich die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Menschen und Völkern reflektieren.³²⁸

³²¹ Ebd., 41.

³²² Ebd.

³²³ Vgl. ebd.

³²⁴ Ebd., 42.

³²⁵ Joh 8,12. Wenn die Wiedergabe aus einer zeitgenössischen Bibelübersetzung nicht zwingend geboten ist, folgen Bibelzitate der Einheitsübersetzung.

³²⁶ Vgl. etwa Weitling: Das Evangelium eines armen Sünders.

³²⁷ Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 43.

³²⁸ Vgl. ebd., 42 f. Aus dem Zusammenhang dieser zweifellos über weite Strecken richtigen Beobachtung entstammt möglicherweise Todts trotz ausführlicher Textbelege nicht ausreichend begründete und schließlich relativierte (vgl. ebd., 378 f.; 380) Behauptung, der Atheismus des radikalen Sozialismus sei akzidentiell (vgl. ebd., 78; 372). Im Übrigen betont Todt aber vor allem den entscheidenden verbindenden Berührungspunkt zwischen Christen und Sozialisten, nämlich das Bewusstsein um den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, wird doch dadurch die gemeinsame Frontstellung dieser beiden Gruppen gegenüber „dem heute herrschenden Wirtschaftssystem (Manchesterthum)“ sichtbar, welches Letzteres nach Todts Ansicht vor allem dadurch charakterisiert wird, dass es „im wirtschaftlichen und sozialen Leben ebenso wie im Personenleben nur ewige unabänderliche Naturgesetze anerkennen will“ (ebd., 43), den erwähnten Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit also entweder nicht erkennt oder aber für unabwendbar hält (vgl. ebd., 44 f.). Günter Brakelmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich diese doppelte Opposition gegen den radikalen Sozialismus wie den extremen Liberalismus bei Todt in dieser

Todts Reformprogramm zur Lösung der sozialen Frage ist aufgrund der Konzeption seiner Schrift eng mit den Forderungen des radikalen Sozialismus, mit denen er sich kundig und weit gehend unvoreingenommen auseinandersetzt,³²⁹ verbunden. Es richtet sich an Besitzende wie Besitzlose gleichermaßen, außerdem an den Staat und wird jeweils durch einschlägige Belege aus dem Neuen Testament untermauert.

Von den Besitzenden verlangt Todt, sie mögen sich nicht als Eigentümer, sondern als verantwortliche Verwalter ihres Vermögens betrachten, schließlich ist Gott oberster Eigentümer und Schöpfer aller Dinge und wird von den Besitzenden Rechenschaft über die verantwortungsvolle Verwendung seines Eigentums fordern. Daraus folgt die Verpflichtung der Besitzenden den Besitzlosen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Dies ist mit bloßem Almosengeben nicht getan, das Ziel muss vielmehr lauten, die christlichen Brüder nachhaltig vom Pauperismus, der im Übrigen „der unvermeidliche Zwillingsbruder des Mammonismus“³³⁰ sei, zu befreien. Aus der ersten Forderung folgt die zweite, denn wenn die Besitzenden die besitzlosen Brüder von ihrem Elend befreien helfen sollen, müssen sie diese „sogenannte dienende und arbeitende Classe“³³¹ mitsamt ihrer Arbeit als dem eigenen Stand und seinem Tun gleichwertig betrachten, dürfen jedenfalls nicht auf jene hinabblicken. Es gilt zu erreichen und sicherzustellen, dass die „Arbeit ihre gebührende Ehre und ihren sittlichen Werth“ wiedererhält und „daß der Arbeiter nicht als Waare, sondern als Mensch d. h. hier speciell als *Gehülfe des Besitzenden* aufgefaßt wird“³³²; es geht Todt also nicht darum die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen. Die ersten beiden Forderungen lassen sich jedoch nur erreichen, wenn die Besitzenden auch die dritte befolgen, indem sie „wieder zum positiven Christenthum des Neues Testamentes zurückkehren“³³³ und sich damit aus der „*unbeschreiblich thörichten* [...] *Bundesgenossenschaft mit ihrem Todfeinde*, dem Sozialismus“³³⁴, befreien.³³⁵

Obwohl die Besitzlosen ohne Hilfe der Besitzenden sowie des Staates kaum etwas zum angestrebten Reformwerk beitragen können, da sie sich „vollkommen in der Lage der Unmündigkeit“³³⁶ befinden, erwartet Todt von ihnen dennoch eigene Anstrengungen – und von Staat und Besitzenden, dass sie ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber den Besitzlosen nachkommen. Zunächst sollen auch die Besitzlosen dem Mammonismus abschwören,³³⁷ indem sie ihr Glück nicht, wie es die Sozialdemokraten verkünden, allein in irdischem Besitz und Genuss suchen. Weiterhin sollen sie die ihnen durch das Gesetz verliehenen Rechte (Wahlrecht, Koa-

Schärfe zum ersten Mal in der evangelisch-sozialen Literatur findet (vgl. Brakelmann: Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert, 298, FN 38).

³²⁹ Todt kommt zu dem Schluss, dass der Sozialismus „nach seinem innersten Wesen“ vom Standpunkt des Neuen Testaments seine Berechtigung hat, was jedoch nicht für die Umsetzung des radikalsozialistischen Prinzips gilt, insbesondere nicht für Atheismus, Agitation, vorgesehene Zwangsmaßnahmen, Volksstaat (vgl. Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 370 f.; 380). Nach Todts Auffassung lässt sich der radikale Sozialismus vor allem aufgrund dreier wichtiger Absichten definieren: „*Er erstrebt ein dreifaches Ziel: Aufstaatlichem Gebiet den Republikanismus; auf wirtschaftlich-socialen den Communismus; auf religiösem den Atheismus.*“ (ebd., 51).

³³⁰ Ebd., 397.

³³¹ Ebd., 399.

³³² Ebd., 400.

³³³ Ebd., 401.

³³⁴ Ebd., 402.

³³⁵ Vgl. ebd., 397-405. Zur Untermauerung zitierte Bibelstellen (in der Reihenfolge ihres Vorkommens): Lk 16,1-9; 1 Petr 4,10; 1 Kor 4,2; Hebr 13,16; Mt 19,24; Joh 5,17; Mt 20,1-16; Jak 5,1-9; 4,17; Röm 1,16; Joh 6,47; 3,18.

³³⁶ Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 405.

³³⁷ „Der Mammonssinn haftet nicht minder an dem Bettelbrot als an der Tafel des reichen Mannes“ (ebd., 406).

litionsfreiheit) nutzen und „die durch die christliche und natürliche Vernunft gebotenen Pflichten“³³⁸ (z. B. Sparsamkeit, falls möglich) wahrnehmen. Zum Gebrauch dieser staatsbürgerlichen Rechte ist wiederum Hilfe vonseiten des Staates und zwar in Form von Bildung unverzichtbar, ebenso wie der Beistand und das Vorbild der Besitzenden zur Förderung des Vereinswesens und der Sparsamkeit. Schließlich verlangt Todt von den Besitzlosen ihre Klagen und Forderungen vernünftig zu begründen, d. h. durch das Neue Testament zu motivieren. Dazu ist die ebenso von den Besitzenden verlangte Abkehr vom Atheismus und Rückkehr zum positiven Christentum selbstredend unabdingbare Voraussetzung.³³⁹

Bezüglich der reformerischen Verantwortung des Staates gilt es nach Todt „ein ausführliches, wohlgedachtes sozialpolitisches Reformprogramm“ aufzustellen, welches einerseits vom „christlichen Geiste der Nächstenliebe, der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit getragen ist [...] und andererseits auf gründlicher Kenntniß der Nationalökonomie und des Socialismus beruht“³⁴⁰. Dieses Reformprogramm muss ein „*organische(s), ein vollständiges System von Gesetzen*“ sein, „durch welches sich der rothe Faden des *Suum cuique* zu ziehen hat“³⁴¹, worunter wiederum das Ziel zu verstehen ist den Besitzlosen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Wird hier noch einmal Todts integrative, christlich fundierte Herangehensweise überdeutlich, verlässt er sich gleichwohl nicht darauf, dass sich diese Forderungen von selbst Bahn brechen, vielmehr berücksichtigt er die bestehenden Parteien und weiteren einflussreichen Gruppierungen, an denen bei der Umsetzung des an den Staat adressierten Teils seines Reformwerkes kein Weg vorbei führen wird. Da nach Todts Ansicht die Sozialdemokratie die richtigen Forderungen auf einem falschen Weg umzusetzen gedenkt, die Liberalen sich aufgrund ihres Festhaltens an den herrschenden Verhältnissen von selbst disqualifizieren, werden vor allem die politischen Vertretungen der (protestantischen) Konservativen und der Katholiken in die Verantwortung genommen, von denen aber bis zum Moment erst Letztere ihrerseits über ein eigenes sozialpolitisches Programm verfügen. Den Konservativen und dem Staat überhaupt empfiehlt Todt Rudolf Meyers in dessen bereits erwähnter Schrift „Der Emancipationskampf des vierten Standes“ ausgeführtes sozialpolitisches Konzept.³⁴²

Der Staat habe Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht zu garantieren, im Interesse des Gemeinwohls aber auch an einigen wichtigen Stellen zu intervenieren:

- Korrektur der Einkommensverteilung, d. h. des Verhältnisses von Immobilieneinkünften, Zinsen und Arbeitslöhnen zugunsten Letzterer³⁴³
- Regulierung des Eigentums aus Kapitalnutzung, Wiedereinführung der Wuchergesetze, d. h. vor allem Beschränkung des Zinses für Kapital, das nicht in der Hand seines Eigentümers arbeitet, Besteuerung des Wertpapierhandels, staatliche Kontrolle des Kreditwesens, Abschaffung des Hypothekenkredits³⁴⁴
- Gewährung von Investitionsbeihilfen für die Ansiedlung von Industrie in den bevölkerungsarmen agrarischen Gebieten im Norden und Osten des Reichs; Ausweitung des

³³⁸ Ebd., 408.

³³⁹ Vgl. ebd., 405-416. Dort zitierte Bibelstellen: Jak 2,15 ff.; 2 Tim 3,17.

³⁴⁰ Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 416.

³⁴¹ Ebd., 425.

³⁴² Vgl. ebd., 416-422.

³⁴³ Vgl. ebd., 424.

³⁴⁴ Vgl. ebd., 430-436.

staatlichen Engagements als Arbeitgeber (Verstaatlichung der Eisenbahnen sowie des Banken- und Versicherungsgewerbes)³⁴⁵

- Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstags³⁴⁶
- Unterstützung von Landarbeitern beim Landerwerb³⁴⁷
- Drängen auf Zusammenschluss aller Industriezweige und Gewerke zu Zwangskorporationen, mittels derer die Entfremdung zwischen Handwerk und Industrie gebremst, die Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung abgewickelt und staatliche Normativbestimmungen durchgesetzt werden könnten³⁴⁸

Trotz seiner teilweise radikalen Gesellschaftskritik steht Todts Reformprogramm fest auf dem Boden der Hohenzollernmonarchie,³⁴⁹ was viele seiner eindeutig im radikal-sozialistischen bzw. im religiösen Lager beheimateten Rezipienten befremdet haben dürfte. Diese scheinbar inkonsequente Schlussfolgerung ist zum einen in der Konzeption von Todts Werk bereits angelegt, berücksichtigt aber auch seine Einsicht, dass die derzeitige Gesellschaft seiner Meinung nach zur Republik, welche „am natürlichsten sich in die Ideale des Evangeliums einreihen läßt“³⁵⁰, noch nicht reif sei.³⁵¹ Insofern bedeutet dieser scheinbare Widerspruch keinen Abstrich an der singulären Bedeutung des Todtschen Werks,³⁵² er unterstreicht sie vielmehr, da Todt auf die aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten Rücksicht nimmt.

Todts Buch schließt mit einem Abschnitt über das Verhältnis der Kirchen zum radikalen Sozialismus. Das vom Autor geforderte Gemeinschaftswerk von Besitzenden, Besitzlosen und Staat wird seiner Meinung nach „ohne eine sittliche Neugeburt der Gesellschaft vergeblich sein“³⁵³, weswegen auch die protestantischen Kirchen in die Pflicht genommen werden, die sich bislang sträflich passiv verhalten haben,³⁵⁴ während der katholischen Kirche in dieser Beziehung eine Vorbildrolle zugesprochen wird. Vor allem müssten die protestantischen Kirchen den radikalen Sozialismus anerkennen und ernst nehmen als Voraussetzung, sich mit ihm auseinanderzusetzen, um ihm schließlich Konkurrenz machen zu können.³⁵⁵

³⁴⁵ Vgl. ebd., 436-439.

³⁴⁶ Vgl. ebd., 437; 440 f.; 448.

³⁴⁷ Vgl. ebd., 441-445. „Es wird dann nur noch Knechte und Mägde geben, welche im Dienste sparen bis zu jenem Zeitpunkte, wo sie als Arbeiter-Grundbesitzer in die Selbstständigkeit übertreten können.“ (ebd., 444 f.) Woher bei einer solchen Vielzahl selbstständiger Landwirte (im Haupt- oder Nebenerwerb) künftig die in größeren Betrieben unverzichtbaren Landarbeiter kommen sollen, beantwortet Todt nicht, denn eine Zerschlagung der Großbetriebe schwebte ihm offenbar nicht vor.

³⁴⁸ Vgl. ebd., 446 ff. Der Zwang ist aufgrund der beängstigenden Wahlerfolge der Sozialisten unvermeidlich (vgl. ebd., 446). Todt hat hier die Wahlen zum 3. Reichstag vom 10.01.1877 vor Augen, bei der die Sozialdemokraten fast eine halbe Million Stimmen auf sich vereinigen konnten und damit mit zwölf statt mit neun Abgeordneten im Reichstag vertreten waren (vgl.: Schwarz: MdR, 799; 804; 820).

³⁴⁹ Vgl. Grözinger: Todt, Rudolf, 256.

³⁵⁰ Todt: Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft, 371.

³⁵¹ Vgl. ebd., 71-76. Dort zitierte Bibelstellen: Röm 13,1 f.; Mt 22,21; 1 Petr 2,13-17; 1 Sam 8,5 ff.; Röm 13,4 ff.; 1 Petr 2,21; Mt 6,24. Vgl. dazu auch Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 179-182.

³⁵² Vgl. auch das diesbezügliche Urteil von Gerhard Besier (Besier: Kirche, Politik und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, 31 f.).

³⁵³ Todt: Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft, 450.

³⁵⁴ Zum Umgang der protestantischen Kirchen mit der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung vgl. auch Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 80-97.

³⁵⁵ „Die evangelische Kirche muß aus ihrer bisherigen Feindschaft und ihrem Indifferentismus dem radikalen Sozialismus gegenüber heraustreten.“ (Todt: Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft, 458).

Diese hätte dann vor allem darin zu bestehen, durch „rege, *unablässige Pflege des Vereinswesens das materielle Wohl der arbeitenden Classen dauernd zu verbessern*“ zu suchen sowie „in *Wort und Schrift* muthig und *unverdrossen für die Arbeiter und Besitzlosen*“ einzutreten.³⁵⁶

1.2.2.3. Das (protestantisch-)liberale Milieu

Traugott Jähnichen und Norbert Friedrich hatten als konstitutive charakteristische Merkmale des sozialen Protestantismus die Staatszentrierung, den anzustrebenden Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital, die Sozialpflichtigkeit als Voraussetzung für die Legitimität von Privateigentum und die Wertschätzung der menschlichen Arbeit herausgearbeitet. Gleichzeitig halten sie fest, dass der sozialliberale Protestantismus erst im Wilhelminismus seine sozialpolitische Profilierung erfahren hat, vor allem durch Friedrich Naumann (1860-1919).³⁵⁷

Insofern ist es schwierig, die Lösungsversuche der sozialen Frage aus den Reihen der dem politischen Liberalismus nahe Stehenden vollständig und schlüssig dem sozialen Protestantismus zuzuschreiben. Dies soll hier demzufolge auch nicht versucht werden.

Wenn die hier aufscheinende Abgrenzung vom eingangs beschriebenen Milieuschema dann aber doch lediglich durch eine Klammer in der Überschrift dieses Abschnitts angezeigt wird, mag das verwundern, doch sollen die zweifellos bestehenden, leider gern übersehenen Verbindungslinien zwischen dem protestantisch-liberalen Milieu und dem politischen Liberalismus³⁵⁸ im Folgenden stärker gewichtet werden als die im Vergleich zu den Sozialreformern aus dem protestantisch-konservativen Milieu weitaus seltenere Verwendung protestantisch-theologischer Argumentationsmuster bei der Motivierung der Reformkonzepte aus dem protestantisch-liberalen Milieu.

In seiner Sitzung am 2. Oktober 1865 beriet der engere Ausschuss des „Deutschen Protestantenvereins“ einen Vorschlag des Dekans des Kirchenbezirks Heidelberg-Mannheim, Karl Zittel, der darum bat, für den nächsten Protestantentag die soziale Frage auf die Tagesordnung zu setzen, um der darüber bereits seit längerer Zeit laufenden Diskussion einen protestantisch-liberalen Stempel aufdrücken zu können, solange dies noch möglich ist. Befürworter (Mei-

³⁵⁶ Ebd., 463. Die innere Mission in ihrer derzeitigen Verfassung, indem sie sich als Ergänzung zur evangelischen Kirche versteht, ist zur Verwirklichung dieses Ziels nicht ausreichend, vielmehr müsse die Kirche selbst „innere Mission betreiben im umfassendsten Sinne des Wortes“ (ebd., 467).

³⁵⁷ Vgl. Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 875; 969. Naumann, wie Johannes Kandel dies tut (Kandel: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, 68), als „Ahnherr eines sozialen Liberalismus“ in toto zu bezeichnen, hieße, die von dezidiert liberalen Sozialreformern erarbeiteten Konzepte zur Lösung der sozialen Frage, wie sie hier im Folgenden dargestellt werden, zu negieren. Zu Naumann vgl. Heuss: Friedrich Naumann; Kleinmann: Friedrich Naumann; Jochmann: Friedrich Naumann; Bruch (Hg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit; Schnorr: Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert.

³⁵⁸ Frank-Michael Kuhlemann stellt beispielsweise eine enge Verbindung zwischen dem politischen und kirchlichen Liberalismus in Baden fest, wo die liberalen Protestanten die wichtigen Entscheidungen der nationalliberalen Kirchen- und Kulturpolitik (Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht, Simultanschulen, Zivilehe) mittrugen (vgl. Kuhlemann: Protestantisches Milieu in Baden, 340-344); Karl Rohe identifiziert im Ruhrgebiet der 1870er/1880er Jahre eine Verknüpfung des vor allem durch die Nationalliberale Partei repräsentierten nationalen Lagers mit dem Protestantismus (vgl. Rohe: Einleitung, 173). Aus diesem holzschnittartig auf die konfessionellen Gegensätze fokussierenden Roheschen Befund nun aber einen starken Ruhr-Sozialliberalismus ableiten zu wollen, verbietet sich mit Blick auf die Ebene der protestantischen Gemeinden, wo Günter Brakelmann „eine klare Minderheit“ sozialliberaler Orientierungen feststellt (vgl. Brakelmann: Das kirchennahe protestantische Milieu im Ruhrgebiet 1890-1933, 178). Auch Gangolf Hübinger betont die „vielfältigen Verknüpfungen zwischen dem politischen und dem religiösen Liberalismus“, die er im Zusammenspiel von Gelehrten, Vereinen, Presse, Verlagen und Politikern realisiert sieht (vgl. Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik, 16).

nungsführerschaft dürfe nicht den konfessionellen Widersachern und der Inneren Mission überlassen werden) und Gegner (Diskussion sei verfrüht und gefährlich) des Vorschlags einigten sich auf den Kompromiss das Thema soziale Frage zunächst in den Zweigvereinen behandeln zu lassen. Als Handreichung verschickte der Ausschuss an die lokalen Vereine mehrere Thesen. Zunächst wurde festgestellt, dass „die physische und die sittliche Wohlfahrt des Volkes sich gegenseitig bedingt“. Daraus und mit Verweis auf den kirchlichen Charakter des Vereins wurde der Schluss gezogen sich hier auf die „religiös-sittlichen Gesichtspunkte“ der sozialen Frage zu beschränken und diese in erster Linie als Bildungs- und Erziehungsfrage zu behandeln: Den Arbeitern wurde das Recht auf Bildung sowie das Recht auf volle Gleichberechtigung in der Kirche zuerkannt, wodurch die soziale Frage auch als (kirchliche) Verfassungsfrage gestellt wurde.³⁵⁹

Es sollten fast neun Jahre ins Land gehen, bis im September 1874 die soziale Frage mit einem Referat von Victor Böhmert (1829-1918) tatsächlich auf dem 8. Protestantentag in Wiesbaden verhandelt wurde,³⁶⁰ bis dahin blieb es Aufgabe der Zweigvereine, Stellung zu dem wohl drängendsten Problem der Zeit zu nehmen. In dieser Diskussion wurde der Bildungsgedanke (Einführung der obligatorischen Volksschule, Förderung von Fortbildungsschulen,³⁶¹ Arbeiterbildungsvereinen, Volksbibliotheken) konkretisiert und eine marktliberale Position zur wirtschaftlichen Seite der sozialen Frage eingenommen: Die aktuellen Missstände seien ein unvermeidliches Übergangsphänomen, weshalb das sich etablierende marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem eine möglichst große Freiheit genießen müsse, um seine eigenen Selbstheilungskräfte sowie die der gebeutelten Arbeiterschaft entfalten bzw. unterstützen zu können und um so durch den ökonomischen und sozialen Fortschritt diese Missstände schließlich zu beseitigen. Für diesen Selbstheilungsprozess sei der Beistand des Staates entbehrlich; wo indes die Selbstheilungskräfte des Einzelnen zu schwach sind, müssen diese durch das Assoziationsprinzip mit all seinen Facetten (Kranken- und Sparkassen, Kredit- und Konsumvereine³⁶², Produktivgenossenschaften) gestärkt werden.³⁶³

Diese im Umfeld des liberalen „Protestantenvereins“ geäußerten Vorschläge können als repräsentativ für die sozialreformerischen und sozialpolitischen Auffassungen des protestantisch-liberalen Milieus angesehen werden. In deren Zentrum stehen der Bildungs-³⁶⁴, der Selbsthilfe- und der Assoziationsgedanke, die weit gehende Ablehnung von staatlicher Einmischung sowie die Betonung tätiger Hilfe statt intellektueller Spekulation.³⁶⁵ Auffällig, aber gleichfalls typisch für die Meinungsäußerungen aus dem protestantisch-liberalen Milieu ist das völlige Feh-

³⁵⁹ Vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 384 ff. (hier auch Zitate).

³⁶⁰ Vgl. Böhmert: Rede über den Beruf der Kirche in der sozialen Frage.

³⁶¹ In seinem Diskussionsbeitrag auf dem Wiesbadener Protestantentag 1874 konkretisierte Pfarrer Kost aus Westhausen bei Hildburghausen die Anforderungen an Volks- und Fortbildungsschulen: „Da ist der religiöse Memorirstoff zu beschränken, der Religionsunterricht aber in acht religiösem Gebiete zu erteilen; religiöser Sinn und rechtes Pflichtgefühl ist schon in die Herzen der Jugend zu pflanzen; daneben ist größere Korrektheit im schriftlichen Ausdruck, Fertigkeit im Rechnen und Uebung im Zeichnen zu erzielen, und an die Volksschule hat sich eine obligatorische Fortbildungsschule anzuschließen, in deren Plan auch der Unterricht in den Grundbedingungen der Volkswohlfahrt aufzunehmen ist.“ (Diskussion über die soziale Frage, 51).

³⁶² Zu Konsumvereinen vgl. Prinz: Brot und Dividende.

³⁶³ Vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 386 f.

³⁶⁴ 1871 wurde die liberale „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ (vgl. dazu Dräger: Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung; Meyer: Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung) aus der Taufe gehoben, um die politische Reichsgründung durch eine kulturelle zu ergänzen. Dies sowie die institutionelle Bündelung lokaler Bildungsvereine gelang zwar nicht, immerhin konnte die Gesellschaft eine rege Vortragstätigkeit entwickeln sowie Volksbüchereien unterstützen (vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, 161 f.).

³⁶⁵ Vgl. dazu auch: Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung, 88-169.

len von Klagen über den Abfall großer Teile der Arbeiterschaft vom Christentum als wichtiger Ursache für die aktuellen sozialen Missstände, welche in vielen diesbezüglichen Beiträgen von Vertretern des katholischen wie des protestantisch-konservativen Milieus nachgerade als Topos auftreten. Die soziale Frage wird hier ihrem Wesen nach als wirtschaftliches Problem gesehen, weswegen auch die Vorkehrungen zu ihrer Lösung zuallererst auf diesem Gebiet anzusetzen haben. Insbesondere vom Assoziationsprinzip wird Großes erwartet, wie die emphatisch vorgetragene Position des Sozialrechtlers Otto von Gierke (1841-1921) in seinem Hauptwerk gut illustriert:

Was der Mensch ist, verdankt er der Vereinigung von Mensch und Mensch. Die Möglichkeit, Assoziationen hervorbringen, die nicht nur die Kraft der gleichzeitig Lebenden erhöhen, sondern vor allem durch ihren die Persönlichkeit des einzelnen überdauernden Bestand die vergangenen Geschlechter mit den kommenden verbinden, gab uns die Möglichkeit der Entwicklung, der Geschichte.³⁶⁶

Claudia Lepp ist vermutlich Recht zu geben, wenn sie die Versuche des organisierten liberalen Protestantismus, das Genossenschaftswerk Schulze-Delitzschs für sich zu reklamieren, als Vereinnahmung bezeichnet.³⁶⁷ Wenn der Autor dennoch bewusst diese Traditionslinie betont, möchte er nicht einer solchen Vereinnahmung das Wort reden, vielmehr die oft unterbelichteten Beziehungen zwischen sozialem Protestantismus und liberaler Sozialreform hervorheben. Mit Hermann Schulze-Delitzsch und Victor Böhmert gehörten zwei der prominentesten und einflussreichsten liberalen Sozialreformer dem „Protestantenverein“ an, was für das eigene sozialreformerische Gewicht des protestantisch-liberalen Milieus spricht; der Nationalökonom Böhmert stellte außerdem die Verbindung zur wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion seiner Zeit her.³⁶⁸ Nicht zuletzt können diese beiden Männer stellvertretend für die bei näherem Hinsehen doch recht enge Verbindung von liberalem Protestantismus und politischem Liberalismus stehen.³⁶⁹

Neben den sozialreformerischen bzw. sozialpolitischen Gedanken dieser beiden Persönlichkeiten soll im Folgenden auch auf die Positionen einer Gruppe von entschieden freihändlerisch und marktliberal eingestellten Nationalökonomien eingegangen werden, die für lange Zeit sehr einflussreichen so genannten „Manchesterliberalen“. Auch wenn die Verbindungen dieser Gruppe zum protestantisch-liberalen Milieu nicht allzu stark ausgeprägt waren, sind sie trotzdem nicht zu leugnen, weshalb eine Berücksichtigung des „Manchesterliberalismus“ an dieser Stelle geboten erscheint.

³⁶⁶ Gierke, Otto von: Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bde., Berlin 1868-1913 (zit. nach Der Liberalismus, 234). Zu Gierke vgl. Dilcher: Genossenschaftstheorie und Sozialrecht; Pfeiffer-Munz: Soziales Recht ist deutsches Recht; Spindler: Von der Genossenschaft zur Betriebsgemeinschaft.

³⁶⁷ Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 400.

³⁶⁸ Böhmerts beeindruckendes sozialreformerisches Engagement widerlegt die z. B. von Günther Maluschke vorgelegte These, es seien vor allem Staatsrechtler und nicht Ökonomen gewesen, die sich in den liberalen Kreisen Deutschlands der sozialen Frage zuwandten (vgl. Maluschke: Wie sozial ist der klassische Liberalismus?, 9).

³⁶⁹ Neben Schulze-Delitzsch waren im hier interessierenden Zeitraum noch weitere aktive liberale Reichstagsabgeordnete Mitglieder des Protestantenvereins: Karl Baumbach (1844-1896), Michael Baumgarten (1812-1889), Rudolf von Bennigsen (1824-1902), Friedrich Kiefer (1830-1895), Wilhelm Loewe-Calbe (1814-1886), Gustav Struckmann (1837-1891), Wilhelm Wehrenpfennig (1829-1900) (vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 453-469). Als weitere sozialpolitisch profilierte Mitglieder des Protestantenvereins wären der Nationalökonom Arwed Emminghaus (1831-1916) und der Publizist August Lammers (1831-1892) zu nennen.

Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883)

Gemeinsam mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen hat Hermann Schulze-Delitzsch bis in die Gegenwart als Genossenschaftsgründer Spuren hinterlassen und damit wäre sein wichtigstes Verdienst auch bereits benannt, allerdings hat der promovierte Jurist, Journalist, Richter, Anwalt, Parlamentarier nicht nur auf diesem seinem Hauptgebiet Bedeutendes geleistet bzw. zu leisten versucht. Schulze-Delitzsch zählte zu den herausragenden Vertretern eines sozial engagierten Liberalismus, er war nicht nur Mitglied des engeren Ausschusses des „Protestantenvereins“, sondern gehörte ebenso zu den Gründungsmitgliedern des „Kongresses deutscher Volkswirte“ (auch: „Volkswirtschaftlicher Kongress“), der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“, des „Deutschen Nationalvereins“³⁷⁰ und der liberalen „Deutschen Fortschrittspartei“ (DFP)³⁷¹, deren linken Flügel er in Berlin gemeinsam mit Franz Duncker (1822-1888) und Rudolf Virchow (1821-1902) anführte³⁷². Für die Fortschrittspartei saß Schulze-Delitzsch zwischen 1861 und 1872 im preußischen Abgeordnetenhaus, von 1867 bis zu seinem Tod im Jahr 1883 im Reichstag, nachdem er bereits 1848 der „Fraktion Rodbertus“ in der preußischen Nationalversammlung angehört hatte (wo er sich anders als die Fraktionsmehrheit und anders als viele Liberale für das allgemeine Wahlrecht eingesetzt hatte³⁷³). Überdies war Schulze-Delitzsch Mitglied des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“.³⁷⁴

Neben dem bereits erwähnten Ehrentitel „Genossenschaftsapostel“³⁷⁵ sind auch seine Mitgliedschaft im „Protestantenverein“ und die Veröffentlichung eines „Arbeiterkatechismus“ bezeugtes Zeugnis dafür, dass Schulze-Delitzsch im protestantisch-liberalen Milieu verwurzelt war und ihm trotz der einen oder anderen irritierenden Aussage³⁷⁶ verbunden blieb, weswegen diese Dimension nicht aus dem Blick verloren werden darf.

Im Zuge seiner Tätigkeit als Patrimonialrichter³⁷⁷ im Kreis Delitzsch (1841-1849) hatte Schulze-Delitzsch bereits erste Einblicke in die sozialen Schieflagen seiner Zeit erhalten. Während in der Kleinstadt Delitzsch und ihrer Umgebung mit der schwierigen Lage der ländlichen Unterschichten sowie der aufgrund eines rasanten Bevölkerungswachstums überdurchschnittlichen Handwerkerdichte eher vorindustrielle Probleme zu bewältigen waren, hatten sich in der zum Kreis gehörenden Stadt Eilenburg bereits industrielle Strukturen herausgebildet: Hier waren bereits 1843 über 1000 Arbeiter in mehreren Kattundruckereien beschäftigt, seit etwa 1830

³⁷⁰ Im April 1867 trat Schulze-Delitzsch wegen der bismarckfreundlichen Haltung des rechten Flügels der Nationalliberalen aus dem „Nationalverein“ aus (vgl. Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918, 372).

³⁷¹ Zu Schulze-Delitzschs Tätigkeit in diesen Vereinigungen vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 107-139; 141-150. Zur Fortschrittspartei vgl. Biefang: National-preußisch oder deutsch-national?.

³⁷² Am 21.11.1861 berichtete die Königsberger Hartungsche Zeitung über eine fortschrittliche Urwählerversammlung in Berlin. Dort wurde allen Wahlmänner-Kandidaten, die sich nicht vorstellen konnten, Schulze-Delitzsch zu wählen, die Tür gewiesen (vgl. Grünthal: Wahlkampfführung der Konservativen im preußischen Verfassungskonflikt, 70).

³⁷³ Vgl. Sheehan: Der deutsche Liberalismus, 126; Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 177. Ein liberaler Gegner des allgemeinen Wahlrechts war beispielsweise Ludwig Bamberger, da er es für das Erstarken der Sozialdemokratie verantwortlich machte (vgl. Bamberger: Deutschland und der Sozialismus, 29 ff.).

³⁷⁴ Vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 466; Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918, 371 f.; Offermann: Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich, 118; Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 38 ff.

³⁷⁵ Vgl. Fußnote 261.

³⁷⁶ So hatte Schulze-Delitzsch etwa (erfolglos) versucht, die anlässlich der Protestantentage veranstalteten Gottesdienste abzuschaffen (vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 368).

³⁷⁷ Zur Patrimonialgerichtsbarkeit unter staatlicher Aufsicht vgl. Wienfort: Ländliche Rechtsverfassung und bürgerliche Gesellschaft; Dies.: Patrimonialgerichte in Preußen; Werthmann: Vom Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit.

existierte eine Krankenkasse der Webergesellen, daneben entstanden bald darauf vier weitere Kranken-, Invaliden- und Sterbekassen von Textilarbeitern. In den Revolutionsmonaten 1848/49 wurden ein Bürger-, ein Handwerker-, ein Arbeiter- sowie ein Gesellenverein gegründet. Ende 1849 versuchte sich der Arbeiterverein (erfolglos) an der Schaffung einer produktivgenossenschaftlich betriebenen Vereinsweberei, 1850 führte der Kattunfabrikant Carl Degenkolb die vermutliche erste Betriebsvertretung Deutschlands ein, im gleichen Jahr gründete sich ein zunächst sehr erfolgreicher Konsumverein.³⁷⁸

Derart mit den sozialen Problemen seiner Zeit vertraut, ließ sich Schulze-Delitzsch 1848 in die „Kommission für Handel und Gewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Handwerksverhältnisse“ der Berliner Nationalversammlung wählen und wurde Vorsitzender einer eigens dem Handwerk gewidmeten weiteren Kommission, die aufgrund von rund 1600 Petitionen Vorschläge für ein provisorisches Gewerbegesetz erarbeitete. Ebenso wie die Kommissionsmehrheit vertrat er die Auffassung, im Interesse der Handwerker sei eine Einschränkung der Gewerbefreiheit, vor allem ein Prüfungszwang für die Zulassung zum Gewerbe unabdingbar. Entscheidend beeinflusst durch Anregungen aus der Handwerkerschaft, die Zusammenschlüsse zur Erreichung günstigerer Konditionen für Kredit- und Rohstoffbeschaffung, Produktion und Absatz forderte, kam Schulze-Delitzsch zu der Einsicht, dass eine bloße Einschränkung der Gewerbefreiheit die Situation des Handwerks nicht verbessern würde, vielmehr zur sich rasch entwickelnden Industrie aufzuschließen versucht werden müsse. Einen weiteren Impuls für sein künftiges Genossenschaftsprogramm erhielt Schulze-Delitzsch von der „Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung“, wo ähnliche Instrumente wie in der Handwerkerschaft diskutiert wurden, allerdings mit dem Unterschied, dass die geplanten Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis gebildet werden sollten, also nicht im Rahmen von Innungen mit ihrem wenigstens latenten Zwangscharakter.³⁷⁹

Wegen seiner erklärten liberalen Einstellung in der Reaktionszeit nach der gescheiterten Revolution polizeilich überwacht und an jeder politischen Betätigung gehindert, entschloss sich Schulze-Delitzsch nach einer knapp einjährigen Tätigkeit als Hilfsrichter in Wreschen in der Provinz Posen den Staatsdienst zu quittieren und sich von seiner Heimatstadt aus seinem Genossenschaftsprogramm zu widmen.³⁸⁰

Im Unterschied zu vielen anderen mit möglichen Lösungen der sozialen Frage beschäftigten Zeitgenossen ist Schulze-Delitzsch weniger ein Mann der scharfsinnigen Analyse mitsamt daraus abgeleiteten Rezepten (wie er auch selbst betont; vgl. folgender Absatz), vielmehr ein Mann der Tat. Schon nach der Missernte von 1846 hatte er in seiner Heimatstadt die Bildung eines von städtischen Honoratioren unterstützten Hilfskomitees, das den Ankauf von Getreide sowie den Betrieb einer Mühle und einer Bäckerei finanzierte und dadurch die bitterste Not lindern half,³⁸¹ vorangetrieben, mithin seinem sozialen Engagement bereits von Anfang an auch eine organisatorische Struktur gegeben. 1849/50 entstanden auf seine Veranlassung bzw. mit seiner Unterstützung eine Kranken- und Sterbekasse, eine Tischler- und eine Schuhmachergenossenschaft sowie ein Vorschussverein. Diese Vereinigungen funktionierten offenbar

³⁷⁸ Vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 30 f.; Prinz: Brot und Dividende, 145-155.

³⁷⁹ Vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 54; 56; 60-63.

³⁸⁰ Vgl. ebd., 78 f. Noch 1865 wurde Schulze-Delitzschs Berufung als parlamentarisches Mitglied einer Enquete-kommission zur Beratung der Koalitions- und der Genossenschaftsfrage aus politischen Gründen vom preußischen König bzw. von Bismarck abgelehnt (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 46 f.).

³⁸¹ In der Nachbarstadt Eilenburg waren am Ende des Hungerwinters 1846/47 Unruhen ausgebrochen, zu deren Niederschlagung das Militär eingesetzt werden musste (vgl. Prinz: Brot und Dividende, 146).

so vorbildlich, dass sie überregionale Aufmerksamkeit erregten und Schulze-Delitzsch zu einem gefragten Ansprechpartner für potenzielle Nachahmer machten, sodass er schon 1850 in einer kleinen Schrift³⁸² über die Delitzscher Zusammenschlüsse berichten konnte.³⁸³

Bereits in dieser kurzen Abhandlung veranschaulichte Schulze-Delitzsch die wesentlichen Charakteristika seines Genossenschaftsprogramms, das, wie er gleich am Anfang seiner Schrift betont, „weder auf *Originalität* noch *Großartigkeit*“³⁸⁴ Anspruch erhebt, sondern an eine bereits seit längerer Zeit geführte Diskussion, insbesondere an die der „Arbeiterverbrüderung“ und der Handwerkerbewegung³⁸⁵ anschließt. Neben dieser Klarstellung bringt Schulze-Delitzsch in diesem Rahmen auch seine Einstellung zu einer möglichen Lösung der sozialen Frage zum Ausdruck:

Allein darüber kann kein Zweifel sein, daß die *soziale Frage* niemals von einzelnen, spekulierenden Köpfen auf dem Studierzimmer, durch die Erfindung einer neuen Theorie, gelöst werden wird. Vielmehr gehört die *gemeinsame Arbeit ganzer Generationen*, das *praktische Erfassen von allen Seiten* dazu, die Lösung allmählich anzubahnen. So hilft denn das Zuwarten, das Ausschauen nach dem *sozialen Heiland* zu nichts, die Gesellschaft muß sich selbst dieser Heiland werden, und wie mangelhaft das erste Beginnen ausfallen mag, es wird ihr nicht gespart.³⁸⁶

Auch bei der Schilderung seiner Vorstellungen über die Rolle des Staates bei der Lösung der sozialen Frage greift Schulze-Delitzsch auf religiös besetzte Termini zurück:

Zuvörderst ist nirgends bei den erwähnten *Assoziationen auf Beihilfe des Staats*, sondern lediglich auf die Tätigkeit der Beteiligten gerechnet. Wohl vermag der Staat durch seine Institutionen die soziale Entwicklung eben so wesentlich zu hemmen als zu fördern. Aber von der staatlichen Gestaltung allein die Lösung der sozialen Frage erwarten, ist ein Irrtum, von welchem man immer mehr zurückkommt. Das Übel, um welches es sich hier handelt, frißt in den Tiefen der Gesellschaft, und dem Staate gestatten, in das Innerste dieser Zustände einzugreifen, würde zu unerträglichem Despotismus führen. Niemals reicht die *politische Gewalt* aus, für sich allein hier das Heil zu schaffen,³⁸⁷ wenn nicht die *ganze sittliche Macht der Gesellschaft* aufgeboten wird, ihr beizustehn.

Schulze-Delitzsch hält es für unabdingbar und durch viele Beispiele bestätigt, dass alle Zusammenschlüsse klein anfangen und ihren Ausgang vor Ort zu nehmen haben, eine Institutionalisierung „von oben nach unten“, wie er sie im Genossenschaftsmodell der „Arbeiterverbrüderung“ verwirklicht sieht, ist seiner Meinung nach zum Scheitern verurteilt. Eine ebenso wichtige Grundbedingung für das Gelingen oder Scheitern sieht er darin, eventuelle Überschüsse möglichst zeitnah zu den nötigen Belastungen und Entbehrungen in Aussicht zu stel-

³⁸² Schulze-Delitzsch, Hermann: Mittheilungen über gewerbliche und Arbeiter-Associationen. Zur Beantwortung vielfacher Anfragen von H. Schulze, Mitglieder der aufgelösten Preußischen National-Versammlung und II. Kammer für Delitzsch, Leipzig 1850.

³⁸³ Vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 35; 80.

³⁸⁴ Schulze-Delitzsch, Hermann: Mittheilungen über gewerbliche und Arbeiter-Associationen, in: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden (im Folgenden nur: Schriften und Reden), Bd. 1, 1-18, 2.

³⁸⁵ Vgl. dazu Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 82 f.

³⁸⁶ Schulze-Delitzsch, Hermann: Mittheilungen über gewerbliche und Arbeiter-Associationen, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 1-18, 2.

³⁸⁷ Ebd., 2 f. Vor allem über die Frage staatlicher Zuschüsse für Produktivgenossenschaften führten Schulze-Delitzsch und Lassalle 1863/64 ihre berühmte Kontroverse (vgl. dazu Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 181-187; Zerche: Die sozialpolitischen Ansätze im Leben und Werk von Hermann Schulze-Delitzsch, 21-30; Böhmert: Schulze-Delitzsch als Arbeiterfreund und Socialreformer, 177 ff.; Schäffle: Schulze-Delitzsch und Lassalle; Ders.: Bourgeois- und Arbeiter-Nationalökonomie).

len, was wiederum an kleinere überschaubare, an einen einzigen Ort gebundene Strukturen denken lässt, in denen diese Forderung vermutlich leichter zu realisieren sein dürfte als in größeren überregionalen. Des Weiteren hält es Schulze-Delitzsch für überaus wichtig, die Mitglieder der Zusammenschlüsse, die er zunächst meist als Assoziation, später als Genossenschaft bezeichnet,³⁸⁸ über alle wichtigen Fragen selbst entscheiden zu lassen (Selbsthilfe³⁸⁹ und Eigenverantwortung bedingen einander), demzufolge der Aufgabenbereich der Vorstände auf die Verwaltung im engeren Sinne beschränkt bleiben könne und müsse. Wird dem Staat in seinem Genossenschaftsprogramm auch nur eine höchstens untergeordnete Rolle zugedacht, ist Schulze-Delitzsch deswegen kein ideologischer Verächter aller obrigkeitlichen Beteiligung an den Assoziationen; er ruft die Kommunen – insbesondere die kleineren – auf, den Assoziationen durch finanzielle bzw. personelle Unterstützung unter die Arme zu greifen, was aber nicht so weit gehen dürfe die Assoziationen gänzlich in die Hände von Gemeindebehörden zu geben.³⁹⁰

Am Beispiel der Verhältnisse in seiner Heimatstadt schildert Schulze-Delitzsch verschiedene Typen genossenschaftlicher Zusammenschlüsse: Zur Unterstützung von Arbeitern empfiehlt er Sparvereine (auch: Konsumvereine) für die Beschaffung bzw. Gewährleistung der Lebensgrundlagen (Nahrung, Heizung, Wohnung) sowie Kranken- und Sterbekassen zur Absicherung alltäglicher Risiken. Wünschenswert wären auch Invalidenkassen, doch sind solche angesichts der nötigen hohen Einlagen bzw. Prämien nur unter Beteiligung der Arbeitgeber – „was im allgemeinen wohl schwerlich anders, als durch die Gesetzgebung bewirkt und geregelt werden kann“³⁹¹ – denkbar; wo die Arbeitgeber „aus Humanität und eignem wohlverstandem Inte-

³⁸⁸ Das Allgemeine Landrecht kannte nur drei verschiedene Rechtsformen für rechtsfähige Gesellschaften. Zur Realisierung seines Genossenschaftsprogramms waren für Schulze-Delitzsch alle drei ungeeignet, weshalb er zunächst in Anlehnung an ähnliche Strukturen in Frankreich Assoziationen in der Rechtsform des Vereins gründete und erst später auf den dem germanischen Recht entlehnten Begriff *Genossenschaft* zurück griff (vgl. Dülfer: Konzeption und Kodifikation der „Genossenschaft“ bei Hermann Schulze-Delitzsch, 96).

³⁸⁹ „Endlich aber müssen alle Bestrebungen zum Wohl der arbeitenden Klassen auf die innere sittliche und wirtschaftliche Stärkung derselben, auf die Erweckung und Hebung der eignen Kraft, auf die *Selbsthilfe* der Beteiligten gegründet sein, wenn die Aufgabe ernstlich der Lösung zugeführt werden soll.“ (Schulze-Delitzsch, Hermann: Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 191-266, 230). Das Vertrauen auf das Selbsthilfeprinzip bleibt nicht unwidersprochen, insbesondere der Einwand, was mit den nicht mehr zur Selbsthilfe Fähigen geschehen solle, wurde oft geäußert: „Selbsthilfe heißt das Schlagwort, womit der Socialpolitiker des Liberalismus Alles gesagt zu haben glaubt. Der Arbeiter soll sich selbst helfen, durch eigene Kraft sich emporarbeiten [...] Aeußerst wahrscheinlich hat der erste Mensch, der vor Jahrtausenden in's Wasser fiel, das Schwimmen probirt, somit nach der Selbsthilfe des Herrn Schulze-Delitzsch in Berlin gegriffen. Ob es dem Bedrängten gelungen, sich zu retten, sagt die Geschichte nicht; allein man darf annehmen erstens er sei ertrunken, wenn er nicht zu schwimmen vermochte; zweitens daß Herr Schulze ihn aus Consequenz hätte ruhig ertrinken lassen müssen, falls er dabei gewesen wäre, und drittens endlich, daß voraussichtlich auch in alle Zukunft Ertrinkende das Schwimmen, somit die Selbsthilfe versuchen werden, ohne jemals eine Zeile aus der Feder des Berliner Fortschrittmannes gelesen zu haben. Selbsthilfe ist ein leeres Wort, welches nur auf geistesarme oder ganz gedankenlose Philister einen imponirenden Eindruck hervorzubringen vermag. Allein man hat damit imponirt, und dieß genügt!“ (aus den [katholischen] Historisch-Politischen Blättern 55 [1865], 202; zit. nach Katholizismus und wirtschaftlicher Liberalismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, 43 f.). Ähnlich äußerte sich auch Rudolf Todt: „Die Selbsthilfe ist ein Programm für den im Todeskampfe, wenigstens im marasmus senilis liegenden Handwerkerstand, der noch ein Bischen hat, aber Alles zu verlieren fürchtet gegenüber der Großindustrie, aber nicht für den Proletarier, den Fabrikarbeiter.“ (Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 4).

³⁹⁰ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: Mittheilungen über gewerbliche und Arbeiter-Associationen, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 1-18, 4 ff.

³⁹¹ Ebd., 9. Auch wenn man Rita Aldenhoff im Großen und Ganzen in ihrer Ansicht zustimmen muss, Schulze-Delitzsch habe keine staatliche Sozialpolitik gefordert (vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 95), ist seine Aussage über die mögliche Einführung von Invalidenkassen durch den Gesetzgeber immerhin ein Indiz dafür, dass er sich

resse³⁹² von sich aus mitziehen, ist das zu begrüßen, wo die Arbeitgeberbeteiligung einen Gnadenakt darstellt, sollte man erst einmal auf Invalidenkassen verzichten. Ein leichter ins Werk zu setzender und ebenfalls überaus nützlicher Assoziationstyp ist der Vorschuss- oder Kreditverein, über den normalerweise von der Kreditvergabe ausgeschlossene Gruppen Kleinkredite bewilligt bekommen können (die Vergabe größerer Summen wird an die Stellung eines Bürgen oder die Beibringung anderer Sicherheiten geknüpft).³⁹³

Neben den vor allem für die Belange von Arbeitern konzipierten Assoziationen konnte Schulze-Delitzsch aus eigener Erfahrung auch über gewerbliche Zusammenschlüsse berichten. Diese sollen die Kräfte der einzelnen Gewerbetreibenden bündeln, um die Rohstoff- sowie Kreditbeschaffung zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Weitere Betätigungsfelder könnten die gemeinsame Anschaffung von Werkzeugen und Maschinen sowie die Errichtung von Magazinen als Voraussetzung für die gemeinsame Vermarktung der produzierten Waren sein. Schulze-Delitzsch wird diese Genossenschaften später als *Distributivassoziationen* und als erste Stufe der anzustrebenden Vergesellschaftung von Gewerbetreibenden bezeichnen.³⁹⁴ Gewerbliche Assoziationen sollten nach Möglichkeit mit den bereits existierenden oder neu entstehenden Strukturen der Innungen sinnvoll verknüpft werden, jedenfalls nicht als deren Konkurrenz verstanden werden, sondern vielmehr als „Innung der Zukunft“.³⁹⁵

Schulze-Delitzschs kleine Schrift von 1850 erregte große Aufmerksamkeit,³⁹⁶ sodass deren Autor im Laufe der 1850er Jahre mehrere umfangreichere Veröffentlichungen zum Genossenschaftswesen erarbeitete, in denen er seine Vorstellungen ausführlicher, systematischer und unter Einbeziehung der Entwicklungen in England und Frankreich darlegte.³⁹⁷ Die Einzelhei-

durchaus über sein Genossenschaftsmodell hinaus reichende sozialreformerische Aktivitäten, auch mit Unterstützung des Staates vorstellen konnte.

³⁹² Schulze-Delitzsch, Hermann: Mittheilungen über gewerbliche und Arbeiter-Associationen, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 1-18, 10.

³⁹³ Vgl. ebd., 6-12.

³⁹⁴ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 191-266, 234.

³⁹⁵ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: Mittheilungen über gewerbliche und Arbeiter-Associationen, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 1-18, 12 ff. „Innung der Zukunft“ (später: „Blätter für Genossenschaftswesen“) war der Name der von Schulze-Delitzsch herausgegebenen Zeitschrift, die alle im „Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ zusammengeschlossenen Genossenschaften abonnieren mussten.

³⁹⁶ Zum Medienecho vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 80 ff. Die Schriften Schulze-Delitzschs beeinflussten mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen einen weiteren „Genossenschaftsapostel“ und bestärkten ihn in der Einsicht, seine ursprünglich „nicht auf Eigennutz, sondern auf Christenpflicht und Nächstenliebe“ (zit. nach Koch [Hg.]: F. W. Raiffeisen, 85) basierenden Wohltätigkeitsvereine in Darlehnskassenvereine auf der Grundlage von Selbsthilfe und Solidarhaftung umzuwandeln. Zum Verhältnis von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch und zu ihrem sich vorwiegend um die Herkunft des Betriebskapitals und um die Notwendigkeit von Geschäftsanteilen bewegendem so genannten *Systemstreit* (1866-1876) vgl. Koch: Und sie konnten nicht zueinander kommen; Engelhardt: Zum Verhältnis der Genossenschaftspioniere Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch; Klein: Leben, Werk und Nachwirkung des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888), 102-107; Ders.: Das Genossenschaftswerk Friedrich Wilhelm Raiffeisens und seine christlichen Wurzeln, 47 ff. Klein behauptet, beim „Systemstreit“ habe auch das christliche Element eine Rolle gespielt, bleibt aber den Beweis dafür schuldig. Auch wenn es leicht anders gelesen werden kann, wandte sich Schulze-Delitzsch in der von Klein angeführten Passage aus seinem „Arbeiterkatechismus“ (Schulze-Delitzsch: Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, 78) nicht etwa gegen eine Einmischung der Kirche ins Genossenschaftswerk, sondern verlangte (ebenso wie Huber und Todt), sich bei der Lösung der sozialen Probleme nicht auf Almosen und Nothilfe zu verlassen (vgl. ebd., 78 f.).

³⁹⁷ Associationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter, Leipzig 1853; Vorschußvereine als Volksbanken. Praktische Anweisung zu deren Gründung und Einrichtung, Leipzig 1855; Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongreß, Leipzig 1858. Konzeptionelle Vorgaben

ten mögen hier auf sich beruhen, lediglich einige Ergänzungen zu dem bereits in seiner ersten Schrift Niedergelegten seien noch angeführt.

Schulze-Delitzsch sah den Ausgangspunkt für die soziale Schieflage, der es mithilfe der Assoziation abzuhelpen gelte, im gestörten Gleichgewicht aus Individualität und Gemeinschaft. Dieses habe sich zugunsten der Individualität verschoben, weshalb die Assoziation als notwendiges Gegengewicht gestärkt werden müsse.³⁹⁸

Auch wenn der Bildungsgedanke seinem Genossenschaftsprogramm implizit bereits inne-wohnt, betont Schulze-Delitzsch in einem Vortrag vor dem Berliner Handwerkerverein 1861, dass eine „nachhaltige Versöhnung zwischen *Arbeit* und *Bildung*“ herbeigeführt, die Bildung selbst zum Arbeitsmittel werden müsse. Zu deren Förderung hält Schulze-Delitzsch ebenso wie Victor Böhmert Bildungsvereine für das geeignete Instrument.³⁹⁹

Allen verschiedenen Genossenschaftstypen liegt derselbe leitende Gedanke zugrunde, dass nämlich die Erschließung der Vorteile des Zusammenschlusses zum Wohle aller⁴⁰⁰ einher zu gehen habe mit der Beschränkung aller Leistungen der Genossenschaft auf deren Mitglieder, die in Solidarhaftung verbunden sind. Durch die überall erhobenen Mitgliedsbeiträge wird gleichzeitig die Eigenkapitalbildung unterstützt, womit die Genossenschaft eine gewisse Unabhängigkeit von den Zuwendungen örtlicher Honoratioren bzw. der Kommunen gewinnt. In Ergänzung des in seiner ersten Schrift dargestellten Genossenschaftsprogramms lässt dessen Erfolg Schulze-Delitzsch auch an die Integration von Produktivgenossenschaften in dieses Programm denken. Produktivgenossenschaften bilden die zweite und höchste Stufe der Vergesellschaftung von Gewerbetreibenden,⁴⁰¹ bergen aber aufgrund ihrer Arbeitgeberfunktion ein erhöhtes Konfliktpotenzial, weshalb sich dieser Sektor, obwohl bereits 1848 solche Genossenschaften bestanden, weniger gut entwickelte als die Zusammenschlüsse der ersten Stufe.⁴⁰² In den gewerblichen Genossenschaften sah Schulze-Delitzsch das Potenzial des Genossen-

übernahm Schulze-Delitzsch von dem französischen Nationalökonom Frédéric Bastiat (1801-1850). Bastiat (sein Hauptwerk „*Harmonies Économiques*“ erschien 1848, 1850 als „*Volkswirtschaftliche Harmonien*“ in einer deutschen Übersetzung von John Prince-Smith) forderte, der Staat dürfe soziale Naturgesetze nicht behindern, durch eine ungehinderte wirtschaftliche Entwicklung würden sich alle industriegesellschaftlichen Probleme von selbst lösen, eine spezielle Sozialpolitik sei daher überflüssig (vgl. Trautmann: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus, 43). Zu Bastiat vgl. Doering: Frédéric Bastiat; Minart: Frédéric Bastiat (1801-1850).

³⁹⁸ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: *Associationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter*, in: *Schriften und Reden*, Bd. 1, 19-102, 23 f.

³⁹⁹ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: *Arbeit und Bildung*. Vortrag, gehalten im Berliner Handwerker-Verein am 4. Februar 1861, in: *Schriften und Reden*, Bd. 2, 4-11, 9 f. (hier auch Zitat).

⁴⁰⁰ „*Mehrere kleine Kräfte vereint bilden eine große, und was man nicht allein durchsetzen kann, dazu soll man sich mit andern verbinden*“ (Schulze-Delitzsch, Hermann: *Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongreß*, in: *Schriften und Reden*, Bd. 1, 191-266, 230).

⁴⁰¹ Vgl. ebd., 235.

⁴⁰² Noch 1870 konnten im ganzen Reich lediglich 72 Produktivgenossenschaften gezählt werden, demgegenüber bestanden 1872 1558 Kreditgenossenschaften. 1875 wurde mit 199 Produktivgenossenschaften der Höhepunkt erreicht, danach nimmt deren Zahl wieder ab (vgl. Zerche: *Die sozialpolitischen Ansätze im Leben und Werk von Hermann Schulze-Delitzsch*, 35; Rosenhagen: *Von der sich selbst genügenden kleinen Welt zum opferfähigen Gemeinsein des Wirtschaftsbürgers*, 143). Neben dem erwähnten Konfliktpotenzial gibt es einen weiteren Grund für die Labilität von Produktivgenossenschaften, wie Schulze-Delitzsch am Beispiel einer Berliner Schneidergenossenschaft ausführt: „Die Leute haben gute Geschäfte gemacht, und dies hat die einzelnen Mitglieder zum Teil bewogen, nachdem sie sich durch die Assoziation in die Höhe gearbeitet haben, sich einzeln zu etablieren. Es ist dies wieder ein Beweis, wie es den Verhältnissen und Anschauungen der deutschen Handwerker mehr entspricht, die Genossenschaften auf die Vorbedingungen eines lohnenden Gewerbebetriebs zu richten und den Betrieb selbst dem einzelnen vollständig zu überlassen.“ (Schulze-Delitzsch, Hermann: *Stand des Genossenschaftswesens in 1862*, in: *Schriften und Reden*, Bd. 1, 334-340, 337 f.).

schaftsmodells am besten verwirklicht, da es „die wahre Versöhnung zwischen Arbeit und Kapital, die gerechte Verteilung der Früchte der Produktion zwischen beiden“ anzubahnen in der Lage ist. Die geschieht einerseits durch die von den Genossenschaften vermittelte Aussicht auf Selbstständigkeit⁴⁰³, zum zweiten durch die quasi der Arbeitgeberrolle nahe kommende Position der Mitglieder von Produktivgenossenschaften, drittens durch den Druck, der von erfolgreich wirtschaftenden Produktivgenossenschaften auf industrielle Arbeitgeber ausgeübt wird.⁴⁰⁴ Schulze-Delitzsch wollte also nicht das kapitalistische System durch das genossenschaftliche ersetzen,⁴⁰⁵ sondern jenes mithilfe der Genossenschaften bessern. Als deutlich wurde, dass die Produktivgenossenschaft nicht die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen würde, trat Schulze-Delitzsch für die Aufhebung des Koalitionsverbots ein.⁴⁰⁶ Es war bereits kurz die Rede davon,⁴⁰⁷ dass nicht unumstritten ist, welche Rolle Schulze-Delitzsch in seinem Genossenschaftsprogramm der Kirche zuweist, daher soll diese Frage noch etwas näher beleuchtet werden, zumal bei der Würdigung seines oft in Manier einer Gebrauchsanweisung formulierten Genossenschaftsprogramms diese Dimension meist übersehen wird. Nun ist Schulze-Delitzsch zweifellos in erster Linie ein Praktiker, der aufgrund der vorgefundenen Nöte in seiner Heimatstadt tätig wurde und erst nach und nach seinen Aktivitäten programmatische Konturen gab, gleichwohl dürfen seine Gedanken über Ursprung und Lösung der sozialen Frage nicht unberücksichtigt bleiben. In seiner Schrift „Die sociale Fra-

⁴⁰³ „Die Handwerksmeister sollten in den Produktivassoziationen ihre Selbständigkeit bewahren, die Lohnarbeiter sollten sie hier erringen“ (Aldenhoff: Das Selbsthilfemodell als liberale Antwort auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert, 61). Auch wenn sich dies bereits für die Zeitgenossen schnell als unrealisierbar erweisen sollte, bildete das Ziel der Befreiung der Unterschichten aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit als Arbeitnehmer anfangs oft das zentrale Anliegen nicht nur liberaler Sozialreform, wie die Vorstellungen solch unterschiedlich verorteter Denker wie Victor Aimé Huber, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Ferdinand Lassalle oder Hermann Wagener belegen. In der freihändlerisch-manchesterliberal orientierten „Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“ formulierte Karl Thomas Richter im Jahr 1867 die sich aus der sozialen Frage ergebende wirtschaftliche Aufgabe dahingehend „die dauernde, überall gleiche und jedem gerechte Möglichkeit zu schaffen von der wirtschaftlichen Ohnmacht und Unfreiheit zur wirtschaftlichen Selbständigkeit und Freiheit fortzuschreiten“ (Richter: Die soziale Frage auf der Weltausstellung im Jahre 1867, 98 f.) und stellte anschließend klar, dass das bestehende Genossenschafts- und Vereinswesen, so segensreich es für viele auch sein mag, diese Aufgabe nicht zu lösen in der Lage sei (vgl. ebd., 99 f.; 111). Allerdings kann auch Richter kein Angebot machen, wie die von ihm erhobene Forderung besser erfüllt werden könnte, er gibt sie schließlich ganz auf und schließt sich der von den meisten „Manchesterliberalen“ vertretenen Einsicht an, nicht mehr als nötig ins bestehende Wirtschaftssystem einzugreifen und weniger auf Selbsthilfe, sondern stattdessen auf den wirtschaftlichen Fortschritt, systemimmanente Selbstheilungskräfte sowie das Verantwortungsbewusstsein von „Herr und Kapitalsbesitzer“ zu setzen (vgl. ebd., 112 [hier auch Zitat]). Demgegenüber erkannte Robert von Mohl sehr klar die beschränkte Leistungsfähigkeit der Genossenschaften: „Andererseits erwarten wir [...] Tadel wegen geringer Würdigung zweier anderweitig hochgestellter Heilmittel, nämlich der Schulze-Delitz'schen [sic!; PE] Einrichtungen, sodann der Mahnung, der Religion und der Kirche die Heilung der Schäden zu überlassen. [...] Die in ihrer Art und auf ihrem Wirkungsfelde sehr verdienstlichen Bemühungen Schulze-Delitzsch's lassen die eigentliche Arbeiterfrage ganz unberührt und sind nur brauchbar für ansässige und für eigene Rechnung arbeitende Handwerker oder Kleinkaufleute. Jene können höchstens von Consumvereinen Gebrauch machen, welche aber mit der in Beziehung der Arbeiter zu lösenden Aufgabe in gar keinem wesentlichen Zusammenhange stehen.“ (Mohl: Staatsrecht, Völkerrecht, Politik, Bd. 3, 602 f.).

⁴⁰⁴ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongreß, in: Schriften und Reden, Bd. 1, 191-266, 235-238 (hier auch Zitat).

⁴⁰⁵ „Zum Schlusse fügen wir [...] noch eine Verwahrung bei, indem wir gegen das Mißverständnis protestieren, als gehe unsre Meinung dahin: daß künftig die Assoziation die allein herrschende industrielle Betriebsform zu werden bestimmt sei.“ (ebd., 240).

⁴⁰⁶ Vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 203-208; Trautmann: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus, 51.

⁴⁰⁷ Vgl. Fußnote 396.

ge“ von 1869 leitet Schulze-Delitzsch ebendiese Frage anthropologisch her,⁴⁰⁸ indem er sie auf die Verknüpfung rohester Triebe mit edelsten Regungen in der menschlichen Natur zurückführt. Den Ausweg aus diesem Dilemma, die Versöhnung dieser beiden Gegenpole und damit auch den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage sieht Schulze-Delitzsch – darin hätten ihm Wichern und Ketteler vermutlich nicht widersprochen – in der Lehre Jesu Christi. In deren Zentrum steht für Schulze-Delitzsch der Gedanke der Gotteskindschaft aller Menschen, durch den das Bewusstsein dafür geschärft wird, dass „Bildung und Gesittung Gemeingut aller, allen gleich zugänglich“ sind bzw. zu sein haben. Obwohl die Kirche selbst nur allzu oft von dieser Botschaft abgewichen ist, war diese letztlich doch nicht zu unterdrücken, sondern hat sich immer wieder Bahn gebrochen. Medium der Bewahrung dieser Botschaft ist nach Ansicht Schulze-Delitzschs das Vaterunser⁴⁰⁹, welches er im Folgenden auslegt und in dem er die „soziale Mission des Christentums“ zusammengefasst sieht, vor allem in dessen letzter Bitte.⁴¹⁰

Der Schluß aber faßt alles zusammen, den gesamten Gang des geschichtlichen Kulturprozesses in der *Erlösung vom Übel*, der Beseitigung alles dessen, was der Lebensentwicklung und Betätigung des einzelnen wie der Gesamtheit, somit der Vervollkommenung menschlicher Zustände auf allen Gebieten des Daseins störend und hemmend in den Weg tritt. Es ist das Endziel der Zivilisation, die Lebensvollendung der Menschheit, die uns zum erhebenden Abschluß vor Augen geführt wird. Und damit, wir künden es immer und immer wieder, stehen wir vor der Lösung der sozialen Frage. Nur in der stetig sich steigernden allgemeinen Bildung und Gesittung wird die Möglichkeit unverkümmerter Entwicklung für alle gewonnen.⁴¹¹

Nachdem durch das Christentum das Bewusstsein für die Gleichheit aller Menschen geweckt worden ist, gilt es nun fortzufahren mit der Indienstnahme der Materie durch den Geist. Schulze-Delitzsch versteht sein Genossenschaftsprogramm als Schritt auf diesem Weg und fordert ganz im Sinne seiner diesseitigen Interpretation des Vaterunsers seine Mitmenschen auf, es ihm gleich zu tun, womit er zum Schluss seiner Schrift auch noch en passant auf die Kirche zu sprechen kommt:

Darum nicht aufgeschaut zu dem Messias, der da kommen soll, die Geschicke der Menschheit zu vollenden. Die Menschheit selbst muß sich dieser Messias werden; in uns, in unserem eigenen Leben und nirgends sonst vollzieht sich die Erlösung. Mit jedem unserer gedrückten Brüder aber, den wir zur Mitarbeit an dem großen Werk erheben, gewinnen wir eine Gewährung mehr für dessen sichere Vollendung. Das ist das Evangelium unserer Tage, *Gottesdienst im Dienste der Menschheit*. Und in diesem Sinne mag man die soziale Frage in das religiöse Gebiet hinüberziehen, dem Christentum insbesondere seine soziale Mission zusprechen. Wohlverstanden: dem *Christentum*, aber nicht in der Erstarrung zum *Kirchentum*, mit dem jeden geistigen Aufschwung ertötenden Buchstabenglauben; sondern dem Christentum in seinem ewigen Kern, seinem allbelebenden Grundgedanken, *der Verklärung des echt Menschlichen*, zu welcher alle Nationen wie alle Konfessionen gleichmäßig berufen sind.⁴¹²

⁴⁰⁸ Anklänge an diese Argumentation finden sich bereits im Vortrag „Arbeit und Bildung“ (vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: Arbeit und Bildung. Vortrag, gehalten im Berliner Handwerker-Verein am 4. Februar 1861, in: Schriften und Reden, Bd. 2, 4-11, 6 ff.).

⁴⁰⁹ Vgl. Mt 6,9-13; Lk 11,2 ff.

⁴¹⁰ Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann: Die sociale Frage. Aus zwei Vorlesungen am 18. März und 2. April 1869 in Berlin und Köln zusammengestellt, in: Schriften und Reden, Bd. 2, 275-299, 294-297 (hier auch Zitate).

⁴¹¹ Ebd., 297 f.

⁴¹² Ebd., 298 f.

Es war Schulze-Delitzsch vergönnt, sein Genossenschaftswerk unter einen Dachverband zu stellen, der 1859 zunächst als „Zentralkorrespondenzbüro“ auf dem „Vereinstag Deutscher Vorschuss- und Kreditvereine“ ins Leben gerufen wurde, seit 1864 als „Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ firmierte und aus Beiträgen der Mitgliedsgenossenschaften finanziert wurde. Schulze-Delitzsch leitete den Verband als dessen „Anwalt“.⁴¹³ Neben dieser Tätigkeit gelang es Schulze-Delitzsch während seiner Zugehörigkeit zum preußischen Abgeordnetenhaus nach jahrelangen Bemühungen sein Genossenschaftswerk zu krönen, indem er den Genossenschaften durch das preußische Genossenschaftsgesetz vom 27. März 1867⁴¹⁴ eine gesetzliche Basis und damit die volle Rechtsfähigkeit als juristische Person verschaffen konnte.⁴¹⁵ Als er am 29. April 1883 starb, würdigte ihn Reichstagspräsident Albert von Levetzow einen Tag später mit folgendem Nachruf:

Ich habe dem hohen Hause eine schmerzliche Mittheilung zu machen, daß unser verehrter Kollege Dr. Schulze-Delitzsch [...] nach längerem Leiden gestern früh in Potsdam verstorben ist. [...] Wie er sein ganzes Leben der öffentlichen Wohlfahrt widmete und auf dem genossenschaftlichen Gebiete unter Aufstellung neuer Gesichtspunkte der Schöpfer war hochbedeutungsvoller, weit über die Grenzen Deutschlands hinausragender Institutionen und Organisationen, deren Berather und Förderer, deren Seele mit voller Hingebung und Frische er blieb bis an seinen Tod, so wirkte er auch im Reichstag als ein Muster treuer Pflichterfüllung, auf allen Seiten hochgeschätzt, bei allem Eifer stets sachlich und bereit, auch mit den Gegnern seiner Ansicht sich zu verständigen.⁴¹⁶

Victor Böhmert (1829-1918)

Wer die täglich erscheinenden Schriften über die sociale Frage oder die immer von Neuem auftauchenden Programme politischer, kirchlicher und socialer Parteien näher prüft, möchte oft zweifeln an der Möglichkeit, den Ariadnefaden zu finden, welcher aus dem dunklen Labyrinth widersprechender Ansichten und gegeneinanderlaufender Vorschläge herausleitet zur sonnigen Tageshelle der Wahrheit und Ordnung. Und doch läßt sich auf die inhaltsschwere Frage, wie die Massen aus Noth und Elend zur Wohlfahrt emporgehoben und wie ihr Glück begründet werden könne, nur die kurze Antwort geben: Das Glück liegt im Menschen und in seiner Erziehung.⁴¹⁷

Aus einem sächsischen lutherischen Pfarrhaus stammend⁴¹⁸ und gleichfalls den geistlichen Beruf anstrebbend, entschloss sich der junge Victor Böhmert nach Beendigung der sächsischen Fürstenschule St. Afra in Meißen als Primus im geschichtsschwangeren März 1848 Vaterland, Kirche und Religion nicht als Pfarrer, sondern als Jurist zu dienen. In Leipzig studierte er dann zusätzlich Volkswirtschaftslehre beim Begründer der (älteren) historischen Schule der Natio-

⁴¹³ Vgl. Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 105 f.

⁴¹⁴ Wenig später auch als Bundesgesetz beschlossen (Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften [NorddtBGBI 1868, 415-433], am 01.05.1889 schließlich als Reichsgesetz (Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften [RGBl 1889, 55-93]).

⁴¹⁵ Vgl. dazu Klein: Schulze-Delitzschs Kampf um die Anerkennung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft als Rechtssubjekt vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse in Preußen mit einer vergleichenden Darstellung der englischen und französischen Entwicklung; Aldenhoff: Schulze-Delitzsch, 189-197; Trautmann: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus, 44 f.

⁴¹⁶ StBRt V/2 (1882/83), 2205/II.

⁴¹⁷ Böhmert: Grundbedingungen einer Lösung der Arbeiterfrage, 1.

⁴¹⁸ Böhmerts Vater Karl Friedrich hatte in seiner Funktion als Stadtpfarrer im sächsischen Roßwein dort bereits in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts Unterstützungs- und Krankenkassen begründet (vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, VII f.; Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, 47 f.).

nalökonomie, Wilhelm Roscher⁴¹⁹. Im Anschluss an sein Studium war Böhmert als Gerichtsangestellter wiederum in Meißen tätig, wo er 1855 den ersten genossenschaftlichen Vorschussverein im Königreich Sachsen ins Leben rief und darüber mit Hermann Schulze-Delitzsch in Kontakt kam.⁴²⁰ 1857 veröffentlichte Böhmert in Bremen, wo er auf Roschers Vermittlung eine Stelle als Redakteur beim „Bremer Handelsblatt“ innehatte,⁴²¹ einen „Aufruf zu einem Kongresse deutscher Volkswirte“⁴²², der auf große Resonanz stieß und in die Gründung des „Kongresses deutscher Volkswirte“ (auch: „Volkswirtschaftlicher Kongress“) mitsamt seiner Zweigvereine mündete.⁴²³ Aus dem „Kongress deutscher Volkswirte“ sollte wenig später der Impuls zur Gründung des „Deutschen Nationalvereins“ kommen, in dem sich Böhmert ebenfalls rege engagierte. Seit 1866 als Professor für Nationalökonomie in Zürich tätig, richtete sich sein Augenmerk mehr und mehr auf die soziale Frage, vor allem auf die Lage der Fabrikarbeiter und das Armenwesen.⁴²⁴ So ist es nicht verwunderlich, dass die Wahl gerade auf Böhmert fiel, als es nach jahrelangen Verzögerungen auf dem Wiesbadener Protestantentag von 1874 endlich darum ging das sozialpolitische Profil des Protestantenvereins zu schärfen.⁴²⁵ Seit 1875 war Böhmert über zwei Jahrzehnte als Professor für Nationalökonomie und Statistik in Dresden tätig, wo er auch mit der Leitung des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus betraut war und in vielen örtlichen und überregionalen gemeinnützigen Vereinigun-

⁴¹⁹ Zu Roscher vgl. die Aufsätze von Erich W. Streissler, Peter Rosner, Frank Baltzarek und Karl Milford in: Vademecum zu einem Klassiker der Historischen Schule; Priddat: Intention and Failure of W. Roscher's „Historical Method“ of National Economics. Böhmert über Roscher: „Ich verdanke Roscher nicht nur die erste Anleitung zum ökonomischen Denken und Arbeiten, sondern auch eine fortgesetzte Förderung meiner bisherigen Laufbahn und Richtung“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, VI).

⁴²⁰ Vgl. Böhmert: Schulze-Delitzsch als Arbeiterfreund und Socialreformer, 168.

⁴²¹ In dieser Funktion war Böhmert Vorgänger seiner bereits als Mitglieder des Protestantenvereins genannten Mitstreiter Arwed Emminghaus und August Lammers (vgl. Kranich: Victor Böhmert [1829-1918], 76). Über lange Zeit gelang es den als „Bremer“ oder „Idealisten“ bezeichneten Freihändlern aus dem Umkreis des „Bremer Handelsblatts“ das sozialpolitische Profil des Protestantenvereins zu prägen, indem sie, auf einem „protestantisch-liberalen Persönlichkeitsideal“ fußend, eine Politik der gesellschaftlichen Selbstorganisation und der ökonomischen Freiheit propagierten (vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 392 f. [hier auch Zitat]; Hentschel: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongress 1858 bis 1885, 19-21). Böhmert über das „Bremer Handelsblatt“: „Das Bremer Handelsblatt wurde [...] zu einem *wissenschaftlichen* Organ der freihändlerischen Schule und ist diesem Beruf seitdem consequent treu geblieben; es zählt noch jetzt vorwiegend Volkswirthe vom Fach zu seinen Mitarbeitern und entfaltet [...] eine frische Thätigkeit.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 137).

⁴²² Bremer Handelsblatt 293, 23.5.1857.

⁴²³ Zur Genese vgl. Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868, 53-65; Böhmert: Schulze-Delitzsch als Arbeiterfreund und Socialreformer, 170-174.

⁴²⁴ Zum Ausdruck kommt dies etwa durch seine umfangreiche Bestandsaufnahme über Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen in der Schweiz (Zürich 1873) oder seine langjährige (1872/73-1914) Tätigkeit als Herausgeber der Zeitschrift des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, „Der Arbeiterfreund“; diese Funktion bekleidete Böhmert bis 1895 gemeinsam mit dem Juraprofessor, Oberverswaltungsgerichtsrat und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Rudolf von Gneist (zu Gneist vgl. Hahn: Rudolf von Gneist 1816-1895).

⁴²⁵ Böhmert war zunächst als Korreferent vorgesehen gewesen; der ursprünglich zum ersten Redner bestimmte Berliner Jurist Franz von Holtzendorff hatte das Referat jedoch aufgrund der wiederholten Verschiebungen 1873 enttäuscht zurückgegeben (vgl. Lepp: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne, 387 ff.). Böhmert über die Vorgeschichte seines Referats: „Man hatte mich im September vor(igen) J(ahres) [...] ohne mein Wissen und Zuthun zum Correferenten über diese Frage erwählt. Ich habe diese Wahl jedoch erst im April d(ieses) J(ahres) angenommen, nachdem ich dem Ausschuß des Protestantentages [...] meine freihändlerischen Grundsätze entwickelt hatte, wonach ich die Arbeiterfrage als keine spezifisch-christliche, sondern als eine allgemein humane weltbürgerliche Angelegenheit auffasse, an deren Lösung alle Religionen und Konfessionen ohne Unterschied mitwirken müssen, indem sie die Kraft religiöser Ueberzeugungen und überhaupt aller sittlichen Potenzen für die Milderung der sozialen Uebelstände in Bewegung setzen.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, VII).

gen mitwirkte.⁴²⁶ Zwei Jahre später wurde in Dresden die bisherige Armenpflege auf Böhmerts Anregung hin auf das so genannte „Elberfelder System“⁴²⁷ umgestellt.⁴²⁸ Die Grundbedingung zur Lösung der sozialen Frage, die für ihn ebenso ein wirtschaftliches Problem ist wie ein sittlich-religiöses, sieht Böhmert darin, der seines Erachtens dem Sozialismus innewohnenden Grundrichtung des Zwangs abzuschwören und vielmehr auf der Basis der „Freiheit der individuellen Entwicklung“ und der „Freiwilligkeit der genossenschaftlichen Entwicklung“⁴²⁹ die berechnete Forderung der Massen nach einem menschenwürdigen Dasein zu erfüllen, d. h. „die große Masse der Bevölkerung möglichst rasch auf höhere Stufen der ökonomischen Wohlfahrt emporzuheben“⁴³⁰. Im Einzelnen bedeutet das für ihn die freie Konkurrenz ebenso zu fördern wie ein gedeihliches Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das Privateigentum zu garantieren, auf Selbsthilfe statt auf Staatshilfe zu setzen, die soziale Frage als eine Bildungsfrage und Aufgabe aller zu begreifen.⁴³¹ Der Staat, welcher allein nichts gegen die sozialen Probleme ausrichten kann,⁴³² ist bei diesem Werk aber trotzdem unverzichtbar, hat er doch Sicherheit und Rechtsschutz zu gewährleisten sowie sich um die Verbesserung von Bildung und Arbeiterschutz zu bemühen, da hier der Privatinitiative Grenzen gesetzt sind. Die Erfüllung dieser staatlichen Kernaufgabe, den Rahmen für eine gedeihliche Entwicklung aller Gesellschaftsteile zu schaffen, ist für Böhmert notwendige Bedingung zur Lösung der sozialen Frage, damit erschöpft sich die Verantwortung des Staates jedoch keineswegs: Der Staat muss die Arbeiter in alle bürgerlichen Rechte einsetzen (allgemeines Stimmrecht, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Aufhebung von Ehehindernissen)⁴³³ und die kleineren Einkommen durch einen den Übergang vom indirekten zum direkten Steuersystem einleitende und Transparenz für den Steuerschuldner schaffende Steuerreform entlasten. Das heißt insbesondere auch das Steuersystem (anders als die Sozialdemokratie dies wünscht) nicht zur Nivellierung von Vermögensunterschieden zu benutzen, liegen doch diese

⁴²⁶ Zu den von Böhmert in Dresden gegründeten bzw. unterstützten Vereinen vgl. Kranich: Victor Böhmert (1829-1918), 82 ff.; Lees: Cities, Sin, and Social Reform in Imperial Germany, 209-221.

⁴²⁷ 1853 hatte in Elberfeld die städtische Armenpflege mit der Verbindung von kommunaler und privater Wohltätigkeit eine neue Grundlage erhalten: Die Bedürftigen wurden in Arbeitsfähige und nicht Arbeitsfähige eingeteilt und von kommunalen Armenpflegern intensiv betreut. Die herausragende Qualifikation dieser ehrenamtlich tätigen Armenpfleger bestand in ihrer intimen nachbarschaftlichen Kenntnis des Bezirks, für den sie zuständig waren (Quartierprinzip) und in dem sie im Idealfall bereits vor dieser Tätigkeit Angesehen und Vertrauen genossen. Jeder Armenpfleger hatte nur wenige Hilfsbedürftige zu betreuen, wodurch er gut überwachen konnte, ob die jeweils für zwei Wochen gewährten Leistungen ihren Zweck erfüllten. Zum „Elberfelder System“ vgl. Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 95-98; Sachße/Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 1, 214-222; 283-301; Baron: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, 22-26; Berger: Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Sozialarbeit; Deimling: 150 Jahre Elberfelder System – Ein Nachruf.

⁴²⁸ Vgl. Kranich: Victor Böhmert (1829-1918), 71-77; Ders.: Böhmert, Karl Viktor, 69 ff.

⁴²⁹ Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 31.

⁴³⁰ Böhmert: Rede über den Beruf der Kirche in der sozialen Frage, 33.

⁴³¹ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 31; Rede über den Beruf der Kirche in der sozialen Frage, 39. Diese Anstrengungen dürfen keine Rücksicht auf Parteigrenzen nehmen (vgl. Böhmert: Grundbedingungen einer Lösung der Arbeiterfrage, 2). Ebenso wenig können sie an Staatsgrenzen enden, sieht doch Böhmert die soziale Frage als Herausforderung, die sich nicht auf einzelne Staaten beschränkt und daher auch nur mittels über das jeweilige Staatsgebiet hinaus reichenden Anstrengungen bewältigt werden kann (vgl. dazu Böhmert: Die Fürsorge für das Arbeiterwohl als internationale Aufgabe).

⁴³² „Es gilt [...] aber davor zu warnen, den [...] Staat mit einer direkten Lösung der sozialen Frage zu behelligen.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, VI f.).

⁴³³ „Das volle Vertrauen zu den günstiger gestellten Volksklassen wird den Bedürftigen erst dann kommen, wenn sie sich nicht mehr durch Gesetze oder staatliche Einrichtungen zurückgesetzt erachten können.“ (Böhmert: Die Arbeiterfrage und die innere Mission, 380).

Unterschiede in der Natur des Menschen und bieten ihm Anreize zum Mehrerwerb und zum Sparen.⁴³⁴

So wie sich für Böhmert die freie Konkurrenz mit Selbsthilfe, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Heirats-, Handels- und Religionsfreiheit selbstverständlich verbindet, so ist für ihn Staatshilfe ebenso untrennbar verknüpft mit der zünftigen Gebundenheit der Gewerbe, der grundherrlichen Gebundenheit der Bauernschaft, der Beschränkung der Verfügung über Grund und Boden, staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, Schutzzöllen. Somit führe das Vertrauen auf die Staatshilfe zum Staatssozialismus⁴³⁵, den der erklärte Freihändler⁴³⁶ selbstredend entschieden ablehnt.⁴³⁷ Im Übrigen habe der Staat die Notwendigkeit allen Zwangs für jeden einzelnen konkreten Fall schlüssig nachzuweisen, wobei Böhmert Zwang zum Wohl der Allgemeinheit wie etwa Schul-, Steuer- und Wehrpflicht ausdrücklich gutheißt.⁴³⁸

Wenn Böhmert von der „Freiwilligkeit der genossenschaftlichen Entwicklung“ spricht, möchte er davor warnen das Genossenschaftsmodell der Privatunternehmung oder der Aktiengesellschaft grundsätzlich vorzuziehen, schließlich hänge der Erfolg immer und überall vom Geschick und der Leistungsfähigkeit der Führungspersönlichkeiten ab. Im Übrigen schade dem Genossenschaftsmodell allzu blindes Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit, vor allem die Risiken von Produktivgenossenschaften würden häufig unterschätzt. Den intellektuellen und sittlichen Wert der Genossenschaft (den er höher als den ökonomischen veranschlagt) will Böhmert damit aber nicht in Abrede stellen.⁴³⁹ Gleiches gilt für die Gewerkvereine, die ihre Mitglieder gegen Beitragszahlung zu ihren Kassen gegen verschiedene Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. absichern.⁴⁴⁰ Hier wäre zu bedenken, ob das Versicherungsrisiko nicht auf mehr Schultern gewerbe- und schichtübergreifend verteilt werden sollte. Trotz der von ihm nicht geleugneten Verdienste der Gewerkvereine erinnert Böhmert auch daran, dass sich einige Kassen als Förderer von Streiks einen zweifelhaften Ruhm erworben, damit einen Keil zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrieben und ihrem Ansehen enorm geschadet haben.⁴⁴¹

⁴³⁴ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 31-41.

⁴³⁵ Der Terminus selbst findet sich bei Böhmert nicht, allerdings verschiedene Umschreibungen.

⁴³⁶ „Die Handelsfreiheit ist die wahre Förderin des Wohlstandes und Friedens der Völker.“ (Böhmert: Über Freihandel und Schutzzoll, 174). „Das Schutzzollsystem ist aber [...] nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich, weil es die heimischen Arbeitskräfte von alten erprobten, durch die Natur des Landes gebotenen Erwerbszweigen ablenkt und künstlich auf Beschäftigungen hinleitet, welche in dem betreffenden Lande überhaupt nicht, oder zur Zeit noch nicht mit der Arbeit und den Hilfskräften anderer Länder concurriren können, weil es endlich die Unternehmer erschläft und die Einführung technischer Fortschritte verzögert.“ (ebd., 175 f.). „Nicht jeder beliebige Industriezweig, sondern nur concurrenzfähige Industrien sind ein Segen für das Land.“ (ebd., 176). „Aber so förderlich auch die Handelsfreiheit für das Gemeininteresse wirkt, so unbequem ist sie oft dem Einzelnen, der durch sie belehrt wird, daß er ein für seine Persönlichkeit und Oertlichkeit ungeeignetes Gewerbe gewählt hat oder es auf ungeeignete Weise und mit unzureichenden Mitteln betreibt. Nur die äußerste Noth bewegt ihn, sein Gewerbe anders einzurichten oder ein neues Gewerbe zu erlernen. Er verklagt daher die durch den freien Handel herbeigeführte Concurrenz, welche seine Existenz bedroht, und fordert Beschränkung des freien Handels.“ (ebd., 177).

⁴³⁷ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 51 f.

⁴³⁸ Vgl. Böhmert: Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, 41.

⁴³⁹ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 60-63.

⁴⁴⁰ „Das Hilfskassenwesen ist einer der Cardinalpunkte der socialen Frage.“ (Böhmert: Der Reichsgesetzentwurf über die gegenseitigen Hilfskassen, 360).

⁴⁴¹ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 64 f. Inwiefern dieser Vorwurf gegen die Gewerkvereinskassen berechtigt ist, sei dahingestellt, geäußert wurde er oft (häufig mit Verweis auf den bis dahin größten – allerdings erfolglos verlaufenen – Streik im Waldenburger Kohlerevier von 1869/70, der sich an der widerrechtlichen Ablehnung der Gewerkvereine durch die dortigen Arbeitgeber entzündet hatte [vgl. dazu Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 4, Nr. 15; 17-27; 29-34; Engelhardt: Zur Verhaltensanalyse eines sozialen Konflikts; Schulze-Delitzsch, Hermann: Brief an den Nürnberger volkswirtschaftlichen Verein vom 23.12.1869, in: Schriften und

Neben den Genossenschaften und den Gewerkvereinen versprach sich Böhmert insbesondere von Arbeitervereinen Fortschritte bei der Lösung der sozialen Frage. Böhmert dachte hier vor allem an Bildungs- und Geselligkeitsvereine, welche seiner Ansicht nach in der Lage sind die Verbindung zwischen Arbeiterschaft und Mittelschicht wiederherzustellen bzw. zu stärken, indem jene an diese herangeführt wird, was nur gelingen kann, wenn die Vereine und ihre Mitglieder sozialdemokratischer Agitation gegenüber immun sind und sich derselben ebenso enthalten wie übermäßigen Alkoholkonsums.⁴⁴²

Neben dem Staat sind vor allem Kommunen und Unternehmer aufgerufen einen Beitrag zur Behebung der sozialen Missstände zu leisten. Von diesen erwartete Böhmert zuallererst ihre Arbeiter als Mitarbeiter zu begreifen; zwischen beiden Parteien sollte ein Verhältnis gegenseitigen Dienens herrschen, alle Streitfragen sollten möglichst einvernehmlich gelöst werden. Konkret forderte Böhmert die Arbeitnehmer angemessen am Unternehmensgewinn zu beteiligen (neben dem Lohn und erfolgsabhängigen Prämien z. B. auch durch Arbeitgeberbeiträge zu Unterstützungskassen oder auch durch Anregung und Leitung solcher Kassen), ihnen zumutbare Arbeitsverhältnisse zu schaffen und ihnen in Notlagen beizustehen. Dies alles seien keine Almosen, sondern Vorkehrungen eines vernünftigen Arbeitgebers, der von der Motivation seiner Arbeitnehmer abhängig ist.⁴⁴³

Reden, Bd. 2, 349-352; Ders.: Neujahrsansprache 1870, in: Schriften und Reden, Bd. 2, 352 ff.)), wie die folgenden Statements zweier freikonservativer Reichstagsabgeordneter im Laufe der Krankenversicherungsdebatte illustrieren mögen: Ernst Leuschner (1826-1898) am 28.04.1883: „Herr Lohren hat schon neulich angeführt, daß eigentlich die Krankenpflege den Hirsch-Dunckerschen Kassen viel weniger am Herzen läge als die Ansammlung von Geldern und Fonds für die Eventualitäten der Strikes.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2185/I). Arnold Lohren (1836-1901) am 29.05.1883: „Wenn wir dem § 69 in dieser privilegierten Form unsere Zustimmung ertheilen, so wird die Folge sein, daß die Gewerkvereinskassen sich immer mehr als die Grundlage zur Organisation von Strikes und nicht als Krankenkassen entwickeln; es wird sich diese Institution immer mehr herausstellen als eine Organisation von Arbeiterbataillonen im ganzen Reiche, die von einer Zentralstelle aus geleitet werden, und es wird in ganz kurzer Zeit das zur Wahrheit werden, was der Herr Abgeordnete Kayser uns zurief, die Hilfskassen werden nur die Vorschule für die Hochschule der Sozialdemokratie sein.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2648/I). Obwohl ein entschiedener politischer Gegner Leuschners und Lohrens, hielt auch der linksliberale Abgeordnete Ludwig Bamberger die Gewerkvereine aufgrund ihrer Struktur für tendenziell streiklustig (vgl. Bamberger: Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkte des Vereinsrechtes, 118-130). Dagegen gab es aber auch wohlmeinende Einschätzungen von konservativer Seite, z. B. von Adolph Wagner: „Das *Gewerkvereinswesen* speciell [...] verfolgt übrigens nicht allein [...] den Zweck, die Arbeiter für den Concurrenzkampf zu stärken. Es bildet außerdem eine großartige Organisation des Arbeiterversicherungswesens, der Pflege der Bildungsinteressen u. s. w. und verdient hier noch mehr Unterstützung durch die öffentliche Meinung und durch die Staatsgesetzgebung.“ (Wagner: Rede über die sociale Frage, 144).

⁴⁴² Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 72; Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, 46. Als Beispiel für einen gelungenen Arbeiterbildungsverein erwähnt Böhmert den Bremer Verein „Vorwärts“ (mitsamt angeschlossener Sparkasse) mit seinen etwa 1000 Mitgliedern, eigenem Vereinslokal mit Bibliothek (3500 Bände), Lesezimmer, Turnhalle und Unterrichtsräumen. Der Verein veranstaltete Vorträge aus verschiedenen Fachgebieten, erteilte Unterricht in diversen Fächern wie Turnen, Schreiben, Rechnen, Zeichnen, Englisch, Buchhaltung, Singen und erfreute sich der regen Mitwirkung und Unterstützung städtischer Honoratioren (vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 72 ff.).

⁴⁴³ Vgl. ebd., 85-88. Dass diese Aufforderung nicht auf taube Ohren stieß, Böhmerts Ideen vielmehr auf fruchtbaren Boden fielen, beweist der 1878 von gemäßigt liberalen Unternehmern gegründete Verein „Concordia“ mit seiner gleichnamigen bis 1901 erschienenen Zeitschrift (Untertitel: „Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiter“). Diese Vereinigung „der deutschen Arbeitgeber wie aller Freunde des Arbeiterstandes“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht „**die sittliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes nach Kräften zu befördern und allen hierauf gerichteten Bestrebungen als Mittel- und Stützpunkt zu dienen.**“ Dieses Ziel versucht man auf zweierlei Wegen zu erreichen, „einerseits durch die *geistige* Erziehung der Arbeiter mittelst Fortbildungsschulen, Bildungsvereinen, [...] Einrichtung von Lesezimmern u. s. w., andererseits durch Hebung der *materiellen* Lage der Arbeiter durch Anregung zur Beschaffung guter und gesunder Wohnungen, was durch Gründung von Häuserbaugenossenschaften in vielen Fällen zu bewirken sein wird, durch Verbesserung der Ernährung, wofür Con-

Von den Kommunen verlangte Böhmert eine umfangreiche Sozialstatistik als Voraussetzung für einen ebenso wünschenswerten Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden.⁴⁴⁴

Wenn die Lösung der sozialen Frage als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist,⁴⁴⁵ dann hat auch der Einzelne konkrete Mitwirkungspflichten, nämlich im Rahmen seiner Möglichkeiten für das Gemeinwohl tätig zu werden (gewissenhafte und fleißige Verrichtung des Tagwerks, Unterstützung der erwähnten Arbeitervereine) sowie hinsichtlich Güterverbrauch und Vermögensgenuss vorbildlich zu handeln (Bescheidenheit, Sparsamkeit, Selbstbeherrschung, Vermeidung von Verschwendung).⁴⁴⁶

Der Kirche wies Böhmert ebenso wie dem Staat eine vergleichsweise nachgeordnete Rolle bei der Lösung der sozialen Frage zu, gleichwohl hielt er sie dabei für ebenso unverzichtbar wie jenen⁴⁴⁷ und setzte große Erwartungen in sie. Diese seien aber nur unter der Voraussetzung zu erfüllen, dass die in beiden großen Konfessionen „vorherrschenden dogmatischen Unfehlbarkeitsideen“, die Böhmert für ebenso verhängnisvoll hielt wie die „Unterwühlung aller religiösen Grundlagen des Volkslebens durch den Kommunismus“, beiseite gelassen werden⁴⁴⁸:

sumvereine [...] u. s. w. wirken müssen, durch Sicherung der Arbeiter und ihrer Familien gegen die aus zeitweiliger oder dauernder Erwerbsunfähigkeit in Folge von Krankheit, Invalidität und Tod des Ernährers erwachsenden Gefahren, wozu die Gründung und Bildung von entsprechenden Versicherungsvereinigungen oder der Eintritt einer größeren Anzahl in bereits bestehende Gesellschaften zur Herbeiführung günstigerer Bedingungen in's Auge zu fassen sein dürfte u. s. w.“ (Concordia. Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiter 1 [1879], 1). Die letztgenannte Aufgabe, die „Gründung von Arbeiter-, Invaliden-, Wittwen- und Waisenkassen, um den arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter ebenso wie seine Hinterbliebenen vor Hilfslosigkeit und Elend zu bewahren“ (ebd.), nahm der Verein besonders ernst, er bot in eigener Regie eine solche Versicherungsmöglichkeit an (vgl. Das Versicherungs-Institut der „Concordia“; Statuten des allgemeinen deutschen Arbeiterversicherungsvereins, in: ebd. 2 [1880], 99-106) – nicht zu verwechseln mit der 1861 gegründeten auf Berlin beschränkten Altersversorgungskasse unter Verwaltung und Garantie der Lebensversicherungsanstalt „Concordia“ (vgl. dazu Lette: Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen, 15; Adickes: Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, 589). Außerdem zu vermeiden ist eine Verwechslung mit dem 1871-1876 erschienenen, vom Schriftsteller Lorenz Nagel redigierten Blatt „Concordia. Zeitschrift für die Arbeiterfrage“, welches im Anschluss an die am 14./15.06.1870 in Bonn stattgefundene, von der Inneren Mission geförderte Konferenz evangelischer Unternehmer aus Deutschland, der Schweiz und dem Elsass zur Arbeiterfrage erschien und Arbeitgeberkreisen sowie protestantischen Sozialreformern nahe stand. Die Bonner Konferenz hatte sich zur Lösung der Arbeiterfrage für ein starkes Engagement des Staates sowie des „christlichen Paternalismus“ des Unternehmers ausgesprochen (vgl. dazu Greschat: Das Zeitalter der Industriellen Revolution, 142 f. [hier auch Zitat]; Die Verhandlungen der Bonner Konferenz für die Arbeiterfrage im Juni 1870).

⁴⁴⁴ Vgl. Böhmert: Die socialen Aufgaben der Gemeinden, 169 f.

⁴⁴⁵ „Trotz alledem und alledem wird sich [...] herausstellen, daß die sociale Lage der Menschheit nur mit Hülfe größerer Leistungen und *Erübrigungen* durch eine Verbindung persönlicher Anstrengungen und gemeinnütziger Einrichtungen von Familie zu Familie, von Gemeinde zu Gemeinde, von Werkstatt zu Werkstatt, von Fabrik zu Fabrik ganz allmählich verbessert werden kann.“ (Böhmert: Ein Beitrag zur Unfallversicherung und zur Invaliden-, Wittwen- u. Waisen-Unterstützung von Fabrikarbeitern, 187).

⁴⁴⁶ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 118-121; Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, 39 f. „Die Hauptsache ist, daß die Herzen sich näher kommen und daß auch die Aermsten im Volke fühlen lernen, daß die reichen und bemittelten und sog. gebildeten Klassen nicht etwa nur von oben zu ihnen herabsteigen, sondern mit der socialen Reform, mit der Gerechtigkeit, Enthaltbarkeit, Opferwilligkeit bei sich selbst anfangen und gleichzeitig ihnen mit Rath und That zu einer besseren Lebensstellung emporhelfen wollen.“ (Böhmert: Die Arbeiterfrage und die innere Mission, 381).

⁴⁴⁷ „Wir erblicken [...] in der Kirche kein Universalheilmittel, sondern nur eine wirksame, von den Gebildeten bisher viel zu sehr vernachlässigte *Bundesgenossin* zur Heilung sozialer und politischer Missstände.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 161).

⁴⁴⁸ Vgl. ebd., 159 (hier auch Zitate). „Eine Vorbedingung des Gelingens dieser Bestrebungen ist, daß man die allgemeine menschliche Grundlage aller socialen Liebeswerke fest im Auge behält und den theologischen und confessionellen Standpunkt nicht mit der unconfessionellen Sache vermischt. [...] Die Religion hat ohne Zweifel die mächtigste Zugkraft, die Herzen zu nähern; aber es ist nicht nöthig, Geistlichen und Laien einen bestimmten

Die Arbeiterfrage, welche im Allgemeinen als eine Bildungs- und Gewissensfrage für die Arbeiter, für die Unternehmer und für das gesamte Publikum zu behandeln ist, sollte auch vom christlichen Standpunkte aus als eine allgemein humane weltbürgerliche Angelegenheit aufgefasst werden, an deren Lösung *alle* Kirchen und Konfessionen gemeinschaftlich und friedlich mitzuwirken haben, indem sie die religiös-sittliche, geistige und materielle Hebung der Arbeiter und Arbeitgeber, die Durchdringung aller Beteiligten mit dem lebendigen Gefühle der Pflicht und Verantwortlichkeit, und die Erziehung des Volkes zur Selbstentsagung und Gemeinnützigkeit anstreben.⁴⁴⁹

Da die Kirche wiederum aus Individuen besteht und von ihnen gelenkt wird,⁴⁵⁰ ist es Aufgabe jedes einzelnen Christen die Kirche zur in Aussicht gestellten Bundesgenossenschaft fähig zu machen und daran mitzuwirken. Hier zeigen sich enge Anknüpfungspunkte zu dem, was Böhmert zuvor von den Unternehmern und vom Einzelnen verlangt hatte, insofern besitzt also die Kirche im Böhmertschen Konzept zur Lösung der sozialen Frage durchaus eine herausragende Position oder, mit seinen Worten, einen „hohen Beruf“⁴⁵¹:

Die Bekenner des Christenthums haben die ganz besondere Verpflichtung, nach Christi praktischem Vorbild und in seinem Geiste auch an der *wirthschaftlichen* und sozialen Befreiung, Bildung und Hebung aller Volksklassen unablässig mitzuarbeiten, den sozialen Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern auf alle mögliche Weise zu fördern und ihr eigenes Leben, ihre Talente und Reichthümer als anvertraute Güter zu betrachten, welche gewissermaßen der Rechtfertigung durch edlen Gebrauch bedürfen und nicht bloß der eigenen Veredlung, sondern auch dem Wohle der Mitmenschen dienen sollen.⁴⁵²

Standpunkt vorzuschreiben, auf welchem sie den Zugang zu den Herzen versuchen sollen. Die Wege zum Ziel sind wunderbar verschieden. Religiöse Duldsamkeit muß hier vor Allem betont werden.“ (Böhmert: Die Arbeiterfrage und die innere Mission, 380 f.). Ähnlich äußerte sich zur selben Zeit Robert von Mohl: „Auch sind wir wenigstens keineswegs damit einverstanden, dass die Noth der Arbeiter als Mittel zur Schärfung des confessionellen Haders und zur Stärkung hierarchischer Gelüste gebraucht werde.“ (Mohl: Staatsrecht, Völkerrecht, Politik, Bd. 3, 603).

⁴⁴⁹ Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 158. Auch wenn sie an dieser Stelle nicht expressis verbis erwähnt wird, dürfte für Böhmert die innere Mission, deren Verdienste er in anderem Zusammenhang ausdrücklich würdigte (vgl. Böhmert: Die Arbeiterfrage und die innere Mission), eines der möglichen Modelle gewesen sein seine hier wiedergegebenen Forderungen an die Kirche in die Tat umzusetzen.

⁴⁵⁰ „Die Kirche ist die demokratischste aller sozialen Institutionen, in welcher alle Theilnehmer wenigstens zeitweise jeden Standesunterschied vergessen und sich schon durch bloßes Zusammensein ihrer menschlichen Pflichten gegen einander ebenso wie ihrer Schwächen bewußt werden.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 174).

⁴⁵¹ Böhmert: Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, 33.

⁴⁵² Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 158. Die Vertrautheit Böhmerts mit dem Neuen Testament – hier: Gleichnis von den anvertrauten Zentnern/Pfunden (Mt 25,14-30; Lk 19,11-27) – zeigt sich an dieser Stelle unverkennbar. Es finden sich auch direkte Bibelzitate in dieser Schrift Böhmerts, z. B. wenn er die Hoffnung auf „eine neue Erde unter einem neuen Himmel“ (Jes 65,17; 66,22; 2 Petr 3,13; Offb 21,1), worunter er sowohl die christlichen (Sozial-)Lehren wie auch die praktische Wirksamkeit Christi versteht, in der aktuellen sozialreformatischen Diskussion besser gewürdigt wissen will (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 162 [hier auch Zitat]). Im weiteren Verlauf finden sich Verweise auf Mt 13,12; 25,29; Mk 4,25; Lk 8,18; 19,26 (162) sowie Mt 25,26; Lk 19,22 (163). Für seine Rede auf dem Wiesbadener Protestantentag 1874 (vgl. Böhmert: Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage) wählte Böhmert als eine Art Motto Gal 5,13 aus; weitere Bezüge dieser Rede auf Bibeltexte: Mt 22,21; Mk 12,17; Lk 20,25 (41); Apg 5,38 f. (49); Mt 20,26 f.; 23,11; Mk 9,35; 10,43; Lk 22,26 (49). In seinen späteren Lebensjahren, die nicht mehr zum hier zu verhandelnden Gegenstand gehören, wird der religiöse Bezug in Böhmerts Schriften noch deutlicher, vgl. etwa „Die Arbeiterfrage als Gemüthsfrage und die christliche Ethik“, „Erinnerungen und Lebensauffassungen eines Achtzigers“, „Christliche Religion und sozialistische Weltanschauung“.

Wenn an Kirche und Christen solch hohe Ansprüche gestellt werden, muss derselbe Maßstab auch an die Bildung der Christen angelegt werden, weswegen Böhmert die Geistlichen in die Pflicht nimmt nicht nur Interesse, sondern auch Verständnis für wirtschaftliche Angelegenheiten aufzubringen. Wo es an der nötigen Ausbildung gebricht, empfiehlt Böhmert den Geistlichen sich mit der Volkswirtschaftslehre vertraut zu machen. Andernfalls könnten sie die vorhandene Armut nur verwalten, bestenfalls abwehren, ihr jedoch nicht vorbeugen, schließlich ist eine halbwegs gesicherte Existenz die Voraussetzung für die Bildung im Allgemeinen und für die geistliche Belehrung im Besonderen. Wenn der Geistliche seine Gemeinde also nicht ausschließlich auf das Jenseits vertrösten will, kommt er um ein Engagement zu deren „sozialer Befreiung, Bildung und Hebung“ nicht herum.⁴⁵³ Ein solches Engagement könnte auch in wirtschaftswissenschaftlicher Vortragstätigkeit oder etwa der Anregung bzw. Leitung von Bildungs-, Gewerbe und anderen Vereinen bestehen.⁴⁵⁴

Der „Manchesterliberalismus“

Ausgehend von den sozialen Spannungen, die sich in der Revolution von 1848/49 entladen hatten, sowie von aus dieser Revolution resultierenden radikalen Forderungen entstand in der liberalen Bewegung ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, dessen Hauptsäulen der Freihandel und – als dessen Korrektiv⁴⁵⁵ – der Assoziationsgedanke bildeten. Wurde auf Schulze-Delitzsch als Mentor des Genossenschaftswesens bereits hinlänglich eingegangen, bleibt noch der deutsch-englische Nationalökonom John Prince-Smith (1809-1874)⁴⁵⁶ zu erwähnen, der als spiritus rector der entschiedenen Freihändler, als der „führende wirtschaftstheoretische Kopf der Freihandelsschule in Deutschland“⁴⁵⁷ fungierte. Seit 1828 in Deutschland lebend, hatte sich Prince-Smith autodidaktisch zum Volkswirt gebildet und war seit dem Ende der 1840er Jahre intellektueller Mittelpunkt einer Gruppe junger liberal gesinnter Journalisten, die sich für die Einführung bzw. Bewahrung von Handels- und Gewerbefreiheit im Deutschen Bund einsetzten. Publizistisches Podium dieser Bemühungen war seit 1863 die „Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“ (ab 1875 „Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte“), in welcher die wichtigsten Vertreter dieser inoffiziellen „Freihandelspartei“ – von ihren Gegnern „Manchesterliberale“ genannt⁴⁵⁸ – zu

⁴⁵³ Vgl. Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 161 f.; 164 (hier auch Zitat). An anderer Stelle zitiert Böhmert seinen Vater, der oft zu sagen pflegte: „Was hilft es, wenn ich die Leute auf das himmlische Brod verträste, sobald ihnen das irdische Brod fehlt!“ (Böhmert: Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, 47).

⁴⁵⁴ Vgl. ebd., 47 f. Durch solches Engagement würde den Geistlichen auch das Interesse an „dumpfem Hinbrüten und Speculiren über unverständliche Dogmen“ genommen, wie ihnen auch „keine Zeit zu unfruchtbarem Gezänk gegen Andersdenkende“ mehr bliebe (vgl. ebd., 49).

⁴⁵⁵ Ina Susanne Lorenz betont die Rolle eines Feigenblattes, die der Genossenschaftsgedanke in Anbetracht „der radikalen Freisprechung des wirtschaftlichen Marktgeschehens von sozialer Verantwortung“ zu spielen hatte, zumal seit dem Erstarken der sozialistischen Bewegung (vgl. Lorenz: Eugen Richter, 89 [hier auch Zitat]).

⁴⁵⁶ Zu Prince-Smith vgl. NDB, Bd. 20, Berlin 2001, 721 f.; Gehrig: Die sozialpolitischen Anschauungen der deutschen Freihandelsschule (ebenso wie Schulze-Delitzsch gehörte auch Prince-Smith zu den Gründungsmitgliedern des „Kongresses deutscher Volkswirte“, des „Deutschen Nationalvereins“ und der „Deutschen Fortschrittspartei“).

⁴⁵⁷ Trautmann: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus, 43.

⁴⁵⁸ Den Bezug zum damaligen Zentrum der englischen Textilindustrie verkörpert Richard Cobden (1804-1865), Kopf der englischen Freihandelsschule, liberaler Unterhausabgeordneter und Fabrikbesitzer in Manchester (zu Cobden vgl. Edsall: Richard Cobden; Hinde: Richard Cobden. Geprägt wurde der Begriff „Manchester School“ wohl von deren entschiedenem Gegner, dem britischen Schriftsteller und Unterhausabgeordneten (später auch Schatzkanzler und Premierminister) Benjamin Disraeli (1804-1881), in der Auseinandersetzung um die protektionistischen Corn

Wort kamen. Neben Prince-Smith wäre aus dieser Gruppe hier vor allem der bereits erwähnte Nationalökonom Arwed Emminghaus (1831-1916)⁴⁵⁹ zu nennen, der ebenso wie sein Mitstreiter August Lammers (1831-1892)⁴⁶⁰ Mitglied des „Protestantenvereins“ war, womit auf bemerkenswert direkte Weise eine Verbindungslinie von der Freihandelschule zum organisierten liberalen Protestantismus gezogen werden kann.

Die „Manchesterliberalen“ gingen davon aus, dass ein möglichst eigenständiger, von staatlichen Eingriffen freier Markt die größten Vorteile für Staat und Gesellschaft zu bringen in der Lage sei, weshalb ebendiese staatlichen Eingriffe strikt abgelehnt wurden. Aufgabe des Staates sei es vielmehr die individuelle Freiheit zu gewährleisten sowie das Privateigentum zu garantieren.⁴⁶¹

Diese Annahmen spiegeln sich auch in den „manchesterlichen“ Konzepten zur Lösung der sozialen Frage wider: In seinem Aufsatz mit dem programmatischen Titel „Die sogenannte Arbeiterfrage“ vergleicht Prince-Smith die soziale Krankheit seiner Zeit mit einer Erkrankung aufgrund von Trägheit, von der sich der Patient nur erholen könne, wenn er die charakterlose Trägheit und Genusssucht aufgibt und stattdessen die bittere Medizin der Selbstbeherrschung schluckt. Übertragen auf die soziale Krankheit der Gesellschaft empfiehlt Prince-Smith gegen den „Mangel an Befriedigungsmitteln“ „vermehrtes Schaffen“, da aufgrund des *ehernen Lohngesetzes* der Lohnfonds nicht einfach erhöht werden könne.⁴⁶² Dies bedeutet für ihn die Vermehrung von Bildung, Fertigkeiten, Fleiß und vor allem Kapital – mit anderen Worten: „ein größeres Ausdehnen wirtschaftlicher Kultur“ auf der Basis der Selbsthilfe.⁴⁶³ Ebenso wie Prince-Smith möchte auch Emminghaus die Erstellung von Konzepten zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen nicht den Staats-, sondern den Wirtschaftswissenschaftlern überantworten⁴⁶⁴ und empfiehlt die Abschaffung der „Zunfttyrannie und Niederlassungerschwörung“, des „Monopol-, Privilegien- und Konzessionswesens“.⁴⁶⁵

Laws, gegen die Cobden kämpfte (vgl. Grampp: Manchester School, 296). Detmar Doering führt aus, dass der Begriff „Manchestertum“ nicht selten von antisemitischen Konnotationen begleitet wurde (vgl. Ders.: „Manchestertum“ – ein antisemitischer Kampfbegriff).

⁴⁵⁹ Zu Emminghaus vgl. NDB, Bd. 4, Berlin 1959, 485 (bleibende Verdienste hat sich Emminghaus u. a. auch als Gründer der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ erworben).

⁴⁶⁰ Zu Lammers vgl. Emminghaus: August Lammers.

⁴⁶¹ „Welche Dienste müssen aber unbestritten dem Staate zufallen? *Der Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums*. [...] Die Wirksamkeit des Staats soll [...] eine *verwaltende* sein“ (Röhrich: Offenes Sendschreiben an die deutschen Arbeiter, 11 f.).

⁴⁶² Prince-Smith ergänzt Ricardos Arbeitswertlehre um die Forderung, bei der Erhebung des ortsüblichen Existenzminimums, auf das sich der Durchschnittslohn laut Ricardo zwangsläufig einpendelt, auch die örtlichen Gewohnheiten und Ansprüche zu berücksichtigen. Zur Untermauerung dieser Forderung führt Prince-Smith als Beispiel die trotz gleicher Rahmenbedingungen völlig verschiedenen Lebensverhältnisse in England und Irland an und begründet diesen Unterschied recht drastisch mit ungleichen Ansprüchen dieser beiden Nationen: „Bei einem Lohne, womit die zerlumpten Irländer höchst vergnügt ihre nackten Sprösslinge mit denen des Familienschweins sich im Kothe vor ihren Lehmhütten vermehren sehen, würde die bessergewöhnte englische Arbeiterbevölkerung unter dem Gefühle der Entbehrung hinschwinden.“ (Prince-Smith: Die sogenannte Arbeiterfrage, 196).

⁴⁶³ Vgl. ebd., 192 f. (hier auch Zitate).

⁴⁶⁴ „Alle Welt weiss, dass die Uebelstände [...] Uebelstände des Wirtschafts-, nicht des Gesellschaftslebens sind, dass sie die ächt wirtschaftliche Medizin der Selbsthilfe verschreiben, dass die erzielten Resultate wirtschaftliche, zum Theil sogar mit dem Rechenstift nachweisbare Resultate sind.“ (Emminghaus: Die Bestrebungen zur Begründung einer besonderen Gesellschaftswissenschaft, 121).

⁴⁶⁵ Vgl. ebd., 118 ff. (hier auch Zitate). Mit derartig starken Worten vorgetragene Ansichten riefen selbstverständlich Kritiker auf den Plan, wie z. B. Rudolf Todt: „Die Manchestertheorie [...] fordert zunächst das: [...] Der Staat hat sich absolut nicht in wirtschaftliche Dinge zu mischen. Alle Schranken, welche bisher der freien wirtschaftlichen Arbeit durch Gesetz gezogen waren, müssen beseitigt werden. Dadurch wird Jeder zum Wettkampf mit dem Anderen mittelst der höchsten Entfaltung aller seiner Kräfte und Gaben getrieben werden gerade wie in der Natur

Mit dem liberalen jüdischen Revolutionär, Bankier und Reichstagsabgeordneten Ludwig Bamberger (1823-1899)⁴⁶⁶ und dem linksliberalen Parteiführer Eugen Richter (1838-1906)⁴⁶⁷ haben sich zwei prominente Vertreter des „Manchesterliberalismus“ direkt an der parlamentarischen Auseinandersetzung um die Sozialversicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre beteiligen können. Am Ende ließ sich die Realisierung dieses ihrer Meinung nach vollkommen überflüssigen Projekts⁴⁶⁸ nicht verhindern, doch verdanken wir einem Redebeitrag Bambergers anlässlich der zweiten Lesung der ersten Unfallversicherungsvorlage eine aufschlussreiche Definition des Begriffs „Manchesterliberalismus“:

Ich will Ihnen sagen, was Manchesterthum ist. Es ist die Staatsordnung, welche sich auf die Sittlichkeit basirt und die Sittlichkeit anerkennt in der Freiheit, [...] welche keine unmündigen Menschen erhalten will, die sich nicht emporarbeiten könnten aus niedrigen Geschicken zu höheren, welche davon ausgeht, daß jede lenkende Staatsweisheit und jede obrigkeitliche Klugheit nur unvollkommenen Erfolg herbeiziehen kann. Das einzige Wohl, die einzige Zukunft der Menschheit liegt darin, daß in jedem Einzelnen der Keim der Selbstbestimmung und der allmählichen Befreiung aufgerufen wird.⁴⁶⁹

– freie Concurrenz –. Und wie hier sich Alles von selbst regelt, so wird sich dann auch auf wirthschaftlichem Gebiete Alles von selbst gut gestalten und ausgleichen. Um diesen Krieg Aller gegen Alle, diesen „Kampf um das Dasein“ einzuführen, verlangt der Manchestermann 1. unbedingte Gewerbefreiheit; 2. Handelsfreiheit; 3. Freizügigkeit. Diese drei Forderungen hängen genau zusammen, und alle drei, *schrakenlos* ausgeführt [...], laufen zuletzt nur auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hinaus.“ (Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 264 f.). Victor Böhmert hatte den Manchesterliberalismus bereits 1872 gegen Übertreibungen aus dem eigenen Lager und vonseiten seiner Gegner folgendermaßen in Schutz nehmen müssen: „Es ist mir im langjährigen Verkehr mit den radikalsten Freihändlern noch keiner vorgekommen der ‚an die alleinseligmachende Kraft des Dogmas vom Laissez faire glaubt‘ – oder der darin die ganze Staatsweisheit erblickt. Wie jede Wahrheit einfach ist, so liegt auch dem Freihandel die einfach verständliche Lehre zu Grunde, daß ein ‚freier Handel und Wandel‘ als Grundsatz und Regel dem ‚erzwungenen und bevormundeten Handel und Wandel‘ vorzuziehen seien. Die Freihandelschule pflegt sich daher im Zweifel und als Regel für die Freiheit im Arbeiten, im Verkehr, in der Niederlassung, in der Eheschließung, im Miethen, im Leihen und andern Dingen zu entscheiden. Sie ist aber weit entfernt, Ausnahmen der Freiheit zu leugnen oder die wirthschaftlichen Interessen als im Staatsleben allein berechtigt oder auch nur als vorzugsweise berechtigt hinzustellen. Sie ist weit entfernt ‚den Staat für entbehrlich zu halten‘ oder ihn auf den Nachtwächterstaat zu reduzieren. Sie erwartet von der freien Konkurrenz keine absolut vollkommene, sondern nur relativ befriedigendere Verhältnisse als von der Beschränkung der Konkurrenz; sie verlangt, daß ihre Gegner die Nothwendigkeit von Ausnahmen oder Abweichungen von der Freiheit immer gehörig beweisen und charakterisirt sich dadurch, daß sie *wenig* von der Bevormundung des Staates, aber *um so mehr* von der freiwillig schaffenden Einzel- oder Vereinsthätigkeit sich selbst helfender Menschen erwartet.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 125 f.).

⁴⁶⁶ Zu Bamberger vgl. Koehler: Ludwig Bamberger; Weber: Ludwig Bamberger; Jansen: Ludwig Bamberger.

⁴⁶⁷ Zu Richter vgl. Lorenz: Eugen Richter.

⁴⁶⁸ Vgl. folgende Stellungnahmen Bambergers im Reichstag zur Unfallversicherungsvorlage sowie zum Entwurf des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung: „Ich glaube aber – vielleicht hat der Regierungsentwurf gerade dadurch [...] nicht schädlich gewirkt, daß er uns zeigt, wo die falsche Richtung ist und wo die richtige hin- geht. Er hat meiner Ansicht nach so scharf die falsche Richtung eingeschlagen, daß er es uns um so leichter macht, den richtigen Weg zu finden.“ (01.04.1881; StBRt IV/4 [1881], 673/II); „[...] ich bin gegen dieses Gesetz aus rein thatsächlichen Erwägungen heraus, weil ich es ansehe als eine Veranstaltung, die zu einer Landplage für das ganze Land werden wird; ich sehe darin eine crux, eine Quälerei, eine unerschöpfliche Reihe von Heimsuchungen und Belastungen, die nicht bloß dem Lande zur größten Noth [...] gereichen wird, sondern die selbst den guten Kern, der denkbarer Weise in diesem Gesetze liegen könnte, zu schädigen geeignet ist.“ (18.05.1889; StBRt VII/4 [1888/89], 1837/I). Richter äußerte sich am 02.04.1881 vor dem Reichstag über die Unfallversicherungsvorlage: „Meine Herren, das ist überhaupt der fundamentale Unterschied der konservativen und liberalen Partei: Ihre Ueberschätzung des Zwangs [...] und auf unserer Seite die Hochhaltung und Würdigung dessen, was freiwillig und aus eigenem Interesse geschieht, was die Konkurrenz der Interessen von selbst mit sich bringt. Das ist die fundamentale Verschiedenheit Ihrer Anschauungen von den unseren, die auch hier zum Vorschein kommt, die Ueberschätzung des Zwangs, der staatlichen Organisation [...]. Alles, was das Genossenschaftswesen freiwillig leistet, ist unendlich viel mehr, als was Sie durch dieses Gesetz erreichen können.“ (StBRt IV/4 [1881], 704/I).
⁴⁶⁹ Rede vom 02.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1543/II).

Sehr deutlich spricht Bamberger hier die auch von Prince-Smith und Emminghaus vertretene Auffassung aus, dass allein eine möglichst freie Entwicklung des Einzelnen und damit der Gesellschaft deren soziale Probleme zu lösen in der Lage sei. Eigenständige Sozialpolitik ist demnach – wie seine Stellungnahmen zu den Sozialversicherungsvorlagen eindrücklich belegen – auch für Bamberger (der im Übrigen die Existenz einer sozialen Frage ebenso leugnete⁴⁷⁰ wie Prince-Smith und Emminghaus) überflüssig, gilt doch die Wirtschafts- und Bildungspolitik nach den Kriterien des „Manchesterliberalismus“ für die beste Sozialpolitik.

1.2.2.4. Das sozialistische Milieu

Entsprechend der Genese der sozialistischen Bewegung in Deutschland sind die dem sozialistischen Milieu entstammenden sozialen Ideen und sozialreformerischen Konzepte nicht losgelöst von Einflüssen aus England, vor allem aber aus Frankreich zu würdigen, wofür Letztere in erster Linie durch die Vermittlungstätigkeit Lorenz von Steins (1815-1890)⁴⁷¹ in Deutschland bekannt wurden. Zu nennen wären hier in erster Linie die Lehren von Claude-Henri de Saint-Simon (1760-1825), der durch eine rational gelenkte Marktwirtschaft das egoistische Profitstreben der Arbeitgeber eliminieren und auf einen Ausgleich zwischen diesen und ihren Arbeitern hinwirken wollte; das auf Gütergemeinschaft und Arbeitspflicht beruhende Gesellschaftsmodell François Noël Babeufs (1760-1797); die auf einem egalitären Menschenbild beruhenden kommunistischen Ideen von Étienne Cabet (1788-1856)⁴⁷²; die den Assoziations- und Selbsthilfedanken mit der Bildungsidee sowie mit teilweise utopischen Gesellschaftsmodellen (Abschaffung von Geld und Privateigentum) verbindenden Werke von Robert Owen (1771-1858), Charles Fourier (1772-1837)⁴⁷³, Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865)⁴⁷⁴ und nicht zuletzt das aus dem allgemeinen Lebensrecht ein Recht auf Arbeit ableitende und auf Staatsintervention zugunsten der Bedürftigen (Kreditvergabe, Förderung von Produktivassoziationen) setzende Programm von Louis Blanc (1811-1882).⁴⁷⁵

Ein Blick auf die jeweilige soziale Herkunft der genannten Ideengeber zeigt ein wichtiges Charakteristikum der sozialistischen bzw. kommunistischen Vordenker. Sie entstammen fast

⁴⁷⁰ Vgl. Bamberger: Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkte des Vereinsrechtes, 30 ff.

⁴⁷¹ Das Wirken des zeitweiligen Pariser Korrespondenten der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ und Staatswissenschaftlers Lorenz von Stein ist von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Vermittlung französischer sozialer Ideen nach Deutschland. 1842 erschien in Leipzig sein Werk „Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte“, 1850 am gleichen Ort die dreibändige „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage“. Zu Stein vgl. Heilmann: Lorenz von Stein; Blasius/Pankoke: Lorenz von Stein; Koslowski: Die Geburt des Sozialstaats aus dem Geist des Deutschen Idealismus; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 70-73.

⁴⁷² Von Cabet stammt das später von Karl Marx und Friedrich Engels sinngemäß übernommene Verteilungsprinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten“ (zit. nach Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 30).

⁴⁷³ Fouriers Anliegen die gegenwärtige *incohérence sociale* durch eine *Ordre Sociétaire* abzulösen zielte insbesondere auch auf die gleichberechtigte Entfaltung der menschlichen Anlagen, was ihn zu einem Wegbereiter der Frauenemanzipation werden ließ (vgl. ebd., 40).

⁴⁷⁴ Proudhon sah sehr klar, dass die politischen und ökonomischen Vorstellungen von Sozialisten und Kommunisten, in die Tat umgesetzt, einen Zentralisierungsschub auslösen würden. Er kritisierte zudem Louis Blancs Produktivassoziationen, von denen er sich keine Überlegenheit an Produktivität im Vergleich zur privaten Wirtschaft versprach, zumal wenn die Assoziationen mit Staatshilfe etabliert werden sollten (vgl. ebd. 47 f.).

⁴⁷⁵ Vgl. ebd., 24 f.; 30-50 (dort auch weiterführende Literaturhinweise); Brakelmann: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, 40-49; Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 29-32.

sämtlich nicht der Schicht, deren soziale Lage sie zuvörderst verbessern wollen. Da dies auch kaum anders sein kann, schließlich war es den Angehörigen der Arbeiterschaft in den seltensten Fällen möglich, sich mehr als eine rudimentäre Bildung anzueignen, werden im Folgenden die sozialreformerischen und sozialpolitischen Konzeptionen dreier Männer berücksichtigt, von denen mit Wilhelm Weitling lediglich einer zum sozialistischen Milieu zu rechnen ist. Der pommersche Gutsbesitzer Johann Karl Rodbertus(-Jagetzow) wie auch der jüdische Fabrikbesitzersohn Ferdinand Lassalle sind zweifellos in anderen Milieus beheimatet, was sie jedoch nicht daran hinderte der sozialistischen Bewegung in Deutschland wichtige Impulse zu geben.⁴⁷⁶

Trotz ihres unterschiedlichen sozialen Hintergrunds waren sich alle drei Männer in ihren grundlegenden Ansichten und Forderungen einig. Sie erkannten die liberale Lehre vom Eigentum für falsch. Dementgegen müsse das persönliche Eigentum – wenn es nicht zugunsten der Gütergemeinschaft ganz aufgegeben wird – ausschließlich auf persönlicher Arbeit beruhen, das „rentierende Eigentum“ (Rodbertus) sei dagegen zu eliminieren. Ebenso kategorisch wird der liberale Staatsbegriff abgelehnt. Statt sich auf die Garantie von Recht und Eigentum zu beschränken, habe der Staat eine Fürsorgepflicht für seine Angehörigen, die sich nicht selbst helfen können. Das liberale Selbsthilfekonzentrat sei hierfür nicht ausreichend.

Johann Karl Rodbertus(-Jagetzow) (1805-1875)

Auch wenn er ebenso wie seine genannten französischen Geistesgenossen kein Angehöriger des sozialistischen Milieus war (welches es in Deutschland in der ersten Hälfte seines Lebens noch gar nicht gab), hat der Jurist, Nationalökonom, Politiker und Gutsbesitzer Johann Karl Rodbertus(-Jagetzow) wichtige Impulse für die Etablierung und Entwicklung der sozialistischen Theorie in Deutschland gegeben. Wiewohl fest auf sozialkonservativem Boden stehend, hat er sich insbesondere als Vordenker des Staatssozialismus in Deutschland einen Namen gemacht und mit seinen Ideen eine große Wirkung erzielt.⁴⁷⁷ 1848 gehörte er zu den programmatischen Führern des linken Zentrums in der Berliner Nationalversammlung und war kurzzeitig preußischer Kultusminister. Ein Jahr später setzte er sich als Abgeordneter der Zweiten preußischen Kammer für die Annahme der Frankfurter Reichsverfassung ein. Er führte eine intensive Korrespondenz mit Ferdinand Lassalle⁴⁷⁸ und wurde von dessen Anhängern ebenso rezipiert wie von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg.⁴⁷⁹

⁴⁷⁶ Zweifelsohne wären auch Karl Marx und Friedrich Engels als ungemein einflussreiche Vordenker der sozialistischen Bewegung einer eingehenderen Betrachtung in diesem Rahmen wert gewesen. Wenn ihre sozialen Ideen, deren Wirkung kaum hoch genug veranschlagt werden kann, im Folgenden dennoch nicht näher beleuchtet werden, dann nur deswegen, weil die beiden Denker vom englischen Exil aus bis zur Einführung der Bismarckschen Sozialversicherung lediglich eine begrenzte Wirkung entfalten konnten. Zwar waren ihre Lehren in Deutschland spätestens seit dem Erscheinen von Marx' „Kapital“ (1867) und Engels' „Anti-Dühring“ (1878) stark beachtet worden, doch erst mit dem Erfurter Programm der SPD von 1891 erlangten sie hier entscheidenden Einfluss (zu Engels und Marx vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 99-127; dort auch weiterführende Literaturhinweise).

⁴⁷⁷ Offenbar hat Rodbertus auch Bismarck nachdrücklich beeinflusst, wie dieser am 17.09.1878 vor dem Reichstag erklärte: „[...] ich nenne jemanden, der mir durch Lesen seiner Bücher [...] näher gestanden hat, also Rodbertus [...]“ (StBRt IV/1 [1878], 66/I). Trotzdem musste sich Carl August Schramm nicht einmal fünfzehn Jahre nach Rodbertus' Tod bereits darum bemühen, dessen Namen und Werk dem Vergessen zu entreißen: „In unserer schnell lebenden und daher auch schnell vergessenden Zeit sind die Verdienste dieses Mannes auch schon in Vergessenheit gerathen. Und doch dankt die ganze Gesellschaft ihm, ihm allein, den eminenten Kulturfortschritt, der in der Ueberwindung des Manchesterthums liegt.“ (Schramm: Rodbertus, Marx, Lassalle, 68).

⁴⁷⁸ Vgl. Rodbertus: Gesammelte Werke und Briefe, zusammengestellt auf Grund früherer Ausgaben und mit Einleitung sowie Bibliographie hg. von Th(ilo) Ramm (im Folgenden nur: Gesammelte Werke und Briefe), Abteilung

Ausgangspunkt für Rodbertus' Beschäftigung mit sozialen Fragen war die Erkenntnis, dass die Verelendung der Arbeiterschaft, welche zwar einen großen Teil des Nationaleinkommens erwirtschaftet, an dessen Verteilung jedoch nur zu einen vergleichsweise verschwindenden Anteil beteiligt ist, nicht hingenommen werden könne, demzufolge Abhilfe geschaffen werden müsse.⁴⁸⁰ In dieser Einsicht unterschied sich Rodbertus gravierend von anderen Sozialreformatoren seiner Zeit,⁴⁸¹ entsprechend stark wichen auch seine daraus gezogenen Schlussfolgerungen von deren Konzepten ab. Die eigentliche Ursache für den grassierenden Pauperismus sieht Rodbertus im herrschenden freihändlerisch-marktwirtschaftlichen System in der Tradition von Adam Smith, dessen Charakteristika er folgendermaßen beschreibt:

Es macht *nur* tabula rasa; es führt *nur* einen gewerblichen Naturzustand ein. *Damit aber legt es auch die ganze Leitung des Verkehrs in die Hände des rentirenden Eigenthums; damit aber, da im Naturzustande der Stärkere Recht hat, gründet es auch einen Despotismus dieses rentirenden Eigenthums.*⁴⁸²

Da der Arbeiter dem „Recht des Stärkeren“ aufgrund des sich regelmäßig am Existenzminimum bewegenden Lohnniveaus nichts entgegenzusetzen hat, lediglich seine Arbeitskraft anbieten kann, schlägt Rodbertus die Einführung einer Papierwährung vor, deren Gegenwert nicht mehr auf Masse und Güte des eingesetzten Edelmetalls, sondern auf geleisteter Arbeitszeit beruht. Die angestrebte Währungsreform verfolgt das Ziel, die Arbeitsleistung jedes Einzelnen zu würdigen. Den Maßstab dafür soll der so genannte *Normalarbeitstag* von zehn Stunden bilden, von dem ausgehend für jede Branche, nötigenfalls für jeden einzelnen Werk-tätigen die zu erbringende spezifische Arbeitsleistung abgeleitet werden kann, an welcher sich wiederum die tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung messen lässt. Anhand dieser würde dann der auszuzahlende Lohn festgelegt. Durch dieses Instrument, durch eine Papierwährung auf der Basis von Normalarbeitsstunden wäre es möglich den Einzelnen aufgrund seiner individuellen Arbeitsleistung am Arbeitsertrag partizipieren zu lassen.⁴⁸³

IV: Briefe und Briefwechsel, 23-109; Lassalle: Die Schriften des Nachlasses und der Briefwechsel mit Karl Rodbertus, 285-381; Na'aman: Die theoretischen Grundlagen der Aktion Lassalles im Briefwechsel mit Rodbertus. Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 76; Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 57; Binder: Rodbertus (-Jagetzow), Johann Karl, 474 f.; Engelberg: Bismarck (1985), 288.

⁴⁸⁰ „Ein solcher Widerspruch kann auf die Dauer unmöglich in der Gesellschaft bestehen. Er *muß* seine Ausgleichung finden, und muß sie freiwillig finden, wenn er sie nicht mit Gewalt finden soll.“ (Rodbertus, Johann Karl: Bemerkungen zu dem Bericht über die Gründung einer Invaliden- und Altersversorgungsanstalt für Arbeiter und den Zweck des Vereins für Arbeiterwohl, 1849, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 219-229, 227).

⁴⁸¹ „Wer glaubt, daß der Pauperismus in der Unsittlichkeit der arbeitenden Klassen seinen Grund hat, verwechselt Ursache und Wirkung. Es ist unmöglich, daß den zeitigen Lebensverhältnissen gegenüber der Arbeiter in seinem heutigen Einkommen ein Auskommen findet, wie es ihm als freiem Bürger nöthig wird.“ (ebd., 229).

⁴⁸² Rodbertus, Johann Karl: Die Fo(r)derungen der arbeitenden Klassen, 1837-1839, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 1-31, 20.

⁴⁸³ Vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 58-62. Mit Rodbertus' Worten: „I. Alle wirtschaftlichen Güter kosten Arbeit, und kosten nur Arbeit; II. Wenn der Werth der Güter immer dem nach Arbeit berechneten Kostenbetrage gleich wäre, würde Arbeit der beste ‚Maaßstab des Werths‘ sein [...] V. In einem Zustande, in welchem der Werth der Güter immer dem nach Arbeit berechneten Kostenbetrage gleich wäre, ließe sich ein neues Geld creiren, das allen Anforderungen, als ‚Circulationsmittel‘ und ‚Preismaaß‘ entspricht, und doch weder selbst ein sachliches Gute ist, noch sich, wie das heutige Papiergeld, auf ein sachliches Gut bezieht.“ (Rodbertus, Johann Karl: Zur Erkenntniß unserer staatswirtschaftlichen Zustände, Heft 1: Fünf Theoreme, 1842, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 33-217, 39 f.). Zu Rodbertus' Konzept des Normalarbeitstags vgl. Ders.: Der Normal-Arbeitstag, 1871, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 2, 359-383.

Da damit aber das Problem des sich am Existenzminimum bewegenden Lohnniveaus noch nicht gelöst ist, schlägt Rodbertus vor den Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen auf etwa ein Drittel festzulegen, sodass die Arbeiter damit auch von Produktivitätssteigerungen profitieren können. Unberücksichtigt bleibt hier allerdings, dass durch Produktivitätssteigerungen nicht zuletzt auch ein überproportionales Anwachsen der Arbeiterschaft zu erwarten ist. Daher kann sich Rodbertus zur Verwirklichung seiner Pläne in Zukunft⁴⁸⁴ auch ein kommunistisches Gesellschaftssystem vorstellen, in dem aufgrund des abgeschafften Grund- und Kapitalbesitzes alles Einkommen und damit aller Besitz auf eigener Arbeit beruhen sollen.⁴⁸⁵

Es würde nämlich das rentirende Eigenthum [...] aufzuheben, das Eigenthum am Product dagegen nur desto fester zu gründen sein. Boden und Kapital würden Gemeingut der Gesellschaft, aber das was mit diesen Arbeitsinstrumenten, nach Reproduction des Kapitals, hervorgebracht wäre, würde Eigenthum der Arbeiter nach dem Maass der geleisteten Arbeit. Ein solcher Zustand würde den rechtlichen Grundsatz angenommen haben, dass Arbeit nicht bloss das constitutive, sondern auch das distributive Princip des Eigenthums wäre.⁴⁸⁶

Obwohl Rodbertus mit diesen gesellschaftspolitischen Schlussfolgerungen der erstarkenden Arbeiterbewegung wichtige Impulse gab, sollte es zu keinem politischen Engagement aufseiten der Sozialdemokratie kommen, eine Reichstagskandidatur für die den ADAV⁴⁸⁷ scheiterte 1873 an einer Erkrankung Rodbertus'.⁴⁸⁸

Lediglich eine Fußnote im umfangreichen Werk Rodbertus' bildet ein Gutachten, das Rodbertus 1849 auf Ansuchen des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ erstellte,⁴⁸⁹ mit Rücksicht auf die hier zu verhandelnde Thematik soll darauf abschließend dennoch kurz eingegangen werden. Rodbertus, der ebenso wie der Vereinspräsident und Präsident des Revisionsamtes für Kultursachen Adolph Lette (1799-1868) und einige andere sozialreformerrisch ausgewiesene Persönlichkeiten um eine Stellungnahme zu möglichen neuen Organisationsformen der Alters- und Invalidenversorgung gebeten worden war,⁴⁹⁰ erachtete es als herausragende Aufgabe einer künftigen Umgestaltung der bisherigen Armenpflege dieselbe überflüssig zu machen. Organisatorisch würde dies seiner Meinung nach am besten gelingen, wenn Sparanstalten zur Ansammlung von Kapital errichtet würden, welches dann zur Unterstützung für invalide und alte Mitglieder eingesetzt werden könnte. Angesichts der allenfalls äußerst geringen Summen, welche Arbeiter zur Einlage in die Kasse erübrigen können, können solche Sparanstalten nur bei Beteiligung möglichst vieler funktionieren. Die Bereitschaft dazu dürfte

⁴⁸⁴ „Wir stehen nicht an, zu behaupten, dass dieser Fall der heutige ist.“ (Rodbertus, Johann Karl: Die Fo[r]derungen der arbeitenden Klassen, 1837-1839, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 1-31, 16).

⁴⁸⁵ Vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 62 f.

⁴⁸⁶ Rodbertus, Johann Karl: Die Fo(r)derungen der arbeitenden Klassen, 1837-1839, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 1-31, 17 f.

⁴⁸⁷ Gleich Lassalle war Rodbertus vom Vorbereitungskomitee für den Leipziger Arbeiterkongress von 1863 zu einer Stellungnahme aufgefordert worden (vgl. Rodbertus, Johann Karl: Offener Brief an das Comité des Deutschen Arbeitervereins zu Leipzig, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 2, 339-358).

⁴⁸⁸ Vgl. Binder: Rodbertus (-Jagetzow), Johann Karl, 476; Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 63.

⁴⁸⁹ Rodbertus, Johann Karl: Bemerkungen zu dem Bericht über die Gründung einer Invaliden- und Altersversorgungsanstalt für Arbeiter und den Zweck des Vereins für Arbeiterwohl, 1849, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 219-229. Rodbertus war Ausschussmitglied des „Central-Vereins“ und Vorsitzender des „Baltischen Zweigvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ in Greifswald (vgl. Adickes: Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, 592).

⁴⁹⁰ Vgl. ebd., 572 f.; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 77; Reulecke: Sozialer Frieden durch soziale Reform, 234 f..

sich jedoch in Grenzen halten, wenn zweifelhaft ist, ob der Einzahler von seinen Einlagen später wird profitieren können. Aus diesen Gründen würde ein obrigkeitlicher Beitrittszwang unvermeidlich sein. Eine solche Zwangsversicherung⁴⁹¹ ist allerdings nur dann denkbar, wenn der Arbeitslohn hoch genug ist, um Zwangsbeiträge abführen zu können. Für seine Gegenwart hält Rodbertus die skizzierte Organisationsform für nicht realisierbar, weswegen es gilt dahin zu wirken, „daß die Arbeiter mehr wie heute mit ihrer Arbeit verdienen“.⁴⁹²

Die Bemühungen des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ führten indes nicht zur angestrebten Gründung einer auf Freiwilligkeit beruhenden preußischen Altersversorgungsanstalt. Die Regierung lehnte 1851 den vom Verein noch 1849 ausgearbeiteten Gesetzentwurf ab, insbesondere wegen der vorgesehenen Staatsgarantie und der geplanten Übernahme der Verwaltungskosten durch den Staat. Lediglich eine auf Berlin und Umgebung beschränkte Altersversorgungsanstalt unter Verwaltung und Garantie der privaten „Concordia Cölnischen Lebensversicherungsgesellschaft“ kam zustande.⁴⁹³

Wilhelm Weitling (1808-1871)

Mit dem Schneidergesellen, kommunistischen Schriftsteller und bekennenden Christen Wilhelm Weitling gilt es auf einen Angehörigen des sozialistischen Milieus einzugehen, der in den 1830er und 1840er Jahren einen erheblichen Einfluss auf die sozialistische Bewegung ausübte und vor allem durch die Verbindung seiner sozialen Ideen mit denen des Neuen Testaments besticht. Der unehelich geborene Sohn einer Köchin und eines französischen Offiziers konnte trotz ärmlicher Lebensverhältnisse die Magdeburger Bürgerschule besuchen und genoss zudem eine intensive religiöse Erziehung. Nach Abschluss der Lehre ging der Schneidergeselle 1826 auf Wanderschaft und wurde dabei für die unterschiedlichen sozialen Verhältnisse sensibilisiert. Von 1835 bis 1841 lebte Weitling in Paris und erfuhr dort seine entscheidende politische Prägung, er wurde Kommunist und führender Theoretiker des „Bundes der Gerechten“ (ab 1847 „Bund der Kommunisten“), einer deutschen vorwiegend aus Handwerkern bestehenden Emigrantenorganisation. Im Auftrag des Bundes verfasste er seine erste Schrift über „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte“ (1838). Wie im Titel angedeutet, stellt Weitling darin die von ihm scharf kritisierten sozialen Verhältnisse seiner Zeit einer (teilweise utopischen) neuen, mit revolutionären Mitteln zu erreichenden,⁴⁹⁴ aber dennoch auf der Basis der christlichen Liebe beruhenden Gesellschaftsordnung gegenüber, in der Geld, Privatbesitz (zugunsten der Gütergemeinschaft) sowie soziale Vorrechte und Benachteiligungen abgeschafft sind und die Partizipation am Volkseinkommen nach der dafür geleisteten Arbeit bemessen wird.⁴⁹⁵

⁴⁹¹ Rodbertus benutzt den Versicherungsbegriff nicht, gleichwohl stimmt sein Modell in wesentlichen Grundzügen mit dem überein, welches in den 1880er Jahren für die Sozialversicherung zugrunde gelegt werden wird.

⁴⁹² Vgl. Rodbertus, Johann Karl: Bemerkungen zu dem Bericht über die Gründung einer Invaliden- und Altersversorgungsanstalt für Arbeiter und den Zweck des Vereins für Arbeiterwohl, 1849, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe, Abt. I, Bd. 1, 219-229, 221 ff. (hier auch Zitat).

⁴⁹³ Vgl. Adickes: Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, 588 f.

⁴⁹⁴ „Glaubet nicht, daß ihr durch Vermittlung mit euern Feinden etwas ausrichten werdet. Euere Hoffnung liegt nur in euerem Schwerte [...] Es ist eine traurige Erfahrung, dass sich die Wahrheit einen Weg durch Blut bahnen muß.“ (Weitling, Wilhelm: Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, 25 f.; zit. nach Haefelin: Wilhelm Weitling, 19).

⁴⁹⁵ Vgl. Moritz: Wilhelm Weitling, 181-208; Haefelin: Wilhelm Weitling, 18-21; Rivinius: Weitling, Wilhelm, 699 ff.; Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 64 f.; Brakelmann: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, 49.

Da Weitlings Erstling auf ein großes Echo gestoßen war und seinem Autor Einfluss und Ansehen verschafft hatte, begann dieser im Juli 1842 die Arbeit an seinem Hauptwerk „Garantien der Harmonie und Freiheit“, das noch im selben Jahr veröffentlicht wurde. Hier führte Weitling die in der Menschheitsschrift verfolgte Argumentation weiter, allerdings unter weit gehender Aussparung religiöser Begründungszusammenhänge (nicht jedoch unter Aussparung religiöser Semantik), denen sich der Autor erst in seinem folgenden Werk wieder zuwenden wird. In den „Garantien der Harmonie und der Freiheit“ argumentiert Weitling vielmehr historisch, indem er zunächst von einem idealisierten gesellschaftlichen Urzustand ausgeht:

Damals bot die reiche Natur dem Menschen seine Bedürfnisse in tausendfachem Überfluß dar. Die Erde war für ihn groß und weit. Er hatte kaum Kenntniss von dem hunderttausendsten Teil derselben; denn er war noch nicht gezwungen, dieselbe seiner Bedürfnisse wegen nach allen Richtungen zu durchkreuzen [...].

Auf die Jagd gehen, essen und trinken, lieben und spielen, waren seine Lieblingsbeschäftigungen; die Begriffe Arbeit und Müßiggang, Sklaverei und Herrschsucht, Eigentum und Diebstahl waren ihm noch unbekannt. [...]

Was der Mensch brauchte, das nahm er, wo er es fand. Hatte jemand ein reichliches Mahl bereitet, so setzte sich der Nachbar uneingeladen dazu; denn das Mein und das Dein waren dem Menschen noch unbekannt.

Es muß doch ein seliges Glück gewesen sein, was der Mensch [...] in der Urzeit der Schöpfung im Paradiese dieser schönen Erde genoß.⁴⁹⁶

Anschließend kommt Weitling auf die Ursachen zu sprechen, die seiner Meinung nach für den Verlust des geschilderten Paradieses verantwortlich sind und die es zum Zweck der Rückgewinnung dieses natürlichen Urzustands zu eliminieren gilt.⁴⁹⁷ Da die Natur hier als die ideale Fürsorgeinstanz für die Menschheit vorgestellt wird, kann nur die Organisation der menschlichen Gesellschaft für den Verlust des Paradieses infrage kommen, Weitling identifiziert den „Sündenfall“ in der Herausbildung der Arbeitsteilung und, daraus abgeleitet, des persönlichen Eigentums,⁴⁹⁸ welches wiederum (als Konsequenz aus Besitzstreitigkeiten) den Anlass für Kriege, Verbrechen, Handel und Geld darstellte.⁴⁹⁹

Im zweiten Teil seiner Schrift konkretisiert Weitling, wie er sich die Rückgewinnung des natürlichen Urzustands vorstellt. Er geht davon aus, dass die menschlichen Begierden die Triebfedern jeder gesellschaftlichen Organisation bilden, und vertritt die Auffassung, dass sich – bezogen auf die gesamte Gesellschaft – vorhandene Begierden und zugängliche Genüsse die Waage halten, wobei die vorhandenen Fähigkeiten zur Erschließung der Genüsse, also zur Befriedigung der Begierden hinreichend sind.⁵⁰⁰ Da diese unterstellte Gesetzmäßigkeit aus-

⁴⁹⁶ Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit, 11. Wolfram von Moritz weist zu Recht auf die Verwandtschaft dieses beschriebenen elysischen Urzustandes mit dem antiken Mythos vom goldenen Zeitalter hin, welches wenige Jahrzehnte vor Weitling im Werk des Frühromantikers Novalis (1772-1802) eine prominente literarische Reflexion erfahren hatte (vgl. Moritz: Wilhelm Weitling, 247 f.; zu Novalis vgl. Mähl, Hans-Joachim: Die Idee des Goldenen Zeitalters im Werk des Novalis. Studien zur Wesensbestimmung der frühromantischen Utopie und zu ihren ideengeschichtlichen Voraussetzungen [1965], Tübingen ²1994).

⁴⁹⁷ Auch dieses triadische Geschichtsbild findet sich so bereits bei Novalis, vgl. etwa das Märchen von Hyacinth und Rosenblüthe in den „Lehrlingen zu Sais“ (Novalis: Schriften. Die Werke Friedrich von Hardenbergs, hg. von Paul Kluckhohn/Richard Samuel, Bd. 1, Darmstadt ³1977, 91-95).

⁴⁹⁸ „Das Eigentum ist die Ursache alles Übels! – Erlöse uns Herr von dem Übel.“ (Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit, 26).

⁴⁹⁹ Vgl. Moritz: Wilhelm Weitling, 246 ff.; Haefelin: Wilhelm Weitling, 32-41; Rivinius: Weitling, Wilhelm, 701.

⁵⁰⁰ „Die Gesamtheit aller menschlichen Begierden ist immer der Gesamtzahl aller vorhandenen Genüsse gleich, durch welche die ersteren erregt werden; und die Gesamtheit der Fähigkeiten aller reicht immer hin, die Summe von Ge-

schließlich mit Blick auf die Gesamtgesellschaft gilt, ist das Individuum, das seine Begierden mittels der eigenen Fähigkeiten nicht befriedigen kann, gezwungen, seine Fähigkeiten mit anderen Individuen auszutauschen; er ist genötigt, sich der Gesellschaft anzuschließen. Um zu verhindern, dass unmäßige Begierden bzw. Bedürfnisse des einen auf Kosten der berechtigten Bedürfnisse des anderen unter Missbrauch der Fähigkeiten aller zu befriedigen versucht werden, muss das persönliche Eigentum zugunsten der Gütergemeinschaft abgeschafft und eine für alle gleiche Arbeitspflicht zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse eingeführt werden:

Vor allem mußte hier die Existenz und das Wohl jedes einzelnen vor den Übergriffen anderer gesichert werden. Dies geschieht durch die Gemeinschaft der Güter und der Arbeit alles dessen, was zum Leben notwendig und nützlich ist.⁵⁰¹

Ausführlich äußert sich Weitling zu den Einzelheiten der angestrebten Gesellschaftsordnung und lässt keinen Zweifel daran, dass sich dieselbe ausschließlich auf revolutionärem Weg erreichen lassen wird.⁵⁰²

Nach Abschluss seines Hauptwerkes plante Weitling in einer Schrift die Vereinbarkeit von Christentum und Kommunismus nachzuweisen. Nachdem er Kenntnis vom Subskriptionsprospekt erlangt hatte, versuchte der Kirchenrat von Zürich, wo sich Weitling in seiner Funktion als Schweizer Vertreter des „Bundes der Gerechten“ gerade aufhielt, das Erscheinen des „Evangeliums der armen Sünder“ zu verhindern. Er wies die Staatsanwaltschaft auf die geplante Schrift hin und erreichte die knapp einjährige Inhaftierung Weitlings,⁵⁰³ die im Mai 1844 mit der Deportation zunächst aus der Schweiz, anschließend aus Preußen endete, woraufhin der unbotmäßige Schriftsteller sich anderthalb Jahre in London aufhielt, bevor er Ende 1846 in New York eintraf.⁵⁰⁴ Während seiner Haft wurde die inkriminierte Schrift unter dem Titel „Evangelium eines armen Sünders“ veröffentlicht.⁵⁰⁵

Bereits in den Eingangsworten wird Weitlings Anliegen klar deutlich – und darüber hinaus der Grund für die harsche Reaktion des Zürcher Kircherats:

Arme Sünder und Sünderinnen! dieß Evangelium ist für euch; *machet daraus ein Evangelium der Freiheit.*

Ihr alle, deren Glaube wankt und deren Wissen noch auf keiner festen Basis ruht, deren Hoffnungsanker auf dem Meer des Zweifels den Grund verliert, kommt und schöpft daraus neuen Muth und neue Hoffnung.

Wenn auch die Deutungen und Auslegungen der Pfaffen und Vorrechtler jeden Funken Liebe für das kirchliche Evangelium in eurer Brust ausgelöscht haben, so weiset doch dieses nicht verächt-

nüssen herbeizuschaffen, welche die Begierden aller zu ihrer Befriedigung verlangen.“ (Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit, 120).

⁵⁰¹ Ebd., 208.

⁵⁰² „Auch unser Prinzip wird sich durch eine Revolution verwirklichen. Diese wird aber in ihren Folgen um so fürchterlicher sein, je länger der jetzige Zustand der Unordnung noch dauert: weil dieser das schreiende Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen und der Bevölkerung immer mehr vermehrt und dadurch eine milde, friedliche, progressive Übergangsperiode immer unmöglicher macht.“ (ebd., 227).

⁵⁰³ Zu Weitlings Wirken in der Schweiz und zur Auseinandersetzung mit der Zürcher Justiz vgl. Haefelin: Wilhelm Weitling, 83-190.

⁵⁰⁴ Bei seiner Abreise aus Europa hatte Weitling seinen Einfluss auf die Arbeiterbewegung weit gehend eingebüßt, wofür eine heftige Auseinandersetzung im Frühjahr 1846 mit Karl Marx, der Weitlings religiöse Argumentationsweisen kategorisch ablehnte, beredtes Zeugnis ist (vgl. Rivinius: Weitling, Wilhelm, 702; Mader: Wilhelm Weitlings politische Theorie, 52-62).

⁵⁰⁵ Moritz: Wilhelm Weitling, 47 f.; 55; 64.

lich zurück, es ist von keinem Heiligen, keinem Pfaffen, keinem Frommen oder Tugendhaften, sondern von einem Sünder.⁵⁰⁶

Weitling fordert in seiner Schrift dazu auf die Exegese des Evangeliums nicht Pfarrern und Konsistorien zu überlassen, sondern sich selbst an Lektüre und Auslegung zu machen und damit die biblischen Potenziale an Glaube, Hoffnung und Liebe⁵⁰⁷ freizulegen, die durch die gängige, seiner Ansicht nach entstellende Exegese oft verschüttet sind. Es geht ihm nicht darum, die Religion zu diskreditieren oder gar abzuschaffen.⁵⁰⁸ Anhand von 723 Verweisen auf Bibelstellen (davon 261 direkte Zitate)⁵⁰⁹ versucht Weitling „den Kommunismus im Christentum abzustützen“ (Jürg Haefelin)⁵¹⁰. Da hier aber keine bislang noch nicht dargestellten sozialen Ideen geäußert werden, mögen die Einzelheiten hier auf sich beruhen.⁵¹¹ Es sei lediglich noch auf ein interessantes, die Entstehung der Evangeliumsschrift möglicherweise mit beförderndes Gespräch hingewiesen, welches Weitling kurz vor der Abfassung dieser Schrift mit Sebastian Seiler führte und welches dieser in seiner 1843 erschienenen, hagiografisch angehauchten Verteidigungsbroschüre zugunsten Weitlings wiedergibt. In dieser Unterredung, die bereits den Geist der Evangeliumsschrift atmet (insbesondere hinsichtlich der Kritik an der gängigen Schriftauslegung und der davon abgeleiteten Christologie), ging es um die Frage, welches wohl das größte Hindernis für den Fortschritt und die Herstellung der Freiheit und Gleichheit sei. Die Gesprächspartner sind sich darin einig,

[...] daß es lediglich der von den Pfaffen eingebläute blinde Offenbarungs- oder Bibelglaube sei, der die rein demokratische Gleichheitslehre der ältesten und größten Denker mißkannt, wo nicht absichtlich verstümmelt und somit den einfältigsten Aberglauben mit allen seinen nachtheiligen Folgen auf der [sic!; PE] Entwicklung aller Lebensgebiete, Industrie etc. etc. erzeugt habe. Man müsse also im Sinne der Fichte- und Hegel'schen Schule dem positiven Christenthume auf den Leib rücken, Christum nur als einen großen Weltreformer darstellen, aus dem sich die Pfaffen schlaue einen *Gott* zugeschnitten hätten und an dessen Menschlichkeit heutzutage kein Schulkind mehr zweifle. Demnächst müsse man an die Stelle der bischöflichen und konsistoriellen verordneten Schulkatechismen eine Art Newyorker Vernunftkatechismus setzen, in welchem man dem Volke in klaren eindringlichen Worten begreiflich zu machen sucht, daß, so lange es sich noch mit Milch, Schnaps, Kartoffeln und der erlogenen Aussicht auf eine Art Muhamedanisches Paradies begnüge, der Mensch eigentlich ein Thier in menschlicher Gestalt bliebe.⁵¹²

⁵⁰⁶ Weitling: Evangelium eines armen Sünders, 9.

⁵⁰⁷ So lauten – wohl unter Bezug auf 1 Kor 13,13 – die Überschriften der ersten drei Kapitel der Evangeliumsschrift.
⁵⁰⁸ „Die Religion muß also nicht zerstört werden, sondern benützt werden, um die Menschheit zu befreien. Das Christenthum ist die Religion der Freiheit, der Mäßigkeit und des Genusses, und nicht die der Unterwerfung, der Verschwendung und Entbehrung.“ (Weitling: Evangelium eines armen Sünders, 19 f.). Nicht nur aufgrund dieser zitierten Passage scheint es dem Autor offensichtlich, dass Weitlings religiöser Rhetorik mehr als nur ein instrumenteller Charakter zuzuschreiben ist (zu dieser Forschungskontroverse vgl. Prüfer: Sozialismus statt Religion, 276 f.; Hölscher: Weltgericht oder Religion, 165-169).

⁵⁰⁹ Vgl. Moritz: Wilhelm Weitling, 261.

⁵¹⁰ Haefelin: Wilhelm Weitling, 93. Zentrale Aussagen finden sich wiederum in den Kapitelüberschriften: „Jesus lehrt die Abschaffung des Eigenthums“ (Weitling: Evangelium eines armen Sünders, 51), „Jesus lehrt die Abschaffung der Erbschaft“ (ebd., 54), „Jesus lehrt die Abschaffung des Geldes“ (ebd., 58), „Jesus lehrt die Abschaffung der Strafen“ (ebd., 60), „Das Prinzip der Lehre Jesu ist die Gemeinschaft der Arbeiten und Genüsse“ (ebd., 63), „Das Prinzip Jesu ist das Prinzip der Freiheit und Gleichheit“ (ebd., 66), „Jesus verläugnet die Familie“ (ebd., 90), „Jesus predigt den Krieg“ (ebd., 92).

⁵¹¹ Für weitere Informationen zu dieser Schrift vgl. Haefelin: Wilhelm Weitling, 92-98; Moritz: Wilhelm Weitling, 260-270.

⁵¹² Seiler: Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich, 23 f.

Ferdinand Lassalle (1825-1864)

Während Rodbertus sein kommunistisches Gesellschaftskonzept nicht als in seiner Zeit realisierbar ansah und daher in eine unbestimmte Zukunft verschob, während Weitling in der Schweiz mit der Institutionalisierung des „Bundes der Gerechten“ scheiterte, gebührt dem jüdischen Philosophen, Schriftsteller und Politiker Ferdinand Lassalle das Verdienst mit dem ADAV die erste tragfähige landesweite Organisationsstruktur der deutschen Arbeiterbewegung seit der „Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung“ von 1848/49 geschaffen zu haben und damit Entscheidendes zur Begründung einer starken und dauerhaften Interessenvertretung der rasch wachsenden Schicht der Industriearbeiterschaft (sowie der Handwerksgehilfen) beigetragen zu haben.

Nach dem Studium in Breslau und Berlin, wo er von der Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770-1831) geprägt wurde, beeinflusst von den Lehren Blancs⁵¹³ und Proudhons, trat Lassalle erstmals im Revolutionsjahr 1848/49 ins Bewusstsein einer größeren Öffentlichkeit, als er, in Verbindung mit Marx’ „Neuer Rheinischer Zeitung“ stehend, im Rheinland nach seiner Agitation für eine demokratische Verfassung wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand angeklagt wurde. Mit der Veröffentlichung seiner Verteidigungsrede⁵¹⁴ führte er seine Agitation geschickt mit anderen Mitteln fort.⁵¹⁵

Als Anfang der 1860er Jahre während des preußischen Heeres- und Verfassungskonflikts und nach der am 23. September 1862 erfolgten Regierungsübernahme durch Otto Fürst von Bismarck (1815-1898) wieder Forderungen nach dem allgemeinen Wahlrecht laut wurden (von Bismarck nicht zuletzt als Affront gegen Österreich eingesetzt), sah Lassalle die Zeit für die Organisation der Arbeiterschaft in einer vom politischen Liberalismus unabhängigen Partei gekommen. Er engagierte sich programmatisch⁵¹⁶ und praktisch für dieses Ziel, sodass er – ebenso wie Rodbertus – vom Vorbereitungskomitee für den Leipziger Arbeiterkongress von 1863 um eine Darlegung seiner Ansichten gebeten wurde.⁵¹⁷

Bereits in seinem ein Jahr früher entstandenen „Arbeiterprogramm“ hatte Lassalle deutlich gemacht, welche herausragende Rolle der Arbeitstand nach seinem Gesellschaftsmodell künftig zu spielen habe. Das liberale Staatsverständnis ablehnend und dabei eine wirkungsvolle Meta-

⁵¹³ Vgl. dazu Kleinwächter: Lassalle und Louis Blanc.

⁵¹⁴ Lassalle, Ferdinand: Meine Assisen-Rede gehalten vor den Geschwornen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage die Bürger zur Bewaffnung gegen die Königliche Gewalt aufgereizt zu haben, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 7-81.

⁵¹⁵ Vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 128 f.

⁵¹⁶ Vgl. z. B. Lassalle, Ferdinand: Arbeiterprogramm. Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (1862), in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 137-172. Diese Schrift geht auf eine Rede Lassalles vor Oranienburger Maschinenbauarbeitern zurück (vgl. Brakelmann: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, 83).

⁵¹⁷ Vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 130. Unter den Liberalen gab es weit Blickende, die Lassalles Talent und seinen zunehmenden Einfluss auf die Arbeiterschaft erkannten. Mit Wilhelm Röhrich wandte sich einer von diesen ebenfalls an das Leipziger Vorbereitungskomitee: „Nicht blos Herr Lassalle, sondern in erster Linie Schulze-Delitzsch und wir alle, die der von Herrn Lassalle verworfenen Richtung angehören, erkennen, daß Ihre Stellung, meine Herrn, nicht nach jenem Maße der Gerechtigkeit gemessen ist, aber wir erachten Herrn Lassalle’s Weg nicht für den richtigen. Wir streben Zustände an, die ein selbstbewusstes, kräftiges Bürgerthum schaffen, wir wollen keine Dienste vom Staate, die wir uns selbst schaffen können, wir wollen den Staatsangehörigen keine Sorge abgenommen wissen auf Staatskosten, denn kein Dienst ist umsonst und die des Staates müssen auch bezahlt werden, wer für sich selbst sorgt, steht da als selbstständiger Mensch und füllt seinen Platz aus in der Gesellschaft und die Sorge für sich selbst gibt ihm das Bewusstsein seines eigenen Werthes.“ (Röhrich: Offenes Sendschreiben an die deutschen Arbeiter, 12).

pher prägend,⁵¹⁸ die auch bei der Diskussion um die Sozialversicherung eine gewichtige Rolle spielen würde,⁵¹⁹ sieht er den wahren Staatszweck in der Freisetzung und Entwicklung der sittlichen Potenziale der Menschen durch die Vereinigung der Individuen:

Der Zweck des Staats ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu *schützen* [...]; der Zweck des Staats ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, *solche Zwecke*, eine solche *Stufe des Daseins* zu erreichen, die sie *als* einzelne nie erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von *Bildung, Macht und Freiheit* zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unersteiglich wäre. Der Zweck des Staates ist somit der, das menschliche Wesen zur *positiven Entfaltung* und *fortschreitenden Entwicklung* zu bringen, mit andern Worten, die menschliche *Bestimmung*, das heißt die Kultur, deren das Menschengeschlecht *fähig ist, zum wirklichen Dasein* zu gestalten; er ist die *Erziehung und Entwicklung* des Menschengeschlechts zur Freiheit.⁵²⁰

Den Arbeiterstand sieht Lassalle zum herrschenden Stand bestimmt, dazu berufen, diese von ihm erkannte Staatsidee durchzusetzen. Damit der Arbeiterstand dieser Aufgabe gerecht werden kann, gilt es sein Selbstbewusstsein, seine Selbstdarstellung und nicht zuletzt seine Interessenvertretung auf diese Mission abzustellen, denn: „*Sie* [die angesprochenen Arbeiter; PE] sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!“⁵²¹ Auch die von Lassalle immer wieder erhobene Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht leitet sich von dieser historisch-sittlichen Mission⁵²² des Arbeiterstandes ab.

Um seine Vorschläge zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen seiner Zeit zu untermauern, greift Lassalle die gängige Vorstellung vom Eigentum an:

Das Eigentum ist Fremdtum geworden [...] Gerade heute herrscht unter dem bloßen Scheine individueller Erzeugung eine sich unausgesetzt durch den Zufall von neuem bestimmende Verteilung des Eigentums durch die rein objektiven Bewegungen der Gesellschaft, eine Verteilung des Ei-

⁵¹⁸ „Dies ist eine Nachtwächteridee [...], eine Nachtwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat selbst nur unter dem Bilde eines Nachtwächters denken kann, dessen ganze Funktion darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten. Leider ist diese Nachtwächteridee nicht nur bei den eigentlichen Liberalen zu Haus, sondern selbst bei vielen angeblichen Demokraten, infolge mangelnder Gedankenbildung, oft genug anzutreffen. Wollte die Bourgeoisie konsequent ihr letztes Wort aussprechen, so müßte sie gestehen, daß nach diesen ihren Gedanken, wenn es keine Räuber und Diebe gebe, der Staat überhaupt ganz überflüssig sei.“ (Lassalle: Arbeiterprogramm, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 137-172, 168).

⁵¹⁹ Vgl. dazu Abschnitt IV.3.2.

⁵²⁰ Lassalle: Arbeiterprogramm, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 137-172, 168 f. Dieser gegen die liberale Staatsidee gerichtete Ansatz machte Lassalle für viele (nicht zuletzt christliche) Konservative interessant, die in ihm einen willkommenen Mitstreiter gegen den Liberalismus sahen, wie ein Ausschnitt aus den katholischen „Historisch-Politischen Blättern“ zeigt: „Gälte es aber auch nicht, für den vierten Stand ein ungerechtes Joch zu brechen, wozu nur das allgemeine und direkte Wahlrecht führen kann, so läge dieß schon in der richtigen Auffassung vom sittlichen Zweck des Staates. Lassalle beweist nämlich, daß bei der Bourgeoisie die Staatsidee selbst grundfalsch ist. [...] Man wird bald bemerken, daß diese [Lassallesche; PE] Definition des Staats im Sinne der alten christlichen Gesellschaftsordnung ganz unverfänglich war. Die alte Ordnung aber hat der Liberalismus abgebrochen, und nun soll durch das ‚allgemeine und direkte Wahlrecht‘ eine neue Gesellschaftsordnung aufgebaut werden, welche vor Allem die untern Klassen in den Staatszweck aufnimmt.“ (Das neueste Zerwürfnis der Liberalen über die sociale Frage, in: Historisch-Politische Blätter 52 [1863], 56-80, 69 f.; zit. nach Katholizismus und wirtschaftlicher Liberalismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, 32).

⁵²¹ Lassalle: Arbeiterprogramm, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 137-172, 170 (offensichtlich Anspielung auf Mt 16,18).

⁵²² Die ganz ähnlichen Gedanken von Karl Marx und Friedrich Engels über die historisch fundierte Führungsrolle der Arbeiterklasse (vgl. Dies.: Deutsche Ideologie [1845/46], in: Dies.: Werke, Bd. 3, 47) konnte Lassalle noch nicht kennen, obwohl er sich ganz ähnlicher Terminologie bediente (vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 134).

gentums von gesellschaftswegen. Gerade heute herrscht ein anarchischer Sozialismus! Dieser anarchische Sozialismus ist das – bürgerliche Eigentum. Was also der Sozialismus will, ist nicht das Eigentum aufheben, sondern im Gegenteil individuelles Eigentum erst einführen!⁵²³

Von dieser originellen Argumentation ausgehend, fordert Lassalle in Anlehnung an Louis Blanc staatliche Unterstützung für die Errichtung von Arbeiterassoziationen, mit deren Hilfe die angestrebte Umwandlung von Fremd- in Eigentum realisiert werden soll, indem dort – ähnlich wie auch von Rodbertus vorgeschlagen – persönliches Eigentum aufgrund eigener Arbeit erworben und vermehrt werden kann. Von den ähnlich strukturierten Produktivgenossenschaften Schulze-Delitzschs grenzt sich Lassalle scharf ab,⁵²⁴ da er dieses auf dem Kapitaleinsatz der Genossenschaftsmitglieder beruhende Modell nicht für funktionsfähig hält, was er mit Verweis auf das *eherne Lohngesetz* nachzuweisen versucht.⁵²⁵

Das bereits erwähnte Lohngesetz basiert auf der Arbeitswertlehre David Ricardos (1772-1823)⁵²⁶ und wurde von Lassalle in Deutschland popularisiert:

*Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.*⁵²⁷

Um aus diesem Korsett auszubrechen, das die Arbeiter um die Früchte ihrer Arbeit bringt, müssen die Arbeiter selbst zu Unternehmern werden, um künftig nicht mehr nur auf den Arbeitslohn verwiesen zu sein, sondern vielmehr am gesamten Arbeitsertrag partizipieren zu können. Wie auch Schulze-Delitzsch war Lassalle der Meinung, dies (zunächst)⁵²⁸ am besten mittels Produktivgenossenschaften, die Lassalle Arbeiterassoziationen nennt, verwirklichen zu können. Um zu den bestehenden Wirtschaftsunternehmen wirksam in Konkurrenz treten zu können, müssen die Arbeiterassoziationen allerdings nicht nur in großem Stil, sondern vor allem auch auf dem Gebiet der fabrikmäßigen Großproduktion errichtet werden, was die finanziellen und intellektuellen Möglichkeiten der Arbeiter weit übersteigen würde. Zur Lösung dieses Problems möchte Lassalle den Staat in die Pflicht nehmen:

Ebendeshalb ist es Sache und Aufgabe *des Staates*, Ihnen dies zu *ermöglichen*, die große Sache der *freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd* in seine Hand

⁵²³ Lassalle, Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit (1864), in: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, hg. und eingeleitet von Eduard Bernstein, Bd. 5, Berlin 1919, 7-355, 296 f. (zit. nach Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 137).

⁵²⁴ Lassalle empfiehlt der entstehenden Arbeiterbewegung eine ebenso scharfe Abgrenzung zur liberalen Fortschrittspartei (vgl. Ders.: Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig [im Folgenden nur: Offenes Antwortschreiben] [1863], in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 219-247, 219-223).

⁵²⁵ Vgl. Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, 137 f. Expressis verbis wendet sich Lassalle gegen die übrigen Genossenschaftstypen aus Schulze-Delitzschs Genossenschaftsprogramm. Für die Produktivgenossenschaften gilt indes die von Lassalle kritisierte Fundierung auf Selbsthilfe (statt auf Staatshilfe) gleichermaßen.

⁵²⁶ Vgl. Ricardo: On the Principles of Political Economy and Taxation.

⁵²⁷ Lassalle: Offenes Antwortschreiben, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 219-247, 228.

⁵²⁸ Mit Günter Brakelmann bleibt festzuhalten, dass Lassalle im Assoziationsprinzip lediglich eine „Übergangserscheinung zur vollständigen sozialistischen Gesellschaft“ gesehen hat, nicht jedoch – wie Schulze-Delitzsch – das Patentrezept zu Lösung der sozialen Frage (vgl. Brakelmann: Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert, 145 [hier auch Zitat]).

zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die *Mittel und Möglichkeit* zu dieser Ihrer *Selbstorganisation und Selbstassoziation* zu bieten.⁵²⁹

Lassalle sieht im Staat „*der ärmeren Klassen [...] große Assoziation*“, besteht er doch zu mehr als 96 Prozent aus Personen „in gedrückter, dürftiger Lage“. Demzufolge ist die staatliche Unterstützung für die angestrebten Arbeiterassoziationen (z. B. in Form von Krediten, Zinsgarantien, Rechtsaufsicht) eine im Interesse nahezu aller Staatsangehörigen liegende Maßnahme, könnten doch fast alle Staatsangehörigen von den Assoziationen entscheidend profitieren. Da derzeit diese übergroße Mehrheit kaum Möglichkeiten hat ihre Interessen und Ansprüche wirksam zu vertreten bzw. durchzusetzen, fordert Lassalle die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts – und zwar auf friedlichem Wege.⁵³⁰

Da das allgemeine Wahlrecht ohne eine eigenständige politische Interessenvertretung wertlos ist, engagierte sich Lassalle bis zu seinem Tod als Präsident des 1863 gegründeten ADAV für den Aufbau einer einheitlichen und schlagkräftigen Arbeiterpartei,⁵³¹ allerdings ohne dass sich der gewünschte schnelle Erfolg einstellte, woran auch mit Bismarck geführte Gespräche bzw. ausgetauschte Briefe nichts ändern konnten.⁵³²

⁵²⁹ Lassalle: Offenes Antwortschreiben, in: Ders.: *Ausgewählte Reden und Schriften*, 219-247, 236. Tatsächlich kam es 1864 auf Fürsprache Bismarcks und seines sozialkonservativen Mitstreiters Hermann Wagener (1815-1889) sowie unter Einbeziehung Lassalles, der diesem Projekt allerdings ablehnend gegenüberstand (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 71, FN 3), zu einer Beihilfe aus der Schatulle des preußischen Königs für eine (ein Jahr später bankrotte) Produktivgenossenschaft schlesischer Weber in Wüstegiersdorf am westlichen Rand des Eulengebirges (vgl. Reidegeld: *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland*, 184; Ritter: *Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts*, 29; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 19-31; 33; 41; 45; 49; 58). Bismarck war auch später noch gegenüber einer staatlichen Förderung von Produktivgenossenschaften offen, wie er am vor dem Reichstag am 17.09.1878 erklärte: „[...] die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften – das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. [...] in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Assoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen.“ (StBRt IV/1 [1878], 69/I f.).

⁵³⁰ Vgl. Lassalle: Offenes Antwortschreiben, in: Ders.: *Ausgewählte Reden und Schriften*, 219-247, 222 f.; 241 (hier auch Zitate); 246. Da er bereits Erfahrungen mit Anklagen wegen Aufrufs zur Aufruhr gemacht hatte, vermied Lassalle eindeutige Aussagen darüber, ob seine Ziele nötigenfalls nicht vielleicht doch mittels eines revolutionären Umsturzes anzustreben seien (zu Lassalles Revolutionsverständnis vgl. Hölscher: *Weltgericht oder Revolution*, 203-206).

⁵³¹ „Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen. Die *Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands* – dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann.“ (ebd., 222).

⁵³² Vgl. dazu Mayer: *Bismarck und Lassalle*; Na'aman: *Lassalles Beziehungen zu Bismarck, ihr Sinn und Zweck*. Bismarck vor dem Reichstag am 17.09.1878 über seine Begegnungen mit Lassalle: „Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn [...] im ganzen dreimal, meinethalben viermal (gesehen) [...] er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, (große Heiterkeit) aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. [...] Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. [...] Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyirung desselben.“ (StBRt IV/1 [1878], 67/II ff.).

1.2.3. Bürgerliche Sozialreform und „Kathedersozialismus“

Am Schnittpunkt von protestantisch-liberalem und protestantisch-konservativem Milieu angesiedelt und daher nicht eindeutig einem dieser Milieus zuzuordnen, sondern vielmehr als separater sozialer Wirkungsbereich auszuweisen ist das soziale Engagement des Bildungsbürgertums (herauszuheben sind hier Beamte, Wissenschaftler und Vertreter der Kirchen), das gemeinhin als bürgerliche Sozialreform bezeichnet wird.⁵³³ Ihren Ausgangspunkt nahm sie im Vormärz und erhielt 1844 ihre erste institutionelle Ausformung im bereits erwähnten, in Reaktion auf den schlesischen Weberaufstand und im Anschluss an die erste allgemeine Gewerbe- und Industrieausstellung der deutschen Bundes- und Zollvereinsstaaten (Berlin 1844) entstandenen „Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“.⁵³⁴

Den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit und vor allem ihrer Wahrnehmung und ihres Einflusses erlebte die bürgerliche Sozialreform ab 1872, als im Oktober aus dem „Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ der „Verein für Socialpolitik“⁵³⁵ hervorging. Nunmehr stärker akademisch (v. a. wirtschaftswissenschaftlich) ausgerichtet, versuchte der neue Verein eine Plattform für die wissenschaftlich begründete Suche nach einem Weg zwischen Wirtschaftsliberalismus und Sozialismus zu sein. Obwohl seine herausragenden Vertreter wie etwa die Nationalökonom Gustav Schmoller (1838-1917), Adolph Wagner (1835-1917), Lujo Brentano (1844-1931), Adolf Held (1844-1880) und Gustav Schönberg (1839-1908) verschiedene Strömungen repräsentierten, verband die Mitglieder des Vereins die Einsicht, dass die Kluft zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen besitzenden und besitzlosen Klassen schleunigst mittels sozialen Reformen überbrückt werden müsse. Die Arbeiter seien in die Gesellschaft zu integrieren und dadurch von einem gewaltsamen Umsturz abzuhalten. In Abgrenzung vom eher wirtschaftsliberalen „Kongress deutscher Volkswirte“,⁵³⁶ wo man als Rezept gegen die sozialen Missstände vor allem auf die wirtschaftlichen Selbstheilungskräfte setzte, bestanden die Mitglieder des „Vereins für Socialpolitik“ auf einer aktiven Rolle des Staates bei der Lösung der sozialen Frage.⁵³⁷ Dies brachte sie in Übereinstimmung mit einer wichtigen Forderung aus dem sozialistischen Lager⁵³⁸ und trug ihnen die spöttische Bezeichnung *Kathedersozialisten*

⁵³³ Zum Begriff vgl. Bruch: Einführung, 11 ff.; einen guten Überblick bietet auch Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 370 ff.

⁵³⁴ Zu diesem 1844 unter dem Patronat des preußischen Königs gegründeten Verein vgl. Reulecke: Sozialer Frieden durch soziale Reform; Lette: Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen; zur Zielsetzung des Vereins auch Adickes: Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, 563-568. Zur ersten Phase bürgerlicher Sozialreform vgl. Reulecke: Die Anfänge der organisierten Sozialreform in Deutschland.

⁵³⁵ Zum „Verein für Socialpolitik“ vgl. Lindenlaub: Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik; Boese: Geschichte des Vereins für Socialpolitik 1872-1932; Plessen: Die Wirksamkeit des Vereins für Socialpolitik von 1872-1890; Eidenmüller: Betriebswirtschaftlich relevante Theorien der Kathedersozialisten, 15-66; Sellier: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert, 61-65; Conrad: Der Verein für Socialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage.

⁵³⁶ Zum Verhältnis zwischen dem „Kongress deutscher Volkswirte“ und dem „Verein für Socialpolitik“ vgl. Held, Adolf: Der volkswirtschaftliche Kongreß und der Verein für Socialpolitik.

⁵³⁷ Vgl. Bruch: Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, 61 f.; Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 59; Prenk: Die Kirchen vor der Herausforderung der sozialen Frage, 36 f.

⁵³⁸ Ansonsten standen sie sozialistischen Forderungen durchaus fern: „Unzufrieden mit unseren bestehenden sozialen Verhältnissen, erfüllt von der Notwendigkeit der Reform, predigen wir doch keine Umkehr der Wissenschaft, keinen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, wir protestieren gegen alle sozialistischen Experimente.“ (Schmoller: Eröffnungsrede des Vereins für Socialpolitik, 122).

ein,⁵³⁹ die zunehmend auch als Selbstbenennung akzeptiert und verwendet wurde,⁵⁴⁰ sodass sich schließlich sogar Bismarck als Kathedersozialist bezeichnen konnte.⁵⁴¹

Im Staat sehen die Kathedersozialisten nicht lediglich „ein notwendiges, möglichst zu beschränkendes Übel“, sondern vielmehr „das großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts“. Sie befürworten „eine starke Staatsgewalt, welche, über den egoistischen Klasseninteressen stehend, die Gesetze gebe, mit gerechter Hand die Verwaltung leite, die Schwachen schütze, die unteren Klassen hebe“⁵⁴².

Den Staat bei den einzuleitenden sozialen Reformen durch wissenschaftliche Begründung, Beratung und Begleitung zu unterstützen war das Hauptanliegen der Kathedersozialisten. Sie entstammten mehrheitlich der so genannten jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie mit Gustav Schmoller⁵⁴³ als ihrem führenden Vertreter, die sich vom bislang nahezu unangefochten herrschenden Wirtschaftsliberalismus gelöst hatte, um statt allgemeingültiger, unänderlicher wirtschaftlicher Gesetze das Eigengewicht, die historische Prägung und vor allem die Steuerbarkeit der einzelnen Volkswirtschaften und Wirtschaftszweige zu betonen. Außerdem berücksichtigte sie neben dem Produktions- nun auch stärker den Distributionssektor und leitete daraus die ethische Pflicht ab, wissenschaftlich fundierte Ansätze für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu formulieren und dahin zu wirken, diese Ansätze in staatliches Handeln zu überführen. Insofern machte es sich die Nationalökonomie zur Aufgabe, auf den Ausgleich von Klassengegensätzen hinzuwirken, womit ein weiterer Schnittpunkt mit Forderungen aus dem sozialistischen Milieu benannt wäre.⁵⁴⁴ Am Werk von Gustav Schmoller wird darüber hinaus auch deutlich, dass er ebenso wie die meisten sozialistischen Denker die herrschenden sozialen Verwerfungen und sich verschärfenden Klassengegensätze auf Arbeitsteilung und persönliches Eigentum zurückführte.⁵⁴⁵

⁵³⁹ Diese Titulierung wurde zuerst von dem liberalen Publizisten und Staatswissenschaftler Heinrich Bernhard Oppenheim in einem Beitrag mit dem Titel „Manchesterschule und Katheder-Sozialismus“ für die liberale Berliner „Nationalzeitung“ vom 17.12.1871 verwendet (Separatdruck: Oppenheim: Der Katheder-Sozialismus, 33-41). Charakteristisch für die liberale Kritik an den Kathedersozialisten ist eine Aussage Ludwig Bambergers: „Katheder-Sozialisten nennt man heute in Deutschland diejenigen Lehrer und Verbreiter der Volkswirtschaft, welche zwar nicht mit den eigentlichen Sozialdemokraten unter Führung der bekannten Sektenthäuptlinge zusammengehen, aber mit diesen doch in der Hauptsache übereinstimmen, daß sie eine ‚soziale Frage‘ in deren Sinn als zu Recht bestehend anerkennen. Eine soziale Frage in diesem vollen Sinn existiert nämlich vernünftiger Weise nur für den, welcher auch eine *soziale Antwort* kennt. Die soziale Frage, so gefaßt, ist gleichbedeutend mit der Antwort: daß es systematisch möglich sei, alles wirtschaftliche Elend, die Armuth im eigentlichen Sinn, aus der Welt zu schaffen; daß bisher die Welt nur mangels der Entdeckung des richtigen Systems so schlecht bestellt gewesen – und daß der betreffende Verkünder der sozialen Frage mit der Erkenntniß der Antwort, d. h. des erlösenden Systems, thatsächlich versehen sei.“ (Bamberger: Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkte des Vereinsrechtes, 30 f.; in diesem Sinne auch Block: Die Quintessenz des Kathedersozialismus).

⁵⁴⁰ Adolph Wagner definierte den Kathedersozialismus 1912 so: „Der ‚Kathedersozialismus‘ ist nicht das, was man eine einheitliche wissenschaftliche Richtung nennen könnte [...]. Er ist [...] eine Vereinigung von ganz verschiedenen theoretischen Ansichten. Der einzige Vereinigungspunkt [...] ist eine Negation: die Ueberzeugung, daß das reine *laissez faire, laissez passer* im wirtschaftlichen Leben nicht das richtige enthalte.“ (Wagner: Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus, 13).

⁵⁴¹ Gustav Schmoller berichtet, Bismarck habe 1875 ihn gegenüber geäußert, „*er sei eigentlich auch Kathedersozialist, habe nur noch keine Zeit dazu*“ (vgl. Schmoller: Briefe über Bismarcks sozialpolitische und volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung, 753 [hier auch Zitat]).

⁵⁴² Schmoller: Eröffnungsrede des Vereins für Sozialpolitik, 120 f.

⁵⁴³ Zu Schmoller vgl. Backhaus (Hg.): Gustav von Schmoller und die Probleme von heute; Harnisch: Gustav von Schmoller und der gesellschaftliche Wandel seiner Zeit; Kaufhold: Gustav von Schmoller (1838-1917) als Historiker, Wirtschafts- und Sozialpolitiker und Nationalökonom; Priddat: Die andere Ökonomie; Richter: Bridging Old and New Institutional Economics.

⁵⁴⁴ Vgl. Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 59 f.

⁵⁴⁵ Vgl. Schmoller: Die soziale Frage, Buch 1, Kapitel 1; 2.

Neben Schmoller als dem „gemäßigt konservativen Sozialreformer“ (Rüdiger vom Bruch)⁵⁴⁶ und spiritus rector der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie waren im „Verein für Socialpolitik“ auch andere Strömungen vertreten,⁵⁴⁷ für die hier noch zwei Beispiele gegeben werden sollen.

Zum einen wäre der konservative Nationalökonom und Staatswissenschaftler Adolph Wagner⁵⁴⁸ zu nennen, der weit gehend mit den Lehren Karl Marx' einverstanden wie überzeugter Verfechter einer Abschaffung des Grundeigentums war. Wenn er nicht zum Marxisten, sondern zum konservativen Staatssozialisten wurde, dann vor allem durch seine Herkunft, seine Stellung als Universitätsprofessor (in Dorpat, Freiburg und Berlin), seinen Nationalismus und seine Bewunderung Bismarcks. Wagner setzte sich für die Verstaatlichung von Produktionsmitteln und des Verkehrssektors ein und gab mit seinen finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen wichtige Anregungen für die preußische Steuerreform unter Finanzminister Johannes von Miquel Anfang der 1890er Jahre.⁵⁴⁹

Anlässlich seiner berühmten Rede am letzten Tag der kirchlichen Oktoberversammlung (10.-12. Oktober 1871) zu den Aufgaben der Zeit⁵⁵⁰ in der Berliner Garnisonkirche als Korreferent von Johann Hinrich Wichern machte Wagner seine Ansicht vom Wesen und der Aufgabe der Nationalökonomie deutlich:

Meine Auffassung geht [...] darauf hinaus, daß die Nationalökonomie wieder mehr den Charakter und die Bedeutung einer *ethischen* Wissenschaft erhalten müsse, um die sociale Frage richtig behandeln zu können.⁵⁵¹

Von einer solchermaßen verstandenen Nationalökonomie ausgehend, entwickelte Wagner als einer ihrer führenden Vertreter seine Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage. Zuerst rief er die Versammlung zu der von vielen Zuhörern vermutlich als Zumutung empfundenen Anerkennung der sozialistischen Kritik am herrschenden Wirtschaftssystem auf, insofern diese sich gegen den Manchesterkapitalismus, die absolute Erwerbsfreiheit, die unumschränkte Anerkennung des Privateigentums und die Ablehnung jeglicher sittlicher Verantwortung des Einzelnen richtet.⁵⁵² Demgegenüber appellierte Wagner an die sittlichen Pflichten der Unterneh-

⁵⁴⁶ Bruch: Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, 73.

⁵⁴⁷ Diese unterschiedlichen Ansichten führten nicht selten zu Spannungen zwischen den Vereinsmitgliedern, sodass ab 1881 bei den Vereinsverhandlungen Abstimmungen unterblieben (vgl. Tennstedt: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 369; vgl. dazu auch Lindenlaub: Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik).

⁵⁴⁸ Zu Wagner vgl. Heilmann: Adolph Wagner – ein deutscher Nationalökonom im Urteil seiner Zeit; Machtan: Adolph Wagner und die Gründung des Vereins für Socialpolitik; Kandel: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts, 119-128; Weigand: Wagner, Adolph Heinrich Gotthilf; Backhaus (Hg.): Essays on Social Security and Taxation.

⁵⁴⁹ Vgl. Bruch: Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, 69 ff.; Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 61 f.; Weigand: Wagner, Adolph Heinrich Gotthilf, 1426 ff.

⁵⁵⁰ Zur kirchlichen Oktoberversammlung vgl. Uecker: Die kirchliche Oktoberversammlung 1871 zu den Aufgaben der Zeit; Friedrich: Adolph Wagner und die Kirchliche Oktoberversammlung vom 10. bis 12. Oktober 1871 in Berlin, 153 ff.; Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 923 ff. Wagners Einschätzung der Versammlung: „Die unerträgliche Streitsucht der Pastoren der lutherischen Richtung über Quark und Nebendinge hat die Versammlung in ihrer Hauptaufgabe resultatlos gemacht.“ (Rubner [Hg.]: Adolph Wagner. Briefe – Dokumente – Augenzeugenberichte 1851-1917, 102). Wagners Rede wurde auch vom Erfinder der Bezeichnung *Kathedersozialismus* eingehend rezensiert (vgl. Oppenheim: Der Katheder-Sozialismus, 54-62), worauf Wagner mit einer Entgegnung antwortete (Ders.: Offener Brief an Herrn H. B. Oppenheim), die wiederum Oppenheim nicht unbeantwortet ließ (Ders.: Der Katheder-Sozialismus, 63-71; 72-84).

⁵⁵¹ Wagner: Rede über die sociale Frage, 128.

⁵⁵² Vgl. ebd. 129 ff.

mer, der höheren, wohlhabenden Schichten im Allgemeinen sowie des Staates, sich für die „Hebung der unteren Classen“, d. h. zunächst ihrer wirtschaftlichen, anschließend auch ihrer geistigen und sittlichen Verfassung stark zu machen.⁵⁵³

Der zentralen Forderung der Arbeiterschaft Lassallescher Prägung nach Einrichtung von Produktivgenossenschaften in großem Stil mit staatlicher Unterstützung kann Wagner seine Sympathie nicht verwehren, bezweifelt aber, dass genügend geeignetes Personal zu Führung und Beaufsichtigung solcher Unternehmen vorhanden ist. Vergleichsweise leichter zu erreichen ist hingegen eine Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn durch die Ausschüttung von Gewinnanteilen. Weiterhin begrüßt er ausdrücklich die Bestrebungen zur Erhöhung des Arbeitslohns, zur Verminderung der Arbeitszeit, zur Einrichtung eines Arbeiterversicherungswesens (wozu anfangs vermutlich staatlicher Zwang vonnöten sein wird), zur Einführung einer staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung, zur Förderung von Konsum- und Wohnungsbauvereinen, zur geistigen, sittlichen und religiösen Bildung der Arbeiter (v. a. durch ein besseres Volksschulwesen)⁵⁵⁴ sowie zu einer sozialen Steuerreform (v. a. Reduzierung der indirekten Steuern auf Waren des täglichen Bedarfs, Kompensation durch höhere direkte Steuern bei Garantie des persönlichen Eigentums- und des Erbrechts).⁵⁵⁵

Nach dieser Rede bewegte sich Wagner immer weiter auf den konservativen Protestantismus zu. Er war 1877 an der Gründung von Rudolf Todts und Adolf Stoeckers „Central-Verein für Social-Reform auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage“ mit seinem Organ „Staats-Socialist“ sowie ein Jahr später auch an der Gründung der „Christlich-Sozialen Arbeiterpartei“ beteiligt, der er 1881, als sie sich in „Christlich-Sozialen Partei“ umbenannt hatte, beitrug. Im Jahr darauf nahm er allerdings einen deutschkonservativen Sitz im preußischen Abgeordnetenhaus an.⁵⁵⁶ Später gehörte Wagner zu den herausragenden Ideengebern des „Evangelisch-Sozialen Kongresses“ (ESK, gegründet 1890), der ihn zu seinem Präsidenten bzw. Ehrenpräsidenten machte.⁵⁵⁷

Von Wagners Auffassungen (und auch von denen Schmollers⁵⁵⁸) wichen die Positionen des sozialliberalen Nationalökonomen Lujo Brentano⁵⁵⁹ in wesentlichen Punkten ab. Brentano, der sich für die Stärkung der Gewerkschaften einsetzte⁵⁶⁰ und die Bedeutung der Selbsthilfe her-

⁵⁵³ Vgl. ebd., 132-136; 147 (hier auch Zitat).

⁵⁵⁴ Heftig kritisiert Wagner „die von kirchlicher und politisch-conservativer Seite ausgehenden Publicationen“ mit ihrer „oft ganz einseitig und geschmacklos hervortretenden Tendenz“, denn „unsere Arbeiterkreise kann man nicht mit Tractätchen-Literatur überzeugen“ (ebd., 160).

⁵⁵⁵ Vgl. ebd., 153-162.

⁵⁵⁶ Vgl. Friedrich: Adolph Wagner und die Kirchliche Oktoberversammlung vom 10. bis 12. Oktober 1871 in Berlin, 156.

⁵⁵⁷ Zum ESK vgl. Heienbrok/Przybylski/Segbers (Hg.): Protestantische Wirtschaftsethik und Reform des Kapitalismus; Kretschmar: Der Evangelisch-Soziale Kongreß; Strathmann-von Soosten: Der evangelisch-soziale Kongreß 1890-1904; Kranich: Die Sächsische Evangelisch-Soziale Vereinigung.

⁵⁵⁸ „Wir waren beide sowohl für das Wirken freier Organisationen als auch für das Eingreifen des Staates, wo der sich selbst überlassene einzelne zu schwach war, seine Persönlichkeit zu wahren und seine Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Aber unsere Stellung zu beiden war doch wohl von Anfang an umgekehrt. Meine englischen Studien [Brentano: Die Arbeitergilden der Gegenwart; PE] hatten mich dazu geführt, die Hoffnung für das Aufsteigen der arbeitenden Klassen in erster Linie in das freie Wirken ihrer Organisationen zu setzen, während es Schmoller weit mehr darauf ankam, dem Staate die Rolle eines Beschützers der Schwachen zuzuweisen.“ (Brentano: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?, 14 f.).

⁵⁵⁹ Zu Brentano vgl. Sheehan: The Career of Lujo Brentano; Ders.: Lujo Brentano; Barich: Lujo Brentano als Sozialpolitiker; Wernert: Lujo Brentano als Sozialpolitiker.

⁵⁶⁰ Vgl. Brentano, Lujo: Die Arbeitergilden der Gegenwart, 2 Bde., Leipzig 1871/72; Ders.: Geschichte und Wirken eines deutschen Gewerkvereins [Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker; PE].

vorhob,⁵⁶¹ setzte sich ebenso wie die übrigen Kathedersozialisten kritisch, aber ernsthaft mit den von sozialistischen Denkern vertretenen sozialen Ideen auseinander.⁵⁶² Brentano stimmt mit ihnen überein, „dass von einer Lösung der Arbeiterfrage keine Rede sein kann, so lange den Arbeitern nicht ermöglicht wird, die gleiche Sicherheit der Existenz wie die übrigen Gesellschaftsklassen zu erlangen“⁵⁶³. Um diese Sicherheit für die durch Absatzkrisen, Krankheit und Tod permanent bedrohte Existenz zu erreichen, müssen nun allerdings die herrschenden Produktionsverhältnisse ebenso wenig umgestürzt werden wie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Vielmehr empfiehlt Brentano das Unterstützungswesen den Charakteristika der herrschenden Erwerbsordnung anzupassen,⁵⁶⁴ wie dies seiner Auffassung nach im Laufe der Menschheitsgeschichte immer gehandhabt worden ist⁵⁶⁵ und seiner Meinung nach auch weiter zu handhaben sei.⁵⁶⁶ Brentano forderte dementsprechend die nötigen Konsequenzen aus der durch die Gewerbeordnung⁵⁶⁷ garantierten und von ihm ausdrücklich begrüßten Gewerbe-freiheit für das Unterstützungswesen zu ziehen, d. h. diese Freiheit auch bezüglich der Kas-senwahl zuzulassen. Konkret bedeutet das auf den durch das Hilfskassengesetz und die Ge-werbeordnungsnovelle von 1876⁵⁶⁸ noch einmal eingeschränkten Kassenzwang zu verzichten.⁵⁶⁹ Brentano möchte alle Erwerbstätigen vielmehr auf die Selbsthilfe verweisen, wofür auf dem Feld der Versicherungs-politik die „volle Versicherungsfreiheit“ eine Grundvoraussetzung wäre.⁵⁷⁰

Dieser Positionen eingedenk, braucht Brentanos ablehnende Stellung zur Sozialversicherungs-gesetzgebung nicht zu verwundern:

Ich konnte mich mit dem Grundgedanken der [...] offiziellen Sozialpolitik unmöglich einverstan-den erklären; denn er ging auf die Unterdrückung aller auf Erlangung von Selbständigkeit gerich-teten Bestrebungen der Arbeiter.

⁵⁶¹ Vgl. Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 60 f.; Bruch: Bürgerliche Sozia-alreform im deutschen Kaiserreich, 73; Ratz: Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano, 12.

⁵⁶² Vgl. etwa Brentano: Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung, 3-30. Brentano stand aber auch der eigenen Zunft keineswegs unkritisch gegenüber: „Der geringere Theil der Lehren der Nationalökonomie besteht aus wissenschaftlich feststehenden Sätzen; der größere besteht aus Dogmen, welche je nach Parteistellung von Einzelnen geglaubt, von Anderen verworfen werden. Alle sogenannten politischen, moralischen, volks-wirtschaftlichen und socialen Principien sind nicht sowohl Resultate der exacten Wissenschaft als abgeleitete Einzellehren der Systeme und Weltanschauungen, der Schulen und Parteien [...]“ (Ders.: Die Arbeiterversiche-rung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung, 6).

⁵⁶³ Brentano: Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung, 19.

⁵⁶⁴ Vgl. ebd., 22; 29 f.

⁵⁶⁵ „Allenthalben finden wir freie Selbstverantwortlichkeit und freie Erwerbsfähigkeit als Correlate. [...] Privilegirte Erwerbsfähigkeit (Recht auf Arbeit) und Zwang zur Vorsorge finden wir gleichfalls allenthalben als Correlate.“ (ebd., 83).

⁵⁶⁶ „Der Zusammenhang zwischen Erwerbsordnung und Unterstützungswesen, den wir als Thatsache allenthalben beobachtet haben, besteht [...] mit innerer Nothwendigkeit.“ (ebd., 84 f.).

⁵⁶⁷ Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, 21.06.1869 (NorddtBGBI 1869, 245-282) war für das Deut-sche Reich übernommen worden.

⁵⁶⁸ Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen, 07.04.1876 (RGBl 1876, 125-133; teilweise abgedruckt in Quel-lensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 164); Gesetz, betreffend die Abänderung des Titels VIII. der Gewerbeord-nung, 08.04.1876 (RGBl 1876, 134 ff.; teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 165). Eckart Reidegeld betont unter Hinweis auf eine in dieselbe Richtung zielende Einschätzung von Hans Rothfels (vgl. Ders.: Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik, 41 f.), dass mittels dieser beiden Gesetze letztmalig versucht wurde die anstehenden Probleme „im Rahmen der Instrumente und Strukturen der preußischen ‚liberal-staatlichen Sozialpolitik‘ zu lösen“ (Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 206; Zitat im Zitat höchstwahrscheinlich von Rothfels).

⁵⁶⁹ Vgl. Brentano: Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung, 78 ff.

⁵⁷⁰ Vgl. ebd., 86 (hier auch Zitat).

Damit habe ich nicht nur das Sozialistengesetz im Auge, sondern nicht minder die deutsche Arbeiterversicherungs-gesetzgebung.⁵⁷¹

Der Sozialpolitik im Allgemeinen weist Brentano die Aufgabe zu, dem Arbeiter zu ermöglichen, die einzige Ware, die er anzubieten hat, nämlich seine Arbeitskraft, selbstbestimmt und zwanglos auf einem von Willkür und Benachteiligung freien Arbeitsmarkt zu offerieren; ihm damit also „die Freiheit und die Macht der Selbstbestimmung über seine Person“ zu verschaffen, „wie sie jeder andere Verkäufer besitzt“⁵⁷².

⁵⁷¹ Brentano: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?, 20. Insbesondere konnte sich Brentano nicht mit dem Versicherungszwang anfreunden, welcher seiner Meinung nach der Verfassung des Erwerbslebens (Freizügigkeit, Freiheit des Arbeitsvertrags, Eigenverantwortung des Einzelnen für sein Wohlergehen) eklatant widerspricht. Das gilt allerdings nicht für die Unfallversicherung, da hier der Zusammenhang zwischen Arbeit und Unfallgefahr evident ist (vgl. Brentano: Der Arbeiter-Versicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen, 32 f.; 39).

⁵⁷² Brentano: Die Arbeitergilden der Gegenwart, Bd. 2, 21 (zit. nach Ratz: Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano, 245).

2. Staatliche Sozialpolitik bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung

Die Beratungen über die Sozialversicherungsgesetzgebung verliefen nicht nur im Dunstkreis der im vergangenen Abschnitt geschilderten Diskussion über die soziale Frage und mögliche Strategien zur Lösung derselben, sondern hatten zudem bereits Erfahrungen mit verschiedenen obrigkeitlich initiierten und gesteuerten sozialpolitischen Projekten zu berücksichtigen, in welchen die verschiedenen sozialen Ideen institutionellen Ausdruck gefunden hatten.

Es wird kaum verwundern, wenn der Autor mit Manfred G. Schmidt konform geht, welcher Deutschland aufgrund der Einführung der Sozialversicherung eine sozialpolitische Pionierrolle zuschreibt.⁵⁷³ Entschieden zu widersprechen ist ihm hingegen, wenn er in der Sozialversicherungsgesetzgebung die Anfänge staatlicher Sozialpolitik markiert sieht.⁵⁷⁴ Zwar mag es im Einzelfall tatsächlich problematisch sein den Staatsbegriff zugrunde zu legen (möglicherweise könnten gezielte und planmäßige obrigkeitliche Einflussnahmen auf soziale Verhältnisse geradezu als Gradmesser für entwickelte staatliche Strukturen fungieren), doch darf darüber nicht übersehen werden, dass die Sozialversicherungsgesetzgebung keinesfalls der erste Versuch deutscher Obrigkeiten war soziale Schieflagen abzumildern und soziale Entwicklungen zu beeinflussen.⁵⁷⁵ Um der Sozialversicherungsgesetzgebung aber dennoch den ihr gebührenden Platz zuzuweisen, empfiehlt es sich, wie im Folgenden versucht wird, die neue Qualität dieser Form staatlicher Sozialpolitik ebenso in den Blick zu nehmen wie ihre Vorläufer.

Da, wie bereits mehrfach erwähnt wurde, der massenhafte Pauperismus des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung die Gesellschaft vor völlig neue Herausforderungen stellte, möchte sich der Autor bei der Darstellung dieser Vorläufer auf diejenigen Maßnahmen beschränken, die zur Abwehr bzw. Eindämmung dieses Pauperismus ergriffen wurden, also auf obrigkeitliche Antworten auf die soziale Frage des 19. Jahrhunderts bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung.⁵⁷⁶ Dabei wird nach verschiedenen sozialpolitischen Aktionsbereichen differenziert und das Hauptaugenmerk auf Preußen gerichtet, das zwar keine sozialpolitische Vorreiterrolle beanspruchen konnte, auf dem Gebiet der Fabrik- und der Versicherungsgesetzgebung (Knappschaftskassen als obligatorische Sozialversicherung für Bergleute) jedoch durchaus vorbildlich für andere deutsche Länder wirkte.⁵⁷⁷ Überdies war Preußen aufgrund der Größe seines Territoriums auch mit einem besonders großen sozialpolitischen Handlungsbedarf konfrontiert und hat später als Führungsmacht des Deutschen Kaiserreichs durch seine Beamtenschaft an die eigenen sozialpolitischen Traditionen von vor 1871 angeknüpft.

⁵⁷³ Zum internationalen Vergleich vgl. Metz: Historische Sozialpolitik; Köhler/Zacher (Hg.): Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz; Dies.: Die Sozialversicherung im Europa der Jahrhundertwende; Ritter: Sozialversicherung in Deutschland und England, 76-105; Ders.: Der Sozialstaat.

⁵⁷⁴ Vgl. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland, ¹1988, 21 (in der zweiten Auflage wird diese Ansicht nicht mehr vertreten).

⁵⁷⁵ Der Begriff *Sozialpolitik* selbst geht auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück (vgl. Kaufmann: Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Deutung, 18; Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 12). Er setzt die „Entmythologisierung des Staatsbildes, deren Chiffre die nüchterne Figur des freiwillig eingegangenen [...] Gesellschaftsvertrages war“ (Michael Stolleis), voraus und drückt die Hoffnung auf die Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse aus (vgl. ebd.; Stolleis: Historische Grundlagen, 216 [hier auch Zitat]).

⁵⁷⁶ Zu sozialpolitischen Ansätzen vor 1800 vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 1-28; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 51 f.

⁵⁷⁷ Vgl. Fischer: Industrialisierung und soziale Frage in Preußen, 247 f.

Da die im Wesentlichen von den Familien, den Kommunen und den Kirchen getragene überkommene Armenfürsorge (ergänzt durch Unterstützungskassen und Privatwohlthätigkeit) mit dem neuen Pauperismus überfordert war und immer größere Bevölkerungsteile nicht mehr in die ständische Ordnung, in welcher die Armenfürsorge bis dahin verankert war, integriert werden konnten, noch auf Hilfe ihrer Familien rechnen konnten, musste Abhilfe von anderer Seite geschaffen werden. Der Staat hatte sich für diese Aufgabe bereits empfohlen, durch das preußische *General-Privilegium für die Bergleute im Herzogtum Cleve, Fürstenthums Moers und Grafschaft Marck* vom 16. Mai 1767 war beispielsweise eine unter staatlicher Aufsicht stehende obligatorische Versicherung für Bergleute gegen die wichtigsten die Existenz bedrohenden Risiken in Form der Knappschaftskassen eingeführt worden.⁵⁷⁸

2.1. Arbeiterschutz

Vom 5. September 1817 datiert ein *Zirkularerlass* des leitenden preußischen Ministers Karl August von Hardenberg an die Oberpräsidenten der einzelnen Provinzen⁵⁷⁹, worin er diese bittet Vorschläge zur Eindämmung der Kinderarbeit zu unterbreiten.

Da die zwar auch in der Landwirtschaft übliche, sich aber im Zuge der Industrialisierung nunmehr rasch weiter ausbreitende (und mit der Nachtarbeit eine neue Variante erhaltende) Kinderarbeit zunehmend den Schulbesuch und nicht zuletzt die Tauglichkeit der Rekruten zum Militärdienst unterminierte, waren staatliche Maßnahmen zur Gewährleistung von Schul- und Wehrpflicht geboten. In diese Richtung zielte das preußische *Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken*⁵⁸⁰ vom 9. März 1839, welches die Kinderarbeit in Fabriken einschränkte und damit sowohl den Beginn der Arbeiterschutzgesetzgebung markiert als auch einen bemerkenswerten Eingriff in die Organisation der Arbeitsverhältnisse darstellt. Mit dem *Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Regulativs vom 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken*⁵⁸¹ vom 16. Mai 1853 wurde das Regulativ noch einmal verschärft und um die Möglichkeit einer staatlichen Kontrolle der Produktionsverhältnisse in Gestalt von Fabrikinspektoren ergänzt.⁵⁸²

Zunächst war nicht daran gedacht den staatlich verordneten und kontrollierten Arbeiterschutz auch auf erwachsene Arbeiter auszudehnen. Die *Allgemeine Gewerbeordnung*⁵⁸³ vom 17. Januar 1845 sah lediglich die polizeiliche Aufsicht über die Behandlung von Lehrlingen und Gehilfen sowie über die Gewährleistung des Schulunterrichts vor und garantierte ansonsten den freien Arbeitsvertrag sowie die Gewerbefreiheit im Allgemeinen. Vier Jahre später bestimmte die *Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Ab-*

⁵⁷⁸ Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 52.

⁵⁷⁹ Runderlaß des Staatskanzlers v. Hardenberg vom 5. September 1817, betreffend allgemeine Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse der Fabrikarbeiter (Kinderarbeit), und die darauf ergangenen Berichte der Oberpräsidenten, in: Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter, 1-108.

⁵⁸⁰ PrGS 1839, 156 ff. (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Anhang 1).

⁵⁸¹ PrGS 1853, 225 ff. (auch als *Gesetz über Fabrikinspektoren* bekannt; auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Anhang 2).

⁵⁸² Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 42-46; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 52 ff. Zum Instrument der Fabrikinspektoren vgl. Karl: Fabrikinspektoren in Preußen.

⁵⁸³ PrGS 1845, 41-78.

*änderungen der allgemeinen Gewerbeordnung*⁵⁸⁴ vom 9. Februar 1849 für alle Arbeiter verbindliche Schutzmaßnahmen, indem sie für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen im Wesentlichen Freiwilligkeit vorschrieb. Darüber hinaus wurden den Arbeitern gewisse Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt. Für gesundheitsgefährdende Produktionszweige wurden später bestimmte Schutzvorrichtungen vorgeschrieben, deren Einhaltung staatlich kontrolliert wurde.⁵⁸⁵

Ein weiteres Anliegen staatlicher Sozialpolitik richtete sich gegen das bis weit ins 19. Jahrhundert hinein nicht unübliche so genannte *Trucksystem*, bei dem die Arbeiter einen Teil ihres Lohns in (überkauften oder nutzlosen) Waren erhielten oder gezwungen wurden in betriebseigenen Läden einzukaufen und betriebseigene Schankwirtschaften aufzusuchen. Auch wenn Klagen gegen diese Praxis bereits seit Anfang der 1830er Jahre vorgebracht wurden, dauerte die Behebung dieses Missstandes aufgrund von Vorbehalten wegen Eingriffs in die Gewerbefreiheit bis zur erwähnten Verordnung vom 9. Februar 1849, welche den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf Entlohnung in Bargeld einräumte.⁵⁸⁶

Außerdem wurde durch die Übernahme und den Ausbau der in den nach 1815 preußisch gewordenen, ehemals französisch besetzten linksrheinischen Gebieten vorhandenen Fabrikgerichte unter der Bezeichnung Gewerbegerichte der Grundstein zu einer Arbeitsgerichtsbarkeit gelegt.⁵⁸⁷

Die *Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund*⁵⁸⁸ vom 21. Juni 1869 schuf ein einheitliches Gewerberecht für alle Bundesstaaten und war nach wie vor vom Geist des Wirtschaftsliberalismus geprägt. Hinsichtlich des Arbeiterschutzes verpflichtete sie die Gewerbetreibenden, alle für dessen Einhaltung notwendige Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten.⁵⁸⁹

2.2. Haftung bei Arbeitsunfällen

Eng an Regelungen für den Arbeiterschutz schließt die Frage an, wer für die auf Arbeitsunfälle zurückgehenden Schäden zu haften hat. Da dieses Problem in der Sozialversicherungsdebatte der 1880er Jahre bewusst von der legislatorischen Ausgestaltung des Arbeiterschutzes entkoppelt werden wird, soll auch bereits hier so verfahren werden.

Einen ersten Schritt hin zur staatlichen verordneten Absicherung gegen Unfallfolgeschäden unternahm das preußische *Gesetz über die Eisenbahn-Unternehmungen*⁵⁹⁰ vom 3. November 1838, welches Eisenbahngesellschaften für alle Schäden an beförderten Personen und Gütern haftbar machte. Bemerkenswert war an dieser Regelung, dass den Eisenbahnunternehmen die so genannte *Gefährdungshaftung* auferlegt wurde, d. h. der Geschädigte musste kein Verschulden der Gesellschaft oder eines ihrer Angestellten nachweisen, er ging lediglich dann ei-

⁵⁸⁴ PrGS 1849, 93-110.

⁵⁸⁵ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 47; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 56 f.

⁵⁸⁶ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 49.

⁵⁸⁷ Vgl. ebd., 53 f. Seine volle Wirksamkeit konnte dieses Instrument jedoch erst mit dem Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 (RGBl 1890, 141-162) entfalten.

⁵⁸⁸ NorddtBGBI 1869, 245-282.

⁵⁸⁹ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 55 f.

⁵⁹⁰ PrGS 1838, 505-514.

ner Entschädigung verlustig, wenn ihm selbst ein Verschulden nachgewiesen werden konnte.⁵⁹¹

Erst das *Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken etc. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen*⁵⁹² vom 7. Juni 1871 brachte auf diesem Gebiet einschneidende Neuerungen, ohne allerdings vom eingeschlagenen Weg der zivilrechtlichen Schadensregulierung abzuweichen. Das Gesetz beließ es bei den genannten Regelungen für die Eisenbahngesellschaften, während die Unternehmer von Bergwerken, Steinbrüchen und Fabriken lediglich in den Fällen für Unfallfolgeschäden haftbar gemacht werden konnten, wo der Geschädigte ihnen oder ihren Angestellten ein konkretes Verschulden nachweisen konnte (*Verschuldungshaftung*). Dieser Beweis war seitens der Arbeiter auch bei klarer Beweislage häufig schwer zu führen, weshalb die Unternehmenseite nur bei einem von fünf Unfällen zu Entschädigungszahlungen (Übernahme der Heilungs- bzw. Beerdigungskosten, Ausgleich von erlittenen Vermögensnachteilen, Übernahme von Unterhaltsansprüchen) herangezogen wurde.⁵⁹³

Dieser nicht nur von der Arbeitnehmerseite als unzureichend und letztlich ungerecht empfundenen Haftpflichtregelung⁵⁹⁴ ist es zuzuschreiben, dass die Unfallversicherung zum vorrangigen Anliegen der Sozialversicherungsgesetzgebung wurde, zumal eine private Unfallversicherung zur Absicherung der aus dem Haftpflichtgesetz von 1871 erwachsenden Unternehmerrhaftpflicht bereits existierte.⁵⁹⁵

2.3. Kassenwesen

Vor der Einführung der Bismarckschen Sozialversicherung waren die verschiedenen Typen gemeinschaftlicher Unterstützungskassen⁵⁹⁶ eines der wichtigsten Instrumente zur Abmilderung der Folgen von die Existenz bedrohenden Schicksalsschlägen. Deren wichtigste Säule bildeten die gewerblichen Unterstützungskassen, die meist von Handwerksgesellen/-gehilfen, mitunter auch von wohlmeinenden Fabrikbesitzern⁵⁹⁷ und Kommunen gegründet wurden und

⁵⁹¹ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 60 f.

⁵⁹² RGBI 1871, 207 ff. (auch als *Haftpflichtgesetz* bekannt).

⁵⁹³ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 94.

⁵⁹⁴ „Das damals in Deutschland geltende Haftpflichtgesetz hatte sich in jeder Hinsicht als ungenügend erwiesen. Nach ihm sollte einem verunglückten Arbeiter nur dann Schadenersatz werden, wenn die Schuld des Unternehmers oder seines Beauftragten erwiesen sei. Dieser Nachweis war meist schwer zu erbringen. Die Folge war, daß die klagenden Arbeiter, bzw. ihre Hinterbliebenen, als Regel ihre Prozesse verloren und die weite Folge große Verbitterung.“ (Brentano: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?, 20 f.).

⁵⁹⁵ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 94; Tennstedt: Peitsche und Zuckerbrot oder ein Reich mit Zuckerbrot?, 96.

⁵⁹⁶ Zum vor der Einführung der Sozialversicherung bestehenden Unterstützungskassenwesen vgl. Frevert: Krankheit als politisches Problem, 157-174; 207-219; 245-296; 302-306; 314-322; Schönhoven: Selbsthilfe als Form der Solidarität; Brentano: Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung, 87-195.

⁵⁹⁷ Als eines von mehreren Beispielen mag hier das diesbezügliche patriarchalische Engagement der „Gebrüder Stumm, Eisengießerei und Hammerwerke“ in Neunkirchen im Saarland erwähnt werden. Dieses bereits seit 1539 bestehende Unternehmen beschäftigte Mitte der 1860er Jahre etwa 1200 Arbeiter und besaß interessante Fürsorgeeinrichtungen, wie in einer zeitgenössischen Beschreibung berichtet wird: „Eine Hülfskasse sorgt nicht allein für die Bedürfnisse der Kranken, sondern gewährt auch invaliden Arbeitern, sowie ihren Wittwen und Kindern Pensionen. [...] Oekonomische Kochanstalten liefern den von Hause entfernt wohnenden Arbeitern eine gute Kost. In ein und neunzig von den Herren Stumm erbauten Wohnungen sind gegen sehr mässige Miethe hundert Familien untergebracht. Schlafsäle, die einer sehr thätigen Aufsicht unterliegen, nehmen während der Woche diejenigen Arbeiter auf, welche weit von den Werken zu Hause sind. In Betracht, dass für das Wohlergehen der Ar-

die Aufgabe hatten, im Krankheitsfall ein Krankengeld sowie im Todesfall ein Sterbegeld zu zahlen. Darüber hinaus gehenden Risiken (Invalidität, Witwen- und Waisenschaft) zu lindern gehörte meist nicht zu den Ansprüchen dieser Kassen.⁵⁹⁸

Auch wenn diese Einrichtungen ständig unter dem Verdacht standen, in Zeiten sozialer Konflikte gleichsam als „Kriegskasse“ missbraucht zu werden, tastete die schon erwähnte *Allgemeine Gewerbeordnung*⁵⁹⁹ vom 17. Januar 1845 dieses offensichtlich unverzichtbare Versorgungsinstrument nicht etwa an, sondern gestattete vielmehr dessen Ausdehnung auf die Fabrikarbeiterschaft.⁶⁰⁰ Darüber hinaus wurde es ermöglicht Handwerksgesellen und -gehilfen per Ortsstatut zum Beitritt zu bestehenden oder neu geschaffenen Kassen zu verpflichten, was allerdings äußerst selten geschah. Kaum häufiger genutzt wurde die durch die gleichfalls bereits erwähnte *Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Allgemeinen Gewerbeordnung*⁶⁰¹ vom 9. Februar 1849 eröffnete Möglichkeit die Arbeitgeber wiederum durch Ortsstatut bis zur Hälfte der von den Handwerksgesellen bzw.

beiter nichts zweckdienlicher ist, als die Zuteilung eines kleinen Stückchen Feldes zum Anbau, haben die Herren Stumm für diesen Zweck grosse Anstrengungen gemacht. Sie haben mehr als 100 Hektaren Bauland in Loose von 50 bis 75 Ares zerschlagen und sie um halben Preis an die einer solchen Begünstigung für am würdigsten erkannten Arbeiter vermietet. Die erste Pachtbedingung ist dabei, dass der Arbeiter Vieh hält und dass er und seine Familie die Feldarbeit selbst verrichtet. Durch Aftermiethe erlischt alsbald der Pachtvertrag. [...] Auch die Erwerbung einer ganzen Wohnung wird den Arbeitern von den Werksbesitzern sehr erleichtert. Hat ein Arbeiter sich tausend Franken erspart, so hat er das Recht, bei dem Werke ein hypothekarisches Anlehen von 2000 Francs zu 4% Zinsen zu machen, um sich damit ein Haus zu bauen. Das Anlehen wird dann allmählich durch Lohnabzüge wieder abgetragen. [...] Obwohl die Schule der Gemeinde gut war, haben sie [die Gebrüder Stumm; PE] doch auf ihren Werken selbst eine besondere Lehranstalt errichtet, welche in zwei Classen von 140 Kindern besucht wird. Eine von 100 Kindern besuchte Kleinkinderbewahr-Anstalt ist damit verbunden; ferner ein Arbeitslokal, wo 80 junge Mädchen in den Arbeiten mit der Nadel unterrichtet werden. Ueberdies begründeten sie zwei höhere Curse, den einen für den Unterricht der Söhne, den andern für den der Töchter ihrer Angestellten. Auch eine geräumige Kirche wurde erbaut, und der dazu berufene Geistliche wird von dem Etablissement bezahlt. Neben diesen speciellen Maassnahmen ist noch einer persönlichen Einwirkung Erwähnung zu thun, auf welche die Herren Stumm ein grosses Gewicht legen. Die Frauen der Familie gewähren ihnen in ihrer Fürsorge für die Arbeiter wesentliche Unterstützung; sie wenden nicht nur selbst ihre Sorgfalt den Frauen der Arbeiter zu, sondern haben auch mehrere Diaconissinen zu ihrer Unterstützung berufen. Von diesen hat die eine die Obliegenheit, die Kranken in ihren Häusern zu besuchen und zu verpflegen, während die andere einem für die Wittwen eröffneten Zufluchtshaus vorsteht; wieder andere leiten die Unterrichtsanstalten für die jungen Mädchen.“ (Le Roux: Das besondere Preisgericht, 88 ff.). Auf Karl Ferdinand Freiherr von Stumm (1836-1901) wird im Folgenden noch einzugehen sein. Ähnlich vorbildliche Einrichtungen fanden sich beispielsweise in den Unternehmen von Friedrich bzw. Alfred Krupp, Essen (vgl. dazu Konrad: Motive betrieblicher Sozialeinrichtungen im Vergleich), Carl Mez, Freiburg im Breisgau (vgl. dazu Orde: Carl Mez), Gustav Werner, Reutlingen (vgl. dazu Lunkenheimer: Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik), Friedrich Freiherr von Diergardt, Viersen (vgl. dazu Le Roux: Das besondere Preisgericht, 22 ff.), Arnold Staub, Kuchen bei Göppingen (vgl. dazu ebd., 26 ff.). Zur betrieblichen Sozialpolitik vgl. Schulz: Betriebliche Sozialpolitik in Deutschland seit 1850; Mauch: Betriebliche Sozialleistungen Württembergischer Unternehmen im 19. Jahrhundert; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 368 ff.

598

Zu den bedeutenderen Ausnahmen gehörten neben einigen Fabrikassen vor allem die Kassen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (vgl. dazu Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung), die von Beginn an auch eine Invalidenunterstützung vorsahen, allerdings unter beständiger Kapitalknappheit litten (vgl. z. B. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 122; Bd. 6, Nr. 29; 37; 38; Tennstedt: Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 39 f.). Auf jeden Fall war die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889, wie gelegentlich behauptet wird (vgl. etwa Metz: Historische Sozialpolitik, 668 f.), nicht der erste Schritt zur Absicherung gegen die Folgen von Alter und Invalidität. In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal an Rodbertus' 1849 geäußerte Idee eine Zwangsversicherung für diesen Zweck zu schaffen (vgl. Abschnitt II.1.2.2.4) erinnert.

599

PrGS 1845, 41-78.

600

Zu den nach 1845 in Preußen existierenden und neu geschaffenen Kassen vgl. Die unter staatlicher Aufsicht stehenden Hilfskassen für Arbeitnehmer; Reininghaus: Das erste beaufsichtigte System von Krankenkassen. Zum Kassenwesen in einem nichtpreußischen Territorium vgl. Bittel: Arbeitsverhältnisse und Sozialpolitik im Oberamtsbezirk Heidenheim im 19. Jahrhundert, 166-299.

601

PrGS 1849, 93-110.

Fabrikarbeitern entrichteten Kassenbeiträge zu eigener Beitragsleistung heranzuziehen.⁶⁰² Diese Beitragspflicht ging einher mit einem Mitspracherecht der Arbeitgeber bei der Kassenverwaltung, einer staatlichen Genehmigungspflicht der Statuten von Fabrikarbeiterkassen sowie der Möglichkeit nun auch für Fabrikarbeiter einen Kassenzwang auszusprechen.⁶⁰³ Mit diesen Regelungen sollten zuvörderst das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verbessert und die durch die neue Armengesetzgebung (vgl. folgender Abschnitt) strapazierten kommunalen Haushalte entlastet werden. Die Fabrikarbeiterkassen wurden damit aber auch zunehmend staatlicher Aufsicht und Kontrolle unterworfen. Mit Eckart Reidegeld ist festzuhalten, dass bereits zu diesem Zeitpunkt mit Versicherungszwang, staatlich-kommunalen Kontrollbefugnissen, Beteiligung der Arbeitgeber an Beitragszahlung und Kassenverwaltung wesentliche Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 vorweggenommen wurden.⁶⁰⁴ Ein Gründungsboom von Fabrikarbeiterkassen blieb zunächst aus. Die Arbeiter standen einer Lohnminderung ablehnend gegenüber,⁶⁰⁵ viele Fabrikbesitzer scheuten Beitragszahlungen und waren in ihren Kommunen einflussreich genug die Einführung eines Beitragszwangs per Ortsstatut zu verhindern. Dies gelang umso leichter, als die Kommunen aufgrund der Kontrollbefugnisse der Regierungen⁶⁰⁶ ihre eigenen Aufsichtskompetenzen bezüglich der örtlichen Kassen beschnitten sahen. Darum bedurfte es mit dem *Gesetz, betreffend die gewerblichen Unterstützungskassen*⁶⁰⁷ vom 3. April 1854 – welches sich einem entscheidenden Impuls Peter Reichenspergers⁶⁰⁸, der einen eigenen Antrag formuliert⁶⁰⁹ und in der beratenden Parlamentskommission mitgearbeitet hatte,⁶¹⁰ verdankte – einer weiteren Ausdehnung staatlicher Kompetenzen: Die Regierungen wurden ermächtigt nach Anhörung der Gewerbetreibenden und der Kommunalbehörden die Gründung neuer Kassen anzuordnen. Zudem wurde den Kommunen das Recht eingeräumt per Ortsstatut Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter zur Errichtung neuer Kassen zu verpflichten.⁶¹¹

⁶⁰² 1860 existierten in Preußen knapp 800 Fabrikarbeiter-Unterstützungskassen mit etwa 170000 Mitgliedern, zu denen die Arbeitgeber Beiträge entrichteten. Bis 1874 hatte sich die Zahl dieser Kassen verdoppelt, die der Mitglieder war auf über 420000 angestiegen (vgl. Fischer: Industrialisierung und soziale Frage in Preußen, 248). Insgesamt existierten zu diesem Zeitpunkt in Preußen fast 4900 gewerbliche Unterstützungskassen mit knapp 800000 Mitgliedern (vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1, 208). Die Leistungsfähigkeit vieler dieser Kassen war allerdings mehr als dürftig (vgl. Tennstedt: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 245 f.). Zu weiteren statistischen Angaben vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Anhang A.

⁶⁰³ Wenn Fabrikarbeiter zu Kassenbeiträgen verpflichtet wurden, geschah dies anscheinend ausschließlich im Fall von Krankenkassen, nicht jedoch im Fall von – ohnehin sehr seltenen – Invaliden- und Altersversorgungskassen; zumindest lässt ein Runderlass des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz vom 16.08.1863 (abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 1) diesen Schluss zu (vgl. ebd., 2).

⁶⁰⁴ Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 158-161; Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 56 f.; Reininghaus: Das erste beaufsichtigte System von Krankenkassen, 272 f.

⁶⁰⁵ Vor allem aus diesem Grunde wurde beispielsweise auch die allen Ständen und Berufsgruppen offen stehende Altersrentenbank des Königreichs Sachsen von Fabrikarbeitern so gut wie nicht genutzt (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 17).

⁶⁰⁶ Die preußischen Provinzen waren in Regierungsbezirke unterteilt, deren (Bezirks-)Regierungen, mit großen exekutiven Kompetenzen versehen, als höhere Verwaltungsbehörden fungierten.

⁶⁰⁷ PrGS 1854, 138 f.

⁶⁰⁸ Vgl. Abschnitt II.1.2.2.1.

⁶⁰⁹ Vgl. Reichensperger, Peter Franz: Antrag auf Einrichtung obligatorischer Unterstützungskassen, o. D. (16. Januar 1854), in: Deutscher Katholizismus und Sozialpolitik bis zum Beginn der Weimarer Republik, 98-102.

⁶¹⁰ Vgl. Reichenspergers Rede vor der 2. Preußischen Kammer vom 02.03.1854 im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage des Unterstützungskassengesetzes, in: Peter Reichensperger 1810-1892, 126 ff.; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 163; Becker: Peter Reichensperger (1810-1892), 53.

⁶¹¹ Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 162 ff.; Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, 46 f.

Damit war die preußische Kassengesetzgebung zu ihrem vorläufigen Abschluss gekommen.⁶¹² Es war nunmehr zu den so genannten freien, von Handwerksgehilfen/-gehilfen und Fabrikarbeitern in Eigenregie gegründeten und verwalteten Kassen (oft auch als *freie Hilfskassen* bezeichnet) in Gestalt der staatlich beaufsichtigten und durch Ortsstatut oder auf Betreiben der zuständigen Regierung gegründeten Kassen (mit Beitrittszwang und häufig Arbeitgeberbeiträgen) ein neuer Sektor des Unterstützungskassenwesens hinzugetreten.⁶¹³ Die Integration dieser beiden Kassentypen⁶¹⁴ wird eine der großen Herausforderungen an die Sozialversicherungsgesetzgebung darstellen.

Die *Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund*⁶¹⁵ vom 21. Juni 1869 ließ die Regelungen der Einzelstaaten bezüglich des Kassenwesens im Wesentlichen bestehen, hob lediglich die durch Ortsstatut angeordnete Beitrittspflicht selbstständiger Gewerbetreibender zu Innungskassen auf. Außerdem befreite sie Mitglieder freier Hilfskassen von der Beitragspflicht zu den ortsstatuarischen Zwangskassen. Auch um diese Bestimmung wird bei der Sozialversicherungsdiskussion heftig gerungen werden, eröffnete sie doch die Möglichkeit die Beitragspflicht zu den Zwangskassen durch Gründung freier (oft wenig solider) Kassen zu umgehen und damit auszuhöhlen.⁶¹⁶ Nicht zuletzt standen die freien Kassen oft im Zusammenhang mit Gewerkschaften und gerieten dadurch ins Fadenkreuz staatlicher Bemühungen zur Eindämmung der sozialistischen Bewegung.⁶¹⁷

Nach der Reichsgründung wurde durch das *Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen*⁶¹⁸ vom 7. April 1876 sowie das *Gesetz, betreffend die Abänderung des Titels VIII. der Gewerbeordnung*⁶¹⁹ vom 8. April 1876 versucht den freien Kassen ein staatliches Korsett anzulegen. Zwar konnten sie bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen den Status einer so genannten eingeschriebenen Hilfskasse und damit der juristischen Person (inklusive Haftungsbeschränkung auf das Kassenvermögen) erwerben, allerdings hatten sie sich nunmehr auf die Unterstützung im Krankheits- und Todesfall zu beschränken und eventuell bestehende Verbindungen zu einer Gewerkschaft zu lösen. Zudem waren fortan nur noch die Mitglieder solcher eingeschriebener Hilfskassen von der Beitragspflicht zu den ortsstatuarischen Kassen ausgenommen, was sich nicht zuletzt gegen gewerkschaftsnahe Hilfskassen richtete, deren mögliche Zweckentfremdung im Fall von Arbeitskämpfen als große Gefahr empfunden wurde. Durch diese Bestimmung wurde allerdings weder verhindert, dass es Gewerkschaftskassen gelang,

⁶¹² Zu den praktischen Auswirkungen dieser Kassenpolitik vgl. Reininghaus: Das erste beaufsichtigte System von Krankenkassen; Bellermaun: Sozialstaat und Selbsthilfe, 69-83.

⁶¹³ Insofern ist der Einschätzung Peter Kochs zu widersprechen, wonach erst mit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung 1883 eine Unterscheidung „zwischen der aufgrund gesetzlichen Zwanges eingeführten Krankenversicherung auf der einen Seite und dem eigenverantwortlichen Risikoausgleich nach dem Äquivalenz-Prinzip auf der anderen Seite“ möglich geworden sei (vgl. Koch: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland, 201).

⁶¹⁴ Streng genommen existierten sogar drei Kassentypen: Die freien Kassen zerfielen noch einmal in solche, die mit staatlicher Genehmigung errichtet worden waren, und in solche, welche ohne diese Genehmigung entstanden waren.

⁶¹⁵ NorddtBGBI 1869, 245-282.

⁶¹⁶ Aus diesem Grund wurde die Beitragspflicht von Mitgliedern freier, ohne staatliche Genehmigung errichteter Kassen zu ortsstatuarischen Zwangskassen bereits in den 1870er Jahren äußerst kontrovers diskutiert, zumal die Rechtslage unklar und die Rechtsprechung uneinheitlich war (vgl. dazu Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 70; 72; 78; 93; 94; 97; 101-104; 114; 120; 129).

⁶¹⁷ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 60; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 190; Tennstedt: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 306.

⁶¹⁸ RGBI 1876, 125-133 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 164).

⁶¹⁹ RGBI 1876, 134 ff. (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 165).

den Status einer eingeschriebenen Hilfskasse zu erwerben, noch dass Zwangkassen für gewerkschaftliche Ziele zweckentfremdet wurden.⁶²⁰

Auch wenn es an Vorschlägen und Versuchen nicht fehlte,⁶²¹ unterblieb bis 1889 eine einheitliche staatliche Regelung der Invaliden- und Altersversorgung.

Die nicht in die gewerblichen Unterstützungskassen eingebundenen abhängig Beschäftigten waren im Wesentlichen auf die patriarchalische Fürsorge durch die Arbeitgeber angewiesen. Allerdings stand auch diese Fürsorge nicht ausschließlich auf freiwilliger, rechtsfreier Basis. So verpflichtete etwa die preußische *Gesindeordnung*⁶²² vom 8. November 1810 die Grund- bzw. Gutsherrschaft bei Erkrankung ihrer Dienstboten für Kur und Verpflegung aufzukommen.⁶²³

Eine Sonderstellung nahm der Bergbau ein. Hier übte der Staat in Gestalt des so genannten Direktionsprinzips weit reichende Lenkungs- und Kontrollrechte aus: Der Bergbehörde oblag nicht nur die Beaufsichtigung des Bergbaus, sondern auch die direkte Leitung der privaten Bergbauunternehmen inklusive Preisgestaltung, Personalverwaltung, Produktionskontrolle und Sicherheitsüberwachung.⁶²⁴ Mit der Aufnahme in die Knappschaftsrolle nach einer mehrjährigen Probezeit erhielt jeder Bergmann eine vergleichsweise umfassende Absicherung durch die Knappschaftsvereine, welche sich mehr und mehr zu bergbehördlich verwalteten Unterstützungskassen entwickelten. Diese relativ günstigen Versicherungsleistungen erkaufte die Bergleute allerdings durch die Einschränkung ihrer Freizügigkeit, waren doch diese Leistungen an ihren Arbeitsplatz gekoppelt. Finanziert wurden die Knappschaftskassen durch Beiträge der Bergleute und Zuschüsse der Bergbauunternehmen. Das preußische *Gesetz, betreffend die Vereinigung der Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungs-Arbeiter in Knappschaften, für den ganzen Umfang der Monarchie*⁶²⁵ vom 10. April 1854 vereinheitlichte das durch die allmähliche Aufweichung des Direktionsprinzips ebenfalls erschütterte Knappschaftswesen und erklärte es landesweit für obligatorisch und übertrug dessen Verwaltung faktisch auf die Unternehmer. Die Beiträge wurden zwischen Unternehmern und Arbeitern aufgeteilt, wobei der Arbeitgeberbeitrag zwischen fünfzig und einhundert Prozent des Arbeiterbeitrags betragen konnte. Die Knappschaftskassen hatten ihren Zwangsmitgliedern neben freier Kur und Arznei im Krankheitsfall, Krankenlohn und Begräbniskostenzuschüssen auch lebenslange Invalidenunterstützung sowie Unterstützung für Witwen und Waisen (bis zu deren 14. Lebensjahr) zu gewähren.⁶²⁶ Damit war Knappschaftsgesetz von 1854 die erste öffentlich-rechtliche Zwangsversicherung in Deutschland,⁶²⁷ wenn auch nur für einen einzigen Wirtschaftszweig.⁶²⁸

⁶²⁰ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 93 f.; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 205-209; Tennstedt: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 306 f.

⁶²¹ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6.

⁶²² PrGS 1810, 101 ff.

⁶²³ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 57 f.

⁶²⁴ Vgl. dazu auch vgl. Trischler: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im Bergbau 1851-1945, 113 f.

⁶²⁵ PrGS 1854, 139-142.

⁶²⁶ Zu den Leistungen der Knappschaftskassen im Einzelnen vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 30; Belermann: Sozialstaat und Selbsthilfe, 86-102; Rückert: Entstehung und Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 38 f. Zu den Schwierigkeiten diese Leistungen zu erbringen vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 32-36; 86. Kritische Bewertungen der Knappschaftskassen finden sich auch in Brentano: Der Arbeiter-Versicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen, 41-61; Bergmanns Fluch; Ernste Erfahrungen im Knappschaftswesen oder im Bericht des katholischen Metallarbeiters, Redakteurs und Zentrumsabgeordneten Gerhard Stötzel (1835-1905), der vor dem Reichstag am 28.04.1883 über haarsträubende Missstände im Märkischen Knappschaftsverein berichtete (vgl. StBrt V/2 [1882/83], 2195/I f.).

⁶²⁷ Bereits 1844 war in Belgien eine Zwangsversicherung gegen die Folgen von Krankheit, Alter, Invalidität und Tod für Seeleute geschaffen worden (vgl. Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat, 26).

2.4. Armenfürsorge

Der durch Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Mobilität und Säkularisation (Minderung des Kirchenbesitzes) aus den Angeln gehobenen traditionellen Armenpflege von Familie, Kirche und Kommune wieder eine tragfähige Basis zu verschaffen war eine der größten Herausforderungen, denen sich die staatliche Sozialpolitik, die nunmehr Arbeiter- und Armenpolitik voneinander trennt, seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu stellen hatte. Dabei war zunehmend umstritten, ob man die bisherigen subsidiär zu Selbst-, Familien- und korporativer Hilfe bestehenden Armenpflegestrukturen stärken, sie ergänzen oder ersetzen solle. Mit zwei Gesetzen vom 31. Dezember 1842⁶²⁹ wurde für Preußen der erste Weg ebenso beschritten wie der zweite, indem die kommunale Armenpflege eine neue gesetzliche Grundlage erhielt und damit gestärkt wurde, ihr aber auch vonseiten des Staates ein Teil der Armenlast abgenommen wurde: Durch das *Gesetz über die Aufnahme neu anziehender Personen*⁶³⁰ wurde den Untertanen des preußischen Königs Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit gewährt, sofern sie für Wohnung und Existenz in der Zuzugsgemeinde selbst sorgen konnten, sonst durfte diese den Zuzug verweigern. Das *Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege*⁶³¹ bekräftigte die traditionelle Pflicht der Kommunen zur Fürsorge für ihre Armen und zwar nach dem so genannten Unterstützungswohnsitzprinzip: Die Armenlast hatte die Gemeinde zu tragen, in welcher der Bedürftige seinen Wohnsitz hatte (wenn er dort mindestens drei Jahre gelebt hatte, ohne die Armenunterstützung in Anspruch nehmen zu müssen).⁶³² Die Gemeinde bildete den so genannten Ortsarmenverband. Für wohnsitzlose, kürzlich in eine neue Gemeinde zugezogene und sonstige Bedürftige (z. B. entlassene Häftlinge) hatten die Provinzen zu sorgen, sie bildeten die so genannten Landarmenverbände. Durch das *Gesetz zur Ergänzung der Gesetze vom 31. Dezember 1842 über die Verpflichtung zur Armenpflege und die Aufnahme neu anziehender Personen*⁶³³ vom 21. Mai 1855 wurde die Frist für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes auf ein Jahr verkürzt. Zudem wurden Gutsherrschaften, die zu keinem Gemeindeverband gehörten, in gleicher Weise zur Armenpflege verpflichtet.⁶³⁴ In den nichtpreußischen Staaten des Deutschen Bundes galt im Gegensatz zum Unterstützungswohnsitzprinzip das Heimatrechtsprinzip, nach dem die Gemeinde die Armenlast zu tra-

⁶²⁸ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 62-66; Fischer: Industrialisierung und soziale Frage in Preußen, 248; Conrad: Vom Greis zum Rentner, 238 f.

⁶²⁹ Zur bis dahin bestehenden Armenpflege vgl. Reidegeld: Armenpflege und Migration von der Gründung des Deutschen Bundes bis zum Erlass des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, 254-263.

⁶³⁰ PrGS 1843, 5-8 (auch als *Aufnahme-, Anzugs-, Niederlassungs-, Heimaths-Gesetz* bekannt).
⁶³¹ Ebd., 8-15.

⁶³² Ansonsten wurde ein Unterstützungswohnsitz durch Geburt bzw. Eheschließung begründet.

⁶³³ PrGS 1855, 311-315.

⁶³⁴ Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 38 f.; 57 f.; Ders.: Armenpflege und Migration von der Gründung des Deutschen Bundes bis zum Erlass des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, 253; Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 81; Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 89; Baron: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, 17 ff.

gen hatte, in welcher der Bedürftige ein durch Geburt oder Eheschließung erworbenes Heimatrecht besaß.⁶³⁵

Unabhängig vom Organisationsprinzip der Armenunterstützung galt, dass dieselbe lediglich für die Sicherung der zur Existenz unverzichtbaren Grundlagen aufkommen sollte. Ein Rechtsanspruch auf Armenunterstützung existierte nicht.⁶³⁶

Durch die *Gothaer Konvention*⁶³⁷ vom 15. Juli 1851 sowie die *Eisenacher Konvention*⁶³⁸ vom 11. Juli 1853 wurde versucht wenigstens in Ansätzen bundesweit einheitliche Regelungen für Ausweisungen sowie die Übernahme von Heimatlosen zu schaffen, womit sich am Horizont das Fernziel einer bundesweiten Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit abzeichnete, die für den Norddeutschen Bund mit dem *Gesetz über die Freizügigkeit*⁶³⁹ vom 1. November 1867 dann auch tatsächlich gewährt wurde.⁶⁴⁰

Durch das *Gesetz über den Unterstützungswohnsitz*⁶⁴¹ vom 6. Juni 1870 wurde das Unterstützungswohnsitzprinzip auf den gesamten Norddeutschen Bund (und später auf das Deutsche Reich mit Ausnahme Bayerns und Elsass-Lothringens) ausgedehnt. Die Frist für Erwerb bzw. Verlust des Unterstützungswohnsitzes wurde auf zwei Jahre verlängert, bis sie 1908 wieder auf ein Jahr verkürzt wurde.⁶⁴²

Die kirchliche Armenpflege war in dieses gesetzlich geregelte öffentliche Armenwesen nicht eingebunden, oft allerdings auf kommunaler Ebene daran direkt beteiligt.

⁶³⁵ Vgl. Reidegeld: Armenpflege und Migration von der Gründung des Deutschen Bundes bis zum Erlass des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, 266-269; Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 82 ff.

⁶³⁶ Diese Bestimmungen verfolgten ebenso wie die gelegentlich übliche Armen- bzw. Arbeitshauspflicht den Zweck die Existenz als Klient der Armenkasse so unattraktiv wie möglich zu machen. Von dieser Ansicht geleitet sind auch Klagen insbesondere über die kirchliche Armenpflege, die infolge ihrer barmherzigen Grundhaltung oft übers Ziel hinaus schieße und damit von gar nicht auf die Armenhilfe angewiesenen, aber arbeitsscheuen Individuen leicht missbraucht werden könne (vgl. etwa Ammon: Handbuch der christlichen Sittenlehre, Bd. 3, 188 f.). Zur konkreten Organisation der öffentlichen Armenpflege vgl. etwa Blum: Staatliche Armenfürsorge im Herzogtum Nassau 1806-1866; Zimmermann: Pauperismus und Restauration. Zimmermanns Regionalstudie sei hier auch als Erinnerung daran erwähnt, dass die Armenpflege bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus noch in Armen- und Arbeitshäusern stattfand – nicht zuletzt auch zur Abschreckung arbeitsfähiger Armer (vgl. dazu auch Sachße/Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 1, 244-257).

⁶³⁷ Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 7, Anhang, Nr. 5.

⁶³⁸ Ebd., Anhang, Nr. 6.

⁶³⁹ NorddtBGBI 1869, 55-58.

⁶⁴⁰ Vgl. Ritter: Der Sozialstaat, 49; Baron: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, 18 f.

⁶⁴¹ NorddtBGBI 1870, 360-373.

⁶⁴² Vgl. Baron: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, 20 f. Zur Armenpflege im frühen Kaiserreich vgl. auch Sachße/Tennstedt: Sozialpolitik vor dem Sozialstaat; Reidegeld: Armenpflege und Migration von der Gründung des Deutschen Bundes bis zum Erlass des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, 269-275; Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, 28.

III. Die Sozialversicherungsgesetzgebung – historischer Abriss

*Solche Gesetze entstehen ja nicht
auf der Basis einer theoretischen Willkür [...],
sondern sie haben ihre Genesis,
ihre Vorgeschichte, aus der sie entstehen.*¹

Die im vorangegangenen Kapitel dargestellte sozialreformerische Diskussion und die skizzierten sozialpolitischen Maßnahmen bis zum Beginn der Sozialversicherungsgesetzgebung haben deutlich gemacht, dass diese Gesetzgebung bereits auf einen großen Schatz unterschiedlicher Ideen und Erfahrungen zurückgreifen konnte. In diesen Ideen und Erfahrungen leuchtete zwar die Versicherungsidee hin und wieder auf, sie war allerdings ein Modell unter vielen, ja nicht einmal ein besonders prominentes, schließlich wurde in keinem der dargestellten sozialreformerischen Konzepte die Einführung einer obligatorischen staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung als Patentrezept zur Lösung der sozialen Frage empfohlen.² Insofern kann nicht behauptet werden, das Sozialversicherungsmodell lasse sich zwingend aus der geschilderten sozialreformerischen bzw. sozialpolitischen Vorgeschichte herleiten. Daher stellt sich für dieses Kapitel die Aufgabe zu veranschaulichen, weshalb und wie gerade das Versicherungsmodell reüssierte. Darüber hinaus wird zu zeigen sein, welche starke Prägekräfte die bereits ergriffenen sozialpolitischen Maßnahmen auf die Genese der Sozialversicherungsgesetzgebung ausübten, wie dieses neue Modell also schon einer starken Pfadabhängigkeit³ ausgesetzt war.

Zunächst soll ein knapper Überblick über das Versicherungsprinzip gegeben werden, welches nicht erst seit den 1880er Jahren in Deutschland Anwendung fand, sondern sich bereits in der Antike einiger Beliebtheit erfreute. Insofern ist also weniger die Versicherungslösung als solche das herausragende Novum an der Sozialversicherungsgesetzgebung im Deutschen Reich, vielmehr, zum einen, dass gerade dieses Instrument nach langen und ausführlichen Diskussionen und Abwägungen verschiedener Modelle zur prominentesten Antwort auf die soziale Fra-

¹ Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck am 02.04.1881 vor dem Reichstag (StBRt IV/4 [1881], 712/II).

² Ansätze finden sich allenfalls bei Rodbertus (vgl. dazu Abschnitt II.1.2.2.4). Auch jenseits der im Kapitel II dargestellten sozialreformerischen Konzepte existieren offenbar nur wenige Anstöße, die dezidiert das Sozialversicherungsmodell empfehlen, einer stammt von Richard Hirschberg (Ders.: Die Lösung der sozialen Frage nebst einer Darstellung der wichtigsten sozialistischen Lehren und der Arbeiterbewegung der letzten Jahre) und ist dem Autor nur in einer vernichtenden Kritik Heinrich Bernhard Oppenheims zugänglich: „In Kürze: man denke sich, dass in einer Gemeinde alle Individuen sich gegenseitig gegen alle Wechselfälle des Lebens assekurieren, und dann wieder alle Gemeinden unter einander gegen die Kosten-Ueberschüsse etwa wechselseitige Versicherung leisten. Ein bescheidenes Werkzeug, das Herr Hirschberg dafür noch in Anspruch nimmt, ist eine Reichsbank, welche diesen Verkehr kreditmässig vermittelt. Er berechnet sechs Thaler jährlich auf den Kopf und wäre vielleicht nicht abgeneigt, die ersten 240 Millionen Thaler aus den französischen Kriegsentschädigungsgeldern zu beziehen. An Alles hat er dabei gedacht, selbst an die Mobilisierung des „Versicherungsscheines“ zu Zwecken des persönlichen Kredits. Insofern ist Methode in dem Nonsens. Aber dass der Staat dabei eine kommunistische Maschinerie würde, in welcher der Antrieb zur Selbstthätigkeit stark gemindert wäre, das ist dem Verfasser nicht eingefallen.“ (Oppenheim: Der Katheder-Sozialismus, 16).

³ „Path dependence means that history matters; that the choices we make today and tomorrow are constrained by the past evolution of the belief systems and institutions of the society.“ (North, Douglas C.: The Adam Smith Address: Economic Theory in a Dynamic Economic World, in: Business Economics 30 [1995], 7-12, 11; zit. nach Hartig: Alterssicherung in der Industrialisierung, 39).

ge wurde, zum zweiten, dass der Staat zu diesem Zweck nach langen Auseinandersetzungen um ein tragfähiges und durchsetzbares Austarieren von Zuständigkeiten nicht lediglich den legislatorischen Rahmen vorgab, sondern zum direkten oder indirekten Vertragspartner im Versicherungsverhältnis wurde und konkrete Rechtsansprüche der Versicherungsnehmer zu bedienen oder zu garantieren hatte.

An den Überblick über das Versicherungsprinzip anschließen wird sich ein längerer Abschnitt über die unmittelbare Vorgeschichte der Sozialversicherungsgesetzgebung seit der Reichsgründung, worin vor allem auf die Motive dieses Projekts eingegangen werden soll, welche mit Kompensation repressiver Maßnahmen in Gestalt des Sozialistengesetzes nicht hinreichend beschrieben sind. Vielmehr wird zu fragen sein, welche Vorarbeiten mit welchen Zielen zur Verfügung standen, welche Persönlichkeiten in welchen Kontexten mit solchen Vorarbeiten befasst waren und nicht zuletzt welche sonstigen Entwicklungslinien sich in diesem Gesetzesvorhaben bündeln. Danach wird ausführlich auf das Gesetzgebungsverfahren im Einzelnen sowie auf die Positionen der im Reichstag vertretenen Parteien eingegangen, während sich das anschließende IV. Kapitel vollständig auf die Charakteristika der Argumentation konzentrieren wird. Dieses III. Kapitel schließt mit einem Blick auf die Weiterentwicklung der Sozialversicherung bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs ab.

1. Das Versicherungsprinzip

Bevor sie zum zentralen Konzept staatlicher Sozialpolitik im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde, hatte die Versicherungsidee bereits über einen sehr langen Zeitraum auf sehr verschiedenen Sektoren ihr Wirken entfaltet, weshalb es lohnt wenigstens kurz darauf einzugehen, vor allem auch um anhand der Versicherungstradition charakteristische Besonderheiten der späteren Sozialversicherung sichtbar machen zu können.

Für alle drei der im Folgenden dargestellten Versicherungstypen charakteristisch ist das grundlegende Versicherungsprinzip, welches der Nationalökonom und Politiker Albert Schäffle 1864 so beschrieb:

Die Versicherung ist der Vorankauf künftigen Schadensersatzes, und zwar des Ersatzes eines Schadens, der theils nur eine unbestimmte Möglichkeit, theils, wo er unfehlbar eintritt, hinsichtlich der Zeit des Eintretens unbestimmt ist.⁴

1.1. Ansparversicherung

Der bereits in der Antike greifbare erste Typ der Versicherung entstand im Gefolge freiwilliger Zusammenschlüsse überschaubar großer Gruppen von Menschen, vor allem im Zuge von kultischen und berufsständischen Vereinigungen. Den schon in den griechischen Poleis wie in der römischen Republik auffindbaren Kult-, Geselligkeits- und Handwerkervereinen wie den seit dem ausgehenden dritten nachchristlichen Jahrhundert obligatorischen „Berufsgenossenschaften“ waren sehr häufig Kassen angeschlossen, deren häufigster Zweck die Übernahme der Bestattungskosten für verstorbene Vereinsmitglieder und die Ehrung ihres Andenkens (z. B. durch Festmähler) war. Es existierten auch reine Begräbnisvereine, die kein anderes Anliegen als die Beitragserhebung zu einer Begräbniskasse hatten.⁵

Obwohl bei diesen frühen Strukturen die Sparkassenfunktion im Vordergrund steht, ist das Versicherungsprinzip hier dennoch deutlich sichtbar verwirklicht: Zur Bewältigung von als Bedrohung empfundenen Gefährdungen (hier: finanzielle Belastung der Hinterbliebenen mit Begräbniskosten) schließt sich eine Gemeinschaft zusammen und versucht sich gegen mögliche Folgen dieser Gefährdungen (hier: wirtschaftlicher Ruin der Hinterbliebenen oder unwürdige Bestattung) durch Ansammlung von Kapital abzusichern. Ein daraus resultierendes, gleichwohl nicht selbstverständliches Charakteristikum von Zusammenschlüssen zu Versicherungszwecken ist die weit gehende Gleichberechtigung der Vereinsmitglieder: Wo alle dieselben Einlagen zur Bewältigung derselben Risiken mit derselben Aussicht auf Partizipation am angesparten Kapital leisteten, wurden Standesunterschiede zumindest partiell verwischt – was indes nicht heißt, dass diese Vereine frei von Hierarchien gewesen wären.

Dieser Frühform des Versicherungsprinzips, die in Gestalt der berufsständischen Sterbekassen auch im 19. Jahrhundert noch weit verbreitet war, ist eigentümlich, dass hier noch keine scharfe Trennung zwischen Versicherungs- und Kassenwesen vorgenommen werden kann.

⁴ Schäffle: Bourgeois- und Arbeiter-Nationalökonomie, 297.

⁵ Vgl. Schmeller: Hierarchie und Egalität, 26-30.

1.2. Risikoversicherung

Eine zweiter Typ der Versicherung ist durch den Hinzutritt (bzw. die stärkere Akzentuierung) des Solidaritätsprinzips gekennzeichnet. Während bei den Begräbnisvereinen und Sterbekassen das Ansparen von Kapital für die mit dem unweigerlich irgendwann eintretenden Ableben eines Vereinsmitglieds verbundenen Ausgaben im Mittelpunkt steht, hier also nicht nur der Umfang der Einlagen für jedes Mitglied gleich ist, sondern auch jener der zu erwartenden, aus der gemeinsamen Kasse zu bestreitenden Leistungen, geht es bei diesem zweiten Typ vor allem um den Schutz vor den Folgen existenzbedrohlicher Risiken, die nicht unbedingt eintreten müssen.

Dieser Versicherungstyp ist verwandt mit dem liberalen Selbsthilfegedanken und beruht neben dem Solidaritätsprinzip vor allem auch auf der Einsicht, Gefahren nicht als vom Schicksal bestimmt hinzunehmen, sondern als Risiken zu begreifen, gegen die man gemeinschaftlich Vorsorge treffen kann und soll – z. B. eben durch eine Versicherung. Seine Charakteristika legen es nahe, diesen Typ mit Eckart Reidegeld als „rationale, moderne Versicherung“⁶ zu bezeichnen, allerdings existierten auch solche Versicherungen bereits seit der Antike, insbesondere zur Absicherung von berufsbedingten Gefährdungen (z. B. in Bergbau und Schifffahrt) sowie zum Betrieb von für die Gemeinschaft lebensnotwendigen Einrichtungen (Verteidigungsanlagen, Deichen, Brunnen, Mühlen). Während des Mittelalters entstand nach diesem Prinzip eine Vielzahl verschiedener Gemeinschaften wie etwa Orden, Gilden, Zünfte, Innungen, Bruderschaften etc., die in der frühen Neuzeit durch Bünde, Assoziationen, Vereine usw. ergänzt und zum Teil abgelöst wurden.⁷ Diese Formationen hatten neben ihrem Hauptzweck häufig auch die Aufgabe, ihre Mitglieder (bzw. deren Hinterbliebene) gegen die Folgen von Krankheit, Invalidität und Tod abzusichern. Als Beispiel seien hier noch einmal die bereits erwähnten,⁸ im hier interessierenden Zeitraum sehr verbreiteten gewerblichen Unterstützungskassen genannt. Nach demselben Prinzip der Risikoversicherung funktionierten Brand-, Hagel- und Viehkassen sowie verschiedene Witwen- und Waisenkassen, die in Deutschland allesamt im 19. Jahrhundert vorhanden sind und oft bereits auf eine jahrhundertelange Tradition zurückblicken können.⁹

Ab dem frühen 19. Jahrhundert erhielt die solchermaßen organisierte Risikoversicherung eine Ergänzung durch private Versicherungsdienstleister, die sich insbesondere der Sach- und die Lebensversicherung für die vermögenden Schichten widmeten.¹⁰ Damit wird der von Anfang an typische und auch für die Ansparversicherung charakteristische Zusammenhang zwischen den von bestimmten Risiken Betroffenen und den Organisatoren der Versicherung gegen diese Risiken aufgehoben. Die ersten deutschen Versicherungsanstalten entstanden nach englischem Vorbild um 1830 (Gotha 1827/29, Lübeck 1828, Leipzig 1830, Hannover 1831). Auch wenn

⁶ Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 152.

⁷ Vgl. dazu etwa Lusiardi: Caritas – Fraternitas – Solidarität; Tode: Von der Fürsorge zur Verwaltung; Tremp: Barmherzigkeit und Versicherung zugleich.

⁸ Vgl. Abschnitt II.2.3.

⁹ Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 150-155; Stolleis: Historische Grundlagen, 223; Schmolter: Die soziale Frage, 353 f.

¹⁰ Die weniger wohlhabenden Schichten wurden aufgrund ihrer erhöhten Sterblichkeit oft per Satzung ausgeschlossen und auf die Sparkassen verwiesen. Daher verwundert es nicht, dass noch 1850 lediglich einer von tausend Deutschen einen Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen hatte. Nach diesen bescheidenen Anfängen konnte die Zahl der Versicherten bis 1893 auf etwa eine Million gesteigert werden (vgl. Körber: Lebensversicherung und Gesellschaft, 496 ff.; 503).

solche Versicherungsanstalten wiederum nicht vollkommen ohne Vorläufer waren,¹¹ sind sie doch insofern ein legitimes Kind ihrer Zeit, als sie auf gewissen Voraussetzungen aufbauten, die erst im 19. Jahrhundert in Deutschland erfüllt waren: Neben dem bereits erwähnten und seit der Aufklärung verstärkt raumgreifenden Bewusstsein um die Beeinflussbarkeit des individuellen Schicksals¹² fußte das private Versicherungswesen auf bestimmten wissenschaftlich-empirischen Erkenntnissen (Versicherungsmathematik, Sterbetafeln, Unfallstatistiken etc.), auf einer entwickelten Geldwirtschaft, auf einem risikobereiten Unternehmertum sowie nicht zuletzt auf der Auflösung ständischer Strukturen. Mit Fug und Recht kann man daher in diesem nach den Regeln des sich entwickelnden Kapitalismus institutionalisierten Typ der Versicherung mit Peter Borscheid ein „Konzentrat an Modernität“ sehen.¹³

Zur modernen und rationalen Risikoversicherung zählt auch die bereits erwähnte private Unfallversicherung zur Absicherung des aus dem Haftpflichtgesetz von 1871 resultierenden Haftpflichttrisikos von Unternehmern.

Auch für den Typ der Risikoversicherung gilt, dass eine klare Grenze zum Kassenwesen nicht zu ziehen ist, was vor allem an der uneinheitlichen Begriffsverwendung liegt. Hier mögen wiederum die gewerblichen Unterstützungskassen als Beispiel herhalten, die meist als Kranken-, mitunter auch als Invaliditätsversicherer fungierten.

¹¹ Seit dem Spätmittelalter war es möglich bei der jeweiligen Stadtkasse eine so genannte Leibrente einzukaufen. Dabei wurde gegen eine einmalige Kapitalzahlung eine lebenslange Rente gekauft (Schmoller: Die soziale Frage, 355). Damit eng verwandt ist das heute von privaten Rentenversicherern angebotene Modell der so genannten *umgekehrten Hypothek* (*reverse mortgage*), bei der die lebenslange Rente durch die (meist allmähliche) Übereignung einer schuldenfreien Immobilie an eine Bank, die im Gegenzug die Rente zahlt, eingekauft wird. Einer der frühesten Nachweise für kommerzielle Versicherungsunternehmen sind so genannte Seeversicherungen, die im ausgehenden 14. Jahrhundert in Italien entstanden und über die Niederlande im 16. Jahrhundert auch nach Deutschland kamen. Zuerst im Neben-, später im Hauptgeschäft versicherten Kaufleute Schiffe samt Ladung gegen die mit dem Seeverkehr verbundenen Risiken. Aufgrund der hohen Versicherungsprämien stellte die Seeversicherung ein einträgliches, wenngleich riskantes und daher hoch spekulatives Geschäft dar, weshalb bereits ab dem 15. Jahrhundert sowohl eine diesbezügliche Gesetzgebung wie auch eine differenzierte Erhebung der mit den verschiedenen Seetransportwegen verbundenen Risiken einsetzte. Da der einzelne Versicherer den für die Seeversicherung erforderlichen Kapitalbedarf meist nicht über einen längeren Zeitraum in großem Umfang bestreiten konnte, entstanden seit etwa 1690 Seeversicherungsgesellschaften (in Deutschland in Hamburg 1765, Bremen 1769, Lübeck 1795), die wiederum Vorbilder für die späteren Lebens- und Sachversicherungsgesellschaften abgaben (vgl. ebd., 356; Neugebauer: Versicherungsrecht vor dem Versicherungsvertragsgesetz, 12 f.; vgl. dazu auch Nehlsen-von Stryk: Die venezianische Seeversicherung im 15. Jahrhundert). Ein weiterer Vorläufer der rational-modernen Versicherungsgesellschaft, bei dem sich das Fehlen versicherungsmathematischer Grundlagen oft schmerzlich bemerkbar machte, sind die landesherrlichen Feuerkassen (auch: Brandkassen). Diese deutsche Besonderheit geht auf Empfehlungen kameralistischer Wirtschaftstheoretiker zurück (vgl. dazu Hagen: Die Ansichten der deutschen Kameralisten des 18. Jahrhunderts über das Versicherungswesen), die sich von solchen Versicherungsanstalten (außer an Feuerkassen war auch an Witwen- und Waisenkassen sowie an Vieh- und Erntever sicherungen gedacht, realisiert wurden diese über Feuerkassen hinaus gehenden Pläne allerdings äußerst selten) positive Impulse zur Erhöhung der Steuerkraft und der Geldzirkulation versprochen. Die erste Feuerversicherung entstand 1718 in Berlin, weitere folgten in Hannover (1750), Braunschweig (1754) usw. Kaum einer dieser Kassen war ein langes Leben beschieden, besonders der Verzicht auf Gefahrenklassen, die hohen Selbstbeteiligungen sowie die im nachträglichen Umlageverfahren erhobenen Beiträge machten diese Kassen bankrottanfällig und tendenziell überflüssig (vgl. Neugebauer: Versicherungsrecht vor dem Versicherungsvertragsgesetz, 13 f.).

¹² Vgl. dazu Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat, 32 ff.

¹³ Vgl. Borscheid: Die Entstehung der deutschen Lebensversicherungswirtschaft im 19. Jahrhundert, 306-309 (hier auch Zitat); Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 151 f.; Körber: Lebensversicherung und Gesellschaft, 495 f.

1.3. Sozialversicherung

Der letzte der hier unterschiedenen drei Versicherungstypen soll zunächst nur kurz skizziert werden, schließlich wird ihm und seiner Entstehung der Rest dieser Abhandlung gewidmet sein.

In Deutschland hat die Sozialversicherung ihre ältesten Wurzeln im bereits erwähnten General-Privilegium für die Bergleuthe im Herzogtum Cleve, Fürstenthums Moers und Grafschaft Marck vom 16. Mai 1767, welches samt nachfolgenden Regelungen an die traditionellen Knappschaften anschließende obligatorische, staatlich (bergbehördlich) beaufsichtigte und später auch staatlich geleitete Kassen zur Absicherung gegen Krankheit und Invalidität einschließlich einer Hinterbliebenenunterstützung schuf.

Bereits am Beispiel der Knappschaftskassen lässt sich gut beobachten, wie eng Risiko- und Sozialversicherung miteinander verwandt sind, weshalb sich die Frage nach dem Proprium der Sozialversicherung stellt. Sucht man nach einer Antwort, wird schnell deutlich, dass die Sozialversicherung eine Weiterentwicklung der Risikoversicherung darstellt und Entwicklungen aufgreift bzw. fortführt, die im Bereich der Risikoversicherung bereits begonnen hatten.

Die wichtigsten Charakteristika der Sozialversicherung, die sie bis in unsere Gegenwart auszeichnen, sind ihr Zwangscharakter, ihre öffentlich-rechtliche (möglicherweise staatliche), durch einen gesetzlichen Rahmen fixierte Organisation mit bestimmten Aufsichts-, Kontroll- und Eingriffsbefugnissen des Staates sowie ihre Ausdehnung auf möglichst viele Beitragszahler, die nunmehr einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen erhalten.¹⁴

Die Ausführungen über das Kassenwesen¹⁵ haben gezeigt, dass obrigkeitlicher Beitrittszwang kein alleiniges Charakteristikum der Sozialversicherung ist, vielmehr schon seit der preußischen Allgemeinen Gewerbeordnung¹⁶ vom 17. Januar 1845 für gewerblichen Unterstützungskassen, also für einen Teilbereich der Risikoversicherung gestattet war. Auch die staatliche Aufsicht war kein neues Phänomen, sondern seit der Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Allgemeinen Gewerbeordnung¹⁷ vom 9. Februar 1849 ebenfalls bereits auf dem Gebiet der gewerblichen Unterstützungskassen üblich. Einen Rechtsanspruch auf Leistungen aus den Kassen, zu denen sie Beiträge leisteten, hatten die Beitragszahler üblicherweise zwar nicht, insbesondere waren sie nur ungenügend gegen den Bankrott der Kasse geschützt, allerdings bedeutete die über viele Kassen bestehende staatliche Aufsicht immerhin eine rudimentäre Garantie für eine halbwegs solide Kassenverwaltung.

Lediglich die lokale oder berufsständische Beschränkung auf bestimmte Gruppen unterschied die per Ortstatut oder Regierungsbeschluss begründeten und kommunal oder behördlich beaufsichtigten Kassen signifikant von den als Sozialversicherung organisierten Knappschaftskassen oder von der 1883 beschlossenen Krankenversicherung.

Insofern scheint der Schritt von den bereits bestehenden Strukturen zur öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung in der Rückschau nicht allzu groß gewesen zu sein. Eine solche Perspekti-

¹⁴ Zur Anknüpfung der Sozialversicherung an bereits vorhandene Konzepte und Institutionen sowie zu verschiedenen Sozialversicherungstypen vgl. Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat, 40-48.

¹⁵ Vgl. Abschnitt II.2.3.

¹⁶ PrGS 1845, 41-78.

¹⁷ PrGS 1849, 93-110.

ve verstellt allerdings den Blick darauf, welche enormen Herausforderungen mit der Realisierung des Sozialversicherungsprojekts verbunden waren.

Als Erstes wäre die große Beharrungskraft zu nennen, die den bereits vorhandenen Modellen und vor allem den damit verbundenen Institutionen (und den daran gebundenen Personen) innewohnte und im Fall eines Systemwechsels, den die Sozialversicherung zweifellos darstellte, überwunden werden musste. Keine niedrigere Hürde stellten die unterschiedlichen Vorstellungen der am Gesetzgebungsprozess Beteiligten dar, seien es Regierungsbeamte, Verantwortliche in den Einzelstaaten, Parlamentarier oder Industrielle. Die Unvereinbarkeit der verschiedenen vertretenen Positionen schloss Kompromisslösungen bei den Hauptstreitpunkten von vornherein weit gehend aus. Ein weiteres Problem waren die mit dem Projekt der Sozialversicherung verbundenen sachfremden Interessen wie etwa die Eindämmung der Sozialdemokratie, die Eliminierung der freien Kassen, die Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den Einzelstaaten usw.

Vor diesem Hintergrund erschließt sich die Bedeutung der Sozialversicherung als Basisinnovation auf dem Gebiet der sozialen Sicherung, deren Einführung eine immense Leistung darstellt (sowohl vonseiten ihrer Befürworter wie ihrer Gegner). Gleichwohl soll bei der folgenden ausführlichen Betrachtung der Genese der Bismarckschen Sozialversicherung nicht aus dem Blick verloren werden, dass dieses Modell eben nicht den etwaigen Gipfelpunkt einer gesetzmäßigen Entwicklung auf dem Gebiet der Versicherung bzw. der sozialen Sicherung in toto darstellt, sondern nicht losgelöst von der Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu würdigen ist, mit denen sie untrennbar verbunden ist, in denen sie wurzelt. So sind etwa der zunehmende und auch zunehmend akzeptierte Fürsorgeanspruch des Staates,¹⁸ die wachsende Leistungsfähigkeit der staatlichen Verwaltung,¹⁹ die etablierte Geldwirtschaft, die mit den enormen Herausforderungen des Industrialisierungszeitalters und insbesondere der Gründerkrise überforderte Armenpflege Tätigkeit von Familie, Kommune und Kirche, die Existenz sowohl einer einflussreichen sozialistischen Bewegung wie der organisierten Arbeiterschaft²⁰ sowie die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Reichstag nach 1877 (diese bedeuteten eine Schwächung der Liberalen und ermöglichten Sozialistengesetz und Schutzzollpolitik²¹) notwendige Voraussetzungen für die Inangriffnahme dieses Projektes.

¹⁸ Vgl. dazu Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, 15-23; Ritter: Der Sozialstaat, 67-83; Raphael: Recht und Ordnung, 94-114.

¹⁹ Vgl. Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat, 37 f.

²⁰ Zum letztlich eher geringen Interesse der Industrie am Zustandekommen der Sozialversicherung vgl. Breger: Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878-1891; Dies.: Der Anteil der deutschen Großindustriellen an der Konzeptualisierung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung; Ullmann: Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880-1889.

²¹ Zur Schutzzollpolitik vgl. Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat, 476-491; Engelberg: Bismarck (1990), 256-265; Böhmert: Über Freihandel und Schutzzoll; Held: Schutzzoll und Freihandel; Wiss: Freihandel und Schutzzoll; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 165-169; 175-177. Die kurz- und mittelfristigen Vorteile der Schutzzollpolitik für die deutsche Industrie und Landwirtschaft waren unbestreitbar: Zwischen 1861/70 und 1911/13 stiegen die Preise für Roggen in Preußen um 12 %, Schweinefleisch wurde um die Hälfte teurer, Rindfleisch um 98 % (vgl. Achilles: Agrarkapitalismus und Agrarindividualismus, 522). Achilles hat noch einen weiteren interessanten Fakt herausgearbeitet: „Gegenüber der ersten Betriebszählung im Jahre 1882 konnten die Betriebe über 100 ha LF [landwirtschaftlich genutzte Fläche inkl. Ziergärten, Rasen und Sozialbrache; PE] die von ihnen bewirtschaftete Fläche bis 1895 noch um 0,6 v.H. ausdehnen, aber danach büßten sie 9,9 v.H. ihrer Nutzflächen ein. Man könnte entgegen, in dieser Zeit seien auch die Pachtflächen verringert worden. Da aber der Rückgang bei ihnen nur 4,1 v.H. betrug, stieg der Verlust an eigentümlich besessenen Flächen sogar auf 12,6 v.H. an. Ausgerechnet in der Phase, die den Industriekapitalismus am meisten begünstigte, schmolz die ökonomische Basis der Besitzer ehemaliger Rittergüter empfindlich dahin. Diese Tatsache macht einmal ihre überreizten Reaktionen im agrarpolitischen Tageskampf verständlich, zum andern zeigt aber auch der Verzicht auf Pachtland, wie wenig

Wie die Sozialversicherung so sind auch die früheren Versicherungstypen nur unter Berücksichtigung ihres sozialen und wirtschaftlichen Umfelds richtig zu bewerten. Die meisten überlieferten Strukturen verschwinden mit Einführung der Sozialversicherung nicht einfach (es sei denn, die Sozialversicherungsgesetze schließen ihr Weiterbestehen durch Verdrängung, Veränderung oder Überlagerung aus), sondern existieren bis zu dem Zeitpunkt fort, wo sie wegen gewandelter wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse überflüssig werden.²² Für die privaten Versicherungsgesellschaften ist dieser Zeitpunkt trotz ausgebauter Sozialversicherung bis heute noch nicht gekommen und es ist durchaus denkbar, dass sie die Sozialversicherung überleben werden.

wagendes Unternehmertum in dieser Klasse verbreitet war. Alle Bauernklassen und auch die Nebenerwerbslandwirtschaft stockten jedenfalls ihren Besitz an Pachtland auf.“ (ebd., 525).

²² Als Beispiel dafür wären lokale Sterbekassen zu erwähnen, die sich nach ihren Anfängen in Deutschland im ausgehenden 18. Jahrhundert noch um 1900 eines regen Aufschwungs erfreuten. Als nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg die Zahlungen der etablierten Lebensversicherungsgesellschaften nur spärlich flossen, waren es oft diese lokalen Sterbekassen, die auf örtliche Bedürfnisse eingehen und den Versicherungsgesellschaften Kunden abspenstig machen konnten (vgl. Kottmann: Quasi-Versicherungen und der Staat, 513 ff.). Hier stieß also eine typische Ansparversicherung (bei bereits bestehender Sozialversicherung) in eine Lücke, welche die etablierten Risikoversicherungsgesellschaften nicht auszufüllen vermochten.

2. Motivation des Sozialversicherungsprojektes – drei Problemfelder

Am 15. Februar 1881 wurde die vierte Session des vierten Reichstags im Weißen Saal des Berliner Stadtschlusses feierlich eröffnet. Der damalige Vizekanzler Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode (1837-1896)²³ verlas die zu diesem Anlass übliche Thronrede des Kaisers. Darin wurde die Vorlage eines Unfallversicherungsgesetzes und damit der Beginn der parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Sozialversicherungsprojekt angekündigt. Die Rede enthielt auch eine Passage über die Motivation dieses Vorhabens:

Schon bei der Eröffnung des Reichstags im Februar 1879 hat Se. Majestät der Kaiser, im Hinblick auf das Gesetz vom 21. Oktober 1878²⁴ der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der Reichstag seine Mitwirkung zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung auch ferner nicht versagen werde. Diese Heilung wird nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen,²⁵ sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein.²⁵

In der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage vom 8. März 1881 wird derselbe Gedanke gleich am Anfang geäußert:

Bei der Berathung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ist die Nothwendigkeit anerkannt worden, die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlass dieses Gesetzes nothwendig gemacht haben, auch durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen zu bekämpfen.²⁶

Schließlich enthielt auch die berühmte Kaiserliche Sozialbotschaft Wilhelms I. vom 17. November 1881 diese Argumentation:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.²⁷

In diesen drei Stellungnahmen wird die Inangriffnahme eines bedeutenden und weit reichende Veränderungen bewirkenden Gesetzgebungsprojektes lediglich monokausal zu begründen versucht, womit – mit den Worten Florian Tennstedts und Heidi Winters – „eher ein historischer Roman erzählt als eine wissenschaftliche Feststellung getroffen“²⁸ wird. Das Eingehen auf le-

²³ Zu Stolberg-Wernigerode vgl. Breitenborn: Einleitung; Ders.: Im Dienste Bismarcks.

²⁴ Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (RGBl 1878, 351-358; auch als Sozialistengesetz bekannt).

²⁵ StBRt IV/4 (1881), 1/II.

²⁶ StBRt/A IV/4 (1881), 228/I.

²⁷ StBRt V/1 (1881/82), 2/I.

²⁸ Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 363. Dass auch Bismarck die monokausale Begründung für einen „historischen Roman“ hielt, kennzeichnet seine Anmerkung zu einem mit dieser Begründung operierenden Dokument (abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 77; weitere ebd., Bd. 1, Nr. 219; Bd. 2, Nr. 62; 178): Er tut sie als „Phrase“ ab (ebd., Bd. 2, 230, FN 14), was ihn allerdings nicht daran hindert am 26.11.1884 vor dem Reichstag zu erklären: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für die armen Mitbürger hat, ein ganz nütz-

gitime Forderungen aus dem sozialistischen Lager und die damit verbundene Hoffnung, dessen politischer Vertretung den Wind aus den Segeln nehmen zu können, stellten zweifelsohne einen wichtigen Impuls für die Sozialversicherungsgesetzgebung dar,²⁹ die im vorangegangenen Abschnitt genannten weiteren Voraussetzungen (z. B. der zunehmende Fürsorgeanspruch des Staates und die überforderte herkömmliche Armenpflege) sollen im Gegensatz zu den drei zitierten Passagen hier nicht ausgeblendet werden. Daher gilt es im Folgenden die tatsächlichen Umstände des Zustandekommens der Sozialversicherungsidee nachzuzeichnen.

Untersucht man die Vorgeschichte der Sozialversicherungsgesetzgebung, so wird schnell deutlich, dass sich die genannten Voraussetzungen zu zunächst zwei Problemfeldern verdichten, die vorderhand wenig miteinander gemein haben, am Ende aber beide im Sozialversicherungsprojekt ihre einstweilige Lösung finden. Bei diesen Problemfeldern handelt es sich um die durch die gewerblichen Unterstützungskassen nicht ausreichend gewährleistete Altersversorgung und die mit Ausweitung der industriellen Produktion immer akuter werdende Haftpflichtfrage. Unmittelbar an die Haftpflichtfrage anschließend, eröffnet sich ein weiteres Problemfeld, nämlich wie Unfälle, aus denen eine Haftpflicht resultieren könnte, durch einen verbesserten Arbeiterschutz vermieden werden könnten.

Es ist auffällig, dass die letztlich zur Institutionalisierung der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung führenden Problemfelder nahezu deckungsgleich mit den im Abschnitt II.2. geschilderten sozialpolitischen Maßnahmen vor Inangriffnahme der Sozialversicherung sind, was ein vergleichsweise banaler Befund ist, schließlich ist keine Geschichte ohne Vorgeschichte denkbar. Wenn diese evidente Einsicht trotzdem an dieser Stelle angeführt wird, dann nicht, um die herausragende Bedeutung der Sozialversicherung zu schmälern, sondern um noch einmal dar-

liches Element. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)“ (StBRt VI/1 [1884/85], 25/II). Ursprünglich stammte diese Argumentationsfigur, wonach die Heilung sozialer Schäden nicht ausschließlich der Repression sozialistischer Ausschreitungen überlassen werden könne, sondern durch die positive Förderung des Wohles der Arbeiter zu ergänzen sei, wohl von Vizekanzler Stolberg-Wernigerode oder von dessen Vertrautem, dem Regierungsrat und Vortragendem Rat im Staatsministerium (später Geheimer Oberregierungsrat und Direktor im Reichsamt des Innern), Robert Bosse (1832-1901). In Bosses Tagebuch findet sich unter dem 12.08.1878 folgender Eintrag: „Jetzt machen wir die Vorlage des Sozialdemokratengesetzes für den neuen Reichstag. Sie ist gut, sie bringt energische Abwehr, Repression. Aber heilen kann dieses Gesetz die vorhandenen tiefen Schäden nicht. Hand in Hand damit müßte eine positive, organisatorische aufbauende Aktion der Regierung gehen. Bleibt diese aus, so rollen wir trotz aller Ausnahmegesetze in den Abgrund der gottlosesten, blutigsten, grausamsten Revolution“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 504). Stolberg-Wernigerode schrieb am 22.08.1878 an Bismarck: „Euer Exzellenz beehre ich mich [...] ganz ergebenst zu erwidern, daß auch die preußische Regierung, weit entfernt von den in dem bezeichneten Gesetzentwürfe in Aussicht genommenen Repressivmaßregeln die vollständige und dauernde Unterdrückung der sozialdemokratischen Bestrebungen zu erwarten, mit der großherzoglich oldenburgischen Regierung sich in der Überzeugung begegnet, daß die innerliche und nachhaltige Überwindung der die Grundlagen unserer gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen bedrohenden sozialdemokratischen Bewegung nur durch ein gleichzeitiges Vorgehen mit positiven und organischen Reformen auf anderen Gebieten der Gesetzgebung zu erreichen sein wird.“ (ebd., 505; in diesem Sinne auch ebd., Nr. 151-154).

29

Dies hat auch Bismarck nicht geleugnet, hatte er sich doch die Einsicht Hermann Wagners (zu Wagners Ansichten vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 32; 94; 136) zu Eigen gemacht (und bereits exakt zehn Jahre vor der Kaiserlichen Sozialbotschaft geäußert), der Staat müsse das realisieren, „was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann“ (ebd., 250; vgl. dazu auch Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat, 25). Dazu passt auch die Einschätzung Michael Stürmers, der aufgrund biografischer Studien zu Bismarck den machtpolitischen Impuls zu einer als antirevolutionäres Bollwerk verstandenen und aus Gründen der Staatsräson betriebenen Sozialpolitik betont (vgl. Stürmer: Bismarck: Sozialpolitik als Rason des Machtstaates).

auf zu insistieren, dass auch das Sozialversicherungsprojekt nicht von seinen Wurzeln abgeschnitten werden darf, wie dies zur Untermauerung seines Ranges oft getan wird.³⁰

2.1. Altersversorgung

Die vermutlich ersten Anstöße für eine öffentlich-rechtliche Sozialversicherung entstammen der Revolutionszeit³¹ und wurden, wie bereits erwähnt wurde, vom „Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ einer eingehenden Würdigung unterzogen – u. a. auch von Rodbertus und Lette.³² Der Grund für das Scheitern dieser Vorschläge war indes weniger die z. B. von Rodbertus vermutete Unmöglichkeit solcher Vorhaben, sondern die 1851 ergangene Ablehnung des vom Verein Ende 1849 ausgearbeiteten Gesetzentwurfs für eine Altersversicherung auf freiwilliger Basis durch die preußische Regierung wegen der vorgesehenen Staatsgarantie und der geplanten Übernahme der Verwaltungskosten durch den Staat. Lediglich eine auf Berlin und Umgebung beschränkte Altersversorgungsanstalt unter Verwaltung und Garantie der 1843 von Gustav Mevissen (1815-1899) begründeten „Concordia Cölnischen Lebensversicherungsgesellschaft“ kam schließlich 1861 zustande, ihr sollte allerdings kein Erfolg beschieden sein.³³

³⁰ Dafür lediglich ein Beispiel: „Vor diesem Hintergrund ist die Inaugurierung der mit der kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881 eingeleiteten staatlichen Sozialpolitik zu würdigen“ (Kouri: Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870-1919, 42).

³¹ Zu erwähnen wären beispielsweise die Denkschrift des Maschinenbaufabrikanten Adolph Pflug über die Errichtung einer Altersversorgungsanstalt, der Entwurf zu einer „Versorgungs-Anstalt zum Gedächtniss Friedrich Wilhelms des dritten“ sowie ein „Plan zur Versorgung der Arbeitsunfähigen im Preussischen Staate durch Gründung von National-Invalidenkassen“ von A. Schumann, Porzellanmanufakturbesitzer, und G. Hänel, Mitarbeiter der Maschinenbauanstalt der preußischen Seehandlung (vgl. Adickes: Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, 568 ff.; StBRt VII/4 [1888/89], 145/II). In der preußischen Seehandlung, einem 1772 von Friedrich II. gegründeten Außenhandelsinstitut, ab 1820 Verwalterin aller Aktivitäten staatlicher Verwaltungsstellen, bei denen kaufmännische Mitwirkung vonnöten war, bemühte man sich unter ihrem seit 1820 amtierenden Präsidenten, dem Wirklichen Geheimen Oberfinanzrat, seit 1836 Minister, Christian von Rother (1778-1849), um die Verbesserung der Lebensbedingungen der in Seehandlungsunternehmen angestellten Arbeiter. Dies geschah durch die Zahlung höherer Löhne als in vergleichbaren Betrieben, zudem wurden seit etwa 1842 in allen Seehandlungsunternehmen obligatorische Krankenkassen errichtet, seit 1847 nötigenfalls auch Fabrikärzte angestellt. Daneben existierten Sparkassen, die von den Arbeitern allerdings kaum benutzt wurden. Für Aktivitäten auf dem Gebiet der Alters- und Invalidenversicherung gibt es indes keine Belege. Angesichts des sozialpolitischen Engagements anderer Arbeitgeber (vgl. Kapitel II, Fußnote 597) nehmen sich die Fabrikkassen der Seehandlungsunternehmen vergleichsweise dürftig aus, gleichwohl gewinnen die unter Rother eingerichteten Kassen eine besondere Bedeutung einerseits aufgrund des frühen Zeitpunkts ihrer Gründung, vor allem aber wegen der Arbeitgeberrolle des preußischen Staates, als dessen Vertreter Rother fungierte. Insofern sind die Kassen der Seehandlungsunternehmen zwar mit denen anderer patriarchalisch gesinnter Unternehmer vergleichbar (z. B. auch hinsichtlich der fehlenden Beteiligung der Arbeiter an der Kassenverwaltung), gleichzeitig drücken sich in ihnen aber auch Ansätze einer staatlichen Sozialpolitik aus (vgl. Henning: Preußische Sozialpolitik im Vormärz?, 490 f.; 494; 498; 501-506; 516 f.; vgl. dazu auch Kirchner: Bankier für Preußen; Radtke: Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung; Ders.: Armut in Berlin). Auch wenn man darin schwerlich einen Akt staatlicher Sozialpolitik sehen kann, so ist es vielleicht doch mehr als ein Zufall, dass die erwähnte aus der königlichen Schatzkammer geförderte Weber-Produktivgenossenschaft in Wüstegiersdorf (vgl. Kapitel II, Fußnote 529) aus ehemaligen Angestellten einer örtlichen Maschinenweberei bestand, die bis 1848 der Seehandlung gehört hatte (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 62).

³² Vgl. Abschnitt II.1.2.2.4.

³³ Vgl. Adickes: Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, 589; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 29 f.; Bd. 6, 8, FN 23; Conrad: Vom Greis zum Rentner, 214; Tennstedt: Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 32 f.; Reulecke: Sozialer Frieden durch

Anderthalb Jahrzehnte nach den ersten Anregungen für eine öffentlich-rechtliche Sozialversicherung sollten ähnlich geartete Vorstöße auf fruchtbarerem Boden fallen. Sie datieren aus jenem für die Diskussion der sozialen Frage ungemein ergiebigen Jahr 1863, als Hermann Schulze-Delitzsch und Ferdinand Lassalle ihre berühmte Kontroverse um die staatliche Förderung von Produktivgenossenschaften führten, der ADAV ebenso begründet wurde wie der Protestantenverein, der Katholikentag sich in Frankfurt am Main mit der sozialen Frage beschäftigte und „Der Arbeiterfreund. Zeitschrift für die Arbeiterfrage“ sowie die wirtschaftsliberale „Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“ zum ersten Mal erschienen. Vom 6. Februar stammt eine Denkschrift des konservativen einstmaligen Berliner Stadtrates Theodor Riedel (1820-1890)³⁴ an den preußischen Regierungsrat und Sekretär Bismarcks, Karl Ludwig Zitelmann (1816-1898).³⁵ In Form eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfs schlägt Riedel darin die Errichtung einer staatlichen Altersversorgungsanstalt für preußische Staatsbürger mit einem rechtlich verbindlichen Rentenanspruch, aber ohne Beitragszwang vor. Die empfohlene Organisation des Altersversorgungswerkes als staatliche Einrichtung ist auf Riedels Vorbehalte gegen private Versicherungsunternehmen zurückzuführen, denen er die Abwicklung eines solch großen Projektes nicht zutraut, seien sie doch aufgrund ihres spekulativen Umgangs mit den Einlagen nicht in der Lage eine Garantie für die Erhaltung bzw. gezielte Vermehrung des angesparten Kapitals abzugeben. Ein Staatszuschuss zur geplanten Anstalt wird von Riedel nicht gefordert, er schließt aber nicht aus, dass ein solcher nötig sein könnte.

Neben Riedels Denkschrift gab es in jenen Monaten offenbar weitere in eine ähnliche Richtung zielende Vorstöße unterschiedlicher Herkunft,³⁶ anscheinend wurde also die Weiterentwicklung der bestehenden Risikoversicherungen zu einer Sozialversicherung (bzw. die Ausweitung der im Bergbau bereits bestehenden Sozialversicherung auf alle Arbeiter) nicht nur von Riedel als probates Mittel zur Bekämpfung der herrschenden sozialen Missstände angesehen. Aus all diesen Vorstößen spricht ein großes Zutrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates sowie die insbesondere in (nichtkatholisch) konservativen und sozialistischen Kreisen verstärkt anzutreffenden Forderungen, den Staat zur Lösung der sozialen Frage heranzuziehen – eine Forderung, welcher sich der Staat angesichts des nach wie vor bestehenden Handlungs-

soziale Reform, 217 ff.; Lette: Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen, 15.

³⁴ Zu Riedel vgl. Tennstedt/Winter: Der „Meschores“ von Ferdinand Lassalle.

³⁵ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Anhang 1. Riedel war damals Ratgeber Zitelmanns. Er besaß Kontakte in die Arbeiter- und Handwerkerbewegung und genoss das Vertrauen Lassalles (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 17, FN 2; Tennstedt: Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 33). Florian Tennstedt vermutet, Zitelmann habe während der Zeit des preußischen Verfassungskonflikts stärker als Bismarck versucht den Konflikt mit den Liberalen innenpolitisch zu lösen, indem er eine Gewinnung der Arbeiter für die Konservativen durch eine staatliche Sozialpolitik anstrebte und Riedels Denkschrift womöglich mit veranlasst hat, die in der Tat erstaunliche Parallelen zu Bismarcks damals vertretenen Ansichten aufweist (vgl. Tennstedt: Napoleon III. oder Zitelmann & Co., Frankreich oder Braunschweig?, 548). Dass Zitelmanns Pläne unter anderen Umständen möglicherweise hätten zum Erfolg führen können, bestätigt Rainer Koch: „Der wirkungsvollste Angriff auf den klassischen sozialen Liberalismus jedoch erfolgte durch den bürokratischen Obrigkeitsstaat. Bismarcks Sozialpolitik war zwar plakativ gegen die Sozialdemokratie gerichtet, traf aber in der Substanz den viel größeren, viel gefährlicheren Gegner Liberalismus. In einem nämlich [...] waren sich der preußische Staatssozialismus [...] und die sozialistische Bewegung ganz einig: Die materielle Sicherheit des Arbeiters solle nicht durch Vermögensbildung, also nicht durch Verbürgerlichung der Lebenslagen des Arbeiters, und durch gesellschaftliche Prozesse, sondern durch den Staat erfolgen.“ (Koch: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, 30).

³⁶ Vgl. dazu Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 2 f., FN 4; Tennstedt: Napoleon III. oder Zitelmann & Co., Frankreich oder Braunschweig?, 547.

bedarfs nun weniger verschließen mochte als 1851 (Ablehnung des Gesetzentwurfs des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“).

Riedels Denkschrift an Zitelmann zeichnete sich gegenüber verwandten Vorstößen dadurch aus, dass sie nicht nur ihren Adressaten erreichte, sondern von diesem auch nachweislich beachtet wurde. Bereits eine Woche nach Absendung der Riedelschen Schrift formulierte der Justizrat, Kreuzzeitungsgründer,³⁷ Parlamentarier, sozialkonservative Mitstreiter Bismarcks und Vordenker staatlicher Sozialpolitik, Hermann Wagener (1815-1889)³⁸, in einer Denkschrift für das preußische Staatsministerium³⁹ eine Einschätzung der eingereichten Vorschläge. Wagener hatte die Brisanz der sozialen Frage bereits früh erkannt und sah in ihr eine Existenzfrage für die bestehende monarchische Staatsverfassung (weshalb er ebenso wie Huber⁴⁰ immer auch auf eine sozialreformerische bzw. sozialpolitische Profilierung der Konservativen drängte⁴¹). Aus dieser Einsicht leitete er in Anlehnung an Lorenz von Stein für die Monarchie, wollte sie nicht überflüssig werden oder zur Despotie entarten, die Pflicht ab zu einem Königtum der sozialen Reform⁴² zu werden. Als geeignete Instrumente galten ihm dabei das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die Koalitionsfreiheit, eine berufsständische Gliederung der Gesellschaft, gewerbliche Genossenschaften unter Einbindung von Unternehmern, Arbeitern und Staat sowie staatliche Maßnahmen zu einer gerechten Verteilung des Arbeitsertrags.⁴³

Wageners Stellungnahme zu Riedels Vorstoß entspricht denn auch deutlich seinen eigenen sozialpolitischen Vorstellungen: Er begrüßt dessen Aufforderung an den Staat, „in dieser hoch-

³⁷ Eigentlich „Neue Preußische Zeitung“.

³⁸ Zu Wagener vgl. Kranich: Wagener, Friedrich Wilhelm Hermann; Schoeps: Hermann Wagener ein konservativer Sozialist; Hornung: Preußischer Konservatismus und soziale Frage – Hermann Wagener (1815-1889); Saile: Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck; Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat.

³⁹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 2.

⁴⁰ Vgl. dazu Abschnitt II.1.2.2.2.

⁴¹ Ausdruck dieses Bemühens war beispielsweise die Gründung des sozialkonservativen und betont antiliberalen „Preußischen Volksvereins“ unter Wageners Führung im September 1861 (vgl. Greschat: Das Zeitalter der Industriellen Revolution, 142).

⁴² Vgl. dazu etwa Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 278 f.; 296. Die Vorstellung vom sozialen Königtum findet sich in Steins Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, Bd. 3: Das Königtum, die Republik und die Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Februarrevolution 1848 [1850], Darmstadt 1959, 41 (vgl. dazu auch Blasius: Lorenz von Steins Lehre vom Königtum der sozialen Reform und ihre verfassungspolitischen Grundlagen; Schulz-Nieswandt: Zu einer archetypischen Morphologie der Sozialpolitik; Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 72 f.).

⁴³ Vgl. Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat, 22; Kranich: Wagener, Friedrich Wilhelm Hermann, 1466; Ritter: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 27. Zu Wageners sozialreformerischen Ideen vgl. Ders.: Die Lösung der sozialen Frage vom Standpunkte der Wirklichkeit und Praxis. Wagener übte einen nicht geringen Einfluss auf die preußisch-deutsche Sozialpolitik aus, beispielsweise verdankte sich die weit gehende Aufhebung des Koalitionsverbots durch die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21.06.1869 (NorddtBGBI 1869, 245-282) nicht zuletzt seinem Einsatz (vgl. Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat, 23). Aufschlussreich für die Pläne Wageners ist sein um die Jahreswende 1869/70 verfasster und von Bismarck autorisierter Gesetzentwurf über die Einführung gewerblicher Genossenschaften (in leicht abgewandelter Form abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 62). Besonders interessant ist dabei die in § 13 vorgesehene Verpflichtung des Genossenschaftsvorstandes „Anstalten zu treffen und zu verwalten zur Unterstützung erkrankter, invalider, in Not gekommener oder sonst hilfsbedürftiger Genossenschaftsglieder und ihrer Familien“ (ebd., 185). Wegen des deutsch-französischen Krieges wurde dieser Gesetzentwurf nicht weiter verfolgt. Spekuliert man darüber, was ohne den Krieg mit diesem Entwurf geschehen wäre, ist man leicht versucht dem Urteil des Bismarck-Historiographen Heinrich von Poschinger beizupflichten: „Kein Zweifel, daß bei Befolgung dieses Bismarckschen Entwurfes unsere ganze soziale Gesetzgebung einschließlich des Krankenkassen-, Unfall-, Alters- und Invalidengesetzes einen diametral verschiedenen Charakter angenommen haben würde und daß die liberalen Parteien im Reichstag wohl geneigt gewesen sein würden, diesem legislativen Gedanken zum Siege zu verhelfen.“ (Poschinger: Bismarck und die Arbeiterfrage, 262).

wichtigen Angelegenheit“ die Initiative zu ergreifen, und den Vorschlag, die geplante Altersversorgungsanstalt als eine staatlich beaufsichtigte oder geleitete Zentralbehörde zu institutionalisieren. Für kritikwürdig hält Wagener vor allem, dass Riedel allein den Staat für die ins Auge gefasste Altersversicherung in die Pflicht nehmen möchte. Nötig seien vielmehr zusätzliche Zwischeninstanzen etwa auf Provinz- und Kreisebene und nicht zuletzt auch die Heranziehung der Arbeitgeber.⁴⁴

Diese Mahnung griff Bismarck auf und bat den preußischen Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg (1815-1881) mit Schreiben vom 18. März 1863⁴⁵ die Gründung von Altersversorgungsanstalten auf Provinz- und Kreisebene anzuregen. In seiner Antwort vom 30. April desselben Jahres⁴⁶ äußerte sich Eulenburg zurückhaltend, verwies auf das gescheiterte „Concordia“-Projekt und ähnlich schlechte Erfahrungen aus Belgien und schlug vor behutsam vorzugehen und zunächst Erfahrungen, die in anderen Ländern bereits auf diesem Gebiet gesammelt wurden, auszuwerten sowie den Stand der Altersversorgung für Arbeiter in Preußen zu erheben. Um Letzteres ersuchte Eulenburg seinen Kabinettskollegen, Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz (1799-1883), noch am selben Tag.⁴⁷ Vom 16. August datiert ein Runderlass Itzenplitz’ an die Bezirksregierungen,⁴⁸ in welchem er um die Übersendung statistischen Materials über bestehende Invalidenkassen und Altersversorgungsanstalten für gewerbliche Arbeiter bat, vom 25. Mai 1864 seine Antwort an Eulenburg.⁴⁹ Darin schilderte er die vorhandenen Einrichtungen zur Altersversorgung für Berg- und Seeleute⁵⁰, Handwerker und Fabrikarbeiter, befürwortete die Errichtung „nachhaltiger Altersversorgungs- und Invalidenkassen für alle gewerblichen Arbeiter“⁵¹, zweifelte allerdings an der Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens. Die mangelnde Bereitschaft der Arbeiter wie der Arbeitgeber, die erforderlichen Beiträge aufzubringen, war der Hauptgrund für seine Bedenken, des Weiteren stehe die geltende Gesetzgebung diesem Vorhaben im Wege. Daher schlug Itzenplitz vor, die Behörden sollten die freiwillige Mitwirkung der Arbeiter und Arbeitgeber an Alters- und Invalidenkassen und vergleichbaren Einrichtungen nach Kräften anregen und fördern. Bezüglich der von Bismarck angeregten Errichtung von Altersversorgungsanstalten auf Provinz- und Kreisebene erinnerte Itzenplitz an einen ähnlichen, zehn Jahre zurückliegenden Vorstoß,⁵² der mit dem auch im Moment noch gültigen Argument zurückgestellt worden sei, dass an eine Zwangsversicherung erst dann zu denken sei, wenn die Arbeiter die dafür nötigen Mittel aufbringen könnten, bis dahin also zuvörderst die Sparkassen zu unterstützen seien. Damit schätzte Itzenplitz die Situation vermutlich richtig ein, wie die vergeblichen Versuche, eine solche An-

⁴⁴ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 2 (hier auch Zitat).

⁴⁵ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 4.

⁴⁶ Abgedruckt in ebd., Nr. 10.

⁴⁷ Vgl. ebd., Nr. 11 (als Datum des Eulenburgschen Schreibens ist fälschlicherweise der 01.05.1863 angegeben).

⁴⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 1.

⁴⁹ Abgedruckt in ebd., Nr. 2.

⁵⁰ 1855 war vonseiten des preußischen Handelsministeriums versucht worden, eine „Allgemeine Preußische Seemannskasse“ zur Unterstützung invalider Seeleute bzw. ihrer Witwen und Waisen aus der Taufe zu heben. Die geplante Kasse stieß zwar auf reges Interesse, scheiterte letztlich aber daran, dass sich die an der künftigen Kasse Beteiligten nicht über die Verteilung der Beiträge und die Reichweite der Leistungen einigen konnten (vgl. ebd., 4).

⁵¹ Ebd., 6.

⁵² Mit seinen Schreiben an den damaligen preußischen Innenminister Otto von Westphalen (1799-1876) vom 09.03.1853 bzw. 18.01.1854 hatte der frühere Handelsminister August Freiherr von der Heydt (1801-1874) die Argumentation begründet, der sich Itzenplitz nun anschloss.

stalt für die Provinzen Rheinland und Westfalen nach dem Vorbild der Altersrentenbank im Königreich Sachsen⁵³ zu errichten, eindrücklich zeigen.⁵⁴

In seiner vom 1. August 1864 datierenden Antwort⁵⁵ auf Bismarcks Schreiben vom 18. März des Vorjahres schloss sich Eulenburg an Itzenplitz' Argumentation an und fügte als weiteren gegen die Errichtung von Altersversorgungsanstalten auf Provinz- und Kreisebene sprechenden Fakt die mit erheblichen Risiken für die Kassen dieser Gebietskörperschaften verbundene Garantie für die zu gründenden Anstalten an, welche die Gebietskörperschaften zur Absicherung der geleisteten Einlagen für den Fall eines Kassenbankrotts zweifelsohne übernehmen müssten. Dieses Risiko wiegt nach Eulenburgs Ansicht umso schwerer, als es immer noch keine verlässlichen Sterbetafeln gibt, welche über die zu erwartende Mortalität unabhängig von Stand, Besitz und Beschäftigung Auskunft geben könnten.

Damit kamen die Aktivitäten der preußischen Regierung zur Einführung von Altersversorgungsanstalten auf Provinz- und Kreisebene zum Erliegen und es bedurfte eines Anstoßes von außen, um diese Diskussion wieder in Gang zu bringen. Nachdem der 5. VDAV in Nürnberg Anfang September 1868 das Modell einer Altersversicherung erörtert, jegliche Staatshilfe dafür abgelehnt und stattdessen das Selbsthilfeprinzip betont hatte,⁵⁶ ohne damit allerdings auf große Resonanz zu stoßen, erschien am 15. Februar 1872 in der „Concordia. Zeitschrift für die Arbeiterfrage“⁵⁷ ein Beitrag des Grünberger Tuchfabrikanten Friedrich Förster (1804-1873),⁵⁸ in welchem dieser vorschlug, alle Arbeitgeber per Gesetz zur Errichtung von Kranken-, Sterbe-, Altersversorgungs- und Sparkassen für ihre Arbeiter sowie gleichzeitig zur Einhaltung bestimmter Arbeiterschutzmaßregeln zu verpflichten. Solche gegen einige „Arbeitgeber [...] voll Selbstsucht und Bequemlichkeit“ gerichtete Zwangsmaßnahmen hielt Förster, der am 20. (oder 24.) Februar Handelsminister Itzenplitz auf seinen Artikel aufmerksam machte,⁵⁹ „in einem wirklich christlichen, wirklich gebildeten und gesitteten, weise geleiteten Staat“ für berechtigt, jedenfalls wenn sie vom Staat selbst und nicht „von der rohen Gewalt der Arbeitnehmer“ durchgesetzt werden.⁶⁰ Innerhalb des preußischen Handelsministeriums gab es daraufhin eine rege Diskussion über Försters Eingabe,⁶¹ als deren mittelbares Ergebnis der seit 13. Mai 1873 amtierende neue Handelsminister Heinrich Achenbach (1829-1899) am 23. Mai und 6. Juli 1873 zwei Rundschreiben an die Oberpräsidenten der preußischen Provinzen erließ,⁶² in welchen er um Aufstellungen über vorhandene gewerbliche Unterstützungskassen zur Invalidenunterstützung bzw. Altersversorgung sowie um Stellungnahmen zu einer möglichen gesetzlichen Regelung dieses Bereichs bat. Zu dieser gesetzlichen Regelung sollte es nicht zuletzt aufgrund der mehrheitlich ablehnenden Stellungnahmen aus den Provinzen⁶³ nicht kommen, auch ein Gutachten des Fabrikbesitzers und nationalliberalen Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und später auch des preußischen Volkswirtschaftsrates sowie des

⁵³ Vgl. dazu Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 83; 89; 90; 107; Anhang C, Nr. 2; 4; ebd., Abt. II, Bd. 6, Nr. 152.

⁵⁴ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 6-8.

⁵⁵ Abgedruckt in ebd., Nr. 3.

⁵⁶ Vgl. Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 181 f.

⁵⁷ Zu dieser Zeitschrift vgl. Kapitel II, Fußnote 443.

⁵⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 14.

⁵⁹ Vgl. ebd., 67, FN 4; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 310, FN 18.

⁶⁰ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, 66 (hier auch Zitate).

⁶¹ Vgl. ebd., 67 f., FN 4; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 287, FN 2; 291, FN 16.

⁶² Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 16; 17.

⁶³ Teilweise abgedruckt in ebd., Nr. 21; 22; 24.

Reichstags, Fritz Kalle (1837-1915), aus dem Jahr 1874 für den „Verein für Socialpolitik“,⁶⁴ in welchem Kalle die Errichtung obligatorischer Invaliditäts-, Witwen- und Waisenkassen anregte,⁶⁵ blieb unberücksichtigt.

So war es an dem saarländischen Industriellen und freikonservativen Politiker Karl Ferdinand Stumm (1836-1901, seit 1888 Freiherr von Stumm, seit 1891 Stumm-Halberg)⁶⁶ das Alters- und Invalidenversorgungsprojekt voranzutreiben. Stumm, der in seinen Eisenwerken im saarländischen Neunkirchen entsprechend seiner Auffassung vom einem patriarchalischen Unternehmer⁶⁷ sehr umfangreiche Sozialeinrichtungen für seine Arbeiter geschaffen hatte⁶⁸ und trotzdem (oder gerade deswegen!) in der Lage war einen Großkonzern der Montanindustrie aufzubauen, unternahm als Reichstagsabgeordneter bis zum Beginn der parlamentarischen Diskussion um die Invaliditäts- und Altersversicherung, die er nach seiner Rückkehr in den Reichstag im März 1889 mit prägen würde, nicht weniger als fünf Vorstöße⁶⁹ auf dem parlamentarischen Weg die landesweite Einführung obligatorischer Fabrikarbeiterkassen mit Beitragspflicht für Arbeiter und Arbeitgeber zur Unterstützung für Kranke, Invalide und Hinterbliebene nach dem Vorbild der Knappschaftskassen zu erreichen. Auch auf der bereits erwähnten Bonner Konferenz evangelischer Arbeitgeber vom Juni 1870⁷⁰ hatte sich Stumm für dieses Modell stark gemacht.

⁶⁴ Vgl. Kalle: Eine deutsche Arbeiter-Invaliden-, Wittwen- und Waisen-Casse; vgl. auch Ders.: Über Altersversorgungskassen.

⁶⁵ Vgl. dazu Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 201 ff. Kalle war 1889 als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter zeitweilig Mitglied der Parlamentskommission zur Beratung der Vorlage für Alters- und Invalidenversicherung (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, 456).

⁶⁶ Zu Stumm vgl. Brakelmann: Wichtiges zum Lebensweg des Carl-Ferdinand Stumm (1836-1901).

⁶⁷ Die patriarchalische Fürsorgepflicht des Unternehmers erstreckte sich für Stumm z. B. auch auf die Auswahl der Zeitungen, welche die Arbeiter lesen durften, und auf die Genehmigung von Eheschließungen. Martin Greschat geht zwar zu weit, wenn er behauptet, dass Eheschließungen von Arbeitern der Stummschen Werke ohne dessen Genehmigung nicht vollzogen werden durften (vgl. Greschat: Das Zeitalter der Industriellen Revolution, 143), immerhin behielt es sich Stumm aber vor, Brautleute, die gegen seinen Willen heiraten wollten, zu entlassen (vgl. Stumm: Das System „Stumm“, 107). Auch gegenüber der Sozialdemokratie bezog Stumm eindeutig Stellung, wie er gelegentlich einer Reichstagsrede vom 19.04.1880 erläuterte: „wir entlassen jeden Arbeiter [unter Verlust seiner durch Beiträge zu den Fabrik- bzw. Knappschaftskassen erworbenen Ansprüche; PE], der einem sozialdemokratischen Verein beitrifft, der eine sozialdemokratische Zeitung hält, oder der selbst ein Wirthshaus besucht, in dem sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, oder wo ein sozialdemokratisches Blatt ausliegt“ (StBRt IV/3 [1880], 810/II). Damit nicht genug. Der den Stummschen Werken in Neunkirchen, Halberg und Fischbach beigeordnete Knappschaftsverein sah als einziger in ganz Preußen die Möglichkeit vor, dass neu eingestellte Arbeiter auf die Anrechnung ihrer bereits in einem anderen Arbeitsverhältnis erworbenen Ansprüche verzichten können – eine Bestimmung, die schlechterdings nur als Druckmittel gegenüber den Arbeitern benutzt werden konnte. Außerdem sah derselbe Knappschaftsverein mit acht Jahren die landesweit längste Wartezeit für den Erwerb des Status eines vollberechtigten Mitglieds vor (während der einer ununterbrochenen Tätigkeit im Unternehmen nachgegangen werden musste) – gegenüber einem Jahr im Raum Hannover (vgl. Brentano: Der Arbeiter-Versicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen, 44 f.; 57). Weitere Beispiele könnten genannt werden um den Stummschen Grundsatz zu illustrieren: „Wenn ein Fabrikunternehmen gedeihen soll, so muß es militärisch, nicht parlamentarisch organisiert sein“ (Stumm: Das System „Stumm“, 104).

⁶⁸ Vgl. dazu Kapitel II, Fußnote 597.

⁶⁹ Stumms Anträge datieren vom 18.10.1867 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, 43, FN 2), 23.04.1869 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 9), 11.09.1878 (StBRt/A IV/1 [1878], Nr. 9), 12.02.1879 (StBRt/A IV/2 [1879], Nr. 16, auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 51), 19.02.1880 (StBRt/A IV/3 [1880], Nr. 17).

⁷⁰ Vgl. Kapitel II, Fußnote 443. Dass Stumm, wie nicht nur auf der Bonner Konferenz deutlich wurde, dem protestantisch-konservativen Milieu geradezu „als das Ideal sozialer und sozialpolitischer Reformen gelten konnte, kennzeichnet“ – mit den Worten Martin Greschats – „treffender als viele Worte die vorherrschende evangelische kirchliche Mentalität“ (Greschat: Das Zeitalter der Industriellen Revolution, 143).

Stumms Antrag vom 12. Februar 1879, ergänzt durch einen Unterantrag des linksliberalen Abgeordneten Sigmund Günther (1848-1923) vom 26. Februar,⁷¹ wurde im Reichstag und in einer Parlamentskommission beraten. Günther hatte sich Stumms Vorstoß angeschlossen, wollte die geplanten Altersversorgungs- und Invalidenkassen jedoch „auf Grund freiwilliger genossenschaftlicher Theilnahme für sämmtliche Berufsklassen ermöglicht“⁷² sehen. Damit waren die Eckpunkte für die Diskussion in der Kommission⁷³ vorgegeben, deren Mehrheit sich auf den Standpunkt Stumms stellte. Aus Zeitgründen konnte der Kommissionsbericht nicht mehr im Reichstag behandelt werden, auch die stattgefundene Beratung der Stummschen Interpellation vom 19. Februar 1880 acht Tage später im Reichstag brachte keinen durchschlagenden Erfolg für dessen Projekt, sieht man einmal von der so genannten Kaiser-Wilhelm-Spende, einer staatlichen Altersrentenversicherung auf freiwilliger Basis,⁷⁴ die von den Arbeitern nicht angenommen wurde, ab. Immerhin waren zu diesem Zeitpunkt die Weichen schon in Richtung Sozialversicherung gestellt (was wohl auch als Verdienst Stumms zu werten ist) und am Ende dieses Gesetzgebungsprozesses würde auch die von Stumm immer wieder angemahnte Neuregelung der Alters- und Invalidenversorgung in Angriff genommen werden. Am Beispiel Stumms wird somit recht deutlich, dass sich zu den Ursachen und Motiven für die Einführung der Sozialversicherung eine weitere wichtige Voraussetzung hinzugesellt, nämlich das persönliche Engagement Einzelner. Wie es Einzelne waren, welche die im zweiten Kapitel dieser Darstellung beleuchteten sozialen Ideen entwickelten und propagierten, waren es wiederum konkrete Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer Stellung und des jeweils individuellen Einsatzes zu Initiatoren der Sozialversicherung wurden. Karl Ferdinand Freiherr von Stumm zählt zweifellos zu diesen Personen.⁷⁵ An den Stummschen Vorstößen wird zudem

⁷¹ StBRt/A IV/2 (1879), Nr. 28 (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, 199, FN 1).

⁷² Ebd.

⁷³ Teilweise wiedergegeben in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 53; 55-60; 62-66.

⁷⁴ Die „Kaiser-Wilhelm-Spende. Allgemeine Deutsche Stiftung für Altersrenten- und Kapitalversicherung“ bestand seit 1879 und ging u. a. auf eine Idee des Chemnitzer Gymnasialprofessors und nationalliberalen Politikers Richard Rühlmann (1846-1908) zurück. Dieser hatte vorgeschlagen die Erträge aus der nach den beiden Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. (11.05., 02.06.1878) veranstalteten Kaiser-Wilhelm-Spende in Höhe von 1,74 Millionen Mark zum Grundstock einer nationalen Arbeiterpensions- und Invalidenkasse zu machen (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 40). Dieser Vorschlag wurde aufgrund der Fürsprache Theodor Lohmanns (zu Lohmann vgl. folgender Abschnitt) aufgegriffen, trotz der vergleichsweise günstigen Versicherungsbedingungen (unregelmäßige Zahlungen ohne Verlust der Einlagen möglich, Kündbarkeit, Einlagen für Dritte möglich), hatten nach drei Geschäftsjahren lediglich 1646 Mitglieder Beiträge geleistet, darunter 325 Arbeiter (vgl. Die Kaiser Wilhelm-Spende und die Gewerkvereins-Invalidenkassen, in: ZgS 38 [1882], 704-712, 710; zur Kaiser-Wilhelm-Spende vgl. auch Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 155; Bd. 2, 203 FN 9; Bd. 6, Nr. 40-42; 45; 48; 50; 61; 79; 85; 102; 108; Anhang B, Nr. 7; Abt II, Bd. 1, Nr. 85; Bd. 6, Nr. 9; 36; Anhang B, Nr. 2; Gneist: Die Wilhelmsspende als Altersversorgung für die arbeitenden Klassen; Tennstedt: Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 42. Wenig bessere Erfahrungen machte man auch anderswo: Die französische Landeskasse für Altersrenten konnte zwischen 1851 und 1869 nicht mehr als 319632 Versicherte gewinnen, von denen nur 77195 Arbeiter und Handwerker waren (vgl. Tennstedt: Napoleon III. oder Zitelmann & Co., Frankreich oder Braunschweig?, 544 f.).

⁷⁵ In diesem Sinne äußerte sich später auch der liberale Kathedersozialist Lujo Brentano: „Da ich über die Entstehungsgeschichte unserer Arbeiterversicherungsgesetzgebung Näheres weiß, konnte ich mich nie eines Augurenlächelns enthalten, wenn Zentrum und Sozialdemokratie sich um die Ehre, sie hervorgerufen zu haben, stritten. Was dazu den Anstoß gegeben hat, ist weder das Zentrum noch die Sozialdemokratie gewesen, sondern der verstorbene Freiherr von Stumm. Das damals in Deutschland geltende Haftpflichtgesetz hatte sich in jeder Hinsicht als ungenügend erwiesen. [...] Es war daher ein glücklicher Gedanke, an die Stelle des Schadenersatzes durch den einzelnen Unternehmer, unter Wegfall der Untersuchung der Schuldfrage, die Unfallversicherung seitens sämtlicher Unternehmer eines Berufs zu setzen. Auf die letzten Gedanken Stumms, des Haupturhebers dieser Neuordnung, wirft aber ein bezeichnendes Licht die Äußerung dieses erbittertsten Gegners der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeiter, daß das Prinzip des Haftpflichtgesetzes verwerflich sei, weil es den Arbeitern ein vor Gericht

sichtbar, dass das Ziel nicht immer auf dem angestrebten Weg erreichbar war, sondern mitunter ungeliebte Umwege – in diesem Fall über die von Stumm abgelehnte Unfallversicherung und die Kaiser-Wilhelm-Spende – zu beschreiten waren.

2.2. Haftpflicht und Arbeiterschutz

Da die Pläne zur Einführung obligatorischer Altersversorgungs- und Invalidenkassen durch den Staat in den 1870er Jahren größtenteils auf Ablehnung gestoßen waren,⁷⁶ mündete letztlich nicht die Diskussion um diese bereits recht früh formulierten Pläne in Versuche zur Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung, sondern die gemachten Erfahrungen auf einem anderen Feld, das mit der Alterssicherung und Invalidenversorgung nur lose verbunden ist.

Als in den 1860er Jahren aufgrund der immer weiter reichenden Ausdehnung der industriellen Produktion auch die damit verbundenen Unfallgefahren und schließlich auch die daraus resultierenden Unfälle sprunghaft anstiegen (nicht ausschließlich, aber insbesondere im Bergbau, wo die nach Aufhebung des Direktionsprinzips 1851/1865 bis zum Ruhrbergarbeiterstreik von 1889⁷⁷ andauernde „Phase des durch obrigkeitstaatliche Eingriffe nur wenig gehemmten wirtschaftlichen Liberalismus“ eine Unfallquelle ersten Ranges darstellte)⁷⁸, wurde aus Wettbewerbsrücksichten nur ansatzweise versucht die unzulänglichen Vorkehrungen gegen Unfälle

erstreitbares Recht gegenüber dem Arbeitgeber gebe und damit zur Erschütterung der Autorität der Arbeitgeber führe. Noch mehr trat dieser gegen die Selbständigkeit der Arbeiter sich richtende Gedanke in dem Entwurf eines neuen Krankenkassengesetzes hervor, das zur Durchführung der geplanten Unfallversicherung notwendig wurde. Die im Reichstag eingebrachte Regierungsvorlage wollte die freien Hilfskassen, die bis dahin im Falle von Krankheit Unterstützung gewährt hatten, einfach beseitigen [das ist nicht richtig; PE]. Der Grund war, daß Unterstützungskassen für den Fall der Krankheit, des Alters und der Invalidität vielfach mit Koalitionsvereinen der Arbeiter verbunden waren und die Wirkung hatten, deren Mitglieder in Zeiten sozialen Friedens bei der Fahne zu halten. Dadurch wurde die Stellung der Arbeiter im Kampfe um die Arbeitsbedingungen verstärkt. Dagegen hatten sich die dem Bergwerks- und Hüttenbesitzer Stumm wohlbekannten Knappschaftskassen, welche den Arbeitern Krankenunterstützung und nach jahrelanger Zugehörigkeit zu einem Werke eine Altersrente in Aussicht stellten, als wirksames Mittel erwiesen, um Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter hinzuhalten. An beide Erfahrungen knüpften die Urheber der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung an.“ (Brentano: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?, 20 f.). Brentano geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, Stumm wollte mit den geplanten obligatorischen Alters- und Invalidenkassen den freien Kassen das Wasser abgraben bzw. Zugriff auf dieselben bekommen (in diesem Sinne auch Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, 188 f.), indes irrt er, wenn er das in der Tat unzureichende Haftpflichtgesetz vom 07.06.1871 (RGBl 1871, 207 ff.) als Motiv für Stumms Vorstöße anführt, hatte dieser sich doch immer für eine strikte Trennung der Haftpflicht- von der Altersversorgungsproblematik (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, 358) und gegen einen Ausbau der Haftpflichtgesetzgebung zur Unfallversicherung ausgesprochen. Seine Ablehnung der ersten Unfallversicherungsvorlage (vgl. StBRt IV/4 [1881], 1769/I) ist dafür beredtes Zeugnis (an der Beratung der zwei folgenden Vorlagen war Stumm nicht beteiligt).

⁷⁶ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 18; 21-24; 26; 91 (gegenteilige Meinungen: ebd., Nr. 20; 40; 52).

⁷⁷ Zu diesem Streik, der teilweise parallel zur Beratung der Alters- und Invalidenversicherungsvorlage im Reichstag verlief, vgl. Ditt/Kift (Hg.): 1889; Grebing: Arbeiterbewegung, 9-35; Natorp: Der Ausstand der Bergarbeiter im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk; Segbers: „... es wurde beliebt, die Arbeit sofort einzustellen.“, 93-97; Pflanze: Bismarck (1998), 571-581; Grebe: Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889; Quellensammlung GDS, Abt II, Bd. 1, Nr. 92.

⁷⁸ Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Unfallzahlen im preußischen Bergbau im internationalen Vergleich relativ niedrig, nach der Bergrechtsreform von 1851/1865 kletterten sie im Ruhrbergbau dagegen langsam an die Spitze der europäischen Unfallstatistik, bis 1882 der traurige Höhepunkt von 4,31 Todesfällen auf 1000 Beschäftigte erreicht war (vgl. Trischler: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im Bergbau 1851-1945, 113 ff. [hier auch Zitat]).

durch strengere Regelungen für den Arbeiterschutz zu verbessern, stattdessen verlegte sich die politische Diskussion auf die Frage, wie das angesichts des vergrößerten Unfallrisikos immer virulenter werdende Haftungsproblem gelöst bzw. die damit verbundenen Lasten verteilt werden könnten.

Den ersten Anstoß zu einer diesbezüglichen gesetzlichen Regelung unternahm eine von dem Leipziger Kulturwissenschaftler Karl Biedermann (1812-1901) unterzeichnete Petition eines Ausschusses der nationalliberalen Partei an den Reichstag des Norddeutschen Bundes am 26. März 1868.⁷⁹ Darin forderten die Politiker „Eine einheitliche Reform auf dem Gebiete der materiellen und prozessualen Gesetzgebung über Schadenansprüche von Privatpersonen.“⁸⁰ Auch wenn die zuständigen Minister dieser Forderung zunächst eher reserviert gegenüberstanden, sie bestenfalls für Eisenbahn und Bergbau anerkennen wollten,⁸¹ enthielt das *Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken etc. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen*⁸² vom 7. Juni 1871 (gemeinhin als *Haftpflichtgesetz* bekannt) auf Betreiben des Reichstags dann aber doch die in Preußen bewährte Gefährdungshaftung für den Eisenbahnbereich, für Bergwerke und Fabriken dagegen eine Verschuldungshaftung, d. h. eine Haftpflicht seitens des Unternehmers trat nur in dem Fall ein, wenn ihm oder seinem Beauftragten ein Verschulden nachgewiesen werden konnte.⁸³

Da ein solches Verschulden im Einzelfall schwer nachzuweisen war und in darüber angestregten Prozessen die Arbeiterseite aufgrund struktureller Ungleichheit gegenüber der Arbeitgeberseite häufig den Kürzeren zog (oder es unter Verzicht auf ihre Ansprüche erst gar nicht auf einen Prozess ankommen ließ), wurden schon bald nach Einführung des Haftpflichtgesetzes Stimmen laut, die eine Reform dieser unzulänglichen Regelung forderten. Bereits anlässlich der in 13 Sitzungen zwischen dem 7. und dem 29. November 1872 unter der Leitung Hermann Wageners stattgefundenen vertraulichen deutsch-österreichischen Konferenz über die soziale Frage und die Möglichkeiten zur Bekämpfung der internationalen Arbeiterbewegung⁸⁴ wurde von der Tendenz berichtet, das Haftpflichtgesetz „dahin auszudehnen, daß jeder ohne eigene Schuld bei mit irgendeiner Gefahr verbundenen Arbeit beschädigte Arbeiter dem Unternehmer gegenüber für entschädigungsberechtigt erklärt werde“⁸⁵, was Hermann Schulze-Delitzsch, Franz Duncker und August Bebel bereits anlässlich der parlamentarischen Beratung des Haftpflichtgesetzes gefordert hatten.⁸⁶

Ein erster Schritt zur Realisierung dieser Forderung erfolgte allerdings erst am 31. Januar 1878, als Theodor Lohmann (1831-1905), Vortragender Rat und Referent für Arbeiterangele-

⁷⁹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 1. Biedermann hat später als Abgeordneter und Publizist aktiv an den Diskussionen um das Haftpflicht- und das Unfallversicherungsgesetz teilgenommen (vgl. etwa ebd., Nr. 105; 113; 114; 147; 204; 215; Ders.: Über den neuesten Unfallversicherungs-Gesetzentwurf).

⁸⁰ Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 1 (Hervorhebung im Original).

⁸¹ Vgl. ebd., Nr. 3-6.

⁸² RGBI 1871, 207 ff. (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 13).

⁸³ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 366 f. Vgl. dazu auch Abschnitt II.2.2.
⁸⁴ Zu Zustandekommen und Ergebnissen dieser ursprünglich in einem wesentlich größeren Rahmen konzipierten Konferenz vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 64; 65; 67; 69-72; 75-79; 81; 84; 85; 97; 98; 101; 103-106; 108-118; 120; 121.

⁸⁵ Ebd., 415. Gleiches forderte beispielsweise auch der Düsseldorfer Fabrikinspektor Johann Gustav Wolff (1842-1914) (vgl. ebd., Bd. 2, 54).

⁸⁶ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 368.

genheiten im preußischen Handelsministerium,⁸⁷ seinem Chef, dem preußischen Handelsminister Heinrich Achenbach, eine Denkschrift über die mögliche Ausdehnung der geltenden Haftpflicht übermittelte.⁸⁸

Die Bedeutung des „tiefreliösen Lutheraners“ (Gerhard A. Ritter)⁸⁹ und Sozialreformers Lohmann für das Zustandekommen der Sozialversicherungsgesetzgebung ist kaum zu überschätzen. Stark geprägt von der Frömmigkeit des lutherischen Erweckungspredigers Ludwig Harms (1808-1865), war Lohmann bereits als Jurastudent in Göttingen (1850-1854) und Mitglied der christlich-nationalen Burschenschaft „Germania“, der es um die Verwirklichung christlicher Ideale in der Realität zu tun war, wie des Studentenvereins für Innere Mission, durch den er mit den Ideen der Inneren Mission vertraut wurde, für die soziale Frage sensibilisiert worden und hatte seitdem „die Versöhnung von Christentum und moderner Kultur“ (Renate Zitt) zu seinem Anliegen gemacht. Mit dem von der Lektüre Lorenz von Steins beeinflussten Aufsatz „Communismus, Socialismus und Christenthum“⁹⁰ trat Lohmann 1853 erstmals an die Öffentlichkeit. Er führt darin die herrschende soziale Krankheit auf den selbstsüchtigen Abfall des Menschen von Gott zurück und betont die Verantwortung der höheren Schichten sozialistische und kommunistische Gefahren einzudämmen.⁹¹

Nach seinem Studium war Lohmann im hannoverschen Verwaltungsdienst tätig, seit 1861 als Kirchenjurist im Kultusministerium, wo er eine wichtige Rolle beim Ringen um die Neuordnung der hannoverschen Kirchenverfassung spielte. Von 1866 bis 1870 war Lohmann nebenamtlicher Referent in der Kultusabteilung des zur Bewahrung der kirchlichen Unabhängigkeit noch kurz vor der preußischen Annexion installierten Landeskonsistoriums, 1869 wirkte er als Generalsekretär an der ersten Landessynode mit und setzte sich im Übrigen für die Gründung des „Evangelischen Vereins“, eines Stadtvereins der Inneren Mission für Hannover, sowie für die Errichtung einer Diakonenanstalt ein.⁹²

Da eine weitere Beschäftigung des bekennenden Hannoveraners, der sich zwar von der Welkenpartei fernhielt, die Annexion aber als einen Rechtsbruch ansah, im Staatsdienst der nunmehr preußischen Provinz Hannover zu heikel schien, wurde Lohmann 1870 zunächst nach Minden, am 1. Oktober 1871 auf Betreiben seines Freundes Gustav Stüve (1833-1911) als Hilfsarbeiter in die Gewerbeabteilung des preußischen Handelsministeriums nach Berlin versetzt.⁹³ Dort war Lohmann nicht gerade an herausragender Stelle tätig,⁹⁴ doch kam die nach der

⁸⁷ Zu Lohmann vgl. Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik; Dies.: Lohmann, Theodor Christian; Otte: Den Ideen Gestalt geben; Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat.

⁸⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 17.

⁸⁹ Ritter: Bismarck und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung, 18.

⁹⁰ Lohmann, Theodor: Communismus, Socialismus und Christenthum, in: Vierteljahrsschrift für Theologie und Kirche mit besonderer Berücksichtigung der hannoverschen Landeskirche, Folge 3, 2 (1853), 1-33. Mit Stein stand Lohmann zeitweilig auch in brieflichem Kontakt (vgl. z. B. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 66-68; zum Verhältnis Lohmanns zu Stein vgl. Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 223-230).

⁹¹ Vgl. Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 55; 62; 69; 76; 80; 82; 84 (hier auch Zitat); 90-93.

⁹² Vgl. ebd., 97 f.; 110 ff.; 116; 120; 126.

⁹³ Vgl. ebd., 139 ff.; 146; 151.

⁹⁴ An einer herausragenden Stellung in der preußischen Verwaltung war Lohmann nicht gelegen. Nachdem er Ende April 1881 kurz vor der Beförderung zum Direktor (der wissenschaftlichen Abteilung) im Reichsamt des Innern gestanden hatte, war er am Ende erleichtert, zugunsten von Robert Bosse, der Lohmann für geeigneter hielt als sich selbst, zurücktreten zu können (und lediglich zum Vortragenden Rat im Reichsamt des Innern befördert zu werden), um nicht in die Situation zu kommen, „daß ich eine Verantwortung für Dinge mitübernommen habe, welche ich für unausführbar halte“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 603; vgl. auch ebd., Bd. 1, 603).

Pariser Kommune 1871 verstärkte einsetzende Beschäftigung mit der sozialen Frage⁹⁵ seinen Neigungen sehr entgegen, zumal Handelsminister Itzenplitz diese Frage an sich gezogen und Lohmann zu seinem Assistenten gemacht hatte.⁹⁶ Nachdem Itzenplitz 1873 im Zusammenhang mit einem vom Nationalliberalen Eduard Lasker (1829-1884) aufgedeckten Skandal um Eisenbahnkonzessionen, der auch zum Rücktritt Hermann Wagners von allen Ämtern geführt hatte, seine Stellung verloren hatte und sein Nachfolger Achenbach von dessen liberaler Linie abschwenkte,⁹⁷ war Lohmann der wichtigste sozialpolitische Referent im Handelsministerium im Bereich der Arbeiterfrage. Anders als Wagener, der vorschlug, dass die Arbeiter „durch Leistungen des Reiches für die Reichsidee gewonnen und an diese gekettet werden“⁹⁸ müssten, plädierte Lohmann für einen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung.⁹⁹ Er regte eine reichsweite Enquete über die Frauen- und Kinderarbeit an¹⁰⁰ und erarbeitete auf deren Grundlage einen am 30. Juni 1876 übermittelten Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung¹⁰¹, welcher die Befugnis der Polizeibehörden, konkrete Anordnungen für die Einrichtung von Betrieben zu erlassen, vorsah. Außerdem sollten die Geschlechter möglichst getrennt voneinander arbeiten, Arbeitsunfälle meldepflichtig werden, Zahl und Befugnisse der Fabrikinspektoren ausgedehnt werden, Kinder- und Frauenarbeit eingeschränkt werden. Dieser Entwurf stieß

⁹⁵ Lohmann in einem Brief an seinen Vetter und Freund Ernst Friedrich Wyneken (1840-1905) vom 15.12.1871: „Dazu kommt, daß unser Minister jetzt stark in sozialen Fragen macht [...]“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 268). Die Furcht vor den Auswirkungen der Pariser Kommune hatte August Bebel noch befeuert, als er im Reichstag am 25.05.1871 anlässlich der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Vereinigung von Elsass und Lothringen mit dem Reich angekündigt hatte: „Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats: ‚Krieg des Palästen, Friede den Hütten, Tod der Noth und dem Müßiggange!‘ der Schlachtruf des gesammten europäischen Proletariats werden wird.“ (StBRt I/1 [1871], 921). Bismarck gestand Jahre später (17.09.1878) in einer Reichstagsrede, er habe von „diesem Augenblick an [...] die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden“ (StBRt IV/1 [1878], 70/I).

⁹⁶ Lohmann in einem Brief an seinen Freund Rudolf Friedrichs (1830-1893) vom 26.12.1871: „Die Behandlung der sozialen Frage [scheint] in meine Hände gelangen zu sollen [...]“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 274). In diesem Brief werden zudem Lohmanns Ansichten zu Staat und Kirche thematisiert. Ein „so durch und durch vom Militarismus durchsauerter Staat“ (ebd.) wie der gegenwärtige samt seiner „trunkenen Gesetzesfabrikation, welche in allen ihren Erzeugnissen auf die Herstellung der alleinigen Geltung des centralen Staats hinausläuft“ (zit. nach Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 154), habe nicht das Zeug dazu, „die soziale Frage energisch anzugreifen“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 274). „Das muß schließlich zum Zusammenbruch der gegenwärtigen Cultur oder zum Eintritt eines neuen Prinzips derselben führen, und letzteres sehe ich in dem decentralisirenden Föderalismus“ (zit. nach Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 154). Die Kirchen müssten stärker als bisher ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden: „Wollten sich nur unsere Kirchen, wollten sich namentlich ihre unmittelbaren Diener ernstlicher mit der socialen Bewegung und den in ihr treibenden neuen Gedanken beschäftigen und berechnete socialen Forderungen zu den ihren machen, so könnte das auf die Entwicklung der Kirche einen sehr entscheidenden Einfluß haben.“ (zit. nach ebd., 155).

⁹⁷ Lohmann über Achenbach in einem Brief an Rudolf Friedrichs vom 30.07.1873: „Daß aber in der Arbeiterbewegung auch berechnete Elemente vorhanden sind, welche [...] zu einer wesentlichen Veränderung der sozialen Stellung der Arbeiter und Arbeitgeber entwickelt werden müssen, liegt anscheinend seiner Ansicht fern. Wenigstens zeigt er bis jetzt eine entschiedene Ablehnung gegen alles, was nach selbständigen Organisationen der Arbeiter aussieht [...]“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 455).

⁹⁸ Ebd., 279.

⁹⁹ Einig war sich Lohmann indes mit Wagener in seiner Wertschätzung für das Instrument der Fabrikinspektoren (vgl. ebd., 278; 289 f.) sowie in der auch von Bismarck geteilten Einsicht, sich berechtigten Forderungen aus dem sozialistischen Milieu nicht verschließen zu dürfen.

¹⁰⁰ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, 153; Ergebnisse der über die Frauen- und Kinder-Arbeit in Fabriken auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen.

¹⁰¹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Nr. 89.

allerdings bei Bismarck auf strikte Ablehnung,¹⁰² weil er darin eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Industrie sah.¹⁰³

Lohmann verfolgte seine Pläne weiter, zumal er durch in ähnliche Richtungen zielende Vorstöße von Reichstagsabgeordneten ermuntert wurde.¹⁰⁴ Ihm blieb nach der Ablehnung seiner die gemachten Vorschläge wiederholenden Vorlage für ein Fabrikgesetz¹⁰⁵ durch Achenbach und Bismarck¹⁰⁶ allerdings nichts anderes übrig, als eine Anweisung Bismarcks vom 10. August 1877 aufzugreifen, anstelle des Arbeiterschutzes die Haftpflicht bei Unfällen auszubauen und möglichenfalls auch auf die Invalidität auszudehnen.¹⁰⁷ Die bereits erwähnte Denkschrift vom 31. Januar 1878¹⁰⁸ über die Ausdehnung der geltenden Haftpflicht war das Ergebnis dieser Bemühungen. Ihr waren drei Gesetzentwürfe beigelegt, welche diese Ausdehnung in unterschiedlicher Reichweite vorsahen: von der bloßen Ausdehnung der bisher geltenden Haftpflicht auf weitere Gewerbe (insbesondere das Bauwesen), über die Schuldannahme des Unternehmers, es sei denn, dieser kann die Einhaltung aller Sorgfaltspflichten nachweisen, bis hin zur vollständigen Haftung des Unternehmers (Gefährdungshaftung) bei vorgesehener Möglichkeit, die Arbeiter bis zu einem Drittel an den zur Absicherung dieses Haftungsrisikos fälligen Versicherungsbeiträgen zu beteiligen. Diese Absicherung könnte bei bereits bestehenden das Risiko der Unternehmerhaftpflicht versichernden Unfallversicherungsgesellschaften eingekauft werden, Lohmann dachte aber vor allem an „die Bildung von Verbänden der denselben oder verwandten Industriezweigen angehörenden Unternehmen zum Zwecke der gegenseitigen Versicherung gegen Unfälle“¹⁰⁹ – ein Gedanke, den Lohmann wohl nicht von Schulze-Delitzsch, sondern eher von Huber übernommen haben dürfte. Lohmanns Vorgesetzter Achenbach vertrat dessen Gesetzentwürfe gegenüber Bismarck nur halbherzig,¹¹⁰ weshalb der Reichskanzler entgegen seiner Ankündigung vom August 1877 auch dieses Projekt auf Eis legte. Immerhin konnte Lohmann einige seiner Arbeitsschutzanliegen in der Gewerbeordnungsnovelle¹¹¹ vom 17. Juli 1878 unterbringen,¹¹² so wurde z. B. die Beschäftigung von Kin-

¹⁰² Vgl. ebd., Nr. 90; 93.

¹⁰³ Vgl. Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 153; 182; Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 369; Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat, 27.

¹⁰⁴ Vgl. die diesbezüglichen Anträge/Interpellationen/Resolutionen: Günther/Richter (Meißen) (RFKP), 03.03.1877 (StBRt/A III/1 [1877], Nr. 20); Seydewitz (DKP), 04.03.1877 (ebd., Nr. 23); Galen (Zentrum), 19.03.1877 (ebd., Nr. 74); Rickert/Wehrenpfennig (NLP), 24.03.1877 (ebd., Nr. 77); Fritzsche/Bebel (SAPD), 11.04.1877 (ebd., Nr. 92); Hirsch (DFP), 14.04.1877 (ebd., Nr. 107) und deren Beratung am 12.03. sowie 16.-18.04.1877 (vgl. StBRt I-II/1 [1877], 93-109; 495-521; 529-578). In der daran anschließenden Session wurden weitere Anträge gestellt und beraten (vgl. dazu Sellier: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert, 68-80).

¹⁰⁵ Teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Nr. 107.

¹⁰⁶ Vgl. ebd., Nr. 108; 118.

¹⁰⁷ Vgl. ebd., 493. Bismarck lehnte insbesondere die seiner Meinung nach zu weit gehenden Befugnisse der Fabrikinspektoren ab, nachdem ein solcher Bismarcks Papierfabrik bei Varzin kontrolliert hatte (vgl. ebd., Nr. 113; vgl. auch ebd., Nr. 197). Lohmann fertigte daraufhin für Achenbach eine Übersicht über die Entwicklung der Fabrikinspektion an, in welcher er Bismarcks Beitrag zu deren Zustandekommen besonders herausstrich (vgl. ebd., Nr. 130).

¹⁰⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 17.

¹⁰⁹ Ebd., 67.

¹¹⁰ Vgl. ebd., Nr. 18.

¹¹¹ Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (RGBl 1878, 199-212; auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Nr. 162; Bd. 4, Nr. 199). Zum Zustandekommen dieser Novelle vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Nr. 132; 134-140; 144-161.

¹¹² Lohmann war als Regierungskommissar an den Kommissionsberatungen beteiligt (vgl. StBRt/A III/2 [1878], 1164/I) und hatte, da er als solcher die Regierungslinie vertreten musste, zur Beförderung seiner Pläne Zeitungsartikel lanciert (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Nr. 140; 144) sowie Kontakt mit dem Zentrumspolitiker Georg Freiherr von Hertling aufgenommen („Kaufe mir jetzt Frh. v. Hertling, mit dem viell. was aufzustellen.“

dern unter zwölf Jahren ebenso verboten wie die Nacharbeit von Frauen und Mädchen in bestimmten Betrieben. Außerdem wurden die Befugnisse der Fabrikinspektoren ausgeweitet.¹¹³ Damit kamen die arbeiterschutzpolitischen Aktivitäten der Reichsleitung bis zu Bismarcks Entlassung im Wesentlichen zum Erliegen,¹¹⁴ Lohmanns letzter Versuch – der Entwurf einer Verordnung zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit – scheiterte einmal mehr am Widerstand des Reichskanzlers (sowie vermutlich auch an dem der Industrie).¹¹⁵

Den in eine völlig andere Richtung zielenden Reichstagsantrag Karl Ferdinand Stumms vom 12. Februar 1879¹¹⁶ (landesweite Einführung obligatorischer Fabrikarbeitskassen mit Beitragspflicht für Arbeiter und Arbeitgeber zur Unterstützung für Kranke, Invalide und Hinterbliebene nach dem Vorbild der Knappschaftskassen) nutzte Lohmann für einen weiteren Vorstoß. Anknüpfend an die bereits während der parlamentarischen Diskussion um das Haftpflichtgesetz 1871 geäußerten Vorschläge, die bislang nur im Eisenbahnbereich geltende Gefährdungshaftung auf Bergbau und Industrie auszudehnen, versuchte er, Stumms Anliegen seinen bereits in der Denkschrift vom 31. Januar 1878¹¹⁷ formulierten Zielen dienstbar zu machen und ganz nebenbei „den hochnäsigen Industriellen à la Stumm gründlich das Maul zu stopfen“¹¹⁸. In einer erneuten Denkschrift vom 17. Februar 1880¹¹⁹ bemühte er sich darum, seinem nunmehrigen Chef, dem Handelsminister Karl Hofmann (1827-1910), seine Haftpflichtpläne (Gefährdungshaftung, berufsständische Unfallversicherungsgenossenschaften mit Arbeiterbeiträgen [dadurch verbesserter Arbeiterschutz erhofft], Anzeigepflicht für Unfälle) als angemessene Reaktion auf den Stummschen Vorstoß gleichsam unterzuschieben. Zu diesem Zeitpunkt hatte Hofmann bereits Louis Baare (1821-1897), den Generaldirektor des Bochumer Vereins und Vorsitzender der dortigen Handelskammer, als privaten Berater hinzugezogen.¹²⁰ Baare, ein erklärter Gegner der Gefährdungshaftung und Befürworter einer Unfallversicherung gegen

[ebd., 566 f.]), mit dem er über weite Strecken übereinstimmte. Auch weiterhin – vor allem auch bei der Beratung der Unfallversicherungsvorlagen – hat Lohmann die Zentrumsfraktion mit Anregungen und zum Teil sogar mit formulierten Anträgen unterstützt (vgl. Hertling, Georg von: *Erinnerungen aus meinem Leben*, Bd. 1, Kempten/München 1919, 328). Als ein Beispiel für eine offensichtlich von Lohmann beeinflusste Stellungnahme Hertlings vgl. die in seiner Reichstagsrede anlässlich der ersten Lesung der ersten Unfallversicherungsvorlage am 01.04.1881 geäußerte Argumentation über die Pflicht des Arbeitgebers zur vollen Übernahme der zur Absicherung der Unfallhaftpflicht entstehenden Kosten (vgl. StBRt IV/4 [1881], 685/II f.) im Zusammenhang mit Lohmanns Haltung dazu (vgl. Fußnote 158). Zum Verhältnis Lohmanns zu Hertling vgl. auch Zitt: *Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik*, 216-223.

¹¹³ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 369 ff.; Zitt: *Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik*, 184 f.; Tennstedt: *Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat*, 28.

¹¹⁴ Eine nennenswerte Einschränkung waren lediglich die Kontrollen der Arbeiterschutzeinrichtungen im Zusammenhang mit der in § 16 der Gewerbeordnung vorgesehenen staatlichen Konzessionierung von Betrieben, die eine Gefährdung für ihre Umgebung darstellen konnten (vgl. dazu Andersen: *Arbeiterschutz in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, 68 f.).

¹¹⁵ Vgl. dazu Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 3, Nr. 187-204. Zur Arbeiterschutzdiskussion vgl. Frerich/Frey: *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1, 128-139; Kulawik: *Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft*, 61-156; Reidegeld: *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland*, 252-260; Sellier: *Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert*; Stein: *Zwischen Thron und Arbeitswelt*; Tennstedt: *Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, 190-197; Ayaß: *Bismarck und der Arbeiterschutz; Deutscher Katholizismus und Sozialpolitik bis zum Beginn der Weimarer Republik*, 27-95; Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 3.

¹¹⁶ StBRt/A IV/2 (1879), Nr. 16 (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 6, Nr. 51).

¹¹⁷ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 17.

¹¹⁸ Ebd., 104.

¹¹⁹ Abgedruckt in ebd., Nr. 47.

¹²⁰ Vgl. ebd., Nr. 45.

alle Arbeitsunfälle unter staatlicher Aufsicht,¹²¹ hatte in einem für Hofmann verfertigten Promemoria vom 30. April 1880¹²², das später einen entscheidenden Impuls für die Inangriffnahme des Unfallversicherungsprojektes geben sollte, seine Ansichten dargelegt. Das hinderte Lohmann indes nicht daran, gezielt Obstruktion zu betreiben, indem er dem Handelsminister weiterhin ausschließlich Vorschläge zur Verschärfung der Haftpflicht zuarbeitete. Dies gelang umso leichter, als die Anliegen Lohmanns und Baares zwar alles andere als deckungsgleich, die zur Durchsetzung dieser Anliegen gewählten Mittel letztlich aber doch relativ ähnlich waren. Einig waren sich beide insbesondere auch in der Ablehnung der von Stumm eingeforderten obligatorischen Altersversorgungskassen.¹²³

Nach zähem Ringen mit Hofmann erarbeitete Lohmann Anfang Juli 1880 eine Synthese zwischen den Vorschlägen Baares und seinen eigenen,¹²⁴ in diesem Zusammenhang findet sich erstmals die seitdem anscheinend unverzichtbare Motivierung der ins Auge gefassten Maßnahmen als Ergänzung des im Oktober 1878 verabschiedeten Sozialistengesetzes.¹²⁵ Auch diesmal legte Bismarck sein Veto ein¹²⁶ und sorgte überdies dafür, dass Handelsminister Hofmann, der auch Staatssekretär im Reichsamt des Innern gewesen war, von diesen Posten entfernt und noch im Juli zum Staatssekretär des Reichslandes Elsass-Lothringen designiert wurde. Bismarck übernahm bis auf weiteres selbst das Handelsministerium und holte den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Karl Heinrich von Bötticher (1833-1907), als Innenstaatssekretär nach Berlin (ab 1881 auch Vizekanzler).¹²⁷ Mitte August 1880 gelang es Hofmann Baares Promemoria vom 30. April 1880¹²⁸ an Bismarck zu übergeben, um dessen Vorwurf, er habe mit seinen Gesetzentwürfen die Industrie ruinieren wollen,¹²⁹ zu entkräften. Verblüffenderweise war Bismarck nun von eben dem Programm sehr angetan, das noch einen Monat vorher zu Hofmanns Versetzung geführt hatte: „Aus der einstigen Provokation waren nun politische Richtlinien geworden!“ (Florian Tennstedt/Heidi Winter).¹³⁰

Bereits am 28. August 1880 gab Bismarck vor dem preußischen Staatsministerium sozusagen den Startschuss zur Haftpflichtrevision in Gestalt einer Unfallversicherung und damit zur Sozialversicherung überhaupt, welche untrennbar mit seinem Namen verbunden bleiben würde. Aus diesem Anlass wurde im Reichsamt des Innern eine Abteilung für Handel und Gewerbe eingerichtet, in welcher die entsprechenden Gesetze vorbereitet werden sollten und in die auch

¹²¹ Vgl. ebd., Nr. 14; 57.

¹²² Abgedruckt in ebd., Nr. 57.

¹²³ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 372-375.

¹²⁴ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 62-65.

¹²⁵ „Im Laufe der durch das Votum des Herrn Vizepräsidenten des königlichen Staatsministeriums [Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode; PE] vom 11. September 1878 eingeleiteten Verhandlung ist allseitig anerkannt worden, daß zu einer nachhaltigen Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung neben den durch das Gesetz vom 21. Oktober 1878 [Sozialistengesetz; PE] ermöglichten Repressivmaßnahmen positive Reformen auf den mit den sozialen Schäden des Volkslebens im Zusammenhang stehenden Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung unerläßlich seien.“ (ebd., 177). Die genannte Initiative des Vizekanzlers Stolberg-Wernigerode sowie seines Mitarbeiters Robert Bosse vom 11.09.1878 (vgl. ebd., Bd. 1, Nr. 153; 158) zur Ergänzung der repressiven Ausnahmegesetzgebung durch eine soziale Reformgesetzgebung war am 08.04.1879 auf unbestimmte Zeit vertagt worden (vgl. ebd., Nr. 170).

¹²⁶ „Ich aber kann Eurer Exzellenz [Hofmann; PE] schon jetzt nicht verhehlen, daß mir die Tendenzen des Entwurfs sowohl für unsere Industrie als für unsere sozialen Zustände so gefährlich erscheinen, daß ich sie mit allen mir zur Gebote stehenden Mitteln bekämpfen und, solange ich Minister bin, zu ihrer Verwirklichung die Hand nicht bieten werde.“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 220).

¹²⁷ Vgl. ebd., 233, FN 3; 234, FN 3; 235 f., FN 4; ebd., Bd. 1, 576, FN 2.

¹²⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 57.

¹²⁹ Vgl. ebd., 225, FN 3.

¹³⁰ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 376 ff. (hier auch Zitat).

Theodor Lohmann im April 1881 wechselte. Außerdem installierte Bismarck einen ehrenamtlich tätigen, ohne parlamentarische Mitwirkung berufenen preußischen Volkswirtschaftsrat als Gutachtergremium für alle einschlägigen Gesetzesinitiativen, der am 27. Januar 1881 seine Arbeit aufnahm.¹³¹

¹³¹ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 83; ebd., Bd. 1, 581; 606 f., FN 14; Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 192.

3. Fünf Entwürfe, drei Gesetze

Nach der bemerkenswerten Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 28. August 1880, in welcher sich Bismarck zum Fürsprecher des von ihm bislang strikt abgelehnten Projektes einer Haftpflichtverschärfung machte, vergingen nach Jahren der weit gehenden Stagnation auf diesem Gebiet lediglich einige Monate, bis die erste Unfallversicherungsvorlage im Reichstag eingebracht wurde. Allzu erstaunlich ist der Sinneswandel des Reichskanzlers indes nicht, hat dieser doch nicht einfach die Vorschläge Lohmanns, Hofmanns und Baares übernommen, sondern entscheidende Veränderungen vorgenommen, welche die Belastung der Industrie, die mit der von Lohmann geplanten Haftpflichtverschärfung unweigerlich verbunden gewesen wären, reduzieren sollten.¹³² Hatten Lohmann, Hofmann und Baare eine privatrechtliche Lösung des Schadenersatzes bei Arbeitsunfällen vorgesehen, schwebte Bismarck eine Staatsversicherung unter Ausschluss privater Versicherungsgesellschaften vor.¹³³ Eine solche Reichsversicherung würde die ebenfalls ins Auge gefassten Institutionen Reichspost, Reichsbahn¹³⁴ und Reichsbank gut ergänzen und somit ein weiterer Baustein zur „inneren Reichsgründung“, zur „Anreicherung“ der Staatsaufgaben¹³⁵ werden, wenn sie sich denn im Reichstag durchsetzen ließe.¹³⁶ Für Diskussionsstoff war also gesorgt und es wird die Aufgabe dieses Abschnitts sein, die während eines knappen Jahrzehnts geführte parlamentarische Auseinandersetzung um die wichtigsten Sozialversicherungsvorlagen – die jeweils ersten Gesetzesentwürfe bis zum Zustandekommen der Unfallversicherung, der Krankenversicherung bzw. der Invaliditäts- und Altersversicherung – hinsichtlich ihres Ablaufs¹³⁷ in groben Zügen nachzuzeichnen. Dass dabei auf fünf statt nur auf drei Vorlagen einzugehen ist, ist dem zunächst zweimaligen Scheitern der Unfallversicherung geschuldet.

Eingebettet wird in diesen Abschnitt eine kurze Würdigung der von Bismarck vor den Reichstagsabgeordneten vorgetragenen Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, der so genannten Kaiserlichen Sozialbotschaft.

3.1. Unfallversicherung (1881-1884)

3.1.1. Die Entstehung der ersten Gesetzesvorlage

Nach Übernahme des preußischen Handelsministeriums setzte Bismarck den Kurs seines Vorgängers Hofmann fort, indem er nicht nur einige von dessen vorher brüsk zurückgewiesenen

¹³² Zu den aus der Sozialversicherung für die Industrie resultierenden Lasten vgl. Greißl: Wirtschaftliche Untersuchungen über die Belastungen der deutschen Industrie durch die Arbeiter-Versicherungs- und Schutzgesetzgebung.

¹³³ Zu Bismarcks Ablehnung privater Versicherungsgesellschaften als Auslöser einer Richtungsentscheidung für die Sozialpolitik im Deutschen Reich vgl. Tennstedt: „Nur nicht privat mit Dividende und Konkurs“. Zu Bismarcks (gescheiterten) Plänen zur Schaffung eines staatlichen Versicherungsmonopols vgl. Pflanze: Bismarck (1998), 414-422; Wagner: Der Staat und das Versicherungswesen.

¹³⁴ Dieses Projekt scheiterte ebenso wie das geplante Reichstabakmonopol, immerhin gelang die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen (zu Bismarcks Eisenbahnpolitik vgl. Albrecht: Bismarcks Eisenbahngesetzgebung).

¹³⁵ Tennstedt: „Bismarcks Arbeiterversicherung“ zwischen Absicherung der Arbeiterexistenz und Abwehr der Arbeiterbewegung, 59.

¹³⁶ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 378.

¹³⁷ Zur inhaltlichen Würdigung dieser Diskussion vgl. Kapitel IV.

Vorschlägen aufgriff, sondern auch weiterhin auf die Vorarbeiten Theodor Lohmanns und Louis Baares baute. Nachdem Bismarck am 17./18. September 1880 die Eckpunkte für ein Unfallversicherungsgesetz (Zwangsunfallversicherung mit Staatsgarantie und möglichst als Staatsanstalt für alle gewerblichen Arbeiter unter Heranziehung der Arbeitgeber zu Beiträgen, eventuell auch der Kommunen¹³⁸, nicht jedoch der Arbeiter)¹³⁹ vorgegeben und damit die Grundidee des künftigen Sozialstaats – „dem Staat das Odium der Klassenherrschaft zu nehmen und durch materielle Sicherung den sozialrevolutionären Bestrebungen die Spitze abubrechen“¹⁴⁰ (Michael Stolleis) – formuliert hatte, entspann sich zwischen Lohmann und Baare, zwischen Bürokratie und Industrie, zwischen Geheim- und Kommerzienräten, eine Art Konkurrenzkampf um die möglichst umfassende Integration der eigenen Ideen und Interessen in die entstehende Gesetzesvorlage. Vom 23. September 1880 datiert Lohmanns erster Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes¹⁴¹, in welchem er Bismarcks Vorgaben mit einer Ausnahme folgte: Sein Entwurf übertrug ein Drittel der Beiträge zur Unfallversicherung den Arbeitern, welche Bismarck jedoch postwendend den Arbeitgebern – zusätzlich zu ihrem eigenen Drittel – auferlegte,¹⁴² bevor der Gesetzentwurf am 27. September den Gutachtern Karl Friedrich Heym (1818-1889) und Reinhold Stämmeler (1829-1895) zugestellt wurde.¹⁴³ Mit dem vorgegebenen Tempo konnte Baare, der sich mit der Bochumer Industriellenversammlung sowie dem „Centralverband deutscher Industrieller“ samt dessen Geschäftsführer George Ferdinand Beutner (1829-1893) abstimmen und die keineswegs einheitlichen Meinungen¹⁴⁴ koordinieren musste, verständlicherweise nicht mithalten, es wurde aber beschlossen auf jeden Fall einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, zumal sich der Regierungsentwurf mit der vorgesehenen Übernahme der Unfallversicherungsbeiträge zu zwei Dritteln durch die Arbeitgeber nicht gerade auf der Linie der Industriellen bewegte. Beutner wurde mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragt und stellte ihn am 8. Oktober fertig.¹⁴⁵ Die Beratung dieses Entwurfs in den verschiedenen Gremien, zu denen sich neben den genannten u. a. auch der Kongress deutsche Volkswirte gesellte, zog sich indes in die Länge, weshalb Baare Bismarck am 20. Oktober einstweilen wissen ließ, dass die Heranziehung der Arbeitgeber zur Zahlung von zwei Dritteln der Beiträge bei den Industriellen auf unüberwindlichen Widerstand stoßen würde. Er schlug vor die Arbeiter zu Beiträgen heranzuziehen und die Kommunen, deren Armenbudget durch

¹³⁸ Dabei ist nicht an die Kommune gedacht, in welcher der Arbeiter seinen Unterstützungswohnsitz hat, sondern die Kommune, in welcher sich der Betrieb befindet (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 247).

¹³⁹ Vgl. ebd., Nr. 84.

¹⁴⁰ Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, 55.

¹⁴¹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 87; 88.

¹⁴² Vgl. ebd., 273.

¹⁴³ Vgl. ebd., Nr. 90. Heym war als Mathematiklehrer an der Leipziger Thomasschule tätig und hatte sich einen Namen als Versicherungsmathematiker erworben. Er fungierte zudem als Vorsitzender des Direktoriums der Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebensversicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“ und hatte bereits im Frühjahr 1875 ein Gutachten über die Vorlage zum Hilfskassengesetz verfasst (abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 5, Nr. 128). Stämmeler war Geschäftsführer der Kaiser-Wilhelm-Spende und seit 1868 Mitglied des „Central-Ausschusses für die innere Mission“. In seinem Gutachten vom 15.12.1880 (abgedruckt in StBrt/A IV/4 [1881], 245/II-251/I) wird Heym die Höhe der für eine Unfallversicherung nötigen Prämie auf etwa 2,75 Prozent des Verdienstes schätzen (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 411).

¹⁴⁴ Eine bedeutende Opposition gegen die Unfallversicherung kam von Schwerindustriellen (allen voran Karl Ferdinand Stumm), die ihr Alters- bzw. Invaliditätsversicherungsprojekt – zu Recht – gefährdet sahen, schließlich war Baare (wie Lohmann) ein erklärter Gegner dieses Vorhabens (vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 382).

¹⁴⁵ Vgl. ebd., 379 f.; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 294.

die Unfallversicherung nicht ausreichend entlastet wird, von Beiträgen zu entbinden.¹⁴⁶ In Bismarcks Anmerkungen zu Baares Vorschlägen findet sich zum ersten Mal die Idee einen Teil der Versicherungsbeiträge durch einen direkten Staatszuschuss aufzubringen. Dieser Plan wurde allerdings zunächst nicht weiter verfolgt.¹⁴⁷

Am 1. November wurde die zweite Fassung des Gesetzentwurfs fertig gestellt,¹⁴⁸ worin nun auch explizit eine Reichsversicherungsanstalt vorgesehen war, welche nicht nur die geplante Zwangsversicherung abwickeln, sondern auch Angebote für nicht unter das Gesetz fallende Arbeiter machen sollte (freiwillige Versicherung). Bismarcks Anmerkungen zeugen davon, dass Baares Monita auf fruchtbaren Boden gefallen waren, formulierte der Reichskanzler hier doch den Vorschlag, die Arbeiter höherer Lohngruppen zu eigenen Beiträgen heranzuziehen und in diesem Maße die schlechter Gestellten zu entlasten. Es blieb allerdings vorerst beim Arbeitgeberbeitrag von zwei Dritteln der Versicherungsprämie.¹⁴⁹

Beutners Gesetzentwurf, der so genannte „Bochumer Entwurf“, wurde schließlich am 3. November veröffentlicht.¹⁵⁰ Er sah die Übernahme von lediglich der Hälfte der Versicherungsprämie durch die Arbeitgeber vor, den Rest sollten Arbeiter und Kommunen zu je einem Viertel beisteuern. Bismarck erklärte sich mit den Grundzügen dieses Entwurfs einverstanden, er drängte lediglich auf die Befreiung von Arbeitern mit einem Jahresverdienst unter 500 (später 750) Mark von jeglicher Beitragszahlung.¹⁵¹

Nunmehr gewillt dem Reichstag bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, beauftragte Bismarck am 16. November seine Beamten die Arbeit am Unfallversicherungsgesetz möglichst schnell zu beenden, der Bochumer Entwurf sollte dabei lediglich als Ergänzung des zugrunde zu legenden Regierungsentwurfs dienen. Fünf Tage später lag die dritte bzw. vierte Fassung des Gesetzentwurfs vor.¹⁵² Diese sah die Organisation der Zwangs-Unfallversicherung in einer Reichsversicherungsanstalt vor. Die Beiträge sollten in Abhängigkeit von der für den entsprechenden Betrieb geltenden Gefahrenklasse als bestimmter Prozentsatz vom Arbeitslohn erhoben und zu zwei Dritteln vom Arbeitgeber, zu einem Drittel von der Kommune, in welcher sich der Betrieb befindet, gezahlt werden. Für Arbeiter mit einem Jahresverdienst von mehr als 750 Mark sollte die Kommune lediglich ein Viertel der Versicherungsprämie übernehmen, der Arbeitgeber die Hälfte, das rechtliche Viertel sollte der Arbeiter selbst beisteuern. Die freiwillige Versicherung sollte ermöglicht werden.

Obwohl einige Mitglieder des preußischen Staatsministeriums – z. B. Innenminister Botho Graf zu Eulenburg (1831-1912) und Vizekanzler Stolberg-Wernigerode¹⁵³ – ebenso Bedenken gegen das Unfallversicherungsprojekt hegten wie manche Regierung der Teilstaaten,¹⁵⁴ wurden noch im Dezember von Lohmann die Motive für den Gesetzentwurf erarbeitet¹⁵⁵ und am 7. Januar 1881 eine fünfte Fassung des Gesetzentwurfs erstellt,¹⁵⁶ in welche einige gesetz-

¹⁴⁶ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 119.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., 319, FN 5.

¹⁴⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 128.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., 331, FN 4.

¹⁵⁰ Abgedruckt in ebd., Nr. 131.

¹⁵¹ Vgl. ebd., 346, FN 17.

¹⁵² Abgedruckt in ebd., Nr. 150. Die 4. unterschied sich von der 3. Fassung durch einen Eingriff Bismarcks, wodurch die in Eisenbahn-, Schifffahrts- und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter explizit aus dem Kreis der Versicherungspflichtigen ausgenommen wurden.

¹⁵³ Vgl. ebd., Nr. 164; 169; 170.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., Nr. 159; 174.

¹⁵⁵ Abgedruckt in ebd., Nr. 171.

¹⁵⁶ Abgedruckt in ebd., Nr. 176.

technische Anmerkungen des preußischen Justizministers Heinrich Friedberg (1813-1895) eingearbeitet wurden. Außerdem wurde ein Einwand Eulenburgs¹⁵⁷ aufgegriffen, der die Freistellung der Kommunen (Ortsarmenverbände) von jeglicher Beitragszahlung verlangt hatte. Stattdessen sollten nunmehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils die Hälfte der Beiträge zahlen, für Arbeiter mit einem Jahresverdienst von nicht mehr als 750 Mark sollten die Landarmenverbände oder vergleichbare Verbände, in deren Zuständigkeitsbereich sich der Betrieb befindet, ein Drittel der Beiträge übernehmen, die Arbeitgeber den Rest. Entwurf und Motive gingen am 11. Januar in den Druck.

In seinen Motiven zum Gesetzentwurf benutzte Lohmann viele Versatzstücke früherer Begründungen für Haftpflichtrevision bzw. Unfallversicherung und übernahm nicht zuletzt den bekannten Verweis auf das Sozialistengesetz, mit welchem die Motive beginnen. Mit der Ansicht, die Vorsorge gegen die Folgen von Arbeitsunfällen könne unter Umständen als alleinige Pflicht des Arbeitgebers angesehen werden, ist ein weiterer wichtiger Lohmannscher Grundsatz in den Motiven zu finden.¹⁵⁸

Um seine Variante der Motive mit Bismarck abzustimmen, war Lohmann am 27./28. Dezember 1880 auf dessen Gut Friedrichsruh im Lauenburgischen eingeladen worden.¹⁵⁹ Bei diesem Treffen kamen auch die Absichten, die Bismarck mit der Unfallversicherung verfolgte, zur Sprache, der – mit Lohmanns Worten – „allgemeine Standpunkt, von welchem aus Bismarck die Sache betrachtet haben wollte, nämlich nur als den ersten Schritt auf einem Wege, auf welchem durch Gesetzgebung und ‚Staatshilfe‘ die Lage der Arbeiter verbessert, und diese wieder zu einer staatsfreundlichen Gesinnung erzogen werden sollten. Er nannte das ganz offen Staatssozialismus, der überhaupt nur eine Konsequenz der modernen christlichen Staatsidee sei, und wollte dies auch eben so offen in den Motiven ausgesprochen haben“¹⁶⁰. Mit diesem Ansinnen setzte Bismarck sich durch.¹⁶¹ Er ließ auch den bisher in den Entwürfen für die Motive noch nicht enthaltenen Verweis auf den Staatssozialismus einarbeiten und seine Vorstellungen über die Erziehung der Arbeiter zu einer staatsfreundlichen Gesinnung und über die christliche Staatsidee konkretisieren.¹⁶² Damit leistete Bismarck bewusst der Polarisierung der

¹⁵⁷ Vgl. ebd., 422 f.

¹⁵⁸ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 385 f. Lohmann: „Durch die Belastung der Arbeitgeber mit der Zahlung der vollen Prämie, würde also die ganze Last, welche bisher die Armenpflege zu tragen hatte, auf jene übertragen werden. Allerdings hat in neuerer Zeit mehr und mehr eine Anschauung Boden gewonnen, welche gerade hierin die Befriedigung einer gerechten Forderung erblickt. Sie geht davon aus, daß die Verluste an persönlicher Arbeitskraft, welche durch die einem Industriebetrieb eigentümlichen Gefahren veranlaßt wurden, ebensowohl aus der Produktion des Unternehmens gedeckt werden müssen, wie die an dem Anlage- und Betriebskapitale entstehenden Schäden“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 451). Diese Argumentation findet sich so ähnlich auch in den dem Reichstag übermittelten Begründungen aller drei Unfallversicherungsentwürfe (vgl. StBRt/A IV/4 [1881], 233/I; ebd., V/2 [1882/83], 192/I; ebd., V/4 [1884], 66/II).

¹⁵⁹ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 178. Lohmanns Schilderung dieses Besuchs bei Bismarck gegenüber seinem Freund Ernst Friedrich Wyneken gibt ein anschauliches Zeugnis des nachweihnachtlich-festlichen Tagesablaufs auf dem Gut Bismarcks.

¹⁶⁰ Ebd., 507 (Hervorhebung im Original). Hier scheint Hermann Wageners Auffassung, die von Bismarck offenbar übernommen wurde, wieder auf, wonach die Arbeiter „durch Leistungen des Reiches für die Reichsidee gewonnen und an diese gekettet werden“ (ebd., Bd. 1, 279) müssen.

¹⁶¹ Die entsprechende Passage in der Begründung des ersten Unfallversicherungsentwurfs lautete: „Die Pflicht der Fürsorge für Hilfsbedürftige aber kann wohl privatlich als Folge eines Verschuldens den Einzelnen treffen. Abgesehen davon, ist diese Fürsorge eine Aufgabe, welche als Ergebnis der modernen christlichen Staatsidee lediglich der Gesamtheit obliegt.“ (StBRt/A IV/4 [1881], 233/I). In gleicher Weise argumentierten die Motive auch in der in der folgenden Fußnote wiedergegebenen Passage.

¹⁶² „Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christenthums, von welchem die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sol-

parlamentarischen Diskussion um den Gesetzentwurf Vorschub und gab dieser Diskussion gleichzeitig die Richtung vor.

Nachdem Gesetzentwurf und Motive fertig gestellt waren, informierte Bismarck Kaiser Wilhelm I. am 11. Januar 1881 über das geplante Unfallversicherungsgesetz,¹⁶³ welches er in erster Linie als Ergänzung des Sozialistengesetzes und Instrument zur Gewinnung der Arbeiter für den Staat darstellte. Vom 1. bis 9. Februar beschäftigte sich der neu installierte preußische Volkswirtschaftsrat mit dem Entwurf. Bei dieser Gelegenheit trafen mit Lohmann, der als Regierungskommissar an den Beratungen teilnahm, und dem Ratsmitglied Baare erstmals die beiden Menschen aufeinander, die sich neben Bismarck und Beutner die wohl größten Verdienste um das Zustandekommen des zur Beratung stehenden Gesetzentwurfs erworben hatten.¹⁶⁴ Die Beratungen im Volkswirtschaftsrat kreisten vor allem um die Belastungen der Industrie, Baare versuchte in diesem Rahmen noch einmal, die vorgesehene Rentenhöhe zu senken, also zu verhindern, „daß durch Unfall arbeitsunfähig gewordene Arbeiter Staatsrentner mit einem Einkommen werden, um welches Offiziere und Beamte sie beneiden müssen“¹⁶⁵. Da dies nicht gelang, entwickelte sich Baare daraufhin zum entschiedenen Gegner der Unfallversicherung in der Regierungsfassung. Interessanterweise fasste der Volkswirtschaftsrat auf Baares Vorschlag, der am 4. Februar noch einmal eine kurze Unterredung mit Bismarck gehabt hatte, einen anderen sehr weit reichenden Beschluss: Statt der Landarmenverbände sollte nun das Reich einen Teil der Unfallversicherungsbeiträge übernehmen. Diese essentielle Änderung

len, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine nothwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vortheile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zu Theil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutz der besser situirten Klassen der Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen. Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz Neues, sondern nur um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staat neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesammtheit, das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern. In diesem Sinne schließt namentlich die gesetzliche Regelung der Armenpflege, welche der moderne Staat im Gegensatz zu dem des Alterthums und des Mittelalters, als eine ihm obliegende Aufgabe anerkennt, ein sozialistisches Element in sich, und in Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der besitzlosen Klassen ergriffen werden können, nur um eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zu Grunde liegt.“ (ebd., 228/I). Michael Stolleis beschreibt Bismarcks Staatssozialismus sehr anschaulich und sieht in ihm Bismarcks Antwort auf die Frage, was langfristig als systemstabilisierende Elemente an die Stelle von Patriotismus und Liebe zum Herrscherhaus treten solle bzw. könne: „Offenbar nur das aus Dankbarkeit und Abhängigkeitsgefühl seltsam gemischte Zutrauen zum modernen ‚Leistungsstaat‘, verbunden mit der aus demokratischen Verfahren erwachsenden Legitimation. Seit man mit der Schutzzollpolitik und der Schaffung der Sozialversicherung [...] begonnen hatte, gesellschaftliche Krisen durch kollektiv erbrachte Sozialleistungen zu mildern, begann der Staat seine Legitimation aus der Umverteilungsleistung zu ziehen. Indem er Produktivität durch Steuern und Versicherungsbeiträge abschöpfte und als staatliche ‚Leistungen‘ wieder einspeiste, wurde der Leistungsstaat zum großen Garanten materiellen Wohlergehens, eines Wohlergehens, von dem die ‚Massenloyalität‘ abhing.“ (Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 2, 458 f.).

¹⁶³ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 179.

¹⁶⁴ Baare über Lohmann: „Der Regierungskommissar, Geheimer Oberregierungsrat Lohmann ist ein ebenso kluger wie superhumaner Mann“ (ebd., 557). Des Weiteren berichten Florian Tennstedt und Heidi Winter ohne Nachweis der Fundstelle, Baare habe Lohmann als „sehr achtungswerten und auch, wie ich höre, aufrichtig religiösen Mann“ gekennzeichnet, welcher allerdings „zu sehr von humanistischen Gefühlen erfüllt“ sei (Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 388).

¹⁶⁵ Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 557.

stieß offenbar auf Bismarcks Zustimmung (wenn sie nicht sogar von ihm selbst initiiert worden war), weshalb diese Bestimmung neben einigen kleineren Abänderungsvorschlägen des Volkswirtschaftsrates¹⁶⁶ in den Gesetzentwurf übernommen wurde, den das preußische Staatsministerium am 4. März 1881¹⁶⁷ mit der Absicht verabschiedete, auch im Bundesrat für diesen Entwurf zu stimmen.¹⁶⁸

3.1.2. Die erste Gesetzesvorlage vor dem Reichstag

Nachdem der Bundesrat seine Zustimmung zum Gesetzentwurf gegeben hatte, wurde derselbe am 8. März 1881 dem Reichstag vorgelegt,¹⁶⁹ dessen Mitglieder bereits durch die erwähnte, von Vizekanzler Stolberg-Wernigerode verlesene Thronrede anlässlich der Eröffnung der vierten Session des vierten Reichstags am 15. Februar auf dieses Projekt eingestimmt worden waren. Dabei war der Entwurf mit der Vervollkommnung des Sozialistengesetzes, der Reaktion auf Wünsche aus Arbeiter- wie aus Unternehmerkreisen sowie der erhofften Abwendung der durch die Unfallversicherung zufrieden gestellten Arbeiter von der Sozialdemokratie motiviert worden.¹⁷⁰

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs nahm drei Sitzungen zwischen dem 1. und 4. April in Anspruch. Es zeichnete sich schnell ab, dass die Abgeordneten gegenüber der Reichsversicherungsanstalt und dem Reichszuschuss¹⁷¹ die größten Bedenken hegten. Weitere Monita, die jeweils aber nur von einer Minderheit der Parlamentarier geäußert wurden, waren der Versicherungszwang, die weit gehenden Regelungsbefugnisse des Bundesrats, die Abkehr vom privatrechtlichen Haftpflichtprinzip, der begrenzte Versichertenkreis sowie der Ausschluss der privaten Versicherungsgesellschaften.

Bereits am 2. April griff Bismarck in die Debatte ein, um auf einige der geäußerten Bedenken zu reagieren. Er verteidigte den Fürsorgeanspruch des Staates angesichts der Missstände in der traditionellen Armenfürsorge und warb darum bei diesem ersten Vorstoß auf einem neuen Gebiet vorsichtig zu verfahren und darum erst einmal mit einem begrenzten Versichertenkreis Vorlieb zu nehmen.¹⁷² Er machte darüber hinaus deutlich, dass die Streichung des Reichszuschusses und damit die Heranziehung aller Arbeiter zu eigenen Beiträgen für ihn nicht verhandelbar sein würde,¹⁷³ womit bereits am zweiten Tag der parlamentarischen Diskussion über

¹⁶⁶ Vgl. ebd., Nr. 208.

¹⁶⁷ Vgl. ebd., Nr. 216.

¹⁶⁸ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – aktiv wie passiv“, 387 ff.

¹⁶⁹ Vgl. StBRt/A IV/4 (1881), Nr. 41.

¹⁷⁰ Vgl. StBRt IV/4 (1881), 1/II f.

¹⁷¹ Damit äußerten sich die Parlamentarier zwar gleichzeitig auch gegen die Beitragsbefreiung von Arbeitern mit niedrigem Einkommen, doch schien die Heranziehung auch dieser Arbeiter zu Beiträgen (oder notfalls die Übernahme der gesamten Prämie durch die Arbeitgeber) das geringere Übel gegenüber einer Bezuschussung der Versicherungsprämien durch den Staat, der sich nicht zuletzt auch aus den Steuern der Arbeiter finanziert, die von der Unfallversicherung noch ausgenommen sind (in diesem Sinne z. B. der Redebeitrag von Karl Ferdinand Stumm [RFKP] vom 02.04.1881 [vgl. ebd., 722/I]).

¹⁷² Ebenso war bereits in der Begründung des Gesetzentwurfs argumentiert worden: „[...] es handelt sich vielmehr nur um den ersten Schritt auf einem Gebiete, auf welchem eine Jahre lang fortzusetzende schwierige Arbeit mit Vorsicht und allmählig zu bewältigen sein und die Lösung einer Aufgabe wieder neue Aufgaben erzeugen wird.“ (StBRt/A IV/4 [1881], 228/II).

¹⁷³ Vgl. StBRt IV/4 (1881), 712/II-715/I. „Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme“ (ebd., 714/II).

ein Unfallversicherungsgesetz die Bruchstelle aufgezeigt war, an der die erste Vorlage letztlich scheitern sollte. Am selben Tag hielt der liberale Kronprinz Friedrich Wilhelm, der statt auf Staatshilfe lieber auf Selbsthilfe und Eigeninitiative gebaut hätte, seine Ablehnung dieses Gesetzeswerkes in seinem Tagebuch fest.¹⁷⁴

In der Sitzung vom 4. April versuchte auch Theodor Lohmann die gegen die von ihm nicht gerade geliebte Vorlage ins Feld geführten Argumente zu entkräften. Dabei vermied er tunlichst, auf den in seinen Augen die falsche Art von Staatshilfe repräsentierenden Reichszuschuss einzugehen. Später gestand er in einem privaten Brief:

Den Reichsbeitrag halte ich für das Bedenklichste in der ganzen Vorlage, nicht etwa, weil ich gegen jede Staatshilfe wäre, sondern weil ich darin eine höchst bedenkliche Alterierung des wirtschaftlichen Grundsatzes erblicke, daß jede volkswirtschaftlich berechnete Industrie für ihre eigenen Kosten aufkommen muß. [...] Ich bin bei den Arbeiten an diesem Entwurf überhaupt immer mehr in der Auffassung bestärkt, daß man auf diesem mechanischen Wege in der Lösung der sozialen Frage schlechterdings nichts leisten wird. Sie ist und bleibt eine Kulturfrage, welche nur allmählich – und am meisten durch unscheinbare Mittel – einer relativen Lösung entgegengeführt werden kann. Die nächste Aufgabe des Staats sehe ich darin: 1. durch allmähliche Ausbildung der obligatorischen Versicherung für alle Wechselfälle des Lebens den Arbeitslohn um den Betrag der gesamten Versicherungsprämien zu steigern [...]; 2. [...] auf jede mögliche Weise die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter [...] zu steigern.¹⁷⁵

Nach Abschluss der ersten Beratung beschloss der Reichstag am 4. April die Gesetzesvorlage in eine Kommission mit 28 Mitgliedern¹⁷⁶ zu überweisen, an deren Beratungen Lohmann als Regierungskommissar mitwirkte.¹⁷⁷

Als diese Kommission am 21. Mai nach elf Sitzungen ihren Bericht¹⁷⁸ vorlegte, waren darin gravierende Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage vorgeschlagen, von denen der Verzicht auf eine Reichsversicherungsanstalt zugunsten von Landesversicherungsanstalten sowie die Ablehnung eines Reichszuschusses und damit die Heranziehung aller Arbeiter zur Zahlung eines Drittels der Versicherungsprämie¹⁷⁹ zweifellos die wichtigsten waren. Wegen dieser ek-

¹⁷⁴ „Diese Gesetzesvorlage ist von außergewöhnlicher Wichtigkeit und bringt etwas ganz Neues im Staatsleben, denn sie trägt den Forderungen der Sozialisten Rechnung; deshalb ist der weiteren Entwicklung dieser Frage, die wohl so bald nicht erledigt sein wird, große Aufmerksamkeit zu schenken nötig! Die Armen und Bedrückten des Arbeiterstandes werden lüstern gemacht nach Staatshilfe, die doch nur diejenigen zu leisten vermögen, welche den Kern des nationalen Erwerbslebens bilden. Des Staates Wohlstand aber ist nur durch Initiative der Einsichtigen, welche ihren eigenen Wohlstand zu gründen verstanden, nachdem die einzelnen für sich selbst gesorgt hatten. So ist aus der Wohlhabenheit des Volkes erst diejenige des Staats entstanden. Umgekehrt kann der Staat, der Wohltäter u. Vorsehung spielen will, leicht den Ruin herbeiführen.“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 598).

¹⁷⁵ Lohmann in einem Brief an seinen Freund Ernst Friedrich Wyneken vom 25.04.1881 (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 602 f.).

¹⁷⁶ Der XIII. Kommission gehörten an: Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (Zentrum) (Vorsitzender), Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) (Berichterstatter), Karl G. Ackermann (DKP), Franz Armand Buhl (NLP), Arthur Eysoldt (DFP), Friedrich Graf von Frankenberg-Ludwigsdorff (RFKP), Adolph Franz (Zentrum), Arnold von Frege-Weltzin (DKP), Wilhelm Freund (DFP), Eugen Holtzmann (NLP), Friedrich Kiefer (NLP), Wilhelm Onno Laporte (NLP), Ernst Lieber (Zentrum), Helmuth Freiherr von Maltzahn (DKP), Heinrich Marquardsen (NLP), Adolf Freiherr von Marschall-Bieberstein (DKP), Carl Melbeck (RFKP), Christoph Moufang (Zentrum), Gustav Pfähler (NLP), Robert von Puttkamer (DKP), Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst (Zentrum), August Servaes (LV), Maximilian Freiherr von Soden (Zentrum), Julius Staelin (RFKP), Gerhard Stötzel (Zentrum), Karl Ferdinand Stumm (RFKP), Friedrich Witte (LV), Ferdinand Wöllmer (DFP) (vgl. StBRt/A IV/4 [1881], 847/I).
¹⁷⁷ Vgl. StBRt IV/4 (1881), 756/I; StBRt/A IV/4 (1881), 829/II.

¹⁷⁸ StBRt/A IV/4 (1881), Nr. 159.

¹⁷⁹ Kommissionsberichterstatter Hertling am 02.06.1881 vor dem Reichstag: „Die Kommission war in ihrer überwiegenden Mehrheit der Meinung, daß von der Heranziehung öffentlicher Mittel gänzlich abzusehen sei. [...] Die Motive für die Heranziehung der Arbeiter waren bei den Mitgliedern der Kommission verschiedene [...]. Bei ei-

latanten Abweichung der Kommissions- von der Regierungsvorlage kam es zu einer außerparlamentarischen Verständigung zwischen Bismarck und der Zentrumsfraktion, welche in der Streichung der Reichsversicherungsanstalt zugunsten von Landesanstalten eine *conditio sine qua non* sah und Bismarck zu diesem Zugeständnis bewegen konnte, der im Gegenzug verlangte, die Landesanstalten müssten sämtliche Verwaltungskosten selbst tragen.¹⁸⁰

In den vier Sitzungen zur zweiten Beratung (31. Mai bis 11. Juni) und einer Sitzung zur dritten Beratung (15. Juni) erfuhr die Kommissionsvorlage keine wesentlichen Veränderungen mehr,¹⁸¹ als die Gesetzesvorlage am 15. Juni 1881 von der überwiegenden Mehrheit der Konservativen und des Zentrums mit 145 gegen 108 Stimmen angenommen wurde, hatten die Vorschläge der Kommission in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt werden können. Insbesondere wurden auch der Verzicht auf den Reichszuschuss sowie die Heranziehung der Arbeiter zur Zahlung eines Drittels der Versicherungsprämie bekräftigt, auch wenn Innenstaatssekretär und Vizekanzler Bötticher bereits in den Kommissionsverhandlungen noch einmal bekräftigt hatte, dass die Ablehnung jeglichen Staatsbeitrags das Zustandekommen des Gesetzes, d. h. dessen Annahme durch die Regierungen der Einzelstaaten erheblich gefährden könne,¹⁸² und obwohl die regierungsnahe Presse diese Warnung offenbar ebenfalls vorgetragen hatte.¹⁸³ Zwar hatten Regierung und Reichstag versucht sich in dieser wichtigen Frage anzunähern, doch war ein in der dritten Lesung zur Diskussion gestellter Kompromissvorschlag,¹⁸⁴ der die Übernahme der gesamten Versicherungsprämie durch die Arbeitgeber, die Verlängerung der Karenzzeit und die Begrenzung der Versicherungspflicht auf Arbeiter mit einem Jahreseinkommen unter 1500 Mark vorgesehen hatte, am Widerstand des Zentrumsführers Ludwig Windthorst (1812-1891) gescheitert.¹⁸⁵

So konnte der Autor des Unfallversicherungsentwurfs der Industriellen, der Geschäftsführer des „Centralverbandes deutscher Industrieller“, George Ferdinand Beutner, noch am 15. Juni an Louis Baare, inzwischen ein erbitterter Gegner der Regierungsvorlage, telegrafieren: „Kompromiß wegen Unfallgesetz nicht zustande gekommen, dasselbe als beseitigt anzusehen“¹⁸⁶, womit er ebenso Recht behalten sollte wie der bayerische Gesandte Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering (1843-1925), der ein Scheitern des Gesetzes bereits am 11. Mai

nigen war es dasjenige [...], daß es sich aus allgemeinen sittlichen und pädagogischen Gründen empfehle, den Arbeiter zu seinem Theil selbst für die Sicherung seiner Ansprüche sorgen zu lassen, daß es sich empfehle, auf diesem Wege der Entschädigung den Charakter der bloßen Armenunterstützung zu nehmen und dem Arbeiter das Bewußtsein zu geben, daß er sich selbst das Recht auf diese Entschädigung erworben hat. Es kommen dazu sodann andere Erwägungen, Erwägungen der Billigkeit. Es ist ja allerdings die Schuldfrage nicht das eigentliche Prinzip, auf dem dies Gesetz aufgebaut ist, aber immerhin steht doch die Schuldfrage im Hintergrund und sie kommt bei verschiedenen Gelegenheiten zur Geltung. Wenn der Arbeitgeber [...] für alle Unfälle allein haften soll, so könnte dies als eine Verletzung der Billigkeit erscheinen [...]. Es schien vielmehr berechtigt, auch den Arbeiter heranzuziehen und dies um so mehr, als ja der Arbeiter vielfach durch seine eigene Vorsicht die Unfälle vermeiden kann.“ (StBRt IV/4 [1881], 1524/I f.).

¹⁸⁰ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 607 f.

¹⁸¹ Vgl. StBRt/A IV/4 (1881), Nr. 238; 260.

¹⁸² Vgl. StBRt/A IV/4 (1881), 839/II.

¹⁸³ In diesem Sinne äußerte sich Peter Reichensperger (Zentrum) am 02.06.1881 vor dem Reichstag, machte als Befürworter der Kommissionsvorlage aber deutlich, dass die von der Presse behauptete Ablehnung dieser Vorlage durch den Reichskanzler aus verfassungsrechtlichen Gründen auf das Votum der Regierungen der Einzelstaaten im Bundesrat keinen Einfluss haben dürfe (vgl. StBRt IV/4 [1881], 1535/I).

¹⁸⁴ Antrag Helldorff-Bedra/Ackermann/Kleist/Seydewitz (StBRt/A IV/4 [1881], Nr. 256).

¹⁸⁵ Vgl. Tennstedt/Winter: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“, 391 f.; Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 232.

¹⁸⁶ Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 613.

vorausgesagt hatte.¹⁸⁷ Am 18. Juni erklärte Bismarck im preußischen Staatsministerium seine Ablehnung des Gesetzes, der Bundesrat folgte ihm darin eine Woche später.¹⁸⁸

3.1.3. Die zweite Gesetzesvorlage

Unmittelbar nachdem er das Unfallversicherungsgesetz hatte scheitern lassen, ordnete Bismarck die Neubearbeitung der Vorlage und die möglichst schnelle Wiedervorlage im Reichstag an. Theodor Lohmann, der wiederum mit der Erstellung einer Vorlage betraut wurde, bemerkte in einem privaten Brief vom 18. Juni 1881, er stünde nun wieder ganz am Anfang und könne sich kaum vorstellen, welche Veränderungen der Vorlage derselben künftig zum Erfolg verhelfen könnten. Er, der in dem von ihm in der Reichstagskommission und im Plenum *nolens volens* vertretenen ersten Entwurf lediglich einen „verfehlten Versuch“ gesehen hatte „eine richtig erkannte und zeitgemäße Aufgabe zu lösen“, hegte indes die Hoffnung, dass sich Bismarck für den Ausbau des schon in der ersten Unfallversicherungsvorlage immerhin in Ansätzen enthaltenen Genossenschaftsmodells (§ 56), für welches sich Lohmann bereits in seiner Denkschrift vom 17. Februar 1880¹⁸⁹ für den damaligen Handelsminister Hofmann eingesetzt hatte, würde erwärmen können.¹⁹⁰

Lohmann legte bereits am 27. Juni eine Denkschrift¹⁹¹ vor, in welcher er das von ihm bevorzugte Unfallversicherungsmodell ausführte (genossenschaftliche Basis der Versicherung mit eingeschränktem Versicherungszwang, Zulassung von Privatgesellschaften, Arbeiterbeiträge, kein Staatszuschuss). Lohmanns nunmehriger Chef Bötticher erkannte die Brisanz dieser Denkschrift, weswegen er sie Bismarck lediglich referierte und dennoch dessen deutliche Ablehnung (insbesondere gegenüber dem Verzicht auf den Staatszuschuss und der Zulassung von privaten Versicherungsgesellschaften) registrieren musste.¹⁹²

Am 7./8. Oktober 1881 erschien in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ eine Artikelserie¹⁹³ des Nationalökonomen und ehemaligen österreichischen Handelsministers Albert Schäffle, in der dieser seine Vorstellungen über die Ausgestaltung einer zwangsweisen Arbeiterversicherung darlegte.¹⁹⁴ Insbesondere befürwortete er eine Organisation der Versicherung auf der Basis „körperschaftlicher Organisation nach Berufsarten und Produktionsgruppen“ für die „Umlage des wirklichen Schadens“.¹⁹⁵ Schäffle sandte Bismarck die Artikel zu, wodurch dieser am 10. Oktober offenbar erstmals auf das damals im Knappschaftsbereich durchaus übliche Finanzierungsinstrument aufmerksam wurde. Er sah darin eine willkommene Möglichkeit auf Arbeiterbeitrag und Staatszuschuss zu verzichten, würden durch das Umlageverfahren doch die Versicherungsleistungen und damit die Versicherungsprämien anfangs recht niedrig aus-

¹⁸⁷ „In Abgeordnetenkreisen zählt man auf das Nachgeben des Fürsten Bismarck. Aber ich glaube, mit Unrecht; denn es scheint mir sehr unwahrscheinlich, daß er gerade den Punkt der Staatshilfe, welcher für ihn den Ausgangspunkt des Gesetzes bildet, fallen lassen sollte.“ (ebd., 608).

¹⁸⁸ Vgl. ebd., Nr. 234; 236.

¹⁸⁹ Abgedruckt in ebd., Nr. 47.

¹⁹⁰ Vgl. ebd., 618 (hier auch Zitate).

¹⁹¹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 1.

¹⁹² Vgl. ebd., Nr. 7; Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 673.

¹⁹³ Teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 207.

¹⁹⁴ Schäffle hatte sich bereits 1870 für eine obligatorische Arbeiterversicherung ausgesprochen (vgl. Schäffle: Kapitalismus und Socialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen, 702).

¹⁹⁵ Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 671 f.

fallen und damit auch die Belastungen für die Industrie zu bewältigen sein.¹⁹⁶ Noch am selben Tag ließ Bismarck einen Erlass anfertigen,¹⁹⁷ worin er für eine neue Unfallversicherungsvorlage obligatorische Berufsgenossenschaften als Basis der Versicherung empfiehlt und außerdem die bislang lückenhafte Berufsstatistik, welche sowohl für eine korporative Unfallversicherung wie für die weiterhin auf der Tagesordnung stehende Altersversicherung unverzichtbar ist, beklagt. Am 16. Oktober bot er Schöffle die Mitwirkung an der Erstellung eines neuen Unfallversicherungsgesetzes an, was dieser gern annahm.¹⁹⁸

Vom 24. Oktober datieren weitere Vorschläge Lohmanns¹⁹⁹ zu den Grundzügen einer neuen Unfallversicherungsvorlage, worin er auch auf Schöffles Empfehlungen eingeht. Auch wenn er ein Unfallversicherungsmodell auf genossenschaftlicher Basis begrüßt haben dürfte, lehnte Lohmann Schöffles Zwangskorporationen dennoch ebenso ab wie Bismarcks Staatszuschuss und dessen Verzicht auf Arbeiterbeiträge. Die herausragende Neuerung an Lohmanns Konzept war indes die Verlängerung der Karenzzeit. Statt, wie von Bismarck angeordnet, die zwischen Eintritt des Schadens und Anspruch auf Schadenersatz aus der Unfallversicherung vorgesehene Karenzzeit von vier Wochen (wie in der ersten Vorlage vorgeschlagen) auf zwei Wochen (wie vom Reichstag gefordert) zu reduzieren, verlängerte Lohmann in seinem Konzept die vor allem zur Vorbeugung von Simulationen konzipierte Karenzzeit auf 13 Wochen und schlug zur Überbrückung dieser Frist die Einrichtung einer gesetzlichen Krankenversicherung vor. Bismarck, den Lohmanns Vorschläge diesmal ungefiltert erreichten, war in allen hier angeführten Punkten anderer Meinung als der Referent. Dafür findet sich in einer seiner zahlreichen Anmerkungen zu Lohmanns Dokument der erste Beleg dafür, dass sich Bismarck Schöffles Idee einer umlagefinanzierten Unfallversicherung bereits zu Eigen gemacht hatte.²⁰⁰ Trotz des überwältigenden Wahlsieges der liberalen Parteien vom 27. Oktober 1881, den Bismarck mit enormen Kraftaufwand, aber letztlich erfolglos zu verhindern versucht hatte,²⁰¹ entschloss er sich, die Arbeit am Sozialversicherungsprojekt, welches für die Wähler offenbar kein Grund war, für die konservativen Parteien zu stimmen, fortzusetzen. Am 7. November erließ er Direktiven zu den Prämissen der zweiten Unfallversicherungsvorlage²⁰² (Zwangskorporationen, Umlageverfahren, Reichsanstalt, Staatszuschuss, Beitragsfreiheit für Arbeiter), in welchen er nun zwar auch die Krankenversicherung konzedierte, allerdings nur zur Absicherung der zweiwöchigen Karenzzeit der Unfallversicherung.²⁰³

Anlässlich der Eröffnung der ersten Session des fünften Reichstags am 17. November 1881 verlas Bismarck im Auftrag des aus gesundheitlichen Gründen verhinderten Kaisers eine so

¹⁹⁶ Diese Argumentation hatte Karl Ferdinand Stumm (RFKP) bereits am 02.04.1881 anlässlich der ersten Beratung der ersten Vorlage geführt (vgl. StBRt IV/4 [1881], 724/I).

¹⁹⁷ Teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 10.

¹⁹⁸ Vgl. ebd., Nr. 12; 13. Zur Mitwirkung Schöffles vgl. ebd., Nr. 16; 18; 19; 22; 24; 25; 33; 34; Rudloff: Politikberater und opinion-leader?, 104 ff. Ab Januar 1882 brechen die Kontakte Schöffles zu Bismarck dann allmählich ab (vgl. ebd., 159, FN 7), später wird sich Schöffle entschieden gegen die Vorlage zur Alters- und Invalidenversicherung äußern (vgl. Schöffle: Der Mangel an Individualisierung in der Alters- und Invalidenversicherung; Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 70).

¹⁹⁹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 14.

²⁰⁰ Vgl. ebd., 34, FN 4.

²⁰¹ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 184; 185; 187; 193; 196; 197; 199; 204; 208. Bismarck hatte zwar mit einem Erstarken der liberalen Parteien gerechnet, gleichzeitig aber auch einen am Ende nicht eingetretenen Stimmenzuwachs für die Konservativen erwartet (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 621).

²⁰² Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 17.

²⁰³ Vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 674 ff.; Dies.: Einleitung, XXVII.

genannte Allerhöchste Botschaft²⁰⁴, die als Kaiserliche Sozialbotschaft in die Geschichte eingehen sollte. Diese Botschaft wird oft fälschlicherweise als eigentlicher Beginn staatlicher Sozialpolitik bezeichnet²⁰⁵ und damit in ihrem Anspruch überschätzt, beschäftigte sich doch bestenfalls ein Drittel des Textes überhaupt mit der Sozialversicherungsgesetzgebung. Gleichwohl ist die von Bosse, Bismarck und Bötticher in Absprache mit Wilhelm I. verfasste²⁰⁶ Kaiserliche Sozialbotschaft ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der Sozialversicherungsgesetzgebung, dringt doch hier zum ersten Mal die Vision einer Unfallversicherung (mit noch lediglich ergänzender Krankenversicherung) sowie einer verbesserten gesellschaftlichen Fürsorge für solche, „welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden“²⁰⁷, an die Öffentlichkeit. Damit war zwar das künftige Sozialversicherungssystem bestenfalls in vagen Umrissen skizziert, die konsequente Abkehr der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom Modell der Armenpflege zugunsten einer Anerkennung des Fürsorgeanspruchs Bedürftiger ist indes ein Paradigmenwechsel, ohne den an ein Zustandekommen der Sozialversicherung nicht zu denken gewesen wäre. Schließlich verkündete die Botschaft auch die Abkehr von der zentralen Reichsversicherungsanstalt zugunsten „korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“²⁰⁸, womit zwar lediglich eine Regelung aufgegeben wurde, deren Abschaffung der Reichstagsmehrheit bereits anlässlich der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage konzidiert worden war, gleichwohl wird hier der Verzicht auf einen ehemals zentralen Bestandteil der Unfallversicherung bekräftigt, der nicht zuletzt auch ein zustimmendes Votum der nach den Wahlen für das Zustandekommen der Gesetzgebung unverzichtbaren Zentrumsfraktion erleichterte bzw. ermöglichte. Mit den zu schaffenden Genossenschaften als Basis der Sozialversicherung wurde nun allerdings nicht bloß der Selbsthilfegedanke verbunden, sie sind offenbar nicht zuletzt auch als repräsentative Grundlage eines künftigen politischen Systems konzipiert gewesen und hatten insofern wohl auch eine antiparlamentarische Stoßrichtung.²⁰⁹

²⁰⁴ Vgl. StBRt V/1 (1881/82), 1/II-3/II (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, Nr. 9). Zur Kaiserlichen Sozialbotschaft vgl. Tennstedt: Vorgeschichte und Entstehung der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881; Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, Nr. 1; 4-7.

²⁰⁵ Vgl. Fußnote 30. Als Markierung für den eigentlichen Beginn der Sozialversicherungsgesetzgebung besser geeignet ist die in der Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik leider ausgesparte Thronrede anlässlich der Eröffnung der vierten Session des vierten Reichstags am 15.02.1881 (vgl. StBRt IV/4 [1881], 1/I-2/II).

²⁰⁶ Vgl. Tennstedt: Vorgeschichte und Entstehung der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, 697 ff.; Ders.: „Bismarcks Arbeiterversicherung“ zwischen Absicherung der Arbeiterexistenz und Abwehr der Arbeiterbewegung, 84.

²⁰⁷ StBRt V/1 (1881/82), 2/II.

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Vgl. Tennstedt: Vorgeschichte und Entstehung der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, 703 ff. Offen geäußert wurde dieser Gedanke allerdings erst knapp zwei Jahre später, wie Theodor Lohmann und Robert Bosse am 04./05.10.1883 übereinstimmend berichten (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 377; 381). Vor dieser Tendenz warnte Ludwig Bammerger (DFrP) in einer Reichstagsrede am 14.03.1884: „[...] wie glauben Sie denn, wenn dieses Gesetz [Unfallversicherung aufgrund der 3. Vorlage; PE] zustande käme und alles, was man noch [...] zu erfüllen sich schmeichelt, wie glauben Sie denn, daß dann ein Staat aussehen würden, der in diese Maschine hineingesteckt wird, die in fiktiven Organisationen gegliedert, in der That von der Verwaltung gegängelt, von einer obersten Hand am Zügel gehalten, nach rechts und links marschieren müßte in den wichtigsten Lebensfragen? glauben Sie, daß irgend etwas von politischer Freiheit in solchem Lande existieren könnte?“ (StBRt V/4 [1884], 57/II f.); dazu noch einmal am folgenden Tag: „Er [Bismarck; PE] wünscht Parlamente, aber er wünscht sie möglichst schwach; das ist seine Sache, und alles, was dazu dient, die Parlamente zu stärken, ist ihm unangenehm, und deswegen hat er uns heute ganz deutlich zu verstehen gegeben, er wünscht unseren gegenwärtigen, die Gemeinschaft des Volkes vertretenden Parlamentarismus allmählich umzubilden zu einer parlamentarischen Körperschaft, die aus Berufsgenossenschaften zusammengesetzt ist.“ (ebd., 85/II).

Nicht zuletzt ist die Kaiserliche Sozialbotschaft hinsichtlich ihrer Wirkung hoch zu veranschlagen, ist sie doch bereits von den Zeitgenossen als wichtige Wegmarke hin zu einer staatlichen Sozialpolitik wahrgenommen worden und nicht selten auch zur Legitimierung der Sozialversicherung als einem Herzensanliegen Kaiser Wilhelms I. (insbesondere nach dessen Tod 1888) herangezogen worden²¹⁰ – durchaus nicht unwidersprochen.²¹¹ Aus Anlass ihres 25-jährigen Jubiläums hat denn auch Kaiser Wilhelm II. die Botschaft seines Großvaters nicht zu würdigen vergessen:

Der heutige Tag, an welchem vor 25 Jahren der in Gott ruhende Kaiser und König Wilhelm der Große seine unvergeßliche Botschaft erließ, gibt Mir willkommenen Anlaß, mit dem deutschen Volke in ehrfurchtsvoller Dankbarkeit dieses Friedenswerkes zu gedenken, durch welches Mein erlauchter Ahnherr zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen der Gesetzgebung neue Bahnen wies.²¹²

Die Botschaft vom 17. November 1881 enthielt indes auch eine Antwort auf die wichtige Frage, woher das Geld für den immer noch vorgesehenen Reichszuschuss zugunsten „korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“²¹³ kommen sollte, nämlich aus den Einnahmen des angestrebten Reichstabakmonopols, das allerdings am 15. Juni 1882 am Widerstand des Reichstags scheitern sollte.²¹⁴

²¹⁰ Vgl. etwa Böttichers Rede vor dem Reichstag am 06.12.1888: „Hätte der große unvergeßliche Kaiser, dem Deutschland die Gedanken der November-Botschaft verdankt, die Erfüllung dieses Planes erleben können, [...] so würde Ihm damit die größte Freude seines Lebens geworden sein.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 145/II). In eine ähnliche Richtung zielte auch der Redebeitrag des Zentrums politikers Franckenstein vom 29.03.1889: „Ich bin nicht in der Lage, den Arbeitern etwas zu versagen, was ihnen im Jahre 1881 in der Kaiserlichen Botschaft versprochen wurde, worauf sie seitdem warten“ (ebd., 1108/I). Den Bogen in die Gegenwart schlug Otto Freiherr von Mantuffel (DKP) am 17. Mai 1889: „Ich glaube, jeder von Ihnen weiß, daß es ein Lieblingswunsch unseres Hochseligen Kaisers Wilhelm gewesen ist, daß womöglich bei seinen Lebzeiten dies Gesetz verabschiedet werde. Nach Gottes Willen hat er das nicht erlebt, und gewiß zu seinem großen Kummer nicht erlebt. Aber sein Enkel, unser jetziger Allergnädigster Kaiser und Herr, er ist sich wohl bewußt, daß dies Vermächtniß ihm von seinem Hochseligen Großvater als ein theures hinterlassen worden ist. Und es ist eine Pflicht, die der Kaiser erfüllt, wenn er dies Vermächtniß als das betrachtet, als was er es betrachtet hat: als seine erste große gesetzgeberische That. (Bravo! rechts.)“ (ebd., 1787/I).

²¹¹ In Reaktion auf die Äußerung Franckensteins führte Heinrich Rickert (1833-1902) (DFrP) beispielsweise sehr anschaulich die unterschiedlichen Interpretationen der Kaiserlichen Sozialbotschaft und die seit ihrer Verkündung vollzogenen Meinungsumschwünge im Regierungslager vor (vgl. ebd., 1133/II-1135/II). Vier Tage später äußerte sich Rickert erneut über die Botschaft: „Ich bedaure es, daß das Gewohnheit zu werden scheint, daß man die Allerhöchste Botschaft als ein Motiv für die Beschlüsse der Volksvertretung hinstellt. [...] ich halte eine derartige Berufung [...] für unzulässig, weil sie niemals der Volksvertretung die volle Verantwortung, die sie selber neben der Krone für gesetzgeberische Akte hat, abnehmen kann. [...] Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß der Mythos und Nebel, der sich um jene Botschaft verbreitet hat (oh! oh! rechts), – jawohl, – daß er endlich einmal dem klaren Licht weicht.“ (ebd., 1199/II). Zentrumsführer Windthorst sah die Bedeutung der Sozialbotschaft dadurch erschüttert, dass sie offenbar nicht von Kaiser Wilhelm I. selbst stammte, wie er in einer Reichstagsrede vom 04.04.1889 ausführte: „Daß diese Ideen aber für die jetzt vorliegenden und für früher schon ausgeführte Maßregeln von wesentlichem Einfluß mit gewesen sind, beweist uns die neueste Enthüllung des Herrn Reichskanzlers, der uns gesagt hat, daß er der sei, der diese Ideen wesentlich anheimgegeben, und dem die Vaterschaft der Kaiserlichen Botschaft von 1881 gebühre. Ich hatte bisher geglaubt, daß dieselbe Seiner Majestät dem Hochseligen Kaiser Wilhelm I. gebühre. Das wissen wir nun anders, und diese Kunde stellt uns in Bezug auf die Beurtheilung jener Botschaft etwas freier.“ (vgl. ebd., 1278/II).

²¹² Kaiser Wilhelm II. zum 25. Jahrestag der sozialen Botschaft von 1881, in: Brakelmann (Hg.): Kirche, soziale Frage und Sozialismus, Bd. 1, 256 f., 256.

²¹³ StBRt V/1 (1881/82), 2/II.

²¹⁴ Da beispielsweise in Frankreich und Österreich gute Erfahrungen mit dem staatlichen Tabakmonopol gemacht worden waren, hatte Bismarck dasselbe auf Vorschlag Hermann Wageners (vgl. dessen Denkschrift vom 24.04.1872 [abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 100]) zum Rückgrat einer Steuerreform zur

Am 5. Dezember 1881 wurde die erste Fassung der neuen Unfallversicherungsvorlage²¹⁵ ausgefertigt. Sie sah nach Industriezweigen zu bildende Zwangsgenossenschaften auf Bezirksebene als Träger der Unfallversicherung vor, eine zweiwöchige Karenzzeit sowie lokale Genossenschaftsabteilungen als Versicherungsträger für Unfälle zwischen zwei- und dreizehnwöchiger Erwerbsunfähigkeit. Die Leistungen sollten im Umlageverfahren zu zwei Dritteln durch die Arbeitgeber, zu einem Drittel durch das Reich finanziert werden, die Grenze für die Versicherungspflicht war mit einem Jahreseinkommen von 2000 Mark veranschlagt.²¹⁶ Nachdem nicht nur Schäffle, sondern auch Adolph Wagner sowie einige Industrielle Gutachten zur Vorlage abgegeben hatten²¹⁷ und die drei liberalen Reichstagsfraktionen²¹⁸ am 10. Januar 1882 einen eigenen Gesetzentwurf zu Unfallentschädigung und Unfallversicherung²¹⁹ im Reichstag eingebracht hatten (der dann aber wegen des Schlusses der Session unerledigt blieb), wurden am 17. Februar die der ersten Fassung vom 5. Dezember 1881 weitgehend folgenden (lediglich die Karenzzeit war auf acht Tage verkürzt worden) Grundzüge der Unfallversicherungsvorlage²²⁰ fertig gestellt und am 28. Februar 1882 von Lohmann aufgrund eini-

Sicherung der Staatsfinanzen gemacht, was er bereits 1878 anlässlich einer Reichstagsdebatte zur Erhöhung der Tabaksteuer ausgesprochen hatte (vgl. StBRt III/2 [1878], 143/I f.). Dass ein Teil der Einnahmen aus dem Tabakmonopol zur Finanzierung des Staatsbeitrages zur geplanten Alters- und Invalidenversicherung verwendet werden könnte, hatte das preußische Staatsministerium in seiner Sitzung am 15.08.1881 beschlossen (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, Nr. 190). Nach Rücksprache mit Bismarck (jedoch vor Abstimmung dieses Vorhabens im preußischen Staatsministerium und mit den Bundesregierungen) war es Adolph Wagner, der anlässlich einer Wahlkampfede bereits am 11.08.1881 in Barmen die Verbindung von Tabakmonopol und Sozialversicherung erstmals in der Öffentlichkeit angekündigte (vgl. ebd., Nr. 186). Bismarck versprach sich von der Verbindung des Tabakmonopols mit der geplanten Alters- und Invalidenversicherung einen positiven Impuls für die Wahlchancen der Konservativen bei den Wahlen vom Oktober 1881. Diese Hoffnung ging bekanntlich nicht in Erfüllung, nicht einmal für den konservativen Kandidaten Adolph Wagner, der in Wahlkreis Elberfeld-Barmen gegen den späteren Reichstagsvizepräsidenten Reinhart Schmidt (1838-1909) (DFP) verlor. Bismarck würde Wagner später für das Scheitern des Tabakmonopols persönlich verantwortlich machen (vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 678, FN 40). In der Wahrnehmung vieler Zeitgenossen blieb Wagner der Urheber der Idee des Tabakmonopols zur Finanzierung des Staatszuschusses zur Sozialversicherung zu errichten, wie der Redebeitrag des Reichstagsabgeordneten Walter Dirichlet (DFP) während der dritten Lesung der Krankenversicherungsvorlage am 22.05.1883 zeigt: „Der Herr Abgeordnete Rittinghausen hat dieses Gesetz in seiner Rede in Verbindung gebracht mit dem angeblichen Gedanken des Herrn Reichskanzlers, [...] durch [...] gewisse Reichseinnahmen, welche sich an das Tabakmonopol knüpfen, ein Patrimonium der Enterbten zu schaffen. [...] Wir haben es hier nicht mit dem Gedanken des Fürsten Bismarck, [...] sondern lediglich mit dem Gedanken des Herrn Professors Adolph Wagner zu thun. [...] ich möchte doch bitten, in dieser Beziehung nicht eine Mythen- und Legendenbildung aufkommen zu lassen, wie das jetzt sehr beliebt ist“ (StBRt V/2 [1882/83], 2475/I). Zentrumsführer Ludwig Windthorst und Dirichlets Parteifreund Heinrich Rickert (DFrP) wiesen allerdings am 04.04. sowie am 20.05.1889 nach, dass auch unter den Reichstagsabgeordneten Hermann Wagener als der wahre Vater dieser Idee nicht vergessen ist (vgl. StBRt VII/4 [1888/89], 1278/I f.; 1857/II; 1863/II).

²¹⁵ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 27.

²¹⁶ Vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 678.

²¹⁷ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 30; 31; 33.

²¹⁸ Da sie im Unterschied zur Mehrheit der nationalliberalen Abgeordneten die Wende zum Schutzzoll nicht mittragen wollte, hatte im August 1880 eine wirtschaftsliberale Gruppe von 29 Abgeordneten um Ludwig Bamberger, Eduard Lasker und Heinrich Rickert die NLP verlassen, um unter dem Namen „Liberaler Vereinigung“ (LV) eine eigenständige liberale Oppositionspartei – nach einer Schrift Bambergers (Die Secession, Berlin 1881) auch unter dem Namen „Sezession“ bekannt – zu gründen und damit neben NLP und DFP eine dritte liberale Fraktion zu bilden. Die LV schloss sich im März 1884 mit der DFP zur „Deutschen Freisinnigen Partei“ (DFrP) zusammen (zur Sezession vgl. Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat, 193-202; zum Zusammenschluss vgl. ebd., 291-294).

²¹⁹ Antrag Buhl (StBRt/A V/1 [1881/82], Nr. 66 [auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 37]). Der liberale Entwurf sah eine zur Gefährdungshaftung erweiterte Haftpflicht, einen eingeschränkten Versicherungszwang, die Zulassung von privaten Versicherungsgesellschaften und für den Staat lediglich eine Kontrollfunktion vor.

²²⁰ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 41.

ger Anmerkungen Bismarcks noch einmal überarbeitet,²²¹ wobei Lohmann die Karenzzeit eigenmächtig wieder auf 13 Wochen verlängerte (und damit zwangsläufig die Krankenversicherung wieder auf die Tagesordnung setzte) und dem geplanten Umlageverfahren das von ihm favorisierte Kapitaldeckungsverfahren als Alternative gegenüberstellte.

Diese Grundzüge wurden dem preußischen Volkswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt, der sich nach Abstimmung mit dem „Centralverband deutscher Industrieller“ Ende März mehrheitlich für das Umlageverfahren, für Lohmanns 13-wöchige Karenzzeit sowie für den Bismarckschen Reichszuschuss aussprach. In Abweichung von den Grundzügen wurde eine organisatorische Doppelstruktur der Unfallversicherung vorgeschlagen: Auf Reichsebene sollten genossenschaftliche Zusammenschlüsse aller Betriebe mit derselben Gefahrenklasse geschaffen werden um die Risiken auf möglichst viele Schultern zu verteilen; auf Bezirksebene sollte die genossenschaftliche Verwaltung (unabhängig von der Gefahrenklasse) angesiedelt sein um die Kontrolle der Versicherung jeweils auf ein überschaubares Gebiet zu begrenzen.²²² Bismarck war von der vorgeschlagenen genossenschaftlichen Doppelstruktur, von der sich der „Centralverband deutscher Industrieller“ ein halbes Jahr später wieder distanzieren würde,²²³ und von den übrigen Vorschlägen des Volkswirtschaftsrates sehr angetan,²²⁴ sodass eine erneute Umarbeitung der Gesetzesvorlage nötig wurde.

Parallel zu einem Gesetzentwurf über die gesetzliche Krankenversicherung wurde bis zum 21. April unter Hochdruck an der zweiten Fassung der Unfallversicherungsvorlage gearbeitet, welche am 8. Mai dem Reichstag zugeleitet wurde²²⁵ – und damit neun Tage später als die von Lohmann gegen Bismarcks Weisung ausgearbeitete und bereits am 8. April fertig gestellte Krankenversicherungsvorlage,²²⁶ die aufgrund von Bismarcks vorübergehender krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit sowohl das preußische Staatsministerium wie den Bundesrat hatte passieren können.

Lohmann, der von seinen Absichten lediglich die 13-wöchige Karenzzeit (§ 5) sowie einige Maßregeln zu Arbeiterschutz und Unfallverhütung (§§ 73-75) in der Unfallversicherungsvorlage hatte unterbringen können, hegte nun die Befürchtung, dieses in seinen Augen nach wie vor ungeeignete Gesetz²²⁷ könne im Reichstag angenommen werden, doch sollte sich diese Furcht als unbegründet erweisen.

Der Reichstag begann am 15. Mai mit der zweitägigen ersten Beratung der beiden Gesetzentwürfe. Als Kritikpunkte an der Unfallversicherungsvorlage wurden das Umlageverfahren und der Reichszuschuss genannt, begrüßt wurde dagegen der Verzicht auf die Reichsanstalt zugunsten genossenschaftlicher Strukturen. Am 16. Mai wurde beschlossen, beide Entwürfe an

²²¹ Abgedruckt in ebd., Nr. 44.

²²² Vgl. ebd., Nr. 47; 52; Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 683.

²²³ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 69.

²²⁴ Vgl. ebd., Nr. 48.

²²⁵ StBRt/A V/2 (1882/83), Nr. 19 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 57).

²²⁶ StBRt/A V/2 (1882/83), Nr. 14.

²²⁷ Lohmann in einem Brief an seinen Freund Ernst Friedrich Wyneken vom 12. 11. 1882: „Daß letzteres [die Annahme des Gesetzes im Reichstag; PE] geschehe, kann ich meinerseits nicht wünschen; wenn es geschähe, so wäre damit die Aussicht auf eine vernünftige Entwicklung dieser Angelegenheit ziemlich abgeschnitten. Denn so sehr ich für den Versicherungszwang auf diesem Gebiete bin, ebenso sehr bin ich überzeugt, daß dieser Zwang weder durch eine Reichsanstalt noch durch Zwangskorporationen zweckmäßig durchgeführt werden kann. Lebensfähige Korporationen lassen sich überhaupt nicht auf dem Wege des direkten Zwanges begründen [...]. Auch halte ich eine vernünftige Gestaltung nur für möglich, wenn die Arbeiter mitzahlen und aufgrund des Mitzahlens auch mit verwalten.“ (Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 264).

eine Kommission mit 28 Mitgliedern²²⁸ zu überweisen,²²⁹ in der unter anderen Regierungs-kommissaren auch Lohmann wieder mitarbeitete und von der Bötticher wünschte, sie möge trotz der fortgeschrittenen Session keine „Beerdigungskommission“ sein.²³⁰ Dieser Wunsch ging nur teilweise in Erfüllung, fand doch die VIII. Kommission – trotz mehrerer Vertagungen der Session, trotz Bismarcks Drohung mit Auflösung des Reichstags,²³¹ trotz einer erneuten kaiserlichen Botschaft vom 14. April 1883²³² mit der Bitte um eine Erledigung der Unfallversicherungsvorlage noch in der aktuellen Session und trotz eines Antrags des Abgeordneten Heinrich Rickert (LV) vom 23. April 1883²³³ auf baldige Vorlage eines Berichts der Kommission über deren Meinung zu den grundlegenden Paragraphen der Unfallversicherungsvorlage – lediglich die Zeit die Krankenversicherungsvorlage zu beraten. Ein Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf über die Unfallversicherung sollte bis zum Schluss der Session nicht erstellt werden,²³⁴ womit auch die zweite Unfallversicherungsvorlage gescheitert war, während die Krankenversicherung, die Bismarck – nicht zu Unrecht – „mehr wie ein untergeschobenes Kind“²³⁵ angesehen hatte, am 31. Mai vom Reichstag verabschiedet und am 15. Juni 1883 Gesetz wurde.

Nach abgeschlossener Beratung des Krankenversicherungsentwurfs hatte die VIII. Kommission zwar am 16. April 1883 die Arbeit an der Unfallversicherungsvorlage aufgenommen, an eine gründliche Beratung in Kommission und Plenum war indes nicht mehr zu denken. Daher formulierte die Kommission in ihrer letzten Sitzung am 12. Juni zwei Empfehlungen für den Reichstag. Zum einen solle dieser die zweite Unfallversicherungsvorlage ablehnen, zum zweiten den Reichskanzler für eine dritte Vorlage um mehrere Nachbesserungen bitten, von denen die wichtigsten der Verzicht auf den Reichszuschuss (gleichzeitig aber auch auf Arbeiterbei-

²²⁸ Der VIII. Kommission gehörten an: Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (Zentrum) (Vorsitzender), Helmuth Freiherr von Maltzahn (DKP) (Berichterstatte), Heinrich Graf Adelman von Adelmansfelden (Zentrum), Franz Armand Buhl (NLP), August Karl Graf von Dönhoff-Friedrichstein (DKP), Karl Ebert (DKP), Eduard Ebert (LV), Heinrich Eduard Greve (DFP), Egidius Gutfleisch (LV), Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), Max Hirsch (DFP), Paul von Kulmiz (RFKP), Paul Langerhans (DFP), Eduard Lasker (LV), Ernst Lieber (Zentrum), Ludwig Loewe (DFP), Arnold Lohren (RFKP), Christoph Moufang (Zentrum), Friedrich Hermann Müller (NLP), Gustav Münch (DFP), Hermann Paasche (LV), Julius Petersen (NLP), Gustav Pfähler (NLP), Magnus Reindl (Zentrum), Maximilian Freiherr von Soden (Zentrum), Gerhard Stötzl (Zentrum), Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (Zentrum), Rudolf Wichmann (DKP) (vgl. StBRt/A V/2 [1882/83], 816/II).

²²⁹ Vgl. StBRt V/2 (1882/83), 249/I.

²³⁰ Vgl. ebd., 216/II (hier auch Zitat).

²³¹ In einem Gespräch mit dem Zentrumsolitiker Georg Freiherr von Hertling äußerte Bismarck am 07. oder 08.04.1883 (Aufzeichnung Hertling): „Sollte der Reichstag etwa durch fortgesetzte Beschlussunfähigkeit die Realisierung der kaiserlichen Absichten verhindern wollen, so könne man zunächst versuchen, kaiserliche Mahnbrieife zu erlassen [als ein solcher ist die kaiserliche Botschaft vom 14.04.1883 zu verstehen; PE]. Helfe dies nichts, so werde man zur Auflösung schreiten müssen, auf die Gefahr hin, den Reichstag in der gleichen Zusammensetzung wiederkehren zu sehen.“ (Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, 129).

²³² Vgl. StBRt V/2 (1882/83), 1956/I f. (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, Nr. 36). Die von Bismarck gegengezeichnete kaiserliche Botschaft enthielt neben dem unvermeidlichen Bezug auf das Sozialistengesetz eine Anerkennung der Bemühungen der VIII. Kommission um das Zustandekommen des Krankenversicherungsgesetzes, sorgte sich aber darum, „daß die principiell wichtigere Vorlage über die Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden ist, und daß daher auf deren baldige Durchberathung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann“ (ebd., 1956/II). Die Beratung der Botschaft im Plenum fand am selben Tag statt (vgl. ebd., 1956/II ff.).

²³³ StBRt/A V/2 (1882/83), Nr. 261. Die Beratung fand am 28.04. und 01.05.1883 statt (vgl. StBRt V/2 [1882/83], 2201/II-2204/II; 2257/I-2272/II).

²³⁴ Zu den Kommissionsberatungen vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 77-84; 86-89; 92; 94.

²³⁵ Geäußert am 13. Juni 1882 anlässlich eines parlamentarischen Diners, überliefert vom Zentrumsolitiker und Reichstagsvizepräsidenten Franckenstein (vgl. ebd., 246 [hier auch Zitat]).

träge) und die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Land- und Forstarbeiter waren.²³⁶ Diese Empfehlungen konnten im Plenum aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Trotzdem sollte dieser ungewöhnliche parlamentarische Wunschkatalog nicht unberücksichtigt bleiben,²³⁷ bewies er doch, dass es bis zur Einigung zwischen Regierung und Parlament mit dem Reichszuschuss lediglich noch eine Hürde zu nehmen galt. Und auch dieses Hindernis erwies sich nicht als unüberwindbar: Bismarck hatte bereits am 9. Juni in einem Privatgespräch erklärt, er könne sich in den ersten rund fünfzehn Jahren der Unfallversicherung einen Verzicht auf den Reichszuschuss gut vorstellen, schließlich würden bis dahin aufgrund des Umlageverfahrens die für Versicherungsleistungen aufzubringenden Summen noch relativ moderat ausfallen.²³⁸

3.1.4. Von der dritten Vorlage zum Unfallversicherungsgesetz

Trotz der Ablehnung der zweiten Unfallversicherungsvorlage durch den Reichstag standen die Chancen einer dritten Vorlage, wenn diese dann tatsächlich auf den Reichszuschuss verzichten würde, recht gut. Die Regierung ließ deshalb auch nicht unnötig Zeit verstreichen, Lohmann erstellte bereits am 18. und 27. Juni 1883 Denkschriften über die Grundzüge einer erneuten Unfallversicherungsvorlage,²³⁹ worin er anregte auf die reichsweiten Zusammenschlüsse von Betrieben aufgrund der einzelnen Gefahrenklassen zu verzichten und stattdessen als das Risiko tragende Körperschaften ähnliche Strukturen auf Bezirksebene zu schaffen (so genannte Betriebsverbände). Alternativ sind freiwillige Zusammenschlüsse von Unternehmern versicherungspflichtiger Betriebe zu so genannten Betriebsgenossenschaften vorgesehen, welche ihrerseits die Versicherungsverpflichtungen übernehmen können. Das Reich wäre demnach an der Unfallversicherung beteiligt als Träger und Garant einer Rentenanstalt, bei der die Berufsverbände bzw. Berufsgenossenschaften Rentenpapiere zur Deckung ihrer aus den bewilligten Erwerbsunfähigkeitsrenten resultierenden Verpflichtungen zu erwerben haben. Diese Konstruktion stieß indes nicht auf Bismarcks Zustimmung, der weiter das Umlageverfahren favorisierte,²⁴⁰ vermutlich weil er ohne dasselbe den für das Zustandekommen des Gesetzes unabdingbaren Verzicht auf den Reichszuschuss nicht verantworten zu können meinte.

Beide Lohmannsche Denkschriften wurden Bismarck nicht im Wortlaut vorgelegt, dafür eine ebenfalls vom 27. Juni datierende Denkschrift²⁴¹ von Lohmanns Hilfsarbeiter Eduard von Magdeburg (1844-1932)²⁴², die zwar ebenfalls Berufsgenossenschaften vorsah, damit aber anders als Lohmanns Vorschlag reichsweite nach Industriezweigen organisierte Zusammenschlüsse von Unternehmern als Träger der Unfallversicherung anstrebte. Mit diesen Anregungen entsprach Magdeburg sowohl den Vorstellungen Bismarcks wie dem Wunschkatalog der

²³⁶ Vgl. ebd., 314 f.

²³⁷ Bötticher am 12.06.1883 vor dem Reichstag: „Die Regierung bedauert auf das lebhafteste, daß es nicht möglich gewesen ist, in dieser Session zu einer Einigung der Kommission dieses hohen Hauses zu gelangen, sie wird aber das Ziel im Auge behalten, und es wird ihre erste Aufgabe sein, bei dem nächsten Zusammentritt einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Winke, die in der Kommission hier gegeben sind, auf das gewissenhafteste und sorgfältigste in Erwägung ziehen wird.“ (StBRt V/2 [1882/83], 3000/II).

²³⁸ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 93; Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 687.

²³⁹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 95; 98.

²⁴⁰ Vgl. ebd., 321.

²⁴¹ Abgedruckt in ebd., Nr. 97.

²⁴² Zu Magdeburg vgl. Tennstedt: Berufsgenossenschaften als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

VIII. Kommission, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass Bötticher Magdeburg statt den zunehmend zu offener Obstruktion übergehenden Lohmann mit der Erstellung von Grundzügen zu einer neuen Unfallversicherungsvorlage beauftragt hatte.²⁴³ Lohmann, der bereits am 25. Juni seine baldige Entlassung vorausgesehen hatte,²⁴⁴ versuchte in einer weiteren Denkschrift vom 5. Juli,²⁴⁵ die von Magdeburg vorgeschlagene Organisation der Unfallversicherung als Verstoß gegen das Genossenschaftsprinzip der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881 zu diskreditieren,²⁴⁶ konnte damit allerdings nichts mehr erreichen, insbesondere nicht zu Bismarck vordringen, galten seine Pläne doch in den Augen der Vertrauten des bis Ende September arbeitsunfähigen Reichskanzlers als „höchst unpraktische Ideen“²⁴⁷, deren Lektüre sie dem kranken Mann ersparen wollten, zumal Bismarck seit der gescheiterten zweiten Unfallversicherungsvorlage von der Loyalität seiner Mitarbeiter Lohmann und Bosse²⁴⁸, die beide als Regierungskommissare an den Kommissionsberatungen teilgenommen hatten, wohl nicht mehr vollständig überzeugt war. Zwar glaubten Bismarcks Vertraute, Lohmann bliebe gar nichts anderes übrig, als schließlich einzulenken,²⁴⁹ doch sollten sie sich mit dieser Einschätzung irren.²⁵⁰ Am 27. September 1883 kam es gelegentlich eines Vier-Augen-Gesprächs über die Grundzüge der Unfallversicherung zum offenen Bruch zwischen Lohmann und Bismarck,²⁵¹ da sich beider Vorstellungen über die Organisation der Versicherung (Zwangsgenossenschaften, Umlageverfahren versus freiwillige Assoziationen, Arbeiterschutz, Arbeitermitbestimmung) als nicht vereinbar erwiesen. Lohmann schied daraufhin aus dem Bearbeiterkreis der Unfallversicherungsvorlage aus²⁵² und festigte im Folgenden sein Ansehen als einer der wichtigsten protestantischen Sozialreformer auf einem anderen Gebiet, nämlich dem der Inneren Mission. Nach ersten Aktivitäten in Göttingen und Hannover hatte Lohmann auch während seiner Tätigkeit in der preußischen Regierung vielfältige Erfahrungen gesammelt, u. a. als Präsident der „Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden“ (1876-1898) und als Mitglied der „Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden“ (1878-1898). Seit 1880 gehörte er dem „Central-

²⁴³ Vgl. ebd., 315; 322, FN 1; Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 690.

²⁴⁴ Lohmann in einem Brief an seinen Freund Ernst Friedrich Wyneken: „Schließlich werde ich hier doch wohl noch beseitigt werden; denn allen Unsinn in gehorsamstem Schweigen mitzumachen, dazu habe ich nicht das Zeug.“ (ebd., 322).

²⁴⁵ Abgedruckt in ebd., Nr. 99.

²⁴⁶ Vgl. ebd., 340. Die Sozialbotschaft hatte allerdings lediglich von der „Form kooperativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“ (StBRt V/1 [1881/82], 2/II) gesprochen.

²⁴⁷ Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 349.

²⁴⁸ Bosse war seit April 1881 Direktor im Reichsamt des Innern und damit direkter Vorgesetzter Lohmanns.

²⁴⁹ Bismarcks Schwiegersohn Kuno Graf zu Rantzau (1843-1917) am 18.08.1883 an seinen Schwager Herbert Graf von Bismarck (1849-1904): „Lohmann weiß, daß er nachgeben muß und wird sich wohl hüten, Schwierigkeiten zu machen.“ (Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 349).

²⁵⁰ Vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 688-691.

²⁵¹ Zum Bruch zwischen Bismarck und Lohmann vgl. Zitt: Korporative Selbsthilfe oder Staatsfürsorge; Dies.: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 204-212; Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 113; 114; 118-120; 122; 123; 127; 128. Lohmanns Vorgesetzter Bosse schrieb später über Lohmanns Abschied vom Unfallversicherungsgesetz: „Wenn er einmal der Überzeugung war, daß die Aufgabe im Sinne des Fürsten nicht zu lösen sei, so mußte er das, nachdem ihm der Fürst einmal den Mund geöffnet hatte, auch sagen. Und das hat er wie ein Christ und Mann getan. Leute, die ihm nicht das Wasser reichten, sagten hinterher, das sei ja doch selbstverständlich. Aber man mußte die gewaltige Persönlichkeit des Fürsten, die Art, wie die Menschen vor ihm im Staube krochen und die nur allzu verbreitete Furcht vor ihm kennen, um unter den besonderen Verhältnissen die Offenheit, mit der Lohmann damals dem Fürsten entgegengetreten ist, recht zu würdigen.“ (ebd., 377, FN 3).

²⁵² Lohmann arbeitete allerdings weiterhin an der Erstellung einer Vorlage für ein Alters- und Invalidenversicherungsgesetz mit.

Ausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche“ an und verfasste für diesen 1884 die bedeutende Denkschrift „Die Aufgaben der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“.²⁵³ Als „Garant für die gesetzgeberische Verwirklichung der antibismarckschen Pläne von Wilhelm II.“ (Florian Tennstedt)²⁵⁴ bekam Lohmann nach den kaiserlichen Februarerlassen von 1890²⁵⁵ noch einmal die Chance zu einem sozialpolitischen Engagement auf Regierungsebene. 1890 war er preußischer Delegierter auf der internationalen Arbeiterschutzkonferenz, die vom 15. bis 29. März in Berlin unter dem Vorsitz des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch (1843-1926) abgehalten wurde und an deren Vorbereitung Lohmann mitgewirkt hatte, kurz darauf arbeitete er die endlich substantielle Arbeiterschutzmaßnahmen beinhaltende Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891²⁵⁶ mit aus. Seit 1902 war Lohmann Vorsitzender des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“.²⁵⁷

Das Beispiel der Denkschrift Eduard von Magdeburgs²⁵⁸ hat bereits gezeigt, dass Lohmann schon vor seinem Ausscheiden aus dem Kreis der Bearbeiter der dritten Unfallversicherungsvorlage dort nicht mehr die Federführung innehatte. Nun kam es wie schon bei den anderen beiden Vorlagen zu einer zweigleisigen Erarbeitung des Gesetzentwurfs, diesmal allerdings ohne Beteiligung von Experten außerhalb der Ministerialbürokratie. Lohmanns Nachfolger waren Karl Gamp (1846-1918) aus dem preußischen Handelsministerium, der von Bismarck mit der Erarbeitung von Grundzügen zum Unfallversicherungsgesetz beauftragt wurde, sowie Magdeburg und Tonio Bödiker (1843-1907)²⁵⁹ aus dem Reichsamt des Innern, welcher Letzterer im September 1883 bereits mehrere Ausarbeitungen²⁶⁰ vorgelegt und sich dabei als Gegner des Lohmannschen Genossenschaftsmodells hervorgetan hatte.²⁶¹

Am 27. September erließ Bismarck Direktiven für die dritte Unfallversicherungsvorlage²⁶², welche Berufsgenossenschaften (auf der Basis von Berufs-, nicht mehr von Gefahrenklassen) auf Reichsebene mit regionalen Sektionen, einen Reichszuschuss in Form von Vorschüssen auf die später im Umlageverfahren beizutreibenden Versicherungsleistungen sowie eine Auf-

²⁵³ Abgedruckt in Brakelmann, Günter: Zwischen Widerstand und Mitverantwortung. Vier Studien zum Protestantismus in sozialen Konflikten (SWI ... außer der Reihe, 17), Bochum 1994, 133-146 (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, Nr. 46); zur Denkschrift vgl. Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 242-299; Brakelmann: Theodor Lohmann – ein protestantischer Sozialpolitiker aus der Inneren Mission; Otte: Den Ideen Gestalt geben, 36-55; Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 941-946; Kaiser: Protestantismus und Sozialpolitik, 98 ff.

²⁵⁴ Tennstedt: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat, 31.

²⁵⁵ Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck, 04.02.1890 (abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, Nr. 137); Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch und den preußischen Minister für öffentliche Arbeiten Albert von Maybach, 04.02.1890 (abgedruckt in ebd., Nr. 138).

²⁵⁶ Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (RGBl 1891, 261-290). Zu den arbeiterschutzpolitischen Aktivitäten ab 1890 vgl. Berlepsch: „Neuer Kurs“ im Kaiserreich?; Ders.: Konsensfähige Alternativen zu Bismarcks Modell sozialpolitischer Gestaltung, 72-81; Maute: Die Februarerlasse Kaiser Wilhelms II. und ihre gesetzliche Ausführung; Stolleis: Historische Grundlagen, 255-258; Schmitt: Der Arbeiterinnenschutz im deutschen Kaiserreich, 80-108.

²⁵⁷ Vgl. dazu Zitt: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 362-366

²⁵⁸ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 97.

²⁵⁹ Von Bödiker stammen auch einige Darstellungen über die Sozialversicherung: Die Unfall-Gesetzgebung der europäischen Staaten, Leipzig 1884; Die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten, Leipzig 1895; Die Reichs-Versicherungsgesetzgebung, Leipzig 1898.

²⁶⁰ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 103; 104.

²⁶¹ Vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 693 ff.

²⁶² Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 111.

sichtspflicht der Genossenschaften über die betrieblichen Einrichtungen zur Vermeidung von Arbeitsunfällen vorsahen. Gelegentlich des Treffens mit Lohmann am selben Tag hatte Bismarck zudem verlauten lassen, dass die berufsgenossenschaftliche Organisation der Unfallversicherung nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie aufgrund dieses Versicherungsvorhabens einzuführen sei, sondern solche korporativen Genossenschaften „nach und nach für alle produktiven Volksklassen“ geschaffen werden müssten, „damit man eine Grundlage für eine künftige Volksvertretung gewinne, welche anstatt oder neben dem Reichstage ein wesentlich mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung werde“.²⁶³

Wegen der fortdauernden Erkrankung Bismarcks verzögerte sich dessen Stellungnahme zu den Entwürfen Gamps und Bödikers zur neuen Unfallversicherungsvorlage bis zum 29. November 1883. Am 20. November hatte Bötticher die beiden Gesetzentwürfe,²⁶⁴ welche die von Bismarck vorgegebenen Direktiven umsetzten, ansonsten aber durchaus voneinander abwichen, dem Reichskanzler übermittelt. Dieser arbeitete die Vorlagen schnell und gründlich durch und erließ daraufhin als weitere Direktive²⁶⁵, die Versicherung und deren Institutionen zunächst vorsichtig und in beschränktem Rahmen einzuführen, um Spielräume für Änderungen offen zu halten, statt „sofort allgemeine und erschöpfende Institutionen ins Leben zu rufen“²⁶⁶, welche dann doch wieder nur im Reichstag scheitern. Am 29. November fand schließlich in Friedrichsruh eine Beratung Böttichers, Bödikers und Gamps mit Bismarck über die Grundsätze der neuen Unfallversicherungsvorlage statt, bei welcher Bismarck positiv zu dem in Bödikers Gesetzentwurf vorgesehenen Gedanken, Arbeiterausschüsse der Berufsgenossenschaften u. a. zur Mitwirkung in Schiedsgerichten und bei der Unfalluntersuchung zu bilden, Stellung bezog. Bödiker und Gamp arbeiteten fortan gemeinsam im Reichsamt des Innern an den Grundzügen der Vorlage, welche am 29. Dezember fertig gestellt wurden²⁶⁷ und folgende Bestimmungen enthielten: Zwangsversicherung, Berufsgenossenschaften auf Reichsebene, Umlageverfahren, 13-wöchige Karenzzeit, Reichsgarantie²⁶⁸ und Reichsversicherungsamt sowie die Bödikerschen Arbeiterausschüsse.²⁶⁹

Nachdem Anfang 1884 bereits eine weit gehend positive Aufnahme der veröffentlichten Grundzüge durch die Parteipresse konstatiert werden konnte, wurden dieselben im preußischen Volkswirtschaftsrat beraten, der zwar einige kleinere Änderungen durchsetzen konnte, nicht jedoch seine Ablehnung der geplanten Arbeiterausschüsse, gegen die sich auch der „Centralverband deutscher Industrieller“ und eine Konferenz elsass-lothringischer Industrieller²⁷⁰ aussprachen. Am 6. März 1884 lag die Endfassung der dritten Unfallversicherungsvorla-

²⁶³ Vgl. ebd., 375; 381 (hier auch Zitat [Bericht Lohmanns]). Mit Lohmanns Aussage stimmt eine Tagebuchnotiz Bosses vom 04.10.1883 überein: „Die Berufsgenossenschaften [...] können sehr wohl die Grundlage für eine spätere, politische Reform, für eine organische Vertretung aller realen Volkskräfte werden.“ (ebd., 377).

²⁶⁴ Abgedruckt in ebd., Nr. 125.

²⁶⁵ Abgedruckt in ebd., Nr. 126.

²⁶⁶ Ebd., 437.

²⁶⁷ Teilweise abgedruckt in ebd., Nr. 133.

²⁶⁸ Auf den Reichszuschuss wurde einstweilen verzichtet; aufgrund des Umlageverfahrens war jedoch nicht absehbar, welche Lasten künftig auf die Arbeitgeber, welche Versicherungsleistungen in voller Höhe finanzieren müssen, zukommen würden, weshalb Zuschüsse des Reichs nicht grundsätzlich und für alle Zeit ausgeschlossen werden (vgl. ebd., 467 f. [bemerkenswert sind in dieser Passage Übernahmen Lohmannscher Argumentationsmuster bis in die Wortwahl hinein]).

²⁶⁹ Vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 695 ff.

²⁷⁰ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 141; 142.

ge²⁷¹ vor und wurde dem Reichstag zugeleitet. In den 106 Paragraphen fanden sich keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Grundzügen.²⁷²

Am 13. März begann die erste Beratung der Vorlage im Reichstag, die sich über drei Sitzungen bis zum 15. März erstreckte. Auch wenn die Redner der Sozialdemokraten und der Linksliberalen dies bestritten, erkannten die Redner der übrigen Fraktionen die im Vergleich zur letzten Vorlage gemachten Fortschritte an. Daher zeichneten sich zunächst keine unüberwindlichen Konfliktpunkte zwischen den Ansichten der Parlamentarier und der Regierungsvorlage ab. Kritisiert wurden von einigen Abgeordneten lediglich der Ausschluss der privaten Versicherungsgesellschaften sowie das Umlageverfahren und der Verzicht auf freie Genossenschaften zugunsten von Zwangs-genossenschaften. Den letzten Tag der ersten Beratung eröffnete eine Rede Bismarcks, in welcher er das Gesetz verteidigte und diese dienstliche Pflichtübung zu Mutmaßungen über das baldige Verschwinden der politischen Parteien benutzte.²⁷³ Am Ende der ersten Beratung beschloss der Reichstag, den Gesetzentwurf an eine Kommission mit 28 Mitgliedern²⁷⁴ zu überweisen.²⁷⁵

Am 18. März konnte der stellvertretende bayerische Bundesratsbevollmächtigte Joseph Herrmann an seine Regierung berichten, dass eine Mehrheit aus Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum für das Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes in greifbare Nähe gerückt sei.²⁷⁶

Herrmann sollte Recht behalten, erklärte doch das so genannte Heidelberger Programm²⁷⁷ süddeutscher Nationalliberaler vom 23. März die Unterstützung der Bismarckschen Sozialpolitik, worin ihr ein nationalliberaler Parteitag am 18. Mai in Berlin folgte.²⁷⁸ Derart in Zugzwang gebracht, wollte und konnte auch das Zentrum nicht abseits stehen. In den Beratungen der VII. Kommission²⁷⁹ konnten sich zunächst die liberalen Versicherungsexperten in Szene setzen und Regierungskommissar Bötticher beispielsweise zu dem bemerkenswerten Geständnis verleiten, die geplante Unfallversicherung habe mit einer Versicherung lediglich den Namen gemein, die Aufgaben der Berufsgenossenschaften seien ansonsten eher mit denen der Gemein-

²⁷¹ StBRt/A V/4 (1884), Nr. 4 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 145).

²⁷² Vgl. Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 698 ff.

²⁷³ Vgl. StBRt V/4 (1884), 75/II; Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 539. Wie wenig ihm das gegenwärtige Repräsentativsystem zusagte, äußerte der Reichskanzler am 09.05.1884 vor dem Reichstag: „Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft [...] Ich habe nicht den Reichstag beleidigt; wenn ich etwas beleidigt habe, so wären das die Fraktionen. Aber auch die habe ich nicht beleidigt; ich habe nur gesagt, sie sind nicht erwünscht“ (StBRt V/4 [1884], 503/I).

²⁷⁴ Der VII. Kommission gehörten an: Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (Zentrum) (Vorsitzender), Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) (Berichterstatter), Heinrich Graf Adelmann von Adelmansfelden (Zentrum), Theodor Wilhelm Barth (LV/DFrP), Friedrich Böttcher (NLP), Franz Armand Buhl (NLP), Eduard Eberty (LV/DFrP), Arthur Eysoldt (DFP/DFrP), Arnold von Frege-Weltzin (DKP), Friedrich Balduin Freiherr von Gager (Zentrum), Ferdinand Graf von Galen (Zentrum, Neffe Kettelers), Egidius Gutfleisch (LV/DFrP), Wilhelm Freiherr von Hammerstein (DKP), Max Hirsch (DFP/DFrP), Albert Horn (Zentrum), Paul von Kulmiz (RFKP), Ludwig Loewe (DFP/DFrP), Arnold Lohren (RFKP), Helmuth Freiherr von Maltzahn (DKP), Heinrich Marquardsen (NLP), Christoph Moufang (Zentrum), Friedrich Hermann Müller (NLP), Anton Rée (DFP/DFrP), Heinrich von Schirmeister (LV/DFrP), Karl Schrader (LV/DFrP), Gerhard Stötzel (Zentrum), Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (Zentrum), Rudolf Wichmann (DKP) (vgl. StBRt/A V/4 [1884], 888/II). Seitens der Regierung nahmen an den Kommissionssitzungen u. a. Bötticher, Bödiker und Gamp teil (vgl. ebd., 858/I).

²⁷⁵ Vgl. StBRt V/4 (1884), 99/II.

²⁷⁶ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 543.

²⁷⁷ Abgedruckt in ebd., Nr. 151.

²⁷⁸ Vgl. ebd., 544, FN 2.

²⁷⁹ Vgl. ebd., Nr. 152; 153; 155-166; 168-173; 175-179.

den vergleichbar.²⁸⁰ Nachdem Bötticher in derselben Kommissionssitzung erklärt hatte, das Umlageverfahren und der Ausschluss privater Versicherungsgesellschaften seien für die Regierung unverzichtbare Bedingungen für das Zustandekommen des Gesetzes, die Kommission sich aber für die Möglichkeit einer privaten Rückversicherung sowie die Aufweichung des Umlageverfahrens durch einen obligatorischen Reservefonds in beträchtlicher Höhe ausgesprochen hatte,²⁸¹ war der Vorlage zwar ein etwas solideres versicherungstechnisches Gerüst eingezogen worden, dieselbe war damit aber für die Regierung unannehmbar geworden. Ein Scheitern auch des dritten Unfallversicherungsentwurfs verhinderte eine Übereinkunft zwischen Konservativen, Zentrumsfraktion und Regierung (der so genannte *klerikal-konservative Kompromiss*), welcher sich später die Nationalliberalen anschließen sollten. Eingeleitet wurde diese Verständigung anlässlich einer parlamentarischen Soiree am 10. Mai, in welcher Zentrumsführer Windthorst, der knapp drei Jahre vorher durch Ablehnung des damals zwischen Reichstag und Regierung vereinbarten Kompromisses in entscheidendem Maße zum Scheitern der ersten Unfallversicherungsvorlage beigetragen hatte, gegenüber Bismarck seine Billigung dessen sozialpolitischer Ziele, wofür zunächst die bereits verabschiedete Krankenversicherung sowie die Unfallversicherung standen, verkündete. Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zur Unfallversicherungsvorlage machte Windthorst indes vom Verzicht auf die Arbeiterausschüsse abhängig, um der Sozialdemokratie neben der Verwaltung der Krankenkassen²⁸² keine weitere organisatorische Hilfestellung zu leisten.²⁸³ Auf der Basis von Windthorsts Angebot stellte die VII. Kommission in ihren weiteren Beratungen die Regierungsvorlage im Wesentlichen wieder her und kam darüber hinaus mit dem Verzicht auf die Arbeiterausschüsse sowie der Einschränkung der Kompetenzen des Reichsversicherungsamtes (zugunsten von Landesversicherungsämtern) Forderungen des Zentrums entgegen.²⁸⁴

Damit war die Zustimmung zur Unfallversicherungsvorlage sehr wahrscheinlich, jedenfalls sah Bismarck sich bereits derart gestärkt, dass er aufgrund einer Eingabe des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ gegen einige Bestimmungen des Gesetzentwurfs²⁸⁵ vom 31. Mai bestimmte, „daß die Einwendungen der Industriellen nicht weiter zu berücksichtigen seien“.²⁸⁶ Am 16. Juni 1884 begann die zweite Beratung der Unfallversicherungsvorlage im Reichstag, die binnen einer Woche am 21. Juni erledigt werden konnte. Im Gegensatz zu 1881 erwies sich der klerikal-konservative Kompromiss als äußerst belastbar, sodass während der sechs Sitzungen der zweiten Lesung nur sechs kleinere Änderungen an der Kommissionsvorlage

²⁸⁰ Vgl. ebd., 563.

²⁸¹ Vgl. ebd., 563; 591 f.

²⁸² Die Verwaltung der Krankenkassen, zu denen die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlten und daher auch zu zwei Dritteln die Leitung der Kassen stellten, hatte sich in der Tat als willkommenes Betätigungsfeld für die ansonsten durch das Sozialistengesetz unterdrückte Sozialdemokratie erwiesen, wie beispielsweise Lujo Brentano berichtet: „Aber gerade die Bestimmung, wonach bei den offiziellen Kassen die Arbeitgeber die Hälfte dessen, was die Arbeiter zahlten, zuschießen mussten, hat dazu geführt, die Kassenverwaltung in die Hände der Arbeiter zu bringen. Zahlten die Arbeiter nämlich zwei, die Arbeitgeber nur ein Drittel der Beiträge, so wurden die ersteren auch zu zwei Dritteln, die Arbeitgeber aber nur zu einem Drittel an der Verwaltung beteiligt. Da die Sozialdemokraten in der Verwaltung der offiziellen Kassen den Ausschlag gaben, wandten sie sich ihnen nunmehr in Massen zu. Man kann sagen: die zur Vernichtung der Sozialdemokratie geschaffenen Kassen wurden zur ersten staatlichen Organisation der Sozialdemokraten.“ (Brentano: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?, 22).

²⁸³ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 577.

²⁸⁴ Vgl. ebd., Nr. 174-180; Tennstedt/Winter: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen“, 698-705.

²⁸⁵ Teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 181.

²⁸⁶ Ebd., 623, FN 1.

vorgenommen wurden,²⁸⁷ in der dritten Lesung am 27. Juni noch einmal 14 unbedeutende Änderungen,²⁸⁸ bevor das *Unfallversicherungsgesetz* am gleichen Tag ohne namentliche Abstimmung angenommen und am 6. Juli ausgefertigt wurde.²⁸⁹

Noch im selben Jahr nahm das Reichsversicherungsamt (dessen erster Präsident Bödiker wurde) als erste Zentralbehörde für die Sozialversicherung seine Tätigkeit als oberste Spruch-, Beschluss- und Aufsichtsinstanz auf. 1889 erhielt das Reichsversicherungsamt auch Kompetenzen in Sachen Invaliditäts- und Altersversicherung, 1913 wurden diese Befugnisse auch auf die Krankenversicherung ausgedehnt.²⁹⁰

3.2. Krankenversicherung (1882/83)

Wenn die Ausführungen zur Krankenversicherung im Vergleich zur Schilderung des Zustandekommens der Unfallversicherung relativ knapp ausfallen, so liegt das zum einen daran, dass das Krankenversicherungsgesetz bereits im ersten Anlauf vergleichsweise unproblematisch und rasch den Reichstag passierte, zum anderen aber auch an dem noch in der Vorbereitung befindlichen der Krankenversicherung gewidmeten Band der Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914.

Die Idee einer separaten Krankenversicherung geht auf Theodor Lohmanns Vorschläge zu den Grundzügen einer zweiten Unfallversicherungsvorlage vom 24. Oktober 1881²⁹¹ zurück. In seinen Direktiven vom 7. November 1881 zu den Prämissen der zweiten Unfallversicherungsvorlage²⁹² wies der Reichskanzler die von Lohmann vorgeschlagene 13-wöchige Karenzzeit zwischen Schadensereignis und Eintritt der Unfallversicherung, binnen derer die Krankenversicherung wirksam werden sollte, zwar erneut zurück, befürwortete nun aber eine Krankenversicherung zur Abdeckung der Karenzzeit der Unfallversicherung. In der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881 wurde ein Krankenkassengesetz erstmals explizit in der Öffentlichkeit angekündigt, allerdings auch hier als Anhängsel der Unfallversicherung: „Ergänzend wird ihm [dem Unfallversicherungsgesetz; PE] eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt.“²⁹³ Entgegen dieser allerhöchsten Ankündigung legte Bismarck bereits am 4. Dezember desselben Jahres die Inangriffnahme eines Krankenversicherungsgesetzes gleichwohl einstweilen auf Eis.²⁹⁴

Dennoch gelang es Lohmann die Weichen für ein eigenständiges Krankenversicherungsgesetz zu stellen, indem er während einer vorübergehenden krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit Bismarcks im April 1882 die vom preußischen Volkswirtschaftsrat vorgeschlagene 13-wöchige Karenzzeit der Unfallversicherung – binnen derer die Krankenversicherung wirksam

²⁸⁷ Vgl. StBRt/A V/4 (1884), Nr. 157.

²⁸⁸ Vgl. ebd., Nr. 186.

²⁸⁹ Zur Durchführung des Unfallversicherungsgesetzes vgl. Tennstedt: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 337-340; Borgh: Zur Frage der Bewährung der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung; Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat, 657 f.; Ritter: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, 50 f.; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 348 ff.

²⁹⁰ Vgl. Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, 83.

²⁹¹ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 14.

²⁹² Abgedruckt in ebd., Nr. 17.

²⁹³ StBRt V/1 (1881/82), 2/II.

²⁹⁴ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 36 f., FN 8.

werden sollte – in die Gesetzesvorlage übernahm, parallel dazu eine Krankenversicherungsvorlage erarbeitete und beide Gesetze nahezu gleichzeitig dem Reichstag zuleiten ließ, nachdem sie das preußische Staatsministerium sowie den Bundesrat passiert hatten.

Die am 8. April 1882 fertig gestellte und am 29. April dem Reichstag übermittelte Krankenversicherungsvorlage²⁹⁵ enthielt folgende grundlegende Bestimmungen: Alle im Bergbau, in Fabriken und auf dem Bau beschäftigten Arbeiter (auf Anordnung der Gemeinde oder der höheren Verwaltungsbehörde auch Land- und Forstarbeiter) sind gegen das Krankheitsrisiko zu versichern. Die Gemeinde- oder Ortskrankenkasse,²⁹⁶ die Fabrik-, Bau- oder Innungskrankenkasse bzw. die Knappschafts- oder freie Kasse²⁹⁷ sollte im Krankheitsfall nach einer viertägigen Karenzzeit (entfällt bei Arbeitsunfällen) für maximal 13 Wochen die Arzt- und Arzneikosten übernehmen sowie ein Krankengeld in Höhe des halben ortsüblichen Tagelohns leisten oder alternativ dazu die Behandlung und Verpflegung im Krankenhaus bezahlen. Die Versicherungsbeiträge sollten zu zwei Dritteln vom Arbeiter, zu einem Drittel vom Arbeitgeber gezahlt werden. Für alle Kassen galt das Kostendeckungsprinzip mit Vorschusspflicht von Gemeinden (Gemeinde- und Ortskrankenkassen) bzw. Arbeitgebern (Fabrik- und Baukrankenkassen) für den Fall nicht ausreichender Kassenbestände.²⁹⁸

Als am 15. Mai 1882 die erste Lesung des Kranken- und des Unfallversicherungsgesetzes begann, konzentrierten sich die Redner in erster Linie auf Kommentare zur Unfallversicherungsvorlage, während an der Krankenversicherungsvorlage lediglich von sozialdemokratischer Seite die Zahlung von Arbeitgeberbeiträgen kritisiert wurde, aus welcher eine Beteiligung der Arbeitgeber an der Kassenverwaltung erwachse.²⁹⁹

Die VIII. Kommission,³⁰⁰ die sich die Beratung der Kranken- wie der (zweiten) Unfallversicherungsvorlage zur Aufgabe gesetzt hatte, konnte angesichts der fortgeschrittenen Session lediglich der Krankenversicherungsentwurf bis zum Ende durchberaten, dagegen blieb die Vorlage zum Unfallversicherungsgesetz, wie bereits angeführt wurde, bis zum Schluss der Session unerledigt. Obwohl die Krankenversicherung ursprünglich lediglich als Ergänzung zur Unfallversicherung konzipiert war, erklärte Bismarck am 9. Januar 1883, er werde das Krankenversicherungsgesetz auch ohne Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes akzeptieren.³⁰¹ Damit waren die Chancen auf ein Zustandekommen wenigstens des Krankenversicherungsgesetzes erheblich gestiegen, dennoch dauerte es noch dreieinhalb Monate, bis nach Vor-

²⁹⁵ StBRt/A V/2 (1882/83), Nr. 14.

²⁹⁶ Während die Gemeindekrankenkasse für alle versicherungspflichtigen Arbeiter der Kommune zuständig ist, sind Ortskrankenkassen in der Regel auf einzelne Berufsgruppen spezialisiert (zum System der Ortskrankenkassen am Beispiel Berlins vgl. Freund: Das berufsgenossenschaftliche Prinzip im Krankenversicherungsgesetze unter besonderer Berücksichtigung der Kassenorganisation im Stadtbezirke Berlin).

²⁹⁷ Eingeschriebene und freie Hilfskassen sollten dann als Ersatzkassen, deren Mitglieder von der Beitragspflicht zu einer der übrigen Kassentypen befreit sind, anerkannt werden, wenn sie mindestens all jene Leistungen erbringen, die laut Gesetzentwurf vorgeschrieben sind. Der Arbeitgeberanteil entfiel bei diesen Kassen. Zum Fortbestand der Knappschaftskassen unter der Sozialversicherung vgl. Boyer: Unfallversicherung und Unternehmer im Bergbau.

²⁹⁸ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 99.

²⁹⁹ Vgl. StBRt V/2 (1882/83), 215/II. Ein weiterer entschiedener Gegner des Arbeitgeberbeitrags war der Anwalt der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Max Hirsch (DFP), der wohl um die Attraktivität der Gewerkvereinskassen fürchtete. Diese würden zwar als Ersatzkassen entsprechend des Krankenversicherungsgesetzes anerkannt werden können (falls sie die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen erbringen), hätten jedoch bei Zahlung eines Arbeitgeberbeitrags zu allen anderen Kassen einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil.

³⁰⁰ Zu den Kommissionsmitgliedern vgl. FN 228.

³⁰¹ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 275.

lage des Kommissionsberichts³⁰² die zweite Lesung des Krankenversicherungsentwurfs beginnen konnte.

Die VIII. Kommission hatte die Gesetzesvorlage in vielen, allerdings nicht in gravierenden Punkten geändert, zu nennen wären die generelle Versicherungspflicht für Land- und Forstarbeiter (die allerdings von der jeweiligen Kommune sistiert werden konnte), die Abschaffung der viertägigen Karenzzeit sowie die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.

Die zweite Lesung erstreckte sich vom 19. bis zum 30. April über neun Sitzungen, die dritte Lesung vom 22. bis 31. Mai über sechs Sitzungen, woran sich bereits ablesen lässt, dass die wenigen kritischen Kommentare der ersten Lesung durchaus nicht als Einverständniserklärung des Parlamentes gewertet werden können und dass sich nicht nur über die Hauptprobleme trefflich streiten ließ. Als solche erwiesen sich die mögliche Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter, die Arbeitgeberbeiträge sowie die Stellung der eingeschriebenen und freien Hilfskassen zum Gesetz.

Insgesamt kam es durch die Beratungen der zweiten Lesung nur zu etwa einem Dutzend kleineren Veränderungen am Kommissionsvorschlag.³⁰³ In dritter Lesung wurde dagegen nach heftiger Diskussion durch einen gemeinsamen Vorstoß einiger Abgeordneter der Zentrumsfraktion und der Deutschkonservativen³⁰⁴ die grundsätzliche Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter wieder entfernt und damit die Regierungsvorlage wiederhergestellt, welche indes die Erklärung einer Versicherungspflicht für diese Gruppe auf Beschluss der Kommune bereits vorgesehen hatte.

Am 31. Mai wurde das Gesetz mit 216 gegen 99 Stimmen angenommen, dabei erhielt es die überwiegende Mehrzahl der Stimmen aus den Reihen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen. Ausgefertigt wurde das *Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter*, am 15. Juni 1883.³⁰⁵ Es trat am 1. Dezember 1883 (kommunale Beschlüsse über Versicherungspflicht, zur Abwicklung der Versicherung nötige Institutionen) bzw. 1. Januar 1884 (übrige Bestimmungen) in Kraft.³⁰⁶

³⁰² StBRt/A V/2 (1882/83), Nr. 211.

³⁰³ Vgl. StBRt/A V/2 (1882/83), Nr. 286.

³⁰⁴ Antrag Hertling/Minnigerode/Uhden (StBRt/A V/2 [1882/83], Nr. 299). Der Zentrumsführer Ludwig Windthorst hatte am 23.05.1883 erklärt, bei Ablehnung dieses Antrags könne das Gesetz mit den (zu seinem Zustandekommen unverzichtbaren) Stimmen der Zentrumsfraktion nicht rechnen (vgl. StBRt V/2 [1882/83], 2496/I); Lohmann blieb daraufhin nicht anderes übrig, als das Einverständnis der verbündeten Regierungen mit diesem Antrag zu bekunden (vgl. ebd., 2502/II).

³⁰⁵ Die Ausfertigung des Gesetzes ging, wie Lujo Brentano berichtet, nicht problemlos vonstatten: „Der von der Regierung im Reichstag eingebrachte Entwurf eines neuen Krankenkassengesetzes sah den Wegfall der Hilfskassen vor [hier irrt Brentano; PE]. Darauf wollte der Reichstag nicht eingehen. Ohne die eigentlichen Absichten bei der erstrebten Unterdrückung der freien Kassen zu durchschauen, meinte er, es liege kein Grund vor, die Kassen, die sich bisher ganz brav gehalten hätten, zu unterdrücken. Sie blieben also am Leben, und ebenso blieb es bei der alten Bestimmung, daß die Zugehörigkeit zu freien Kassen vom Beitrittszwang zu offiziellen Kassen entbinde. Es ist aber bezeichnend, daß Bismarck ebendeshalb zuerst sich weigerte, das so beschlossene Krankenkassengesetz zu kontrasignieren. Lasker, der Führer der damaligen Reichstagsmehrheit, hat mir ausführlich erzählt, wie es stundenlanger, eindringlicher Vorstellungen bedurft hätte, um Bismarck zum Nachgeben zu bewegen. Nur der Hinweis darauf, daß die Arbeiter mit Rücksicht auf ihre geringeren Beiträge zu den offiziellen Kassen sich von den freien abwenden würden, hat Bismarck schließlich zur Unterzeichnung des Gesetzes in der Fassung des Reichstags veranlaßt.“ (Brentano: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen?, 21 f.). Die freien Hilfskassen nahmen entgegen Laskers Prophezeiung nach Inkrafttreten des Gesetzes zunächst einen ungeahnten Aufschwung, verloren aber nach 1895 entscheidend an Gewicht, sodass sich die Ortskrankenkassen mehr und mehr zum Normaltyp entwickelten und bereits 1900 mehr als die Hälfte der Versicherten betreuten (vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 347).

³⁰⁶ Zur Durchführung und zu den Auswirkungen des Krankenversicherungsgesetzes vgl. Tennstedt: Die Errichtung von Krankenkassen in deutschen Städten nach dem Gesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15.

3.3. Invaliditäts- und Altersversicherung (1888/89)

Wie im Abschnitt 2.1. gezeigt wurde, war aus dem Wunsch einer Absicherung gegen die Folgen von Invalidität und Alter der erste Anstoß zur Einführung der Sozialversicherung entstanden. Zwar hatten diese Vorstöße zunächst nicht zum Erfolg geführt, dennoch war die Idee einer Alters- oder Invaliditätsversicherung nie von der Agenda verschwunden, wie sich insbesondere auch an der Vorgeschichte der Unfallversicherung ablesen lässt.³⁰⁷

Nachdem sich die Verbindung des Tabakmonopols mit einer anzustrebenden Alters- und Invalidenversicherung spätestens seit der für die Regierungsparteien verheerenden Reichstagswahl vom 27. Oktober 1881 als Flop erwiesen hatte, war zwar auch in der kurz danach verkündeten Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November desselben Jahres dieser Teil des Versicherungsprojektes nicht vollständig ausgespart, allerdings wurden vor allem die Schwierigkeiten seiner Realisierung betont:

Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.³⁰⁸

Juni 1883; Ders.: Die Selbstverwaltung der Krankenkassen im deutschen Kaiserreich; Ders.: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 315-335; Lewald: Die praktische Durchführung des deutschen Krankenversicherungsgesetzes von 1883; Freund: Das berufsgenossenschaftliche Prinzip im Krankenversicherungsgesetze unter besonderer Berücksichtigung der Kassenorganisation im Stadtbezirke Berlin; Eichenhofer: Die Sozialversicherung – Hinterlassenschaft Bismarcks, 23 ff.; Stolleis: Hundert Jahre Gesetzliche Krankenversicherung, 613 f.; 617; Ritter: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, 48 ff.; Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat, 650-655; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 346 ff.

³⁰⁷ Vgl. etwa die Aussage Bismarcks in einem Gespräch mit dem bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering (1843-1925) anlässlich dessen Antrittsbesuchs in Friedrichsruh am 10./11.12.1880 (Schilderung Lerchenfeld-Koeferings): „Ein Anfang eines gesunden Staatssozialismus sei mit den Gesetzen im Betr. der Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle [...] gemacht. Man könne aber auf diesem Weg weitergehen. – So würde die Einführung staatlicher Altersversorgungskassen hierin von großer Bedeutung sein. Es habe ihn immer frappiert, was ein schlecht bezahlter Beamter nur wegen einigen hundert Mark Pension sich von seinen Vorgesetzten gefallen ließe [...]. Das erkläre sich nur aus dem hohen Wert, den jeder Mensch auf eine gesicherte Zukunft lege. – Durch die Altersversorgung könne man aber eben den Arbeiter in eine ähnliche Lage wie den Beamten versetzen. Man könne ihn an der Existenz und dem Wohl des Staates interessieren.“ (Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 598 f.). In ähnlicher Weise äußerte sich Bismarck gegenüber Christoph Tiedemann (1836-1907), dem Chef der Reichskanzlei (und Informant Louis Baares), am 12.12.1880: „Es ist zu erwägen, ob nicht die Reichsversicherung allen Besitzlosen a) für Unfall, b) für Altersinvalidität zugänglich zu machen sei. Allen freiwillig sich Versichernden müßte dann das Benefizium eines Staatszuschusses zuteil werden. Ein staatssozialistischer Gedanke! [...] Die sozialpolitische Bedeutung einer allgemeinen Versicherung der Besitzlosen wäre unermesslich. Das Tabaksmonopol kann 100 Mill. bringen, und diese Summe würde hinreichen, in der großen Masse der Besitzlosen die konservative Gesinnung zu erzeugen, welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt.“ (ebd., Bd. 2, 402 f.). Sogar in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage findet sich ein Hinweis auf die „Einführung einer allgemeinen Invaliden-, Wittwen- und Waisenversorgung“ (StBRt/A IV/4 [1881], 228/II). Auch bei der Erarbeitung der zweiten Unfallversicherungsvorlage dachte Bismarck immer auch bereits an die Alters- und Invalidenversicherung, wie ein Erlass an Bötticher vom 10.10.1881 zeigt: „Daß in der Herstellung der Berufsstatistik [...] eine Verzögerung eingetreten ist, bedaure ich, denn wir werden [...] ohne eine solche mit der Altersversorgung gar nicht vorgehen können“ (Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, 27).

³⁰⁸ StBRt V/1 (1881/82), 2/II.

Auch wenn ein weiterer Vorstoß Karl Ferdinand Stumms³⁰⁹ scheiterte, verschwand die Alters- und Invalidenversicherung trotzdem nie von der Agenda der vom Reichsamt des Innern angestrebten Gesetzesvorhaben, aus den Jahren 1883 bis 1887 datieren wichtige Vorarbeiten von Bödiker, Lohmann, Bötticher, Bosse sowie Erich von Woedtke (1847-1902), Geheimer Regierungsrat im Reichsamt des Innern.³¹⁰ Da sich die Vorlage eines Gesetzentwurfs immer weiter verzögerte, wofür einerseits die Arbeitsbelastung und der Gesundheitszustand Bismarcks, andererseits wohl auch die einem Gesetzentwurf mit Reichszuschuss ablehnend gegenüberstehende Reichstagsmehrheit verantwortlich gewesen sein dürfte, galt es inzwischen bereits als ausgemacht, dass lediglich eine Vorlage zur Invalidenversicherung eingebracht werden würde,³¹¹ als am 6. Juli 1887 dann doch Grundzüge zu einer Alters- und Invalidenversicherung³¹² fertig gestellt und dem preußischen Staatsministerium sowie den Bundesregierungen vorgelegt wurden. Sie enthielten folgende Bestimmungen, von denen sich fast alle auch im später verabschiedeten Gesetz wiederfinden würden: Versicherungszwang für Arbeiter und Angestellte bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Mark, Renten ab dem 70. Lebensjahr bzw. bei Invalidität, Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger, Kapitaldeckungsverfahren, jeweils hälftige Beitragszahlung durch Arbeiter und Arbeitgeber zuzüglich eines Reichszuschusses in Höhe eines Drittels der auszahlenden Renten.

Aus dem preußischen Staatsministerium und den Bundesregierungen wurden gewichtige Einwände gegen die Grundzüge erhoben,³¹³ u. a. gegen die Einbeziehung der Landarbeiter und das Missverhältnis zwischen hohen Beiträgen und niedriger Rente insbesondere bei der Altersversicherung. Die Bedenken der Bundesstaaten richteten sich in erster Linie gegen die Altersversicherung und gegen die berufsgenossenschaftliche Organisation, sie favorisierten vielmehr staatliche Anstalten auf Landesebene. Grundsätzliche Bedenken gegen eine beitragsfinanzierte Alters- und Invalidenversicherung hegte der Reichskanzler,³¹⁴ ihm schwebte vielmehr eine vollständige Finanzierung durch das Reich vor, wodurch die invaliden und alten Arbeiter quasi zu „Staatsrentnern“ geworden wären. Bismarck wusste allerdings um die Gegnerschaft des Reichstags³¹⁵ und unternahm nach dem Scheitern des Tabakmonopols keinen

³⁰⁹ Am 05.10.1882 hatte Stumm noch einmal einen Versuch zur Beschleunigung einer gesetzlichen Regelung der Alters- und Invalidenversorgung unternommen, indem er ein entsprechendes Votum des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie“ veranlasste und am 25.11. an den Reichstag, in dem Stumm zwischen Oktober 1881 und März 1889 nicht vertreten war, weiterleitete (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 72): „Die allgemeine Regelung der Invaliden- und Altersversorgung ist das dringendste Bedürfnis der den beiden Gesetzentwürfen unterworfenen Arbeiterkreise, sie muß sich deshalb unmittelbar an die Kranken- und Unfallversicherung anschließen, wenn der Zweck der letzteren, eine erhebliche Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, herbeizuführen, erreicht werden soll.“ (ebd., 265).

³¹⁰ Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 17; 18; 20; 25-27; 30; 32.

³¹¹ Vgl. ebd., 164; Haerendel: *Regierungen, Reichstag und Rentenversicherung*, 51. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Vorstellung von einem arbeitsfreien Alter damals alles andere als selbstverständlich war, die Altersversicherung daher in weiten (insbesondere agrarischen) Bevölkerungskreisen als überflüssig empfunden wurde (vgl. Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1, 340).

³¹² Teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 37.

³¹³ Vgl. ebd., Nr. 38; 40; 41; 45-47; 50.

³¹⁴ Vgl. ebd., Nr. 42; 43.

³¹⁵ Vgl. etwa folgende Aussagen von Abgeordneten fast aller Fraktionen: Wilhelm Oechelhäuser (NLP), 1887: „Da der Gedanke wohl als ausgeschlossen gelten darf, die alten und arbeitsunfähigen Arbeiter zu Staatspensionären machen zu wollen, so liegt es auf der Hand, wie die Aufbringung des größten Theiles der für diese große Aufgabe erforderlichen Mittel von den Arbeitgebern erwartet werden muß“ (Oechelhäuser: *Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber*, 52 f.); Karl Schrader (DFrP), 07.12.1888: „[...] man macht, wie es die Sozialdemokraten wollen, einen jeden Arbeiter wie den Beamten zum Staatspensionär.“ (StBrT VII/4 [1888/89], 191/I); Georg Biehl (Zentrum), 30.03.1889: „Der Handwerker will Schutz in seinem Geschäft, keine Staatspension.“ (ebd., 1138/I); Arnold Loh-

Versuch mehr, mittels dieses neuen Sozialversicherungsgesetzes inklusive Reichszuschuss eine Steuerreform zugunsten des Reichs durchzusetzen,³¹⁶ und griff darum wohl auch nicht direkt in die Erstellung der Gesetzesvorlage ein.³¹⁷

Bis zum 9. November wurden revidierte Grundzüge erstellt,³¹⁸ welche acht Tage später, am sechsten Jahrestag der Kaiserlichen Sozialbotschaft, der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Von den skizzierten Einwendungen wurde lediglich die gegen die niedrige Altersrente berücksichtigt, welche nunmehr immerhin auf das Niveau der Mindestinvalidenrente angehoben wurde, wodurch sich allerdings nichts am grundsätzlichen Zuschusscharakter der Invaliditäts- und Altersrenten änderte.³¹⁹

Die Grundzüge erfuhren eine lebhafte Diskussion, z. B. im Ausschuss des „Verbandes der Berufsgenossenschaften“ (für Ausdehnung auf Witwen- und Waisenversorgung, gegen Kapitaldeckungsverfahren),³²⁰ im „Centralverband deutscher Industrieller“ (gegen berufsgenossenschaftliche Organisation, für Reichsanstalt und Umlageverfahren) und weiteren Industriellenverbänden,³²¹ in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen (gegen Zwangsversicherung),³²² im preußischen Volkswirtschaftsrat (für Befreiung vorübergehend beschäftigter Arbeiter vom Versicherungszwang),³²³ der damit im Übrigen seine Tätigkeit einstellte,³²⁴ und nicht zuletzt in der Presse.³²⁵ Die Regierungsvorlage³²⁶ wurde ohne weitere grundlegende Veränderung am 15. April 1888 dem Bundesrat zugeleitet, nachdem Bismarck am 4. April 1888 den neuen Kaiser Friedrich III. über die Grundzüge des geplanten Gesetzes informiert hatte.³²⁷

ren (RFKP), 22.05.1889: „Ich will diesen Staatskommunismus nicht ins Ungemessene mitmachen [...]; ich will kein klagbares Recht auf Staatsrente für alte Bürger. Denn wenn in diesem Gesetz das klagbare Recht konstituiert ist, dann kann man den Staatskommunismus nicht mehr aufhalten. Gibt man ein solches Recht den Sozialdemokraten einmal in die Hand, dann kann man nie mehr rückwärts, dann ist man verloren.“ (ebd., 1934/I).

316 Der freikonservative Politiker und damalige preußische Landwirtschaftsminister Robert Lucius (1835-1914) berichtet in seinen Erinnerungen: „Das Altersversorgungsgesetz sollte als Schwimmer für das Monopol dienen, um dieses vor dem Stranden zu bewahren.“ Ähnlich hatte sich Bismarck am 15.08.1881 in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums geäußert (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 1, 630 [hier auch Zitat]).

317 Haerendel: *Regierungen, Reichstag und Rentenversicherung*, 52 ff.

318 Teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 51.

319 Vgl. dazu Göckenjan/Hans: *Der lange Weg zum Ruhestand*, 727 ff. Die Autoren weisen zu Recht darauf hin, dass die dürftigen Renten aus der Invaliditäts- und Altersversicherung zwar oft kritisiert wurden, doch hat nicht einmal die Sozialdemokratie das Modell eines Lebensfeierabends propagiert.

320 Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 53. Zur bis heute andauernden Kontroverse um das Kapitaldeckungsverfahren versus Umlageverfahren vgl. Manow: *Kapitaldeckung oder Umlage: Zur Geschichte einer anhaltenden Debatte. Zur Frage der Einbeziehung der Witwen- und Waisenversicherung in die Alters- und Invalidenversicherung* vgl. Ellerkamp: *Die Frage der Witwen und Waisen* 191-198.

321 Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 54; 82; Hirsch: *Bericht über die Verhandlungen der industriellen Vereine*; Sering: *Bericht über das Gutachten eines Kölner Industriellen*.

322 Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 55.

323 Vgl. ebd., Nr. 58; 59; Laves: *Die Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung im preußischen Volkswirtschaftsrath*.

324 Vgl. Haerendel: *Regierungen, Reichstag und Rentenversicherung*, 56 ff.

325 Vgl. etwa Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 61; 70; 71. Allein in Schmollers *Jahrbuch* (*Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*) erschienen 1888/89 elf Beiträge über das geplante Versicherungsprojekt.

326 Abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Anhang A, Nr. 1.

327 Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 67. Friedrich III. hatte am 12.03.1888 in einem Erlass an Bismarck (abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 1, Nr. 79) leise Zweifel am staatssozialistischen Kurs geäußert: „Einig mit den Anschauungen Meines kaiserlichen Vaters, werde Ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Mißstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staats allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.“ (ebd., 330).

Der Bundesrat widmete der Gesetzesvorlage ausführliche Beratungen in seinen Ausschüssen sowie in einer eigens für diesen Zweck gebildeten Subkommission, in welcher Theodor Lohmann Preußen vertrat. Diese Bundesratsgremien, deren Arbeit entscheidend vom bayerischen Oberregierungsrat und stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann (1845-1926) geprägt wurde, nahmen wichtige Veränderungen am Regierungsentwurf vor, insbesondere setzte eine Koalition von Mittelstaaten unter der Führung Bayerns, Badens, Württembergs und Sachsens den Verzicht auf die berufsständische Organisation zugunsten von Landesversicherungsanstalten durch. Durch die Bundesratsberatungen wurde außerdem die bislang vorgesehene Einheitsrente durch eine stärker individualisierte Variante auf der Basis des ortsüblichen Tagelohns (Ortsklassen) ersetzt.³²⁸

Am 22. November 1888 wurde der vom Bundesrat autorisierte Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung,³²⁹ im Reichstag eingebracht, gleich am Anfang seiner Begründung findet sich erneut ein Verweis auf die Kaiserliche Sozialbotschaft vom 17. November 1881.³³⁰ Nachdem der nunmehrige Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede zur Eröffnung der vierten Session des siebenten Reichstags an ebenjenem 22. November 1888 der Diskussion bereits wichtige Impulse gegeben hatte,³³¹ begann der Reichstag, seit den Septennatswahlen vom Februar 1887 von einer der Regierungspolitik gewogenen Mehrheit aus Konservativen und Nationalliberalen dominiert,³³² am 6. Dezember 1888 mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, die sich über drei Sitzungen bis zum 10. Dezember erstreckte. Sie wurde von Bötticher mit einer Werbung für den Gesetzentwurf eröffnet,³³³ anschließend wurde von den Abgeordneten viel Kritik geäußert, vor allem an der Organisation, an der Verteilung der Beiträge, der niedrigen Rente, am Kapitaldeckungsverfahren sowie am Reichszuschuss. Daneben wurde aber auch Zustimmung signalisiert, vor allem von Rednern der Nationalliberalen, der

³²⁸ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 68; Haerendel: Regierungen, Reichstag und Rentenversicherung, 58-62. Zu den Bundesratsberatungen vgl. auch Rückert: Entstehung und Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 7 f.; Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 72-80; 83-87.

³²⁹ StBRt/A VII/4 (1888/89), Nr. 10 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 89).

³³⁰ Vgl. StBRt/A VII/4 (1888/89), 49/I.

³³¹ „Als ein theures Vermächtniß Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters habe Ich die Aufgabe übernommen, die von Ihm begonnene sozialpolitische Gesetzgebung fortzuführen. Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Noth der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen; aber Ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Bethätigung der auf dem Boden des Christenthums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer auf staatliches Gebot gestützten durchgreifenden Versicherung der Arbeiter gegen die Gefahren des Alters und der Invalidität entgegenstellen, sind groß, aber mit Gottes Hilfe nicht unüberwindlich. Als die Frucht umfänglicher Vorarbeiten wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag bringt.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 2/I f.).

³³² 1886 war Bismarck mit der Forderung nach dem so genannten *Septennat*, der Bewilligung einer massiven Erhöhung der Militärausgaben für die Dauer von (mindestens) sieben Jahren, an den Reichstag herangetreten, was dieser am 14.01.1887 erwartungsgemäß abgelehnt und dem Reichskanzler damit die Handhabe gegeben hatte, noch am selben Tag die Auflösung des Reichstags zu veranlassen. Nach dem darauf folgenden kurzen, von Kriegshysterie geprägten Septennatswahlkampf erreichte das so genannte *Kartell* aus Nationalliberalen, Deutsch- und Freikonservativen in den Wahlen vom 21.02.1887 die absolute Mehrheit von 220 der 397 Stimmen (vgl. Bendikat: Die Außenpolitik als Wahlkampfthema; Engelberg: Bismarck [1990], 392-403; Gall: Bismarck, 781). Am Beispiel der Alters- und Invalidenversicherungsvorlage wird indes gut deutlich, dass sich die stabile Regierungsmehrheit im Kartellreichstag nicht selbstverständlich abrufen ließ, da es in allen Fraktionen Abweichler von der Mehrheitslinie gab, die ihrer Meinung auch bei der Schlussabstimmung Ausdruck gaben.

³³³ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 139/II-145/II.

Konservativen und des Zentrums. Zum Ende der ersten Beratung wurde die Vorlage in eine Kommission mit 28 Mitgliedern³³⁴ überwiesen.³³⁵

Diese VI. Kommission tagte in 41. Sitzungen zwischen dem 11. Januar und 26. März³³⁶ und nahm umfangreiche Änderungen an der Vorlage vor,³³⁷ allerdings nicht an deren Basis, zumal wichtige Änderungen der ersten Lesung der Vorlage in der Kommission in der zweiten Lesung nach informeller Verständigung zwischen Regierung und Kartellfraktionen/Zentrumsfraktion wieder rückgängig gemacht wurden. Zwei Änderungen sollen aber dennoch erwähnt werden: Die Kommission begrenzte den Reichszuschuss auf 50 Mark pro Rente und Jahr und verwarf das als Basis für Beitragsbemessung und Rentenberechnung vorgesehene Ortsklassensystem, indem sie es durch ein Lohnklassensystem ersetzte, das sich allerdings nicht am tatsächlich bezogenen Lohn, sondern am für die entsprechende Arbeiterkategorie errechneten Durchschnittslohn orientierte.³³⁸

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs in der Fassung der VI. Kommission begann am 29. März und erstreckte sich über nicht weniger als 18 Sitzungen bis zum 11. Mai. Gleich zu Beginn machte der Zentrumsabgeordnete und spätere Reichskanzler Georg Freiherr von Hertling (1843-1919), der nicht an den Kommissionsberatungen teilgenommen hatte, die ablehnende Haltung der Zentrumsmehrheit gegenüber dem Gesetzentwurf, insbesondere gegenüber dem Reichszuschuss und dem großen Versichertenkreis deutlich,³³⁹ womit die Zustimmung zum Gesetz mehr als fraglich war, stellten doch im Laufe der Beratung mehrere konservative Abgeordnete klar, dass sie die Bedenken Hertlings teilten.³⁴⁰ Da sich also die Kartellmehrheit nicht ohne Weiteres für das Gesetz würde mobilisieren lassen, wurde während der zweiten und dritten Beratung um jede Einzelheit und jede Stimme gerungen, weshalb das Gesetz am Ende recht kompliziert geriet, gleichzeitig aber auch einen bemerkenswerten Kompromiss zwischen Regierung, Bundesrat und Reichstag darstellte.

³³⁴ Der VI. Kommission gehörten an: Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (Zentrum) (Vorsitzender), Otto Freiherr von Manteuffel (DKP) (Berichterstatter), Heinrich Graf Adelman von Adelmansfelden (Zentrum), Franz Armand Buhl (NLP), Engelbert Buxbaum (Zentrum), Hans Delbrück (RFKP), Hermann Delius (DKP), Christian Dieden (Zentrum), Otto Duvigneau (NLP), Heinrich Freiherr von Friesen (DKP), Friedrich Balduin Freiherr von Gagern (Zentrum), Hermann Gebhard (NLP), Paul Friedrich Geibel (NLP), Oscar Hahn (DKP), Franz Hitze (Zentrum), Kurt Merbach (RFKP), Georg Waldemar Müller (RFKP), Albert Niethammer (NLP), Wilhelm Oechelhäuser (NLP), Felix Porsch (Zentrum), Heinrich Rickert (DFrP), Siegfried von Saldern (DKP), Reinhart Schmidt (DFrP), Karl Schrader (DFrP), Gerhard Stötzel (Zentrum), Gustav Struckmann (NLP), Ludwig Veiel (NLP), Rudolf Wichmann (DKP) (vgl. StBRt/A VII/4 [1888/89], 988; zu den ausgeschiedenen Kommissionsmitgliedern vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, 455 f.). Seitens der Regierung nahmen an den Kommissions-sitzungen u. a. Bosse, Bötticher, Lohmann und Woedtke teil (vgl. StBRt/A VII/4 [1888/89], 895/I).

³³⁵ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 230/II.

³³⁶ Vgl. dazu Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 95-102; 115-117; 145.

³³⁷ Zu den Einzelheiten vgl. ebd., Nr. 89.

³³⁸ Vgl. Haerendel: Regierungen, Reichstag und Rentenversicherung, 62-67.

³³⁹ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 1090/I-1093/II.

³⁴⁰ Z. B. Julius Graf von Mirbach (DKP) (vgl. ebd., 1335/II f.), Arnold Lohren (RFKP) (vgl. ebd., 1555/I), Otto Holtz (RFKP) (vgl. ebd., 1794/I), Ludwig von Staudy (DKP) (vgl. ebd., 1822/II). Mirbach (1839-1921), Rittergutsbesitzer in Sorquitten bei Sensburg, und Holtz (1845-um 1922), Rittergutsbesitzer in Parlin bei Schwetz, wussten die ost- und westpreußischen Landwirte gegen die Gesetzesvorlage einzuschwören, was in der deutschkonservativen Partei ebenso als Bedrohung empfunden wurde wie in der Reichsleitung (vgl. Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 130-134; 139; 140; vgl. dazu auch Flemming: Sozialpolitik, landwirtschaftliche Interessen und Mobilisierungsversuche; Hartig: Alterssicherung in der Industrialisierung, 197 ff.). Am Ende stimmten sieben Deutsch- und vier Freikonservative gegen die Gesetzesvorlage (vgl. Hofmann: Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialreformen von 1889, 522).

Während der zweiten Beratung wurden zwar knapp vier Dutzend Änderungen an der Kommissionsvorlage vorgenommen,³⁴¹ die allerdings sämtlich deren Fundament unangetastet ließen, nicht jedoch deren Titel, der in *Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung* geändert wurde.³⁴² Wegen der komplexen Materie musste die VI. Kommission noch einmal zu zwei Sitzungen zusammentreten um fünf Paragraphen erneut zu diskutieren.³⁴³

Am 17. Mai begann die dritte Beratung der Vorlage, die nach sieben Sitzungen am 24. Mai endete. Am 18. Mai ergriff auch Reichskanzler Bismarck noch einmal das Wort und zwar zu seiner, wie sich zeigen würde, letzten Reichstagsrede.³⁴⁴ Nachdem er in der gesamten Debatte bislang nur einmal und zudem in für ihn außergewöhnlicher Kürze gesprochen hatte,³⁴⁵ lief er nun noch einmal zu großer polemischer Form auf, als er den konservativen Abgeordneten, zu denen er auch die Nationalliberalen sowie die Zentrumspolitiker zählte, ins Gewissen redete ihre mit der Übernahme eines Reichstagsmandats übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem Reich über den Lokalpatriotismus zu stellen und „sich von der Gemeinschaft von Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässer-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen“.³⁴⁶

Während der dritten Beratung kam es trotz fast achtzig erfolgreicher Abänderungsanträge zu keinen gravierenden Veränderungen an der Vorlage mehr,³⁴⁷ sodass am 24. Mai zur Abstimmung geschritten werden konnte. Bötticher warb vorher noch einmal eindringlich um Zustimmung zur Gesetzesvorlage und kündigte für den Fall von deren Ablehnung für sich und seine Kollegen aus dem Reichsamt des Innern an diese Materie nicht weiter bearbeiten zu wollen.³⁴⁸ Wegen oder trotz dieser Drohung stimmten in namentlicher Abstimmung 185 Abgeordnete für die Vorlage, 165 dagegen.³⁴⁹ Damit wurde die Kartellmehrheit von 220 Stimmen weit verfehlt, zumal auch einige Zentrumsabgeordnete mit Ja gestimmt hatten.³⁵⁰

Ausgefertigt wurde das *Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung*, am 22. Juni 1889. Es trat sofort (zur Abwicklung der Versicherung nötige Institutionen) bzw. am 2. Januar 1890 (Bescheinigungen) und 1. Januar 1891 (übrige Bestimmungen) in Kraft.³⁵¹

³⁴¹ Vgl. StBRt/A VII/4 (1888/89), Nr. 230 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 89).

³⁴² Vgl. StBRt/A VII/4 (1888/89), Nr. 215; StBRt VII/4 (1888/89), 1677/II.

³⁴³ Vgl. StBRt/A VII/4 (1888/89), Nr. 196.

³⁴⁴ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 1831/II-1836/I (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 143).

³⁴⁵ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 1112/II f.

³⁴⁶ Vgl. ebd., 1836 (hier auch Zitat). Die dem Gesetz ablehnend gegenüberstehenden Fraktionen geißelte Bismarck mit unbarmherziger Schärfe, insbesondere die Abgeordneten aus Polen und Elsass-Lothringen: „Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugniß ab, daß dieselbe zur Konsolidation des deutschen Reiches führen könnte, daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, (Rufe: hört! hört!) um an der Gesetzgebung über das gesammte Reich theilzunehmen – dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen –, daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich“ (ebd., 1832/II).

³⁴⁷ Vgl. StBRt/A VII/4 (1888/89), Nr. 270 (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 148).

³⁴⁸ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 1998/II.

³⁴⁹ Vgl. ebd., 2001/II-2003/II.

³⁵⁰ Heinrich Graf Adelmann von Adelmansfelden (1848-1920), Engelbert Buxbaum (1831-1911), Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (1825-1890), Friedrich Balduin Freiherr von Gagern (1842-1910), Karl Freiherr Huene von Hoiningen (1837-1900), Ignaz von Landsberg-Velen (1830-1915), Sigmund Freiherr von Pfetten (1847-1931), Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg (1843-1903), Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg (1844-1897), Peter Reichensperger (1810-1892), Friedrich Karl Graf zu Schönborn (1847-1913), Adolf Graf von Waldersdorff (1835-1919), Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (1832-1903) (vgl. ebd., 2002/I-2003/II).

³⁵¹ Zur Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vgl. Tennstedt: Vom Proleten zum Industriearbeiter, 349-356; Ritter: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, 51 ff.; Woedtke: Zur Invaliditäts- und Altersversicherung im Ausblick auf die Praxis; Freund: Zur bevorstehenden Organisation der Invali-

ditäts- und Altersversicherung; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 350 ff. Zu den Leistungen vgl. Kaschke: Nichts als „Bettelgelder“?; Hartig: Alterssicherung in der Industrialisierung, 177-188; Bittel: Arbeitsverhältnisse und Sozialpolitik im Oberamtsbezirk Heidenheim im 19. Jahrhundert, 326-461.

4. Stellung der Parlamentsfraktionen zur Sozialversicherung

Bereits im vorangegangenen Abschnitt über die Beratung der fünf Sozialversicherungsvorlagen im Reichstag sind dessen Positionen gegenüber den wichtigsten Bestimmungen der Gesetzentwürfe deutlich geworden, im Folgenden soll auf die Stellungnahmen der im Reichstag vertretenen Fraktionen genauer eingegangen werden. Der Übersicht halber werden die entsprechenden Redebeiträge der einzelnen Abgeordneten als Fußnote wiedergegeben, die Würdigung ausgewählter Argumente erfolgt im anschließenden Kapitel.

4.1. Die Zentrumsfraktion

Die Zentrumsfraktion als politische Vertretung des heterogenen katholischen Milieus wurde geprägt von angesehenen Bürgerlichen und Adligen, oft unterstützt und ergänzt durch geistliche Amtsträger. Unter diesen hatte sich Ludwig Windthorst zum weit gehend anerkannten Parteiführer entwickelt. Der Fraktion verhalf diese „Kombination aus Honoratorentum und cäsaristischer Massenbewegung“³⁵² über lange Zeit – besonders in den Bedrängnissen des Kulturkampfes³⁵³ und seiner Nachwehen – zu einer relativen Stabilität.

Mit dem Nachlassen des Kulturkampfes schien insbesondere für konservativ-aristokratische Zentrumsabgeordnete auch das Ende der Distanz zur Reichsleitung gekommen zu sein, was zu akuten Spannungen in der Fraktion führte, die von Windthorst bis zu seinem Tod im März 1891 unter großen Anstrengungen gemildert werden konnten, womit er die drohende Spaltung des Zentrums abgewendete.

Zum ersten Mal hatte Bismarck die Chance zur Auseinanderdividierung des Zentrums genutzt, als bei der Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes am 9. Mai 1884 der konservative Flügel der Fraktion aus der ablehnenden Linie ausgeschert war und dadurch der Verlängerung des Gesetzes zum Erfolg verholfen hatte.³⁵⁴ Nachdem Bismarck und die Kurie einen Verständigungskurs eingeschlagen hatten (*Friedensgesetze* 1886/87), erreichte der Kanzler die Intervention Papst Leos XIII. bei der Zentrumsfraktion zugunsten der Septennatsvorlage, was die Fraktion in eine schwere Krise stürzte und damit entscheidend zu der von Bismarck erwünschten Auflösung des Reichstags und zum Kartellreichstag von 1887 beitrug.³⁵⁵

Auch gegenüber der Sozialversicherung vertrat die Zentrumsfraktion nur anfangs eine einheitliche Position,³⁵⁶ bei der Diskussion um die Invaliditäts- und Altersversicherung machten sich dagegen gravierende Meinungsunterschiede bemerkbar, die schließlich auch im Abstim-

³⁵² Loth: Katholiken im Kaiserreich, 38. Zur Erosion der weit gehend konstitutionell-liberalen Prägung des Zentrums durch Windthorst und zum Machtkampf nach dessen Tod vgl. ebd., 38-80.

³⁵³ Zum Kulturkampf vgl. Clark/Kaiser (Hg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert; Der Kulturkampf, hg. und erl. von Rudolf Lill; Altgeld: Katholizismus, Protestantismus, Judentum, 195-211.

³⁵⁴ Für den Fall, dass der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ablehnt, hatte Bismarck dessen Auflösung angekündigt (vgl. StBRt V/4 [1884], 482/I), was für einige schwankende Abgeordnete möglicherweise ein entscheidender Grund gewesen sein mag, der Verlängerung zuzustimmen.

³⁵⁵ Vgl. Gall: Bismarck, 761; 772; 781.

³⁵⁶ Vgl. dazu Sellier: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert, 104-117; Wattler: Sozialpolitik der Zentrumsfraktion zwischen 1877 und 1889 unter besonderer Berücksichtigung interner Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozesse.

mungsverhalten der Fraktion zum Ausdruck kamen. Trotzdem lässt sich anhand ihrer Redebeiträge eine weitestgehende Übereinstimmung der Zentrumsabgeordneten in wichtigen Punkten feststellen, die ihrerseits vielfach aufeinander bezogen sind.

Am auffälligsten ist wohl die Ablehnung jeglicher Ausdehnung von Reichskompetenzen und aller auf Zentralisation gerichteter Bestrebungen,³⁵⁷ woraus die Zurückweisung von Reichsversicherungsanstalt und Reichszuschuss,³⁵⁸ ja des Sozialstaates an sich³⁵⁹ resultiert. Eng damit im Zusammenhang steht die Bestreitung einer staatlichen Sozialfürsorgekompetenz,³⁶⁰ die Fürsorgepflicht liege vielmehr bei Familie, Kommune und sonstigen Korporationen, zu welcher der Bedürftige gehört, also z. B. zur Kirchgemeinde.

Der Sozial- bzw. Fürsorgestaat galt den Zentrumsabgeordneten als eine besonders verwerfliche Form des Staatssozialismus,³⁶¹ an dem sie außer der staatlichen Usurpation von Fürsorgepflichten vor allem den immanenten und am Beispiel der Sozialversicherung besonders gut sichtbaren Zwang bekämpften, dessen Verbrämung als praktisches Christentum sie scharf at-

³⁵⁷ Ludwig Windthorst, 09.04.1889: „[...] in der Zentrumsfraktion ist von jeher alles und jedes nicht absolut nothwendige vermieden, was die Einzelstaaten beeinträchtigen könnte, was eine Zentralisation herbeiführte, die, wo sie irgend vermeidlich ist, niemals etwas gutes enthalten kann, und die auch der ganzen Natur und Entwicklung der deutschen Verhältnisse widerstrebt. [...] Ich habe die Meinung, daß der Partikularismus dem Deutschen durchaus in Fleisch und Blut steckt, und daß er niemals verschwinden wird [...] und ich hoffe, daß das so bleiben wird. [...] Was die Uniformirung und Pulverisirung aller historisch entwickelten Verhältnisse bedeutet, meine Herren, können Sie an Frankreich sehen.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1408/II f.); Friedrich Balduin Freiherr von Gager, 23.05.1889: „Es liegt ja in der Richtung der Liberalen, [...] daß sie [...] den Partikularismus möglichst abschneiden wollen. Aber *wir* legen ein ganz entscheidendes Gewicht darauf, daß dem berechtigten Partikularismus [...] Rechnung getragen wird, wo ihm Rechnung getragen werden kann“ (ebd., 1974/I).

³⁵⁸ Franz Hitze, 07.12.1888: „Meine Herren, der betreffende Reichsbeitrag ist doch ein *sehr gefährliches Stück Kommunismus*, und zwar in einem Umfange, wie es bisher in der Geschichte noch kaum dagewesen ist.“ (ebd., 177/I); Ludwig Windthorst, 30.03.1889: „Das ist der Anfang des Gedankens, daß alle Staatsbürger aus einer Krippe essen können, – wobei man aber vergißt, wer die Krippe dann zu füllen hat.“ (ebd., 1142/I); Ders., 09.04.1889: „[...] wenn Sie die Reichsanstalt beschließen, ist das Gesetz todt. (Zuruf: Das wäre sehr gut!)“ (ebd., 1409/II).

³⁵⁹ Ders., 01.06.1881: „*Dahin aber, wohin Sie gekommen sind, Herr Kollege Bebel, auf die Republik, den sozialen Staat und den Atheismus, dahin kommen wir nicht.*“ (StBRt IV/4 [1881], 1489/II).

³⁶⁰ Georg Freiherr von Hertling, 01.04.1881: „Das Recht der Bedürftigen auf Unterstützung stammt nicht von der Verleihung des Staats, das Recht auf Unterstützung ist abzuleiten aus dem uns sämmtlich angeborenen Rechte auf physische Existenz. Dieses Recht richtet sich zunächst gegen diejenigen, die mit dem Einzelnen in näherer Beziehung und Verbindung stehen, es richtet sich gegen die Familie, es richtet sich gegen die Gemeinde [...]. Es richtet sich gegen die korporativen Verbände, denen der einzelne als wirksames und thätiges Mitglied angehört. Es richtet sich erst zuletzt gegen den Staat, wenn die Gesamtheit eintreten muß, weil ein direkt und näher Verpflichteter nicht da ist.“ (StBRt IV/4 [1881], 688/II); Peter Reichensperger, 02.06.1881: „Ich bin der Meinung, [...] daß, wenn der Staat einmal seine Pflicht anerkennt, in dieser Weise für die Arbeiter *zu sorgen*, – daß dann die erste Forderung sein muß, daß jene Sorge darauf gerichtet sei, dem Arbeiter überhaupt *lohnende Arbeit* zu verschaffen [...] und nicht erst abzuwarten, bis er krank oder ein Krüppel oder ein tochter Mann geworden ist. Das ist die allein richtige Konsequenz! [...] Dann aber, meine Herren, wenn man einmal diese Konsequenz zieht, wird ein Jeder von uns anerkennen müssen, daß damit die Chimäre eines Louis Blanc weit überboten ist. Er hat doch nur einzelne isolirte Staatsarbeiterwerkstätten gefordert, aber die gesammte Arbeiterbevölkerung in dieser Weise zu behandeln –, eine derartige Sorge und Pflicht für den Staat und das Reich anzunehmen, ist selbst Louis Blanc nicht eingefallen.“ (ebd., 1536/I f.); Georg Freiherr von Hertling, 29.03.1889: „Meine Herren, ich würde es für sehr bedenklich halten, wenn der Grundsatz aufgestellt und durchgeführt würde, daß überall, wo ein wirkliches oder vermeintliches sozialpolitisches Interesse vorliegt, sofort mit dem Zwang des Staates, mit der Macht der Gesetzgebung vorgegangen werden könnte, sofort mit Zwang Lasten auferlegt werden könnten. (Sehr gut!) Die Aufstellung und Durchführung eines solchen Grundsatzes würde zur Aufsaugung aller sozialen individuellen Thätigkeit durch die alleinige, erdrückende Macht des Staates hinführen müssen.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1092/II f.).

³⁶¹ Ernst Lieber, 11.06.1881: „Ich kann nicht wünschen, daß das, was durch das Gesetz obligatorisch gemacht werden soll, die Zwangsversicherung bei einer Staatsanstalt für Unfälle, in diesem § 53 den Keim finde, die Art von Staatssozialismus, die zweifelsohne darin liegt, noch weiter auf andere Gebiete auszudehnen und das deutsche Volk einstweilen an den allfürsorgenden Staat zu gewöhnen, der das Ideal der Sozialisten ist.“ (StBRt IV/4 [1881], 1631/I).

tackierten.³⁶² Dass praktisches Christentum geübt werden müsse, stand für die Zentrumsfraktion außer Frage, die Mehrheit ihrer Abgeordneten lehnte indes die staatliche Aktivität auf diesem Gebiet ab und setzte ihr die erwähnte familiäre, kommunale bzw. korporative Fürsorgepflicht³⁶³ sowie die freiwillige christliche Liebestätigkeit³⁶⁴ entgegen.

Entsprechend dieser Befürwortung korporativer Strukturen statt der Ausdehnung staatlicher Kompetenzen setzte sich die Zentrumsfraktion für eine genossenschaftliche Organisation der Sozialversicherung ein.³⁶⁵ Mit solchen korporativen Strukturen verband sie die Hoffnung auf ein enges Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern und auf eine einvernehmliche Lösung eventuell auftretender Konflikte.³⁶⁶ Insofern können und müssen die Ansätze zur Lösung der sozialen Frage einen positiven Impuls für die zu bewahrenden patriarchalischen Verhältnisse haben, statt wie der Staatssozialismus deren Basis zu untergraben.³⁶⁷ Einig waren sich die Zentrumsabgeordneten indes mit den Befürwortern des Staatssozialismus in ihrer Ablehnung einer Zulassung privater Versicherungsgesellschaften als Träger der Sozialversiche-

³⁶² Peter Reichensperger, 02.06.1881: „Meine Herren, ich kann mich kurz damit abfinden, indem ich sage, daß die christliche Charitas es dringend rath und empfiehlt, *freiwilliges Geben* eintreten zu lassen, daß sie aber das zwangsweise *Nehmen* perhorresziert und verurtheilt. Hier handelt es sich aber nicht um freiwilliges Geben, sondern um zwangsweises Nehmen, und darum reprobire ich diese angeblich christliche Anschauung auf das allerentschiedenste.“ (ebd., 1536/II); Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen, 27.06.1884: „Sobald ein äußerer Zwang eintritt, verschwindet der Geist der christlichen Nächstenliebe.“ (StBRt V/4 [1884], 1109/I).

³⁶³ Georg Freiherr von Hertling, 23.05.1883: „Neben der Intervention des Staats [...] wollen wir [...] Raum behalten für die freie Bewegung, für die freie selbstständige Bethätigung, wir wollen auch Raum haben namentlich für diejenigen Bestrebungen, die von der anderen großen öffentlichen Institution, von der Kirche, ausgehen.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2483/II); Ders., 29.03.1889: „Meine Herren, ich widerstrebe [...] dieser Gesetzgebung darum, weil sie meines Erachtens die Verpflichtung von denen, denen sie naturgemäß zukommt, abwälzt auf die breiten Schultern des Staates, und weil deshalb meines Erachtens diese Gesetzgebung [...] auflösend wirken muß. Ich sehe diese auflösende Wirkung in dem Hineindrängen des Staates in die Familie; ich sehe das praktische Christenthum in der Familie darin, daß die Familie selbst für ihre ergrauten Dienstboten Sorge trägt, und ich will nicht, daß der Staat sich zwischen Familie und Gesinde hineindrängt.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1093/I f.); Ludwig Windthorst, 20.05.1889: „Die Ordnung Gottes ist, daß zunächst die Eltern ihre Kinder und demnächst die Kinder ihre Eltern erhalten, daß die Familie sich selbst erhält, und wenn die es nicht kann und bedürftig ist, dann tritt die bestimmte Gemeinde und eventuell ein größerer Kommunalverband ein.“ (ebd., 1855/II).

³⁶⁴ Ernst Lieber, 11.06.1881: „Das ist das Charakteristische der *christlichen* Fürsorge [...], daß sie ihre ganze Kraft und ihre wunderwürdigen Erfolge findet in der freiwilligen Thätigkeit, in der Hingabe von innen heraus an die e-delsten Aufgaben der Menschheit; und *der* in keiner Weise die Wege zu verschränken nicht nur, nein! sie nicht überwuchern zu lassen durch die Staatsfürsorge, die sie doch niemals und nirgendwo ersetzen noch erreichen kann“ (StBRt IV/4 [1881], 1631/I).

³⁶⁵ Georg Orterer, 04.04.1889: „Der Gedanke des Zusammenfassens der korporativen Genossenschaften zu ihrer eigenen Hilfe ist auch in jener Kaiserlichen Botschaft sehr prägnant und deutlich ausgesprochen worden. Ich wundere mich, daß derselbe jetzt weniger verwerthet wird“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1266/II); Franz Hitze, 10.04.1889: „Ich lege das größte Gewicht darauf, daß die volle *Selbstverwaltung gewahrt wird*, und nicht, daß den Arbeitern das Gefühl sich aufdrängt, sie würden nach politischen Gesichtspunkten und nicht nach sachlichen Rücksichten behandelt.“ (ebd., 1461/II).

³⁶⁶ Georg Freiherr von Hertling, 20.06.1884: „[...] wir ergreifen mit Freuden die hier sich bietende Gelegenheit, in der Unfallversicherung einen Punkt gefunden zu haben, um den sich die beteiligten Kreise naturgemäß gruppieren können; wir freuen uns die gewünschte Veranlassung gefunden zu haben, diejenigen zusammenzuführen, die der Natur der Sache nach zusammengehören“ (StBRt V/4 [1884], 886/II).

³⁶⁷ Ders., 29.03.1889: „Ich will nicht eine Wiederherstellung unmöglich gewordener patriarchalischer Verhältnisse, aber ich will auch nicht, daß die Auflösung unserer sozialen Verhältnisse durch diese Gesetzgebung endgiltig fixirt wird.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1122/I); Ludwig Windthorst, 11.04.1889: „Meine Herren, es ist mir noch niemals ein Gesetzentwurf vorgekommen so ernst wie dieser, den ich für noch wichtiger halte als die ganze politische Verfassung, weil er die menschliche Gesellschaft in ihren Fundamenten umwälzt.“ (ebd., 1488/I); Ders., 20.05.1889: „Endlich [...] mache ich auch jetzt wieder aufmerksam darauf, daß durch dies Gesetz nicht allein das Verhältniß, wie es von Gott geordnet worden ist in Beziehung auf die Familie, auf die Gemeinde, alterirt werden wird; es wird außerdem der Staat, nachdem er sich nunmehr zum allgemeinen Brodherrn [...] gemacht, auch auf anderen Gebieten alles mehr und mehr an sich reißen.“ (ebd., 1857/I).

nung.³⁶⁸ Für diese fand sich im patriarchalischen Modell ebenso wenig Platz wie im staatssozialistischen.

Wenn sie den ersten beiden Sozialversicherungsgesetzen, nachdem sie viele ihrer Änderungswünsche hatte durchsetzen können, am Ende zustimmte, dann weil die Zentrumsmehrheit den Zwang als notwendiges Übel zu einer Verbesserung der herkömmlichen Armenpflege in Kauf nahm³⁶⁹ und im Übrigen (bis zu Bismarcks Entlassung weit gehend vergeblich) darauf drängte, die Sozialversicherung nur als ersten Schritt zu einer Verbesserung der Lage der Arbeiter zu begreifen, dem mit dem Ausbau des präventiven Arbeiterschutzes ein zweiter zu folgen habe.³⁷⁰ Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zur Sozialversicherung beschränkte sich deswegen auf die Unfallversicherung und die daran angeschlossene Krankenversicherung, da hier spezifische Risiken der Berufstätigkeit abgesichert werden. Dass diese Zustimmung keine Befürwortung einer eventuell geplanten Alters- und Invaliditätsversicherung implizieren würde, hatte Georg Freiherr von Hertling bereits anlässlich der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage betont³⁷¹ und tatsächlich stimmte acht Jahre später die große Mehrheit der Zentrumsfraktion, die anders als eine Minderheit³⁷² nicht auch noch den Reichszuschuss als notwendiges Übel akzeptieren wollte, gegen die Vorlage zur Invaliditäts- und Altersversicherung, nachdem Windthorst durch sein Statement vom 30. März 1889, wonach jeder Befürworter dieses Gesetzentwurfs ein „vollendeter Sozialdemokrat“ sei,³⁷³ seine Fraktionskollegen noch einmal auf die Ablehnung der Vorlage einzuschwören versucht hatte.

4.2. Die Konservativen

Die Fraktionen der Deutsch- und der Freikonservativen erwiesen sich als die treuesten Anhänger der Sozialversicherung, sie verhalfen mit ihren Stimmen den entsprechenden Vorlagen regelmäßig zur Mehrheit, wie auch sonst „unbedingte Loyalität gegenüber König und Staat [...] Ausgangspunkt ihres politischen Denkens und Handelns“³⁷⁴ war. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in den konservativen Fraktionen keine blinde Zustimmung zu den einzelnen Bestimmungen der Gesetzentwürfe herrschte – und sich, wie bereits deutlich geworden ist, nicht alle Abgeordneten der Fraktionslinie unterwarfen.

Da sich die Positionen der Deutsch- und Freikonservativen bei der Bewertung der Sozialversicherung kaum unterschieden, werden sie im Folgenden gemeinsam gewürdigt.

³⁶⁸ Theodor Schröder, 19.06.1884: „Für mich ist das wirklich fast der beste Theil des Gesetzes, das die Privatversicherungsgesellschaften aus diesen Unfallversicherungen herausgebracht werden“ (StBRt V/4 [1884], 876/I).

³⁶⁹ Georg Freiherr von Hertling, 23.05.1883: „Wenn es berechtigt ist, durch staatliche Gesetzgebung den Versicherungszwang allgemein einzuführen, wenn der staatliche Versicherungszwang die Folge hat, daß der Arbeitsertrag die erforderliche Höhe erreicht, um daraus die Prämien für verschiedene Risiken zu decken, warum soll ich diesen Weg nicht ergreifen [...]?“ (StBRt V/2 [1882/83], 2484/II).

³⁷⁰ Vgl. Machtan/Berlepsch: *Vorsorge oder Ausgleich – oder beides?*, 272 f.

³⁷¹ Vgl. StBRt IV/4 (1881), 1442/II f.

³⁷² Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen, 18.05.1889: „Ich bin der Ansicht, daß bis jetzt noch so viel christlicher Sinn im deutschen Volke existirt, daß wir es wohl wagen können, diesen Reichszuschuß zu bewilligen. Wäre das nicht der Fall, dann wären wir verloren ohne den Reichszuschuß und mit dem Reichszuschuß. Nur der christliche Sinn im Volke und die Belebung des christlichen Sinnes im Volke ist allein im Stande, uns vor den sozialen Gefahren zu retten“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1822/I f.).

³⁷³ Vgl. ebd., 1142/II (hier auch Zitat).

³⁷⁴ Görtemaker: *Deutschland im 19. Jahrhundert*, 260.

Vor dem Hintergrund der eben geschilderten Positionen der Zentrumsfraktion fällt die davon diametral abweichende Haltung der Konservativen zum Staat und zu dessen Aufgaben auf. Zunächst bejahten sie nicht nur grundsätzlich eine staatliche Fürsorgekompetenz, sondern sahen vielmehr neben anderen Institutionen nicht zuletzt auch den Staat mit einer Fürsorgepflicht konfrontiert,³⁷⁵ auf welche es in Form einer staatlichen Sozialpolitik mit starken staatlichen Kompetenzen zu reagieren galt. Wie weit der von Bismarck und der Reichsleitung aus dieser von den Konservativen anerkannten staatlichen Fürsorgepflicht abgeleitete Staatssozialismus zu treiben sei, darüber bestanden innerhalb beider konservativer Fraktionen durchaus unterschiedliche Ansichten,³⁷⁶ was vor allem in der Haltung zum geplanten Reichszuschuss zum Ausdruck kommt.³⁷⁷

Auch wenn sie aus dieser Einsicht teilweise recht unterschiedliche Konsequenzen zogen, waren sich die konservativen Parlamentarier mit ihren Kollegen aus der Zentrumsfraktion einig, dass die Sozialversicherungsgesetzgebung für ein weit gehend christliches Gemeinwesen und deshalb auf christlicher Grundlage zu errichten sei,³⁷⁸ was beispielsweise impliziert sich neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der bedürftigen Schichten auch um die Förderung von deren sittlicher und religiöser Verfassung zu bemühen.³⁷⁹

Dass ein vermeintlich weithin noch bestehendes patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber statt einer Zwangsversicherung zur Lösung der sozialen Probleme in der Lage sei, glaubte die Mehrheit der Konservativen nicht.³⁸⁰

³⁷⁵ Oscar Hahn (DKP), 29.03.1889: „Ich glaube, für das deutsche Gemeinwesen muß der Standpunkt der sein: das Gemeinwesen wird überall da helfend einzutreten haben, wo der einzelne außer Stande ist, sich selbst zu helfen, gleichviel, ob das nun ein kleineres Gemeinwesen, oder ob es das ganze große Gemeinwesen des Reichs ist.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1101/I); Arthur Gehlert (RFKP), 17.05.1889: „Und nun muß ich den Herren von der Majorität des Zentrums das Recht bestreiten, ihrer Freude an einigen Tröpfchen christlicher Barmherzigkeit zu Liebe dem Staate in den Arm fallen zu wollen, wenn dieser endlich, endlich beginnt, seines Amtes zu warten und Meere von Thränen auszutrocknen“ (ebd., 1807/II).

³⁷⁶ Karl Ferdinand Stumm (RFKP), 02.04.1881: „Endlich [...] gehen mir die Konsequenzen, die ich aus dieser Form des Staatssozialismus ziehe, auch prinzipiell zu weit. Ich bin der Ueberzeugung, daß, sobald wir hier im geringsten Minimum eine Unterstützung des Staats oder des Reichs zulassen, mit nothwendiger Konsequenz nicht bloß *alle* Haftpflichtfälle [...] in das Gesetz einbegriffen werden müssen, sondern daß dann mit ebenso nothwendiger Konsequenz die Altersversorgung und die gesammte Armenpflege auf das Reich übertragen werden muß. Wir müssen dann überhaupt jeden einzelnen Menschen, der seinen Unterhalt nicht findet, er mag keine Arbeit bekommen *können* oder er mag aus Faulheit nicht mehr arbeiten, nicht bloß in die Armenpflege übernehmen, sondern ihm eine feste Rente geben“ (StBRt IV/4 [1881], 722/I).

³⁷⁷ Karl Freiherr von Gamp-Massaunen (RFKP), 04.04.1889: „Ich glaube, [...] daß [...] die Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber zur Unfall- und Krankenfürsorge ebenso wie zur Alters- und Invalidenfürsorge [...] schließlich von dem Konsumenten getragen werden“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1271/I); dagegen Julius Graf von Mirbach (DKP), 08.05.1889: „[...] ich bin ein prinzipieller Gegner des Reichszuschusses, ich erkenne damit ein gewisses Einlenken in sozialdemokratische Bahnen“ (ebd., 1571/II).

³⁷⁸ Hans von Kleist-Retzow (DKP), 31.05.1881: „Ja, meine Herren, wenn von diesem Gesetzentwurf aus infolge einer weiteren Vereinbarung der verbündeten Regierungen und des Reichstags eine fortgesetzte Gesetzgebung auf christlicher Grundlage erfolgte, so würden wir in der That einem ganz neuen Tage entgegensehen [...] Der Herr Abgeordnete Richter hat vollkommen recht, wenn er sagt, das Christenthum habe keine formulierte Gesetzgebung. Nein, die hat es nicht; aber es legt sich wie ein Samen in die Herzen der Menschen und erfüllt sie, ihre Gedanken, ihren Willen, ihre Handlungen, und darum verlangt ein christliches Volk, daß auch seine Gesetzgebung, die öffentlichen Ordnungen, von diesem Geiste getragen werden.“ (StBRt IV/4 [1881], 1446/I f.).

³⁷⁹ Adolf Freiherr von Marschall-Bieberstein (DKP), 01.04.1881: „Verbinden wir mit der Sorge für das materielle Wohl der arbeitenden Klasse zugleich das Streben, mehr und mehr Kräfte zu entfalten, die neben dem materiellen Wohlstand auch das sittliche und religiöse Leben unserer Bevölkerung fördern können; [...] denn das bleibt immer die Grundlage alles Wohlstandes.“ (ebd., 684/II).

³⁸⁰ Oscar Hahn (DKP), 29.03.1889: „[...] ich habe eine große Sympathie für die patriarchalischen Verhältnisse gehabt, wie wir sie theils im vergangenen Jahrhundert, theils noch in diesem Jahrhundert gehabt haben [...]; nachdem aber unsere Gesetzgebung [...] alles ekasirt hat, was mit diesen Dingen zusammenhängt, nachdem man

Auch wenn die Mehrheit der Konservativen dem Zentralismus bzw. einer Erweiterung der Reichskompetenzen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand³⁸¹ und daher wohl auch einer Reichsversicherungsanstalt zugestimmt hätte,³⁸² konnte sie sich aufgrund der Einsicht, dass diese im Reichstag nicht durchsetzbar sein würde, auch mit der genossenschaftlichen Organisation der Sozialversicherung (vor allem bei der Unfallversicherung verwirklicht) anfreunden.³⁸³ Weiterhin bestand Konsens über den Ausschluss der privaten Versicherungsanstalten³⁸⁴ und in der Befürwortung des Versicherungszwangs.³⁸⁵ Neben den Nationalliberalen ist bei den beiden konservativen Fraktionen der Wunsch am stärksten ausgeprägt die Sozialversicherung zustande zu bringen, auch wenn dafür weit reichende Kompromisse und substantielle Zugeständnisse gemacht werden müssen.³⁸⁶

durch Ablösungsgesetze [...] nach jeder Richtung hin das Verhältniß zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer lediglich auf den freien Arbeitsvertrag gestellt hat, halte ich es nicht für richtig, wenn man die Fürsorge für den alten invaliden Arbeiter auf patriarchalische Verhältnisse basiren zu können glaubt.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1101/I); Otto Freiherr von Manteuffel (DKP), 17.05.1889: „Meine Herren, leider Gottes ist mit den patriarchalischen Verhältnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im großen ganzen kein großer Staat mehr zu machen.“ (ebd., 1783/II); Otto Heinrich von Helldorff-Bedra (DKP), 20.05.1889: „Man vergesse doch nicht, daß man das patriarchalische Verhältniß nicht mehr aufbauen kann; das ist eine Wandlung, die in der gesamten Kulturentwicklung der Menschheit ihre Begründung hat.“ (ebd., 1843/I); dagegen Otto Holtz (RFKP), 17.05.1889: „[...] das Gesetz soll sozialpolitisch heilsam wirken. Ja, das wäre allerdings außerordentlich zu wünschen, wenn es auch bei uns im Osten in Folge der einfachen Verhältnisse, die da noch herrschen, für jetzt noch nicht nöthig ist. Zunächst übt das Gesetz einen nicht gerade günstigen Einfluß auf das Verhältniß zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer. Der Arbeiter bei uns im Osten sieht in seinem Arbeitgeber mehr als den Mann, der ihm seinen Lohn zahlt [...]: er sieht in ihm seinen Helfer in der Noth, seinen natürlichen Fürsorger; und wenn der Arbeiter sich in Verlegenheit befindet, so weiß er, wo er Rath und Hilfe zu suchen hat und auch findet. Dieses Verhältniß, welches, Gott Lob! im Osten noch besteht, gibt dem Arbeiter zu seinem Arbeitgeber eine Art von Vertrauen“ (ebd., 1798/II).

³⁸¹ Wilhelm von Kardorff (RFKP), 15.06.1881: „Meine Herren, nach der ganzen Anlage unserer Verfassung ist es naturgemäß, daß der Bundesrath das föderative Element repräsentirt und der Reichstag das zentralisirende.“ (StBRt IV/4 [1881], 1751/II).

³⁸² Ders., 15.06.1881: „Meine Herren, ein Theil meiner politischen Freunde, der größte Theil derselben [...], zieht eine Reichsanstalt vor“ (ebd.).

³⁸³ Adolf Freiherr von Marschall-Bieberstein (DKP), 01.04.1881: „Wir [...] haben es stets als eine wichtige Aufgabe der staatsverhaltenden Politik betrachtet, auf der tabula rasa, welche die moderne Wirthschaft und die moderne Gesetzgebung gemacht hat, die Kräfte der Vereins- und Genossenschaftsbildung wieder zu sammeln, die Keime der Selbstthätigkeit, der Selbstverwaltung wieder zu befruchten“ (ebd., 683/I); Karl Ferdinand Stumm (RFKP), 11.06.1881: „Meine Herren, öffnen Sie durch § 56a das Thor, durch das dereinst die Selbstverwaltung durch korporative Verbände, d. h. die genossenschaftliche Selbstverwaltung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber im treueren Zusammenwirken eintreten kann, und ich glaube, daß Sie dadurch vielleicht mehr zu Gunsten einer herrlichen und segensreichen Lösung der sozialen Frage beitragen werden, als durch die Annahme des ganzen Gesetzes.“ (ebd., 1661/I); Helmuth Freiherr von Maltzahn (DKP), 16.05.1882: „Für mich und meine Freunde ist selbstverständlich dasjenige Prinzip, das jetzt die beiden Vorlagen, namentlich die Vorlage über die Unfallversicherung beherrscht, ein sehr sympathisches, dasjenige nämlich, daß man jetzt die gleichartigen Betriebe in *genossenschaftlicher* Weise zu Verbänden zusammenzufassen versucht hat.“ (StBRt V/2 [1882/83], 225/I).

³⁸⁴ Adolf Freiherr von Marschall-Bieberstein (DKP), 01.04.1881: „[...] *die Versicherung ist da wegen der Versicherten und nicht wegen der Versicherungsgesellschaften*“ (StBRt IV/4 [1881], 683/I).

³⁸⁵ Karl Ferdinand Stumm (RFKP), 02.04.1881: „[...] ich glaube, es ist dem Herrn Abgeordneten Richter eben so wenig gelungen wie gestern dem Herrn Abgeordneten Bamberger, die Nothwendigkeit eines staatlichen Zwanges, wenn überhaupt auf diesem Gebiete etwas praktisch gethan werden soll, auch nur abzuschwächen“ (ebd., 719/I).

³⁸⁶ Ernst Leuschner (RFKP), 15.03.1884: „Ohne Kompromiß können Sie in der heutigen Zeit nichts erreichen.“ (StBRt V/4 [1884], 91/II).

4.3. Die Liberalen

Seit dem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der DFP über die Bismarcksche Indemnitätsvorlage im September 1866 und der daran anschließenden Konstituierung einer nationalliberalen Fraktion und Partei 1866/67 war der deutsche politische Liberalismus endgültig gespalten und hatte durch die gegen die Mehrheit der Nationalliberalen betriebene Wende zum Schutzzoll 1878/79 eine zusätzliche Schwächung erfahren. Daher nimmt es nicht Wunder, wenn die Nationalliberalen, die noch am 19. Oktober 1878 geschlossen für das Sozialistengesetz gestimmt und damit ihre Reichstreue unter Beweis gestellt hatten, ab 1882 ihre liberalen Positionen gegenüber den Sozialversicherungsvorlagen recht geschmeidig vertraten und ansonsten das Hauptaugenmerk auf das Zustandekommen der Gesetze legten, während die Linksliberalen den eingeschlagenen Weg der Bewahrung liberaler Positionen um den Preis einer Fundamentalopposition gegen wichtige Projekte der Reichsleitung fortsetzten.³⁸⁷

4.3.1. Die Nationalliberalen

Nachdem die nationalliberalen Abgeordneten noch die erste Unfallversicherungsvorlage abgelehnt hatten, entwickelten sie sich in der Folgezeit zu den (neben den Konservativen) treuesten Anhängern der Sozialversicherungsgesetzgebung, für deren Zustandekommen sie schmerzhaft Kompromisse in Kauf nahmen, vor allem den, sich im Interesse einer Reichstagsmehrheit für die dritte Unfallversicherungsvorlage vom eigenen gemeinsam mit den anderen beiden liberalen Fraktionen eingebrachten Unfallversicherungsentwurf³⁸⁸ vom 10. Januar 1882 distanzieren zu müssen.³⁸⁹ Dieser hatte eine erweiterte Haftpflicht, lediglich einen eingeschränkten Versicherungszwang, die Zulassung privater Versicherungsgesellschaften und für den Staat nur eine Kontrollfunktion vorgesehen, wovon die Nationalliberalen nicht eine Bestimmung durchsetzen konnten.

Von Beginn an akzeptiert hatten die Nationalliberalen das soziale Engagement des Staates³⁹⁰ und den Versicherungszwang,³⁹¹ auch einer Reichsversicherungsanstalt setzten sie nur anfangs Widerstand entgegen und versuchten später durch eine Reichsanstalt Landesversicherungsanstalten zu verhindern.³⁹² Einem Reichszuschuss stand die Mehrheit der Nationalliberalen an-

³⁸⁷ In diesem Rahmen können nur die hauptsächlichsten Positionen der liberalen Fraktionen umrissen werden, für ausführlichere Informationen vgl. Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat, 178-370.

³⁸⁸ StBRt/A V/1 (1881/82), Nr. 66 (auch abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 2, Teil 1, Nr. 37).

³⁸⁹ Noch zu Beginn der Diskussion um die dritte Unfallversicherungsvorlage hatte Wilhelm Oechelhäuser am 01.04.1881 für die Nationalliberalen erklärt: „Wir [...] halten [...] an dem Entwurfe fest, den wir vor zwei Jahren die Ehre hatten dem Hause vorzulegen“ (StBRt V/4 [1884], 694/I f.), letztlich gab die nationalliberale Fraktion für ihre Mitarbeit an einer mehrheitsfähigen Unfallversicherungsvorlage die Bestimmungen des eigenen Entwurfs im Wesentlichen auf.

³⁹⁰ Rudolf von Gneist, 04.04.1881: „[...] die Aufmerksamkeit vieler unserer Zeitgenossen ist so ausschließlich auf das ‚Geschäft‘ gerichtet, daß es ihnen entgeht, wie der Beruf des Staats sich nicht beschränkt auf den Rechtsschutz der Interessen, sondern daß der Staat auch allgemein menschliche Pflichten zu erfüllen hat, und daß dies keine neue Verpflichtung ist, sondern das Gebot unserer Religion und das ererbte Recht unserer Väter.“ (StBRt IV/4 [1881], 694/I f.).

³⁹¹ Wilhelm Oechelhäuser, 01.04.1881: „Ich will mich aber trotzdem hier auf den Standpunkt stellen, daß ich den Versicherungszwang an und für sich statuieren“ (ebd., 743/II).

³⁹² Ders., 01.04.1881: „Nur, wenn sich jemand auf die Schöpfung dieses bürokratischen Rattenkönigs einer *monopolisierten* Reichsversicherungsanstalt gesteuert haben sollte, – eine *subsidiäre* halte ich für vorteilhaft – mit dem wüsste ich allerdings keinen Kompromiß zu schließen.“ (ebd., 695/II); dagegen Franz Armand Buhl, 31.05.1881:

fangs ebenfalls ablehnend gegenüber,³⁹³ hat ihn dann aber bei der Invaliditäts- und Altersversicherung doch im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes akzeptiert. Ebenfalls nur gezwungenermaßen stimmte sie nach langem Widerstand für den Ausschluss der (für die Absicherung der noch nicht in die Sozialversicherung einbezogenen Branchen zunächst eigentlich noch unverzichtbaren) privaten Versicherungsgesellschaften³⁹⁴ und für das Umlageverfahren³⁹⁵ in der Unfallversicherung, dessen Nachteile sie immerhin durch einen von ihr vorgeschlagenen und durchgesetzten Reservefonds ein wenig abmildern konnte.

Bezüglich der Organisation der Sozialversicherung favorisierten die nationalliberalen Abgeordneten ebenso wie das Zentrum und die Konservativen Genossenschaften, von denen sie sich ein gütliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern versprachen.³⁹⁶

Noch mehr als die Konservativen haben die Nationalliberalen viele ihrer Ansichten und Forderungen zugunsten des Zustandekommens der Sozialversicherungsgesetzgebung zurückgestellt,³⁹⁷ sie vergaßen über ihrer Zustimmung zu allen Sozialversicherungsgesetzen nach der

„[...] ich bitte Sie im Interesse der Industrie und im Interesse der Einzelstaaten, die Beschlüsse der Kommission abzulehnen und auf die Reichsanstalt zurückzugehen.“ (ebd., 1470/II); Otto Duvigneau, 09.04.1889: „Ich bin fest überzeugt davon, [...] daß eine ungeheure Mehrheit unseres deutschen Volkes wohl kaum je anders gedacht hat, als daß ein Gesetz, welches vom Reich eingeführt, im Reichstag berathen ist, in welchem ein sehr bedeutender Reichszuschuß vorgesehen wird, auch in seiner nothwendigen Konsequenz zu einer Reichsanstalt führen mußte.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1396/I).

³⁹³ Julius Petersen, 16.05.1882: „[...] vorerst ist nicht nachgewiesen, dass ein solcher Zuschuß nach irgend einer Richtung erfordert wird.“ (StBRt V/2 [1882/83], 231/II).

³⁹⁴ Ders., 16.05.1882: „Wir halten es für nothwendig, die bestehenden Privatgesellschaften aufrecht zu erhalten, so weit nur irgend die Möglichkeit dazu besteht, in erster Linie die Gegenseitigkeitsanstalten, in zweiter Linie aber auch die Aktiengesellschaften“ (ebd., 233/I); Franz Armand Buhl, 15.03.1884: „[...] ich glaube, [...] es wird nothwendig sein, dem Gedanken näher zu treten, daß man neben den Zwangsverbänden auch noch der freien Versicherung Spielraum lasse.“ (StBRt V/4 [1884], 93/I); Wilhelm Oechelhäuser, 18.06.1884: „Die Gesellschaften [private Versicherungsgesellschaften; PE] haben zunächst einen schwerwiegenden moralischen Anspruch auf Fortsetzung ihrer bisherigen Wirksamkeit; denn es sind vielleicht auf dem ganzen Gebiete des neueren Erwerbslebens wenige Organisationen entstanden, die sich zu einer so segensreichen Wirksamkeit entfaltet und gleichzeitig der Verfolgung berechtigter materieller Interessen, ethischer und humanitärer Interessen gedient haben.“ (ebd., 817/II).

³⁹⁵ Julius Petersen, 16.05.1882: „Es ist vor allem das Umlageverfahren, welches man, abweichend von dem früheren Entwurf und von den Beschlüssen des Reichstages, eingeschlagen hat, was uns große Bedenken einflößt.“ (StBRt V/2 [1882/83], 231/I); Wilhelm Oechelhäuser, 13.03.1884: „Wer diese Artikel aufmerksam durchgelesen hat, sollte [...] nicht mehr im Zweifel sein, daß das Umlageverfahren einfach die reine Unsolidität ist, und daß wir damit die Zukunft in einer Weise belasten, wie wir es gar nicht verantworten können.“ (StBRt V/4 [1884], 45/II).

³⁹⁶ Julius Petersen, 16.05.1882: „Was das genossenschaftliche Prinzip anlangt, so wurde gestern schon [...] ausgeführt, daß die Liberalen dem Genossenschaftswesen keineswegs feindlich gegenüberstehen [...]. So viel wie möglich muß es versucht werden, die Arbeiter und Arbeitgeber zu einer gemeinschaftlichen Thätigkeit zu vereinigen, so daß hier eine Art Selbstverwaltung entsteht.“ (StBRt V/2 [1882/83], 232/II); Friedrich Hammacher, 27.04.1883: „Unsere [...] Auffassung ist nur die, daß [...] gerade durch die *Kooperation dieser beiden wirtschaftlichen Kräfte der wirkliche soziale Friede und die Harmonie der Gesellschaft erhalten und hergestellt werden kann*, und daß jede Abweichung von dieser Kooperation [...] dazu dienen müßte, den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern.“ (ebd., 2145/II).

³⁹⁷ Ders., 23.05.1883: „Sie sehen, meine Herren: so werden wir von einer Ecke in die andere getrieben, und die Männer, die mit dem redlichsten Willen und mit der vollsten Ueberzeugung sich auf den Boden dieses Gesetzes gestellt haben, werden gewissermaßen moralisch genöthigt, gegen ihre bessere Ueberzeugung bei dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuwirken“ (ebd., 2504/II); Franz Armand Buhl, 27.06.1884: „Wir sind mit der guten Absicht an das Gesetz herangetreten, die Verbesserungsvorschläge, die wir gewollt haben, durchzusetzen [...]. Später ist es eine Sache der Erwägung, inwieweit man das, was man warm vertheidigt hatte, um es durchzusetzen, wieder preisgeben kann, weil es sich um ein höheres Ziel handelt.“ (StBRt V/4 [1884], 1115/I); Johannes von Miquel, 20.05.1889: „Ich sage also von vornherein: dieses Gesetz ist aus den praktischen Lebensverhältnissen herausgegriffen, eine natürliche Konsequenz der vorangegangenen Gesetze; wir mußten dazu übergehen, wollten wir nicht reines Stückwerk machen.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1850/I).

ersten Unfallversicherungsvorlage indes nicht, dass diese Gesetzgebung lediglich einen ersten Schritt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter darstellt, daher insbesondere auch die Arbeiterschutzgesetzgebung weiter geführt werden muss.³⁹⁸

4.3.2. Die Linksliberalen

Unter den Motiven des Sozialversicherungsprojektes war dem auch nach Verabschiedung des Sozialistengesetzes fortzusetzenden Kampf um die Eindämmung der Sozialdemokratie ein prominenter Platz eingeräumt worden. Die staatliche Sozialpolitik in der vorgeschlagenen Version richtete sich aber ebenso gegen den Liberalismus, schließlich verfolgte sie dediziert andere Konzepte als die von liberalen Sozialreformern vorgeschlagenen,³⁹⁹ zudem war absehbar, dass die der Fürsorge des Staates überantworteten Arbeiter wohl kein Wählerreservoir für die liberalen Parteien darstellen würden.⁴⁰⁰

Wie die Sozialdemokraten, wie die Abgeordneten aus Elsass-Lothringen und den polnischen Gebieten Preußens fanden auch die Linksliberalen⁴⁰¹ in den vorgelegten Gesetzentwürfen allzu viele Gegensätze zu den eigenen Standpunkten, als dass sie die Sozialversicherung hätten befürworten können. Sie vertraten gegenüber den Vorlagen ihre liberalen Grundsätze, waren im Gegensatz zu den Nationalliberalen zu keinen Abstrichen an diesen Grundsätzen bereit⁴⁰² und stellten damit die schärfsten Kritiker der geplanten Sozialversicherung.⁴⁰³

Ausgehend von der Einsicht, dass ein Ausbau des Haftpflichtgesetzes⁴⁰⁴ auf genossenschaftlicher, die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitern befördernder Basis⁴⁰⁵ und unter

³⁹⁸ Franz Armand Buhl, 04.04.1889: „Ich nehme sogar keinen Anstand, auszusprechen, daß vielfach in Arbeiterkreisen [...] Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit, über Sonntagsarbeit, über die Länge des Arbeitstages, eine unmittelbar vielleicht stärkere Wirkung zur Befriedigung und Beruhigung haben würden [...] als die sozialpolitische Gesetzgebung, welche wir bislang erlassen haben“ (ebd., 1274/I).

³⁹⁹ Vgl. dazu Abschnitt II.1.2.2.3.

⁴⁰⁰ Vgl. Koch: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, 30. Die Stellungnahmen Bismarcks gegen den linken Liberalismus, den er für noch gefährlicher hielt als die Sozialdemokratie (vgl. etwa StBrt V/4 [1884], 482/I ff.; 501/I) sind außerordentlich zahlreich, lediglich ein Beispiel aus einer Reichstagsrede vom 09.05.1884: „Ich muß es ganz entschieden aussprechen, daß dieser Liberalismus meiner Ueberzeugung nach keine Zukunft hat, und daß ich es als die Aufgabe meines Lebens halte, als meine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber, diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Athemzug. (Bravo! rechts. Hört, hört! links.)“ (ebd., 500/I).

⁴⁰¹ Dazu rechnen die Abgeordneten der DFP, nach deren Abspaltung von der NLP auch die Abgeordneten der LV, welche sich im März 1884 mit ihren Kollegen von der DFP zur DFrP zusammenschlossen.

⁴⁰² Theodor Wilhelm Barth (DFrP), 18.06.1884: „[...] die Nationalliberalen stehen, wie wir, insofern auf dem Standpunkte, als sie alle wesentlichen Bestimmungen dieses Gesetzes in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse an und für sich für schlecht geregelt ansehen. [...] Nachdem sich nun herausstellt, daß keiner dieser Punkte in dem Sinne geregelt wird, wie wir es gemeinschaftlich gewünscht haben, erklären die Nationalliberalen trotzdem im voraus, daß sie das Gesetz auch in der mangelhaften Form annehmen wollen; sie erklären alles Einzelne für mangelhaft, aber das Gesamtne nehmen sie trotzdem an. Darin liegt der wesentliche Unterschied, der zwischen uns und der nationalliberalen Partei besteht.“ (StBrt V/4 [1884], 818/II).

⁴⁰³ Lothar Machtan und Hans-Jörg von Berlepsch betonten hingegen, die Linksliberalen seien nächst den Sozialdemokraten die schärfsten Kritiker der Sozialversicherungsvorlagen gewesen (vgl. Machtan/Berlepsch: Vorsorge oder Ausgleich – oder beides?, 273), doch sei im Gegensatz dazu darauf verwiesen, dass die Sozialdemokraten die staatssozialistische Basis der geplanten Sozialversicherung ausdrücklich begrüßten, während sich die Linksliberalen lediglich widerwillig mit dem (auch von der sozialdemokratischen Fraktion im Wesentlichen akzeptierten) Versicherungszwang anfreunden konnten.

⁴⁰⁴ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881: „Soweit das Gesetz sich mit unseren Bestrebungen, wie wir sie bisher verfolgt haben, deckt, soweit es eine Erweiterung der Haftpflicht [...] beabsichtigt, erachten wir den Gesetzentwurf [...] als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen und für weitere Verständigung“ (StBrt IV/4 [1881], 699/II).

Einschluss der privaten Versicherungsgesellschaften⁴⁰⁶ die bessere Alternative gegenüber der vorgeschlagenen Unfallversicherung sei, lehnte die überwiegende Mehrheit der Linksliberalen den Versicherungszwang⁴⁰⁷ ab, war diesbezüglich allerdings zu Zugeständnissen bereit.⁴⁰⁸ Eine strikte Opposition vertraten die Linksliberalen dagegen gegenüber Reichsversicherungsanstalt und Reichszuschuss,⁴⁰⁹ welche ihrer Meinung nach für eine zu weit gehende und daher zu ächtende Intervention des Staates⁴¹⁰ stehen. Die Linksliberalen geißelten darüber hinaus jegliche staatssozialistische Tendenz⁴¹¹ und stellten diesem Modell den „Nachtwächterstaat“ entgegen.⁴¹²

⁴⁰⁵ Max Hirsch (DFP), 15.05.1882: „Dies sind also sicher keine irgendwie beweisenden Thatsachen für die Ohnmacht der genossenschaftlichen Selbsthilfe [...] und für die Nothwendigkeit, den Zwang und die Bevormundung in ganz bedeutendem Maße zu verstärken. Also auf dem Boden der Genossenschaften können wir uns begegnen.“ (StBRt V/2 [1882/83], 205/II); Eduard Ebert (LV), 26.05.1883: „Beachten Sie und respektieren Sie doch das wahre korporative Leben, was sich in der That nur wirklich entwickeln kann, wenn es sich individuell gestaltet, soviel wie möglich.“ (ebd., 2571/II).

⁴⁰⁶ Arthur Eysoldt (DFP), 11.06.1881: „[...] daß ich in der That bedauere, daß seitens der Regierung so wenig Vertrauen zu unserem deutschen Unternehmungsgeist, zu unserer deutschen Solidität gehegt wird, wenn man [...] öffentlich bezweifelt, daß es möglich sei, in Deutschland im Wege der Privatversicherung diejenige Sicherheit zu gewähren, welche in anderen Staaten [...] thatsächlich die Versicherungsanstalten bieten. Es ist dies [...] kein Weg, wodurch der deutsche Kredit im Ausland gehoben wird“ (StBRt IV/4 [1881], 1645/II); Theodor Wilhelm Barth (DFrP), 16.06.1884: „Man hat, um dieses Todesurtheil der Privatversicherung zu motiviren, eine Reihe von Gründen aufgeführt, die in keiner Weise stichhaltig sind.“ (StBRt V/4 [1884], 757/II).

⁴⁰⁷ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881: „[...] auf der anderen Seite aber scheint uns die Nothwendigkeit eines Versicherungszwanges nicht nachgewiesen“ (StBRt IV/4 [1881], 699/II).

⁴⁰⁸ Ders., 19.04.1883: „Wer den Zwang allgemein zurückweist, würde ja zuletzt den Staatszwang überhaupt verwerfen. Es kommt nur auf das Maß an, darauf an, in welchem Maße man den Zwang für richtig hält.“ (StBRt V/2 [1882/83], 1967/I); Eduard Lasker (LV), 21.04.1883: „Der Zwang wird von den Liberalen keineswegs systematisch abgewiesen [...]. Und so glaube ich auch, dass es das Recht des Staates ist, den Einzelnen zu zwingen, daß er für diejenigen Fälle des Lebens, die häufig genug vorkommen und die unter eine Berechnung der Wahrscheinlichkeit gebracht werden können, aus seinem Tagelohn eine Versicherung nehme und so gegen schlechte Zeiten Vorsorge treffe. Daraus folgt aber für mich, daß durch dieses Gesetz so weit gegriffen, das heißt, daß der Zwang so weit ausgedehnt werden muß, als er überhaupt durchführbar ist.“ (ebd., 2026/II).

⁴⁰⁹ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881: „[...] und grundsätzlich verwerfen wir jedes Versicherungsmonopol, verwerfen wir die Reichsversicherungsanstalt und verwerfen wir eine Beitragsleistung aus Staats- oder Reichs- oder Kommunkassen“ (ebd., 699/II).

⁴¹⁰ Ders. (DFP), 02.04.1881: „Meine Herren, wir sind umgekehrt der Meinung, daß die eigene Thätigkeit, die Selbsthilfe und das eigene Streben auch auf diesem Gebiete das meiste thun, und daß der Staat überhaupt nur sehr ergänzend eintreten kann; daß er aber leicht viel mehr verderben als helfen kann.“ (ebd., 704/I); Ludwig Bamberger (DFrP), 15.03.1884: „Aus demselben Grunde, weshalb ich gegen das Eingreifen des Staates bin, weil es nämlich die freie Bethätigung der Menschen, nicht bloß aus Furcht vor Katastrophen, sondern auch aus wirklich menschlichem Triebe, aus Mitgefühl, aus Brüderlichkeit, – nennen sie es Christenthum oder Judenthum, Heidenthum, das ist mir ganz egal, [...] – gerade weil ich diese menschliche Wohlthätigkeit nicht unterdrücken will, weil auf der anderen Seite der stille Instinkt besteht, alles zu konzentriren und einen allgewaltigen alles absorbirenden Staat zu machen, deshalb kreuzen sich unsere Gesichtspunkte so durchaus, und deshalb sind wir so erpicht darauf, unseren Standpunkt festzuhalten.“ (StBRt V/4 [1884], 87/II f.).

⁴¹¹ Ders. (LV), 01.04.1881: „[...] indem die Reichsregierung hier [...] den Boden der sozialistischen Gesetzgebung der Sache und dem Bekenntniß nach betreten hat, hat sie einen großen bezeichnenden Schritt nicht bloß in der geschichtlichen, gesetzgeberischen Entwicklung Deutschlands, sondern vielleicht der ganzen Welt gethan, und ob wir das Gesetz annehmen oder nicht, es wird immer bedeutungsvoll bleiben, [...] daß dieses Prinzip hier von der deutschen Reichsregierung stabilisirt worden ist.“ (StBRt IV/4 [1881], 677/II).

⁴¹² Ders. (LV), 01.04.1881: „[...] ich will es einmal recht rund ausdrücken: Ich bin der Nachtwächter, ich habe nur dafür zu sorgen, daß die Ordnung im Staate erhalten wird, das übrige wird dem eigenen Triebe und der Initiative der Menschen überlassen. Meine Herren, ich bekenne ganz offen, daß ich, wenn man so die Gegensätze ironisch bezeichnen will, noch auf dem Standpunkt des Nachtwächterstaates stehe“ (ebd., 680/I).

Außerdem kritisierten die Linksliberalen das Umlageverfahren,⁴¹³ Arbeiterbeiträge zur Unfallversicherung,⁴¹⁴ sowie die Vernachlässigung von Unfallvermeidung und Arbeiterschutz, welche durch das Haftpflichtgesetz immerhin ansatzweise gefördert wurden.⁴¹⁵ Auch wenn sie ansonsten strikt gegen staatliche Interventionen votierten, sahen sie im Bereich des Arbeiterschutzes die Notwendigkeit staatlicher Vorgaben, Eingriffe und Kontrollen.⁴¹⁶ Überdies verwarfen die Linksliberalen die in der Unfall- und Krankenversicherung vorgesehenen korporativen Strukturen, da diese auf Zwang und nicht auf freiwilligem Zusammenschluss beruhten.⁴¹⁷ Nicht zuletzt monierten sie immer wieder die Widersprüche der vorgelegten Sozialversicherungsentwürfe, denen sie sämtlich ihre Zustimmung verweigerten, zu den Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit sowie zum herrschenden Wirtschaftssystem.⁴¹⁸

4.4. Die Sozialdemokraten

Obgleich sie an keiner der die Sozialversicherungsvorlagen beratenden Parlamentskommissionen beteiligt waren, haben sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten um die Vertretung der Interessen ihrer Klientel bemüht. Dabei konnten die Abgeordneten zwar nur wenige

⁴¹³ Theodor Wilhelm Barth (DFrP), 19.06.1884: „[...] das Umlageverfahren mit seiner Unsolidität, mit der Ueberwälzung von Verpflichtungen auf die Zukunft, das trägt alle Züge des richtigen Sozialismus, das verquickt Gegenwart und Zukunft mit einander, das macht es unmöglich, daß wir jemals [...] aus dem Sozialismus wieder herauskommen können, ohne daß das ganze deutsche Volk größten Schaden leidet.“ (StBrt V/4 [1884], 865/I).

⁴¹⁴ Ludwig Loewe (DFrP), 14.03.1884: „Wir haben jederzeit anerkannt, daß die Aufbringung der Lasten für die Entschädigung Sache des Betriebes sei, daß die Arbeitgeber mindestens in demselben Maße, in dem sie Interesse daran haben, für Unfälle an ihrem toten Betriebsmaterial aufzukommen, auch die Verpflichtung haben, für alle Unfälle, die den Arbeitern in ihren Etablissements zustoßen, aufzukommen“ (ebd., 66/II).

⁴¹⁵ Wilhelm Freund (DFP), 31.05.1881: „[...] dieses Haftpflichtgesetz [...] hat doch seine sehr segensreiche Wirkung gehabt; zunächst die [...], daß unter seiner Herrschaft die Betriebe im allgemeinen mit sehr großer Vorsicht geführt worden sind, daß von Seiten der Unternehmer Schutzmaßregeln in bedeutendem Umfang eingerichtet worden sind, dann die, daß die Arbeiter vorsichtiger geworden sind“ (StBrt IV/4 [1881], 1443/I).

⁴¹⁶ Vgl. Koch: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, 28.

⁴¹⁷ Eduard Lasker (LV), 16.05.1882: „Aber Genossenschaften zu fabrizieren zu einem Zwecke, welcher die hergestellten Formen nicht ausfüllen kann, ist ein Bemühen, welches das ganze Genossenschaftswesen in Verruf bringen kann und eine tragfähige Stütze nicht bietet.“ (StBrt V/2 [1882/83], 238/II); Max Hirsch (DFP), 27.04.1883: „*Ich will die Versöhnung zwischen beiden* [Arbeitgebern und Arbeitern; PE], *aber auf dem Boden der Gleichberechtigung* und nicht dadurch, daß äußerlich oder innerlich die Abhängigkeit, die Unterdrückung, Abhängigkeit des einen Theils durch den anderen stattfindet.“ (ebd., 2150/I); Eduard Ebert (LV), 26.05.1883: „Wenn mir schon die [...] zwangsweise Verschmelzung zu Verbänden für die nicht korporative Gemeindekasse hoch *bedenklich* erscheint, so ist es gegen die Natur einer *Korporation*, wenn sie gegen ihren Willen zusammengezwungen werden soll mit anderen [...] Elementen. [...] Gerade von *Ihrem* Standpunkt aus, der nicht der meinige ist, wonach Sie glauben, daß das korporative Leben gestärkt werden muß, sollten Sie vermeiden, daß derartige künstliche, in der That nur bürokratisch konstruierte Bildungen an die Stelle des frischen und lebendigen Lebens treten“ (ebd., 2570/II f.).

⁴¹⁸ Max Hirsch (DFP), 21.04.1883: „Meines Erachtens aber *widerspricht das Gesetz den Hauptgrundsätzen der liberalen Weltanschauung*. Es widerspricht in erster Linie dem heiligen Recht der Persönlichkeit, indem es ohne Noth tief eingreift in die freie Selbstbestimmung der Individuen in wichtigen Lebensinteressen. Es ist aber auch eine Verletzung des Prinzips der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung der Klassen, des allgemeinen Staatsbürgerthums, denn [...] dieses Gesetz [...] gilt nicht für alle Klassen [...]. Der Entwurf widerspricht aber auch der herrschenden wirthschaftlichen Ordnung, [...] indem er die Versicherung abhängig macht von dem Arbeitsverhältniß, ohne doch das letztere in seinem Bestande und seinem Einkommen irgendwie garantiren zu können.“ (ebd., 2017/II f.); Heinrich Rickert (DFrP), 04.04.1889: „Immer haben die Herren es mit der ‚Gerechtigkeit‘ zu thun. Aber bei der Frage, ob man die kleinen Handwerker, Grundbesitzer, Beamte zu Steuern für die Versicherten heranziehen soll, ohne daß denselben irgend ein Vorthail daraus erwächst, da sind die Herren nicht so konsequent, die Gerechtigkeitsfrage auszuwerfen.“ (StBrt VII/4 [1888/89], 1257/I).

Änderungen erreichen, dennoch gelang es der kleinen Fraktion⁴¹⁹ gelegentlich der Diskussionen im Plenum recht gut sich und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, zumal sie einen entscheidenden Teil der Urheberschaft an diesem Reformprojekt für sich beanspruchen konnten.⁴²⁰

Wie kaum verwundern dürfte, begrüßten die Sozialdemokraten die staatssozialistische Basis der Sozialversicherungsvorlagen ausdrücklich,⁴²¹ bemängelten lediglich, dass der vorgesehene Staatssozialismus nicht weit genug gehe.⁴²² Weitere Übereinstimmungen zwischen den Vorschlägen der Reichsleitung und den Auffassungen der sozialdemokratischen Fraktion bestanden im Versicherungszwang (jedoch nicht in den Zwangskassen der Krankenversicherung),⁴²³ im Ausschluss der privaten Versicherungsgesellschaften,⁴²⁴ in der geplanten Reichsversicherungsanstalt⁴²⁵ sowie im Umlageverfahren, das die Fraktion auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung einzuführen forderte.⁴²⁶

Wie die linksliberalen konnten sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Prinzip mit der in der Kaiserlichen Sozialbotschaft angekündigten genossenschaftlichen Organisation

⁴¹⁹ Die sozialdemokratische Fraktion umfasste lediglich neun (IV. Reichstag), zwölf (V. Reichstag) bzw. elf (VII. Reichstag) Abgeordnete (vgl. Schwarz: MdR, 820 f.).

⁴²⁰ August Bebel, 04.04.1881: „Meine Herren, das freut uns außerordentlich, denn damit ist ja bewiesen, daß wir die eigentlichen Urheber dieses Gesetzentwurfs sind“ (StBRt IV/4 [1881], 746/I f.); Ders., 30.03.1889: „[...] ohne die deutsche Sozialdemokratie bestände die deutsche Sozialreform nicht!“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1138/II).

⁴²¹ Wilhelm Liebknecht, 31.05.1881: „*Ohne den Sozialismus haben wir überhaupt keinen Staat!* Was ist denn der Staat? [...] entweder, Sie müssen den Staat ganz bei Seite werfen, oder der Staat ist die Verpflichtung der Gesamtheit, den Schwachen zu schützen gegen den Starken, die Beziehungen der Menschen zu einander zu regeln, für Wohlbefinden und Bildung die [sic!; PE] Individuen zu sorgen. Wenn das die Aufgabe des Staats *nicht* ist, dann hat der Staat überhaupt keine Existenzberechtigung [...] Bis jetzt hat der Staat [...] von dem sogenannten ‚armen‘ oder ‚kleinen‘ Mann bloß *gefordert*, bloß *genommen*, er hat ihn bluten lassen auf den Schlachtfeldern, bluten lassen an Steuern, – jetzt hat der Staat einzusehen, daß er auch einmal für den ‚armen‘ und ‚kleinen‘ Mann bluten muß. Sorgen Sie dafür, daß dieses Gesetz als Abschlagszahlung zu Stande kommt und daß weiteres geschieht. Sorgen Sie dafür, daß, was dem Volk, dem ‚armen Manne‘ in *Scheffeln* genommen ist, wenigstens *löffelweise* ihm wiedergegeben werde.“ (StBRt IV/4 [1881], 1455/I; 1457/I); Georg Wilhelm Hartmann, 15.06.1881: „Wir haben also die Ueberzeugung, daß der Staat nur eine heilige Pflicht erfüllt, wenn er seinen Angehörigen, die nicht im Stande sind, sich selbst zu helfen, seine starke Hand leiht. Es ist das die Bestimmung des Staates, und ich als Laie kann mir nichts anderes herausrechnen, was der Staat überhaupt bedeuten resp. für einen Zweck haben soll, als denjenigen, durch die Gesamtheit das zu erreichen, welches man als Einzelner zu erreichen nicht im Stande ist.“ (ebd., 1758/I).

⁴²² Karl Grillenberger, 20.04.1883: „Unter Sozialreform versteht man doch, daß grundstürzende Ideen mit hineingebracht werden. [...] es müssen Ideen zur Geltung gebracht werden, welche die heutige Gesellschaftsform auch *wirklich antasten*, welche dafür sorgen, daß namentlich die Klassen, die bis jetzt als benachtheilte selbst seitens der Regierungen anerkannt werden, eine andere bürgerliche Stellung erlangen, daß man denselben zugesteht, ihr habt ein *Recht*, zu *verlangen*, daß eure soziale Stellung eine *bessere* wird. Das ist annähernd das, was man unter Sozialreform verstehen könnte“ (StBRt V/2 [1882/83], 1998/I); Max Kayser, 30.04.1883: „[...] in dieser Idee nähert sich ja [...] die Regierungsauffassung außerordentlich der sozialistischen Auffassung. Auf das *Maß* kommt es eben an, und wir glauben, daß bei dieser Frage den Arbeitern kein genügendes Maß zugemessen worden ist.“ (ebd., 2218/I).

⁴²³ Karl Grillenberger, 20.04.1883: „Dabei will ich zu gleicher Zeit bemerken, daß, wenn wir auch Anhänger des Versicherungszwanges sind, wir doch keine Freunde von Zwangskassen sind.“ (ebd., 1997/I).

⁴²⁴ Ders., 20.06.1884: „[...] Ich gebe gern zu, daß *einige* Bestimmungen in dem Unfallversicherungsgesetz enthalten sind, die eine kleine Besserung der Lage gegen jetzt involviren. Es ist das vor allen Dingen der Umstand, daß die riesigen Prellereien und das über das Ohr Hauen der Arbeiter durch Privatversicherungsgesellschaften ein Ende nimmt.“ (StBRt V/4 [1884], 907/I).

⁴²⁵ August Bebel, 09.04.1889: „Und es war für uns eine große Genugthuung, als im ersten Entwurf für die Unfallversicherung die Reichsregierung diesen Gedanken einer Reichsversicherungsanstalt vor das Haus brachte.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1401/I).

⁴²⁶ Karl Grillenberger, 06.12.1888: „[...] sorgen Sie also lieber dafür, daß nicht so viel Kapitalien angesammelt werden, verwenden Sie die Gelder dafür, *höhere Renten* zu bezahlen“ (ebd., 159/II).

der Sozialversicherung einverstanden erklären, jedoch nicht mit der Umsetzung dieser Ankündigung in Gestalt der Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung, „diesen Kapitalistenzünften“⁴²⁷. Obwohl sie die Unfallversicherungsvorlagen als Fortschritt gegenüber dem Haftpflichtgesetz empfand,⁴²⁸ waren die Berufsgenossenschaften dennoch nicht der einzige Kritikpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Da sie in der Übernahme des Haftpflichttrisikos eine genuine Pflicht des Arbeitgebers sah, lehnte sie Arbeiterbeiträge zur Unfallversicherung ebenso ab wie (anfänglich) einen Reichszuschuss.⁴²⁹ Dagegen hielt die Fraktion einen Reichszuschuss zur Gemeindekrankenversicherung für überaus wünschenswert,⁴³⁰ schließlich forderte sie gleichzeitig den Verzicht auf Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung und damit auf die Mitsprache der Arbeitgeber bei der Kassenverwaltung.⁴³¹

Mit dem zur Invaliditäts- und Altersversicherung vorgesehenen Reichszuschuss erklärten sich die Sozialdemokraten im Grund einverstanden, verlangten jedoch, dass dieser weitaus höher als vorgesehen ausfallen müsse⁴³² und dafür auf Arbeiterbeiträge zu verzichten sei.⁴³³

Auch wenn sich die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mit ihren Hauptforderungen nicht durchsetzen konnten, schlugen sie dennoch nicht den Weg der Fundamentalopposition gegen die Sozialversicherungsvorlagen ein, sondern versuchten Änderungen zugunsten ihrer Klientel zu erreichen (Abschaffung von Karenzzeit und Fabrikkrankenstellen,⁴³⁴ Erhalt der Arbeiterausschüsse der Unfallversicherung,⁴³⁵ beitragsfreie Krankenversicherung für vorübergehend Arbeitslose⁴³⁶ etc.), was z. B. mit der Beteiligung von Arbeitern an den Schiedsgerichten der Alters- und Invaliditätsversicherung⁴³⁷ mitunter sogar gelang. Diese lediglich minimalen Verbesserungen der Vorlagen änderten indes nichts an der ablehnenden Haltung der

⁴²⁷ Ders., 20.06.1889 (ebd., 907/II).

⁴²⁸ Wilhelm Liebknecht, 31.05.1881: „[...] wenn wir hier zunächst die Frage uns vorzulegen haben: *Haftpflicht oder Unfallversicherung*, dann müssen wir erklären, indem wir uns auf den Boden des vorliegenden Gesetzentwurfs stellen: Unfallversicherung und zwar Versicherung für alle Unfälle ohne Ausnahme!“ (StBRt IV/4 [1881], 1454/I).

⁴²⁹ August Bebel, 04.04.1881: „Es würde allgemein als eine Ungerechtigkeit stärkster Art aufgefaßt werden, wenn die Arbeitgeber kämen und wollten Unglücksfälle an der Maschinerie [...] von Seiten der Arbeiter oder gar des Staates vergütet haben, nicht minder ungerecht ist es aber auch, wenn der Unternehmer den Anspruch erhebt und die Gesetzgebung ihn unterstützt, daß der Arbeiter, aus dessen Arbeitsleistungen er seinen Reichtum preßt, verpflichtet sein soll, für den möglichen Unfall, der den Arbeiter im Dienst und gewissermaßen zum Vortheil des Arbeitgebers trifft, die haftpflichtige Entschädigung zu einem Theile mit zu leisten habe.“ (ebd., 748/II).

⁴³⁰ Wilhelm Hasenclever, 23.04.1883: „Mich wunderte es [...] sehr, daß die Regierung nach unserem Vorschlag [...], der die Staatsunterstützung verlangt, nicht mit beiden Händen gegriffen hat. Wenn wir auch nicht der Regierung zu Liebe eine solche Brücke zum Unfallversicherungsgesetz geschlagen haben, so haben wir aber doch auch in dieses Gesetz wenigstens ein Gran sozialistischen Gedankens hineinbringen wollen“ (StBRt V/2 [1882/83], 2069/I f.).

⁴³¹ Karl Grillenberger, 20.04.1883: „Die Arbeiter erklären: wir wollen die Krankenkassenbeiträge selbst bezahlen, wollen aber auch nicht die Bevormundung, welche der Gesetzentwurf den Arbeitgebern einräumen will.“ (ebd., 1999/II).

⁴³² Ders., 06.12.1888: „[...] wir sind der Meinung, daß das Reich *viel mehr* zu leisten hat, als gegenwärtig projektirt wird“ (StBRt VII/4 [1888/89], 151/II); Paul Singer, 12.04.1889: „Dann wünschen wir, daß der Reichszuschuß erhöht wird“ (ebd., 1539/I).

⁴³³ Ders., 30.03.1889: „[...] das, was auf Grund eines solchen Gesetzes der arbeitenden Bevölkerung zugesichert wird, muß getragen werden von denjenigen Klassen, welche durch ihr Einkommen und ihren Besitz in der Lage dazu sind, deren Wohlstand durch die Arbeit der minder begüterten und besitzlosen Klassen, durch die Arbeit der Majorität des Volkes überhaupt erst möglich geworden ist.“ (ebd., 1127/I).

⁴³⁴ Vgl. StBRt V/2 (1882/83), 2062/II; ebd., 2161/II f.

⁴³⁵ Vgl. StBRt V/4 (1884), 1112/I.

⁴³⁶ Vgl. StBRt V/2 (1882/83), 2075/I f.

⁴³⁷ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 1456/I.

Sozialdemokraten gegen eine in ihren Augen zu eng greifende Sozialpolitik, was sie durch ihr Nein in den Schlussabstimmungen zum Ausdruck brachten.

4.5. Sonstige Gruppierungen

Neben den auf den vergangenen Seiten in ihren Positionen skizzierten Fraktionen der Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten und des Zentrums existierten im Reichstag weitere Gruppierungen, Splittergruppen und fraktionslose Abgeordnete, die ebenso wie die Sozialdemokraten nicht an den Kommissionen zur Beratung der Sozialversicherungsvorlagen beteiligt wurden, deren Haltung zur Sozialversicherung hier aber trotzdem wenigstens schlaglichtartig beleuchtet werden soll. Stellvertretend wird im Folgenden auf die beiden wichtigsten Gruppen eingegangen, die Vertreter des so genannten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie die Abgeordneten aus den preußischen Provinzen mit großen polnischen Bevölkerungsteilen.

4.5.1. Elsass-Lothringer

Die Positionen der größtenteils katholischen Abgeordneten aus Elsass-Lothringen sind denen der Zentrumsabgeordneten relativ ähnlich; Übereinstimmungen bestehen beispielsweise in der grundsätzlichen Akzeptanz einer obligatorischen Unfallversicherung als Verbesserung des ungenügenden Haftpflichtgesetzes⁴³⁸ sowie in der strikten Ablehnung von Reichsanstalt⁴³⁹ und Reichszuschuss⁴⁴⁰, worin die Elsass-Lothringer ebenfalls den Ausdruck eines überbordenden und grundsätzlich abzulehnenden Staatssozialismus sahen.⁴⁴¹ Der Vorlage zur Invaliditäts- und Altersversicherung verweigerten sie ausdrücklich wegen des Reichszuschusses und der staatssozialistischen Tendenz ihre Zustimmung.⁴⁴² Mit ihren Zentrumskollegen waren sie sich weiterhin einig in ihrer Forderung nach einer genossenschaftlichen Basis der Sozialversicherung, erklärten sich allerdings nicht mit der reichsweiten Ausdehnung der Unfallversicherungsges-

⁴³⁸ Landelin Winterer (bkF), 01.04.1881: „[...] allein das steht fest, daß [...] das Haftpflichtgesetz [...] dem peinlichen Nothstande der Betriebsunfälle nicht Abhilfe gebracht hat.“ (StBRt IV/4 [1881], 696/I).

⁴³⁹ Ders., 01.04.1881: „Hingegen [...] können wir [...] einer Reichsversicherungsanstalt nicht beistimmen“ (ebd.).

⁴⁴⁰ Charles Grad (PrP), 16.05.1882: „Wir wollen bei der Aufbringung der Mittel für die Versicherungen keinen Staatszuschuß“ (StBRt V/2 [1882/83], 234/I); Landelin Winterer (bkF), 04.04.1889: „Der Staat nimmt eine Verpflichtung auf sich, die er bis jetzt in *dieser Weise* niemals anerkannt hat; er macht sich mit dem Steuerzahler zum *direkten* Mitverpflichteten in der Frage der Versorgung der altersschwachen Arbeiter“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1263/I).

⁴⁴¹ Charles Grad (PrP), 16.06.1884: „Dann haben wir die Reichsgarantie. Diese will ich um keinen Preis; es liegt darin der Keim zum eigentlichen Staatssozialismus. Den Staatssozialismus im richtigen Sinne wollen wir Elsässer nicht haben. Wir wollen, daß die Industrie alles, was billig ist, selbst leistet und selbst verwaltet“ (StBRt V/4 [1884], 770/II); Landelin Winterer (bkF), 04.04.1889: „Der Staat [...] nimmt auf dem sozialen Gebiet eine ganz neue Stellung ein, er begnügt sich nicht mehr mit der Rolle des Beschützers des Rechts, des Beschützers der Schwachen, sondern er will mehr oder weniger der allgemeine Brodvater sein.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1263/I).

⁴⁴² Ders., 17.05.1889: „Wir sind ferner der Befürchtung, daß auch auf moralischem Gebiete die Vorlage bedenkliche Folgen haben kann und haben wird, weil sie eine Verschiebung der Verpflichtungen enthält, eine Verschiebung, die größtentheils nur auf Staatszwang beruht. Es ist mit vollem Recht gesagt worden, daß sie die Verpflichtungen abwälzt von dem Schuldigen auf den Nichtschuldigen. Endlich wird eines nicht ausbleiben: in Folge dieser Vorlage, wenn sie zum Gesetz wird, wird der Ruf – der jetzt schon so übertriebene Ruf – nach Staatshilfe noch viel mehr alles andere übertönen.“ (ebd., 1812/II).

nossenschaften einverstanden.⁴⁴³ Wenn sie sich von der Zentrumsfraktion abhoben, dann in ihrer Sympathie für private Versicherungsgesellschaften.⁴⁴⁴

Die Abgeordneten aus Elsass-Lothringen hatten großes Zutrauen in die Leistungsfähigkeit der Industrie, weshalb sie für das Kapitaldeckungsverfahren in der Unfallversicherung⁴⁴⁵ ebenso eintraten wie für die Übernahme der Unfallversicherungsprämien allein durch die Arbeitgeber,⁴⁴⁶ was sie im Übrigen auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung für möglich hielten.⁴⁴⁷

4.5.2. Polen

Die neben den Abgeordneten des Zentrums und der Elsass-Lothringer dritte katholische Gruppe im deutschen Reichstag bildeten die Abgeordneten polnischer Nationalität. Sie gehörten nicht zu den Wortführern während der Diskussion um die Sozialversicherungsvorlagen, doch wird ihre Position zu diesen Gesetzentwürfen dennoch nicht nur aufgrund ihrer Ablehnung der Unfall- und der Invaliditäts- und Altersversicherung sowie ihrer Zustimmung zur Krankenversicherung sichtbar.

Die polnischen Abgeordneten stimmten der staatlichen Sozialpolitik im Allgemeinen zu,⁴⁴⁸ konnten sich allerdings nicht mit allen grundsätzlichen Bestimmungen der Sozialversicherungsvorlagen einverstanden erklären. Sie lehnten die obligatorische Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung als unnötig ab⁴⁴⁹ und wandten sich gegen den Reichszu-

⁴⁴³ Ders., 16.05.1882: „An Stelle einer Reichsversicherungskasse tritt wohl die Versicherung durch Genossenschaften, aber nach dem Entwurfe haben sämtliche Betriebe einer Gefahrenklasse im ganzen Reiche unter sich die Beiträge für die Unfallversicherungen zu tragen. Ein Spinner oder Hüttenbesitzer im Elsaß soll zu den Entschädigungen von Unfällen in Betrieben in Schlesien herangezogen werden, ohne Rücksicht darauf, ob durch seine Vorrichtungen zur Verhütung von Unfällen [...] die Unfälle bei dem einen verhältnißmäßig weniger vorkommen, als es bei dem anderen der Fall ist.“ (StBRt V/2 [1882/83], 234/I); Charles Grad (PrP), 16.06.1884: „An Stelle der Berufsgenossenschaften hätten wir im Elsaß in industriellen Kreisen beantragt, Betriebsgenossenschaften zu setzen, wo sämtliche Industriezweige und Betriebe derselben Bezirke nach Gefahrenklassen zusammentreten.“ (StBRt V/4 [1884], 770/II).

⁴⁴⁴ Vgl. StBRt IV/4 (1881), 1504/I.

⁴⁴⁵ Charles Grad (PrP), 16.06.1884: „Die Deckung der Kosten betreffend, hätte ich an Stelle des Umlageverfahrens vorgezogen, die Kosten durch Kapital sofort zu decken. Zwar hat das System des Umlageverfahrens den Vortheil, in den ersten Zeiten der Industrie eine geringere Last aufzulegen; die Last wächst aber von Jahr zu Jahr.“ (StBRt V/4 [1884], 770/II).

⁴⁴⁶ Landelin Winterer (bkF), 01.04.1881: „Meine Herren, wer soll da die Prämienbeiträge entrichten? Ich nehme nicht Anstand, meine persönliche Ansicht offen auszusprechen: das wäre [...] am folgerichtigsten die Aufgabe der Betriebsunternehmer.“ (StBRt IV/4 [1881], 696/II); Charles Grad (PrP), 18.06.1884: „Nach meinem Dafürhalten ist die Unfallversicherung als Deckung des Risikos aus dem industriellen Betriebe anzusehen; deshalb soll die Versicherungsprämie [...] als ein Bestandtheil der Herstellungskosten [...] betrachtet werden.“ (StBRt V/4 [1884], 816/I).

⁴⁴⁷ Vgl. StBRt VII/4 (1888/89), 203/II.

⁴⁴⁸ Witold von Skarżyński, 21.04.1883: „[...] daß unser Standpunkt im allgemeinen diesen sozialen Reformen gegenüber durchaus kein negativer, sondern im Gegentheil ein sympatischer ist.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2033/I); Roman von Komierowski, 10.12.1888: „[...] der Charakter des ganzen Gesetzentwurfs stellt sich als ein weiteres Glied dar der Kette der sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten sieben Jahre, und als solches haben wir ihn freudig begrüßt“ (StBRt VII/4 [1888/89], 200/I).

⁴⁴⁹ Witold von Skarżyński, 21.04.1883: „[...] es gibt [...] Verhältnisse im Großherzogthum Posen und auch in Westpreußen, in welchen der Zwang zur Krankenversicherung [...] *widersinnig, weil dem Interesse der Arbeiter selbst gradezu widersprechend* wäre. In der überwiegenden Mehrzahl der Dominien nämlich, das heißt der größeren selbstständigen Gutsbezirke, hat jeder im Dienste des Dominium stehende Arbeiter *seit Jahrhunderten traditionell*

schuss.⁴⁵⁰ Da die polnischen Abgeordneten allen Zentralisierungstendenzen im Deutschen Reich skeptisch gegenüberstanden, forderten sie statt eines Reichsversicherungsamtes und einer staatlichen Aufsicht eine berufsgenossenschaftliche Organisation auch der Invaliditäts- und Altersversicherung.⁴⁵¹

den Anspruch auf freien Arzt und Apotheke sowie auf *vollen Gehalt* und *Naturallohn* in Krankheitsfällen.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2033/I).

⁴⁵⁰ Roman von Komierowski, 10.12.1888: „Wir gehen jedoch von dem Standpunkte aus, daß wir gegen den Reichsbeitrag absolut sind, wenigstens gegen einen *Reichsbeitrag auf die Dauer*.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 200/II).

⁴⁵¹ Ders., 10.12.1888: „Die ganze Sozialreform geht von dem Grundgedanken aus, Selbstständigkeit und Selbstverwaltung zu schaffen. [...] Mit der Selbstverwaltung sind wir einverstanden, mit der behördlichen Einwirkung weniger“ (ebd., 200/II f.).

5. Ausbau der Sozialversicherungsgesetzgebung bis zur Reichsversicherungsordnung (1911)

Mit dem dritten Sozialversicherungsgesetz, dem *Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung*, vom 22. Juni 1889, hatte die Sozialversicherungsgesetzgebung einen ersten vorläufigen Abschluss erreicht. Dennoch waren es nicht nur drei Gesetze, die zur Einführung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung erlassen wurden, sondern deren viele, welche im Folgenden bis zu einer Ergänzung des Krankenversicherungsgesetzes im Dezember 1892 aufgeführt sind.

Titel	Datum	RGBl	Bemerkungen
Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter	15.06.1883	1883, 73-104	
Unfallversicherungsgesetz	06.07.1884	1884, 69-111	
Bekanntmachung, betreffend die Unfallversicherung von Arbeitern und Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken	22.01.1885	1885, 13	Einbeziehung eines Teils der im Bauwesen beschäftigten Personen in die Unfallversicherung, für den die Versicherungspflicht noch nicht galt, gemäß Beschluss des Bundesrats nach § 1 Abs. 8 Unfallversicherungsgesetz
Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter	28.01.1885	1885, 5	Austritt von Mitgliedern eingeschriebener Hilfskassen gemäß § 75 aus den Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen wird ermöglicht
Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung	28.05.1885	1885, 159-164	Ausdehnung auf Verwaltungen von Post, Bahn und Armee, auf Baggerbetriebe, Speditionen, Güterumschlagbetriebe sowie die Binnenschifffahrt
Verordnung, betreffend die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamts	05.08.1885	1885, 255-262	
Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69) und die teilweise Inkraftsetzung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159)	25.09.1885	1885, 271 f.	Unfallversicherungsgesetz tritt am 01.10.1885 in Kraft, ebenso die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf die Verwaltungen von Post, Bahn und Armee
Verordnung über das Verfahren vor den auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten	02.11.1885	1885, 279-285	
Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriebsunfällen	15.03.1886	1886, 53-57	
Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen	05.05.1886	1886, 132-178	
Bekanntmachung, betreffend die Unfallversicherungspflicht von Arbeitern in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken	27.05.1886	1886, 190	Versicherungspflicht für Tischler, Schlosser, Einsetzer und Anschläger

Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung, vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159)	24.06.1886	1886, 205	Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf Baggereibetriebe, Speditionen, Güterumschlagbetriebe sowie die Binnenschifffahrt tritt am 01.07.1886 in Kraft
Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen	11.07.1887	1887, 287-306	
Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen	13.07.1887	1887, 329-373	
Verordnung, betreffend die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamts, sowie das Verfahren vor den auf Grund der Gesetze vom 5. Mai 1886 und vom 13. Juli 1887 errichteten Schiedsgerichten	13.11.1887	1887, 523 ff.	
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, vom 11. Juli 1887, und des Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen, vom 13. Juli 1887	26.12.1887	1887, 537	Gesetze treten am 01.01.1888 in Kraft
Bekanntmachung, betreffend die Unfallversicherung von Arbeitern und Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken	14.01.1888	1888, 1 f.	konkretisierender Beschluss des Bundesrates
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 für das Gebiet mehrerer Bundesstaaten	28.03.1888	1888, 125	Gesetz tritt am 01.04.1888 in Sachsen-Weimar-Eisenach, Waldeck, Pyrmont und Lübeck in Kraft, am 15.05.1888 in Württemberg und Schaumburg-Lippe
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886	23.05.1888	1888, 175	Gesetz tritt am 01.07.1888 in Mecklenburg-Schwerin in Kraft
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 für das Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen	26.06.1888	1888, 207	Gesetz tritt am 01.07.1888 dort in Kraft
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886	21.07.1888	1888, 217	Gesetz tritt am 01.10.1888 in Baden in Kraft, am 01.01.1889 in Bayern und Sachsen
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 für das Herzogthum Anhalt	02.10.1888	1888, 235	Gesetz tritt am 01.10.1888 dort in Kraft
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886	27.10.1888	1888, 237	Gesetz tritt am 01.01.1889 in Hessen, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Coburg-Gotha, Reuß ältere Linie und Bremen in Kraft

Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, vom 5. Mai 1886, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, für das Herzogthum Braunschweig	19.11.1888	1888, 289	Gesetz tritt am 01.01.1889 dort in Kraft
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886	17.12.1888	1888, 297	Gesetz tritt am 01.01.1889 in Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß jüngere Linie und Lippe in Kraft
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes vom 5. Mai 1886, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen	16.04.1889	1889, 51	Gesetz tritt am 01.05.1889 in Hamburg und Elsass-Lothringen in Kraft
Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung	22.06.1889	1889, 97-144	
Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes vom 5. Mai 1886, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen	30.09.1889	1889, 195	Gesetz tritt am 01.10.1889 in Sachsen-Meiningen in Kraft
Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung der §§ 18 und 140 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889	30.12.1889	1890, 1	§§ 18 und 140 treten mit dem Tag der Verkündigung dieser Verordnung (02.01.1890) in Kraft
Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889	25.11.1890	1890, 191	Gesetz tritt am 01.01.1891 in Kraft
Verordnung, betreffend das Verfahren vor den auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten	01.12.1890	1890, 193-202	
Gesetz, betreffend die Abänderung des § 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes	08.06.1891	1891, 337 f.	Konkretisierung der Übergangsbestimmung für Versicherte über 40 Jahren
Bekanntmachung, betreffend die Erstreckung der Versicherungspflicht nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze auf die Hausgewerbetreibenden der Tabackfabrikation	16.12.1891	1891, 395-398	
Bekanntmachung, betreffend die Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung	24.12.1891	1891, 399-402	Anordnungen des Bundesrates zur Befreiung vorübergehender Beschäftigten von der Versicherungspflicht sowie zur Entwertung und Vernichtung von Beitragsmarken
Gesetz über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883	10.04.1892	1892, 379-465	
Gesetz, betreffend die Abänderung des § 87 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 und des § 95 des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886	16.05.1892	1892, 665	Bestellung von Stellvertretern für die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes
Gesetz, betreffend die Einführung des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes	14.12.1892	1892, 1049	Übergangsfrist für Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen, Bescheinigungen nach § 75a Krankenversicherungsgesetz beizubringen

Dieser Liste lässt sich neben der Einsicht, dass große Gesetzesprojekte zu ihrer Einführung weiterer kleinerer Gesetze und Verordnungen bedürfen, auch der Beweis dafür entnehmen, dass die Reichsleitung nach einer behutsamen Einführung der Sozialversicherung im beschränkten Rahmen relativ rasch versuchte denselben auf weitere Berufsgruppen auszudehnen. Nicht zuletzt ist auffällig, dass trotz ausführlichster Diskussionen der Gesetzentwürfe in den dafür vorgesehenen Gremien schon bald nach ihrem Inkrafttreten Änderungen notwendig wurden. Auf diese soll indes nicht weiter eingegangen werden, vielmehr die Weiterentwicklung, d. h. der Ausbau der Sozialversicherung von der Verabschiedung der Gesetze von 1883, 1884 und 1889 bis zur Reichsversicherungsordnung von 1911 nachgezeichnet werden. Diese stellte gewissermaßen der Schlusspunkt staatlicher Sozialpolitik vor dem Ersten Weltkrieg dar, wofür der Wahlsieg der SPD vom 12. Januar 1912, in erster Linie aber wohl die Abwehrfront von Schwerindustrie, Großlandwirtschaft und Mittelstand gegen eine Fortführung der Sozialpolitik verantwortlich zeigten.⁴⁵²

Bereits in der obigen Übersicht enthalten sind die noch vor dem Zustandekommen der Invaliditäts- und Altersversicherung verabschiedeten Ausdehnungen der Unfall- und der Krankenversicherung, auf die im Folgenden nochmals eingegangen wird.

5.1. Unfallversicherung

Nicht einmal sechs Monate vergingen seit der Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes, bis dasselbe seine erste Änderung erfuhr: Die *Bekanntmachung, betreffend die Unfallversicherung von Arbeitern und Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken*⁴⁵³, vom 22. Januar 1885 informierte über einen Bundesratsbeschluss, durch welchen neben den bereits versicherungspflichtigen Bauarbeitern weitere in diesem Gewerbe tätige Berufsgruppen in die Unfallversicherung einbezogen wurden. Die zweite Erweiterung wurde noch im selben Jahr durch das *Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung*⁴⁵⁴ vom 28. Mai 1885 vollzogen, welches die Versicherungspflicht auf bestimmte Verwaltungsmitarbeiter sowie auf Teile der im Transportwesen Beschäftigten ausdehnte.

Nachdem die Bestimmungen der Unfallversicherung durch das *Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriebsunfällen*⁴⁵⁵, vom 15. März 1886 auf diese Personengruppen übertragen worden waren, erfuhr die Unfallversicherung mit dem *Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen*⁴⁵⁶, vom 5. Mai 1886 ihre bedeutendste Erweiterung. Bald darauf folgten mit der *Bekanntmachung, betreffend die Unfallversiche-*

⁴⁵² Vgl. Saul: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland, 188.

⁴⁵³ RGBI 1885, 13.

⁴⁵⁴ Ebd., 159-164 (auch als *Ausdehnungsgesetz* bekannt).

⁴⁵⁵ RGBI 1886, 53-57.

⁴⁵⁶ Ebd., 132-178. Vgl. dazu auch Zeller: Das Reichsgesetz über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. Bereits am 30.01.1881 hatte eine Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrates für das Reichsamt des Innern (abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, Nr. 192) eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Landarbeiter vorgeschlagen, um die Landflucht einzudämmen.

*rungspflicht von Arbeitern in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken*⁴⁵⁷, vom 27. Mai 1886 bzw. dem *Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen*⁴⁵⁸, vom 11. Juli 1887 sowie dem zwei Tage später ausgefertigten *Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen*⁴⁵⁹, weitere Ausdehnungen.

Nachdem 1895 ein Gesetzentwurf, nach welchem alle bislang nicht versicherungspflichtigen Arbeiter in die Unfallversicherung einbezogen werden sollten, nicht im Reichstag eingebracht worden war, erfolgte durch das *Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze*⁴⁶⁰, vom 30. Juni 1900 eine bedeutende Ausdehnung der Versicherungspflicht, außerdem wurden die Schiedsgerichte mit denen der Invalidenversicherung zusammengelegt. Vom selben Tag datiert das *Gesetz, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene*⁴⁶¹. Das *Unfallfürsorgegesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes*⁴⁶² vom 18. Juni 1901 glich die Bestimmungen für diese Gruppe denen der Unfallversicherung weiter an. Die *Reichsversicherungsordnung*⁴⁶³ vom 19. Juli 1911 bestimmte schließlich eine erneute Erweiterung des Versicherungskreises.⁴⁶⁴

Im Jahr 1914 hatte die gesetzliche Unfallversicherung einen Bestand von fast 28 Millionen Versicherungen bei einer Million Empfängern von Renten, Kranken- oder Sterbegeld.⁴⁶⁵

5.2. Krankenversicherung

Das Krankenversicherungsgesetz wurde bereits reichlich anderthalb Jahre nach seiner Verabschiedung das erste Mal durch das *Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter*⁴⁶⁶, vom 28. Januar 1885 geändert, allerdings handelte es sich hierbei lediglich um eine Klarstellung bezüglich der Behandlung von Mitgliedern eingeschriebener Hilfskassen. Seine erste substantielle Erweiterung erfuhr das Krankenversicherungsgesetz durch das *Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung*⁴⁶⁷ vom 28. Mai desselben Jahres, welches die Versicherungspflicht auf bestimmte Verwaltungsmitarbeiter sowie auf Teile der im Transportwesen Beschäftigten ausdehnte. Anders, als dessen Titel es vermuten lässt, brachte das *Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen*⁴⁶⁸, vom 5. Mai 1886, welches zwar eine grundsätzliche Unfallversicherungspflicht für diese Gruppe einführte, die bislang lediglich auf entsprechenden Beschluss der Kommunalbehör-

⁴⁵⁷ RGBI 1886, 190.

⁴⁵⁸ RGBI 1887, 287-306.

⁴⁵⁹ Ebd., 329-373.

⁴⁶⁰ RGBI 1900, 335-535.

⁴⁶¹ Ebd., 536-545.

⁴⁶² RGBI 1901, 211-216.

⁴⁶³ RGBI 1911, 509-838. Vgl. dazu Rother: Die Reichsversicherungsordnung 1911; Stolleis: Historische Grundlagen, 263-266.

⁴⁶⁴ Vgl. Kleeis: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, 127 f.; 137; 207.

⁴⁶⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, 221.

⁴⁶⁶ RGBI 1885, 5.

⁴⁶⁷ Ebd., 159-164 (auch als *Ausdehnungsgesetz* bekannt).

⁴⁶⁸ RGBI 1886, 132-178. Vgl. dazu auch Zeller: Das Reichsgesetz über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen.

den bestehende Krankenversicherungspflicht indes weit gehend unangetastet ließ, keine weitere Ausdehnung der Krankenversicherung.⁴⁶⁹

Grundlegend verändert wurde die Krankenversicherung durch das *Gesetz über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883*⁴⁷⁰, vom 10. April 1892. Es beseitigte die Vorrechte eingeschriebener Hilfskassen, ermöglichte die Partizipation nicht versicherter Familienangehöriger an den Leistungen der Versicherung, erweiterte abermals den Versichertenkreis, gleichzeitig aber auch die Möglichkeiten einer Befreiung vom Versicherungszwang und enthielt ansonsten vielerlei Korrekturen an der Organisation der Krankenversicherung.⁴⁷¹

Die Stellung der Hausgewerbetreibenden zur Krankenversicherung veränderte das *Gesetz, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes*⁴⁷², vom 30. Juni 1900, das *Gesetz, betreffend weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes*⁴⁷³, vom 25. Mai 1903 brachte die Verlängerung der Mindestbezugszeit der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen, womit eine schmerzhaft empfundene Lücke zur Invalidenversicherung geschlossen wurde.⁴⁷⁴

Die *Reichsversicherungsordnung*⁴⁷⁵ vom 19. Juli 1911 schaffte schließlich die Gemeindekrankenkassen zugunsten von Ortskrankenkassen ab und erweiterte noch einmal den Kreis der Versicherungspflichtigen, nun auch auf die Land- und Forstarbeiter. Außerdem wurden verschiedene Maßnahmen zur Eindämmung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Kassenverwaltung getroffen.⁴⁷⁶

Im Jahr 1914 hatte die gesetzliche Krankenversicherung 15,6 Millionen Mitglieder.⁴⁷⁷

5.3. Invaliditäts- und Altersversicherung

Wie bei den anderen beiden Sozialversicherungsgesetzen wurden auch an der Invaliditäts- und Altersversicherung bereits kurz nach deren Verabschiedung erste Veränderungen vorgenommen, so musste etwa durch das *Gesetz, betreffend die Abänderung des § 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes*⁴⁷⁸, vom 8. Juni 1891 bereits kurz nach Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes der genannte Paragraph modifiziert werden. Mit der *Bekanntmachung, betreffend die Erstreckung der Versicherungspflicht nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz auf die Hausgewerbetreibenden der Tabackfabrikation*⁴⁷⁹, vom 16. Dezember 1891, der *Bekanntmachung, betreffend die Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung*⁴⁸⁰, vom 24. Dezember 1891 sowie der *Bekanntmachung, betreffend die*

⁴⁶⁹ Vgl. Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 102 f.

⁴⁷⁰ RGBI 1892, 379-416. Vgl. dazu auch Hilse: Die Aufgaben der Krankenkassennovelle zur Abstellung der infolge Wechselbeziehung der Kranken-, Unfall, Alters- und Invalidenversicherung hervortretenden Mängel und Lücken.

⁴⁷¹ Vgl. Kleeis: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, 108 f.

⁴⁷² RGBI 1900, 332 f.

⁴⁷³ RGBI 1903, 233-239.

⁴⁷⁴ Vgl. Kleeis: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, 109 f.

⁴⁷⁵ RGBI 1911, 509-838.

⁴⁷⁶ Vgl. Ritter: Sozialversicherung in Deutschland und England, 57; Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 113.

⁴⁷⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, 219.

⁴⁷⁸ RGBI 1891, 337 f.

⁴⁷⁹ Ebd., 395-398.

⁴⁸⁰ Ebd., 399-402.

*Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie*⁴⁸¹, vom 1. März 1894 wurde die Versicherungspflicht auf weitere Berufsgruppen ausgedehnt, zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung erfuhr die Invaliditäts- und Altersversicherung durch das *Invalidenversicherungsgesetz*⁴⁸² vom 13. Juli 1899 eine grundlegende Überarbeitung. So wurden etwa die inzwischen bereits sehr differenzierten Vermögensverhältnisse der 31 Landesversicherungsanstalten durch Ausgleichsmaßnahmen ansatzweise zu nivellieren versucht, die Versicherungspflicht wurde ebenso erweitert wie die Möglichkeiten der freiwilligen Versicherung, eine fünfte Lohnklasse wurde eingeführt, der Titel des Gesetzes entsprechend seines zuvörderst auf die Invaliden-, nur sekundär auf die Altersversicherung zielenden Inhalts geändert.⁴⁸³

Dass die Hinterbliebenenversorgung als integraler Bestandteil der Alters- und Invaliditätsversorgung zu betrachten sei, hatte bereits der Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung,⁴⁸⁴ vom 22. November 1888 anerkannt, diesen Sektor aber aus praktischen Gründen vorerst ausgeklammert.⁴⁸⁵ Es sollte vierzehn Jahre dauern, bis ein weiterer Schritt zur Etablierung der Witwen- und Waisenversicherung unternommen wurde: Nach Protest der christlichen Gewerkschaften gegen den geplanten neuen Zolltarif, der die Arbeiterhaushalte schwer belasten würde, stimmten Zentrumsfraktion, Freisinnige und Sozialdemokraten dem *Zolltarifgesetz*⁴⁸⁶ vom 25. Dezember 1902 nur unter der Bedingung zu, dass die Erträge der Zollerhöhungen für eine künftige Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden würden, was im § 15 des Zolltarifgesetzes festgeschrieben wurde. Eingeführt wurde diese Versicherung dann aber doch erst im Rahmen der *Reichsversicherungsordnung*⁴⁸⁷ vom 19. Juli 1911. Sie begründete einen Rentenanspruch ausschließlich für solche Witwen, deren verstorbener Mann einen eigenen Invalidenrentenanspruch erworben hatte und die keine selbst erworbene Rente bezogen. Die ausgezahlten Witwenrenten waren mit 30 Prozent der Rente des verstorbenen Mannes⁴⁸⁸ zuzüglich eines Reichszuschusses von jährlich 50 Mark (die Waisenrente betrug die Hälfte der Witwenrente) nicht eben üppig und genügten noch weniger als die Leistungen der Invaliditätsversicherung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes, was allerdings auch nicht beabsichtigt war, verstanden sich doch bereits die Leistungen aus der Invaliditäts- und Altersversicherung lediglich als Zuschuss.⁴⁸⁹

⁴⁸¹ RGBI 1894, 324-328.

⁴⁸² RGBI 1899, 393-531.

⁴⁸³ Vgl. Hartig: Alterssicherung in der Industrialisierung, 206; 212; 220 f.; 226 ff.; Kleeis: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, 145.

⁴⁸⁴ StBRt/A VII/4 (1888/89), Nr. 10 (teilweise abgedruckt in Quellensammlung GDS, Abt. II, Bd. 6, Nr. 89).

⁴⁸⁵ „Bevor an die Lösung der Aufgabe selbst herangetreten werden konnte, handelte es sich zunächst um die Vorfrage, ob mit der Fürsorge für alte und erwerbsunfähige Arbeiter gleichzeitig die Fürsorge für die *Wittwen und Waisen* verstorbener Arbeiter zu regeln sei. Diese Frage hat aus praktischen Gründen verneint werden müssen. Es wird sich empfehlen, die Regelung der Wittwen- und Waisenversorgung zunächst noch auszusetzen“ (StBRt/A VII/4 [1888/89], 49/I).

⁴⁸⁶ RGBI 1902, 303-441.

⁴⁸⁷ RGBI 1911, 509-838.

⁴⁸⁸ Witwenrenten waren lediglich für den nicht eben häufigen Fall von erwerbsunfähigen Männern, deren verstorbene Frau einen eigenen Rentenanspruch erworben hatte, vorgesehen (vgl. Hartig: Alterssicherung in der Industrialisierung, 260, FN 97).

⁴⁸⁹ Vgl. ebd., 252-263; Frerich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, 114; Ellerkamp: Die Frage der Witwen und Waisen 198-206; Ritter: Sozialversicherung in Deutschland und England, 56; Saul: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland, 186; Rückert: Entstehung und Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, 31; 34; vgl. dazu auch Dreher: Die Entstehung der Arbeiterwitwenversicherung in Deutschland.

Ebenfalls 1911 wurde durch das *Versicherungsgesetz für Angestellte*⁴⁹⁰ vom 20. Dezember 1911 eine eigenständige Renten- und Hinterbliebenenversicherung für die zahlenmäßig wachsende, gut organisierte und damit auch politisch immer bedeutender werdende Gruppe der Angestellten eingeführt und dafür ein separater Versicherungsträger auf Reichsebene geschaffen. Wohl nicht zuletzt um die Angestellten von den Arbeitern abzuheben und damit von der Arbeiterbewegung fernzuhalten, gingen die Leistungen der Angestelltenversicherung erheblich über die der bestehenden Rentenversicherung (in welcher etwa drei Viertel der Angestellten, nämlich alle mit einem Jahreseinkommen von bis zu 2000 Mark bereits versichert waren) hinaus, beispielsweise lag die Altersgrenze für den Bezug einer Alterspension hier bei 65 statt bei 70 Jahren, für die Zahlung einer Invalidenpension genügte eine Berufsunfähigkeit von 50 Prozent statt von zwei Dritteln. Dafür entfiel für die Angestelltenversicherung der Staatszuschuss, was zu entsprechend höheren Beiträgen für die Angestellten und deren Arbeitgeber führte.⁴⁹¹

Im Jahr 1914 hatte die Invaliditäts- und Altersversicherung einen Bestand von 1,2 Millionen Renten.⁴⁹²

⁴⁹⁰ RGBI 1911, 989-1061.

⁴⁹¹ Vgl. Ritter: Sozialversicherung in Deutschland und England, 58 f.; Eichenhofer: Die Sozialversicherung – Hinterlassenschaft Bismarcks, 31; Conrad: Vom Greis zum Rentner, 256 ff.; Kleeis: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, 146-156; vgl. dazu auch Bichler: Die Formierung der Angestelltenbewegung im Kaiserreich und die Entstehung des Angestelltenversicherungsgesetzes von 1911.

⁴⁹² Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, 221.

6. Zusammenfassung

Im hiermit abschließenden Kapitel ist gezeigt worden, auf welche Wurzeln die Sozialversicherungsgesetzgebung zurückzuführen ist, welche herausragenden Personen konzeptionell an ihr mitwirkten und wie der Prozess der Gesetzgebung selbst ablief. Anhand der umfangreichen Schilderungen lassen sich bereits Anspruch und Bedeutung dieses Projektes ablesen. Nicht nur wurde hier auf ein drängendes Problem mittels eines originellen Ansatzes zu reagieren versucht, es wurde über weite Strecken sozialpolitisches Neuland betreten und (damit) nicht zuletzt ein enormer Kraftakt bei der Erarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung des Sozialversicherungswerks vollbracht.

Ausgehend von der Einsicht, dass die sich seit Jahrzehnten immer hörbarer stellende soziale Frage nicht zuletzt auch einer Antwort des Staates harre, konfrontiert mit einer Vielzahl sozialpolitischer und sozialreformerischer Lösungsansätze und diesbezüglichen Aufforderungen, wurde (nicht nur) in der preußischen Regierung in den 1860er, 1870er Jahren damit begonnen, vorhandene Erfahrungen aus den Bereichen Armenwesen, Arbeiterschutz, Haftpflicht und Kassenwesen weiterzuentwickeln und an die neuen Herausforderungen der industriellen Gesellschaft mitsamt ihren Auswirkungen auf Landwirtschaft und Handwerk anzupassen. Auch nach der deutschen Einigung wurde diese Politik fortgesetzt und erfuhr ihre stärksten Prägungen durch Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck.

Bismarck drückte der Sozialpolitik Preußens und des Reichs deutlich sichtbar seinen Stempel auf. Er wehrte alle Bemühungen um eine vertiefte staatliche Arbeiterschutzpolitik als Angriff auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ab, aus demselben Grund ließ er gemeinsam mit dem Bundesrat die erste Unfallversicherungsvorlage scheitern, da der Reichstag den vorgesehenen Reichszuschuss aus der Vorlage gestrichen hatte. Eine zweite grundlegende Forderung Bismarcks an die Sozialversicherungsvorlagen war der Verzicht auf übermäßige Belastungen der Arbeiter, insbesondere bei der Unfallversicherung sollten Arbeiterbeiträge mittels des Reichszuschusses vermieden werden. Es ist sicherlich nicht abwegig zu vermuten, dass der Kanzler, nachdem er sich durch die Pariser Kommune darüber hatte belehren lassen, dass die Arbeiter nicht als politische Verbündete gewonnen werden können, sie wenigstens durch staatliche Wohltaten zu besänftigen und in die Gesellschaft zu integrieren versuchen wollte, um sie nicht zuletzt auch gegen Umsturzgelüste zu immunisieren.⁴⁹³ Daher rührte die starke Fixierung Bismarcks auf die Fürsorgepflicht des Staates für bedürftige Arbeiter, die ihm aus Abgeordnetenkreisen immer wieder und mit Recht vorgehalten wurde, schließlich käme nach Ansicht vieler Parlamentarier diese Fürsorgepflicht auch (wenn nicht in erster Linie oder sogar ausschließlich) dem Arbeitgeber, der Familie, der Kommune und der Kirche zu.⁴⁹⁴

⁴⁹³ So z. B. Karl Erich Born und Thomas Nipperdey (vgl. Born: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs, 124; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, 337 f.).

⁴⁹⁴ Nicht zuletzt auch bei dieser zweifelsohne auf „konservativ-christliche, junkerlich-patriarchalische Traditionen“ (ebd., 338) zurückgehenden Fürsorgepflicht, die Bismarck anerkannte, aber von den ursprünglich dazu berufenen Institutionen auf den Staat übertrug, setzten viele Erörterungen über Bismarcks Religiosität an (vgl. etwa Baumgarten: Bismarcks Glaube; Ders.: Bismarcks Religion; Seeberg: Das Christentum Bismarcks). Mit Lucian Hölscher (vgl. Hölscher: „Die Legende vom frommen Reichsgründer Bismarck“, 180 f.) zweifelt der Autor an der Rekonstruierbarkeit einer wie auch immer gearteten religiösen Persönlichkeit anhand überlieferter Aussagen und hat sich daher hier auf die Darstellung der politischen Impulse Bismarcks auf die Genese der Sozialversicherung konzentriert. Hölscher folgend, möchte er im anschließenden Kapitel Funktion und Wirkung religiöser Äußerungen im Kontext politischer Konstellationen aufzuzeigen versuchen.

Diesen Bismarckschen Plänen wohnte eine deutliche antiliberale Stoßrichtung inne, sollte doch die Arbeiterschaft davon überzeugt werden, „daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei“⁴⁹⁵ – und nicht etwa durch genossenschaftliche Selbsthilfe mündig und selbstbestimmt ihre wirtschaftliche (und sittliche) Lage zu verbessern suchen.⁴⁹⁶ Neben dieser antiliberalen haftete der Bismarckschen Sozialpolitik auch eine antiparlamentarische Komponente an, waren doch die der Unfallversicherung zugrunde liegenden, für die Invaliditäts- und Altersversicherung ursprünglich ebenfalls vorgesehenen, in der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881 angekündigten „korporative(n) Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“⁴⁹⁷ quasi der Versuchsballon für eine neue Form politischer Meinungsbildung und Partizipation.

Wenn sich die Attribuierung der Sozialversicherungspolitik als eine Bismarcksche durchgesetzt hat, dann also keineswegs zu Unrecht, hat der Reichskanzler doch nicht nur eigene Interessen verfolgt und Pläne entwickelt, er hat sie zudem konsequent zu verwirklichen versucht und ist dabei recht erfolgreich gewesen.⁴⁹⁸ Dieser Umstand darf allerdings nicht den Blick darauf verstellen, dass Bismarck die Sozialversicherung nicht allein konzipiert, geprägt und durchgesetzt hat. Neben dem Kanzler wussten Regierungsbeamte Preußens bzw. des Reichs, allen voran Theodor Lohmann, entscheidende Impulse zu geben, des Weiteren Industrielle wie etwa Louis Baare oder George Ferdinand Beutner und Wissenschaftler wie Albert Schäffle. Insbesondere bei der Ablehnung der ersten Unfallversicherungsvorlage und der Erstellung der Vorlage für die Alters- und Invaliditätsversicherung haben Vertreter der deutschen Bundesstaaten in der Sozialversicherungspolitik unübersehbare Spuren hinterlassen, stellvertretend für die Bevollmächtigten der Einzelstaaten sei hier lediglich Robert Landmann erwähnt. Schließlich waren es die Reichstagsabgeordneten, die als Mitglieder der beratenden Parlamentskommissionen, als Plenumsredner oder als Angehörige informeller Kreise die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe in ihrem Sinne zu prägen versuchten und sich damit oft durchsetzen konnten. Angesichts der Vielzahl der beteiligten Parlamentarier möchte der Autor hier auf die Nennung von Namen verzichten.

Die Sozialversicherung war demnach nicht allein, vielleicht noch nicht einmal in erster Linie das Verdienst Bismarcks, sondern vielmehr das Werk unterschiedlichster Personen und Gruppierungen samt ihren spezifischen Interessen und Möglichkeiten der Einflussnahme und als solches ein typischer politischer Kompromiss, der am Ende von den Bismarckschen Vorstellungen doch recht weit entfernt war.

Zu fragen wäre abschließend noch einmal, weshalb sich letztlich gerade das Modell der Sozialversicherung durchsetzte, sich durchsetzen ließ, schließlich stand es auf den Agenden der sozialreformerischen bzw. sozialpolitischen Ideengeber nicht eben an erster Stelle. Der Autor sieht für dessen nur auf den ersten Blick überraschende Karriere mehrere Gründe. Erstens ge-

⁴⁹⁵ Aus der Begründung des ersten Unfallversicherungsentwurfs (StBRt/A IV/4 [1881], 228/I).

⁴⁹⁶ Friedrich Naumann meinte dazu später: „Und neben dem Ausnahmegesetz trägt Bismarck der Sozialdemokratie gegenüber die Idee der staatssozialistischen Hilfe vor, den Gedanken des christlichen Staates, der durch korporative Einrichtungen die Schwachen stützen müsse, wie es in der Kundgebung Kaiser Wilhelms I. vom Jahre 1881 ausgesprochen wird. Diese *staatssozialistischen Gedanken* waren dem alten Liberalismus genau so fremd, wie ihm jene Zölle auf Lebensmittel waren, die Bismarck in Vorschlag brachte. Freundschaft mit dem Zentrum, Ausnahmegesetz und Staatssozialismus, das war das, was in kurzer Frist von der einen gewaltigen Hand Bismarcks auf den Liberalismus geworfen wurde.“ (Naumann: Die politischen Parteien, 28 f.).

⁴⁹⁷ StBRt V/1 (1881/82), 2/II.

⁴⁹⁸ Zur nach Bismarcks Entlassung und erst recht nach seinem Tod einsetzenden Überhöhung des Bismarckschen Anteils am Zustandekommen der Sozialversicherung vgl. Reidegeld: Schöpfermythen des Wilhelminismus, 269-275.

hörten Versicherungen in Form gewerblicher Unterstützungskassen, privater Lebens- und Haftpflichtversicherungen, obrigkeitlicher Feuerversicherungen etc. bereits zum Repertoire der Absicherung gegen verschiedene Bedrohungen und Risiken des Erwerbs- und Privatlebens, sodass deren Weiterentwicklung zur Sozialversicherung alles andere als undenkbar war, zumal eine solche Sozialversicherung mit den Knappschaften für einen Berufszweig bereits existierte. Weiterhin stellte die Sozialversicherung eine Art Mittelweg dar zwischen liberaler genossenschaftlicher Selbsthilfe und reiner Staatsfürsorge z. B. in Gestalt von auf alleiniger Staatsfinanzierung beruhenden Systemen, wie Bismarck ursprünglich für die Invaliditäts- und Altersversicherung angestrebt hatte. Insofern markiert das Sozialversicherungsmodell einen Ort, an dem sich widerstreitende Positionen treffen konnten, an dem Verständigung möglich war. Nicht zuletzt bot dieses recht offene Modell relativ viel Spielraum für die verschiedenen an der Verwirklichung des Sozialversicherungsprojekts beteiligten Gruppen, ihre Vorstellungen wenigstens teilweise einbringen und verwirklichen zu können. Eine solche integrative Potenz kann dem Sozialversicherungsmodell schwerlich abgesprochen werden, lassen sich doch in der letztlich verwirklichten Version staatssozialistische Elemente (Reichszuschuss) ebenso identifizieren wie liberale (Berufsgenossenschaften), zentralistische (Reichsversicherungsamt) wie partikularistische (Landesversicherungsanstalten).

Vergleicht man die Positionen der Reichstagsabgeordneten als Repräsentanten der verschiedenen Sozialmilieus mit den im zweiten Kapitel geschilderten sozialen Ideen von Vertretern der jeweiligen Milieus, fällt eine deutliche Kongruenz der geäußerten Vorschläge und Forderungen auf. Dieser Befund ist nicht über die Maßen erstaunlich, ebenso wenig aber selbstverständlich. Eine ausführliche Gegenüberstellung der vertretenen Positionen der Abgeordneten aus den einzelnen Sozialmilieus und der dem jeweiligen Milieu zugeordneten sozialen Ideen muss in diesem Rahmen unterbleiben, zumindest für die im folgenden Kapitel behandelten parlamentarischen Äußerungen von religiösem Gehalt werden auch Rückbezüge zu bereits bekannten Positionen aufgezeigt werden.

IV. Die Parlamentsdebatten um die Sozialversicherung als religiöse Kommunikation

Es ist in der gebotenen Ausführlichkeit gezeigt worden, vor dem Hintergrund welcher sozialer Ideen sich die Entstehung der Bismarckschen Sozialversicherung vollzog, welche Anstrengungen zur deren Durchsetzung unternommen wurden und welche Institutionen und Personen daran beteiligt waren. In diesem Kapitel soll die Diskussion im Reichstag eingehender beleuchtet werden. Dies geschieht unter dem Blickwinkel einer Analyse der in den Redebeiträgen von Abgeordneten enthaltenen religiösen Semantik hinsichtlich ihrer Bedeutung, der Art ihrer Verwendung, ihrer Stoßrichtung und damit ihrer Wirksamkeit.

Es geht also nicht darum, die parlamentarische Kommunikation um die Sozialversicherung im Ganzen darzustellen, sondern vielmehr anhand eines Teilbereichs dieser Kommunikation die Wirksamkeit religiös aufgeladener Argumentationsweisen aufzuzeigen, die Auseinandersetzungen im deutschen Reichstag um die Sozialversicherung als ein Beispiel und einen Ort religiöser Kommunikation zu schildern.

Zu diesem Zweck wird sich ein erster Abschnitt mit der parlamentarischen Kommunikation im Allgemeinen beschäftigen, der daran anschließende Abschnitt enthält einige Hinweise zum hier obwaltenden Verständnis von religiöser Kommunikation, bevor im dritten Abschnitt auf einzelne Themenbereiche, bei deren Diskussion mittels religiöser Semantik operiert wurde, ausführlich eingegangen wird.

Die aus den in diesem Kapitel gewonnenen Erkenntnissen ableitbaren Befunde und Schlussfolgerungen werden in einem eigenständigen, sich unmittelbar anschließenden Kapitel zusammengefasst.

1. Parlamentarische Kommunikation

Nach Niklas Luhmann, der den Kommunikationsbegriff ins Zentrum seiner systemtheoretischen Soziologie stellte,¹ bedeutet Kommunikation die „laufende, von Ereignis zu Ereignis fortgesetzte Synthese von Information, Mitteilung und Verstehen“². Für das hier verfolgte Erkenntnisinteresse mag diese knappe definitorische Skizzierung ausreichen, sie soll lediglich um den Hinweis ergänzt werden, dass Kommunikation nicht nur zwischen jeweils einem Individuum auf der Sender- und der Empfängerseite abläuft, sondern vielmehr auf einer Seite oder auch auf beiden Seiten mehrere Individuen am Kommunikationsprozess beteiligt sein können. Neben den im folgenden Abschnitt dargestellten Charakteristika der religiösen Kommunikation bleibt indes auf die Besonderheiten der parlamentarischen Kommunikation einzugehen, innerhalb derer während der Parlamentsdebatten um die Bismarcksche Sozialversicherung (auch) religiöse Kommunikation stattfand.

Als eine institutionsspezifische Sprache³ ist die parlamentarische Kommunikation gegenüber anderen Kommunikationssituationen durch einige Charakteristika geprägt, die zu berücksichtigen für eine Analyse, wie sie hier versucht wird, unerlässlich ist. Die entscheidenden Besonderheiten dieser Kommunikationssituation resultieren aus dem Ort, an welchem die Kommunikation stattfindet.⁴

Die hier im Zentrum des Interesses stehende Plenarrede als wichtigste Form parlamentarischer Kommunikation ist nahezu immer Ausdruck und Mittel argumentativer Auseinandersetzungen, die letztlich das Ziel verfolgen Mehrheiten zu gewinnen (und/oder sich der Zustimmung, der Unterstützung oder des Wohlwollens der Wähler bzw. der Klientel zu versichern). Dieses Ziel nötigt die Redner für ihr jeweiliges Anliegen zu werben, d. h. in erster Linie dieses Anliegen verständlich und glaubwürdig vorzubringen, es zu erläutern, seine Vorteile eindrucksvoll aufzuzeigen, mögliche Einwände zu entkräften. Damit verbindet sich für den Redner die Notwendigkeit, deutlich Position zu beziehen und auch auf die (fast immer vorhandene) Gegenposition einzugehen. Dies kann implizit durch die eindringliche Präsentation der eigenen Meinung geschehen, weiterhin kann sich der Redner darum bemühen, die gegnerische Position möglichst wirkungsvoll zu widerlegen, und sei es, indem er sie diskreditiert.

Der parlamentarischen Diskussion im Allgemeinen und der Plenarrede, auf die sich der Autor hier konzentriert, im Besonderen wohnt also eine augenfällige Polarisierungstendenz inne.⁵ Da

¹ Vgl. dazu Firsching: Warum ‚Kommunikation‘?, 203-223; ansonsten Luhmann: Soziale Systeme.

² Luhmann: Religion als Kommunikation, 136.

³ Vgl. Luckmann: Soziologie der Sprache, 1072 f.

⁴ Dieter-W. Allhoff sieht die parlamentarische Kommunikation „von 10 Größen bestimmt:

1. Raum
2. Zeit
3. Parlamentarier
4. Geschäftsordnung
5. Parlamentspräsidenten
6. Parteien und Fraktionen
7. Zuhörer
8. Parlamentarische Gepflogenheiten
9. Situativer Kontext
10. Redeziel“

⁵ (Allhoff: Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49, 63 f.). Dies gilt in abgeschwächter Weise für alle Arten von Kommunikation. Weil es ansonsten für sie keinen Anlass gäbe, setzt Kommunikation immer voraus, dass an ihr Personen mit Wissen und solche mit Nichtwissen beteiligt

diese Betonung, oft auch Inszenierung von Kontroversen für die parlamentarische Arbeit, also die Beschaffung von Mehrheiten oft genug nicht ausreichend oder gar kontraproduktiv ist, zeichnet sich die parlamentarische Kommunikation weiterhin durch eine starke integrative Komponente aus, wenn es nämlich darum geht, den politischen Gegner für einen Kompromiss zu gewinnen. Dann ist statt der Diskreditierung seiner Position deren Einbindung Gebot der Stunde, dann gilt es, Brücken zu bauen statt Gräben aufzureißen, schließlich werden die Wähler eine bloße Fundamentalopposition nicht auf Dauer goutieren.⁶

Thomas Mergel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser komplexe Zwittercharakter parlamentarischer Kommunikation über den jeder institutionsspezifischen Sprache eigenen Institutionswortschatz⁷ hinaus zur Herausbildung symbolischer Sprachmuster geführt hat.⁸ Diese ermöglichen neben der Bewältigung des permanent sichtbaren und unauflöslichen Widerspruchs zwischen Konflikt und Integration vor allem auch die Kanalisierung von Konflikten, welche schließlich nicht zum dauerhaften Bruch zwischen den Abgeordneten und damit zur Destabilisierung der Institution Parlament führen dürfen. Demselben Zweck dienen parlamentarische Rituale⁹, die Armin Burkhardt als „hochgradig konformismusfördernd“¹⁰ und das Gruppenbewusstsein in der eigenen Fraktion stärkend¹¹ einschätzt.

Zu berücksichtigen bleibt ein weiteres Charakteristikum der parlamentarischen Kommunikation in der hier interessierenden Form: Bereits im Reichstag des Deutschen Kaiserreichs war die übergroße Mehrzahl der Abgeordneten zu Fraktionen zusammengetreten, innerhalb derer die Meinungsbildung und die Meinungsäußerung der Abgeordneten ablief.¹² Dies wirft für die Analyse parlamentarischer Kommunikation das hier allerdings weit gehend zu vernachlässigende Problem auf, mitunter die Position des Abgeordneten von der Position seiner Fraktion abheben zu müssen, was letztlich bestenfalls über außerparlamentarische Äußerungen des jeweiligen Abgeordneten gelingen kann. Da im Zusammenhang dieser Untersuchung das Hauptaugenmerk auf der Frage liegt, wie religiöse Argumentationsweisen die parlamentari-

sind; Kommunikation muss daher „das Anderssein des Anderen nicht nur voraussetzen, sondern erzeugen, um Ansatzpunkte für ihr eigenes Operieren zu konstruieren“ (Luhmann: Religion als Kommunikation, 138).

⁶ Vgl. dazu auch Edelman: Politik als Ritual. Thomas Niehr hat die genannten Anforderungen an das sprachliche Verhalten von Parlamentariern in drei Stichpunkten zusammengefasst; es „muss sachlich und problemorientiert sein, darf deshalb nicht ausschließlich strategisch (zur Durchsetzung von Partei-, Fraktions- und damit Machtinteressen) motiviert sein, sollte trotzdem rhetorisch ansprechend sein“ (Niehr: Die Asyldebatte im Deutschen Bundestag, 244).

⁷ Vgl. dazu Burkhardt: Das Parlament und seine Sprache, 281 f.

⁸ Vgl. Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, 231. Neben den mehr die Ausdrucksebene parlamentarischer Kommunikation betreffenden symbolischen Sprachmustern lassen sich auch auf der Inhaltsebene bestimmte Argumentationsmuster (vgl. dazu etwa Wengeler: Argumentationsmuster im Bundestag) beobachten, auf die in diesem Zusammenhang allerdings nicht näher eingegangen werden muss.

⁹ „Ein Ritual ist eine mechanische, konventionalisierte Handlung, durch die ein Individuum seinen Respekt und seine Ehrerbietung für ein Objekt von höchstem Wert gegenüber diesem Objekt oder seinem Stellvertreter bezeugt.“ (Goffman: Das Individuum im öffentlichen Austausch, 97). Zu parlamentarischen Ritualen vgl. Burkhardt: Das Parlament und seine Sprache, 289-303. Burkhardt entwickelt den Goffmanschen Ritualbegriff für den parlamentarischen Bereich wie folgt weiter: „Unter *Ritual* ist [...] eine konventionelle sprachliche oder nicht-sprachliche Handlungsform zu verstehen, die irgendwann einmal für die Beteiligten oder innerhalb ihrer Kultur auf der primären Zeichenebene sinnhaft gewesen sein mag, sich aber nach und nach verselbständigt hat, so daß nun die alteingespielte Handlungsform abläuft unabhängig von der Frage, ob ihr als ganzer oder ihren Teilen Sinn zukommt.“ (ebd., 291).

¹⁰ Ebd., 293.

¹¹ Vgl. ebd., 294.

¹² Formal waren die Reichstagsabgeordneten so genannten Abteilungen zugewiesen, die im Gegensatz zu den Fraktionen indes kaum praktische Bedeutung besaßen, während die Fraktionen weder in der Reichsverfassung noch in der Geschäftsordnung des Reichstags vorgesehen waren (vgl. Goldberg: Bismarck und seine Gegner, 61).

sche Sozialversicherungsdiskussion und damit die Sozialversicherungsgesetzgebung beeinflussten, kann eine möglicherweise vorhandene Überlagerung der Abgeordnetenmeinung durch die Position seiner Fraktion auf sich beruhen.¹³ Wie etwa die erwähnten symbolischen Sprachmuster waren auch die Fraktionen ein mächtiges Instrument zur Bewältigung der sich zwischen dem Gegensatzpaar Konflikt und Integration bewegenden Anforderungen der parlamentarischen Auseinandersetzung, zur Kanalisierung und Steuerung parlamentarischer Meinungsbildung und schließlich zur Gewinnung von Mehrheiten. Die Fraktionen als Verwalterinnen der Meinung ihrer Angehörigen bewirkten einen gewissen nivellierenden Druck auf ihre Mitglieder, gleichzeitig waren diese Mitglieder aber auch (zumindest theoretisch) in der Lage, die Fraktionsmeinung in Abhängigkeit ihres persönlichen Einflusses innerhalb der Fraktion mitzubestimmen.

Die Fraktionen prägten die parlamentarische Kommunikation auf vielfältige Weise. Die Meinungsbildung der Abgeordneten und damit die Auseinandersetzung um die Gewinnung von Mehrheiten waren nicht der Diskussion im Plenum und in den Beratungskommissionen allein überlassen, sondern wurden durch Verständigungen innerhalb der Fraktionen und interfraktionelle Absprachen überformt. Zudem waren die Fraktionen Ansprechpartner der Exekutive, welche sich im Vorfeld oder während der Beratung von Gesetzentwürfen relativ leicht einen Überblick über die Chancen dieser Entwürfe verschaffen konnte; obwohl offiziell kein Fraktionszwang bestand,¹⁴ war eine Einschätzung der Meinung des Hauses dennoch wesentlich leichter als in einem Parlament mit ausschließlich unabhängigen Abgeordneten.

So wie die Meinungsbildung im Parlament aufgrund des Vorhandenseins von Fraktionen nicht ausschließlich den Plenar- und Kommissionsdiskussionen überlassen war, dienten diese Diskussionen umgekehrt nicht nur der Meinungsbildung der Abgeordneten, sondern (neben den Beratungen in den Fraktionen)¹⁵ gleichzeitig der Bildung und – was mindestens ebenso wichtig ist – der Vergewisserung der Fraktionsmeinung (die durchaus von der Meinung einzelner ihrer Angehörigen abweichen konnte) und damit auch der Erhaltung der Fraktionsdisziplin bzw. Fraktionsstabilität. Durch die Fraktionen wurde der genannte der parlamentarischen Kommunikation zugrunde liegende Mechanismus von Konflikt und Integration nicht aufgehoben, er wurde vielmehr in Richtung des Konflikts verschoben. Verantwortlich dafür war wiederum das Bemühen um die Stabilität der Fraktion, die eine deutliche Absetzung von den übrigen Fraktionen nahe legte, wenn nicht erforderte; außerdem gab es durch die Fraktionen außerhalb von Plenum und Beratungskommission weitere Möglichkeiten zur Einigung und zur

¹³ Armin Burkhardt geht so weit, für die parlamentarische Kommunikation der Gegenwart nicht nur auf der Empfängerseite (Adressatenseite), sondern auch auf der Senderseite ein kommunizierendes Kollektiv anzunehmen, schließlich spreche der Sender nicht allein für sich, sondern sei vor allem „Sprachrohr“ seiner Fraktion bzw. Partei (vgl. Burkhardt: *Das Parlament und seine Sprache*, 277 f.). Für die hier zur Diskussion stehende Phase parlamentarischer Kommunikation gilt dieser Befund nur eingeschränkt, so treffend er die heutigen Gepflogenheiten parlamentarischer Kommunikation beschreibt. In den 1880er Jahren noch nicht so stark ausgeprägt, gleichwohl bereits sichtbar war indes die von Burkhardt zu Recht beklagte Tendenz (vgl. ebd., 279 f.) in Plenarreden nicht mehr zu diskutieren, sondern lediglich zur Klientel, quasi „zum Fenster hinaus“ (ebd., 279; diese Formel stammt nicht von Burkhardt) zu sprechen, während die tatsächlichen Entscheidungen in wenig transparenten Zirkeln fallen.

¹⁴ Die gängige Meinungsbildung und Abstimmungspraxis in den Fraktionen beschrieb Ludwig Windthorst (Zentrum) – ein wenig idealisierend – für seine Fraktion am 30.03.1889 folgendermaßen: „Wir sind eben in unserer Fraktion gewöhnt – und nach unserem Statut ist das der Zweck derselben –, daß wir zusammenkommen, um uns zu berathen, über die verschiedenen Ansichten uns auszusprechen und einen Ausgleich zu versuchen; wird der Ausgleich nicht erreicht, dann stimmt jeder nach seiner Ueberzeugung; ein Fraktionszwang ist nicht vorhanden, und alles ist in der schönsten Ordnung. (Heiterkeit).“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1141/I).

¹⁵ Zu den Charakteristika von Fraktionsdebatten (am Beispiel der Grundvertragsdebatte innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Dezember 1972) vgl. Klein/Steyer: *Fraktionsdebatte und Medienstrategien*.

Generierung von Mehrheiten, sodass die Integrationskomponente zumindest im Plenum nicht überbetont werden brauchte.

Eine weitere Eigenschaft nicht nur der parlamentarischen, sondern nahezu jeder verbalen Kommunikation mag banal erscheinen, darf aber an dieser Stelle gleichwohl nicht ausgespart werden: Um über ein bestimmtes Thema diskutieren zu können, benötigen alle an der Diskussion Beteiligten eine gemeinsame Diskussionsbasis, d. h. sie müssen einen Grundbestand an Lexik samt zugehörigen Denotationen und möglichen Konnotationen als verbindlich anerkennen. Eine solche gemeinsame Diskussionsbasis ist auch und gerade im Konfliktfall unverzichtbar, denn es muss auch dann auf die gegnerischen Argumente eingegangen werden können. Die nachfolgend eingehender behandelte religiöse Semantik ist nach Meinung des Autors ausnehmend gut dazu geeignet diese gemeinsame Diskussionsbasis zu schaffen oder zumindest zu simulieren.

Eine Besonderheit der parlamentarischen Kommunikation in Form der Plenarrede ist indes der Ablauf in Form aufeinander bezogener Monologe, das zeitliche Auseinanderfallen von Rede und Gegenrede, welches lediglich durch das Instrument des Zwischenrufs überbrückt werden kann.¹⁶ Aufgrund dieses Charakteristikums ist zwar keine sofortige Reaktion auf die Äußerungen des jeweiligen Redners möglich, dafür kann die Antwort jeweils in Kenntnis der vollständigen Argumentation des Redners und damit vergleichsweise konzentrierter und unabhängiger von situativen Einflüssen geführt werden.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur konkreten Redesituation im deutschen Reichstag. Die Geschäftsordnung des Reichstags gestattete im § 45 das Vorlesen abgefasster Reden nur dann, wenn der Redner der deutschen Sprache nicht mächtig war. Dennoch wurde keine völlig freie Rede verlangt, es sollte lediglich der Gestus des Vortragens gewahrt werden. Gedacht war also an eine wenigstens teilweise freie Rede unter Zuhilfenahme beliebiger Gedächtnisstützen, auch längere Zitate waren erlaubt. Ausdrückliche Redezeitbeschränkungen existierten im deutschen Reichstag nicht.¹⁷

Wenn er im Folgenden die parlamentarischen Plenarreden über die Sozialversicherung hinsichtlich ihrer religiösen Semantik untersucht, kann der Autor zwar auf den in den stenografischen Berichten vollständig wiedergegebenen Text der Redebeiträge in Schriftform¹⁸ zurückgreifen, allerdings muss sich diese Wiedergabe naturgemäß auf die rein verbalen Anteile der Reden beschränken. Deren nonverbale Bestandteile bleiben somit auch in der folgenden Analyse ausgeblendet. Als einzige Indizien für über den schriftlich fixierbaren Teil der Redebeiträge hinaus gehende Aspekte können die in den stenografischen Berichten vermerkten Reaktionen der übrigen Abgeordneten dienen, vor allem Zwischenrufe und andere Bekundungen von Zustimmung oder Ablehnung.

¹⁶ Zwischenrufe wurden auch während der Beratungen um die Bismarcksche Sozialversicherung (in der Regel vergleichsweise sparsam) angebracht, allerdings spielen diese für den hier interessierenden Bereich der religiösen Semantik keine Rolle und bleiben daher weitgehend unberücksichtigt.

¹⁷ Vgl. Goldberg: Bismarck und seine Gegner, 69 f.

¹⁸ Die stenografischen Berichte enthalten zwar nicht den originalen Wortlaut, sondern eine von den Stenografen wie den Rednern redigierte Fassung, indes ist diese Version für das hier verfolgte Erkenntnisinteresse ausreichend (zur Tätigkeit der parlamentarischen stenografischen Dienste vgl. Olschewski: Die Verschriftlichung von Parlamentsdebatten durch die stenografischen Dienste in Geschichte und Gegenwart; zu den Unterschieden zwischen tatsächlich gehaltenen [Bundestags-]Reden und deren schriftlicher Wiedergabe vgl. Elspaß: Phraseologie im deutschen Parlamentarismus, 277; 279 ff.; Heinze: Gesprochenes und geschriebenes Deutsch).

2. Religiöse Kommunikation

Der Begriff der religiösen Kommunikation hat in der Theologie eine lange Tradition, er ist beispielsweise unauflösbar mit dem Namen Friedrich Daniel Ernst Schleiermachers (1768-1834) verknüpft.¹⁹ Wenn hier statt im Zusammenhang von Ritual, Gebet und Katechese in Verbindung mit der Diskussion um die Bismarcksche Sozialversicherung von religiöser Kommunikation gesprochen wird, bedarf das einer Erläuterung.

Ausgehend von Émile Durkheims (1858-1917) Definition: „*Eine Religion ist ein solidarisches System von Überzeugungen und Praktiken, die sich auf heilige, d. h. abgesonderte und verbottene Dinge, Überzeugungen und Praktiken beziehen, die in einer und derselben moralischen Gemeinschaft, die man Kirche nennt, alle vereinen, die ihr angehören.*“²⁰, deren starke Orientierung an den institutionellen Merkmalen der Religion er durch die Ergänzung um die Kategorien der Gemeinschaft und der Erfahrung abgeschwächt hat,²¹ und anschließend an den Zugriff des von Hartmann Tyrell, Volkhard Krech und Hubert Knoblauch herausgegebenen Sammelbandes „Religion als Kommunikation“²², dessen Autoren die in Religionssoziologie und Religionswissenschaft gleichermaßen über lange Zeit zu beobachtende²³ „Beziehungsarmut zwischen ‚Religion‘ und ‚Kommunikation‘“²⁴ zu überwinden suchen und zu diesem Zweck die kommunikative Beschaffenheit von Religion, ihren Vollzug und gewissermaßen ihre Reproduktion in Form von Kommunikation betonen,²⁵ wird das Verständnis von religiöser Kommunikation hier in einen sehr breiten Rahmen gespannt.

Dadurch soll im Einklang mit den Herausgebern des genannten Sammelbandes nicht etwa in Abrede gestellt werden, dass Religion etwas über Kommunikation hinaus Gehendes sei.²⁶ Gleichwohl sind die Bereiche des Religiösen, die sich der Kommunikation entziehen²⁷ bzw. der Kommunikation zwischen dem Glaubenden und Gott vorbehalten sind,²⁸ durch das hier

¹⁹ Vgl. dazu Firsching/Schlegel: Religiöse Innerlichkeit und Geselligkeit; Kliebisch: Transzendentalphilosophie als Kommunikationstheorie; Kumlehn: Symbolisierendes Handeln.

²⁰ Durkheim: Die elementaren Formen des religiösen Lebens, 75.

²¹ Vgl. ebd., 70 f.; 559.

²² Tyrell, Hartmann/Krech, Volkhard/Knoblauch, Hubert (Hg.): Religion als Kommunikation (Religion in der Gesellschaft, 4), Würzburg 1998.

²³ Vgl. dazu Tyrell: Handeln, Religion und Kommunikation; Firsching/Schlegel: Religiöse Innerlichkeit und Geselligkeit.

²⁴ Tyrell/Krech/Knoblauch: Religiöse Kommunikation, 11.

²⁵ „Zur Gesellschaft gehört nur das, was sich als Kommunikation realisiert. Die Gesellschaft ist das operativ geschlossene, sich selbst aus eigenen Produkten reproduzierende System der Kommunikation. Wenn dies akzeptiert wird, hat das die Folge, daß auch die Teilsysteme der Gesellschaft als Kommunikationssysteme begriffen werden müssen. Also auch die Religion. Nur als Kommunikation hat Religion deshalb eine gesellschaftliche Existenz. Was in den Köpfen der zahllosen Einzelmenschen stattfindet, kann niemals zu ‚Religion‘ zusammenfinden, – es sei denn durch Kommunikation.“ (Luhmann: Religion als Kommunikation, 136 f.; in diesem Sinn auch Tyrell/Krech/Knoblauch: Religiöse Kommunikation, 9; 15).

²⁶ Vgl. Tyrell/Krech/Knoblauch: Religiöse Kommunikation, 9.

²⁷ Vgl. dazu Knoblauch: Die Sichtbarkeit der unsichtbaren Religion, 194 f.

²⁸ „Religion wurzelt in einer grundlegenden anthropologischen Tatsache: Das Transzendieren der biologischen Natur durch den menschlichen Organismus.“ (Luckmann: Die unsichtbare Religion, 108); „Die Fähigkeit zum Transzendieren umschreibt also *das*, was man als Voraussetzung des Religiösen ansehen kann.“ (Knoblauch: Die Sichtbarkeit der unsichtbaren Religion, 187); „Anspruch der Religion ist es immer, einen Sinn sichtbar zu machen. Religiöse Kommunikation besagt aber immer auch: der Sinn ist eigentlich ein anderer, er paßt nicht in die Gesellschaft.“ (Bolz: Kommunikationsprobleme mit Gott, 340); die Antwort der Religion auf die Kontingenz- und Sinnproblematik „zeichnet sich durch eine spezifische Form aus, die [...] durch zwei Momente gekennzeichnet ist:

zur Diskussion stehende Textkorpus nur äußerst eingeschränkt repräsentiert, was Auswirkungen auf das hier obwaltende Verständnis von religiöser Kommunikation hat. Im Unterschied zu Darstellungen, welche die zweifelsohne vorhandenen Differenzen zwischen religiöser Kommunikation und Alltagskommunikation betonen,²⁹ wird im Folgenden aufgrund des hier verfolgten Erkenntnisinteresses diese Trennung zurückstehen, vielmehr soll gezeigt werden, dass religiöse Kommunikation durchaus ihren Platz in Situationen haben kann, welche eher der Alltagskommunikation zugeordnet werden; dass religiöse Kommunikation auch innerhalb anderer kommunikativer Bereiche (hier: der parlamentarischen Kommunikation) stattfinden kann.

Die Frage, ob eine strikte Trennung zwischen religiöser Kommunikation und Alltagskommunikation überhaupt sinnvoll ist, mag hier auf sich beruhen.³⁰

Aufgrund des geschilderten Erkenntnisinteresses soll religiöse Kommunikation hier dezidiert nicht nur als Kommunikation über religiöse Inhalte oder innerhalb religiöser Rituale, sondern zunächst einmal ganz allgemein als Kommunikation, welche religiöse Anschauungen, Überzeugungen oder Wertungen enthält oder auf diese (möglicherweise auch ablehnend) Bezug nimmt, aufgefasst werden. Im Gegensatz zu dem von Niklas Luhmann im genannten Sammelband vertretenen Standpunkt³¹ werden im Folgenden also auch solche Kommunikationssituationen ausdrücklich als religiöse Kommunikation gefasst, in denen lediglich *über* Religion kommuniziert wird. Ein solch weit reichender Begriff von religiöser Kommunikation ist nach Auffassung des Autors unverzichtbar, um den Blick dafür zu öffnen, dass religiöse Kommunikation nicht ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal vorrangig im damit assoziativ verknüpften Umfeld von Kirche, Theologie und Katechese stattfindet. Vielmehr soll gezeigt werden, dass sich religiöse Kommunikation auch an zunächst der Assoziation eher fern liegenden Orten wie eben dem deutschen Reichstag vollziehen kann und tatsächlich vollzieht und wie diese religiöse Kommunikation innerhalb der parlamentarischen Kommunikation die parlamentarische Auseinandersetzung prägt, Einfluss auf die parlamentarische Meinungsbildung nimmt und damit Anteil an der legislativen Entscheidungsfindung erlangt.

Durch ein solches weites Verständnis von religiöser Kommunikation wird zudem deutlich, dass dieselbe stärker, als ihre Reduktion auf den eigentlichen religiösen Vollzug in Ritual, Gebet und Unterweisung sichtbar werden lässt, mit anderen Kommunikationsformen verschränkt sein kann, wie eben hier mit der parlamentarischen Kommunikation.

Es ist wiederholt auf die Spezifika religiöser Kommunikation hingewiesen worden,³² auf ihren „symbolischen, metaphorischen, gleichnishaften und allegorischen Charakter“³³. Dieser wird darauf zurückgeführt, dass das Transzendente nicht kommunikabel ist und daher mithilfe einer anschaulichen Sprache konkretisiert werden muss.³⁴ Diesem zweifellos richtigen Befund bezüglich des tropischen Charakters religiöser Kommunikation soll hier nicht widersprochen werden, indes bleibt angesichts der zu analysierenden parlamentarischen Diskussion, in der es

zum einen durch den Akt der Überschreitung der verfügbaren Lebenswelt des Menschen, zum anderen durch die gleichzeitige Bezugnahme auf eben diese Lebenswelt“ (Pollack: Was ist Religion?, 185).

²⁹ Vgl. etwa Knoblauch: Die Sichtbarkeit der unsichtbaren Religion, 195 ff.

³⁰ Eine recht enge Verbindung zwischen den Ebenen der Alltagskommunikation und der religiösen Kommunikation sieht beispielsweise auch Eckart Gottwald (vgl. Gottwald: Didaktik der religiösen Kommunikation, 60 f.).

³¹ Vgl. Luhmann: Religion als Kommunikation, 140.

³² Vgl. z. B. Tyrell/Krech/Knoblauch: Religiöse Kommunikation, 10; Buntfuß: Metaphern – Schlüssel zur religiösen Kommunikation.

³³ Tyrell/Krech/Knoblauch: Religiöse Kommunikation, 10 (Druckfehler im Original korrigiert).

³⁴ Vgl. ebd.

eben nicht in erster Linie um die Kommunikation des Transzendenten ging, festzuhalten, dass die als religiöse Kommunikation fassbaren Teile der parlamentarischen Kommunikation im deutschen Reichstag über die Bismarcksche Sozialversicherung vor allem durch die Verwendung religiöser Semantik gekennzeichnet sind, worunter, wie am Beginn dieser Arbeit bereits erwähnt wurde, der in den untersuchten Texten vorgefundene Korpus an auf religiöse Zusammenhänge Bezug nehmenden Begriffen samt deren Denotationen und Konnotationen gefasst wird.

Matthias Wolfes hat zu Recht darauf hingewiesen, dass religiöse Kommunikation „ihrem Wesen nach eine Handlung selbsttätiger, glaubender Subjekte“ ist, in der sich „Selbst-, Welt- und Gotteserfahrung“³⁵ konzentrieren. Für das hier obwaltende Verständnis von religiöser Kommunikation bleibt hinzuzufügen, dass für eine solche Kommunikation streng genommen ein einziges glaubendes Subjekt ausreichend ist, vorausgesetzt, sein Kommunikationspartner kann auf seine Aussagen wenigstens so reagieren, dass die Kommunikation aufrechterhalten wird. Zwar dürfte eine solche Kommunikation alles andere als symmetrisch verlaufen, andererseits aber gilt Paul Watzlawicks metakommunikatives Axiom.³⁶ Bezüglich der zu analysierenden Diskussionen im deutschen Reichstag ist insofern also auch der Redebeitrag eines erklärtermaßen atheistischen oder agnostischen sozialdemokratischen Abgeordneten, in welchem er auf eine mittels religiöser Semantik vorgetragene Argumentation eines politischen Gegners eingeht, als religiöse Kommunikation fassbar.

Bei der Schilderung der (erneuten) Spaltung des deutschen Protestantismus im Zuge des Ringens um die rechte Bewahrung der Reformation angesichts der Herausforderungen der Aufklärung wurde bereits darauf hingewiesen,³⁷ dass anlässlich theologischer (insbesondere dogmatischer) Auseinandersetzungen immer auch um die normativen Grundlagen menschlichen Zusammenlebens und damit um die Fundamente des Gemeinwesens gerungen wurde (und gerungen wird), ebenso wie um politische Grundwerte. Betrachtet man die Reichstagsdebatten um die Bismarcksche Sozialversicherung, so ist offensichtlich, dass auch hier gesellschaftliche Fundamente und politische Grundwerte verhandelt werden. Darum kann es nicht verwundern, wenn innerhalb dieser Diskussion, die ja nicht zuletzt auch um die Reichweite staatlicher Gesetze beim Eingriff in die Kompetenzen von Familie und Kirche, um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit Nächstenliebe per Gesetz zu üben, kreist, eine religiöse Kommunikation mittels religiöser Semantik zu beobachten ist, deren Leistungsfähigkeit zur Strukturierung von Debatten über grundlegende politische und soziale Fragestellungen sich in theologischen Auseinandersetzungen erwiesen hat. Nun waren die Reichstagsabgeordneten mehrheitlich keine Theologen, dennoch wussten sie vermutlich um diese Leistungsfähigkeit, nahmen sie doch das in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage enthaltene Angebot zur Einflechtung von religiöser Semantik in die eigene Argumentation bereitwillig auf. Mit Blick auf die Verwendung religiöser Semantik in ihren Redebeiträgen darf bei den Abgeordneten Wissen um ein weiteres Charakteristikum religiöser Kommunikation angenommen werden, nämlich ihre Fähigkeit zur Strukturierung von Gruppen,³⁸ was den Bedürfnissen der Fraktionen nach Binnenstabilität und Abgrenzung nach außen sehr entgegen kam – und manchem die Mög-

³⁵ Wolfes: Religion und symbolische Sprachform, 165.

³⁶ „Man kann nicht kommunizieren.“ (Watzlawick: Menschliche Kommunikation, 53).

³⁷ Vgl. Abschnitt II.1.2.1.2.

³⁸ „Religion ist immer auch die Herstellung, Exekution und Erhaltung von Gruppenidentität.“ (Ehlich: Religion als kommunikative Praxis, 344).

lichkeit bot die Abgeordneten jüdischen Glaubens unter den Gegnern der Sozialversicherung auszugrenzen.

Noch eine Anmerkung zur Kommunikation im Allgemeinen. Spätestens seit Friedemann Schulz von Thun³⁹ sind die Komplexität und die Mehrdimensionalität von kommunikativen Akten einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerückt worden. Zwar ist es bei einer lediglich schriftlich fixierten Diskussion ausgeschlossen, jeweils Sach-, Beziehungs-, Selbstoffenbarungs- sowie Appell⁴⁰ der wiedergegebenen Kommunikationssituationen zweifelsfrei zu identifizieren, dennoch soll in diesem Kapitel versucht werden, die Beratungen im deutschen Reichstag möglichst detailgetreu nachzuzeichnen und zu untersuchen.

³⁹ Vgl. Schulz von Thun: Miteinander reden, Bd. 1: Störungen und Klärungen.

⁴⁰ Vgl. ebd., 13 f.

3. Einzelne Themenbereiche

Im Folgenden sollen die dem vorgestellten weiten Begriff von religiöser Kommunikation unterzuordnenden Redebeiträge der Abgeordneten während der Diskussion um die Bismarcksche Sozialversicherung eingehend beleuchtet werden. Gegliedert in sechs Unterabschnitte wird anhand der wichtigsten Themenbereiche, bei deren Diskussion in nennenswertem Umfang religiöse Semantik verwendet wurde, diese religiöse Semantik analysiert, wobei zunächst relevante Passagen aus den einschlägigen Redebeiträgen wiedergegeben werden, woran sich die eigentliche Analyse anschließt. Dabei wird ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet zu zeigen, mit welcher Stoßrichtung religiöse Semantik verwendet wird und welche Wirksamkeit sie innerhalb der parlamentarischen Beratungen um die Sozialversicherung zu entfalten in der Lage war. Zu diesem Zweck gilt es, auch wenn dies im Einzelfall nicht immer einfach oder überhaupt möglich ist, zu analysieren, welche Bedeutungen die verwendete religiös geprägte Sprache trägt, welche Konnotationen mit ihr (vielleicht unwillkürlich) verbunden werden, welche Absichten und möglicherweise auch Handlungsanweisungen mit ihrer Hilfe transportiert werden.

Die Äußerungen der Reichstagsabgeordneten sollen, wenn möglich, zu den im zweiten Kapitel vorgestellten sozialreformerischen Ideen aus demjenigen Sozialmilieu, dessen politische Vertreter sie sind, in Beziehung gesetzt werden. Zwar kann letztlich nur darüber spekuliert werden, welche sozialreformerischen Konzepte den Abgeordneten bekannt und im Moment ihrer Redebeiträge präsent waren, doch sollten Parallelen zu aus demselben Sozialmilieu stammenden sozialreformerischen Ideen (oder die Abgrenzung zu anderen Ideen) einen gewissen Indizienwert haben. Da aber mitunter jeder Bezug auf solche Ideen fehlt, dürfen die anderswo vorhandenen Bezugnahmen nicht überinterpretiert werden.

Wie bereits im Abschnitt III.4. praktiziert, sollen auch hier Textpassagen in der gebotenen Ausführlichkeit wiedergegeben werden, um die Analyse zu untermauern. Zur Vermeidung einer das Lesen über Gebühr erschwerenden Häufung von Querverweisen wird sich im Laufe des Kapitels eine doppelte Wiedergabe einzelner Textstellen nicht vermeiden lassen, hier wird der Übersichtlichkeit der Vorzug vor der zitiertechnischen Eleganz gegeben.

3.1. Christentum

Wenn sich bei einer Analyse religiöser Semantik der erste Unterabschnitt dem Christentum widmet, wird das kaum verwundern, erstaunen mag indes, dass anlässlich der Reichstagsdebatten über die Bismarcksche Sozialversicherung auch über die Grundlagen des Christentums diskutiert worden sein soll. Dies war tatsächlich auch nicht *explizit* der Fall, gleichwohl wurde im Meinungsstreit um andere Zusammenhänge auch über die Grundlagen der christlichen Religion gestritten, wie im Folgenden gezeigt werden soll. Als für die hier zu verhandelnde Thematik besonders produktiv erwiesen haben sich die Diskussionen um die Berechtigung und Beschaffenheit eines christlichen Staates sowie um die konkreten Erfordernisse christlicher Nächstenliebe im Zuge der geplanten Sozialversicherung.

3.1.1. Christentum, praktisches Christentum und christlicher Staat

Wie bereits erwähnt wurde, enthielt die von Theodor Lohmann erstellte Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage auf Betreiben Bismarcks gleich im zweiten und dritten Absatz eine Motivierung der geplanten Versicherung als eine aus dem Christentum erwachsende und sich vorzugsweise an den Staat (zumal wenn er wie sich wie das Deutsche Reich als ein christ-

licher Staat versteht) richtende Verpflichtung. Damit wurde ein äußerst wichtiger Impuls für die Beratung der Vorlage im Reichstag gegeben, ohne den die vielfältige Verwendung religiöser Semantik in den Redebeiträgen der Abgeordneten in dieser Debatte sowie auch in den Beratungen der übrigen Sozialversicherungsentwürfe wohl nicht denkbar gewesen wäre, weshalb diese Passage noch einmal wiedergegeben werden soll:

Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christenthums, von welchem die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik [...]. Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz Neues, sondern nur um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staat neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit, das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern.⁴¹

Zunächst taten sich die Abgeordneten allerdings mit einer Anknüpfung an diese argumentative Steilvorlage einigermmaßen schwer. Zwar fiel es ihnen leicht, zum hier ebenfalls verkündeten Staatssozialismus Stellung zu beziehen, dessen behauptete Fundierung im Christentum wurde dagegen erst einmal nicht diskutiert. Mit dem elsass-lothringischen Vertreter Landelin Winterer (bkF) knüpfte erst der fünfte zur Unfallversicherungsvorlage Stellung nehmende Redner an die in der Begründung dieser Vorlage enthaltene christliche Staatsidee an – und lehnte sie als mit den Pflichten christlicher Nächstenliebe unvereinbar rundheraus ab:

Meine Herren, ich erlaube mir nur noch, in meinem Namen die Bemerkung hinzuzufügen, daß ich mit den Motiven darin nicht einverstanden bin, daß die vorgeschlagene Staatshilfe der christlichen Idee des Staates entspricht; was mich betrifft, meine Herren, so kann ich die christliche Nächstenliebe und ihre Pflichten nicht mit der Staatshilfe verwechseln.⁴²

Unmittelbar auf ihn folgend, gab der evangelische liberale Theologe Michael Baumgarten (NLP) seinem katholischen Berufskollegen Winterer Recht, indem er die christliche Attribuierung des Staates als „logisches Unding“ brandmarkte und sich gegen den Missbrauch religiöser Semantik zur Aufwertung des Staates wandte:

[...] der Herr Vorredner erinnerte an das Motiv, daß das Gesetz zurückgeführt werde auf den christlichen Staat. [...] wenn wir genau reden, dann ist diese Verbindung eine *contradictio in adjecto*, ein logisches Unding. Das Christenthum beruht auf freier Wahl, [...] das Staatsbürgerthum beruht auf einer unabwendbaren Naturnothwendigkeit, so lange also Freiheit und Nothwendigkeit im Widerspruch stehen, – und das ist während des ganzen gegenwärtigen Weltlaufs der Fall, so lange hat es einen christlichen Staat niemals gegeben und wird es niemals einen geben, bis das tausendjährige Reich⁴³ kommt. [...] Der Ausdruck ist also weder logisch noch legitim; wird er dessen ungeachtet gebraucht, dann ist es eine unklare Formel, und je heiliger eine unklare Formel lautet, desto eher ist sie dem Mißbrauch ausgesetzt. [...] Das, worauf die Motive hinweisen, ist der heilige Ursprung und der Tempel aller Ideale. Es herrscht aber hier das verhängnißvolle Gesetz, daß ein Heiligthum durch nichts mehr so verunreinigt und geschädigt wird, als durch den Heiligenschein. Nun muß ich erklären, daß wir allerdings schützen wollen das Heiligthum, wir

⁴¹ StBRt/A IV/4 (1881), 228/I.

⁴² 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 697/I).

⁴³ Vgl. dazu Offb 20,1-6.

wollen es vertheidigen, wir wollen es pflegen, aber wir können das nur dann in voller Wahrheit und mit voller Wirksamkeit, wenn wir uns hüten vor der Verführung durch den Heiligenschein des sogenannten christlichen Staates.⁴⁴

Die Statements Winterers und Baumgartens blieben auch nach dem Schluss der Sitzung nicht ohne Nachhall, sondern wurden am folgenden Tag von Eugen Richter (DFP) nahtlos weitergeführt. Richter zweifelte die christlichen Fundamente der gegenwärtigen Staats- und Kulturentwicklung nicht an, weswegen er auch die allgemeine christliche Grundlage eines jeden Gesetzentwurfs des 19. Jahrhunderts zu konzedieren bereit war, er wandte sich indes dagegen „den Inhalt eines Gesetzentwurfs als den spezifischen Ausdruck des Christentums hinzustellen“. ⁴⁵ Richter schloss sich ansonsten der Argumentation der erwähnten Vorredner an und betonte wie diese die Unvereinbarkeit der Freiheit des Christentums mit staatlichem Zwang und lehnte die Ableitung von Staatszielen aus der christlichen Offenbarung ab. Zudem geißelte er die mögliche Stoßrichtung der christlichen Fundierung der Gesetzesvorlage, deren Gegner als schlechte Christen zu diffamieren:

Nach meiner Auffassung vom Christenthum ist gerade das das Große und Erhabene der christlichen Religion [...], daß sie keine Normativbestimmungen treffen wollte für staatliche Einrichtungen, für Gesetzgebungsfragen, daß sie hoch erhaben steht über den individuellen Verhältnissen des einzelnen Staats und den mit der Zeit wechselnden Verhältnissen von Staat und Recht, daß daher [...] für ein spezielles Gesetz man niemals ein Normalstatut aus der christlichen Offenbarung nehmen kann. Meine Herren, noch niemals, so lange ich in einer politischen Körperschaft sitze, ist ein solcher Versuch gemacht worden, den Inhalt eines Gesetzes speziell aus dem Christenthum herzuleiten. Es ist dies das erste Mal, und darum haben wir gewiß die Verpflichtung, uns darüber auszusprechen, daß die Bezugnahme in einem solchen Gesetzentwurf auf christliche Lehre, Glauben, Offenbarung weder dem Christenthum gute Früchte bringen wird, noch der Gesetzgebung, daß vielmehr ein solcher Versuch die Gefahr mit sich bringt, das Christenthum und die christliche Lehre hier in den Streit der politischen Parteien hineinzuziehen, wohin sie nicht gehören. Wenn schon bisher der Versuch gemacht worden ist, zwischen Reichsfeind und Reichsfreund zu unterscheiden, dann kommt man zu dem viel schlimmeren, zu unterscheiden zwischen wahren, halbem Christenthum und Nichtchristen. Meine Herren, man kann ein guter Christ sein und diesen Gesetzentwurf doch herzlich schlecht finden und wiederum ein schlechter Christ kann ein Freund dieses Gesetzentwurfs sein.⁴⁶

Nachdem drei Redner die christliche Fundierung der Gesetzesvorlage entschieden zurückgewiesen hatten und sich vorher Vertreter der Konservativen und des Zentrums so beredt über dieselbe ausgesprochen hatten, griff Bismarck in die Diskussion ein, um ihr eine neue Richtung zu geben. Der Reichskanzler ging auf die offensichtlich von einem nicht geringen Teil der Abgeordneten abgelehnte Verknüpfung des Gesetzesprojektes mit den Pflichten des Christentums nicht ein, das offenbar gleichfalls problematische Motiv des christlichen Staates ver-

⁴⁴ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 697/I ff.). Bei dieser Gelegenheit wandte sich Baumgarten auch gegen protestantisch-konservative Kreise, die den Begriff *christlicher Staat* ebenfalls zu besetzen versuchten: „Drei Hauptstimmen der kirchlichen Reaktion haben sich sofort dieses Ausdrucks bemächtigt, voran der Herr Hofprediger Stöcker, sodann der ‚Reichsbote‘ und schließlich die ‚Lutherische Kirchenzeitung‘. Was den Hofprediger Stöcker anlangt, so bekenne ich Ihnen ganz offen, daß ich für seinen christlichen Mannesmuth, für seine ungewöhnliche Begabung zur volksthümlichen Beredsamkeit, für seine seltene Kundschaft von den Zuständen in den niederen Volksklassen die allergrößte Hochachtung habe, – um so mehr thut es mir leid, sagen zu müssen, daß die jetzige agitatorische Thätigkeit dieses Mannes eine Gefahr ist für die Gesundheit des öffentlichen Lebens. (Sehr wahr! links.)“ (ebd., 697/I f.).

⁴⁵ Vgl. ebd., 700/I (hier auch Zitat).

⁴⁶ 02.04.1881 (ebd.).

suchte er zu entschärfen, indem er darunter lediglich ein Bild für das Deutsche Reich, welches schließlich „seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht“, verstanden wissen wollte.⁴⁷ Ein weiterer geschickter Schachzug in Bismarcks Rede war der Versuch, der Diskussion über das Wesen des Christentums die Spitze abzubrechen, indem er nun lediglich von *praktischem Christentum* sprach, wogegen kaum Vorbehalte zu erwarten waren:

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger, der ja an dem Worte „christlich“ keinen Anstoß nahm, für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen. (Bravo! rechts.) [...] ich nenne es immer wieder praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung [...]⁴⁸.

Was genau er mit diesem Begriff meinte, ließ der Reichskanzler zunächst offen. In einem privaten Gespräch am 26. Juli 1881 ließ Bismarck durchblicken, dass er praktisches Christentum in Gestalt einer staatssozialistischen Sozialpolitik anstrebe.⁴⁹ Vor der Öffentlichkeit konkretisierte Bismarck sein Verständnis von diesem Begriff erst ein halbes Jahr später anlässlich der nicht zur Sozialversicherungsdiskussion gehörenden Beratung der Interpellation Hertling vom 11. Dezember 1881⁵⁰:

[...] „praktisches Christentum“ [...], das heißt Bethätigung unserer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiet der Nächstenliebe.⁵¹

Anlässlich der Beratung der dritten Unfallversicherungsvorlage hat sich Bismarck dann noch einmal zu seinen mit dem Begriff *praktisches Christentum* verknüpften Vorstellungen geäußert:

Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten „praktisches Christentum“ einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an und für sich.⁵²

Zurück zur ersten Unfallversicherungsvorlage. Karl Ferdinand Stumm (RFKP), der Bismarck nachfolgende Redner, nahm dessen argumentatives Angebot bereitwillig auf⁵³ – wie danach die überwiegende Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten Bismarcks argumentativem Kurs folgte, sodass seitdem unter den Parlamentariern weit gehend Konsens darüber bestand, die staatliche Sozialversicherung als Verwirklichung praktischen Christentums zu sehen, wie vier Statements aus unterschiedlichen Sitzungsperioden und Fraktionen illustrieren sollen:

Meine Herren, die Aufmerksamkeit vieler unserer Zeitgenossen ist so ausschließlich auf das „Geschäft“ gerichtet, daß es ihnen entgeht, wie der Beruf des Staats sich nicht beschränkt auf den Rechtsschutz der Interessen, sondern daß der Staat auch allgemein menschliche Pflichten zu erfül-

⁴⁷ Vgl. ebd., 716/I; 718/I (hier auch Zitat).

⁴⁸ 02.04.1881 (ebd., 714/I; 715/I).

⁴⁹ Vgl. Quellensammlung GDS, Abt. I, Bd. 2, 621.

⁵⁰ StBRt/A V/1 (1881/82), Nr. 42.

⁵¹ 09.01.1882 (StBRt V/1 [1881/82], 486/II).

⁵² 15.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 74/II).

⁵³ Vgl. StBRt IV/4 (1881), 718/I.

len hat, und daß dies keine neue Verpflichtung ist, sondern das Gebot unserer Religion und das ererbte Recht unserer Väter.⁵⁴

Jeder, der die Leute unterstützen will, soll zunächst diejenigen unterstützen, die ihm nahe stehen, über deren Verhältnisse er das richtigste Urtheil haben kann; daß wir nie vergessen, in dieser Frage nicht allein die Staatsraison oder gar Reichsraison, sondern auch das praktische Christenthum walten zu lassen. (Bravo!)⁵⁵

Der Herr Abgeordnete Dirichlet hat Veranlassung genommen aus dem „Nein“, welches ich aussprach, als er die Behauptung aufstellte, daß jeder, der gegen § 1a stimme, nicht auf dem Boden des praktischen Christenthums stehe, mich zu apostrophieren. [...] In der Sache selbst erwidere ich ihm, daß ich gerade, weil ich auf dem Boden des praktischen Christenthums stehe, das Zustandekommen und Praktischwerden des Gesetzes von ganzem Herzen wünsche.⁵⁶

Mein Vertrauen in die Zukunft unseres Vaterlandes steht in genauem Verhältniß mit der Verwirklichung des praktischen Christenthums durch Reichstag und durch Gesetzgebung! (Lebhafter Beifall.)⁵⁷

Selbstverständlich teilten nicht alle Abgeordneten diese Ansichten, indes verzichteten die Gegner dieser Argumentation darauf ihr vernehmbar zu widersprechen. Ein Grund dafür dürfte die Scheu vieler Abgeordneter gewesen sein, gegen den Begriff *praktisches Christenthum*, welcher immerhin den Namen ihrer Religion beinhaltete, zu opponieren, ein weiterer dessen Unschärfe – eine für einen Konsens- oder Kompromissbegriff wohl unverzichtbare Eigenschaft. Soweit rekonstruierbar, haftete diese Unschärfe dem Begriff schon vor seiner Einführung in die Sozialversicherungsdiskussion durch Bismarck an, wie beispielsweise seine Verwendung durch den Theologen und Pädagogen Johannes Daniel Falk (1768-1826) verdeutlichen kann. Falk ist einer breiteren Öffentlichkeit heute allenfalls noch als Verfasser des Textes des Weihnachtsliedes „O du fröhliche“ im Gedächtnis geblieben, seinerzeit erregte er vor allem durch sein Weimarer Waisenhaus und die Mitbegründung der „Gesellschaft der Freunde in der Not“ überregionale Aufmerksamkeit.⁵⁸ In seinem ebenso von großen Aufopferungen wie von innigem Gottvertrauen zeugenden Tagebuch bezeichnete Falk an mehreren Stellen seine Bestrebungen, Waisenkindern eine Berufsausbildung zu ermöglichen, als praktisches Christenthum.⁵⁹ Synonym dazu spricht er auch von *praktisch christlicher Volkserziehung* oder *christlich praktischer Volkserziehung*.⁶⁰ Auffällig an Falks Konzept von praktischem Christenthum ist die Beschränkung auf die allernötigste Unterweisung im Schreiben, Lesen oder Rechnen,⁶¹ stattdessen legt Falk das Hauptaugenmerk auf die Übung in der „Handhabung von 3

⁵⁴ Rudolf von Gneist (NLP), 02.04.1881 (ebd., 743/II).

⁵⁵ Arnold von Frege-Weltzin (DKP), 01.06.1881 (ebd., 1493/II).

⁵⁶ Oswald von Uechtritz und Steinkirch (DKP), 23.05.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2508/I f.).

⁵⁷ Peter Reichensperger (Zentrum), 03.04.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1261/II).

⁵⁸ Zu Falk vgl. Demandt: Johannes Daniel Falk; Bautz: Falk, Johannes Daniel.

⁵⁹ Vgl. z. B. Falk: Geheimes Tagebuch, 60 ff. Auch in der Wahrnehmung der Nachwelt wurde Falks Wirken so bezeichnet, wie eine Passage aus dem „Hannoverschen Magazin“ von 1847 zeigt: „Falks grosze erziehungskunst bestand in nichts weiterem, als das reine, thätige christenthum seinen zöglingen vorzuleben, einzuleben, einzusingen und einzubeten.“ (zit. nach Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm: Einbeten, in: Dies. [Bearb.]: Deutsches Wörterbuch, Bd. 3, Leipzig 1859, Sp. 149).

⁶⁰ Vgl. z. B. Falk: Aufruf zunächst an die Landstände des Großherzogthums Weimar, 1; 9.

⁶¹ „Was in aller Welt nützen oder frommen dem Staate Spitzbuben, die lesen, Spitzbuben, die schreiben, Spitzbuben, die rechnen können?“ (ebd., 5; in diesem Sinne auch ebenda, 12).

Schlüsseln; dem Schlüssel zum Brotschrank, dem Schlüssel zum Kleiderschrank und dem Schlüssel zum Himmelreich“.⁶²

In einer etwas anderen Schattierung findet sich der Begriff *praktisches Christentum* bei dem bereits ausführlich gewürdigten Nationalökonom und Sozialreformer Victor Böhmert,⁶³ welcher von der Kirche die Erziehung „zum praktischen Christentum der Nächstenliebe“ verlangte.⁶⁴

Drei weitere Nachweise lassen eine gewisse Distanz der mit dem Begriff *praktisches Christentum* umschriebenen Handlungen zur Amtskirche anklingen, welche allerdings während der Reichstagsdiskussion über die Sozialversicherung nirgendwo zu beobachten war. Der Pietist und Frühaufklärer Johann Christian Edelmann (1698-1767)⁶⁵ erwähnte in seiner 1752 entstandenen, 1849 veröffentlichten Autobiografie die zahlreichen Anhänger verschiedener sektiererischer Gruppen, die von den protestantischen Landeskirchen als Vorwand benutzt wurden den traditionellen Kirchenglauben mit Macht einzuschärfen: „Diese Leute nun dienten den toten Orthodoxen dazu, jedes Streben nach praktischem Christentum verdächtig zu machen“.⁶⁶ Der neulutherische Theologe Christoph Ernst Luthardt (1823-1902)⁶⁷ kennzeichnete im Rahmen seiner Ethikgeschichte die in der Ethik seines Kollegen Richard Rothe (1799-1867)⁶⁸ enthaltene Vision eines Aufgehens der Kirche in einer vollendeten sittlichen Gemeinschaft, in welcher die Menschen Erbauung zunehmend in der Natur, in Gemäldegalerien und Geselligkeitsräumen finden, als praktisches Christentum.⁶⁹ In seiner Autobiografie berichtete der mecklenburgische Gutsbesitzer, Bismarckfreund und Briefpartner Fontanes, Alexander Andrae(-Roman) (1821-1903),⁷⁰ von seinen Gottesdienstbesuchen in der Berliner Bethlehemskirche während seiner Studentenzeit:

Um ihn [Ernst Wilhelm Hengstenberg; PE] kennen zu lernen, besuchte ich mit Wilhelm Flüge⁷¹ und Schmidt Sonntags die Predigten des als Sonderling verschrieenen Pastors Goßner⁷² in der Bethlehemskirche. [...] Das war einfaches, gesundes, praktisches Christentum, [...] das mir [...] in seiner unverfälschten Natürlichkeit, zuweilen Derbheit, in seiner Überzeugungstreue und Kraft, ohne jede Phrase großen Eindruck machte.⁷³

Trotz aller Unterschiede und Unschärfen bedeutete *praktisches Christentum* für die genannten Autoren verantwortungsvolles Handeln gegenüber dem Nächsten auf der Basis einer christlichen Erziehung. So oder so ähnlich wird sich der Begriff auch für die Reichstagsabgeordneten

⁶² Vgl. ebd., 11 (hier auch Zitat).

⁶³ Vgl. Abschnitt II.1.2.2.3.

⁶⁴ Vgl. Böhmert: Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen in der Schweiz, Bd. 1, 59 (hier auch Zitat).

⁶⁵ Zu Edelmann vgl. Raupp: Edelmann, Johann Christian.

⁶⁶ Vgl. Edelmann: Selbstbiographie, 10 (hier auch Zitat).

⁶⁷ Zu Luthardt vgl. Neukirch: Luthardt, Christoph Ernst.

⁶⁸ Rothe, Richard: Theologische Ethik, 5 Bde., Wittenberg² 1869-1871. Zu Rothe vgl. Graf: Rothe, Richard.

⁶⁹ Vgl. Luthardt: Geschichte der christlichen Ethik, Bd. 2, 637. Friedrich Wilhelm Graf stellt anhand dieser Luthardtschen Aussage (unter Angabe der falschen Seitenzahl) die vermutlich richtige, durch den Text jedoch nicht gedeckte Behauptung auf praktisches Christentum werde hier als per se überkonfessionell und Ausfluss der Aufklärung verstanden (vgl. Graf: Konservatives Kulturluthertum, 43).

⁷⁰ Zu Andrae-Roman vgl. Gassen: Andrae, Ferdinand Ludwig Alexander.

⁷¹ Wilhelm von Flüge (1825-1898) war zwischen 1874 und 1893 deutschkonservativer Reichstagsabgeordneter (vgl. auch Fußnote 141).

⁷² Johannes Evangelista Goßner (1773-1858), vom Katholizismus zur evangelischen Kirche übergetretener Erweckungsprediger, Förderer der inneren und äußeren Mission und Gründer des ersten Berliner Krankenhauses. Zu Goßner vgl. auch Bautz: Gossner, Johannes Evangelista.

⁷³ Andrae-Roman: Aus längst vergangenen Tagen, 101.

dargestellt haben. Er formulierte also einen Anspruch, dem sich wohl kaum ein Parlamentarier verweigern wollte.

Der wichtigste Grund für die Zurückhaltung der Reichstagsabgeordneten bei der Verwendung des Begriffes *praktisches Christentum* dürfte indes darin zu suchen sein, dass die Diskussion um die Wirksamkeit christlicher Werte in staatlichem Handeln im Allgemeinen und in der Sozialversicherung im Besonderen nahezu zwangsläufig auf den Begriff des gleichfalls bereits in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage angedeuteten *christlichen Staates*⁷⁴ verwies, dessen kommunikative Leistungsfähigkeit wesentlich größer war, zumal dem von Bismarck transportierten Verständnis von praktischem Christentum gemäß die vormalig vorrangig als privat eingestuften christlichen Verpflichtungen auch und vor allem auf den Staat übertragen werden sollten. So sind denn auch die beiden einzigen dezidierten Widersprüche gegen eine Etikettierung der Sozialversicherung als praktisches Christentum auf die Kompetenzen des Staates bezogen.⁷⁵

Im Vergleich zum *praktischen Christentum* hatten die Abgeordneten gegenüber dem Begriff *christlicher Staat*, der sich ansatzweise auch in der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881 wiederfindet,⁷⁶ weniger Berührungsängste bzw. überwandene sie und folgten insofern Karl Ferdinand Stumms (RFKP) Aufruf, der unmittelbar an die erwähnte Bismarckrede vom 2. April 1881 anschließend gefordert hatte:

Und, meine Herren, ich glaube, wir sollten uns davor hüten, jedes Mal eine Art von Gänsehaut zu bekommen, wenn man von dem christlichen Staate spricht [...]. Denn [...] unser deutsches Volk steht noch in seiner großen Mehrheit auf dem Boden des christlichen Staates und soll, so Gott will, auch darauf stehen bleiben!⁷⁷

Hatten die christlichen Theologen ohnehin „das Aufkommen des modernen Staates bejaht, gefördert und die unabweisbare Verbindlichkeit seiner Anerkennung behauptet“⁷⁸, war auch die Rede vom christlichen Staat kein Novum der Sozialversicherungsdiskussion. Insbesondere der

⁷⁴ „Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung [...] ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich [...] nur um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee [...]. Abgesehen davon, ist diese Fürsorge eine Aufgabe, welche als Ergebnis der modernen christlichen Staatsidee lediglich der Gesamtheit obliegt.“ (StBRt/A IV/4 [1881], 228/I; 233/I).

⁷⁵ Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), 29.03.1889: „[...] ich sehe das praktische Christentum in der Familie darin, daß die Familie selbst für ihre ergrauten Dienstboten Sorge trägt, und ich will nicht, daß der Staat sich zwischen Familie und Gesinde hineindrängt.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1093/I f.); Karl Schrader (DFrP), 29.03.1889: „Es ist nach meiner Meinung kein praktisches Christentum, wenn man den Staat an die Stelle des Christen stellt; der eigentliche Sinn der christlichen Liebe ist die Uebung der Liebe von Mensch zu Mensch und nicht die Abschiebung dieser Pflicht auf den Staat.“ (ebd., 1114/II f.).

⁷⁶ „Für diese Fürsorge [für Alte und Invalide; PE] die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.“ (StBRt V/1 [1881/82], 2/II).

⁷⁷ 02.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 718/I). Stumm selbst hat auch bei der Verwendung des Begriffes *praktisches Christentum* offenbar keine Gänsehaut bekommen, wie eine Rede an seine Neukirchener Arbeiter (um 1890) zeigt: „Ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, daß ich keinem meiner Berufsgenossen in den Wohlfahrtseinrichtungen nachstehe, jedenfalls nicht in dem Bestreben, nach bestem Wissen und Gewissen für Euer materielles und geistiges Wohl zu sorgen und das praktische Christentum zu betätigen, wofür ich mich vor Gott verantwortlich fühle. [...] Bleibt fest für alle Zeit in der alten, unerschütterlichen Treue zu unserem erhabenen Monarchen, bleibt fest in der christlichen Nächstenliebe und der echten Gottesfurcht, welcher Konfession Ihr auch angehört, dann wird es Euch nach menschlichem Ermessen auch ferner hin wohlergehen“ (Stumm: Das System „Stumm“, 105 f.).

⁷⁸ Herms: Staat, Sp. 1639.

vom Judentum zum lutherischen Protestantismus konvertierte, seit 1840 in Berlin lehrende Rechtsphilosoph, Staats- und Kirchenrechtler, Kirchentagspräsident, Politiker und Führer der rechten Konservativen in Preußens Erster Kammer bzw. im Herrenhaus (*Fraktion Stahl*), Friedrich Julius Stahl (1802-1861)⁷⁹, hat diesen Begriff geprägt und verbreitet. Ausgehend von der Frage, inwiefern „die politische Gleichstellung der Juden“ und die „neueren im Schoß der Christenheit entstandenen mehr deistischen als christlichen Sekten“⁸⁰ an den Fundamenten des gegenwärtigen als christlich bezeichneten Staates rühren, plädierte Stahl kurz vor der Revolution von 1848 für ein weit über den liberalen ‚Nachtwächterstaat‘ hinaus gehendes nationales Staatskonzept mit sittlicher Bestimmung:

Der Staat ist eine Offenbarung des sittlichen Geistes der Nation, und einigt hinwieder die Nation zu einem Reich der Sitte, indem er ihr ganzes öffentliches Leben nach sittlichen Gründen und Zwecken gestaltet, er ist dadurch die höchste Darstellung und die höchste That der Nation⁸¹.

Da nun, so Stahl weiter, der Staat sittlich bestimmt sei, könne er sich nicht gegenüber der Religion, der wiederum alle Sitte entspringt, gleichgültig verhalten, vielmehr müsse ein so verstandenes Christentum bestimmend für den Staat sein. Insofern „ist der Begriff des christlichen Staats [...] nicht ein logischer Widerspruch, sondern vielmehr ein logisches Postulat“,⁸² was Michael Baumgarten (NLP) am ersten Tag der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag bestreiten würde.

Wie später auch Bismarck und Stumm trat bereits Stahl möglichen Vorbehalten gegen den Begriff *christlicher Staat* entgegen, indem er gegenüber denselben zwar Verständnis aufbringt, gleichzeitig aber festhält, dass ein unbestritten christliches Volk nun einmal einen ihm entsprechenden christlichen Staat bilde. Als Merkmale des christlichen Staates galten Stahl die Durchdringung auch nichtreligiöser Verhältnisse „von der *sittlichen* Gesinnung des Christenthums“ sowie die unmittelbare Beziehung des Staates zur christlichen Religion (z. B. staatliche Garantie und Förderung der Familie, der Ehe, der religiösen Erziehung, der Verkündigung; Privilegierung der christlichen Kirchen gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften).⁸³ An anderer Stelle gab Stahl folgende Definition:

Der christliche Staat ist bestimmt durch die *Liebe* zum Menschen, er erstrebt die Milde der Sitten, die Menschlichkeit, die Anerkennung und Herausbildung voller Persönlichkeit, Freiheit, Selbständigkeit; aber er ist auch bestimmt durch die *Wahrheit der christlichen Offenbarung*, durch die Heiligkeit Gottes und seiner Gebote, er erstrebt daher die Erfüllung der göttlichen Gebote und strenger, reiner Sitten.⁸⁴

Von einem solchen christlich-konservativen Staatsverständnis setzten sich nicht nur die Verfechter einer „progressiven Fassung“ des Begriffs *christlicher Staat* ab,⁸⁵ sondern vor allem

⁷⁹ Zu Stahl vgl. Füßl: Professor in der Politik; Ders.: Stahl, Friedrich Julius; Bußmann: Friedrich Julius Stahl; Müller: Der politische Professor der Konservativen; Jähnichen: Verteilungsgerechtigkeit in einer sozial stabilisierten Ständegesellschaft; Nabrings: Friedrich Julius Stahl.

⁸⁰ Stahl: Der christliche Staat und sein Verhältniß zu Deismus und Judenthum, 5.

⁸¹ Ebd., 7.

⁸² Vgl. ebd., 7 f. (hier auch Zitat).

⁸³ Vgl. ebd., 8; 10 (hier auch Zitat); 20; 22; 25 f.

⁸⁴ Stahl: Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche, 313.

⁸⁵ Gegenüber Stahls konservativem Verständnis eines christlichen Staates hat Trutz Rendtorff eine, wie er es nennt, „progressive Fassung“ dieses Begriffs identifiziert, die zwar von den Reichstagsabgeordneten nicht verwendet wurde, hier aber dennoch nicht unterschlagen werden soll. Unter Rückgriff auf Schriften von Philipp Konrad

auch Theologen beider Konfessionen, die der Kirche gegenüber dem Staat eine ethische Vorreiterrolle einräumten.⁸⁶

Diese Position wurde im deutschen Reichstag von einer Mehrheit der Zentrumsabgeordneten, von einer Minderheit in den konservativen Fraktionen sowie von dem nationalliberalen Abgeordneten (und Theologen) Michael Baumgarten geteilt. Diese Parlamentarier sahen in der von der Reichsleitung mittels der Sozialversicherung angestrebten Vision eines christlichen Staates nicht zuletzt auch eine Ausdehnung staatlicher Kompetenzen sowie eine Stärkung der Zentralgewalt, was insbesondere für die Zentrumsfraktion nicht akzeptabel war, wie Georg Freiherr von Hertling bereits am ersten Tag der parlamentarischen Diskussion um die Sozialversicherung klargestellt hatte:

Nicht die Stärkung der Zentralgewalt ist ein Schutz vor der Revolution, sondern nur die Stärkung des Lebens, das den ganzen Volkskörper durchströmt, die Stärkung aller einzelnen Glieder des Volksorganismus. (Bravo!)⁸⁷

Nachdem nach Bismarcks Rede anlässlich der ersten Lesung der ersten Unfallversicherungsvorlage lediglich August Bebel (SAPD) noch einmal ausdrücklich bestritten hatte, dass – wie in der Begründung der Gesetzesvorlage behauptet wurde – die moderne Staatsidee aus der christlichen Gesittung erwachse,⁸⁸ wurde von dem konservativen Abgeordneten Hans von Kleist-Retzow (DKP) während der zweiten Lesung die bis dahin kaum zustimmend diskutierte christliche Fundierung der Gesetzesvorlage ausdrücklich begrüßt:

Meine Herren, wenn das die mosaische Gesetzgebung gethan hat, wie viel größer und tiefer muß die Erkenntniß der Pflicht des christlichen Volkes sein, Fürsorge zu treffen durch die Gesetzgebung für diejenigen, die der Fürsorge bedürftig sind. [...] Der Herr Abgeordnete Richter hat vollkommen recht, wenn er sagt, das Christenthum habe keine formulierte Gesetzgebung. Nein, die hat es nicht; aber es legt sich wie ein Samen in die Herzen der Menschen und erfüllt sie, ihre Gedanken, ihren Willen, ihre Handlungen, und darum verlangt ein christliches Volk, daß auch seine Gesetzgebung, die öffentlichen Ordnungen, von diesem Geiste getragen werden. [...] Meine Herren, eine derartige Gesetzgebung ist nicht, wie sie beschuldigt worden ist, eine sozialdemokratische, sie ist vielmehr gerade das Gegentheil davon. Die Sozialdemokratie will den Unterschied zwischen arm und reich vernichten; das vermag sie nicht [...]. Diese Gesetzgebung will den Unterschied mildern, sie will ihn fruchtbar, zum Segen machen für beide Theile. [...] Eine derartige Gesetzgebung geht aus von dem Willen, von dem Gebote Gottes, davon weiß die Sozialdemokratie nichts, im Gegentheil sie setzt ihre Menschenerfindungen an die Stelle der Vorsehung Gottes und maßt sich an, eine neue Vorsehung zu spielen.⁸⁹

Marheineke (1780-1846), Christian Hermann Weisse (1801-1866), Heinrich von Sybel (1817-1895), Karl Bernhard Hundeshagen (1810-1872) und Richard Rothe (1799-1867) identifiziert Rendtorff folgende vom konservativen Verständnis abweichende Schattierungen des Begriffs *christlicher Staat*: Reform der Kirche durch den Staat, Entwicklung eines politischen Elements der Kirche analog zum Staat, Befürwortung des Rechtsstaats als eines Abglanzes des christlichen Willens, christlicher Staat als sittlicher Staat im Gegensatz zum bloßen Rechts- und Polizeistaat, christlicher Staat als religiös-sittliche Gemeinschaft nach der Überwindung der kirchlichen Phase des Christentums und damit Vollendung des Staates (vgl. Rendtorff: Christentum, 803-806 [hier auch Zitat]).

⁸⁶ Franz Hermann Reinhold Frank (1827-1894) bezeichnete den christlichen Staat beispielsweise als ein „Phantasma“ (vgl. Frank: System der christlichen Sittlichkeit, Bd. 2, 305). Zum Umgang mit dem Begriff *christlicher Staat* in der zeitgenössischen lutherischen Theologie vgl. Graf: Konservatives Kulturluthertum, 45-63; Moos: Staatszweck und Staatsaufgaben in den protestantischen Ethiken des 19. Jahrhunderts.

⁸⁷ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 691/I).

⁸⁸ Vgl. ebd., 746/II f. Sein Fraktionskollege Wilhelm Liebknecht bekräftigte diesen Standpunkt während der zweiten Lesung (vgl. ebd., 1454/II f.).

⁸⁹ 31.05.1881 (ebd., 1446/II f.).

Der Zentrumsabgeordnete Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst teilte diesen Standpunkt, indem er betonte, „*nur auf christlicher Grundlage können und dürfen gute Staatsgesetze gemacht werden.*“⁹⁰ Liberale Parlamentarier wiederholten ihre auch von einigen Zentrumsabgeordneten⁹¹ vertretene Argumentation aus der ersten Lesung, wonach das Christentum nicht mit dem vorgesehenen Zwang vereinbar sei. Einen weiteren Kritikpunkt äußerte Ludwig Bamberger (LV):

Ich finde, daß das sogenannte ethische Moment dem Gedanken, den der Herr Reichskanzler als seinen höchsten Staatsgedanken bezeichnete, als ein vollkommener Widerspruch gegenüber steht. Evangelisch ist der Gedanke, wie er hier ausgedrückt ist, ganz gewiß nicht, denn das Evangelium sagt: die linke Hand soll nicht wissen, was die rechte gibt,⁹² und wird gewiß deswegen nicht die Auffassung begründen, daß man etwas gibt, damit sich der Andere recht verpflichtet und dankbar fühlt.⁹³

Während der parlamentarischen Diskussion um die Krankenversicherung wurde über den christlichen Staat nicht diskutiert, es gab überhaupt nur eine einzige illustrative Verwendung dieses Begriffs.⁹⁴ Das wäre vermutlich auch bei der weiteren parlamentarischen Beratung der Sozialversicherung so geblieben, hätte nicht Bismarck diesen für ihn so nützlichen Begriff während der ersten Beratung über die dritte Unfallversicherungsvorlage wiederzubeleben versucht – und an dieser Stelle gleichzeitig seine Vorstellungen über praktisches Christentum noch einmal konkretisiert:

Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten „praktisches Christentum“ einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an und für sich.⁹⁵

In der Diskussion um die erste Unfallversicherungsvorlage hatte sich die Leistungsfähigkeit der Rede vom christlichen Staat eindrucksvoll erwiesen, war sie doch in der Lage, Befürworter und Gegner dieses Gesetzentwurfs zuverlässig voneinander zu scheiden, wobei die Zentrumsfraktion dem Begriff *christlicher Staat* ebenso wie der Sozialversicherung nur dann beizupflichten bereit war, wenn ein Anwachsen staatlicher Kompetenzen sowie die Stärkung der Zentralgewalt ausgeschlossen werden konnte. Wenn während der weiteren Beratung der dritten Unfallversicherungsvorlage dennoch keiner der Abgeordneten den von Bismarck wieder in die Diskussion gebrachten Begriff aufgriff, kann das als Beleg für den gestillten Diskussions-

⁹⁰ 31.05.1881 (ebd., 1462/I).

⁹¹ So z. B. Ernst Lieber, 11.06.1881: „Das ist das Charakteristische der *christlichen* Fürsorge für alle Arten von Bedürfnissen, daß sie ihre ganze Kraft und ihre wunderwürdigen Erfolge findet in der freiwilligen Thätigkeit, in der Hingabe von innen heraus an die edelsten Aufgaben der Menschheit; und *der* in keiner Weise die Wege zu verschränken nicht nur, nein! sie nicht überwuchern zu lassen durch die Staatsfürsorge, die sie doch niemals und nirgendwo ersetzen noch erreichen kann, das halte *ich* für praktisches Christentum.“ (ebd., 1631/I).

⁹² „Wenn du Almosen gibst, soll deine linke Hand nicht wissen, was deine rechte tut.“ (Mt 6,3).

⁹³ 31.05.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1541/I).

⁹⁴ Walter Dirichlet (DFP), 23.05.1883: „Meine Herren, um der ländlichen Bevölkerung, den Dorfgemeinden, welche bis jetzt schweigend diesen Verhältnissen gegenüber gestanden haben, zu helfen, hält der christliche Staat die Durchführung dieses christlichen Prinzips, des praktischen Christenthums in diesem Falle nicht der Mühe werth (Oh! oh! rechts.) [...] Also, meine Herren, wenn Sie da nicht die bessernde Hand anlegen, dann entziehen sie sich den Pflichten des praktischen Christenthums, welche von Ihnen so laut betont werden.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2493/II).

⁹⁵ 15.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 74/II).

bedarf der Abgeordneten gelten, die bereits anlässlich der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage ihre Positionen klar verdeutlicht hatten. Für diesen Schluss spricht auch, dass sich Bismarck an der Beratung dieses Gesetzentwurfs nicht weiter beteiligte, also offenbar mit dem Gang der Diskussion so weit zufrieden war, dass er sie nicht mittels dieses Begriffs befeuern zu müssen glaubte.

Bei der Beratung der Vorlage für die Invaliditäts- und Altersversicherung herrschte eine etwas schwierigere Situation. Die Zustimmung der Zentrumsfraktion und mehrerer zweifelnder Abgeordneter der Kartellmehrheit zu dieser weiteren Säule der Sozialversicherung war auch bei Zugeständnissen bezüglich des Reichszuschusses mehr als zweifelhaft, weshalb versucht werden musste, diese Zustimmung durch die Rückführung des Gesetzentwurfs auf von diesen Abgeordneten geteilte Werte bzw. Ansichten zu erreichen. Neben dem Liebesbegriff⁹⁶ wurde zu diesem Zweck auch die Rede vom christlichen Staat noch einmal ins Feld geführt, und zwar bereits in der anlässlich der Eröffnung der betreffenden Reichstagssession am 22. November 1888 von Kaiser Wilhelm II. vorgetragenen Thronrede:

Ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Bethätigung der auf dem Boden des Christenthums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen.⁹⁷

Bevor in der Diskussion explizit vom christlichen Staat gesprochen wurde, nahm Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) den Begriff *praktisches Christentum* wieder auf. Hertlings Redebeitrag veranschaulicht die empfindliche Schwäche der angesprochenen Strategie, mittels vermeintlich konsensfähiger und damit womöglich einen Konsens herstellender Begriffe die Gegner des Gesetzentwurfs umstimmen zu wollen. Hertling begründete seine Gegnerschaft zur geplanten Invaliditäts- und Altersversicherung folgendermaßen:

[...] ich widerstrebe dieser Gesetzgebung darum, weil sie meines Erachtens die Verpflichtung von denen, denen sie naturgemäß zukommt, abwälzt auf die breiten Schultern des Staates, und weil deshalb meines Erachtens diese Gesetzgebung, [...] diktirt [...] von der Absicht, aufbauend zu wirken, doch [...] in Wahrheit auflösend wirken muß. Ich sehe diese auflösende Wirkung in dem Hineindrängen des Staates in die Familie; ich sehe das praktische Christentum in der Familie darin, daß die Familie selbst für ihre ergrauten Dienstboten Sorge trägt, und ich will nicht, daß der Staat sich zwischen Familie und Gesinde hineindrängt.⁹⁸

In diesem Sinne äußerte sich am selben Tag auch der linksliberale Abgeordnete Karl Schrader (DFrP):

Es ist nach meiner Meinung kein praktisches Christentum, wenn man den Staat an die Stelle des Christen stellt; der eigentliche Sinn der christlichen Liebe ist die Uebung der Liebe von Mensch zu Mensch und nicht die Abschiebung dieser Pflicht auf den Staat.⁹⁹

⁹⁶ Vgl. dazu Abschnitt 3.1.2.

⁹⁷ StBRt VII/4 (1888/89), 2/I f.

⁹⁸ 29.03.1889 (ebd., 1093/I f.).

⁹⁹ 29.03.1889 (ebd., 1114/II f.). Mit Hertling und Schrader einer Meinung, drückte der katholische Sozialreformer und Politiker Georg Ratzinger (1844-1899; Großonkel Benedikts XVI.) diese lediglich ein wenig drastischer aus: „Wir fordern eine christliche Gesetzgebung, müssen aber sofort vor der Uebertreibung warnen, welche im Namen des Staates mit dem ‚praktischen Christenthume‘ getrieben wird. *Man will dasselbe zur Staatsaufgabe machen, aber die einzelnen Individuen davon entbinden.* Das ist ein verderblicher Irrwahn. Das Christentum wendet sich zuerst an die *Seele* des Einzelnen; das praktische Christentum läßt sich niemals in Gesetzparagrafen beschlie-

Es wird deutlich, wie Hertling und Schrader hier mittels einer von der Reichstagsmehrheit abweichenden Vorstellung, was praktisches Christentum sei, nun ihrerseits diesen Begriff benutzen (und zu besetzen versuchen), um ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs zu begründen. An diesem Beispiel wird sehr gut deutlich, dass die erwähnte Strategie nur dann Erfolg verspricht, wenn derjenige, der bestimmte Begriffe zur Beförderung seines Anliegens verwendet, auch die Definitionshoheit über diese Begriffe besitzt. Ansonsten kann der politische Gegner ihm diese Begriffe relativ leicht entwinden und für seine eigenen Zwecke einsetzen. Diese vergleichsweise banale Einsicht wird in der Hitze des politischen Gefechts bis heute allzu häufig missachtet; am Beispiel des Begriffs praktisches Christentum wird deutlich, dass selbst ein geübter Debattenredner wie Otto Fürst von Bismarck nicht davor gefeit war Begriffe in die Diskussion einzubringen, die schließlich gegen das von ihm vertretene Anliegen Verwendung fanden. Dasselbe passierte auch mit dem Begriff *christlicher Staat*. Zunächst hatte der konservative Abgeordnete Oscar Hahn (DKP) kurz nach Hertlings Rede versucht, an das vom Kaiser geäußerte Verständnis des christlichen Staates anzuknüpfen und gleichzeitig den Gegnern des Gesetzentwurfs eine Brücke zu bauen:

Ich glaube, für das deutsche Gemeinwesen muß der Standpunkt der sein: das Gemeinwesen wird überall da helfend einzutreten haben, wo der einzelne außer Stande ist, sich selbst zu helfen, gleichviel, ob das nun ein kleineres Gemeinwesen, oder ob es das ganze große Gemeinwesen des Reichs ist. Darüber kann man ja praktisch rechten, welchem Gemeinwesen man diese Fürsorge überträgt; aber daß das christliche Gemeinwesen für diejenigen einzutreten hat, die sich selbst zu helfen außer Stande sind, das war, wie ich hoffte, anerkannt, und ich hoffe, es wird auch gegen diese Grundsätze selbst von denjenigen verehrten Herren, welche aus praktischen Gründen hier andere Vorschläge machen zu sollen meinen, etwas prinzipiell gegentheiliges nicht dagegen gehalten werden.¹⁰⁰

Hahns Vorstoß fiel bei seinen politischen Widersachern auf fruchtbaren Boden, allerdings nicht in der von ihm angestrebten Art und Weise. Mit Victor Rintelen trat wenig später erneut ein Zentrumsabgeordneter ans Rednerpult und wie sein Fraktionskollege Hertling bemächtigte sich auch Rintelen – diesmal mit dem *christlichen Staat* – eines eigentlich zur Mobilisierung von Zustimmungspotenzialen in die Diskussion eingeführten Begriffs, um seine Ablehnung des Gesetzentwurfs zu untermauern:

Nur andeuten will ich schon hier den Grund, weshalb ich in dem Gesetze *mit dem Reichszuschuß* das Verderben kommen sehe: *weil nämlich die Grundlagen der christlichen Staats- und Rechtsordnung durch dieses Gesetz unter Einführung des sozialistischen Prinzips untergraben werden.* [...]

Unser bisheriges Staatswesen beruht auf dem Grundsatz, daß die wirtschaftliche Existenz des Einzelnen dem Einzelnen und der Familie überlassen wurde, [...] daß der Staat nur [...] verpflichtet sei, [...] die Einrichtung zu treffen, daß es dem Einzelnen innerhalb vernünftiger Grenzen möglich ist, durch eigene Kraft seine wirtschaftliche Existenz zu schaffen. Das ist auch das Prinzip, welches dem christlichen Staate zu Grunde liegt.¹⁰¹

Ben, denn das Christentum ist Geist und Leben. [...] Die beliebte Theorie vom ‚praktischen Christentume‘, welches dem Staate alle Sorgen für die Armuth aufbürden und den Einzelnen vom Wohlthun entbinden will, würde nicht eine christliche Gesellschaft schaffen, sondern zu jüdischen, vielmehr pharisäischen Zuständen führen.“ (Ratzinger: Geschichte der kirchlichen Armenpflege, 570 f.).

¹⁰⁰ 29.03.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1100/II f.).

¹⁰¹ 05.04.1889 (ebd., 1304/I f.; 1306/I).

In Rintelens Plädoyer für die Selbsthilfe des Einzelnen und der Familie wurde während der parlamentarischen Sozialversicherungsdiskussion zum letzten Mal davon gesprochen, was ein christlicher Staat sei und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden müssten. Die Auseinandersetzung um die Invaliditäts- und Altersversicherung erfolgte vorrangig über den Liebesbegriff sowie die Frage, ob diese Versicherung nicht besser auf möglicherweise noch ausreichend stabile patriarchalische Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufgebaut werden sollte. Darauf wird im Folgenden noch ausführlich eingegangen.

Die Fundierung der Sozialversicherung im Christentum, ihre Charakterisierung als praktisches Christentum und nicht zuletzt die Rede vom christlichen Staat haben, wie die geschilderten Redebeiträge gezeigt haben, ihre Wirkung nicht verfehlt und einen nachhaltigen Einfluss auf die parlamentarische Diskussion und damit das Zustandekommen insbesondere der Unfallversicherung – mit Einschränkungen auch der beiden anderen Sozialversicherungen – gehabt. Allerdings lässt sich kaum behaupten, dass die Verwendung dieser religiösen Semantik die Verwirklichung des Sozialversicherungsprojektes ausschließlich befördert hätte: Nachdem bereits an den ersten beiden Tagen der parlamentarischen Beratung der ersten Sozialversicherungsvorlage mehrere Abgeordnete die Verbindung der geplanten Sozialversicherung mit den Forderungen des Christentums auf das Schärfste kritisiert hatten, blieb Bismarck nichts anderes übrig, als den für die Gegner der Gesetzesvorlage unerwartet nützlichen Christentumsbegriff fallen zu lassen, indem er ihn zum weniger kontroversen Begriff *praktisches Christentum* abzuschwächen versuchte. Der Reichskanzler hatte mit dieser Strategie Erfolg: Eine weitere Diskussion um die Verbindung der Sozialversicherung mit dem Christentum unterblieb weitestgehend, der Begriff *praktisches Christentum* erwies sich als recht integrativ, jedenfalls wenn man den ausbleibenden Widerspruch gegen diesen Begriff und seine Verbindung mit dem Sozialversicherungsprojekt als Zustimmung interpretieren will.

Diese Zustimmung währte allerdings nicht bis zur Verabschiedung auch des dritten Sozialversicherungsgesetzes, sondern nur bis zur zweiten Beratung der Vorlage für die Invaliditäts- und Altersversicherung, genauer gesagt, bis zu den erwähnten Reden der beiden Zentrumspolitiker Georg Freiherr von Hertling und Victor Rintelen sowie des freisinnigen Abgeordneten Karl Schrader, die eigene Ansichten über das praktische Christentum und den christlichen Staat entwickelten und damit diese ursprünglich zur Mobilisierung von Zustimmungspotenzialen zur Sozialversicherung eingesetzten Begriffe in Munition gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung verwandelten.

Insofern war die Rede vom praktischen Christentum und vom christlichen Staat nicht in der Lage die Gegner der Sozialversicherung von ihrem Standpunkt abzubringen, umgekehrt darf immerhin vermutet werden, dass diese Begriffe einen Beitrag dazu geleistet haben die Befürworter der Gesetzesvorlagen zu einen. Insbesondere der Begriff *praktisches Christentum* dürfte in der Lage gewesen sein, durch seinen Bezug auf die christliche Religion und durch seine Unschärfe die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gruppe Sozialversicherungsbefürworter zu überdecken.

Auffällig ist indes die Übereinstimmung der während der Sozialversicherungsdebatte geäußerten Meinungen von politischen Vertretern der einzelnen Sozialmilieus mit den im zweiten Kapitel dieser Arbeit vorgestellten sozialreformerischen Konzepten aus diesen Milieus. Am Beispiel von Buß, Ketteler und Reichensperger war dort bereits festgestellt worden, dass innerhalb des katholischen Milieus verschiedene Ansichten über die Aufgaben des Staates bei der Lösung der sozialen Frage herrschten, was anlässlich der Sozialversicherungsdiskussion erneut aufschien, zumal hier mit Peter Reichensperger auch eine personelle Kontinuität gegeben war. Bezüglich des protestantisch-konservativen Milieus war die Lage zunächst ähnlich. Hier hatte sich nur Todt für ein starkes staatliches Engagement ausgesprochen, Wichern hatte auf die innere Mission gesetzt, Huber zusätzlich auch auf die genossenschaftliche Selbsthilfe. Wie es scheint, hat sich im protestantisch-konservativen Milieu ein gewisser Meinungswandel hin

zu mehr Akzeptanz gegenüber dem staatlichen Fürsorgeanspruch vollzogen. Die Ursache dafür liegt vermutlich in der bei der Mehrheit der konservativen Parlamentarier zum Zuge gekommenen Einsicht, dass die immensen Herausforderungen, vor welche die Gesellschaft gestellt ist, nicht ohne ein stärkeres Engagement des Staates zu bewältigen sein werden. In den von den politischen Vertretern der beiden übrigen Milieus in ihren Redebeiträgen geäußerten Meinungen waren die Parallelen zu den sozialreformerischen Ideen und Konzepten schlagend: Während aus dem sozialistischen Milieu ein möglichst umfassendes Engagement des Staates gewünscht wurde, setzten die Vertreter des protestantisch-liberalen Milieus auf Selbst- statt auf Staatshilfe.

3.1.2. *Christentum und christliche Nächstenliebe*

Der Liebesbegriff eignet sich aufgrund seiner ihm eigentümlichen semantischen Dehnbarkeit wie seiner eben dadurch dem definitorischen Zugriff weit gehend unverfügbaren Unschärfe zu vielfältiger Inanspruchnahme in unterschiedlichsten Kontexten.¹⁰² Aus diesen beiden Charakteristika resultiert seine herausragende kommunikative Leistungsfähigkeit,¹⁰³ insbesondere dort, wo es darum geht divergierende Anschauungen, Interessen, Zielsetzungen, Ansprüche etc. zu versöhnen, zu überbrücken oder doch wenigstens zu bemänteln. Insofern braucht die Verwendung des Liebesbegriffs in der parlamentarischen Auseinandersetzung um die Sozialversicherung nicht zu verwundern. Die parlamentarische Kommunikationssituation kann nachgerade als beispielhaft für die angesprochene Leistungsfähigkeit des Liebesbegriffs gelten, was im Folgenden verdeutlicht werden soll.

Wenn hier vom Liebesbegriff die Rede ist, dann in einer spezifischen Schattierung. Trotzdem im Reichstag im Zusammenhang mit der Sozialversicherungsdiskussion meist lediglich von Liebe, selten explizit von Karitas gesprochen wurde, war nahezu immer an den Bereich der christlichen Nächstenliebe gedacht. Diese Äußerungen werden im Folgenden vorgestellt. Um diesen Bereich abzugrenzen, soll hier den Definitionen von Markus Mühling-Schlapkohl und Eilert Herms gefolgt werden:

Nächstenliebe ist die Haltung der Liebe von geschöpflichen Personen zu konkreten nächsten geschöpflichen Personen als Ebenbildern Gottes [...]. Die reale Beziehung glaubenden Vertrauens [...], durch das die in keiner welthaften Voraussetzung begründete Liebe des trinitarischen Gottes zum Menschen empfangen wird, ist hinreichende Bedingung zur Verwirklichung der Haltung der Nächstenliebe, so daß deren Fehlen umgekehrt Falsifikationskriterium von Glaube bzw. Liebe zu Gott ist.¹⁰⁴

Bezeichnet „Liebe“ ein gemeinschaftserstrebendes und -förderndes Verhalten samt der es motivierenden und orientierenden Affektlage und Gewißheit [...], so bezeichnen die Komposita „Gottes-“, „Menschen-“, „Nächsten-“ und „Feindesliebe“ die Partner der angestrebten und geförderten Gemeinschaft [...] und die drei ersten auch das Subjekt dieses Strebens/Handelns. Nach biblischem Verständnis stiftet Gottes Erwählungshandeln Gemeinschaft, es ermöglicht und verlangt damit die menschliche Liebe zu dieser Gemeinschaft und zu den in ihr verbundenen Partnern, zu

¹⁰² Vgl. etwa die Beiträge folgenden Sammelbandes: Tanner, Klaus (Hg.): „Liebe“ im Wandel der Zeiten. Kulturwissenschaftliche Perspektiven (Theologie – Kultur – Hermeneutik, 3), Leipzig 2005.

¹⁰³ Für den Bereich des sozialen Protestantismus des 19. Jahrhundert hat Simone Dannenfeld diese Leistungsfähigkeit kürzlich untersucht (vgl. Dannenfeld: Sozialer Protestantismus und die Macht der Liebe).

¹⁰⁴ Mühling-Schlapkohl: Nächstenliebe, Sp. 14.

Gott und zu denjenigen Menschen, die zu der von ihm erwählten Gemeinschaft gehören, also die Liebe zu Gott und zu den Nächsten.¹⁰⁵

Gerhard Uhlhorn (1826-1901), evangelischer Theologe und Zeitgenosse der Sozialversicherungsdiskussion, hatte ganz ähnlich formuliert:

Die Liebe kann jetzt auch nur Einen Zweck haben, nämlich den Nächsten in Erreichung seines höchsten Lebenszwecks, daß er ein Glied des Gottesreiches werde, zu fördern.¹⁰⁶

Es bleibt also festzuhalten, dass die christliche Nächstenliebe dem Bewusstsein um die eigene Kreatürlichkeit und die des (bedürftigen) Nächsten entspringt und als unabweisbare Pflicht des Einzelnen gegenüber der christlichen Gemeinschaft und gegenüber Gott (als dessen Ebenbild der Mensch auch nach dem Sündenfall durch Christi Erlösertod gelten kann) zu verstehen ist. Würde keine Nächstenliebe geübt, wäre das ein Ausdruck fehlender Liebe zu Gott und damit letztlich fehlenden Glaubens an Gott.

Insofern ist der im doppelten Liebesgebot¹⁰⁷ wurzelnden Verpflichtung zur Nächstenliebe ein hoher Rang einzuräumen, wie dies auch von der überwiegenden Mehrheit der Reichstagsabgeordneten getan wurde. Wurde die Rede vom praktischen Christentum und vom christlichen Staat vorrangig bei den Beratungen der Unfallversicherungsvorlagen verwendet, fand der Liebesbegriff hauptsächlich während der Diskussion um die Invaliditäts- und Altersversicherung Anwendung. Gleichwohl sollen hier auch die Beratungen der übrigen Gesetzentwürfe berücksichtigt werden.

Da er der erste Redner der gesamten Sozialversicherungsdiskussion war, konnte Ludwig Bamberger (LV) auch den Liebesbegriff in die Diskussion einbringen. Gleich bei dieser ersten Begriffsverwendung wurde eine Hauptfrage, welche die gesamte Sozialversicherungsdiskussion bestimmen sollte, deutlich: Soll die allgemein anerkannte, jedenfalls nicht bestrittene Pflicht zur Nächstenliebe, die der jüdische Abgeordnete Bamberger allerdings nicht aus dem Christentum, sondern aus dem „menschlichen Gefühl“ ableiten mochte, auf den Staat übertragen werden oder nicht. Der linksliberale Bamberger plädierte für die zweite Option:

Das ist eben der ganze Unterschied, ob wir uns auf den sozialistischen Boden der Gesetzgebung stellen, oder nicht, inwieweit wir die Pflichten der Menschenliebe, der Caritas, der Sorgfalt für den Anderen, die uns durch das menschliche Gefühl diktirt werden, in die Staatsgesetzgebung übertragen wollen oder nicht. Nach meiner Auffassung und nach den Auffassungen, die bis jetzt die Rechtsgesetzgebung der zivilisirten Staaten beherrscht haben, ist das nicht der Fall gewesen.¹⁰⁸

Auch wenn er sonst in vielen Punkten anderer Meinung war als Bamberger, pflichtete ihm der elsass-lothringische Vertreter Landelin Winterer (bkF) bei:

¹⁰⁵ Herms: Nächstenliebe, Sp. 17.

¹⁰⁶ Uhlhorn: Die Christliche Liebesthätigkeit, 37 f. Zu Uhlhorn vgl. Jähnichen/Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 946 ff.; Otte: Liebesthätigkeit – Christlich oder kirchlich?; Wesseling: Uhlhorn, Gerhard. Uhlhorn vertrat eine Arbeitsteilung zwischen staatlicher und kirchlicher Armenpflege, so wie auch die überwiegende Mehrheit der konservativen Abgeordneten. Eine ausschließlich kirchlich getragene Armenpflege wäre für Uhlhorn eine krankhafte Einseitigkeit (vgl. Uhlhorn: Die Christliche Liebesthätigkeit, 44 f.; 799).

¹⁰⁷ Vgl. Mt 22,37-40; Mk 12,29 ff.; Lk 10,27.

¹⁰⁸ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 680/I).

[...] was mich betrifft, meine Herren, so kann ich die christliche Nächstenliebe und ihre Pflichten nicht mit der Staatshilfe verwechseln.¹⁰⁹

Die Gegenposition formulierte der konservative Abgeordnete Hans von Kleist-Retzow (DKP) während der zweiten Lesung der ersten Unfallversicherungsvorlage, als er in einer Auseinandersetzung mit der Staatsvorstellung der Sozialdemokratie seine Ansicht von den Aufgaben des Staates und denen der Sozialversicherung formulierte:

Eine solche Gesetzgebung erkennt daher als ihre Aufgabe, diese Volksklassen aus Liebe, aus Herablassung zu ihnen davon zu überzeugen, daß der Staat nicht bloß das Mein und Dein der Reichen schützt, [...] sondern bereitwillig ist, Ordnungen zu treffen, [...] wo sie das Bewußtsein haben: das gilt dir, das berücksichtigt deine Verhältnisse, das will dir wohlthun! (Bravo! rechts.)¹¹⁰

In seltener Übereinstimmung verwiesen Peter Reichensperger (Zentrum) und Ludwig Bamberger (LV) gegen Ende der zweiten Lesung auf einen weiteren Aspekt, nämlich den Versicherungszwang, der ihrer Meinung nach jede Verbindung zwischen Nächstenliebe und Sozialversicherung verbot:

Meine Herren, ich kann mich kurz damit abfinden, indem ich sage, daß die christliche Caritas es dringend rath und empfiehlt, *freiwilliges Geben* eintreten zu lassen, daß sie aber das zwangsweise *Nehmen* perhorresziert und verurtheilt. Hier handelt es sich aber nicht um freiwilliges Geben, sondern um zwangsweises Nehmen, und darum reprobire ich diese angeblich christliche Anschauung auf das allerentschiedenste.¹¹¹

Ganz mit Recht hat der Herr Abgeordnete Winterer¹¹² darauf hingewiesen, daß die Caritas des Christenthums und – ich setze hinzu – aller humanen Religionen, etwas ganz anderes sei, gerade das Gegentheil sei als dieser Zwang, als diese Absicht, einen Effekt auf den Verpflichteten hervorzubringen: das ist heidnisch, das ist cäsarisch, aber evangelisch oder religiös oder dem Gedanken der Caritas entsprechend ist das durchaus nicht.¹¹³

Nachdem die Beratung der Krankenversicherungsvorlage keine auf den Bereich der Nächstenliebe bezogenen Verwendungen des Liebesbegriffs gebracht hatten, war auch bei der Diskussion der dritten Unfallversicherungsvorlage lediglich zweimal davon die Rede. Zum einen erklärte Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) für seine Fraktion:

¹⁰⁹ 01.04.1881 (ebd., 697/I).

¹¹⁰ 31.05.1881 (ebd., 1447/I).

¹¹¹ Peter Reichensperger (Zentrum), 02.06.1881 (ebd., 1536/II).

¹¹² Tatsächlich war es Peter Reichensperger.

¹¹³ Ludwig Bamberger (LV), 02.06.1881 (ebd., 1541/I). In einem anderen Zusammenhang konkretisierte Bamberger diese Ansicht später folgendermaßen: „Wie man es auch nenne – praktisches Christenthum oder Nächstenliebe – das Alles ist nicht Verstandes- sondern Herzenssache. Der Verstand befiehlt und die Liebe bittet. Auch das staatliche Armenwesen beruht nicht auf der Liebe, sondern auf der wohlterkannten Selbsterhaltungspflicht des Staates; außerhalb des Staatsrechtes steht die Wohlthätigkeit, die auf Liebe beruht, der sich die Kirche und die Religion, der sich aber nicht minder die außerhalb beider stehende Menschlichkeit widmet. Die Liebe giebt mit Aufopferung ihres eigenen Selbst, der Staat schöpft aus dem, was er von anderen erzwingt. Liebe, die befohlen wird, auf Kosten derer, die gehorchen müssen, ist nicht Liebe. [...] Daher ist die Pflicht des Staates scharf begrenzt durch die erkennbaren Mängel, über die er gebieten kann; der Nächstenliebe dagegen steht ein unbegrenztes Feld offen. Sie kann mit Wünschen arbeiten, deren Erfüllbarkeit ihr selbst noch zweifelhaft erscheint; für den Staat aber giebt es keine Wünsche, sondern nur erkennbare Wege; für den Staat giebt es keine Ziele, deren Erreichbarkeit fraglich ist.“ (Bamberger: Die Invasion der socialistischen Ideen, 7 f.).

[...] wir sind sehr auf der Hut, daß die charitative Thätigkeit der Kirche nicht verstaatlicht werde [...]; aber hier, bei der Regulierung der Unfallfrage, ist wirklich von der Kirche und ihrer Liebesthätigkeit nicht die Rede¹¹⁴.

Zweitens äußerte Hertlings Fraktionskollege Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen seine Befriedigung darüber, dass die Unfallversicherung die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vermindern wird, gab aber gleichzeitig (ebenso wie Reichensperger und Bamberger bei der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage) zu bedenken, dass die christliche Nächstenliebe immer und überall auch im christlichen Geist geleistet werden müsse, jeglicher Zwang daher unbedingt vermieden werden müsse:

Das sind nun allerdings Vorzüge, die einen hohen moralischen Werth haben und zweifelsohne auf christlichen Grundsätzen fußen. Aber andererseits beruht nach christlicher Auffassung der moralische Werth sowohl auf Seiten des Gebers wie auf Seiten des Nehmers einer Wohlthat ganz auf dem Geiste, in dem diese Wohlthat gegeben und empfangen wird. Sobald ein äußerer Zwang eintritt, verschwindet der Geist der christlichen Nächstenliebe. Wird an die Stelle der spontanen Nächstenliebe nur der äußere Zwang gesetzt, so geht auf der einen Seite die Liebe, mit der gegeben wird, auf der anderen Seite die Dankbarkeit und mit ihnen der moralische Werth für den Einzelnen vollständig verloren.¹¹⁵

Wendt-Papenhausen fügte hinzu, welcher Institution er am ehesten das Üben christlicher Nächstenliebe im christlichen Geist zutraut:

Die sozialdemokratischen Bestrebungen haben zur Folge gehabt, daß die Arbeiter zu immer größerer Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen angeregt sind, während die Bestrebungen der Kirche und ihrer Vertreter stets dahin gerichtet gewesen sind, den Arbeitern eine möglichst große Zufriedenheit mit ihrer Lage zu lehren. Sie sind vorangegangen durch das Beispiel freiwilliger Entsa^{gung}, der größten Aufopferung, der Selbstlosigkeit und Nächstenliebe nach allen Richtungen hin.¹¹⁶

Am aufschlussreichsten waren indes die anlässlich der Beratungen über die Invaliditäts- und Altersversicherung geführten Diskussionen mittels des Liebesbegriffs und über denselben. Bereits in seiner Thronrede anlässlich der Eröffnung der betreffenden Session am 22. November 1888 hatte Kaiser Wilhelm II. einen Argumentationsstrang begründet, welcher die gesamte Diskussion über den Gesetzentwurf bestimmen sollte: Der Kaiser schrieb der Staatsgewalt die Aufgabe zu „auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Bethätigung der auf dem Boden des Christenthums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen“¹¹⁷. Mit dieser wiederum die Pflichten christlicher Nächstenliebe (implizit) mit den Aufgaben des Staates in Verbindung bringenden Aussage war die Richtung der parlamentarischen Diskussion vorgegeben, es wurde im Folgenden auf den Topos der christlichen Nächstenliebe immer wieder Bezug genommen – mit durchaus unterschiedlichen Stoßrichtungen.

In seiner Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs griff der bereits mehrfach genannte Innenstaatssekretär und Vizekanzler Karl Heinrich von Bötticher die vom Kaiser ins Spiel gebrachte

¹¹⁴ 14.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 64/II).

¹¹⁵ 27.06.1884 (ebd., 1109/I).

¹¹⁶ 27.06.1884 (ebd., 1110/I).

¹¹⁷ StBRt VII/4 (1888/89), 2/I f.

Argumentation auf, indem er seine Bitte an die Abgeordneten um eine gewissenhafte Auseinandersetzung mit der Regierungsvorlage mit einem diesbezüglichen Bibelzitat untermauerte: „Lassen Sie sich, meine Herren, bei den Berathungen, in die wir ernst und eifrig eintreten wollen, von der Devise leiten: Liebet die Brüder! (Lebhaftes Bravo)“¹¹⁸.

Diese argumentative Steilvorlage wurde von den Abgeordneten bereitwillig aufgenommen. Wie kaum anders zu erwarten war, verweigerten sich die mehrheitlich christlichen Parlamentarier dem biblischen Imperativ nicht, doch – anders als Bötticher dies beabsichtigt haben mag – leiteten diese daraus für sich nicht zwingend die Verpflichtung ab, für die Gesetzesvorlage zu stimmen. Insofern ist hier dieselbe Entwicklung zu beobachten, wie bereits bezüglich der Begriffe *praktisches Christentum* und *christlicher Staat* geschildert worden ist. Insbesondere waren es auch hier wieder Äußerungen von Vertretern der Zentrumsfraktion sowie einigen Konservativen, in denen sich ein von den Vorstellungen des Vizekanzlers abweichendes Verständnis von christlicher Nächstenliebe ausdrückte – oder zumindest andere daraus zu ziehende Konsequenzen bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfs.

Zunächst wurde Böttichers Aufruf durchaus positiv aufgenommen.¹¹⁹ Der erste Einspruch kam allerdings noch in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs von Heinrich Rickert (DFrP), der bezweifelte, dass bei den Härten der Vorlage (vollständiger Beitragsverlust bei Tod vor Erreichen des Rentenalters) wie auch bei den Belastungen der Zielgruppe der Sozialversicherung durch indirekte Steuern von Bruderliebe gesprochen werden könne.¹²⁰ Bötticher, der offenbar die implizite Diskreditierung des Liebesbegriffs nicht hinnehmen wollte, trat Rickert direkt entgegen. Bötticher verzichtete allerdings darauf, Rickerts Behauptungen zu widerlegen, sondern griff ihn lediglich persönlich an:

Wäre die Absicht des Herrn Vorredners darauf gerichtet, die Mängel der Vorlage zu beseitigen, wäre es ihm wirklich Ernst mit der auch von ihm adoptierten Devise: liebet die Brüder! um im Sinne christlicher Charität an das Werk zu gehen und die Fürsorge, die dem Arbeiter nach unserem sozialpolitischen Programm werden soll, ihm auch wirklich zu verschaffen, und sich darauf zu beschränken, etwaigen Fehlern in der Organisation, in dem Aufbau des Gesetzes, in seiner Durchführung abzuweichen, – dann, meine Herren, brauchte der Herr Vorredner diese Rede nicht zu halten. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. – Abgeordneter Rickert: Gründe!) Allein ich rechne mit der Thatsache: seine Rede war darauf gerichtet, nach außen hin die Vorlage zu diskreditieren. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.)¹²¹

¹¹⁸ 06.12.1888 (ebd., 145/II). „Erweist allen Menschen Ehre, liebt die Brüder, fürchtet Gott und ehrt den Kaiser!“ (1 Petr 2,17). Noch zwanzig Jahre später würde man sich an diese Worte erinnern, wie ein 1909 veröffentlichter Nachruf auf Bötticher beweist: „Wie sehr Bötticher mit seinem ganzen Herzen und aus vollster innerster Überzeugung an die in der sozialen Gesetzgebung ihm gestellte Aufgabe herangetreten ist und wie er in ihrer Durchführung gleich dem Kaiser Wilhelm nicht bloß eine im Interesse des Staates und der Volkswohlfaht liegende Notwendigkeit, sondern zugleich eine durch das Christentum gebotene Pflicht erkannt hat, beweisen die Worte, mit denen er die Beratung der großen sozialen Vorlage als Vertreter der Reichsregierung vor dem Reichstage einleitete. „Liebt die Brüder“, so begann die bedeutungsvolle Rede, mit der er den ersten [sic!; PE] dieser Gesetzentwürfe [...] dem Reichstage zur Annahme empfahl.“ (Rogge: Bötticher, Dr. Karl Heinrich v., 129 f.).

¹¹⁹ Roman von Komierowski (Pole), 10.12.1888: „Deshalb verstehen wir den Appell, den der Herr Staatsminister von Bötticher an dies Haus gerichtet hat am Schlusse seiner Rede: Liebet die Brüder! – sehr wohl. *Nächstenliebe haben wir in unserer wechselvollen Geschichte, sei es in guten, sei es in bösen Tagen, stets angestrebt und geübt; aber wir bitten auch, daß uns gegenüber dasselbe gewährt werde.* (Bravo! bei den Polen.)“ (StBRt VII/4 [1888/89], 202/II); Charles Grad (PrP), 10.12.1888: „Meine Herren, liebet die Brüder, alle für einen und einer für alle!“ (ebd., 204/II).

¹²⁰ Vgl. ebd., 224/II; 226/II.

¹²¹ 10.12.1888 (ebd., 227/II).

Unmittelbar zu Beginn der ersten Sitzung der zweiten Lesung, welche für die Analyse des Gebrauchs des Liebesbegriffs äußerst ergiebig war, fuhr Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) weitere Geschütze gegen die Art der Verwendung des Liebesbegriffs auf. Er wiederholte die beiden Grundmotive, die er auch durch die Verwendung der eigenständig interpretierten Begriffe *praktisches Christentum* und *christlicher Staat* vertreten hatte (und vertreten würde), nämlich die Ablehnung der Übertragung des individuell zu verstehenden Nächstenliebegebots auf den Staat und – damit in Zusammenhang stehend – die Absage an eine Ausdehnung staatlicher Kompetenzen bzw. an eine Stärkung der Zentralgewalt. Damit ist hier erneut zu beobachten, wie Gegner der Gesetzesvorlage die zu deren Beförderung gebrauchten Begriffe benutzen, um ihre Ablehnung zu untermauern:

Meine Herren, es läßt sich keine Gesetzgebung auf dem Boden der Bruderliebe statuieren, denn eine Gesetzgebung auf dem Boden der Bruderliebe nimmt der Bruderliebe das, was sie auszeichnet, die eigene Freiheit, die eigene sittliche That, und eine Gesetzgebung, die auf dem Boden der Bruderliebe ausgeführt werden wollte, würde auf allen Gebieten zur Vernichtung der berechtigten Freiheit hinführen. [...] ich widerstrebe dieser Gesetzgebung darum, weil sie meines Erachtens die Verpflichtung von denen, denen sie naturgemäß zukommt, abwälzt auf die breiten Schultern des Staates, und weil deshalb meines Erachtens diese Gesetzgebung, [...] diktirt [...] von der Absicht, aufbauend zu wirken, doch [...] in Wahrheit auflösend wirken muß. Ich sehe diese auflösende Wirkung in dem Hineindrängen des Staates in die Familie [...].¹²²

Der deutschkonservative Abgeordnete Oscar Hahn, Mitglied der beratenden Parlamentskommission, widersprach Hertlings Furcht, die einzuführende staatliche Fürsorge für Alte und Invalide könne der privaten Nächstenliebe Abbruch tun:

Ich glaube das nicht [...]; im Gegentheil, ich glaube, die christliche Liebe [...] wird dadurch keinen Schaden leiden. Ich möchte sogar sagen: wer sich durch die Rücksicht, daß er sagt: ach, der bekommt ja Rente aus der öffentlichen Kasse, dazu verleiten läßt, seinen Geldbeutel zuzuhalten, der hat nicht die richtige Liebe in sich. (Sehr wahr! rechts.)¹²³

Damit befürwortete Hahn implizit die Aufforderung Böttichers, anschließend tat er dies auch *expressis verbis* und verwies auf eine weitere wichtige Forderung des vom Vizekanzler zitierten Verses aus dem ersten Petrusbrief:

Ich möchte aber überhaupt sagen, obwohl ich wiederholt anerkannt habe, daß der Satz, den der Herr Staatssekretär des Innern in der ersten Lesung hier so betont hat, „Liebet die Brüder!“, im Vordergrund steht, wie überhaupt die Liebe das Höchste ist, – ich möchte sagen, daß ein anderer Satz [...] nach meiner Meinung auch seine große Berechtigung hat [...]; das ist der sich daran anschließende Satz: „Thut Ehre jedermann!“¹²⁴ Meine verehrten Herren, die Liebe, die sich in unserer bisherigen Fürsorge für Arme thätig gezeigt hat, ist gewiß aufs höchste zu schätzen, und ich wünsche, daß sie sich immer und immer noch weiter bethätige; aber, meine verehrten Herren, das, was in der öffentlichen Armenpflege bisher sich bethätigt hat, hat den Spruch: „Thut Ehre jedermann!“ in sehr, sehr vielen Armenverbänden arg bei Seite gelassen (Sehr wahr!)¹²⁵

¹²² 29.03.1889 (ebd., 1093/I).

¹²³ 29.03.1889 (ebd., 1102/II).

¹²⁴ Tatsächlich geht er diesem voran: „Thut ehre jederman. Habt die Brüder lieb. Fürchtet Gott. Ehret den König.“ (1 Petr 2,17 [Luther, 1545]).

¹²⁵ 29.03.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1102/II f.).

Auf die vielerorts herrschenden Missstände, denen Hahn durch das zur Diskussion stehende Gesetz abhelfen möchte, spielte auch der ihm nachfolgende Redner, der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Grillenberger, an. Er sprach insbesondere den Großagrariern ab, sich entsprechend dem christlichen Gebot zur Nächstenliebe zu verhalten, bezichtigte sie damit implizit der Scheinheiligkeit und machte dabei schließlich auch seine eigene Haltung gegenüber diesem Gebot deutlich:

Meine Herren, das „Noth leiden“ der Landwirthschaft, das heißt, der *großen Landwirthschaft*, der Herren Agrarier, besteht ja doch in weiter gar nichts, als daß die *Herren niemals genug kriegen können*. (Unruhe rechts.) Wenn Sie sich so weit aufraffen wollten und Ihrer vielgepriesenen „christlichen Liebe“ von Ihren sehr ausgedehnten persönlichen Bedürfnissen etwas nachlassen – (Glocke des Präsidenten.)¹²⁶

Trotzdem Hahn bereits eine Erwiderung auf Hertling ausgesprochen hatte, ergriff auch Bötticher noch einmal das Wort, um auf Hertlings Einwurf, der Verpflichtung zur Nächstenliebe könne nicht mittels Gesetzen nachgekommen werden, einzugehen. Er ging in seinem Redebeitrag zunächst einen Schritt auf Hertling zu, indem er konzedierte, dass es in der Tat besser wäre, wenn der Staat sich auf das Wirken der Nächstenliebe verlassen könnte, dies sei aber angesichts der schon mehrfach beklagten Zustände nun einmal unmöglich; im Übrigen gebe es bereits Beispiele für Staatshilfe auf Zwangsbasis:

Nun hat der Herr Abgeordnete von Hertling [...] unter anderen auch die christliche Liebespflicht ins Gefecht geführt und gemeint, es könne nicht die Aufgabe des Staates sein, die Aufgaben der christlichen Liebespflicht im Wege der Gesetzgebung zu lösen. Wenn es so läge, daß für die Anwendung der christlichen Liebespflicht [...] eine andere Gewähr gegeben wäre als diejenige des staatlichen Zwangs, dann brauchten wir diese Gesetzgebung nicht. Allein in dieser Beziehung hat bereits der Herr Freiherr von und zu Franckenstein mit Recht hervorgehoben, daß die christliche Liebespflicht, leider Gottes, nicht überall und sogar nicht überall unter den Christen erfüllt wird. Aber fehlt es denn in unserer Gesetzgebung an Vorgängen, bei denen ähnliches von Staatswegen geschehen, ein ähnlicher Zwang geübt, eine ähnliche Staatshilfe geleistet wird? Soll ich den Herrn von Hertling an die Nothstandsgesetze, an die Ueberschwemmungsvorlagen erinnern, an die Armenpflege, die doch auch nichts weiteres ist als eine von Staatswegen geordnete Erfüllung der christlichen Liebespflicht.¹²⁷

Der freisinnige Abgeordnete Karl Schrader gab dagegen Hertling Recht und vermutete ebenso wie dieser, dass die Bereitschaft zum Wirken im Sinne der christlichen Nächstenliebe abnehmen werde, wenn dieses Wirken leicht mit Verweis auf das sozialpolitische Engagement des Staates vermieden werden könne:

Es ist dem Herrn Abgeordneten von Hertling vorgeworfen, daß er mit Unrecht eine Verminderung der christlichen Liebesthätigkeit von diesem Gesetz erwarte; es ist ihm entgegengehalten, daß man sich durch die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht davon abhalten lassen werde, Liebesthätigkeit zu üben. [...] Ja, meine Herren, ich kann in gewisser Beziehung Herrn von Hertling Recht geben. Wenn die Veranlassung, Liebe zu üben, vermindert wird, so wird auch weniger Liebe geübt werden, so werden allmählich diejenigen Kreise, welche bisher auf die Liebesthätigkeit sich angewiesen fühlten, verlernen, sie zu üben. [...] Es ist nach meiner Meinung kein praktisches Christenthum, wenn man den Staat an die Stelle des Christen stellt; der eigentliche Sinn der christlichen Liebe ist die Uebung der Liebe von Mensch zu Mensch und nicht die Abschiebung

¹²⁶ 29.03.1889 (ebd., 1104/I).

¹²⁷ 29.03.1889 (ebd., 1111/I).

dieser Pflicht auf den Staat. Also hat Herr von Hertling ganz recht: wir schwächen durch solche Gesetze die nahen Beziehungen der Bevölkerungsklassen zu einander, statt die Uebung der Liebesthätigkeit zu befördern.¹²⁸

Gegen Ende der Sitzung vom 29. März 1889 fügte der polnische Abgeordnete Roman von Komierowski der Diskussion noch einen weiteren Aspekt hinzu. Er erging sich nicht in Erwägungen, wo nun die christliche Liebe am besten wirken könne, sondern verwies auf die seiner Meinung nach für das Nachlassen der Liebesthätigkeit verantwortlichen Ursachen:

Ja, meine Herren, wenn es wirklich der Fall ist, daß die christliche Liebe in ihrem Ideal nachgelassen hat, so hat es darin seinen Grund, weil bei Fixirung gesetzlicher Vorschriften dieselbe nicht so beachtet wurde, wie sie es verdiente. (Sehr richtig!)¹²⁹

Nach diesem heftigen Schlagabtausch mittels des Liebesbegriffs wurden in den weiteren Sitzungen der zweiten und dritten Lesung meist nur noch die bereits ausgetauschten Argumente wiederholt,¹³⁰ es finden sich aber auch hier noch einige Äußerungen von Gewicht.¹³¹

Als es in der Sitzung vom 4. April 1889 mit der Frage eines möglichen Reichszuschusses zur geplanten Invaliditäts- und Altersversicherung um eine bereits bei der Beratung der Unfallversicherungsvorlagen äußerst kontrovers diskutierte Bestimmung ging, äußerte der elsass-lothringische Abgeordnete Landelin Winterer (bkF) die bereits aus Wortmeldungen Hertlings und Schraders bekannte Position, eine staatliche Sozialpolitik würde die freiwillige Liebesthätigkeit des Einzelnen zum Verschwinden bringen, außerdem fiel es ihm – von Beruf katholischer Geistlicher – schwer, die Übertragung besagten Petrusverses auf das Versicherungsprojekt nachzuvollziehen:

Es ist gesagt worden, daß die Vorlage den Anfang einer neuen Ära der christlichen Liebe bedeutet: „Liebet die Brüder!“ Es thut mir sehr leid, daß ich diese Ueberzeugung nicht theilen kann; ich kann Zwang und Liebe nicht als gleichbedeutend erachten. (Sehr wahr!) Eine Pflichterfüllung, erzwungen durch Gesetz und Geldstrafen, kann ich nicht als eine Pflichterfüllung der christlichen Liebe anerkennen. (Sehr wahr!)¹³²

Winterer wagte eine Prophezeiung bezüglich der Auswirkungen solcher staatlicher Sozialpolitik und man wird sowohl in der Rückschau wie auch und gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen an die staatliche Sozialpolitik kaum umhinkommen, ihm beizupflichten:

Immer mehr und mehr wird man den Staat betrachten als den ersten Helfer in der Noth; und immer mehr wird man vom Staat Hilfe fordern, (sehr richtig!) und er wird sie nicht geben können nach Wunsch und überall. Denn die allgemeine Vorsehung ist er doch noch nicht.¹³³

¹²⁸ 29.03.1889 (ebd., 1114/II f.).

¹²⁹ 29.03.1889 (ebd., 1119/II).

¹³⁰ Recht ausführlich wurde weiterhin darüber gestritten, ob die christliche Liebesthätigkeit durch das geplante Gesetz beschädigt werden würde oder nicht vielmehr gestärkt (vgl. ebd., 1303/II; 1342/I; 1377/II; 1801/I f.).

¹³¹ Weniger von Gewicht, gleichwohl von Interesse mag die Verwendung des Liebesbegriffs durch den Zentrumsabgeordneten Georg Orterer (04.04.1889 [vgl. ebd., 1265/II]) sein, der ein auch hier wiedergegebenes Statement seines Fraktionskollegen Peter Reichensperger vom 02.06.1881 (vgl. StBRt IV/4 [1881], 1536/II), in dem dieser den Versicherungszwang als unchristlich zurückgewiesen hatte, anführte, um den Sinneswandel Reichenspergers, der in Abweichung von der Fraktionslinie für die Invaliditäts- und Altersversicherung eingenommen war, aufzuzeigen.

¹³² 04.04.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1263/II).

¹³³ Ebd.

Nach dem Ende der zweiten Lesung war nur allzu deutlich geworden, dass mit Sozialdemokraten und Freisinnigen, mit polnischen Abgeordneten, Welfen und Vertretern Elsass-Lothringens nicht nur die üblichen Verdächtigen dem Gesetzentwurf ablehnend gegenüber standen, sondern die Zweifel an dessen Sinn und Wirksamkeit die Mehrheit der Zentrumsfraktion und eine Minderheit der Konservativen erfasst hatten. Da ob dieser Bedenken die Verabschiedung des Gesetzes akut gefährdet war, versuchte der Berichterstatter der beratenden Parlamentskommission, Otto Freiherr von Manteuffel (DKP), in seiner die Generaldiskussion zu Beginn der dritten Lesung des Gesetzentwurfs eröffnenden Rede am 17. Mai 1889, die von Abgeordneten wie Hertling, Schrader oder Winterer erhobenen Bedenken, die auch in seiner eigenen Fraktion bestanden,¹³⁴ zu zerstreuen:

Ich meine, daß thatsächlich für die christliche Liebespflicht, auch wenn das Gesetz in Kraft getreten sein wird, noch freie und breite Bahn sein wird zu ihrer Bethätigung (sehr wahr! rechts); und wenn der Herr Staatssekretär des Innern bei der ersten Lesung seine Rede schloß mit den Worten: „Liebet die Brüder“, so hat er damit nicht gesagt, daß wir die Brüder nur im Wege des Gesetzes lieben sollen (Heiterkeit) [...]. Meine Herren, das Liebeswerk lediglich mit Geld abzumachen, liegt überhaupt nach meiner Ansicht nicht im Sinne der christlichen Nächstenliebe und Charitas [...] Aber Freiherr von Franckenstein hat schon ausgeführt, nicht alle unsere dürftigen Brüder werden des Glückes theilhaftig, von barmherzigen Leuten gepflegt zu werden und von barmherzigen Leuten Zuschüsse zu ihrem Lebensunterhalt zu bekommen, und gerade da wird das Gesetz eintreten und seine guten Wirkungen ausüben. Ich glaube also, daß auch dieser Grund bezüglich der christlichen Nächstenliebe [...] gegen das Gesetz nicht ins Feld geführt werden kann.¹³⁵

Der freikonservative Abgeordnete Arthur Gehlert sprang von Manteuffel bei und ging insbesondere auf die Bedenken von Angehörigen der Zentrumsfraktion ein. Er bestritt, dass die bisher ohne Mitwirkung des Staates stattfindende christliche Liebestätigkeit hinreichend sei, weshalb die Zentrumspolitiker dem aushelfenden Staat nicht in den Arm fallen dürften:

Meine verehrten Herren, ein so positiver Geist, wie ich bin wird und kann [...] nicht anders als mit Ehrfurcht und Dank reden von den Leistungen der Kirche [...]. Gleichwohl: die ehrwürdige, aufopferungsvolle christliche Kirche ist nun an die 2000 Jahre am Werke, die angeborene Bestie im Menschen zu *überreden*, daß einer den anderen um seiner selbst willen lieben soll wie sich selbst. Meine Herren, was hat sie angesichts der Thatsachen, die ich soeben konstatirt habe, bis heute erreicht? Gerade die Herren vom Zentrum sollten mich nicht paradox schelten, wenn ich den heutigen Staat, bloß auf das Gewerbe angesehen, als einen Raum bezeichne, in dem ringsum eine gewisse Anzahl christlicher Tempel rein auf heidnischen Ansiedelungen gruppiert sind, in dem das „Liebe den Nächsten wie dich selbst!“ heute noch genau wie vor der Zeit Christi nur mit Füßen getreten wird.¹³⁶

¹³⁴ Julius Graf von Mirbach, 08.05.1889: „[...] eine Erleichterung wird allerdings stattfinden, und die bedaure ich, nämlich in Bezug auf die christliche Charitas. [...] ich glaube doch, daß sehr vielen Personen dann es sehr schwer fallen wird, diese Last zu tragen, wenn jemand, der arm oder unterstützungsbedürftig ist und an sie herantritt, wenn sie ihn von sich weisen werden und sagen: halten Sie sich an den Staat, der hat für alle Bedürftigen zu sorgen.“ (ebd., 1570/II).

¹³⁵ 17.05.1889 (ebd., 1783/II).

¹³⁶ 17.05.1889 (ebd., 1807/II). „An den Kindern deines Volkes sollst du dich nicht rächen und ihnen nichts nachtragen. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin der Herr.“ (Lev 19,18; vgl. auch Mt 5,43-48; 22,37-40; Mk 12,29 ff.; Lk 10,27).

Gehlert schlussfolgerte aus solchen Befunden ebenso wie Bötticher, Hahn und Manteuffel, dass der christlichen Nächstenliebe die Tätigkeit des Staates zur Seite gestellt werden müsse. Direkt an die Zentrumsabgeordneten gewandt fuhr er fort:

Das, was dieses Gesetz will, das wollten Sie nie und wollen Sie heute nicht, meine Herren von der Mehrheit des Zentrums. Was Sie hier für die Nothleidenden thun wollen, das ist Gnade, das ist Barmherzigkeit; das ist aber kein *Recht*. (Widerspruch im Zentrum.) Unsere Fürsten von Gottes Gnaden aber, voran der edle, echte Hohenzollernsproß, stehen vor versammeltem Reichstag nicht um Gnade, sondern um Recht für ihre deutschen Arbeiter, und gerade so wenig, wie wir Sie für die Rechte der Kirche um die Gnade des Staates betteln sehen, so wenig sollten Sie das unveräußerliche Recht des deutschen Arbeiters an den Staat mit der unsicheren Münze der bloßen Barmherzigkeit bezahlen wollen.“¹³⁷

Wie kaum überraschen dürfte, beharrten die Opponenten gegen den Gesetzentwurf auf ihrem Standpunkt, den sie gelegentlich der Generaldiskussion noch einmal vertraten.

Da nun also die Argumente gewechselt waren und insofern keine Veränderungen im für die Befürworter des Gesetzesprojekts prekären Kräfteverhältnis zu erwarten war, ergriff Bismarck am 18. Mai 1889 das Wort zu seiner, wie sich später zeigen würde, letzten Reichtagsrede. Er warb nicht um die Zustimmung der gegen das Gesetz eingestellten Fraktionen,¹³⁸ sondern redete den konservativen Abgeordneten, zu denen er auch die Nationalliberalen und die Zentrumsmitglieder rechnete, ins Gewissen, ihre mit der Übernahme eines Reichstagsmandats übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem Reich über den Lokalpatriotismus zu stellen und „sich von der Gemeinschaft von Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässer-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen. (Lebhaftes Bravo).“¹³⁹

Nach dieser Rede, von der Ludwig Bamberger (DFrP) in seiner Entgegnung zu Recht behauptete, sie trage „das Gift des Parteizwistes“¹⁴⁰ in die Debatte, wurde der Liebesbegriff in der dritten Lesung, die sich immerhin noch über weitere fünf Sitzungen erstreckte, nicht mehr verwendet. Ob dafür die Bismarcksche Eskalationsstrategie verantwortlich zeigte, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ebenso wenig lassen sich Aussagen darüber machen, ob das Gesetz am Ende trotz oder wegen Bismarcks Zuspitzungen angenommen wurde.¹⁴¹

Schlägt man einen Bogen von der ersten zur letzten Sozialversicherungsvorlage, so ist offensichtlich, dass der Liebesbegriff in den jeweiligen parlamentarischen Diskussionen eine große

¹³⁷ StBrT VII/4 (1888/89), 1808/II.

¹³⁸ „Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugniß ab, daß dieselbe zur Konsolidation des deutschen Reiches führen könnte, daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, (Rufe: hört! hört!) um an der Gesetzgebung über das gesammte Reich theilzunehmen – dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen –, daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich“ (ebd., 1832/II).

¹³⁹ Vgl. ebd., 1832/II; 1836/I (hier auch Zitat).

¹⁴⁰ Ebd., 1836/I.

¹⁴¹ Wenigstens bei einem deutschkonservativen Abgeordneten scheinen Bismarcks Ermahnungen nicht fruchtlos geblieben zu sein: „Aber, meine Herren, ich habe nun noch ein inneres Motiv, und damit will ich nicht zurückhalten; ich halte es sogar für meine Pflicht, dieses auszusprechen, welches, ich möchte sagen, mich innerlich zwingt, dem Gesetze meinerseits mein Votum nicht entgegenzustellen. Das ist nämlich dasjenige Motiv, welches für einen konservativen Mann, wie ich bin, von schwerem Gewicht ist: es ist das Motiv, daß ich weiß, die Verabschiedung dieses Gesetzes in dieser Session ist der dringende Wunsch meines Kaisers. (Bravo! rechts).“ (Wilhelm von Flügge, 22.05.1889 [ebd., 1916/I]). Heinrich Rickert (DFrP) erwiderte zwei Tage später darauf: „Der Wunsch Seiner Majestät steht uns auch hoch; aber höher noch die verfassungsgemäße Pflicht“ (ebd., 2000/I), sodass Flügge anschließend bekräftigte, dass er den Wunsch des Kaisers nicht über gesetzgebenden Faktoren habe stellen wollen (vgl. ebd., 2000/II f.).

Rolle gespielt hat, eine vielleicht entscheidende gar bei der Beratung der Invaliditäts- und Altersversicherung. Wie die Rede vom praktischen Christentum und vom christlichen Staat sollte auch dieser Terminus Zustimmungspotenziale aktivieren, indem er die Übertragung von Fürsorgepflichten auf den Staat zu rechtfertigen (man könnte auch sagen: zu verharmlosen) versuchte. Im Unterschied zu den beiden im vorangegangenen Abschnitt untersuchten Termini war der Liebesbegriff allerdings nicht gezielt durch eine Thronrede oder die Begründung eines Gesetzentwurfs lanciert worden, auch in der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17. November 1881 findet sich dieser Begriff nicht. Eingeführt wurde er von Ludwig Bamberger (LV), der sich gegen die Etablierung einer staatlichen Fürsorgepflicht aussprach. Neben diesem Problem wurden mittels des Liebesbegriffs auch die Fragen des Versicherungszwangs und der Behandlung der bislang mit der Fürsorgepflicht betrauten Institutionen, hier vor allem der Kirche, diskutiert.

Gezielt eingesetzt wurde der Liebesbegriff hingegen bei der Diskussion um die Invaliditäts- und Altersversicherung. Da nicht zu erwarten war, dass diejenigen Abgeordneten bzw. Fraktionen, die bereits gegen die Vorlagen zur Unfall- und Krankenversicherung votiert hatten, sich für die Invaliditäts- und Altersversicherung erwärmen können, brauchte man sich um diese auch nicht sonderlich zu bemühen. Vielmehr galt es, die eigentlich recht komfortable Regierungsmehrheit aus Nationalliberalen, Deutsch- und Freikonservativen im so genannten *Kartellreichstag* (220 von 397 Stimmen)¹⁴² zu mobilisieren. Dies würde allerdings nicht leicht fallen, da insbesondere in den beiden konservativen Fraktionen massive Vorbehalte gegen den Gesetzentwurf bestanden.¹⁴³ Daher musste versucht werden, so viele konservative Abgeordnete wie möglich zur Zustimmung zu bewegen und, wenn möglich, Abweichler aus der mehrheitlich gegen die Vorlage eingestellten Zentrumsfraktion herauszulösen. Der Liebesbegriff, d. h. der Verweis auf das christliche Gebot zur Nächstenliebe, diente als argumentatives Instrument zur Erreichung dieses Ziels, also zur Herauslösung diejenigen Abgeordneten aus der Gruppe der Sozialversicherungsgegner, die zwar die hinter der Sozialversicherung stehende Idee des Fürsorgestaates ablehnten, sich aber angesichts der sozialen Schieflage und des christlichen Gebots der Nächstenliebe vorstellen konnten, nolens volens für die Versicherung zu votieren.

Insofern war also auch der Liebesbegriff als kommunikative Brücke gedacht. Wenn man bedenkt, wie deutlich bei der Abstimmung über die Invaliditäts- und Altersversicherung letztlich die Kartellmehrheit verfehlt wurde, mag man allerdings daran zweifeln, dass diese Brücke von vielen Abgeordneten betreten wurde.

Eingeführt wurde der Liebesbegriff durch eine Thronrede Kaiser Wilhelms II. zur Eröffnung der Session, in welcher die Invaliditäts- und Altersversicherung zur Debatte stehen würde. Vizekanzler Bötticher griff in seiner einleitenden Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs den kaiserlichen Argumentationsstrang auf und untermauerte ihn mit einem Bibelvers. Damit war ein kommunikatives Angebot gemacht und wie gezeigt worden ist, wurde es von den Abgeordneten auch bereitwillig angenommen. Insofern braucht die häufige Verwendung des Liebesbegriffs in den sich an diese beiden Reden anschließenden Debatten nicht zu verwundern. Auffälliger und erstaunlicher ist dagegen sein einheitlicher Gebrauch. Bei den Beratungen

¹⁴² Vgl. Kapitel III, Fußnote 332.

¹⁴³ Vgl. die bereits zitierte Aussage des deutschkonservativen Abgeordneten Julius Graf von Mirbach (Fußnote 134) oder diejenige von Arnold Lohren (RFKP), 07.05.1889: „Meine Herren, man hat hier des öfteren den Ausspruch gethan, das Gesetz bedeute einen Sprung ins Dunkle. Das kann ich nicht zugeben; für mich bedeutet das Gesetz [...] einen Sprung in einen hell erleuchteten tiefen Abgrund.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1555/I).

wurde ausschließlich auf die aus dem Christentum abgeleitete Pflicht zur Fürsorge für den bedürftigen Nächsten abgehoben, was angesichts des zu verhandelnden Gesetzentwurfs zwar einsichtig, gleichwohl nicht selbstverständlich ist, schließlich wäre es bei einem solchen als „Aufgabe staaterhaltender Politik“¹⁴⁴ verstandenen Gesetzesprojekt auch vorstellbar, selbigem mittels patriotischer Appelle an die Liebe der Abgeordneten zu Kaiser und Vaterland zu parlamentarischen Weihen verhelfen zu wollen.¹⁴⁵ Die überraschend einheitliche Verwendung des Liebesbegriffs zeigt sich übrigens auch daran, dass trotz des ausdrücklich christlich verstandenen Liebesgebots dessen Doppelcharakter (Nächsten- und Gottesliebe) vollkommen ausgeblendet blieb.

Aus dem Vorgenannten lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass der Liebesbegriff ähnlich dem Begriff *praktisches Christentum* im hier verhandelten Kontext eine einheitliche Diskussionsgrundlage zur Verfügung zu stellen vermochte, was bei der nicht zuletzt auf die Inszenierung von Kontroversen abzielenden parlamentarischen Kommunikationssituation eine nicht zu unterschätzende Leistung darstellt, wurde doch dadurch die Problemkonstellation in Gestalt der Grenze zwischen unstrittigen und strittigen Feldern markiert. Im Unterschied zu anderen in diesem Zusammenhang zur Strukturierung der Diskussion und zur Mobilisierung von Zustimmungspotenzialen eingesetzten Begriffen wie etwa der Rede vom christlichen Staat löste die Verwendung des Liebesbegriffs keine Kontroversen um seine Berechtigung aus, dafür wurde umso entschiedener darüber debattiert, wie den Forderungen des christlichen Gebots zur Nächstenliebe nachzukommen sei bzw. nachgekommen werden könne; anders ausgedrückt: Dass die Liebe institutionalisiert werden muss, war Konsens, lediglich das Wie dieser Institutionalisierung war umstritten.¹⁴⁶

Die Rede Georg Freiherr von Hertlings zu Beginn der zweiten Lesung hatte deutlich gemacht, dass bei der Zentrumsmehrheit, welche immerhin den anderen beiden Versicherungsgesetzen zugestimmt hatte, die Strategie, mittels des Liebesbegriffs Zustimmungspotenziale zu aktivieren, nicht verfangen würde.¹⁴⁷ Hertling hatte betont, dass sich die Zentrumsfraktion den Aufgaben christlicher Nächstenliebe selbstverständlich nicht verweigert, jedoch anders als im Gesetzentwurf vorgeschlagen diese Aufgaben nicht dem Staat übertragen möchte. War die Einführung der öffentlich-rechtlichen Kranken- und Unfallversicherung noch akzeptabel gewesen, da es hier in erster Linie um die Abmilderung von negativen Folgen der Berufstätigkeit für (Fabrik-)Arbeiter ging, zählte die Fürsorge für Alte und Schwache für die Zentrumsmehrheit zu den Kernaufgaben der Familie; eine Verlagerung dieser Pflicht auf den Staat würde nach deren Meinung zur Schwächung, womöglich gar zur Vernichtung der in der Familie praktizierten Nächstenliebe sowie zur Einmischung des Staates in die Belange der Familie führen und nicht zuletzt auch einen für die Zentrumsfraktion inakzeptablen Kompetenz- und damit zugleich Machtgewinn der Zentralgewalt bedeuten. Auch die im Wesentlichen gleich lautenden Vorbehalte der konservativen Gegner der Gesetzesvorlage ließen sich durch die Diskussion über die christliche Nächstenliebe trotz Vermittlungsversuchen von Fraktionskollegen wie Manteuffel oder Gehlert ebenso wenig zerstreuen wie die der Gleichgesinnten aus

¹⁴⁴ Aus der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage (StBRt/A IV/4 [1881], 228/I).

¹⁴⁵ Eine solche Strategie hätte man wiederum leicht mit Verweis auf den bereits eingeführten Bibelvers 1 Petr 2,17 (vgl. Fußnote 118) untermauern können.

¹⁴⁶ Diesem Konsens verweigerte sich allerdings die sozialdemokratische Fraktion, wie der erwähnte Redebeitrag des Abgeordneten Grillenberger zeigt: Grillenberger leugnete die versöhnende Kraft des Liebesbegriffs, sieht dessen kommunikative Bedeutung vielmehr in der Verschleierung ungerechter Klassenverhältnisse.

¹⁴⁷ Am Ende würden nur 13 von 99 Zentrumsabgeordneten dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben (vgl. StBRt VII/4 [1888/89], 2002/I-2003/II).

der Zentrumsfraktion, sodass letztlich eine gescheiterte Indienstnahme des Liebesbegriffs festzustellen ist, der eine integrierende und mobilisierende Wirkung trotz seines unabweisbaren Kompromisscharakters nicht entfalten konnte.

Unstrittig bleibt, dass der Liebesbegriff nur eines der zur Beförderung des Gesetzentwurfs eingesetzten Instrumente darstellte. Gleichwohl konnte anhand der zitierten Textpassagen gezeigt werden, dass der Begriff gezielt lanciert wurde – und nach seinem Scheitern mittels einer Bismarckschen Brandrede ebenso gezielt wieder fallengelassen wurde. Wenn eine Verabschiedung der Gesetzesvorlage dennoch glückte, dann nicht wegen der in den Beratungen verwendeten christlichen Semantik, sondern wegen der soliden Regierungsmehrheit im *Kartellreichstag*.

3.2. Sozialismus, Staatssozialismus, staatliche Kompetenzen

Bei der Darstellung der Diskussion um den Begriff *christlicher Staat* ist bereits deutlich geworden, dass der Umfang der dem Staat zuzuweisenden Kompetenzen zu den umstrittensten Fragen der Sozialversicherungsdebatten im deutschen Reichstag gehörte. Auch wenn bei der Kontroverse um die sozialpolitischen Aufgaben des Staates im Vergleich zu der im vorangegangenen Abschnitt vorgestellten Thematik wesentlich seltener religiöse Semantik verwendet wurde, gehört diese Frage dennoch zu einer der wichtigsten auch für die Verfassung von Religion und Kirche, schließlich ist das Verhältnis zwischen Staat und Kirche bzw. Religion nie abschließend geklärt, zudem beansprucht der Staat mitunter Kompetenzen, die auch der Kirche zukommen oder zukommen könnten, wie nicht zuletzt der Kulturkampf gezeigt hatte. Einen solchen Fall konkurrierender Kompetenzzuschreibung bzw. Kompetenzbeanspruchung stellte auch die Sozialversicherung dar, weswegen die im Rahmen der parlamentarischen Sozialversicherungsdiskussion verlaufende Kontroverse um die Aufgaben des Staates durchaus auch eine religiöse Komponente besitzt.

Eng verknüpft mit der Diskussion um die Aufgaben des Staates war die Rede vom Sozialismus bzw. Staatssozialismus, weshalb beide Themenbereich hier auch in einem Abschnitt beleuchtet werden sollen, auch wenn dies die Übersichtlichkeit möglicherweise ein wenig einschränken sollte.

Ebenso wie der Liebesbegriff ist auch der Sozialismusbegriff immer umstritten, weshalb stets klargestellt werden muss, was im jeweiligen Zusammenhang darunter verstanden werden soll. Seit Lorenz von Stein ist der Sozialismusbegriff untrennbar mit der Formierung des Proletariats als Klasse verbunden. Für Stein waren die in Frankreich zu beobachtenden sozialistischen Systeme der Ort, an dem sich die Anschauung vom inneren Leben des Menschen und der Natur zu einem praktischen System gestaltet. Der Sozialismusbegriff war für Stein daher positiv besetzt, schließlich will der Sozialismus eine Gesellschaftsreform, während der Kommunismus lediglich den gewaltsamen Umsturz anstrebt,¹⁴⁸ eine Argumentation, der sich auch die zeitgenössische Theologie anschloss.¹⁴⁹

Im Vorfeld der Revolution von 1848 wurde der Sozialismusbegriff für das Christentum erschlossen, indem sein tendenziell revolutionärer Gehalt eliminiert und Sozialismus vielmehr

¹⁴⁸ Vgl. Stein: *Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs*, 131; 136; Schieder: *Sozialismus*, 948 f. Zur Abwertung des Kommunismus als negative Folge des Sozialismus vgl. ebd., 965-968.

¹⁴⁹ Vgl. dazu ebd., 965 f.

als Vergesellschaftung aller Schichten auf der Basis christlicher Nächstenliebe zu einer christlichen Gemeinde verstanden wurde,¹⁵⁰ wofür häufig die christliche Urgemeinde als Vorbild diente.¹⁵¹ Der christliche Sozialismus war insbesondere im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eine recht einflussreiche Strömung, als einer seiner Vertreter ist hier schon Rudolf Todt eingehender gewürdigt worden.

Die Kathedersozialisten¹⁵² bekannten sich, indem sie diese Fremdbezeichnung akzeptierten, ebenfalls zum Sozialismus, der für sie lediglich die Kehrseite zum Individualismus darstellte und damit ebenso berechtigt oder unberechtigt war wie dieser.¹⁵³ Für einen ihrer herausragenden Vertreter, Adolf Held, war derjenige ein Sozialist, der über soziale Organisationen und Ordnungen Vorschläge macht.¹⁵⁴ Spätestens seit dieser Begriffsbestimmung durch die Kathedersozialisten wurde eine Unterscheidung zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie nötig, der Sozialismusbegriff wurde der Sozialdemokratie damit erfolgreich entwunden,¹⁵⁵ falls sie ihn jemals exklusiv zu besetzen vermocht hatte. Diese Differenzierung war eine Voraussetzung dafür, dass der Sozialismusbegriff in den Sozialversicherungsdebatten solch breite Verwendung finden konnte und dass sich sogar Bismarck für diesen Begriff erwärmen konnte. Anlässlich der Sozialversicherungsdiskussion wurde indes nicht nur von Sozialismus, sondern in Sonderheit auch von Staatssozialismus gesprochen. Dass hier nicht der unter demselben Begriff subsumierte Staatssozialismus der sich selbst als sozialistisch bezeichnenden und die so genannte Zweite Welt bildenden Staaten des 20. Jahrhunderts gemeint sein kann, liegt auf der Hand.¹⁵⁶ Ende 1877 veröffentlichten Adolph Wagner, Adolf Stoecker und Rudolf Todt die erste Nummer der Zeitschrift „Der Staats-Socialist. Wochenschrift für Socialreform“ als Organ des „Central-Vereins für Social-Reform auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage“. Dieser Zeitschrift sollte zwar kein langes Leben beschieden sein, ihr auf eine christlich-konservative Sozialreform unter Heranziehung staatlicher Institutionen dringender Tenor dürfte den Begriff *Staatssozialismus* jedoch nachhaltig mit beeinflusst haben, zumal sich die drei Herausgeber auch ansonsten für staatliche Interventionen (nicht nur) zur Lösung der sozialen Frage stark machten.¹⁵⁷ Für Wagner, der sich selbst als einen Staatssozialisten be-

¹⁵⁰ Vgl. ebd., 968 f.

¹⁵¹ In diese Richtung zielte beispielsweise ein Redebeitrag Bismarcks vom 20.03.1884 während Beratungen um die Verlängerung des Sozialistengesetzes: „[...] unser Recht, die Ausnahmegesetze fortbestehen zu lassen, schöpfen wir [...] aus der Erfüllung der Pflicht einer christlichen Gesetzgebung. Nennen Sie es ‚sozialistische Gesetzgebung‘ auf der Fortschrittsseite, – ich ziehe den Ausdruck ‚christlich‘ vor. Der Sozialismus zur Zeit der Apostel ging noch sehr viel weiter. Wenn Sie die Bibel vielleicht einmal lesen wollen, werden Sie verschiedenes aus der Apostelgeschichte darüber finden.“ (StBRt V/4 [1884], 165/II).

¹⁵² Vgl. dazu Abschnitt II.1.2.3.

¹⁵³ Vgl. Schmoller: Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, 154 f.; Schieder: Sozialismus, 983 f.

¹⁵⁴ Vgl. Held: Die Deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart, 15; Schieder: Sozialismus, 984.

¹⁵⁵ Nur unter dieser Voraussetzung konnte Adolf Stoecker 1891 in einem Vortrag sagen: „Aber freilich Sozialismus und Sozialdemokratie sind himmelweit von einander verschieden. Der Sozialismus ist eine gesellschaftliche Auffassung, bei welcher Vaterland und Obrigkeit, Ehe und Eigentum bestehen können; nur der falsche Sozialismus verwirft diese Grundordnungen der Menschheit. Der Sozialismus aber der Sozialdemokratie ist ausgesprochener Feind aller dieser Errungenschaften der menschlichen Geschichte; er ist durchaus unklar und unpraktisch.“ (Stoecker: Sozialdemokratie und Sozialmonarchie, 14).

¹⁵⁶ Zu diesem Verständnis von Staatssozialismus vgl. etwa Engler, Wolfgang: Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt am Main 1992; Schneider, Michael: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Staatssozialismus, Köln 1996.

¹⁵⁷ Hier nur einige Passagen aus der Feder Rudolf Todts: „*Staatsintervention* fordert das Neue Testament aus der sittlichen Aufgabe, die es der Obrigkeit stellt. Sie muß kraft ihres göttlichen Amtes jeder Ausbeutung mit aller Energie entgegentreten durch ein weises gesetzliches Praevenire oder durch die strenge unparteiische Anwendung der

zeichnete,¹⁵⁸ bedeutete Staatssozialismus die Übertragung von vordem privat gelenkten Unternehmungen eines bestimmten Wirtschaftssektors auf den Staat für den Fall, dass sich in diesem Wirtschaftssektor das freie Spiel der Kräfte als unflexibel und nicht genügend leistungsfähig erwiesen hat oder aber zu einem Kartell entartet ist.¹⁵⁹ Dieser Staatssozialismus habe sich, wie Wagner später erklärte, selbstverständlich auf monarchischer Grundlage zu vollziehen, was eine deutliche Kampfansage an die Sozialdemokratie darstellte.¹⁶⁰ Neben Wagner hatten, wie bereits dargestellt wurde,¹⁶¹ auch Rodbertus und Lassalle einen entscheidenden Anteil an der Popularisierung dieses Begriffs, sie schwiegen sich allerdings im Gegensatz zu Wagner über Einzelheiten der von ihnen angestrebten Gesellschaftsordnung im Wesentlichen aus.

Um die Äußerungen der Abgeordneten während der parlamentarischen Diskussion über die Bismarcksche Sozialversicherung würdigen zu können, muss die hier zu verwendende Arbeitsdefinition von Sozialismus deren Verständnis berücksichtigen. Dementsprechend soll Sozialismus im Folgenden nicht nur unter dem Aspekt der Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung des Sozialversicherungswesens begriffen werden, sondern auch als ein (vermeintlich oder tatsächlich) sozialdemokratische Forderungen aufgreifendes Engagement des Staates. Die mit dem Sozialismusbegriff meist auch verbundene Diskussion um eine mögliche Abschaffung der herrschenden Gesellschaftsordnung wird dagegen in den Hintergrund treten.

Wie bereits bei den Begriffen *praktisches Christentum* und *christlicher Staat* zu beobachten war, hat die hauptsächlich von Theodor Lohmann verfasste Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage, also der ersten Sozialversicherungsvorlage überhaupt, der parlamentarischen Diskussion einen entscheidenden Impuls gegeben. Auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks war in diese Begründung ein Verweis auf die zu erwartende Diskreditierung der Sozialversicherung als Sozialismus aufgenommen worden, wohl um potenziellen Kritikern möglichst schon im Vorfeld den Wind aus den Segeln zu nehmen:

Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christenthums, von welchem die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik [...]. Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Ele-

bestehenden Gesetze. [...] Solange der moderne Staat sich nicht offiziell vom Christenthum lossagt, fordert das Neue Testament auch die Staatsintervention auf wirtschaftlichem Gebiet, zumal der Staat sonst überall interveniert. [...] Der Kernpunkt [...] ist die Staatsintervention nach den christlichen Principien der Gerechtigkeit, Wahrheit und Nächstenliebe.“ (Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 378; 449).

¹⁵⁸ Vgl. Wagner: Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus, 18.

¹⁵⁹ Vgl. ebd.

¹⁶⁰ Vgl. Wagner: Vortrag, gehalten am 29. März 1895 in Barmen, 11; Schieder: Sozialismus, 984 f. Dieser Wagnerischen Linie folgt auch die Definition von Moriz Ströll: „Der Staatssozialismus ist die kräftige Einflußnahme der Staatsgewalt auf die jeweiligen Formen der sozialen und wirtschaftlichen Vergesellschaftung. Staatssozialismus ist die Bewahrung des uralten Vestafeuers der Kultur gegenüber zerstörenden, das Völkerleben entsittlichenden Einflüssen. Staatssozialismus ist die zwangsweise, auf dem Boden der gegenwärtigen Rechtsordnung erfolgende Durchführung der Forderungen des Gemeingeistes gegenüber den selbstsüchtigen Trieben des privatwirtschaftlichen Individualismus.“ (Ströll: Die staatssozialistische Bewegung, 77). William Harbutt Dawson nahm 1890 auf die beiden Gegenströmungen zum Staatssozialismus Bezug: „Es giebt indessen zwei wirtschaftliche und philosophische Ansichten über die Gesellschaft, zu denen der Staatssozialismus in direkten Gegensatz gebracht werden kann. Während der Individualismus das Eingreifen des Staates so weit als möglich zurückweist, kann dem Sozialismus darin nicht genug geschehen; der Individualist möchte alles ohne Staatshilfe ausführen, der Sozialist alles mit ihr. Die Staats-Sozialisten sind Vertreter einer vermittelnden Richtung; in ihren Ansichten berühren sich die beiden Extreme.“ (Dawson: Bismarck und der Staats-Sozialismus, 8).

¹⁶¹ Vgl. Abschnitt II.1.2.2.4.

ment eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz Neues, sondern nur um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staat neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit, das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern. In diesem Sinne schließt namentlich die gesetzliche Regelung der Armenpflege, welche der moderne Staat im Gegensatze zu dem des Alterthums und des Mittelalters, als eine ihm obliegende Aufgabe anerkennt, ein sozialistisches Element in sich, und in Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der besitzlosen Klassen ergriffen werden können, nur um eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zu Grunde liegt.¹⁶²

Eine fast schon exklusive staatliche Fürsorgepflicht wurde in der Gesetzesbegründung an anderer Stelle reklamiert, indem die bereits existierende gesetzliche Regelung der bisherigen Armenfürsorge als Beleg für die ausschließliche Zuständigkeit des Staates auf diesem Gebiet angeführt wurde:

[...] daß die Pflicht der Fürsorge für Hilfsbedürftige ihrer Entstehung und Natur nach nicht etwa ohne weiteres einer bestimmten, zufällig einen örtlich begrenzten Raum bewohnenden Gemeinschaft obliegt. Der Staat ist es vielmehr, welcher durch seine Gesetzgebung das Recht des Bedürftigen auf Unterstützung schafft und trägt, und auch die gemeindeweise Vertheilung der daraus erwachsenden Last beruht lediglich auf staatlicher Anordnung, kraft welcher dieselbe nach Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit auf Provinzen, Kreise oder Gemeinden vertheilt oder auch direkt vom Staate übernommen werden kann.¹⁶³

Damit war durch ein regierungsamtliches Dokument bereits anerkannt worden, dass sich die Sozialversicherung unter Umständen als sozialistisch charakterisieren lässt. Zwar wird diese Charakterisierung dadurch abzuschwächen versucht, dass diese Art von Staatssozialismus, falls man die Sozialversicherung so kennzeichnen will, kein Novum, sondern lediglich eine Weiterentwicklung der christlichen Staatsidee darstelle. Es ist hier allerdings bereits gezeigt worden, dass diese Idee durchaus nicht unumstritten war, zumal auch die Verbindung von Sozialversicherung als Staatssozialismus mit der christlichen Staatsidee nicht unwidersprochen bleiben konnte.

Dies machte dann auch gleich der erste Redner, Ludwig Bamberger (LV), deutlich. Er versuchte die Gesetzesvorlage zu diskreditieren, indem er sie als sozialistisch denunzierte. Damit fiel er hinter den argumentativen Stand der Begründung dieses Gesetzentwurfs zurück, den er offenbar ablehnte:

[...] indem die Reichsregierung hier, wie ich gar nicht anstehe auszusprechen, den Boden der sozialistischen Gesetzgebung der Sache und dem Bekenntniß nach betreten hat, hat sie einen großen bezeichnenden Schritt nicht bloß in der geschichtlichen, gesetzgeberischen Entwicklung Deutschlands, sondern vielleicht der ganzen Welt gethan, und ob wir das Gesetz annehmen oder nicht, es wird immer bedeutungsvoll bleiben, und man wird sich noch unzähligmal darauf berufen, daß dieses Prinzip hier von der deutschen Reichsregierung stabilisirt worden ist.¹⁶⁴

¹⁶² StBRt/A IV/4 (1881), 228/I.

¹⁶³ Ebd., 233/II.

¹⁶⁴ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 677/II).

Vielmehr betonte Bamberger, man könne die Sozialdemokratie nicht dadurch bekämpfen, dass man den sozialistischen Staat einführt,¹⁶⁵ und widersprach im Übrigen der in der Begründung der Gesetzesvorlage aufgestellten Behauptung, dass der angestrebte Staatssozialismus, wenn man denn die Stoßrichtung des Gesetzentwurfs so beschreiben möchte, nichts Neues sei, und bestritt die staatliche Fürsorgepflicht:

Das ist eben der ganze Unterschied, ob wir uns auf den sozialistischen Boden der Gesetzgebung stellen, oder nicht, inwieweit wir die Pflichten der Menschenliebe, der Karitas, der Sorgfalt für den Anderen, die uns durch das menschliche Gefühl diktirt werden, in die Staatsgesetzgebung übertragen wollen oder nicht. Nach meiner Auffassung und nach den Auffassungen, die bis jetzt die Rechtsgesetzgebung der zivilisirten Staaten beherrscht haben, ist das nicht der Fall gewesen. Die Neuerung, die heute präponirt, die auch als Bekenntniß formulirt wird, besteht darin, daß man einräumt, daß alles, was als menschlich-sittliche Pflicht der milden, guten, karitablen Gesinnung empfunden wird, verdient, in die Staatsgesetzgebung aufgenommen zu werden.¹⁶⁶

Unter Rückgriff auf die von Lassalle geprägte Rede vom Nachtwächterstaat¹⁶⁷ skizzierte Bamberger anschließend sein Staatsideal, welches er dem staatssozialistischen gegenüberstellte. Den Staat lässt er sagen: „Ich bin der Nachtwächter, ich habe nur dafür zu sorgen, daß die Ordnung im Staate erhalten wird, das übrige wird dem eigenen Triebe und der Initiative der Menschen überlassen.“¹⁶⁸ Angesichts dieses Standpunktes ist es nur folgerichtig, dass Bamberger seine Rede mit einem Plädoyer für den liberalen Nachtwächterstaat und mit der Behauptung der Unmöglichkeit des Staatssozialismus in einer enger zusammenrückenden Welt schloss.¹⁶⁹

Georg Freiherr von Hertling wies noch am selben Tag für die Zentrumsfraktion den staatssozialistischen Gedanken zurück, nicht aber die Idee der Unfallversicherung, da die Abwehr von Gefahren für die Arbeiter eine genuine Aufgabe des Staates sei, bezüglich der Unfallversicherung demnach anders als später bei der Invaliditäts- und Altersversicherung kein Fürsorgestaat zu befürchten sei:

Für mich folgt der Versicherungszwang, dem ich an dieser Stelle das Wort rede, nicht aus irgend einer sozialistischen Auffassung des Staates, sondern ganz einfach aus dem allgemeinen Beruf, den der Staat auf allen Gebieten des Lebens zu erfüllen hat: daß er schützen und durchsetzen soll die anerkannte Rechtspflicht.¹⁷⁰

¹⁶⁵ Vgl. ebd., 679/II.

¹⁶⁶ 01.04.1881 (ebd., 680/I).

¹⁶⁷ „Dies ist eine Nachtwächteridee [...], eine Nachtwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat selbst nur unter dem Bilde eines Nachtwächters denken kann, dessen ganze Funktion darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten. Leider ist diese Nachtwächteridee nicht nur bei den eigentlichen Liberalen zu Haus, sondern selbst bei vielen angeblichen Demokraten, infolge mangelnder Gedankenbildung, oft genug anzutreffen. Wollte die Bourgeoisie konsequent ihr letztes Wort aussprechen, so müßte sie gestehen, daß nach diesen ihren Gedanken, wenn es keine Räuber und Diebe gebe, der Staat überhaupt ganz überflüssig sei.“ (Lassalle, Ferdinand: Arbeiterprogramm. Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes [1862], in: Ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, 137-172, 168).

¹⁶⁸ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 680/I).

¹⁶⁹ „Meine Herren, je mehr die Welt sich entwickelt, desto unmöglicher wird es werden, die zwingende Hand des Staates über alle diejenigen Institutionen und Beziehungen auszudehnen, aus denen der menschliche Verkehr und die menschliche Ernährung die Quellen ihres Daseins herleiten, desto weniger wird es gelingen, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung rückwärts zu führen, oder sie in der Richtung vorwärts zu treiben, wie die sozialistischen Bestrebungen sie nach der anderen Seite schablonisieren wollen. Beide Versuche stehen auf demselben Boden, es sind nur die verschiedenen Seiten einer und derselben Medaille. Es ist der letzte Kampf des gebundenen Staates gegen den Staat der freien Entwicklung, und die freie Entwicklung wird siegen.“ (ebd., 680/II).

¹⁷⁰ 01.04.1881 (ebd., 686/I).

Wo konkret die sehr eng gezogene Grenze für ein staatliches Fürsorgeengagement zu liegen habe und wem ansonsten die Fürsorgepflicht obliegt, machte Hertling ebenfalls deutlich:

Das Recht der Bedürftigen auf Unterstützung [...] richtet sich zunächst gegen diejenigen, die mit dem Einzelnen in näherer Beziehung und Verbindung stehen, es richtet sich gegen die Familie, es richtet sich gegen die Gemeinde [...]. Es richtet sich gegen die korporativen Verbände, denen der einzelne als wirksames und thätiges Mitglied angehört. Es richtet sich erst zuletzt gegen den Staat, wenn die Gesamtheit eintreten muß, weil ein direkt und näher Verpflichteter nicht da ist.¹⁷¹

Auf einen anderen Aspekt ging der elsass-lothringische Abgeordnete Landelin Winterer (bkF) ein, als er sich gegen die geplante Reichsversicherungsanstalt wandte:

Meine Herren, nach unserer Ansicht ist es nicht gut, wenn man immer ruft: der Staat allein kann helfen – das ist recht eigentlich der Ruf des Sozialismus.¹⁷²

Vielmehr müssen nach Winterers Ansicht die staatlichen Kompetenzen sinnvoll begrenzt werden, wie er später bei der Diskussion um den Reichszuschuss, der für ihn bereits nicht mehr zu den staatlichen Aufgaben gehörte, ausführte:

Meine Herren, der Staat hat die Pflicht und das Recht, die Rechte der Staatsbürger zu beschützen; ich kann ihm folglich das Recht einräumen, den Arbeiter gegen die Gefahren eines Betriebes in Schutz zu nehmen. Allein der Staat hat nicht die Verpflichtung, den Lohn der Arbeiter zu ergänzen und an deren Stelle den Prämienbeitrag zu stellen aus Mitteln, die aus der Tasche anderer Staatsbürger erhoben werden.¹⁷³

Wie bereits bei Bamberger, zum Teil auch bei Hertling deutlich geworden war, sind viele Abgeordnete nicht bereit, die Rede vom Sozialismus respektive Staatssozialismus in der Vorgabe der Begründung des ersten Unfallversicherungsentwurfs zu akzeptieren. Zu dieser Gruppe gehörte auch Eugen Richter (DFP), der insbesondere seine konservativen und nationalliberalen Kollegen vor den Konsequenzen des mit dieser Vorlage betretenen sozialistischen Weges warnte:

Das ist die fundamentale Verschiedenheit Ihrer Anschauungen von den unseren, die auch hier zum Vorschein kommt, die Ueberschätzung des Zwangs, der staatlichen Organisation, daraus folgen auch die Berührungspunkte mit dem Sozialismus, die hier zum Vorschein gekommen sind, ohne daß Sie diese Konsequenzen gewollt, oder sich dessen bewußt geworden sind. Meine Herren, wir sind umgekehrt der Meinung, daß die eigene Thätigkeit, die Selbsthilfe und das eigene Streben auch auf diesem Gebiete das meiste thun, und daß der Staat überhaupt nur sehr ergänzend eintreten kann; daß er aber leicht viel mehr verderben als helfen kann.¹⁷⁴

Richter verweigerte sich indes dem Argumentationsangebot aus der Gesetzesbegründung nicht, was gleichwohl keine Zustimmung zum Gesetzentwurf bedeutete. Vielmehr stellte er fest, dass sich bislang noch kein einziger Redner für den Staatszuschuss ausgesprochen hat, was seiner Meinung nach auch völlig in Ordnung gehe, sei dieser Zuschuss doch, anders als

¹⁷¹ 01.04.1881 (ebd., 688/II).

¹⁷² 01.04.1881 (ebd., 696/I).

¹⁷³ 02.06.1881 (ebd., 1529/II f.).

¹⁷⁴ 02.04.1881 (ebd., 704/I).

die Begründung des Gesetzentwurfs behauptet, kein Sozialismus, sondern Kommunismus, denn, so Richter, im Unterschied zur Armenpflege werde hier nicht individualisiert, sondern kategorisiert. Für den Kommunismusvorwurf spricht nach Richters Meinung zudem die vorge-sehene Aufbringung der Mittel für den Reichszuschuss aus dem allgemeinen Steueraufkom-men, welches sich zu einem Großteil aus Verbrauchssteuern speist:

[...] der Sozialismus will die Kosten der Arbeit aus dem Ertrag der Arbeit bestreiten. (Abgeordneter Bebel: Sehr richtig!) [...] Die Reichsregierung umgekehrt, sie will die Kosten dieser Versiche-rung nicht aus dem Ertrage der Industrie erstatten, sondern aus dem allgemeinen Weltsäckel. Mei-ne Herren, das ist nicht sozialistisch, das ist kommunistisch! (Sehr wahr! links.) Der Grundsatz der Reichsregierung ist ein kommunistisches Element, und weiter noch, es ist ein Kommunismus, so schlecht wie ihn noch niemand erfunden hat. (Zustimmung links.) Meine Herren, wenn man einmal Kommunist sein will, dann soll man sich auf den Standpunkt stellen, daß der Reiche dem Armen etwas abgebe, aber wie wird es hier gemacht? hier geben die Armen den Armen, und zwar womöglich sollen noch die Aermeren gezwungen werden, den Armen etwas zu geben.¹⁷⁵

Den eigentlichen Sozialismus sah Richter statt im Reichszuschuss in der einseitigen Bevorzu-gung einer bestimmten Bevölkerungsschicht auf Kosten anderer Schichten, was in Zukunft zu weiteren Wünschen und damit zu weiterem gesetzgeberischen Handlungsbedarf führen werde:

Meine Herren, das eigentlich Sozialistische in dieser ganzen Sache finde ich – viel mehr als in diesem Punkte, der in Wirklichkeit eine Subvention der Großindustrie in sich schließt in der Form eines schlechten Kommunismus, – vielmehr darin, daß ein Klassengegensatz hier konstituiert wird.¹⁷⁶

Ganz offensichtlich setzt sich Richter hier von dem in der Gesetzesbegründung vorgeschlage-nen Verständnis von Sozialismus ab, er benutzt den Begriff vielmehr, um zu verdeutlichen, dass der Gesetzentwurf den Absichten der Sozialdemokratie in die Hände spielt.

Wie bereits im Abschnitt 3.1.1 erwähnt worden war, griff Bismarck am 2. April 1881, dem zweiten Tag der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage, in die Diskussion ein, um die Debatten über den Christentumsbegriff, der sich als kontraproduktiv erwiesen hatte, sowie über die von vielen Abgeordneten abgelehnte Verknüpfung des Gesetzesprojektes mit den Pflichten des Christentums zu entschärfen. Zugleich verfolgte der Reichskanzler das Ziel, den

¹⁷⁵ 02.04.1881 (ebd., 709/I). Eine zeitgenössische Definition kennzeichnete den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus folgendermaßen: „Als „Sozialismus“ gilt heute jeder Versuch einer radikalen Besserung der materiellen Lage besitzloser Klassen. [...] Der Sozialismus will eine Gemeinsamkeit der Erwerbsmittel, der Kommunismus eine Gemeinsamkeit der Genussmittel. Der Sozialismus will den Erwerb Jedes erleichtern, der Kommunismus den Besitz Allen sichern. Der Sozialismus sucht die Ursachen, der Kommunismus die Wirkungen der Kapitalbildung aufzuheben. Demgemäss greift der erstere den Bestand des Privateigentums nicht an, während der Kommunismus grundsätzlich die wirtschaftliche und rechte Existenzberechtigung desselben leugnet. Er betrachtet aber auch alle Menschen als gleichveranlagte und gleichberechtigte Wesen, will daher jeden gesellschaftlichen und politischen Unterschied der Einzelnen verwischen und die absolute Gleichheit Aller durchführen. Der Kommunismus stellt den Staat als allein berechtigt zur Erzeugung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter hin und fordert von ihm die gleichmässige Erziehung und Ernährung Aller. Er gewährt Jedem das Recht des Lebens-genusses, legt aber auch Jedem die Verpflichtung der Arbeitsleistung auf, ohne ihm die Berechtigung des Privat-besitzes zu gewähren. So tritt der Kommunismus für Staatsproduktion, Aufhebung des individuellen Eigentums und Einführung der Gütergemeinschaft ein.“ (Warschauer: Geschichtlich-kritischer Ueberblick über die Systeme des Kommunismus und Sozialismus und deren Vertreter, 307 f.).

¹⁷⁶ 02.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 709/II).

Fürsorgeanspruch des Staates zu bekräftigen¹⁷⁷ und die geschlossene Abwehrfront gegen den Sozialismusbegriff bzw. die Diskreditierung der Gesetzesvorlage mittels dieses Begriffs aufzubrechen. Bis dahin war noch kein einziges zustimmendes Statement zum staatssozialistischen Konzept der Gesetzesbegründung abgegeben worden war und Bismarck hatte allen Grund, nicht bis zum zu erwartenden positiven Votum der Sozialdemokraten zum geplanten Staatssozialismus zu warten, deren Vertreter bis dahin noch nicht zu Wort gekommen waren.¹⁷⁸

Der Kanzler benutzte den Sozialismusbegriff ausschließlich in Bezug auf die Strömung, die mittels des Sozialistengesetzes bekämpft werden soll,¹⁷⁹ schwieg sich also über das staatssozialistische Konzept aus der Begründung der Unfallversicherungslage aus.¹⁸⁰ Lediglich implizit machte er deutlich, dass er die Übertragung des Sozialismusbegriffs auf die Sozialversicherung (insbesondere auf den Reichszuschuss) auch weiterhin nicht scheut:

Ist dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner sagte, nicht Sozialismus, so ist das mir wiederum gleichgültig, ich nenne es immer wieder praktisches Christenthum in gesetzlicher Bethätigung, – aber ist es Kommunismus, dann ist der Kommunismus ja längst in den Gemeinden im höchsten Maß getrieben, ja sogar durch staatlichen Zwang.¹⁸¹

Anders als sein verweigertes Eingehen auf die Verbindung der angestrebten Sozialversicherung mit den christlichen Pflichten, führte Bismarcks beredtes Schweigen über das staatssozialistische Konzept nicht dazu, dass der Sozialismusbegriff aus der Debatte verschwand. Auch konnte er nicht entschärft werden, wie das Statement des auf Bismarck folgenden Redners, des freikonservativen Abgeordneten Karl Ferdinand Stumm zeigt, der zwar den Begriff *Staatssozialismus* nicht ablehnte, allerdings die daraus gezogenen Schlussfolgerungen, so dass er in seltener Einmütigkeit mit Eugen Richter formulierte:

¹⁷⁷ „[...] ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten, auch in einem noch weiteren Maße, als es hier gefordert ist, [...] das sollte ein Staat, der praktisches Christenthum treiben will, sich nicht versagen und dem armen Mann nicht. (Bravo! rechts).“ (ebd., 718/I).

¹⁷⁸ Vgl. ebd., 746/I f.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., 712/I.

¹⁸⁰ Bismarcks Schweigen über den Sozialismusbegriff dürfte in erster Linie taktisch motiviert gewesen sein. Andererseits kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Zentrum Bismarcks staatssozialistischer Pläne zunächst die Durchsetzung des Tabakmonopols stand, schließlich scheint der Kanzler nach dessen Scheitern am 15.06.1882 den Staatssozialismus im Wesentlichen ad acta gelegt zu haben. Gelegentlich der 2. Beratung über den Tabakmonopolentwurf hat sich Bismarck am 12.06.1882 dagegen noch recht zuversichtlich über den zu übenden Staatssozialismus geäußert: „Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. (Sehr richtig!) Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus [...]. Ich freue mich, [...] daß man diesen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen sehr wohlhabenden, freien Bauernstand erhalten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit ähnliches für die Arbeiter erreichen [...]. – Aber Sie werden genöthigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Oels im Recepte beizusetzen, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erstreben würde [...]. Sozialistisch war die Herstellung der Freiheit des Bauernstandes; sozialistisch ist Expropriation zugunsten der Eisenbahnen; [...] sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau [...] Das ist alles sozialistisch. [...] wenn Sie glauben, mit dem Worte ‚Sozialismus‘ jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitiren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe, und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus nothwendig ist.“ (StBRt V/2 [1882/83], 361/II).

¹⁸¹ 02.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 715/I).

Endlich, meine Herren, gehen mir die Konsequenzen, die ich aus dieser Form des Staatssozialismus ziehe, auch prinzipiell zu weit. Ich bin der Ueberzeugung, daß, sobald wir hier im geringsten Minimum eine Unterstützung des Staats oder des Reichs zulassen, mit nothwendiger Konsequenz nicht bloß *alle* Haftpflichtfälle [...] in das Gesetz einbegriffen werden müssen, sondern daß dann mit ebenso nothwendiger Konsequenz die Altersversorgung und die gesammte Armenpflege auf das Reich übertragen werden muß. Wir müssen dann überhaupt jeden einzelnen Menschen, der seinen Unterhalt nicht findet [...] nicht bloß in die Armenpflege übernehmen, sondern ihm eine feste Rente geben; denn das ist ja auch ein großer Unterschied zwischen der geordneten Armenpflege und der vorgeschlagenen Einrichtung, daß man es hier mit einer festen Rente zu thun hat, während die Armenpflege nach dem jeweiligen Bedürfniß handelte.¹⁸²

Auch Eduard Lasker (LV), der nachfolgende Redner, hatte keine Berührungsängste gegenüber dem Sozialismusbegriff¹⁸³ und verwies auf eine von ihm erwartete Folge der Beschreitung des sozialistischen Weges, über die man sich aufseiten der Arbeitgeberschaft und des Staates (der die Arbeitgeber durch einen Reichszuschuss entlasten möchte) keine Illusionen machen dürfe, zumal es zu diesem sozialistischen Weg keine Alternative gebe, denn die von Lasker skizzierte sozialistische Entwicklung sei historisch zwangsläufig:

Meine Herren, Sie wollen in die Verwirklichung so großer sozialistischer Gedanken eintreten und haben keine Ahnung davon, daß, wenn Sie nicht lediglich Chimären nachgehen wollen, dies die Bedeutung hat, daß das Kapital an Werth abnimmt und die Arbeit an Werth zunimmt, und daß der Unternehmervergewinn sich herabmindern muß zu Gunsten des Gewinnantheils, welches fortan dem Arbeiter in erhöhter Proportion zufallen soll? Das Kapital [...] muß auf einen Theil seiner Zinsprämie verzichten und ebensoviel abgeben, als nothwendig ist, um den Arbeiter besser zu stellen. Das sind die wirklichen sozialistischen Gedanken und meiner Meinung nach die berechtigten, die im Laufe der Geschichte sich fortbewegen und sich erfüllen, sobald die Zustände vorbereitet sind, und das Ziel ist die Herabminderung der großen Vermögen.¹⁸⁴

Nachdem Lasker seine Position gegenüber der von ihm als historisch zwangsläufig erkannten sozialistischen Entwicklung am Ende offen gelassen hatte, war Rudolf von Gneist (NLP) der erste Redner, der sich dem Sozialismusbegriff nicht nur nicht verweigerte, sondern ihn darüber hinaus ebenso positiv annahm wie die aus dem Konzept des Staatssozialismus resultierenden Entwicklungen. Gneist verurteilte die Lehre vom Nachtwächterstaat, wie ihn sein ehemaliger Fraktionskollege Bamberger vertrat und forderte dagegen mehr Engagement des Staates für die Gesamtheit, auch wenn er seinen liberalen Standpunkt bezüglich der staatlichen Pflichten nicht verleugnete:

Es entsteht dadurch [Dezentralisation der geplanten Unfallversicherung; PE] wieder die alte naturgemäße Stellung, vermöge deren der Staat als *Regulator* solcher sozialen Maßregeln, als *ergänzende Institution* und als *Generalkontrolle* fungiert. [...] daß nicht der Staatssozialismus unsere Gefahr ist, sondern daß die Gefahr auf der anderen Seite liegt. Meine Herren, die Aufmerksamkeit vieler unserer Zeitgenossen ist so ausschließlich auf das „Geschäft“ gerichtet, daß es ihnen entgeht, wie der Beruf des Staats sich nicht beschränkt auf den Rechtsschutz der Interessen, sondern daß der Staat auch allgemein menschliche Pflichten zu erfüllen hat, und daß dies keine neue Verpflichtung ist, sondern das Gebot unserer Religion und das ererbte Recht unserer Väter. [...] die Gefahr des Staatssozialismus ist jedenfalls die geringste in *Deutschland*, wo der „Staat“ täglich den Kampf um sein ideales Dasein führen und den

¹⁸² 02.04.1881 (ebd., 722/I).

¹⁸³ Vgl. ebd., 726/I.

¹⁸⁴ 02.04.1881 (ebd., 729/I).

Beweis führen muß, daß ihm Pflichten und Rechte zukommen, für welche sein Beruf von keiner früheren Generation bezweifelt ist. Die Gefahr unserer heutigen Zivilisation liegt wohl nicht in einer Uebertreibung der Erfüllung allgemeiner Menschenpflichten durch den Staat, sondern liegt eher in dem Mangel der Neigung dazu, [...] in dem Mangel an Pflichtgefühl für die Gesamtheit.¹⁸⁵

Da August Bebel bei seiner Rede während der ersten Lesung der ersten Unfallversicherungsvorlage diesen Punkt überraschend ausgespart hatte, war es an Wilhelm Liebknecht, in der zweiten Beratung die Position der Sozialdemokratie gegenüber dem in der Begründung des Gesetzentwurfs dargelegten staatssozialistischen Konzept zu verdeutlichen. Liebknecht stimmte dem dort vorgefundenen Verständnis von den Aufgaben des Staates voll und ganz zu, er bezeichnete die grundsätzlich zu befürwortende Fürsorgepflicht des Staates, worin dessen eigentliche Existenzberechtigung bestehe, als sozialistisch, leitete dieselbe aus der in der Arbeit bestehenden Grundlage von Staat und Gesellschaft ab und warb für die Beschreitung des staatssozialistischen Weges auch über den zur Diskussion stehenden Gesetzentwurf hinaus:

[...] wir glauben, daß der *Staat* [...] die Kulturaufgabe hat, den Gegensatz von arm und reich aufzuheben [...]

Daß nun der *Staat* die Verpflichtung hat, einzutreten, [...] erhellt aus der Stellung, welche die Arbeit in dem Staat und in der Gesellschaft einnimmt. Der Staat und die Gesellschaft beruhen auf Arbeit, und je zivilisierter der Staat ist, desto verwickelter werden die Beziehungen, die Funktionen der Arbeit, desto nothwendiger wird das Eingreifen des Staates in die Arbeitsverhältnisse, der Staat wird gezwungen [...], eine Kontrolle und Regulirung der gesellschaftlichen Arbeit zu übernehmen. [...] Dieser staaterhaltende Gedanke ist in erster Linie der *Sozialismus*. *Ohne den Sozialismus haben wir überhaupt keinen Staat!* Was ist denn der Staat? Fassen Sie ihn meinerwegen auf, wie Sie wollen, – entweder, Sie müssen den Staat ganz bei Seite werfen, oder der Staat ist die Verpflichtung der Gesamtheit, den Schwachen zu schützen gegen den Starken, die Beziehungen der Menschen zu einander zu regeln, für Wohlbefinden und Bildung die [sic!; PE] Individuen zu sorgen. Wenn das die Aufgabe des Staates *nicht* ist, dann hat der Staat überhaupt keine Existenzberechtigung, der ganze Staatsbegriff [...] hat seinem Wesen nach eine sozialistische Grundlage. [...]

Bloß dadurch, daß die [...] von dem Geist des Sozialismus getragene Gesetzgebung die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse regelt und den Staat seiner wahren Bestimmung zuführt, nur dadurch allein können Sie die Gefahr der Revolution beseitigen.¹⁸⁶

¹⁸⁵ 02.04.1881 (ebd., 743/I f.).

¹⁸⁶ 31.05.1881 (ebd., 1453/I; 1454/II f.; 1457/II). Liebknechts Fraktionskollege Georg Wilhelm Hartmann hat am 15.06.1881 die Vorstellungen der Sozialdemokratie von den staatlichen Aufgaben noch plastischer werden lassen: „Wir haben also die Ueberzeugung, daß der Staat nur eine heilige Pflicht erfüllt, wenn er seinen Angehörigen, die nicht im Stande sind, sich selbst zu helfen, seine starke Hand leiht.“ (ebd., 1758/I). Die sozialdemokratische Zustimmung zu staatssozialistischen Tendenzen hat Wilhelm Hasenclever am 23.04.1883 noch deutlicher zum Ausdruck gebracht und folgendermaßen begründet: „Aber wir, [...] trotzdem wir *kein Heil und keinen Segen* in der nächsten Zeit von den sozialreformerischen Vorschlägen Bismarcks erwarten, sind in der Lage, die Diskussion derselben mit Freuden zu begrüßen, damit unsere Gedanken mehr und mehr in das Volk hereingetragen werden. Dadurch geräth die soziale Frage in Fluß, die dann schließlich zum Sozialismus führen wird.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2070/I f.). Hasenclevers Fraktionskollege Max Kayser skizzierte am 30.04.1883, wie man sich die Wegbereiterfunktion der Sozialversicherung für den Sozialismus vorstelle: „[...] durch die Einbringung des Krankenkassengesetzes und des *Unfallversicherungsgesetzes* haben diejenigen, welche dahinter stehen, anerkannt und für sich die sittliche Verpflichtung angenommen, nun etwas von dem ABC des Sozialismus herzusagen. Bei welchem Buchstaben sie stehen bleiben, ist vorerst gleichgiltig. So wie die Konsequenz der historischen Entwicklung die Mitglieder in den Kassen des Herrn Dr. Hirsch [Kassen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, PE] schließlich dazu zwingt, bei ihren Kämpfen Sozialdemokraten zu werden, so werden auch die durch die Anerkennung der sozialen sittlichen Pflichterfüllung im öffentlichen Leben hervorgerufenen Kämpfe die Angehörigen des Staates dahin bringen, richtigen Sozialismus zu verlangen, daß heißt, sie werden Sozialdemokraten werden und werden die ganze Hersagung des ABC des Sozialismus verlangen.“ (ebd., 2218/II).

Liebknachts Schlussplädoyer für die seiner Meinung nach alternativlose staatssozialistische Politik war selbstverständlich Wasser auf die Mühlen all jener Abgeordneter, die vor den letztlich die Absichten der Sozialdemokratie realisierenden Konsequenzen einer Beschreitung des staatssozialistischen Weges gewarnt hatten und noch warnen würden, wie z. B. Ludwig Bamberger (LV), der zwei Tage nach Liebknecht anmerkte:

[...] ich sehe die Gefahr der sozialistischen Ideen nicht von Seiten der Sozialdemokraten [...], sondern weil sie sich der konservativen Kreise immer mehr bemächtigen und sich nicht aufhalten lassen werden, in die Regierungskreise zu dringen. [...] aber die Methode der Sozialdemokratie zu bekämpfen, indem man ihre Grundsätze annimmt, scheint mir in hohem Grad zweifelhaft zu sein [...]

Sie können ganz sicher sein: dieses Gesetz [...] für die einzelnen Unfälle wird auch [...] nur die Probirmamsell sein für die Altersversorgung, und die Altersversorgung wird dann als Probirmamsell für den ganzen sozialistischen Staat dienen können.¹⁸⁷

Nachdem Georg Freiherr von Hertling bereits am ersten Tag der Sozialversicherungsdiskussion für die Zentrumsfraktion die Ablehnung des staatssozialistischen Konzepts verkündet hatte, bekräftigte sein Fraktionskollege Ernst Lieber nun diese Meinung, indem er zwar die Sympathie des Zentrums für den Gedanken der Unfallversicherung nicht leugnete, jedoch eindringlich davor warnte, die jetzt noch in den Rahmen der Unfallversicherungsvorlage eingehetzte staatssozialistische Idee in Gestalt der Reichsversicherungsanstalt unnötigerweise über diesen Rahmen hinaus wuchern zu lassen:

Nun, meine Herren, wenn uns irgend eine Befürchtung treibt, so ist es die, daß [...] die Idee des *Staatssozialismus* ein neues Gebiet und einen neuen Impuls bekommt, hinauszuwuchern über den Rahmen dieses Gesetzes; und da allerdings bin ich der Meinung, müsse man den Anfängen Widerstand leisten. Ich kann nicht wünschen, daß das, was durch das Gesetz obligatorisch gemacht werden soll, die Zwangsversicherung bei einer Staatsanstalt für Unfälle, in diesem § 53 den Keim finde, die Art von Staatssozialismus, die zweifelsohne darin liegt, noch weiter auf andere Gebiete auszudehnen und das deutsche Volk einstweilen an den allfürsorgenden Staat zu gewöhnen, der das Ideal der Sozialisten ist.¹⁸⁸

In dieselbe Richtung zielte ein Redebeitrag Wilhelm Freunds (DFP) einige Tage darauf:

Mit diesem Gedanken [Unfallversicherungsmonopol des Staates; PE] kommen wir auf die vorhin gedachte Aenderung unserer gesamten Erwerbsordnung, und da zieht eine Konsequenz die andere nach sich, und wir kommen schließlich so recht in das, was man Staatssozialismus nennt, und zwar in den krassesten, der das Individuum vollständig ruiniert und alle Kulturentwicklung vernichtet.¹⁸⁹

In der weiteren Diskussion um die erste Unfallversicherungsvorlage gab es erneut Warnungen vor einem überbordenden Staatssozialismus ähnlich den hier bereits zitierten, dagegen blieben

¹⁸⁷ 02.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1541/I; 1542/I).

¹⁸⁸ 11.06.1881 (ebd., 1631/I). Hertling ergänzte Lieber noch am selben Tag: „Die Gefahr liegt thatsächlich vor, daß wir durch Annahme des § 53 [...] die Gemüther sozusagen vorbereiten auf ein noch weiteres Umsichgreifen des Staatssozialismus, daß wir in ihnen die Meinung erwecken, daß die Fürsorge für die Arbeiter zu geschehen hat durch direkte Intervention und direkte Mithilfe des Staats; und eine solche bloße Vorbereitung der Gemüther, die dann möglicherweise das Terrain bereiten könnte für spätere weitergehende positive Vorschläge, möchten wir von vornherein beseitigt wissen.“ (ebd., 1633/I).

¹⁸⁹ 15.06.1881 (ebd., 1755/I).

zustimmende Kommentare, die der von Rudolf von Gneist vorgegebenen Linie folgten, hier ebenso Mangelware wie bei den Beratungen der nachfolgenden Sozialversicherungsvorlagen. Die Reihe der gegen die staatssozialistischen Pläne gerichteten Statements durchbrach am 16. Mai 1882 der konservative Abgeordnete Helmuth Freiherr von Maltzahn (DKP), der die Verwendung des Sozialismusbegriffs als Kampfbegriff gegen die Sozialversicherung zurückwies:

Wir lassen uns bei der Vertretung desjenigen, was wir [...] als das Richtige erkannt zu haben glauben, auch nicht dadurch irre machen, daß man uns von seiten derjenigen Herren, welche unsere politischen Gegner sind, zurnt: wenn ihr diesen oder jenen Grundsatz vertretet, so gerathet ihr damit auf sozialistische Wege.¹⁹⁰

Ansonsten dominierten aber auch bei der Diskussion des Krankenversicherungsentwurfs und der zweiten Unfallversicherungsvorlage die ablehnenden Voten über den Sozialismusbegriff bzw. unter Zuhilfenahme des Sozialismusbegriffs, während die Sozialdemokraten den zur Diskussion stehenden Staatssozialismus begrüßten bzw. als nicht weit genug gehend kritisierten.

Neben diesen bereits ausführlich vorgestellten Meinungen findet sich in den Debatten über diese beiden Gesetzentwürfe aber auch noch einiges Interessante, was über den bislang erreichten Diskussionsstand hinausgeht.

Am 20. April 1883 zitierte der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Grillenberger eine Sozialismusdefinition aus dem 1882 erschienenen einbändigen Staatslexikon von Karl Baumbach (1844-1896), der zu dieser Zeit linksliberaler Reichstagsabgeordneter (LV) war:

„Sozialismus ist das Bestreben, für alle Staatsangehörigen oder Staatsbürger die höchst mögliche Glückseligkeit oder ein möglichstes Wohlbefinden herbeizuführen.“ Das ist eine sehr anständige und vernünftige Erklärung des Begriffs Sozialismus.¹⁹¹

Grillenberger benutzte diese Definition freilich nicht dazu, der Sozialismusdiskussion eine konsensfähige Basis zu verschaffen, sondern um zu polarisieren; er vermutete, dass sich der Autor des Staats-Lexikons trotz dieser „anständigen“ Definition nicht selbst zum Sozialismus bekehren wird, sodass er, wie die übrige Gesellschaft auch, irgendwann zum Sozialismus gezwungen werden müsse.¹⁹² Immerhin schärfte Grillenbergers Vorstoß das Bewusstsein der Abgeordneten für die Unschärfe des Sozialismusbegriffs und brachte manchen Parlamentarier dazu, sein eigenes Verständnis von Sozialismus zu konkretisieren, wie Max Hirsch (DFP) dies einen Tag später tat:

Gegenüber der von Herrn Grillenberger angeführten Definition in dem Staatslexikon des Herrn Kollegen Dr. Baumbach, welche die fragliche Richtung im weitesten Sinne als Sozialpolitik betrachtet, möchte ich den Sozialismus bezeichnen als den Versuch, den Unterschied zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden auf dem Wege der Zwangsgemeinwirtschaft zu beseitigen.¹⁹³

¹⁹⁰ StBRt V/2 (1882/83), 224/I.

¹⁹¹ Ebd., 1997/I f. Tatsächlich lautete die Definition: „**Sozialismus** (neulat.), das Streben, die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft möglichstster Vervollkommenung zuzuführen“ (Baumbach: Staats-Lexikon, 543).

¹⁹² Vgl. StBRt V/2 (1882/83), 1997/II.

¹⁹³ Ebd., 2018/I. In der Tat widmete sich ein Großteil des Sozialismusartikels in Baumbachs Lexikon der Sozialpolitik (vgl. Baumbach: Staats-Lexikon, 543 f.).

Gemäß dieser Definition sprach Hirsch im Folgenden dem Gesetzentwurf für die Krankenversicherung jede sozialistische Tendenz ab, da hier zwar ein Zwang statuiert, jedoch keine Gleichheit von Besitzenden und Nichtbesitzenden angestrebt werde:

Das Gesetz dagegen steht auf dem Boden der Ungleichheit und der höchsten Zersplitterung. Statt die gesellschaftlichen Beziehungen zu erweitern, werden dieselben noch weiter eingeengt, als es bisher schon in den Kassenverhältnissen der Fall war. Die wirkliche Tendenz dieses Gesetzes [...] ist der *Pseudosozialismus*, dasjenige System, in welchem sich *Bürokratie* und *Großbesitz* die Hand gereicht haben, um gewisse Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, aber auf *Kosten ihrer Selbstständigkeit* und schließlich auch auf *Kosten ihrer materiellen Wohlfahrt*.¹⁹⁴

Hirsch knüpfte hier an das erwähnte Statement seines Fraktionskollegen Eugen Richter an, der schon bei der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage bestritten hatte, dass die Sozialversicherung in irgendeiner Weise sozialistisch sei. Damit verstärkte Hirsch die bei Richter lediglich angedeutete Tendenz, den Sozialismusbegriff als Waffe gegen die Sozialversicherung einzusetzen, indem man sie nicht bloß als Sozialismus brandmarkt, sondern sie durch die Behauptung zu diskreditieren versucht, die von der Sozialdemokratie angestrebten sozialistischen Ziele seien im Vergleich der angestrebten Sozialversicherung vorzuziehen.

Der freikonservative Abgeordnete Gustav von Bühler stimmte hingegen der Ausweitung staatlicher Aufgaben, wie sie die Sozialversicherungsvorlagen vorsahen, ausdrücklich zu, da die Gemeinschaft für in ihrer Mitte entstandene Not zuständig sei:

[...] die soziale Noth entsteht aus unseres ganzen Lebens Gemeinschaft und deshalb ist auch diese Gemeinschaft schuldig und verbunden, soziale Hilfe zu schaffen, und dies ist die Staatshilfe. Als obersten Satz stelle ich voran, daß der Staat in der Regel nur dann einschreiten soll, wenn die Selbsthilfe dem Einzelnen nicht möglich ist.¹⁹⁵

Landelin Winterer (bkF) formulierte etwa einen Monat später die Gegenposition zu Bühler und betonte, dass jeglicher staatliche Zwang erst dann wirksam werden dürfe, wenn die Privatinitiative sich als unzureichend erwiesen habe:

Wir sind der Ansicht, daß ein staatlicher Zwang nicht eintreten kann und nicht eintreten soll, wenn nicht ein dringendes Bedürfniß vorliegt. [...] Wenn ein Bedürfniß irgendwie vorhanden wäre, so wären von verschiedenen Seiten Versuche gemacht worden, die Privatinitiative wäre vorangegangen, und erst nach dem Mißlingen solcher Versuche wäre das staatliche Eingreifen berechtigt gewesen.¹⁹⁶

Am selben Tag wies Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) auf eine weitere absehbare Folge des in ausufernder Staatshilfe identifizierten Staatssozialismus hin:

Am meisten aber [...] würden wir es beklagen, wenn durch eine Ueberschätzung der Staatshilfe, wenn durch ein Eingehen in das System des sogenannten Staatssozialismus in den Kreisen der zunächst Betheiligten, in den Kreisen der Industriellen, in den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit herabgedrückt würde.¹⁹⁷

¹⁹⁴ StBRt V/2 (1882/83), 2018/I.

¹⁹⁵ 20.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2008/I).

¹⁹⁶ 23.05.1883 (ebd., 2496/II).

¹⁹⁷ 23.05.1883 (ebd., 2483/II).

Eine solche Anmerkung wäre eher von einem liberalen Abgeordneten zu erwarten gewesen, doch erhellt sich aus dem Kontext dieser Äußerung, dass Hertling hier vor allem auch die Verantwortlichkeit von Familie und Kirche im Blick hatte.¹⁹⁸

Unmittelbar zu Beginn der Beratung der dritten Unfallversicherungsvorlage erhielt die Sozialismusdiskussion einen neuen Impuls durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Georg von Vollmar, welcher, nachdem er die Vermutung ausgesprochen hatte, die Sozialversicherung sei nach der zum Zweck des Verbots vorgenommenen Durchsicht sozialdemokratischer Literatur entstanden,¹⁹⁹ der Reichsleitung vorwarf, sie habe im Lauf dreier Unfallversicherungsentwürfe angesichts des Widerstands der bürgerlichen Parteien ihre staatssozialistischen Absichten aufgegeben:

Alle die hochfliegenden staatssozialistischen Pläne der ersten, und zum Theil auch noch der zweiten Vorlage, sind aus dem vorliegenden Entwurf *vollständig verschwunden*, die Regierung ist von dem hohen Roß heruntergestiegen und geht nun gut bürgerlich zu Fuß. *Ja, meine Herren, Sie sind der Bourgeoisie in diesem neuen Entwurf entgegengekommen, vor ihr Schritt für Schritt zurückgewichen.*²⁰⁰

Während sich die Regierungsvertreter bislang auffällig mit Kommentaren zur für die Sozialversicherungsvorlagen alles andere als günstig verlaufenden Sozialismusdiskussion zurückgehalten hatten, griff nun der Reichskanzler selbst in die Debatte ein. Bismarck bekräftigte die staatliche Fürsorgepflicht und wiederholte sein bereits anlässlich der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage geäußertes Statement, den möglichen Charakterisierungen der Sozialversicherungsentwürfe gleichgültig gegenüber zu stehen, allerdings versuchte er im Unterschied zu dieser beinahe drei Jahre zurückliegenden Rede nun auch die bislang eher kontra-produktive Rede von Sozialismus bzw. Staatssozialismus für die Sozialversicherung produktiv zu machen oder wenigstens deren destruktives Potenzial zu reduzieren:

Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht [...] Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. [...] Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus. [...] War nicht z. B. auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung gloriosen Angedenkens, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage niemand mehr zweifeln wird, staatssozialistisch? [...] Wer den Staatssozialismus als solchen vollständig verwirft, muß auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere

¹⁹⁸ „Neben der Intervention des Staats, neben den Eingriffen der staatlichen Gesetzgebung, wollen wir [...] Raum behalten für die freie Bewegung, für die freie selbstständige Bethätigung, wir wollen auch Raum haben namentlich für diejenigen Bestrebungen, die von der anderen großen öffentlichen Institution, von der Kirche, ausgehen.“ (ebd.). Am 14.03.1884 äußerte sich Hertling noch einmal in diesem Sinne: „[...] wir sind sehr auf der Hut, daß die charitative Thätigkeit der Kirche nicht verstaatlicht werde“ (StBRt V/4 [1884], 64/II); am 27.06.1884 ergänzte Hertlings Fraktionskollege Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen: „Um eine soziale Reform herbeizuführen, ist es durchaus nothwendig, daß der Kirche [...] die Freiheit gewährt wird, um auf sozialem Gebiete das zu thun, was sie Hand in Hand mit dem Staate und zum Vortheile aller Staatsbürger so gern thun wird. (Bravo!)“ (ebd., 1109/II).

¹⁹⁹ Vgl. ebd., 36/I.

²⁰⁰ 13.03.1884 (ebd.). Vollmar hat später an anderer Stelle die Vorteile des Staatssozialismus für die sozialistische Bewegung unterstrichen: „Deshalb bin ich auch der Meinung, daß die Socialdemokratie keinerlei Grund hat, *den Gedanken des Staatssozialismus an sich* mit besonderem Eifer zu bekämpfen. Werden doch im Gegentheil eine Reihe von Maßregeln zur stufenweisen Anbahnung einer besseren Gesellschaftsorganisation von uns angestrebt und schließlich mit beschlossen werden, welche man als staatssozialistische bezeichnen kann.“ (Vollmar: Ueber Staatssozialismus, 7).

freie Athmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operators einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen.²⁰¹

Außerdem fand Bismarck eine sehr originelle Antwort auf die von manchen Abgeordneten gehegten und von einigen Sozialdemokraten vertieften Bedenken, der mit der Sozialversicherung beschrittene staatssozialistische Weg würde über kurz oder lang zwangsläufig zur Verwirklichung des von der Sozialdemokratie angestrebten Staatsmodells führen. Der Kanzler drehte den Spieß geschickt um, indem er behauptete, das Problem sei nicht zu viel, sondern zu wenig Staatssozialismus:

Ein Hauptgrund der Erfolge, die die Führer der eigentlichen Sozialdemokratie mit ihren bisher noch nirgends klar hingestellten Zukunftszielen gehabt haben, liegt meines Erachtens darin, daß der Staat nicht Staatssozialismus genug treibt; er läßt ein Vakuum an einer Stelle, auf der er thätig sein sollte, und dieses wird von Anderen, von Agitatoren, die dem Staat ins Handwerk pfuschen, ausgefüllt.²⁰²

Die Entschärfung des Sozialismusbegriffs gelang indes auch diesmal nicht, wie die Äußerungen der nachfolgenden Redner zeigen, die allerdings im Vergleich zu den bereits zitierten Statements keine neuen Argumentationsstränge begründeten²⁰³ und daher hier nicht wiedergegeben werden müssen. Lediglich aus einem Redebeitrag soll noch zitiert werden, in dem der Zentrumsabgeordnete Georg Freiherr von Hertling die Grenze des für die Mehrheit seiner Fraktion zumutbaren Staatssozialismus in der staatlichen Förderung des korporativen Miteinanders von Arbeitern und Arbeitgebern markierte:

Meine Herren, nunmehr liegt ein solches Gesetz vor, das korporative Verbände schafft, und wir allerdings haben die Hoffnung, daß an die einmal gebildeten korporativen Verbände sich weitere sozialistische Aufgaben anschließen werden, und zwar in geordneter Mitwirkung der Arbeitgeber und der Arbeiter.²⁰⁴

Auch bei den Beratungen über die Invaliditäts- und Altersversicherung wurden vor allem bereits bekannte Argumente aufs Neue ausgetauscht,²⁰⁵ sodass die Menge der hier angeführten Belegstellen nur um zwei vergrößert werden muss. Indem er auf ironische Weise ein von seinem Fraktionskollegen Peter Reichensperger befürwortetes sehr weit gefasstes Aufgabenspektrum des Staates zurückwies, brachte Georg Ortner (Zentrum) sehr plastisch zum Ausdruck, was für die Zentrumsmehrheit dezidiert nicht zu den an den Staat zu überweisenden Kompetenzen gehört:

[...] der Staat ist nicht allein jener große Schutzgeist, von dem Freiherr von Hertling gesagt hat, daß er berufen sein solle, nach der Meinung einiger, alle Müden und Schwachen an seine Brust zu drücken; nein, er ist zugleich der oberste Schatz- und Säckelmeister, er ist der oberste Lehrmeister, der oberste Priester, Wächter und Beaufsichtiger auch der Kirche (sehr richtig! im Zentrum);

²⁰¹ 15.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 74/II f.).

²⁰² 15.03.1884 (ebd., 75/II f.).

²⁰³ Vgl. etwa ebd., 88/II; 770/II; 836/II; 865/I; 1125/I f.

²⁰⁴ 20.06.1884 (ebd., 887/I).

²⁰⁵ Vgl. etwa StBRt VII/4 (1888/89), 1093/I f.; 1109/I f.; 1184/II; 1205/II; 1263/I ff.; 1304/I f.; 1306/I f.; 1806/I f.; 1839/I.

kurz; er ist alles. Denn alles ist zusammengeschlossen in die Worte, der Staat sei berufen zur Pflege der leiblichen und geistigen Güter, er sei die Organisation hierfür. (Sehr richtig!)²⁰⁶

Der freikonservative Abgeordnete Arthur Gehlert formulierte gegen Ende der Debatte um die Invaliditäts- und Altersversicherung ein Kompromissangebot an die Zentrumsmehrheit und die Minderheit der Konservativen, denen die mit diesem Versicherungsprojekt verbundene Ausdehnung staatlicher Kompetenzen zu weit ging:

Der echte, der soziale Staat will durchaus nicht die Liebe, die Sitte, die Religion oder sonst etwas gutes *selbst* sein; er will es auch nicht erzeugen, er will es auch nicht beherrschen, sondern er will nur diesem und allem anderen sich unmittelbar aus göttlicher Wurzel entwickelten Guten mit seiner starken Hand Raum, Licht und Sonne freihalten. Und so unrecht es wäre, den Gärtner, der hier Unkraut ausreißt und wuchernde Schößlinge beschneidet, dort dem Licht das Hinderniß aus dem Wege räumt, zu beschuldigen, daß er selbst Natur spielen wolle, gerade so ungerecht, so unberechtigt war der Vorwurf, daß der Staatssozialismus die Spontanität des Individuums zu unterdrücken beabsichtige und unterdrücken zu können sich einbilde.²⁰⁷

Gehlert bemüht sich hier, die Bedenken der Gegner des Gesetzentwurfs zu zerstreuen, indem er die angestrebte Ausweitung staatlicher Kompetenzen nicht explizit leugnet, sondern in einen für die Versicherungsgegner akzeptablen Rahmen stellt. Er nimmt die Vorbehalte gegen die Übertragung von Fürsorgeaufträgen von Familie, Kommune und Kirche auf den Staat ernst und versucht sie, da er sie nicht so ohne Weiteres entkräften kann, dadurch auszuräumen, dass er die von den Versicherungsgegnern daraus abgeleiteten Anklagen gegen einen Machtzuwachs des Staates auf Kosten von Familie, Kommune und Kirche leugnet; nach Gehlerts Ansicht mischt sich der Staat nicht in die Belange der genannten anderen Fürsorgeinstitutionen ein, sondern ermöglicht vielmehr erst deren Tätigkeit. Der Erfolg dieses eleganten Schachzugs blieb indes aus, da während der dritten Lesung der Invaliditäts- und Altersversicherung offenbar kein Abgeordneter mehr willens bzw. in der Lage war Gehlerts Argumentationsangebot aufzugreifen und dazu Stellung zu beziehen.

Eingangs dieses Abschnittes war darauf hingewiesen worden, dass der Sozialismusbegriff ein notorisch umstrittener ist, die hier ausschnittshaft dargestellte Diskussion bestätigt diese Behauptung. Der Sozialismusbegriff wurde während der Sozialversicherungsdebatten alles andere als einheitlich gebraucht, allerdings meist mit ein und derselben Stoßrichtung.

²⁰⁶ 04.04.1889 (ebd., 1265/I). „Pflege der leiblichen und geistigen Güter“ ist ein Zitat aus Reichenspergers Rede vom selben Tag: „Ich, meine Herren, würde den Widerstand gegen jeden Reichszuschuß vollkommen begreifen, wenn die betreffenden Gegner sich auch heute noch auf den Standpunkt stellen würden, [...] nur einen *Rechtsstaat* anerkennen, einen Staat, der keinen anderen Beruf hat als die Handhabung von Gesetz und Recht. Aber, meine Herren, es ist dies meines Erachtens auch für die hier anwesenden Gegner im ganzen ein überwundener Standpunkt. (Sehr richtig!) Der Staat ist für uns der organisierte Verband des Volkes zur Pflege aller leiblichen und geistigen Güter (sehr gut!), und das soll auch hier verwirklicht werden.“ (vgl. ebd., 1259/II). Wie bereits ausgeführt worden ist (vgl. Abschnitt II.1.2.2.1), hat sich Reichensperger auch außerhalb der Sozialversicherungsdebatten über die Rolle des Staates geäußert und auch dessen hier von Orterer angesprochenes Verhältnis zur Kirche thematisiert: „Denn die Kirche bedarf immerdar des Staates, weil nur in ihm und durch ihn diejenige äussere Ordnung zu finden ist, auf deren Grundlage erst die innere geistige Erhebung und Vollendung des Menschen zu erreichen steht. Der Staat aber kann die Kirche nicht entbehren, weil jede Gewalt und jedes Recht seine letzte Gewähr gegenüber den Leidenschaften der Menschen nur in der Religion findet“ (Reichensperger, Peter: Das verfassungsmässige Recht der Kirchen in Preussen und das Urtheil des königlichen Obertribunals vom 19. Mai 1863, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht, N. F., 5 [Mainz 1864], 1-93, 5; zit. nach Peter Reichensperger 1810-1892, 84).
²⁰⁷ 17.05.1889 (StBr VII/4 [1888/89], 1808/II).

In den allermeisten Fällen wurde der Sozialismusbegriff zur Diskreditierung der in Gestalt der Sozialversicherung geplanten Ausweitung staatlicher Kompetenzen verwendet, weswegen die Diskussion um den Sozialismusbegriff und mittels desselben eng mit der Auseinandersetzung um die Berechtigung bzw. die Grenzen staatlicher Sozialpolitik verschränkt ist. Diese Tendenz war durch die Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage etabliert worden, indem die dort angekündigten weit reichenden sozialen Kompetenzen des Staates gegen den erwarteten Sozialismusvorwurf mit dem Argument in Schutz genommen werden, es handele sich lediglich um eine „Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee“²⁰⁸.

Damit war nun allerdings die Gefahr einer Bezeichnung der Sozialversicherung als Sozialismus respektive Staatssozialismus keineswegs gebannt, dies war in der Gesetzesbegründung nicht einmal versucht worden. So stellte die Gesetzesbegründung für die Sozialversicherungsgegner kein Hindernis dar (für manche eher eine Einladung) die Sozialversicherung als Sozialismus zu diskreditieren, was dann auch ausführlich getan wurde, zumal von den Abgeordneten, welche die christliche Staatsidee ablehnten, und dass das nicht wenige waren, ist im vorangegangenen Abschnitt gezeigt worden. Ergänzt wurde die Charakterisierung der Sozialversicherung als Sozialismus oft um die Warnung davor, mittels der geplanten Versicherung sozusagen auf eine schiefe Bahn zu gelangen, welche zwangsläufig zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung führen müsse. Was unter Sozialismus konkret verstanden wurde, blieb nicht selten unausgesprochen, sogar dort, wo Sozialismus in Beziehung zu Kommunismus gesetzt wurde. Offenbar wurde vorausgesetzt, dass die Zuhörer alle in etwa dieselben Vorstellungen von Sozialismus hatten und dass sie damit etwas Abzulehnendes verbanden. Wenn die Sozialversicherungskritiker deutlicher wurden, verbanden sie recht unterschiedliche Dinge mit dem Sozialismusbegriff, etwa die Übertragung familiärer und kommunaler Fürsorgepflichten auf den Staat, die Hoffnung auf die Omnipotenz des Staates, die Bevorzugung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe auf Kosten der Gesamtheit, die zwangsweise Nivellierung von Besitzunterschieden, die Konstituierung von Klassengegensätzen.

Ausdrücklich positive Bezugnahmen auf den Sozialismusbegriff finden sich bei den sozialdemokratischen Abgeordneten (denen der durch die Sozialversicherungsvorlagen angestrebte Staatssozialismus gleichwohl nicht weit genug ging), ansonsten äußerst selten, hier wurde eine Aussage Georg Freiherr von Hertlings (Zentrum) vom 20. Juni 1884 wiedergegeben, in welcher dieser die Hoffnung ausdrückte, den korporativen Verbänden der Unfallversicherung könnten künftig weitere „sozialistische Aufgaben“ übertragen werden. Betrachtet man die übrigen Stellungnahmen Hertlings, dürfte er hier wohl an sozialpolitische Aufgaben gedacht haben, jedenfalls nicht an staatssozialistische, schließlich möchte er ausdrücklich korporative Verbände statt staatliche Einrichtungen in die Pflicht genommen wissen.

Auffällig ist die im Vergleich zur Diskussion mittels des Christentumsbegriffs weit gehende Zurückhaltung der Regierungsvertreter, die sich mit Ausnahme der angeführten Rede Bismarcks vom 15. März 1884 nicht über den Sozialismusbegriff äußerten. Vermutlich unterblieben weitere Interventionen auch deswegen, da die mangelnde Einheitlichkeit des Sozialismusbegriffs (vielleicht auch die Berührungsängste der für die Sozialversicherung zu gewinnenden Konservativen und Zentrumsabgeordneten) dessen Gefährlichkeit ohnehin limitierte, also die Möglichkeit bestand, dass eine regierungsamtliche Stellungnahme diese Gefährlichkeit unnötig vergrößert hätte.

²⁰⁸ StBRt/A IV/4 (1881), 228/I.

Bereits bei der Darstellung der Diskussion um den christlichen Staat ist deutlich geworden, dass die Aufgabenzuweisung an den Staat zu den bedeutendsten Kontroversen der gesamten Sozialversicherungsdebatte gehörte. Es stand die Frage, „ob nämlich der Staat, sobald er ein dringendes, ungedecktes Bedürfnis einzelner Klassen ausgemacht habe, die notwendige Vorsorge gesetzlich erzwingen dürfe, nur um dann über die Pflichtbeiträge auch noch in deren private Eigentumsrechte einzugreifen“²⁰⁹. Zwischen den beiden Polen Nachtwächterstaat und Fürsorgestaat bewegte sich eine Vielzahl von Meinungen und Vorschlägen. Die liberale Extremposition eines auf Rechts- und Besitzschutz reduzierten Staates hatte Ludwig Bamberger (LV) unter Rückgriff auf Lassalles Metapher vom Nachtwächterstaat bereits zu Anfang der Sozialversicherungsdebatte formuliert, worin ihm andere liberale Abgeordnete (in der Sache, nicht in der Begriffswahl) folgten. Einen mit weit reichenden, möglichst exklusiven Kompetenzen ausgestatteten Fürsorgestaat forderten auf der anderen Seite lediglich sozialdemokratische Abgeordnete. Die Mehrheit der Parlamentarier, welche die Sozialversicherungsgesetze schließlich zustande brachte, war (mitunter notgedrungen, von der Einsicht in die begrenzte Leistungsfähigkeit der Selbsthilfe geleitet) damit einverstanden den Staat angesichts der sozialen Herausforderungen in die Pflicht zu nehmen, wollte allerdings dem dadurch auf die Bahn gebrachten Staatssozialismus unbedingt Grenzen gesetzt wissen, falls sie diesen Begriff und diese Tendenz nicht geradewegs ablehnte. Zu dieser letzten Gruppe gehörten insbesondere die Zentrumsmehrheit, weitere katholische Abgeordnete aus anderen Fraktionen sowie eine Minderheit der Konservativen, welche einen quasi vom Staat verliehenen Fürsorgeanspruch wegen der Kosten für die Allgemeinheit und der staatssozialistischen Tendenz zurückwiesen und die Fürsorge für Bedürftige nicht dem Staat, sondern der Familie, der Kommune und den Kirchengemeinden überlassen wollten, weshalb für sie auch lediglich eine Zustimmung zur Unfall- und zur Krankenversicherung infrage kam, da hier spezifische Risiken des Erwerbslebens abgesichert werden sollten. In die Bewältigung von Fährnissen des menschlichen Lebens wie Alter und Invalidität solle sich der Staat dagegen nicht einmischen. Von vielen Zentrumsabgeordneten wurde darum gefordert, dass die staatliche Sozialpolitik nicht die karitative Tätigkeit der Kirche behindern dürfe; demgegenüber fehlen Statements protestantischer Abgeordneter, welche ihre Sorge um eine eventuelle Beeinträchtigung der karitativen Wirksamkeit der Landeskirchen und der inneren Mission durch die staatliche Sozialpolitik zum Ausdruck bringen.²¹⁰

²⁰⁹ Rudloff: Politikberater und opinion-leader?, 99.

²¹⁰ Womöglich hatte sich im protestantischen Lager die Einsicht um die Überforderung der kirchlichen Armenpflege angesichts der Herausforderungen der sozialen Frage bereits Bahn gebrochen, wie etwa bei dem Theologen Franz Hermann Reinhold Frank nachzulesen ist: „Gegenwärtig findet die christliche Liebesthätigkeit, wie sie der Gemeinde als solcher und jedem Gemeindegliede an seinem Theile obliegt, sich in sehr eigenartige Verhältnisse gewiesen, die sie nicht ignoriren darf, in denen sie sich vielmehr zu bewähren hat. Das communale und staatliche Leben hat sich auf Gebiete ausgedehnt, welche früher mehr oder weniger der Familie, den Genossenschaften, der Kirche überlassen blieben; und es könnte daher scheinen, als ob durch solche gemeindliche und staatliche Fürsorge das Terrain der christlichen Liebesthätigkeit eingeengt würde. Auf der andern Seite ist die Befreiung und Vervollständigung des individuellen Lebens, der Einzelpersönlichkeit, wie sie die moderne Gesellschaft charakterisirt, keineswegs etwas dem Christenthum Heterogenes, dahingegen der Werth und Selbstzweck, welchen der christliche Glaube der einzelnen Menschenseele zuerkennt, mit jener Individualisierung übereinstimmt. Dazu kommt, dass die gesteigerte Population, der zunehmende Pauperismus, die massenhafte Gottentfremdung der gemeindlichen Liebesthätigkeit [hier ist offenbar an die Liebesthätigkeit der Kirchengemeinde gedacht, oben an die der Kommune; PE] ganz besondere Aufgaben stellen, welche weder durch die hergebrachten Organe des Lehramtes und des Kirchenregimentes noch durch die Bethätigung der einzelnen Gemeindeglieder als solcher erfüllt werden können.“ (Frank: System der christlichen Sittlichkeit, Bd. 2, 194).

Aufgrund der Neubewertung des Sozialismusbegriffs durch die Kathedersozialisten ist es kaum möglich, die hier dargestellte Diskussion mit den im zweiten Kapitel vorgestellten sozialreformerischen Konzepten zu vergleichen. Die meisten der dort berücksichtigten Sozialreformer gingen noch von einem anderen Sozialismusbegriff aus, der ganz überwiegend ein Feindbild bezeichnete. Außer den Vertretern des sozialistischen Milieus benutzte lediglich Rudolf Todt, der sich bereits weit gehend auf der begrifflichen Linie seines Mitstreiters Adolph Wagner befand, den Sozialismusbegriff differenzierter, indem er versuchte die berechtigten Anliegen des radikalen Sozialismus herauszuarbeiten. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verwendeten zwar denselben utopischen bzw. auf die Zukunft gerichteten Sozialismusbegriff wie beispielsweise Lassalle, verweigerten sich indes der seit dem Kathedersozialismus auch gebräuchlichen und im Terminus *Staatssozialismus* vorkommenden Begriffsschattierung fast völlig.

3.3. Traditionelle Fürsorgeinstitutionen

In den vergangenen Abschnitten ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass eine gewichtige und lautstarke Minderheit der Reichstagsabgeordneten sich gegen die Statuierung einer staatlichen Fürsorgekompetenz zu Wehr setzte und stattdessen die Fürsorge für Bedürftige – insbesondere für Alte und Invalide – weiterhin den bislang damit betrauten Institutionen, in erster Linie Familie, Kommune und Kirche zu übertragen gedachte. Da auch unter den Befürwortern der Sozialversicherung nicht wenige waren, die sich mit einer staatlichen Sozialpolitik bestenfalls widerwillig anfreunden konnten, aber angesichts des weit gehenden Versagens der traditionellen Armenpflege gegenüber den Herausforderungen der Industrialisierung keine andere Möglichkeit sahen, als den Staat zu Hilfe zu rufen, entspann sich eine eingehende Diskussion über die Leistungsfähigkeit der traditionellen Armenpflege und vor allem auch darüber, ob nicht durch die Bewahrung und Stärkung des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ein Heranziehen des Staates vermieden werden könne – und ob solche patriarchalischen Verhältnisse überhaupt noch existieren.

Diese Diskussion lief vor allem innerhalb der konservativen Parteien sowie des Zentrums ab, also gerade in der Gruppe von Abgeordneten, welche über Zustandekommen oder Scheitern der Sozialversicherung entscheiden würde, was der Diskussion eine gewisse Brisanz verlieh und ihre Ausführlichkeit erklärt.

Implizit war die Auseinandersetzung um die Leistungsfähigkeit und die angesichts des Ausbaus der Sozialversicherung zweifelhafte Zukunft der traditionellen Fürsorgeinstitutionen auch eine Verständigung über die Pflichten christlicher Nächstenliebe gegenüber Angehörigen und Angestellten, weshalb sie nicht trennscharf von der im Abschnitt 3.1.2 dargestellten Diskussion um die Nächstenliebe geschieden werden kann.

Weil die Unfall- und die Krankenversicherung vor allem die Risiken der modernen Erwerbstätigkeit abzusichern versuchten und insofern eine Antwort auf die Herausforderungen der Industrialisierung formulierten, fiel den Befürwortern einer Bewahrung der traditionellen Armenpflege die Zustimmung zu diesen beiden Versicherungen nicht allzu schwer. Die Invaliditäts- und Altersversicherung nahm sich dagegen der klassischen Klientel der traditionellen Armenpflege an und drohte dieselbe zu beeinträchtigen oder gar zu ersetzen, weshalb sich die meisten Wortmeldungen über das Verhältnis der Sozialversicherung zu den bislang mit der Armenpflege betrauten Institutionen anlässlich der Beratung der letzten Sozialversicherungsvorlage finden.

Allerdings wurde diese Diskussion bereits während der zweiten Lesung der ersten Unfallversicherungsvorlage begonnen, als der Zentrumsabgeordnete Burghard Freiherr von Schorlemer-

Alst zum ersten Mal über das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sprach, das seiner Ansicht nach nicht nur in der Landwirtschaft noch bestehe:

*Ich bin der Ansicht, und ich glaube, im Lande wird sie bestätigt werden, daß zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter im Bereich der Landwirthschaft und auf dem Lande überhaupt in unserem Vaterlande ein gutes **patriarchalisches** Verhältniß besteht.* (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.)²¹¹

Die Bekundungen der Zuhörer Schorlemer-Alsts markieren sehr deutlich die Front zwischen der linken und der rechten Seite des Parlaments, die Diskussion verlief im Folgenden jedoch nicht zwischen diesen beiden Blöcken, sondern, wie bereits erwähnt, innerhalb des Zentrums und der Konservativen. Ebenfalls anlässlich der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage schloss sich Ernst Lieber (Zentrum) für seine Fraktion der zu diesem Zeitpunkt bereits von liberalen Parlamentariern vorgetragenen Ansicht an, wonach die als Ausfluss christlicher Nächstenliebe angekündigte Sozialversicherung mit dem vorgesehenen Zwang unvereinbar sei, und machte damit schon siebeneinhalb Jahre vor dem Beginn der Debatte um die Invaliditäts- und Altersversicherung implizit deutlich, dass die Fürsorge für Alte und Invalide nicht Gegenstand einer Sozialversicherung sein sollte:

Das ist das Charakteristische der *christlichen* Fürsorge für alle Arten von Bedürfnissen, daß sie ihre ganze Kraft und ihre wunderwürdigen Erfolge findet in der freiwilligen Thätigkeit, in der Hingabe von innen heraus an die edelsten Aufgaben der Menschheit; und *der* in keiner Weise die Wege zu verschränken nicht nur, nein! sie nicht überwuchern zu lassen durch die Staatsfürsorge, die sie doch niemals und nirgendwo ersetzen noch erreichen kann, das halte *ich* für praktisches Christenthum.²¹²

Am selben Tag formulierte Karl Ferdinand Stumm (RFKP) die Befürchtung, die geplante und von ihm abgelehnte Unfallversicherung würde das karitative Engagement der Arbeitgeber zu Gunsten ihrer Arbeiter schwinden lassen, obwohl doch auch nach Einführung der Unfallversicherung genügend Raum für Wohltaten bliebe:

Meine Herren, darin liegt eine große Gefahr, daß, wenn das Gesetz zur Wahrheit wird, der Arbeitgeber denkt: wenn ich auf Grund des Gesetzes oder noch über das Gesetz hinaus meine Schuldigkeit thue und den Arbeiter mit seinem vollen Lohne versichere, habe ich meine Pflicht gethan, wasche meine Hände in Unschuld und ich thue weiter nichts mehr, – während [...] die Anzahl der Personen, die auf Grund dieses Gesetzes zu unterstützen sein werden, verschwindend bleibt gegenüber denjenigen, die auf andere Weise, durch Alter oder Krankheit, arbeitsunfähig werden.²¹³

Diese Bedenken sollten auch in der weiteren Versicherungsdebatte eine große Rolle spielen und stellten einen der wichtigsten Einwände gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung dar.

Der nächste Verweis auf anzuerkennende und zu bewahrende patriarchalische Verhältnisse, auch wenn hier dieser Begriff nicht verwendet wird, findet sich in den Beratungen über die

²¹¹ 31.05.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1462/II f.).

²¹² 11.06.1881 (ebd., 1631/I).

²¹³ 11.06.1881 (ebd., 1631/II f.). „Als Pilatus sah, daß er nichts erreichte, sondern daß der Tumult immer größer wurde, ließ er Wasser bringen, wusch sich vor allen Leuten die Hände und sagte: Ich bin unschuldig am Blut dieses Menschen. Das ist eure Sache!“ (Mt 27,24).

Krankenversicherung. Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) machte hier deutlich, wo für die Mehrheit seiner Fraktion die Grenze zwischen akzeptabler und inakzeptabler (weil okkupatorischer) staatlicher Sozialpolitik liegt. Die Frage, ob die Landarbeiter generell in die Krankenversicherung einzubeziehen seien, verneinte Hertling mit dem Argument, dass für diese entsprechend „Sitte und Herkommen“ gesorgt sei, während für die Fabrikarbeiter, wo solche Einrichtungen nicht bestehen, die öffentlich-rechtliche Krankenversicherung aufzukommen habe:

So viel ich weiß, ist gerade da, wo sich eine scharfe Scheidung zwischen landwirthschaftlichen Lohnarbeitern und landwirthschaftlichen Arbeitgebern herausgebildet hat, vielfach durch Sitte und Herkommen eingebürgert, daß der ganze Krankenlohn und die ganze Krankenpflege vom Arbeitgeber getragen wird. Wo dieses besteht, will ich nicht, daß die darin begründete Pflicht der Arbeitgeber abgewälzt werde auf die neu zu bildenden Organisationen. Umgekehrt dagegen, wo sich die Verhältnisse so ausgebildet haben, daß ein derartiges Herkommen nicht besteht, wo bereits die Geldwirtschaft Eingang gefunden und wo die Grenzlinie zwischen Lohnarbeitern und wirtschaftlich selbstständigen ländlichen Arbeitern sich scharf herausgebildet hat, da will ich allerdings, daß das Gesetz Anwendung finde²¹⁴

Beiläufig erwähnt Hertling hier den wichtigsten Unterschied zwischen den Verhältnissen in der Landwirtschaft und denen in der Industrie, welcher in der Tat in der auf dem Land noch nicht durchgängig eingeführten Geldwirtschaft besteht; so werden Landarbeiter zu einem nicht geringen Teil in Naturalien bezahlt und noch die Invaliditäts- und Altersversicherung wird unter bestimmten Bedingungen (zu einem begrenzten Teil) Rentenzahlungen in Naturalien zulassen. Während Hertling auf die Geldwirtschaft nicht näher einging, sah Arnold Lohren (RFKP), der bei einer früheren Rede noch die Überbetonung von Sitte und Herkommen kritisiert hatte,²¹⁵ in der flächendeckenden Einführung der Geldwirtschaft die eigentliche Gefährdung für die traditionellen Fürsorgeeinrichtungen. Falls die Leistungen der Sozialversicherung ausschließlich auf Geldbasis gewährt würden, würden die bisherigen Fürsorgeeinrichtungen seiner Meinung nach ohne Not gefährdet. Seine Bedenken verband Lohren mit Auslassungen über den Manchesterliberalismus:

Wohl aber habe ich einen Haß, [...] welcher sich gegen dieses *manchesterlich jüdische Streben*, richtet, (Rufe links: Oho!), gegen das Streben, alles, was wir sozial Gutes wirken wollen und können, immer wieder in Gold zu übersetzen: gegen das Streben, auch bei uns jene englischen Zu-

²¹⁴ 19.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 1979/I). Karl Grillenberger (SAPD) bestritt Hertlings Behauptung tags darauf auf das Heftigste und schloss sich im Weiteren an die Argumentation Stumms an: „Die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter ist im großen Ganzen nicht besser als die der industriellen, sie sind sogar in manchen Gegenden Deutschlands, namentlich in den halbzivilisirten Gegenden des Ostens noch viel schlimmer daran als die industriellen Arbeiter. [...] Meine Herren, wenn wir in unserer gegenwärtigen Welt uns bloß auf das verlassen wollen, was dem ‚niederem Volk‘ [...] durch Herkommen und Sitte gewährleistet wird, dann werden wir verflucht kurze Sprünge machen [...]; denn jeder wird sich einfach sagen: wenn ein solches Gesetz besteht, dann sehe ich gar nicht ein, warum ich das alte Herkommen und die alte Sitte aufrecht erhalten soll [...]. Herkommen und Sitte werden nach Möglichkeit zu umgehen gesucht.“ (ebd., 1997/II f.). Gegen Grillenberger erhob einen Tag später der polnische Abgeordnete Witold von Skarżyński Widerspruch: „[...] und zwar in dem ‚halbzivilisirten Osten‘, wie sich gestern der Herr Grillenberger ausgedrückt hat – halbzivilisirt im Sinne dieses Herrn wohl darum, weil dort nur halb so viel wie sonst wo, oder gar keine Sozialdemokraten zu finden sind – (sehr gut!) [...] Es sind dies, wenn Sie wollen, patriarchalische, halbzivilisirte Zustände, ich halte aber dafür, daß es menschlichere und ehrwürdigere Zustände sind, als diejenigen des Lohnarbeiterverhältnisses in den ganz zivilisirten großen städtischen Fabriken [...] (Bravo! auf der Rechten)“ (ebd., 2033/I).

²¹⁵ „[...] ich glaube, daß man die große Sozialreform, in der wir uns befinden, nicht richtig würdigt, wenn man hier die Erhaltung alter guter Sitte und Gebräuche so stark betont. Meine Herren, die Reform, in der wir uns befinden, besteht eben darin, daß wir solche alten guten Sitten und Gebräuche in rechtliche, gesetzliche Formen gießen wollen. Das ist das Wesen der Sozialreform.“ (ebd., 2003/II).

stände herbeizuführen, [...] wo alle Naturalien, alle Wohlthaten patriarchalischer Natur, alle heiligen Gebräuche, zu Gold geworden sind. Es läßt sich gewiß nichts dagegen sagen, wenn man da, wo es nöthig ist, auch Geldwirthschaft einführt, aber man soll nicht die Wohlfahrtseinrichtungen, welche in den alten deutschen Gebräuchen fortbestehen, auch dort einreißen, wo es gar nicht nöthig ist.²¹⁶

Gegen Ende der Krankenversicherungsdebatte ergriff Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) erneut das Wort, um sich an die hier wiedergegebenen Bedenken Stumms und Lohrens anzuschließen, die Sozialversicherung könne das karitative Engagement derer zum Erliegen bringen, die solches bislang geübt haben:

Am meisten aber [...] würden wir es beklagen, wenn durch eine Ueberschätzung der Staatshilfe, wenn durch ein Eingehen in das System des sogenannten Staatssozialismus in den Kreisen der zunächst Betheiligten, in den Kreisen der Industriellen, in den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit herabgedrückt würde.²¹⁷

Wie bereits erwähnt wurde, forderte die Vorlage für die Invaliditäts- und Altersversicherung den Widerspruch der Befürworter der traditionellen Armenpflege in besonders großem Umfang heraus. Im Gegensatz zu den ersten beiden Sozialversicherungsgesetzen, die sich um die Absicherung von spezifischen Risiken des (industriellen) Arbeitsverhältnisses bemühten, hatte die dritte Sozialversicherung das Anliegen, die Fürsorge für Alte und Invalide auf eine neue Basis zu stellen und damit tief in die traditionelle Armenpflege einzugreifen. Da nicht abzusehen war, wie sich die öffentlich-rechtliche Struktur und der vorgesehene Reichszuschuss auf die bisher mit der Fürsorge für Alte und Invalide beschäftigten Institutionen auswirken würden, entspannen sich bei der Beratung über diesen Gesetzentwurf rege Diskussionen über das künftige Verhältnis der traditionellen Armenpflege zur dritten Säule der Sozialversicherung. Bereits am zweiten Tag der parlamentarischen Diskussion um die Invaliditäts- und Altersversicherung ließ der deutschkonservative Parteiführer Otto Heinrich von Helldorff-Bedra keinen Zweifel daran, dass dieses dritte Sozialversicherungsgesetz berechtigt und notwendig ist, sei doch die patriarchalische Fürsorge nicht mehr in der Lage, die Herausforderungen des Industriealters zu bewältigen:

Wir tragen Rechnung der Entwicklung der Zeit, die namentlich in Bezug auf die sozialen Verhältnisse sich darin geltend gemacht hat, daß an Stelle des alten Arbeitsverhältnisses, in dem dem Arbeiter innerhalb des Kreises, in dem er sich befand, auch die Fürsorge für Krankheit, für Alter u. s. w. gegeben war, in dem alten patriarchalischen Verhältniß der Landwirthschaft und der früheren Formen von Industrie, Handwerk u. s. w. – daß an dessen Stelle wir mehr oder weniger vollständig übergegangen sind zu dem reinen Geldlohn, zur Ablösung des Arbeiters in seiner früheren gebundenen Existenz von dem Zusammenhange mit dem Arbeitgeber und mit den früheren Verhältnissen.²¹⁸

Es ist zu vermuten, dass Helldorff-Bedra hier bewusst den Standpunkt der Fraktionsmehrheit formulierte, um denjenigen Mitgliedern seiner Fraktion, die seine Beobachtung nicht teilten, vielmehr die Leistungsfähigkeit patriarchalischer Verhältnisse höher veranschlagten, damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Für diese Annahme spricht, dass während der ersten Lesung von keiner Seite Widerspruch gegen diese Stellungnahme geäußert wurde. Einzig der

²¹⁶ 28.04.1883 (ebd., 2190/II).

²¹⁷ 23.05.1883 (ebd., 2483/II).

²¹⁸ 07.12.1888 (StBRt VII/4 [1888/89], 178/II f.).

polnische Abgeordnete Roman von Komierowski relativierte Helldorff-Bedras Behauptung, ohne allerdings gegen die Gesetzesvorlage Stellung zu beziehen:

Meine Herren, bei den patriarchalischen Zuständen, in denen wir leben, ist es mir bekannt, daß sowohl Deutsche wie Polen die Armenpflege bei den ländlichen Arbeitern gern übernehmen, daß invalide alte Bedienstete in ihrem Dienst nicht ohne jede Pflege gelassen werden, daß ihnen die volle Unterstützung ihres Dienstherrn zu Theil wird. Es ist also die Zeit, um solche Verhältnisse zu ändern, wohl noch nicht so dringend bei uns eingetreten; aber trotzdem [...] halten wir vom ethischen Standpunkte aus es für gerecht und billig, dem Gesetzentwurf zu folgen.²¹⁹

Während die Gegner der Regierungsvorlage während der ersten Lesung möglicherweise noch gehofft hatten, der Entwurf könnte in den Kommissionsberatungen ihren Vorstellungen entsprechend verändert werden, mussten sie sich schließlich eines Besseren belehren lassen und setzten nun alles daran, ihre Vorstellungen im Plenum einzubringen. Der erste, der dies tat, war Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), der gleich zu Beginn der zweiten Beratung der Vorlage – also an eben jenem 29. März 1889, der auch für die Diskussion des Liebesbegriffs ungemein fruchtbar war – seine Vorbehalte gegenüber diesem Gesetzentwurf verkündete, welche die Mehrheit seiner Fraktionskollegen teilte. Hier werden die voneinander nicht zu trennenden Motive der Zentrumsmehrheit, welche auch von einer Minderheit der Konservativen vertreten wurden, in einer einzigen Passage vorgetragen: die Ablehnung einer staatlichen Fürsorgekompetenz für Alte und Invalide, die Furcht vor einem Nachlassen der Wirksamkeit vorhandener Armenpflegeinstitutionen und schließlich die Zurückweisung einer Einmischung des Staates in die Belange der Familie (lediglich die vielfach kritisierte Einmischung des Staates in die Belange der Kirche ist hier ausgespart):

[...] ich widerstrebe dieser Gesetzgebung darum, weil sie meines Erachtens die Verpflichtung von denen, denen sie naturgemäß zukommt, abwälzt auf die breiten Schultern des Staates, und weil deshalb meines Erachtens diese Gesetzgebung, [...] diktirt [...] von der Absicht, aufbauend zu wirken, doch [...] in Wahrheit auflösend wirken muß. Ich sehe diese auflösende Wirkung in dem Hineindrängen des Staates in die Familie; ich sehe das praktische Christenthum in der Familie darin, daß die Familie selbst für ihre ergrauten Dienstboten Sorge trägt, und ich will nicht, daß der Staat sich zwischen Familie und Gesinde hineindrängt.²²⁰

Oscar Hahn (DKP), ein Vertreter der Mehrheitskonservativen, versuchte Hertlings Bedenken zu entkräften, indem er ihm zunächst in seiner Wertschätzung für die althergebrachte Armenpflege beipflichtete. Anders als der Vorredner war Hahn allerdings nicht der Meinung, dass diese Armenpflege angesichts der immensen Herausforderungen weiterhin ausreiche. Vielmehr verschärfte Hahn die bereits geäußerte Behauptung seines Fraktionskollegen Helldorff-Bedra, indem er bestritt, dass die von Hertling beschriebenen Zustände, wonach der Arbeitgeber beispielsweise für den ergrauten Dienstboten Sorge trage, überhaupt noch existieren:

²¹⁹ 10.12.1888 (ebd., 200/I).

²²⁰ 29.03.1889 (ebd., 1093/I f.). Anlässlich der Beratung der Interpellation Stumm vom 19.02.1880 hatte Hertling in seiner Rede vom 27.02.1880 auch die nötige Freiheit für die Kirche gefordert, damit sie ihren karitativen Aufgaben nachgehen kann: „Die soziale Frage hat nicht nur eine wirthschaftliche, sondern sie hat wesentlich auch eine sittliche Seite und darum gehört [...] zu einer ersprießlichen, ich sage nicht Lösung der sozialen Frage, aber zur wirksamen Bekämpfung der sozialen Uebel auch die volle Wirksamkeit der größten sittlichen Institution, der Kirche. Und darum muß ich auch an dieser Stelle unser ceterum censeo wiederholen: Eine ersprießliche Bekämpfung der sozialen Uebel ist nicht möglich, so lange der Kirche nicht die volle Freiheit und damit die Möglichkeit gegeben ist, nach dieser Seite hin ihre Wirksamkeit zu entwickeln. (Bravo!)“ (StBRt IV/3 [1880], 158/II f.).

Ich [...] würde mich dem Freiherrn von Hertling durchaus in seiner Sympathie für die früher bestandenen Verhältnisse anschließen können; [...] ich habe eine große Sympathie für die patriarchalischen Verhältnisse gehabt, wie wir sie theils im vergangenen Jahrhundert, theils noch in diesem Jahrhundert gehabt haben, – daß diese Zustände zu billigen waren; nachdem aber unsere Gesetzgebung durch Dutzende von Gesetzen alles ekasirt hat, was mit diesen Dingen zusammenhängt, [...] nach jeder Richtung hin das Verhältniß zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer lediglich auf den freien Arbeitsvertrag gestellt hat, halte ich es nicht für richtig, wenn man die Fürsorge für den alten invaliden Arbeiter auf patriarchalische Verhältnisse basiren zu können glaubt. (Sehr richtig!)²²¹

Falls Hahn mit dieser Wortmeldung bezweckt haben sollte, seine Widersacher umzustimmen, ist ihm das nicht gelungen, wie zwei kurz darauf folgende Statements zeigen, in welchen einerseits das teilweise Vorhandensein patriarchalischer Verhältnisse bestätigt wird. Gleichzeitig wird vermutet, dass diese Verhältnisse durch die geplante Invaliditäts- und Altersversicherung in Mitleidenschaft gezogen werden, und daher bestritten, dass diese dritte Säule der Sozialversicherung eine Konsequenz des Christentums sei, schließlich hindere sie die freiwillig sich vollziehende christliche Nächstenliebe:

Das patriarchalische Verhältniß, das jetzt schon so sehr leidet, wird ganz gewiß durch diese Zwangseinrichtung nicht befördert werden. Ich muß da in Abrede stellen, daß alle diese Zwangseinrichtungen der Ausfluß des Geistes des Christenthums seien. Meine Herren, wenn man dies annehmen würde, so würde man von Konsequenz zu Konsequenz dahin kommen, den Sozialismus als letzte Konsequenz des Christenthums anzunehmen. (Sehr wahr!)²²²

Nun, meine Herren, glaube ich allerdings, daß wir [...] wohl zugeben müssen, daß das patriarchalische Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Nehmer [...] auf dem Lande noch nicht in dem Maße gestört ist wie in den städtischen Industriebezirken.²²³

Den letzten neuen Gesichtspunkt führte Karl Schrader (DFrP) in die Debatte ein, indem er auf die nicht gerade beneidenswerte Position des Fürsorgeempfängers aufgrund eines patriarchalischen Verhältnisses hinwies, welche sich bei Einführung der Invaliditäts- und Altersversiche-

²²¹ 29.03.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1101/I). Karl Grillenberger (SAPD) teilte Hahns Zweifel, er widersprach noch am selben Tag der Behauptung Hertlings, wonach die Arbeitgeber für ihre alten Dienstboten sorgen würden: „Freiherr von Hertling hat auch erklärt, daß die ‚sittliche Pflicht‘, das ‚christliche brüderliche Gefühl‘ [...] Noth leiden würde, wenn man den Dienstherrschaften die Verpflichtung auferlegen würde, für ihre Dienstboten ebenso zu sorgen, wie das der Großindustrielle für seinen Lohnarbeiter thun muß. Er hat gemeint, es sei etwas ganz *Selbstverständliches*, daß für den in der Familie grau gewordenen Dienstboten gesorgt werde; das sei eine sittliche Pflicht, die man durch derartige gesetzliche Bestimmungen nicht unterbinden dürfe. Ja, meine Herren, die Verhältnisse sind doch nicht so, daß es heute noch recht viele Dienstboten gibt, die im Dienst einer und derselben [sic!; PE] Herrschaft grau werden. (Widerspruch rechts.) – [...] Meine Herren, welche Dienstherrschaft hätte denn dann die sogenannte sittliche Pflicht, für das Alter des Dienstboten zu sorgen? Doch wohl diejenige Herrschaft, bei welcher der Dienstbote zuletzt im Dienst gewesen ist. Aber daß auch jetzt, wo ein derartiger gesetzlicher Zwang nicht ausgeübt wird, vielfach von den Dienstherrschaften diese sittliche Pflicht arg vernachlässigt wird, dafür hat der konservative Herr Vorredner [Oscar Hahn; PE] mit anerkennenswerther Offenheit einige Beispiele angeführt, und ich verweise Sie ferner darauf, wie es in den Bauerndörfern [...] zugeht; besuchen Sie doch einmal in derartigen Gegenden die Armenhäuser [...] und fragen Sie, wer die Armenhüsler sind, so werden Sie hören, daß es alt und grau gewordene Dienstboten sind, an denen in dieser Weise die so sehr betonte ‚sittliche Pflicht‘ erfüllt wird. Meine Herren, um der Möglichkeit solcher Zustände ein Ende zu bereiten, ist es dringend nöthig, daß die Versicherungspflicht auch auf derartige Leute ausgedehnt werde.“ (ebd., 1106/II f.).

²²² Ludwig Windthorst (Zentrum), 29.03.1889 (ebd., 1109/I f.).

²²³ Moritz Augustus Nobbe (RFKP), 30.03.1889 (ebd., 1124/II).

rung in einen Leistungsempfänger aufgrund eines Rechtsanspruch und selbst gezahlter Beiträge verbessern würde:

Es mag ja [...] diese Bestimmung [Naturalleistungen zuzulassen; PE] hervorgegangen sein aus dem wirklich edlen, patriarchalischen Gefühl, daß man in jeder Gemeinde für die Leute, die dort geboren und erzogen sind und gearbeitet haben, am besten sorgen werde, und daß man es am besten thue mit Naturalleistungen. Mag sein, aber dabei ist nicht berücksichtigt, daß die Verhältnisse nicht mehr so liegen, daß man es oft nicht zu thun hat mit Arbeitern aus solchen patriarchalischen Verhältnissen, und daß ein solches Verhältniß doch auch manches Drückende hat.²²⁴

Auf diesen Gesichtspunkt wurde im Folgenden bei der Diskussion um die traditionellen Fürsorgeinstitutionen indes nicht weiter eingegangen, was bei den nicht gerade auf eine emanzipatorische Sozialpolitik fixierten Konservativen und Zentrumsabgeordneten, die diese Diskussion im Wesentlichen bestritten, nicht verwundern braucht.

Ansonsten wurde die Auseinandersetzung um die bereits genannten wichtigsten Streitpunkte fortgesetzt, die aufgrund ihrer sich in häufigen Wiederholungen vollziehenden Ausführlichkeit hier nur ausschnitthaft wiedergegeben werden braucht, lediglich einige prägnante Belegstellen für die drei Hauptstreitpunkte – Vorhandensein und Leistungsfähigkeit patriarchalischer Verhältnisse als Basis der bisherigen Fürsorge für Alte und Invalide, Schicksal der möglicherweise noch vorhandenen patriarchalischen Verhältnisse bei Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung, nunmehriges Verhältnis des Staates zu den herkömmlichen Armenpflegeinstitutionen – sollen angeführt werden.

Über das Vorhandensein patriarchalischer Verhältnisse wurde kaum noch diskutiert, offenbar bestand nach über sieben Jahren Sozialversicherungsdiskussion darüber weit gehend Konsens. Dafür waren die Vermutungen über die Zukunft der patriarchalischen Verhältnisse bzw. der bisherigen Armenpflege umso zahlreicher:

Nach meiner Ansicht wird in dem Maße, in welchem die Verpflichtung des Staates hervortreten wird, die Selbstsorge und die Familiensorge zurücktreten; über die Verpflichtung des Staates wird man die eigene Verpflichtung vergessen. Die Kinder gegenüber dem alten Vater, die Familie gegenüber dem ergrauten Dienstboten, die Arbeitgeber gegenüber dem altersschwachen oder invaliden Arbeiter, – (sehr richtig!) sie werden zunächst den Staat als den ersten Verpflichteten ansehen. Immer mehr und mehr wird man den Staat betrachten als den ersten Helfer in der Noth; und immer mehr wird man vom Staat Hilfe fordern, (sehr richtig!) und er wird sie nicht geben können nach Wunsch und überall.²²⁵

Und wenn in den letzten Tagen wiederholt behauptet wurde, daß durch das Gesetz die Charitas eingeschränkt werde, so muß ich bemerken, daß das nach meiner Ansicht gar nicht der Fall ist, im Gegentheil, daß durch das Gesetz der Charitas Thür und Thor geöffnet sind.²²⁶

Meine Herren, eine Erleichterung wird allerdings stattfinden, [...] nämlich in Bezug auf die christliche Charitas. Ich hoffe, diesen Fehler zu vermeiden; aber ich glaube doch, daß sehr vielen Personen dann es sehr schwer fallen wird, diese Last zu tragen, wenn jemand, der arm oder unterstützungsbedürftig ist und an sie herantritt, wenn sie ihn von sich weisen werden und sagen: halten Sie sich an den Staat, der hat für alle Bedürftigen zu sorgen. Ich halte das für bedauerlich; aber ich glaube, daß das häufig die Folge des Gesetzes sein würde.²²⁷

²²⁴ 03.04.1889 (ebd., 1238/II).

²²⁵ Landelin Winterer (bkF), 04.04.1889 (ebd., 1263/II).

²²⁶ Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (Zentrum), 05.04.1889 (ebd., 1303/II).

²²⁷ Julius Graf von Mirbach (DKP), 08.05.1889 (ebd., 1570/II).

Der Herr Abgeordnete Graf Mirbach hat dann aber weiter die moralischen Wirkungen des Gesetzes, die er befürchtet, von neuem hervorgehoben und hat gemeint, daß das schöne patriarchalische Verhältniß, in dem bisher der ländliche Arbeitgeber zu dem Arbeitnehmer steht, dadurch gestört werden würde. [...] Glauben Sie denn wirklich, daß das patriarchalische Verhältniß [...] bloß durch die Noth und bloß durch den Zwang aufrecht erhalten werden kann, in dem der Arbeitnehmer steht, daß er bei niemandem anders Hilfe findet als wie bei seinem Arbeitgeber? Nein, meine Herren, ein wohlwollender Arbeitgeber, ein Arbeitgeber, der nach den Grundsätzen der christlichen Moral seine Arbeiter behandelt, wird auch dann, wenn diese Arbeitnehmer andere Ressourcen haben als wie das Wohlwollen des Herrn, ein weites Feld der Thätigkeit gegenüber seinen Arbeitern finden. (Bravo! rechts.)²²⁸

Es könnten leicht weitere Beispiele angeführt werden, die unbestreitbar interessant, jedoch nicht von weiterem Erkenntnisgewinn wären. Über der Darstellung der in erster Linie auf das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter fixierten Diskussion darf indes nicht übersehen werden, dass auch auf die übrigen mit der Armenpflege betrauten Institutionen – Kirche, Familie und Kommune – eingegangen wurde:

Wenn von den Freunden des Herrn Abgeordneten Rintelen [gemeint sind die Zentrumsabgeordneten; PE] auf die Wohlthätigkeit der Kirche hingewiesen ist, der wir bis zu einem gewissen Grade ja Konkurrenz machen, so braucht die Kirche als Vermittlerin der Wohlthätigkeit – und ich erkenne das vollkommen an, daß insbesondere auch die katholische Kirche von jeher als Vermittlung in dieser Richtung sehr segensreich gewirkt hat – ihre Thätigkeit keineswegs einzuschränken. (Sehr richtig)²²⁹

[...] ein so positiver Geist, wie ich bin wird und kann [...] nicht anders als mit Ehrfurcht und Dank reden von den Leistungen der Kirche [...]. Gleichwohl: die ehrwürdige, aufopferungsvolle christliche Kirche ist nun an die 2000 Jahre am Werke, die angeborene Bestie im Menschen zu *überreden*, daß einer den anderen um seiner selbst willen lieben soll wie sich selbst. Meine Herren, was hat sie angesichts der Thatsachen, die ich soeben konstatiert habe, bis heute erreicht? Gerade die Herren vom Zentrum sollten mich nicht paradox schelten, wenn ich den heutigen Staat, bloß auf das Gewerbe angesehen, als einen Raum bezeichne, in dem ringsum eine gewisse Anzahl christlicher Tempel rein auf heidnischen Ansiedelungen gruppiert sind, in dem das „Liebe den Nächsten wie dich selbst!“ heute noch genau wie vor der Zeit Christi nur mit Füßen getreten wird.²³⁰

Gott hat in der Welt einen Unterschied in der Austheilung des Vermögens zugelassen, und in der heiligen Schrift steht, im alten wie im neuen Testament, es werde immer Arme wie Reiche geben. Hier machen wir nun den babylonischen Versuch, (Zurufe) – ich denke dabei an den babylonischen Thurm, – (Heiterkeit) diese Bibelworte theilweise außer Geltung zu setzen. Meine Herren, wenns nicht geht, dann müssen wir die Sache liegen lassen; sonst werden wir dahin kommen, daß wir allesammt bei der allgemeinen Gleichheit und Philanthropie schließlich gar keine Menschen behalten, die Wohlthätigkeit üben können. Die Ordnung Gottes ist, daß zunächst die Eltern ihre Kinder und demnächst die Kinder ihre Eltern erhalten, daß die Familie sich selbst erhält, und wenn die es nicht kann und bedürftig ist, dann tritt die bestimmte Gemeinde und eventuell ein größerer Kommunalverband ein.²³¹

²²⁸ Karl Heinrich von Bötticher (Innenstaatssekretär und Vizekanzler), 08.05.1889 (ebd., 1573/I f.).

²²⁹ Otto Henning (RFKP), 06.04.1889 (ebd., 1347/II).

²³⁰ Arthur Gehlert (RFKP), 17.05.1889 (ebd., 1807/II). „An den Kindern deines Volkes sollst du dich nicht rächen und ihnen nichts nachtragen. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin der Herr.“ (Lev 19,18; vgl. auch Mt 5,43-48; 22,37-40; Mk 12,29 ff.; Lk 10,27).

²³¹ Ludwig Windthorst (Zentrum), 20.05.1889 (ebd., 1855/II). „Die Armen werden niemals ganz aus deinem Land verschwinden. Darum mache ich dir zur Pflicht: Du sollst deinem notleidenden und armen Bruder, der in deinem Land lebt, deine Hand öffnen.“ (Dtn 15,11); „Denn die Armen habt ihr immer bei euch, und ihr könnt ihnen Gutes tun, so oft ihr wollt; mich aber habt ihr nicht immer.“ (Mk 14,7; vgl. auch Mt 26,11; Joh 12,8).

Es ist gezeigt worden, dass die Kontroverse um das Verhältnis von traditioneller Armenpflege und Sozialversicherung zu den gewichtigsten der gesamten Sozialversicherungsdiskussion gehörte und vor allem um die Ausdehnung der Sozialversicherung auf Alte und (nicht aufgrund eines Arbeitsunfalls) Invalide kreiste, weshalb sie vorwiegend anlässlich der Beratungen um die Invaliditäts- und Altersversicherung ablief. Die Unfall- und die Krankenversicherung waren als spezifische Maßregeln gegen die Risiken der (industriellen) Erwerbsarbeit vergleichsweise unproblematisch.

In dieser Diskussion bündelten sich mehrere Motive, zuerst die Frage, wie es um die bisherige Armenpflege bestellt ist. Bemerkenswert dabei ist, dass auf die existierende gesetzlich reglementierte obrigkeitliche (vor allem kommunale) Armenpflege²³² äußerst selten eingegangen wurde und die wenigen Äußerungen zudem durchweg kritisch sind. Die Gegner einer Ausweitung staatlicher Fürsorge auf Alte und Invalide in Form einer weiteren Sozialversicherung konnten und wollten also offenbar das Armenhaus nicht zur Basis für die Alten- und Invalidenfürsorge erheben. Vielmehr konzentrieren sie sich auf die Fürsorge durch Arbeitgeber, Familie und Kirche und hier insbesondere auf den Arbeitgeber, was die Diskussion um das so genannte patriarchalische Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem im Notfall von diesem zu versorgenden Arbeiter auslöste. Zunächst wurde diese Diskussion vor allem von der Frage geprägt, ob solche patriarchalischen Verhältnisse überhaupt noch existieren, wobei sich die Verfechter dieser Verhältnisse mit der These durchsetzen konnten, überall dort, wo sich die Geldwirtschaft und das auf bloßem Arbeitsvertrag gegründete Arbeitsverhältnis noch nicht vollends ausgebreitet haben, könne weiterhin von patriarchalischen Verhältnissen ausgegangen werden. War also das wenigstens teilweise Vorhandensein patriarchalischer Verhältnisse weit gehend akzeptiert, stellte die Frage, welchen Beitrag diese Verhältnisse, wo es sie noch gibt, zur Lösung der sozialen Frage im Bereich der Fürsorge für Alte und Invalide leisten könnten, das zweite Motiv dar, welches vor allem innerhalb der konservativen Parteien und des Zentrums sehr ausführlich und kontrovers diskutiert wurde und damit in der Gruppe von Abgeordneten, die möglichst für die Sozialversicherung, insbesondere die Invaliditäts- und Altersversicherung, gewonnen werden musste, sonst würde deren Zustandekommen höchst fraglich sein. Dies ist eine Erklärung für die Ausführlichkeit, man könnte auch sagen Verbissenheit, mit der Positionen ausgetauscht, indes nicht getauscht oder sonst irgendwie verändert wurden.²³³ Ein weiterer Grund für die eingehende Diskussion über die Leistungsfähigkeit patriarchalischer Verhältnisse und deren zu erwartende Zukunft bei Einführung bzw. Ausbau der Sozialversicherung war die mit dieser Kontroverse verbundene Verständigung über die Pflichten christlicher Nächstenliebe gegenüber Angehörigen und Angestellten. So behaupteten die Gegner der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Entzug von Fürsorgemöglichkeiten würde gleichzeitig ein Nachlassen christlicher Nächstenliebe bedeuten. Da dies zumindest theoretisch ein gewichtiges Argument gegen die Versicherung darstellte, versuchten deren Befürworter zunächst, die christliche Nächstenliebe von der Diskussion um die patriarchalischen Verhältnisse zu trennen, was ihnen allerdings nur ansatzweise gelang. Daher verlegten sie sich darauf zu behaupten, dass die innerhalb eines patriarchalischen Verhältnisses geübte Nächstenliebe durch die dritte Säule der Sozialversicherung keinen Abbruch erfahren müsse,

²³² Vgl. dazu Abschnitt II.2.2.4.

²³³ Die Redebeiträge und das Abstimmungsverhalten geben keinen Anhaltspunkt auf einen durch diese Diskussion hervorgerufenen Meinungswandel, für einzelne Abgeordnete kann ein solcher jedoch nicht ausgeschlossen werden, gleichwohl er nicht sehr wahrscheinlich ist.

schließlich blieben auch jenseits der durch die neue Versicherung abgedeckten Risiken weitere Gebiete bestehen, in denen sich die Nächstenliebe bewähren könne. Durch diese Argumentation konnte ein gefährlicher Angriff der Versicherungsgegner abgewehrt werden, was diese nun ihrerseits in die Defensive brachte.

Ein drittes Motiv in dieser Diskussion war die Diskussion um die Leistungsfähigkeit einer anderen Fürsorgeinstitution, nämlich der Kirche. Diese war weniger umfangreich als die über die patriarchalischen Verhältnisse, verlief aber an derselben Front wie diese und ebenfalls ohne wirkliche Verständigung zwischen Befürwortern und Gegnern der Invaliditäts- und Altersversicherung. Auch hier waren es wieder ausschließlich katholische Abgeordnete, welche die Verdienste und die Leistungsfähigkeit der Kirche hervorhoben.²³⁴

Von den Gegnern der Invaliditäts- und Altersversicherung selten angesprochen, aber oft implizit mit geäußert wurde ein viertes Motiv, nämlich die Ablehnung einer staatlichen Einmischung in die Belange der Familie, welche mit der Übernahme von Fürsorgekompetenzen, die bisher von der Familie gegenüber alten oder invaliden Familienmitgliedern bzw. Angestellten wahrgenommen wurden, durch den Staat einhergehen würde, was nach der zitierten Ansicht Ludwig Windthorst einen Eingriff in die Ordnung Gottes darstellt. Vor diesem Hintergrund musste der durch die Gesetzgebung statuierte äußerliche Zwang beinahe als Sakrileg gelten, verhartet diese Liebe qua Gesetz doch auf einer materiellen Ebene, während ihr alles darüber hinaus Gehende, also das, was Familie (und Kirche) ausmacht, abgeht. Hierin ist wohl auch ein Grund dafür zu finden, warum die Gegner der Invaliditäts- und Altersversicherung sich nicht übermäßig für die kommunale Armenpflege einsetzten, trifft für diese doch dasselbe zu. Der einzige Unterschied zu einer staatlichen Organisation ist lediglich der überschaubare Rahmen von einander meist persönlich bekannten Beteiligten, während der Staat anonym bleibt.

Letztlich ist das Zustandekommen der Invaliditäts- und Altersversicherung nicht an der Diskussion um die Leistungsfähigkeit und die Zukunft der bisher für Alte und Invalide zuständigen Fürsorgeeinrichtungen gescheitert, dennoch gibt diese Auseinandersetzung wichtige Hinweise darauf, warum diese dritte Sozialversicherungsvorlage die eigentlich recht komfortable Kartellmehrheit klar verfehlte.

²³⁴ Es wäre zudem zu erwarten gewesen, dass von protestantischen Gegnern der Invaliditäts- und Altersversicherung die Monarchie als Modell für patriarchalische Zustände angeführt und als Waffe gegen das Sozialversicherungsprojekt verwendet wird. Allerdings hätte die Monarchie dann gegen den in der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17.11.1881 verkündeten Willen Kaiser Wilhelms I. ausgespielt werden müssen, was einigen argumentativen Geschicks bedurft hätte, falls es nicht gänzlich unmöglich gewesen ist. Im Übrigen hatte bereits Rudolf Todt angemerkt: „Denn die Zeit des patriarchalischen Verhältnisses ist vorüber, sowohl für das Königthum wie für das Arbeitgeberthum in allen seinen Formen. Es ist die Aera der freien Prüfung, Selbstentschließung und Selbstbestimmung. Diesem Individualismus gegenüber sind alle patriarchalischen Restaurationsversuche nicht bloß vergeblich, sondern geradezu schädlich.“ (Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 428). Warum das so ist, hatte Todt bereits an anderer Stelle erklärt: „Das Wachsthum der privaten ‚Frömmigkeit‘ ist ohnmächtig zur Lösung der socialen Aufgaben, so lange weltliches Gesetz und hergebrachte Ordnung stets als willkommene Hemmschuhe und Fesseln dem alten egoistischen Naturmenschen in seinem täglichen Kampfe mit dem neuen ‚frommen‘ Menschen als Bundesgenossen zur Seite stehen. Ein oder mehrere einzelne wohlgesinnte christliche Gutsbesitzer und Fabrikanten können wohl in ihren engeren Kreisen die berechtigten sociale Unzufriedenheit beseitigen, aber solange sie noch Concurrenten haben, die aller christlichen Gesinnung und Lebensanschauung baar sind, werden sie selbst oft matt und gelähmt in ihrem edlen Kampfe. Es ist unendlich schwer, ja unmöglich gegen den Strom zu schwimmen.“ (ebd., 9).

3.4. Einzelne Begriffe mit religiösen Konnotationen

In diesem Abschnitt wird der Gebrauch einiger Begriffe analysiert, die, ohne eine religiöse Lexik im eigentlichen Sinn zu sein, doch in einem engen Zusammenhang mit solcher auf religiöser Semantik fußender Lexik stehen und anlässlich der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag recht häufig auch religiöse Inhalte transportierten – und sei es, dass sie gezielt zur Vermeidung religiöser Semantik Verwendung fanden. Dass die im Folgenden dargestellten Begriffe oft religiöse ersetzen sollen, kann aus der Beobachtung geschlossen werden, dass bei der Diskussion um diese Begriffe bzw. mittels dieser Begriffe die Redeanteile sozialdemokratischer und linksliberaler Abgeordneter im Vergleich zur Debatte mittels der bisher dargestellten Begriffe signifikant ansteigen.

All diese Begriffe eint eine weitere Eigenschaft, nämlich ihre Unschärfe bzw. ihre vom heute gängigen Gebrauch mitunter abweichende Verwendung. Allerdings hat die Untersuchung der Verwendung des Liebesbegriffs gezeigt,²³⁵ dass dies die kommunikative Leistungsfähigkeit dieser Begriffe nicht schmälern muss – eher im Gegenteil, wie auch anhand der im Folgenden näher beleuchteten Begriffe und ihrer Verwendung während der Sozialversicherungsdiskussion nachgewiesen werden kann.

Anders als bei den in den bisherigen Abschnitten vorgestellten Diskussionen sind bei den hier behandelten Begriffen kaum Auseinandersetzungen über diese Begriffe zu beobachten, umso mehr wurden Auseinandersetzungen mittels dieser Begriffe geführt. Daher erübrigt es sich, den chronologischen Verlauf der Debatte nachzuzeichnen, vielmehr kommt es darauf an, die verschiedenen Schattierungen der interessierenden Begriffe aufzuzeigen. Im Folgenden wird deshalb auch nicht zwischen einem Textteil und einem Analyseteil unterschieden, vielmehr wird die Analyse direkt mit dem jeweiligen Textkorpus verbunden.

Da die in diesem Abschnitt dargestellten Begriffe relativ unumstritten verwendet werden, können deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungsdiskussion und damit auf das Zustandekommen der Sozialversicherung in ihrer konkreten Form und Reichweite nicht abgeschätzt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass diese Begriffe die Kommunikation insofern erleichterten, als sie offenbar eine gemeinsame Diskussionsbasis zur Verfügung zu stellen vermochten, auf der die Überzeugungen und die Forderungen der Abgeordneten besser kommuniziert werden konnten, als dies ohne sie der Fall gewesen wäre.

3.4.1. *Sittlichkeit, Moral, Ethik*

Wenn im Folgenden der Gebrauch gleich dreier Begriffe samt ihrer Ableitungen in ein und demselben Abschnitt vorgestellt wird, verlangt dies nach einer Erklärung.

Die drei Begriffe sind eng miteinander verwandt und vielfach aufeinander bezogen, sodass sie in der Alltagssprache häufig mehr oder weniger wahllos, teilweise synonym verwendet werden. Ein solcher Gebrauch lässt sich auch in den Reichstagsdebatten zur Sozialversicherung beobachten, was für den wissenschaftlichen Zugriff unbefriedigend sein mag, indes als Tatsache zu akzeptieren und entsprechend zu berücksichtigen ist. Zunächst soll allerdings auf die drei Begriffe eingegangen werden.

²³⁵ Vgl. Abschnitt 3.1.2.

Am vielfältigsten sind die Verwendungsmöglichkeiten des Sittlichkeitsbegriffs, weswegen er von den drei hier interessierenden Begriffen auch am häufigsten gebraucht wurde. Reiner Preul merkt zum Sittlichkeitsbegriff an:

Nach Auskunft seiner Begriffsgeschichte ist „Sittlichkeit“ zwar ein unverzichtbarer Grundbegriff jeder philosophischen oder theologischen Ethik, aber zugleich ein Ausdruck, der ganz verschiedene Bedeutungen annehmen kann. [...] „Sittlichkeit“ kann als Qualität einzelner Personen gedacht sein – das ist die Regel –, sie kann aber auch einem Kollektiv [...] zugeschrieben oder aberkannt werden; in metaphorischem Sinne kann schließlich sogar von der Sittlichkeit oder Unsittlichkeit von Strukturen, von Herrschafts-, Rechts- und ökonomischen Verhältnissen gesprochen werden.²³⁶

Abweichend von der hier aufgestellten Regel wurde der Sittlichkeitsbegriff während der parlamentarischen Sozialversicherungsdebatten vorwiegend auf Kollektive sowie auf Strukturen und Verhältnisse angewandt, was angesichts der diskutierten Gesetzesprojekte nicht verwunderlich ist. Ein weiteres Charakteristikum der Begriffsverwendung im deutschen Reichstag wird auch von Preul erwähnt:

„Sittlichkeit“ wird häufig mit „Moralität“ als dem Ausgerichtetsein auf das wahrhaft Gute gleichgesetzt; so erhält der Ausdruck normative Bedeutung, die sich kritisch gegen die in Geltung stehende „Sitte“, „Konvention“ oder auch „Moral“ wenden kann.²³⁷

Der Moralbegriff wurde wie der Ethikbegriff (der nach heutigem Verständnis eigentlich eher *Ethos* meint) fast durchweg synonym zum Sittlichkeitsbegriff verwendet. Wäre das bei erstem fast zu erwarten gewesen, muss auch die fehlende Trennschärfe zwischen Ethik- und Sittlichkeitsbegriff nicht verwundern, folgt sie doch aus der semantischen Nähe des Ethikbegriffs zum Moralbegriff, welcher wiederum regelmäßig als Synonym zum Sittlichkeitsbegriff verstanden wurde. Der gravierende Unterschied zu einem wissenschaftlichen Gebrauch des Ethikbegriffs²³⁸ besteht indes in der fehlenden Differenzierung zwischen *Ethos* und Ethik, die allerdings bei den fast sämtlich nicht philosophisch gebildeten Abgeordneten auch nicht vorausgesetzt werden darf.

Es ist also ein alltagssprachlicher Gebrauch der drei interessierenden Begriffe samt ihrer (vor allem adjektivischen) Ableitungen zu konstatieren und damit ein vergleichsweise weites Feld an Konnotationen. Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen: Die Begriffsverwendungen implizieren einen Bezug auf überzeitliche und über dem gesetzten Recht stehende Werte und Vorstellungen, denen eine weit gehend unverhandelbare normative Geltungskraft zugesprochen (seltener: abgesprochen) wird, woraus wiederum konkrete Schlussfolgerungen für die diskutierte Sozialversicherung abgeleitet werden bzw. woran die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse gemessen werden.

²³⁶ Preul: Sittlichkeit, Sp. 1356 f.

²³⁷ Ebd., Sp. 1357.

²³⁸ „Der Ausdruck ‚Moral‘ bezeichnet das Ganze einer in motivierenden und orientierenden Gewißheiten (Überzeugungen) und dadurch affektiver Strebens- und Interessenlage samt zugehörigen Grundentschlüssen fundierten regelmäßigen, also zu relativer Stabilität gelangten Interaktionsweise, äquivalent mit ‚Ethos‘ (gegenüber dem sozialen Akzent dieses Ausdrucks allenfalls mehr individuenbezogen); entsprechend ‚Moralphilosophie‘ äquivalent mit ‚Ethik‘.“ (Herms: Moral, Sp. 1484); „‚Ethik‘ oder ‚Moralphilosophie‘ bezeichnet seit Aristoteles ein Theorieunternehmen [...]. Sein Gegenstand wird eng oder weit bestimmt: Kriterien des richtigen Handelns, sittliche Lebensführung, Moral (Teil des Zusammenlebens neben Kunst, Religion, Wissen etc.), das Ethos.“ (Ders.: Ethik, Sp. 1598).

Wenn über überzeitliche Werte und Normvorstellungen diskutiert wird, werden diese auch immer mit den – so vorhanden – religiösen Werten und Normen abgeglichen, falls jene nicht ohnehin aus diesen hergeleitet werden, wie dies beispielsweise schon Friedrich Julius Stahl getan hatte. Insofern ist die mittels der Begriffe *Sittlichkeit*, *Moral* und *Ethik* sowie ihrer Ableitungen geführte Debatte meistens auch dort eine religiöse Kommunikation, wo die explizit religiöse Semantik fehlt, was meistens der Fall ist.

Die anlässlich der Sozialversicherungsdebatten zu beobachtende Verwendung der drei hier interessierenden Begriffe kann entsprechend der verschiedenen Konnotationen und Stoßrichtungen folgendermaßen klassifiziert werden:

1. Am häufigsten werden der Sittlichkeits-, der Moral- und der Ethikbegriff verwendet, um die Position des jeweiligen Abgeordneten zu einzelnen Bestimmungen der Sozialversicherungsvorlagen zu erläutern bzw. zu untermauern. In den angeführten Belegstellen wie auch sonst unterlassen es die Parlamentarier ihr Verständnis dieser Begriffe zu erläutern. Dies rührt nicht nur daher, dass diese Begriffe als weit gehend unumstritten vorausgesetzt werden konnten – es finden sich in der gesamten parlamentarischen Sozialversicherungsdiskussion keine Kontroversen über diese drei Begriffe –, darüber hinaus ist zu vermuten, dass die Dignität, die diesen Begriffen zweifellos anhaftet, zur Beförderung des eigenen Anliegens bzw. zur Hervorhebung der eigenen Meinung nutzbar zu machen versucht wurde. Dass dies nicht immer gelang oder jedenfalls nicht ohne Widerspruch blieb, zeigen die Statements Wilhelm Hasenclevers (SAPD) und Walter Dirichlets (DFP), aber auch hier wurde nicht der Ethikbegriff selbst angegriffen, sondern die Bestimmungen, die mit ihm begründet werden sollten. Aus Dirichlets zweiter Aussage spricht zudem eine gewisse Ermüdung angesichts der allzu häufigen Verwendung des Ethik- wie des Sittlichkeitsbegriffs, die beim Leser dieser Darstellung nicht aufkommen soll, weswegen die Wiedergabe von Belegstellen mit Dirichlets Beitrag endet, obwohl auch nachher noch oft von Sittlichkeit, Moral oder Ethik gesprochen wurde – allerdings ohne weiterführenden Erkenntniswert.

Das ist eben der ganze Unterschied, ob wir uns auf den sozialistischen Boden der Gesetzgebung stellen, oder nicht, inwieweit wir die Pflichten der Menschenliebe, der Karitas, der Sorgfalt für den Anderen, die uns durch das menschliche Gefühl diktiert werden, in die Staatsgesetzgebung übertragen wollen oder nicht. Nach meiner Auffassung und nach den Auffassungen, die bis jetzt die Rechtsgesetzgebung der zivilisierten Staaten beherrscht haben, ist das nicht der Fall gewesen. Die Neuerung, die heute präponiert, die auch als Bekenntnis formuliert wird, besteht darin, daß man einräumt, daß alles, was als menschlich-sittliche Pflicht der milden, guten, karitablen Gesinnung empfunden wird, verdient, in die Staatsgesetzgebung aufgenommen zu werden.²³⁹

Daß unsere ganze Staatsentwicklung, unsere ganze moderne Kulturentwicklung, alle unsere Anschauungen in der Gesetzgebung wesentlich auf der Grundlage des Christentums beruhen, seinen Anschauungen über Moral und Humanität, die weit über die christliche Religionsgemeinschaft hinaus Grundlage unserer Zivilisation geworden sind, das wird überhaupt niemand bestreiten. In der Beziehung zu sagen, daß ein Gesetzentwurf den Grundlagen des Christentums entspricht, daß heißt nicht mehr oder weniger, als wenn man von einem Gesetzentwurf sagt, er ist im 19. Jahrhundert eingebracht.²⁴⁰

Die Kommission beschreitet nun einen andern Weg und will die Arbeiter selbst zur Prämienzahlung mit herbeiziehen; man gibt dafür allerlei Gründe an und vor allen Dingen stützt man sich auf

²³⁹ Ludwig Bamberger (LV), 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 680/I).

²⁴⁰ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881 (ebd., 700/I).

die Ethik. Auch der Herr Berichterstatter hat sich auf ethische Gründe gestützt, nämlich daß eine Entwürdigung der Arbeiter darin liege, daß dieselben erhalten sollten, ohne etwas geleistet zu haben. [...] ich füge noch hinzu, daß, wenn man die Frage in aller Objektivität betrachtet und vor allen Dingen, wenn man die Arbeiter in ihrer Thätigkeit in den Fabriken sieht, wenn man das Arbeiterleben kennt, wenn man in die Familien der Arbeiter eintritt und das Elend sieht, – daß dann die ethischen Bedenken schnell dahin schwinden.²⁴¹

[...] das wahrhaft genossenschaftliche Zusammenhalten ist vorzugsweise im Stande, die Arbeiter zu höherer Sittlichkeit zu erheben.²⁴²

Wer von uns möchte denn nicht sich nachsagen können, er habe hier an der Realisation eines ethischen Gedankens mitgearbeitet? [...] ich glaube, jeder von uns hat den Ehrgeiz, dies zu thun; aber es hat so manche ethische Gedanken gegeben, die in ihrer Realisation durchaus nicht mehr diesen reinen Charakter des ethischen Gedankens behalten haben, sondern recht unethische Resultate zu Tage förderten.²⁴³

[...] von Ethik und Sittlichkeit ist heute wieder so unendlich viel die Rede gewesen, [...] daß es mir armen Sterblichen schwer geworden ist, den ganzen sittlichen Flug mitzumachen [...] das Aussprechen des sittlichen Gedankens allein, das Aussprechen des ethischen Prinzips allein macht es noch nicht; es kommt nur darauf an, was daraus entspringt.²⁴⁴

2. Weniger häufig zu finden sind Bezüge auf sittliche/moralische bzw. unsittliche/unmoralische Lebensverhältnisse, die durch bestimmte Regelungen der Sozialversicherung möglicherweise befördert oder verhindert werden. Konkret geht es dabei meist um den Bereich von Ehe und Sexualität. Anhand des jeweils konkret befürworteten oder kritisierten Falls wird hier im Vergleich zu den übrigen Fundstellen recht deutlich, was die Abgeordneten als sittlich oder unsittlich einschätzen.

Nun haben wir noch eine weitere Bestimmung beantragt, die vielleicht in ihrer Art etwas eigenthümlich erscheint, nämlich daß die Wittve im Fall der Wiederverheiratung das Dreifache der jährlichen Rente als Abfindung erhalten soll. [...] Aber es liegt ein tiefsittlicher Grund diesem Antrage zu Grunde, insofern nämlich, als der Fall sehr wohl denkbar ist, daß, um die fortdauernde Unterstützung der Wittve seitens der Staats- respektive der Landesunfallbank weiter zu beziehen, die Wittve ein Verhältniß eingeht, das aber gesetzlich nicht legalisirt wird, so daß sie fortgesetzt die Unterstützung bezieht. Wir glauben, daß es dazu beitragen wird, solche unsittliche Verhältnisse zu vermindern, respektive zu verhüten.²⁴⁵

Wenn er [August Bebel; PE] beantragt, daß, wenn eine wilde Ehe legitimirt wird, dadurch eine Pensionsberechtigung eintreten soll, so entspricht das meiner sittlichen Auffassung der Verhältnisse absolut nicht, und ich glaube auch nicht den sittlichen Anschauungen, wie sie in normalen Arbeiterkreisen herrschen. Ich glaube, es würde nichts dem sittlichen Gefühl der Arbeiter mehr ins Gesicht schlagen, als wenn wir versuchen wollten, in dieser Weise die wilde Ehe zu prämiiren auf Kosten der anderen Arbeiter.²⁴⁶

²⁴¹ Wilhelm Hasenclever (SAPD), 02.06.1881 (ebd., 1529/I f.).

²⁴² Max Hirsch (DFP), 23.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2064/II).

²⁴³ Walter Dirichlet (DFP), 22.05.1883 (ebd., 2475/II).

²⁴⁴ Ders., 23.05.1883 (ebd., 2493/I; 2494/I).

²⁴⁵ August Bebel (SAPD), 01.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1515/II f.).

²⁴⁶ Karl Ferdinand Stumm (RFKP), 01.06.1881 (ebd., 1516/II). Stumm spielt hier nicht auf den oben zitierten Antrag Bebels an. Zu seinen sittlichen Anschauungen äußerte sich Stumm später anlässlich einer Rede an seine Arbeiter: „Ich für meine Person würde keinen Augenblick länger an Eurer Spitze aushalten, wenn ich an die Stelle meines persönlichen Verhältnisses zu jedem von Euch das Paktieren mit einer Arbeiterorganisation unter fremder Führung setzen müßte [...] Ein solches Verhältniß wie zu einer fremden Macht würden mir schon mein sittliches Pflichtgefühl und meine christliche Überzeugung verbieten [...] Sollte dies jemals anders und ich in der Tat ver-

[über Wöchnerinnenunterstützung für Mütter unehelicher Kinder; PE] Es ist in den Arbeiterkreisen vielfach die Meinung laut geworden, daß es nicht berechtigt sein würde, sie zu zwingen, aus *ihren* Mitteln eventuell das *Laster* zu unterstützen und mit den Mitteln *der* Kassen, die sie mit *ihrem* Gelde allein, abgesehen von den geringen Beiträgen der Arbeitgeber, unterhalten, die *Unsittlichkeit* zu begünstigen.²⁴⁷

Wenn irgendwo, so ist gerade bei den unverheiratheten Personen, die geboren haben, das Eingreifen der humanitären und sozialen Hilfe geboten. Wenn irgendwo, liegt hier die Gefahr für einen wirtschaftlichen und moralischen Ruin der betreffenden Personen vor, und es ist nach meiner Ueberzeugung falsch, in solchen Fällen generell aus moralischen Rücksichten die Unterstützung zu versagen.²⁴⁸

Oder glauben Sie vielleicht, daß Sie in den Enterbten, Bedrückten durch Ihre Gesetze auch noch den Naturtrieb ersticken und sie geschlechtslos machen können, wie es die thierischen Arbeitsbienen sind? Nein, es geschieht einfach, was stets geschieht, wenn das geschriebene Gesetz dem menschlichen Fühlen und Streben einen Weg gewaltsam verschließt: der gemäßregelte Trieb sucht und findet einen anderen Weg, möge das Gesetz und die augenblickliche Moralanschauung auch noch so sehr dagegen eifern.²⁴⁹

3. Bereits von den im zweiten Kapitel vorgestellten katholischen und protestantisch-konservativen (teilweise auch protestantisch-liberalen)²⁵⁰ Sozialreformern, vor allem von Ketteler und Wichern, war immer wieder betont worden, dass die Versuche zur Lösung der sozialen Frage sich keinesfalls in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der betroffenen Gruppen (also vor allem der Fabrikarbeiter) erschöpfen dürfen, sondern deren sittliche Hebung mit umfassen müssen. Auf dieses Motiv wurde auch während der Sozialversicherungsdebatten wiederholt hingewiesen – vor allem von Zentrumspolitikern und konservativen Abgeordneten, wobei erstere dies häufig mit einem Appell an den Staat, die Freiheit der Kirche zu akzeptieren und wiederherzustellen, verbanden:

Verbinden wir mit der Sorge für das materielle Wohl der arbeitenden Klasse zugleich das Streben, mehr und mehr Kräfte zu entfalten, die neben dem materiellen Wohlstand auch das sittliche und religiöse Leben unserer Bevölkerung fördern können; (Bravo! rechts und im Zentrum) denn das bleibt immer die Grundlage alles Wohlstandes. Wenn wir mit vereinten Kräften uns zu diesem Streben zusammenfinden, dann werden wir auch auf diesem Gebiet den Frieden wieder erreichen, den wir von Herzen wünschen im Interesse unseres Vaterlandes (Lebhaftes Bravo rechts.)²⁵¹

hindert werden, den Arbeiter auch in seinem Verhalten außer dem Betriebe zu überwachen und zu rektifizieren, so würde ich keinen Tag länger mehr an der Spitze der Geschäfte bleiben, weil ich dann nicht mehr imstande sein werde, die sittlichen Pflichten zu erfüllen, welche mir mein Gewissen vor Gott und meinen Mitmenschen vorschreibt. Ein Arbeitgeber, dem es gleichgültig ist, wie seine Arbeiter sich außerhalb des Betriebes aufführen, verletzt meines Erachtens seine wichtigsten Pflichten [...] Ich führe das alles nicht an, um mir ein Verdienst daraus zurechtzumachen, denn ich tue damit einfach meine Pflicht als Mensch, als Christ und als Haupt der großen Neunkircher Arbeiterfamilie“ (Stumm: Das System „Stumm“, 104).

²⁴⁷ Hermann Paasche (LV), 26.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2105/II).

²⁴⁸ Friedrich Hammacher (NLP), 26.04.1883 (ebd., 2107/I).

²⁴⁹ Georg von Vollmar (SAPD), 17.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 810/I).

²⁵⁰ „Die Arbeiterfrage, welche im Allgemeinen als eine Bildungs- und Gewissensfrage für die Arbeiter, für die Unternehmer und für das gesamte Publikum zu behandeln ist, sollte auch vom christlichen Standpunkte aus als eine allgemein humane weltbürgerliche Angelegenheit aufgefasst werden, an deren Lösung *alle* Kirchen und Konfessionen gemeinschaftlich und friedlich mitzuwirken haben, indem sie die religiös-sittliche, geistige und materielle Hebung der Arbeiter und Arbeitgeber, die Durchdringung aller Beteiligten mit dem lebendigen Gefühle der Pflicht und Verantwortlichkeit, und die Erziehung des Volkes zur Selbstentsagung und Gemeinnützigkeit anstreben.“ (Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, 158).

²⁵¹ Adolf Freiherr von Marschall-Bieberstein (DKP), 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 684/II).

Weil wir der Meinung sind, daß die soziale Frage keineswegs bloß, wie man wohl gesagt hat, eine Magenfrage ist, weil wir der Ueberzeugung sind, daß hier noch ganz andere als nur das einseitig wirtschaftliche Moment in Frage stehen, auch höhere, sittliche Momente, darum wollen wir Raum geschafft haben für die Bethätigung der großen sittlichen Institution, Raum für die Thätigkeit der ältesten, ehrwürdigsten Erzieherin der Menschheit, *der Kirche*; und weil wir davon durchdrungen sind, [...] *darum sind wir auch weiter davon durchdrungen, daß eine wirkliche umfassende und dauernde Abhilfe der sozialen Schäden nicht geschehen kann, wenn man der Kirche diese Bewegung nicht zurückgibt.*²⁵²

In diesen Äußerungen sind sittliche untrennbar und selbstverständlich mit religiösen Motiven verwoben, was den Schluss nahe legt, dass dies auch in den Fällen so gemeint bzw. so verstanden wurde, wo es nicht explizit ausgesprochen wird. Zum wiederholten Mal fällt auf, dass die Zentrumsabgeordneten keine Chance verstreichen ließen, die Leistungen der katholischen Kirche zu betonen und für diese die nötige Freiheit zu fordern, während die eine Wiederaufnahme des Kulturkampfes nicht fürchtenden protestantisch-konservativen Parlamentarier die karitativen Verdienste ihrer Kirchen samt innerer Mission unerwähnt ließen.

3.4.2. Humanität

Der Humanitätsbegriff findet sich wie viele andere Begriffe und Motive, welche die Sozialversicherungsdebatten bestimmen sollten, bereits in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage:

Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christenthums, von welchem die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine nothwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei.²⁵³

Anders als bei der gleichfalls in dieser Gesetzesbegründung zu findenden Rede vom christlichen Staat oder vom Sozialismus entspann sich um den Humanitätsbegriff im Folgenden mit einer Ausnahme keine Diskussion, dafür wurde umso häufiger mittels dieses Begriffs diskutiert – genauso wie mittels der drei im vergangenen Abschnitt vorgestellten Begriffe. Dabei stechen wiederum die großen Redeanteile von sozialdemokratischen und linksliberalen Abgeordneten ins Auge, die sich aus ideologischen oder weltanschaulichen Gründen (unter den Linksliberalen befinden sich mehrere Abgeordnete jüdischen Glaubens) mit der Verwendung

²⁵² Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), 23.05.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2483/II). Anlässlich der Beratung der Interpellation Stumm vom 19.02.1880 hatte Hertling in seiner Rede vom 27.02.1880 dies noch plastischer ausgedrückt: „Die soziale Frage hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern sie hat wesentlich auch eine sittliche Seite und darum gehört [...] zu einer ersprießlichen, ich sage nicht Lösung der sozialen Frage, aber zur wirksamen Bekämpfung der sozialen Uebel auch die volle Wirksamkeit der größten sittlichen Institution, der Kirche. Und darum muß ich auch an dieser Stelle unser ceterum censeo wiederholen: Eine ersprießliche Bekämpfung der sozialen Uebel ist nicht möglich, so lange der Kirche nicht die volle Freiheit und damit die Möglichkeit gegeben ist, nach dieser Seite hin ihre Wirksamkeit zu entwickeln. (Bravo!)“ (StBRt IV/3 [1880], 158/II f.).

²⁵³ StBRt/A IV/4 (1881), 228/I.

christlich-religiöser Semantik zwar nicht allzu schwer taten, sich aber doch lieber des Humanitätsbegriffs bedienten, als von christlicher Nächstenliebe und deren Pflichten zu sprechen.²⁵⁴ Auch wenn der Humanitätsbegriff in verschiedenen Schattierungen und Ableitungen daher kommt, ist der Bezug auf das, was mit christlicher Nächstenliebe umschrieben wird, trotz aller unterschiedlichen Stoßrichtungen stets gegeben, auch wenn die Umschreibung mit Menschlichkeit/Mitmenschlichkeit treffender sein dürfte, schließlich gibt es auch vereinzelt Einsprüche gegen eine allzu große Nähe des Humanitätsbegriffs zum Christentums- oder Nächstenliebebegriff. Eine enge Verwandtschaft der Begriffe *Humanität* und *Christentum* war bereits in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage behauptet worden und auch während der Sozialversicherungsdebatte wurde eine solche nicht bestritten. So wies beispielsweise schon der erste Redner der gesamten Sozialversicherungsdebatte, der einer übermäßigen Verwendung christlich-religiöser Semantik unverdächtige jüdische linksliberale Abgeordnete Ludwig Bamberger (LV), unter Rückgriff auf die Formulierungen der Gesetzesbegründung

²⁵⁴ Diese Beobachtung hatte bereits Rudolf Todt gemacht (vgl. Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 41). Schon 1863 hatte der Stadtpfarrer und Domkapitular Eugen Thissen aus Frankfurt am Main in seiner Eröffnungsrede des dortigen Katholikentags einen gegen das Christentum gerichteten Humanitätsbegriff zurückgewiesen: „Ich rede von der großen Masse des Handwerker- und Arbeiterstandes, die gegenwärtig einen schweren Kampf um ihre Existenz kämpft und im Gegensatz zu allen andern Classen der Gesellschaft bei den herrlichen Fortschritten der Industrie trostlos in die Zukunft schaut. Die statistischen Nachweise enthüllen uns, daß 70 bis 80 Prozent der Gesamtbevölkerung unserer Staaten zu dieser Classe zählt und unter diesen befinden sich sogar viele, denen nach einem in Hunger und Elend verbrachten Leben nur die Aussicht auf ein Spitalbett offen steht, um in die Ewigkeit hinüberzugehen. Es zeigt sich hier [...] der Bankerutt [sic!; PE] der vom Christenthum gelösten ‚Humanität‘, die weit entfernt, in dem Arbeiter den Menschen zu achten, denselben nur als eine Maschine betrachtet und ihn schlechter, denn eine leblose Maschine behandelt, da man bei dieser jährlich ein Verschleiß-Conto berechnet, wogegen an die Abnutzung der menschlichen Kräfte im Arbeiter nicht gedacht wird. Unsere Aufgabe ist es auch hier wieder, die christliche Liebe thätig zu machen; denn was man außer dieser zur Hebung der materiellen Lage der Arbeiter ins Werk setzt, das ist einem Pflästerchen zu vergleichen, aufgeklebt auf eine Wunde, die aus dem Verderben der inneren Lebenskraft zu Tage tritt.“ (Verhandlungen der fünfzehnten Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt am Main, 23 f.). Gerhard Uhlhorn ging ebenfalls von einem tendenziell gegen das Christentum gerichteten Humanitätsbegriff aus, er hegte indes die Hoffnung, dass die innere Mission die christliche Liebestätigkeit und die Werke außerkirchlicher Humanität wieder verbinden könne: „Aber auch die der Kirche, vielleicht sogar dem Christentum, ferner Stehenden, sind nicht mehr so wie früher Gegner der innern Mission. Mögen sie auch für das, was spezifisch christlich an ihr ist, keinen Sinn haben, so haben sie doch für sie, soweit sie humanitäre Ziele verfolgt, Verständnis und Sympathie gewonnen. Von diesem Standpunkte aus beteiligen sie sich auch an den Werken der innern Mission und greifen selbst mit in die Arbeit ein. Vergessen wir nicht, daß die eine Wurzel der inneren Mission in den Humanitätsgedanken der Aufklärung liegt, ja daß sie selbst in gewissem Maße nur die christliche Vertiefung und Verklärung jener Gedanken ist. Der Kreis, in dem diese Gedanken sich auswirken, ist aber noch ein viel umfassenderer, sie sind inzwischen zum Gemeingut des ganzen Volkes geworden, freilich nicht ohne sich selbst vielfach gewandelt zu haben. Der schwärmerische Charakter, der ihnen anhaftete, ist abgestreift, die Humanität der Gegenwart ist nicht mehr die des 18. Jahrhunderts, sie trägt sich nicht mehr mit utopischen Weltverbesserungsplänen, sie ist nüchterner, realistischer, aber damit auch praktischer geworden. Jetzt nähern sich beide Strömungen, die eine Zeit lang weit auseinander gegangen waren, wieder, ja fangen an, sich vielfach mit einander zu mischen. Den Bestrebungen der inneren Mission gehen zahlreiche Humanitätsbestrebungen zur Seite, teils jenen ähnlich und mit ihnen wetteifernd, wie in der Krankenpflege, teils andere Aufgaben lösend, wie bei Veranstaltung der Ferienkolonien, der Gründung von Knabenhorden u. dergl. Die Grenze zwischen beiden zu ziehen ist unmöglich, die Grenzen stoßen nicht bloß hart aneinander, sie schieben sich auch durcheinander. Dieselben Arbeiten, die in dem einen Lande von der inneren Mission in Angriff genommen sind, sind in einem andern aus humanitären Bestrebungen hervorgegangen. Dieselben Persönlichkeiten arbeiten an beiderlei Werken mit, und für die Lösung mancher Aufgabe reichen sich beide Arten von Bestrebungen zu gemeinsamer Arbeit die Hand, sehr oft so, daß die Humanität die Mittel beschafft, die innere Mission die arbeitenden Persönlichkeiten stellt. Gerade dieses Verschwinden des Unterschieds zwischen innerer Mission und Humanität, dieses Ineinandergreifen der aus spezifisch christlichen Motiven entspringenen und der aus bloßer Humanität erwachsenden Arbeiten gehört zu den charakteristischsten Erscheinungen der Gegenwart.“ (Uhlhorn: Die Christliche Liebesthätigkeit, 756 f.).

auf die Kongruenz von *christlich* und *human* hin und verwendete *human* in enger Nähe zu *menschenliebend*:

[...] in den Motiven ist uns gesagt, es sei die Pflicht des modernen Staats, des humanen Staats, des christlichen Staats, die öffentlichen Verpflichtungen auszudehnen über das bis jetzt beobachtete Wort. Ich stoße mich [...] durchaus nicht an dem Wort „christlich“. Ich glaube erwarten zu können, daß niemand so eng von mir denkt, daß mir diese Bezeichnung eines modernen, humanen, menschenliebenden Gedankens irgendwie Anstoß erregt. Ich will nur andeuten, ebenso gut wie man den Gedanken human, modern, christlich nennt, kann man ihn revolutionär [sic!; PE] nennen.²⁵⁵

Für die Verbindung des Christentumsbegriffs samt seiner Ableitungen mit dem Humanitätsbegriff gibt es im Laufe der Sozialversicherungsdebatten, während derer die Häufigkeit der Verwendung des Humanitätsbegriffs leicht abnahm, eine Vielzahl weiterer Belege, von denen hier noch zwei weitere wiedergegeben seien:

Daß unsere ganze Staatsentwicklung, unsere ganze moderne Kulturentwicklung, alle unsere Anschauungen in der Gesetzgebung wesentlich auf der Grundlage des Christenthums beruhen, seinen Anschauungen über Moral und Humanität, die weit über die christliche Religionsgemeinschaft hinaus Grundlage unserer Zivilisation geworden sind, das wird überhaupt niemand bestreiten.²⁵⁶

Meine Herren, Sie, die Sie für Fabrikassen sind, führen Sie doch als stärkstes Argument dafür an, daß der Fabrikherr selbst, ich will nicht sagen ein geschäftliches, wohl aber, daß er in der That ein *humanes*, ein christliches Interesse daran hat, eine wohlbegründete Kasse für seine Arbeiter einzurichten.²⁵⁷

Auch sonst könnte dort, wo der Humanitätsbegriff und seine Ableitungen verwendet werden, fast immer auch von christlicher Nächstenliebe gesprochen werden (was mancher Redner sicherlich vehement bestritten hätte), wofür die folgenden Textstellen den Nachweis antreten sollen. An ihnen fällt, wie das auch schon bei den drei im vorangegangenen Abschnitt behandelten Begriffen zu beobachten war, ein recht unreflektierter Gebrauch des Humanitätsbegriffs und seiner Ableitungen auf, was dafür spricht, dass die Abgeordneten bei ihren Rezipienten ein alltagssprachliches Verständnis dieses Begriffs voraussetzten. Ein solches alltagssprachliches Verständnis erlaubte offenbar insbesondere auch den mehr oder weniger synonymen Gebrauch der verschiedenen Ableitungen des Humanitätsbegriffs, wobei die Textstellen den Schluss zulassen, dass mit *human* ein Idealzustand beschrieben wird, während *humanitär* eher auf konkrete (meist: zu kritisierende) Lebensverhältnisse fokussiert:

Dagegen betreiben die Gewerkvereine, wie ich glaube, *sehr nützliche Dinge*, die Sie (rechts) ja theilweise auch in Ihren Innungen bezwecken: sie sorgen für *Arbeitsstatistik*, für *Arbeitsnachweis*, also auch zu Gunsten der Arbeitgeber, sie sorgen für *Bildung*, für *Rechtsschutz*, sie sorgen für *sittliche Hebung*, besonders durch Veredlung der Feste und vieles andere, so daß diejenigen Arbeiter, die den Gewerkvereinen angehören, mit Recht als Elite derselben betrachtet werden, ohne irgend welchen anderen Verbindungen dadurch zu nahe treten zu wollen. Meine Herren, das sind die *echt humanen und brüderlichen Zwecke der Gewerkvereine*.²⁵⁸

²⁵⁵ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 678/II).

²⁵⁶ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881 (ebd., 700/I).

²⁵⁷ Eduard Ebert (LV), 26.05.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2576/II).

²⁵⁸ Max Hirsch (DFP), 24.04.1883 (ebd., 2097/I).

Wenn er [Wilhelm Bloss {SAPD}; PE] meint, es sei den Fabrikkrankenkassen jede humanitäre Bedeutung abzusprechen, es sei von einem Humanitätsprinzip bei ihnen nichts zu finden, so muß ich dem entgegen meiner Ueberzeugung nach sagen, daß es *viele* Fabrikkrankenkassen geben kann, gegeben hat und geben wird, die wirklich im Stande sind, diese humanitären Ideen zu pflegen, die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer theilweise zu überbrücken.²⁵⁹

Einen Irrthum aber möchte ich doch noch hervorheben, daß es ganz falsch ist, die Armenpflegentur [...] daraus zu folgern, weil der Effekt des Gesetzes der Entlastung der Armenpflege zu gut kommt. Damit machen wir nur ein Unrecht gut, das Unrecht, daß wir lange Zeit einen Zustand der Entwicklung der Arbeiterverhältnisse geduldet haben, in dem ein Theil der Arbeiter der Armenpflege anheimfiel, weil die Lohnart nicht den Verhältnissen Rücksicht trug, die sie der Natur nach und nach der richtigen christlichen und humanen Auffassung hätte tragen müssen.²⁶⁰

Die Privatwohlthätigkeit, eine der schönsten Blüthen der Humanität, namentlich wenn sie richtig betrieben wird, mit richtiger Kontrolle, mit richtigem Herzen und richtigem Verstande, bekommt durch dieses Gesetz einen Knick.²⁶¹

Wie schon erwähnt wurde, regte sich vereinzelt Widerspruch gegen den allgemein wenigstens implizit akzeptierten Verweis des Humanitätsbegriffs auf Sachverhalte, die auch mit dezidiert christlich-religiöser Semantik beschrieben werden könnten. Es wird nicht verwundern, dass dieser Widerspruch von Sozialdemokraten geäußert wurde, gehörte „humanes Streben“ doch zu den Fundamenten der sozialdemokratischen Lehre.²⁶² Wilhelm Liebknecht gibt in seinem Redebeitrag einige Hinweise zu seinem bzw. zum sozialdemokratischen Verständnis von *human*:

Bloß dadurch, daß die Gesetzgebung, nicht die christliche, sondern eine wahrhaft humane, eine kulturelle, von dem Geist des Sozialismus getragene Gesetzgebung die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse regelt, ernst und energisch die Lösung der Arbeiterfrage in die Hand nimmt und den Staat seiner wahren Bestimmung zuführt, nur dadurch allein können Sie die Gefahr der Revolution beseitigen.²⁶³

Liebknecht versteht *human* hier ausdrücklich als Gegensatz zu *christlich* oder zumindest als darüber hinaus gehend und schrieb der geforderten humanen Gesetzgebung auch die Attribute *kulturell* und *sozialistisch* zu, womit selbstverständlich die sozialistische Vision der Sozialdemokratie gemeint ist, nicht die staatssozialistische der Reichsleitung. Der Redner versucht al-

²⁵⁹ Hermann Paasche (LV), 27.04.1883 (ebd., 2163/I).

²⁶⁰ Otto Heinrich von Helldorff-Bedra (DKP), 07.12.1888 (StBRt VII/4 [1888/89], 179/II).

²⁶¹ Heinrich Rickert (DFrP), 08.04.1889 (ebd., 1372/I).

²⁶² Georg Wilhelm Hartmann (SAPD), 15.06.1881: „Man nennt das heutzutage humanes Streben, dieses innere moralische Gefühl, daß man jemand, der in Noth ist, nicht zu Grunde gehen läßt. [...] Das ist das Grundprinzip, worauf sich das ganze sozialdemokratische Prinzip gründet.“ (StBRt IV/4 [1881], 1758/I).

²⁶³ 31.05.1881 (ebd., 1457/II). Liebknechts Fraktionskollege Georg von Vollmar postulierte am 17.06.1884 noch prägnanter einen Widerspruch zwischen Humanität und Christentum, verwendete indes den Humanitätsbegriff nicht: „Sie haben beschlossen, daß die Hinterbliebenen solcher Verunglückter, welche den Unglücksfall mit Absicht herbeigeführt haben, keinerlei Entschädigung erhalten sollen; ‚die Sünden der Eltern sollen an den Kindern bestraft werden‘. Meine Herren, *diese Ahndung der That an einem zweiten, vollkommen Unschuldigen mag sehr christlich sein, aber sie ist sehr wenig menschlich!*“ (StBRt V/4 [1884], 809/II). „Der Herr ging an ihm vorüber und rief: Jahwe ist ein barmherziger und gnädiger Gott, langmütig, reich an Huld und Treue: Er bewahrt Tausenden Huld, nimmt Schuld, Frevel und Sünde weg, läßt aber (den Sünder) nicht ungestraft; er verfolgt die Schuld der Väter an den Söhnen und Enkeln, an der dritten und vierten Generation.“ (Ex 34,6 f.). „Du sollst dich nicht vor anderen Göttern niederwerfen und dich nicht verpflichten, ihnen zu dienen. Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifersüchtiger Gott: Bei denen, die mir feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen und an der dritten und vierten Generation; bei denen, die mich lieben und auf meine Gebote achten, erweise ich Tausenden meine Huld.“ (Dtn 5,9 f.).

so, sowohl den Humanitäts- wie den Kulturbegriff zum Bestand christlich-religiöser Semantik in Widerspruch zu setzen, sie gleichsam aus diesem Bestand herauszulösen, was ihm auch vorübergehend gelingt, wie die Replik von Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst (Zentrum) zeigt:

Dem Herrn Abgeordneten Liebknecht [...] möchte ich, wenn er sagt, machen Sie das Gesetz nicht auf christlicher Grundlage, sondern auf humanitärer, doch sagen: *nur auf christlicher Grundlage können und dürfen gute Staatsgesetze gemacht werden*. (Sehr richtig!) ‚Auf humanitärer Grundlage‘ ist nach meiner Ueberzeugung eine Phrase und auch ein Unsinn. (Sehr richtig!) Was heißt denn humanitär, wie wir es hier hören, worauf sich die Herren von der Sozialdemokratie berufen?²⁶⁴

Schorlemer-Alst lässt sich auf Liebknechts Verwendung des Humanitätsbegriffs ein, statt dessen behaupteten Widerspruch zu christlich-religiöser Semantik zu entkräften, was auch eine mögliche und für Schorlemer-Alsts Anliegen wohl die bessere Strategie gewesen wäre, denn durch sein Eingehen auf Liebknechts Begriffsverwendung (woran auch deren Abwertung als „Unsinn“ nichts ändert) ist für den Rest der Beratungen der ersten Unfallversicherungsvorlage ein Widerspruch zwischen *human* und *christlich* aufgebaut,²⁶⁵ der sich allerdings danach wieder verflüchtigt. Für diese scharfe Trennung der beiden Begriffe sind indes nicht nur Liebknecht und Schorlemer-Alst verantwortlich, sondern auch der deutschkonservative Abgeordnete Hans von Kleist-Retzow, der bereits vor Liebknecht das Wort ergriffen und die seiner Ansicht nach liberalistische Verweichlichung der Gegenwart in starken Worten als – das ist vermutlich als Steigerung (bzw. hier: Übertreibung) von *human* zu verstehen – *humanistisch* gegeißelt hatte:

Meine Herren, es hat mir wehe gethan, [...] daß er [Ludwig Bamberger; PE] eine derartige Gesetzgebung in Parallele stellte mit den Thaten der Volksschmeichler in den verfallenen Zeiten der Republiken von Athen und Rom. Meine Herren, deren sogenannte Wohlthaten für das Volk gingen aus von der Verachtung der Menschen; umgekehrt eine solche Gesetzgebung geht aus von der wirklich herablassenden Liebe zu dem armen Volke. Darum hat sie auch ihre Grenzen, wo sich die strafende Gerechtigkeit geltend machen muß. Sie besteht darum sehr wohl in Uebereinstimmung [...] mit dem Staate Friedrich Wilhelms I. Sie verlangte da, wo die entsprechende Schuld vorhanden ist, die Vollstreckung der Todesstrafe und, bei Lüderlichkeit und Bosheit, die Anwendung von körperlicher Züchtigung, ganz im Gegensatz zu den liberalistischen, humanistischen weichlichen Anschauungen, die gegenwärtig in Folge unserer Gesetzgebung unser Volksleben verpesten und aufzulösen drohen.²⁶⁶

²⁶⁴ 31.05.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1462/I).

²⁶⁵ Wilhelm Hasenclever (SAPD), 02.06.1881: „Der Herr Reichskanzler hat diesen Staatszuschuß als einen Ausfluß des praktischen Christenthums gelegentlich genannt. Ob das nun Christenthum oder Humanität ist, darüber wollen wir nicht streiten.“ (ebd., 1529/I); Ferdinand Wöllmer (DFP), 11.06.1881: „Nicht die Dogmen irgend einer Religion, selbst nicht die Humanität, kann die Grundlage der modernen Gesetzgebung bilden, der leitende Gedanke unserer modernen Entwicklung ist die Gerechtigkeit.“ (ebd., 1620/II); Georg Wilhelm Hartmann (SAPD), 15.06.1881: „[...] gerade vom Standpunkt des christlichen Staates, den Sie von Seiten der Majorität immer so sehr hervorheben, wenn Sie von dem Humanitätsstaat nicht reden wollen, sollten Sie sich doch sagen [...]“ (ebd., 1758/II).

²⁶⁶ 31.05.1881 (ebd., 1446/I ff.). Dagegen wandte Ludwig Bamberger (LV) an anderer Stelle ein: „Und wie sonderbar muß es uns anmuthen, daß gerade bei denselben Leuten, von welchen das ‚praktische Christenthum‘ so sehr in den Vordergrund gestellt wird, die ‚Humanität‘ verpönt ist. Wer sich nicht für Prüßeln und Köpfen begeistert, steht im Verdacht schwächerer Humanität. Dagegen ist derselbe Mann wieder ein unbarmherziger Individualist, wenn er Noth und Elend nicht auf dem Wege mechanischer Gütervertheilung, sondern durch die Hebung der moralischen und intellectuellen Kräfte des Einzelnen zu überwinden empfiehlt. Die angeblich spiritualistische Richtung unserer Mode-Frommen sieht in Wahrheit das Leben überall nur von der mechanischen Seite. Brutale Strafen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Humanitätsbegriff inklusive seiner Ableitungen mit noch vielfältigeren Konnotationen als die drei im vergangenen Abschnitt verhandelten Begriffe gebraucht wurde, weshalb sich hier und da auch Reflexionen über dessen Bedeutung finden – neben einer großen Mehrzahl unreflektierter Begriffsverwendungen, in denen Verständnis nicht hergestellt, sondern vorausgesetzt wurde.

3.4.3. *Natur, Organismus*

In der Lehre der Kirche spielt der Naturbegriff seit frühesten Zeiten eine wichtige Rolle. In Abgrenzung zu gnostischen Einflüssen setzte sich die Meinung durch, dass die Natur zwar nicht göttlich sei und demzufolge auch nicht angebetet werden dürfe, dass sie indes ein Geschenk Gottes des Schöpfers sei und damit auch auf ihn zurück verweise.²⁶⁷ Insofern ist bei Gebrauch des Naturbegriffs noch mehr als bei den bisher dargestellten Begriffen zu fragen, ob die jeweilige Aussage nicht genuin religiöse Aussagen bzw. Implikationen enthält. Betrachtet man die Sozialversicherungsdebatte unter diesem Gesichtspunkt, wird schnell deutlich, dass auch bei der Verwendung des Naturbegriffs meistens entweder auf die göttliche Schöpfungsordnung angespielt wird oder zumindest eine Ordnung vorausgesetzt wird, die absolute, überzeitliche Geltung beansprucht, was abgesehen von sozialdemokratischen und manchesterliberalen Ordnungsvorstellungen wiederum nur als göttliche Schöpfungsordnung denkbar ist. Der Ordnungsbegriff selbst wurde während der Sozialversicherungsdebatte ausschließlich auf die bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse gemünzt, sodass der Naturbegriff nahezu exklusiv zur Reflexion auf überzeitliche Ordnungen Verwendung fand, wie z. B. gleich in der ersten Belegstelle vom ersten Tag der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag deutlich wird, wobei Georg Freiherr von Hertling (Zentrum) hier zunächst das griechische Wort für Natur benutzte und erst dann die Gemeinde als „naturwüchsiges Gebilde“ bezeichnete, was er als Gegensatz zu einer etwa zufällig entstandenen Institution versteht:

Das Recht der Bedürftigen auf Unterstützung stammt nicht von der Verleihung des Staats, das Recht auf Unterstützung ist abzuleiten aus dem uns sämtlich angeborenen Rechte auf physische Existenz. Dieses Recht richtet sich zunächst gegen diejenigen, die mit dem Einzelnen in näherer Beziehung und Verbindung stehen, es richtet sich gegen die Familie, es richtet sich gegen die Gemeinde, und diese ist nicht, wie die Motive zu glauben scheinen, eine bloß zufällige Einrichtung, sie ist ein naturwüchsiges Gebilde, bei welchem die lokale Zusammengehörigkeit das gemeinsame Interesse erzeugt.²⁶⁸

und brutale Wohlthaten! Und auch ihre ganze Socialpolitik beruht demgemäß auf der Verkennung der sittlichen und geistigen Kraft, deren Wurzeln allein in der Individualität liegen. Der Kampf des Staatssocialismus gegen den Individualismus ist der Kampf der mechanischen gegen die dynamische Auffassung des menschlichen Getriebes. Der Individualismus macht keine schönseligen Reden, weil er sich von Illusionen fernhält. Der pietistische Staatssocialismus, der jetzt bei uns an der Tagesordnung ist, entspricht in der That dem alten Recept von Zuckerbrod und Peitsche, nur mit der Besonderheit, daß die Peitsche baar gegeben und das Zuckerbrod einstweilen auf Zeit versprochen ist.“ (Bamberger: Die Invasion der socialistischen Ideen, 10).

²⁶⁷

Vgl. Gregersen: Natur, 100.

²⁶⁸

01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 688/II). Wenn auch zu einem anderen Thema, so doch in diesem Sinne äußerte sich Hertling auch am 09.01.1882 anlässlich der nicht zur Sozialversicherungsdiskussion gehörenden Beratung seiner Interpellation zur Fabrikgesetzgebung vom 11.12.1881: „Die Pflicht der Gottesverehrung ist ja nicht an diese oder jene Konfession gebunden, sondern sie stammt aus dem natürlichen Sittengesetz, aber nachdem das

Ein weiteres Beispiel für eine solche Verwendung des Naturbegriffs aus dem Mund von Otto Heinrich von Helldorff-Bedra (DKP) macht zudem deutlich, dass die Prinzipien der Natur durchaus nicht deckungsgleich mit denjenigen des Christentums sein müssen, wobei Helldorff-Bedra gleichwohl weder hier noch anderswo bestritt (und sicherlich auch nicht bestritten hätte), dass jene wie diese in Gott, dem sich offenbarenden Schöpfer, denselben Ursprung haben, Natur und Schrift lediglich zwei unterschiedliche Offenbarungsformen, zwei verschiedene „Bücher“ darstellen:

Einen Irrthum aber möchte ich doch noch hervorheben, daß es ganz falsch ist, die Armenpflegena-
tur [...] daraus zu folgern, weil der Effekt des Gesetzes der Entlastung der Armenpflege zu gut
kommt. Damit machen wir nur ein Unrecht gut, das Unrecht, daß wir lange Zeit einen Zustand der
Entwicklung der Arbeiterverhältnisse geduldet haben, in dem ein Theil der Arbeiter der Armen-
pflege anheimfiel, weil die Lohnart nicht den Verhältnissen Rücksicht trug, die sie der Natur nach
und nach der richtigen christlichen und humanen Auffassung hätte tragen müssen.²⁶⁹

Wenn der Naturbegriff eine lediglich *nahezu* exklusiv zur Reflexion auf überzeitliche Ordnungen Verwendung findende Bezeichnung genannt wurde, dann deswegen, weil gelegentlich auch der Organismusbegriff dafür gebraucht wurde, richtiger: das Adjektiv *organisch*. Dieser Begriff wurde neben seinen anderen Bezeichnungsfunktionen auch als dem Naturbegriff eng verwandt benutzt, indem er auf Strukturen bezogen wurde, die sich nach Auffassung der Redner an einer überzeitlichen, absolut gültigen, also natürlichen Ordnung orientieren oder orientieren sollten. Als Beleg dafür seien hier zwei Textstellen angeführt:

Meine Herren, es ist uns bei früherer Gelegenheit der Vorwurf gemacht worden, daß für uns die Unfallversicherung eigentlich nur das Mittel sei und der Hauptzweck der [sic!; PE] Organisation der Gesellschaft. [...] Nein, meine Herren, allerdings wünschen wir, daß an die Stelle der völligen Atomisierung der Gesellschaft eine organischere Form mit der Zeit treten werde. Aber wir wollen keineswegs ein Netz künstlicher Organisationen ohne Inhalt über die Gesellschaft spannen, sondern wir ergreifen mit Freuden die hier sich bietende Gelegenheit, in der Unfallversicherung einen Punkt gefunden zu haben, um den sich die beteiligten Kreise naturgemäß gruppieren können; wir freuen uns die gewünschte Veranlassung gefunden zu haben, diejenigen zusammenzuführen, die der Natur der Sache nach zusammengehören.²⁷⁰

Sodann müssen wir uns sagen, daß durch die organische Gliederung, welche durch Berufsgenossenschaften gebildet wird, auch der Atomisierung der Gesellschaft, die als eine der Hauptursachen des sozialen Elends zu betrachten ist, in gedeihlicher, heilsamer Weise entgegengewirkt werden könne.²⁷¹

Der Organismusbegriff reflektiert in diesen beiden Belegstellen nicht nur auf überzeitliche Ordnungen mit absolutem Geltungsanspruch, ihm ist in beiden Fällen auch ein Gegenbegriff beigegeben, nämlich die Rede von der *Atomisierung* der Gesellschaft, womit Zeitkritik geübt werden soll an der zunehmenden Individualisierung, der Auflösung korporativer Strukturen,

Christenthum diese Gottesverehrung an den Sonntag gebunden hat, ist es das Recht des christlichen Volkes, daß der Sonntag heilig gehalten, daß es in seiner sonntäglichen Gottesverehrung geschützt werde.“ (StBRt V/1 [1881/82], 481/II f.).

²⁶⁹ 07.12.1888 (StBRt VII/4 [1888/89], 179/II).

²⁷⁰ Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), 20.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 886/II).

²⁷¹ Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (Zentrum), 27.06.1884 (ebd., 1108/I).

den zunehmenden Zentralisierungstendenzen,²⁷² an der – wie es an anderer Stelle heißt²⁷³ – Zersetzung des Volksorganismus. Auch wenn dafür kein schlüssiger Nachweis erbracht werden kann, dürfte die Annahme berechtigt sein, dass bei den Äußerungen der beiden Zentrums- politiker Hertling und Wendt-Papenhausen die Vorstellung vom Leib Christi mitschwingt, wo- für auch eine weitere Äußerung Hertlings als Beleg angeführt werden kann:

Nicht die Stärkung der Zentralgewalt ist ein Schutz vor der Revolution, sondern nur die Stärkung des Lebens, das den ganzen Volkskörper durchströmt, die Stärkung aller einzelnen Glieder des Volksorganismus. (Bravo!)²⁷⁴

Diese Vorstellung von den vielen Gliedern, die den Leib Christi abbilden und damit bilden,²⁷⁵ galt nicht nur als eine der wichtigsten Metaphern für die Kirche, sondern konnte ohne Weiteres auch für die christliche Gesellschaft stehen,²⁷⁶ wie der Begriff Volksorganismus zeigt. In- sofern stellt auch die Verwendung des Organismusbegriffs ein anschauliches Beispiel für die religiösen Implikationen der Sozialversicherungsdiskussion dar.

Zum Schluss noch einmal zurück zum Naturbegriff. Dieser wurde nicht nur bezüglich über- zeitlicher, absolute Geltung beanspruchender Ordnungsstrukturen verwendet, sondern (aller- dings wesentlich seltener) auch dazu gebraucht, einen der menschlichen Kultur und Zivilisati- on bedrohlich gegenüberstehenden Urzustand zu benennen, den es – eben durch Kultur und Zivilisation – einzuhegen gelte. In diesem Sinne äußerte sich etwa der polnische Abgeordnete Witold von Skarżyński während der nicht direkt zur Sozialversicherungsdiskussion gehören- den Beratung des liberalen Unfallversicherungsentwurfs vom 10. Januar 1882:

Es ist ja unser innigster Herzenswunsch, unser so recht *nationales Postulat*, daß die Herrschaft der *Gerechtigkeit und Sittlichkeit auf allen Gebieten* des menschlichen Lebens das grausame Walten roher Naturkräfte verdränge und das *Recht anstatt der Macht* auf allen Gebieten des zivilisirten Lebens das entscheidende Wort zu führen habe.²⁷⁷

²⁷² Ludwig Windthorst (Zentrum), 09.04.1889: „Was die Uniformirung und Pulverisirung aller historisch entwickel- ten Verhältnisse bedeutet, meine Herren, können Sie an Frankreich sehen.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1409/I).

²⁷³ Otto Heinrich von Helldorff-Bedra (DKP), 27.02.1880 (anlässlich der Beratung der Interpellation Stumm vom 19.02.1880): „Unsere Aufgabe ist es, den, ich möchte sagen, zersetzten Volksorganismus durch korporative Bil- dungen wieder zusammenzufassen (hört! hört! im Zentrum) und wir werden zu diesem Zweck eines gewissen Zwanges, einer gewissen Nöthigung nicht entbehren können.“ (StBRt IV/3 [1880], 162/II f.).

²⁷⁴ 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 691/I). „Denn wie wir an dem einen Leib viele Glieder haben, aber nicht alle Glieder denselben Dienst leisten, so sind wir, die vielen, ein Leib in Christus, als einzelne aber sind wir Glieder, die zueinander gehören.“ (Röm 12,4 f.); „Ihr aber seid der Leib Christi, und jeder einzelne ist ein Glied an ihm.“ (1 Kor 12,27).

²⁷⁵ Vgl. 1 Kor 12,12-31a.

²⁷⁶ Bereits Wichern hatte in seiner Denkschrift von „Gliedern am Körper der Christenheit“ gesprochen: „Die Kirche, so scheint es uns, hat durch die innere Mission [...] abermals den Beruf, wenigstens das Ihrige zu tun, um die hie- hergehörenden [sic!; PE] Arbeiterstände gewissermaßen christlich zu reorganisieren. Dazu gehört wesentlich, daß sie dieselben nicht so, daß deren Eigentümlichkeit aufhört, durcheinandermische, sondern Sorge, dass die Eigen- tümlichkeit jeder Gruppe ihre Ehre behalte, indem jede Gruppe zugleich zu einem Gliede eines größeren Ganzen formiert wird. So können die Arbeitergruppen und Innungen wieder Glieder am Körper der Christenheit werden.“ (Wichern: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 277).

²⁷⁷ 19.01.1882 (StBRt V/1 [1881/82], 743/II).

3.4.4. Kultur

In der am Ende des vorangegangenen Abschnittes zitierten Passage hatte Witold von Skarżyński (Pole) Natur und Zivilisation als einander entgegengesetzte Begriff verwendet. Damit hat er bereits auf den nunmehr im Mittelpunkt stehenden Kulturbegriff verwiesen, der dem Zivilisationsbegriff verwandt ist und traditionell dem Naturbegriff gegenübergestellt worden war, wie der Ursprung des Kulturbegriffs zeigt:

„Kultur“, von lateinisch cultura, „Landbau, Pflege“, wurde seit der Antike metaphorisch als cultura animi, „Pflege des Geistes“, bzw. als status culturalis als zu erstrebender Zustand der menschlichen Veredelung im Gegensatz zu status naturalis gebraucht. [...] Im europäischen Kontext umfaßt Kultur die Künste, die Wissenschaft und die Religion. [...] Unstrittig ist, daß die das Handeln lenkenden Wert- und Zielvorstellungen, Normen, Glaubenskongzepte, Ideale, Moral und Ästhetik zur Kultur gehören.²⁷⁸

Matthias Samuel Laubschers Begriffsanalyse umreißt das weite Feld, welches der Kulturbegriff zu umreißen in der Lage ist und welches ihn schillernd und für viele Zwecke tauglich oder eben gerade untauglich macht. In der Reichstagsdiskussion um die Bismarcksche Sozialversicherung wurde der Kulturbegriff indes relativ einheitlich verwendet. Meist wurde mit ihm auf einen anzustrebenden gesellschaftlichen Entwicklungszustand Bezug genommen bzw. derselbe anzustreben gefordert, wie am Beispiel eines Redebeitrags Rudolf von Gneists (NLP) gut veranschaulicht werden kann:

Wir sind [...] entschlossen, an der Kommission uns zu betheiligen in dem Sinne und mit dem Willen, das *Gesetz zu Stande zu bringen*. Wie mühevoll aber [...] auch die Arbeiten dieser Kommission sein werden, so sind wir überzeugt, [...] daß das große deutsche Reich, auch wenn es wollte, nicht anders kann, als die Aufgabe fortzusetzen, die das kleine Preußen 1808 übernommen hat: ich meine, in der Vertheilung von Reichthum und Armuth, in der relativ gesunden harmonischen Entwicklung der gesellschaftlichen Klassen, in Erfüllung der absoluten Menschenpflichten durch die Staatsgewalt an der Spitze der europäischen Kulturwelt zu bleiben.²⁷⁹

In diesem Ausschnitt aus Gneists Rede anlässlich der ersten Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage werden mit der Prozesshaftigkeit und dem normativen Anspruch zwei Charakteristika des Kulturbegriffs sichtbar, von denen auch Michael Moxter bei seiner Analyse der zeitgenössischen Begriffsverwendung ausgeht:

Im Gegenüber zu „Natur“ wurde „Kultur“ zum Inbegriff aktiver Weltgestaltung zur Darstellung von Freiheit. „Kultur“ ist Vollzug wie Resultat und wurde daher zeitlich figuriert: Ein Bestand (Traditionsaspekt) sei gegenwärtiger Freiheit anvertraut angesichts der Alternative zwischen Barbarei und besserer Zukunft des Menschengeschlechts (Perfektibilität). Kultur meinte zugleich ein Ganzes, eine Aufgabe, eine Norm, unter der sie angegangen werden sollte.²⁸⁰

Als eine Aufgabe galt die Kultur auch für Wilhelm Liebknecht (SAPD), die sich insbesondere um den Ausgleich von Einkommens- und Besitzunterschieden zu bemühen habe, wofür der diskutierte Unfallversicherungsentwurf zwar nicht ausreichend sei, aber immerhin einen Schritt in die richtige Richtung bedeute:

²⁷⁸ Laubscher: Kultur, Sp. 1820.

²⁷⁹ 04.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 744/I).

²⁸⁰ Moxter: Kultur, Sp. 1822.

Wir gehen von dem Grundsatz aus, [...] daß die menschliche Kultur, ihrem Wesen nach, darauf hinzielt, den Gegensatz zwischen arm und reich zu verwischen, indem sie die Masse der Menschen auf eine immer höhere Stufe der Bildung wie das Wohlseins erhebt. Wir glauben, daß es ein Zeichen niederer Kultur ist, wenn der Gegensatz zwischen arm und reich groß ist. Wir glauben, daß die fortschreitende Kultur allmählich diesen Gegensatz vollständig ausgleichen wird, und wir glauben, daß der *Staat*, von dessen Zweck und Bestimmung wir die höchsten Vorstellungen haben, die Kulturaufgabe hat, den Gegensatz von arm und reich aufzuheben, und *weil* wir dem Staat diese Mission zuerkennen, darum treten wir im Prinzip für dies vorliegende Gesetz ein.²⁸¹

Auch für die Gegner einer staatlichen Sozialpolitik war Kultur sowohl Prozess als auch Aufgabe, wie der linksliberale Abgeordnete Wilhelm Freund (DFP) ebenfalls bereits anlässlich der Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage deutlich machte:

Mit diesem Gedanken [Unfallversicherungsmonopol des Staates; PE] kommen wir auf die vorhin gedachte Aenderung unserer gesamten Erwerbsordnung, und da zieht eine Konsequenz die andere nach sich, und wir kommen schließlich so recht in das, was man Staatssozialismus nennt, und zwar in den krassesten, der das Individuum vollständig ruinirt und alle Kulturentwicklung vernichtet.²⁸²

Bezüglich der Anschauungen über den Kulturbegriff ist also wie bei den anderen im aktuellen Abschnitt bereits dargestellten Begriffen eine grundsätzliche Einigkeit zwischen den Abgeordneten der verschiedenen Lager zu beobachten und wie bei diesen anderen Begriffen verfochten die Parlamentarier auch mittels des Kulturbegriffs ganz unterschiedliche Pläne, wofür leicht weitere Belegstellen hätten angegeben werden können. So konnte und sollte die kulturelle Entwicklung durchaus verschiedene Wege nehmen, z. B. in Richtung christlicher Staat, Staatssozialismus, demokratischer Sozialismus oder Marktliberalismus. Dass diese Positionen einander unvereinbar gegenüberstanden, ist im Rahmen dieser Darstellung bereits mehrfach gezeigt worden, daher an dieser Stelle nur noch zwei weitere Textpassagen, an denen exemplarisch sichtbar wird, dass konträre Ansichten und Forderungen (hier: Staatssozialismus, vom zweiten Redner als Staatskommunismus gebrandmarkt) mittels ein und desselben, mit ähnlicher Stoßrichtung verwendeten Begriffs vertreten bzw. verfochten werden konnten:

Aber da halten Sie im Auge, daß es sich hier um eine große Kulturaufgabe handelt, die der Staat zu lösen hat, und daß eine solche Kulturaufgabe ohne Aufwendung von Mitteln und zwar ohne bedeutende Mittel nicht gelöst werden kann. [...] Sie werden die Mittel für Dinge nicht mehr auszugeben haben, die wir von unserem Standpunkt aus stets als kulturfeindlich bekämpft haben, in erster Linie für die militärischen Ausgaben. In dem Maße, wie die Staaten einsehen, daß sie solche Kulturaufgaben zu lösen haben und dafür Opfer bringen müssen, werden die jetzt erdrückend wirkenden Ausgaben für militärische Zwecke und Kriegsrüstungen mehr und mehr abnehmen.²⁸³

Ich will diesen Staatskommunismus nicht ins Ungemessene mitmachen, meine Herren; ich will kein klagbares Recht auf Staatsrente für alte Bürger. Denn wenn in diesem Gesetz das klagbare Recht konstituiert ist, dann kann man den Staatskommunismus nicht mehr aufhalten. Gibt man ein solches Recht den Sozialdemokraten einmal in die Hand, dann kann man nie mehr rückwärts, dann ist man verloren. Aus diesem Grunde [...] will ich die Unterstützungsbedürftigkeit, freie Gewährung der Invalidenrente zu Grunde gelegt haben. Ich will das nicht aus sozialpolitischen

²⁸¹ 31.05.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1453/I).

²⁸² 15.06.1881 (ebd., 1755/I).

²⁸³ August Bebel (SAPD), 03.04.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1221/II f.).

Gründen; ich will das einfach zum Schutze meiner eigenen Existenz wie zum Schutze der hohen Kultur, die wir errungen haben.²⁸⁴

Es kann festgehalten werden, dass der Kulturbegriff recht einheitlich gebraucht wurde und demzufolge auch eine einheitliche Grundlage für die äußerst kontrovers geführte Sozialversicherungsdiskussion abzugeben in der Lage war. Wie auch bei der Verwendung des Humanitätsbegriffs (und des im folgenden Abschnitt näher beleuchteten Gerechtigkeitsbegriffs) finden sich – für den Autor einigermaßen überraschend – keine direkten Bezüge zu den Anforderungen der (christlichen) Religion,²⁸⁵ es kann aber vorausgesetzt werden, dass für die überwiegende Mehrzahl der Abgeordneten die Basis der als Aufgabe und Prozess verstandenen Kultur unausgesprochen und unwidersprochen im Christentum verortet wurde.

3.4.5. *Gerechtigkeit*

Obwohl mit dem Gerechtigkeitsbegriff eine zentrale dogmatische und ethische Kategorie bei der Beschreibung und Regelung des Verhältnisses zwischen Mensch und Gott sowie der Menschen untereinander umrissen wird, finden sich in der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag – ebenso wie dies bereits in den Abschnitten zur theologisch und alltags-sprachlich weniger zentralen Rede von Humanität und Kultur geschildert wurde – keine direkten Bezüge zur christlichen Religion und ihren Geboten. Insofern kann wiederum vermutet werden, dass die Verpflichtung, Gerechtigkeit gegenüber dem Mitmenschen walten zu lassen, von vielen Abgeordneten implizit oder ausdrücklich als Ausfluss der Gerechtigkeit Gottes anerkannt worden ist, indes fehlen solche Äußerungen in den Sozialversicherungsdebatten völlig.²⁸⁶ Zwar könnte aufgrund der Redebeiträge meistens eine religiöse Konnotation des Ge-

²⁸⁴ Arnold Lohren (RFKP), 22.05.1889 (ebd., 1934/I).

²⁸⁵ Der einzige Beleg, der ansatzweise in diese Richtung geht, stammt von Arthur Gehlert (RFKP) vom 17.05.1889, wo allerdings der Kulturbegriff selbst nicht verwendet, sondern vielmehr auf den Individualitätskult eingegangen wird: „Derjenige Individualismus, der in den scheußlichen sozialen Erscheinungen zu Tage tritt, gegen welche dieses Gesetz muthig das Schwert erhebt, der ist die Verneinung der aus Gott stammenden Staatsgewalt; der ist die Gottlosigkeit schlechthin, und gerade in dieser Gottlosigkeit, in unserem bornirten Menschenkultus finde ich den letzten Grund der großen Noth unseres Zeitalters. Meine Herren, Sie sprachen fast alle recht laut davon, daß Sie die Wege dieses Gesetzes ebenso zeitig oder zeitiger beschritten hätten, wie der Herr Reichskanzler. Man merkt hierbei wohl Ihre Absicht, aber Sie rühmten sich ohne Fug. Das, was dieses Gesetz will, das wollten Sie nie und wollen Sie heute nicht, meine Herren von der Mehrheit des Zentrums. Was Sie hier für die Nothleidenden thun wollen, das ist Gnade, das ist Barmherzigkeit; das ist aber kein *Recht*. (Widerspruch im Zentrum.) Unsere Fürsten von Gottes Gnaden aber, voran der edle, echte Hohenzollernsproß, stehen vor versammeltem Reichstag nicht um Gnade, sondern um Recht für ihre deutschen Arbeiter, und gerade so wenig, wie wir Sie für die Rechte der Kirche um die Gnade des Staates betteln sehen, so wenig sollten Sie das unveräußerliche Recht des deutschen Arbeiters an den Staat mit der unsicheren Münze der bloßen Barmherzigkeit bezahlen wollen.“ (ebd., 1808/II).

²⁸⁶ Eine solche Rückbindung des Gerechtigkeitsbegriffs und dessen Gebrauch auf dem Gebiet der Sozialreform bzw. Sozialpolitik war durchaus üblich, wie zwei Belege beweisen mögen: Rudolf Todt fasste sein sozialreformerisches Programm folgendermaßen zusammen: „Der Kernpunkt dieses Programms ist die Staatsintervention nach den christlichen Principien der Gerechtigkeit, Wahrheit und Nächstenliebe. [...] Der Staat soll über den Sonderinteressen und Parteien stehen mit dem Blick väterlicher Fürsorge für Alle und mit der starken Rechten der Gerechtigkeit.“ (Todt: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, 449). Nicht nur im protestantischen Lager lässt sich eine solche Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffs beobachten, wie eine Passage aus Georg Ratzingers Geschichte der Armenpflege zeigt: „Es muß eine religiös-sittliche Erneuerung der ganzen Gesellschaft erfolgen; die christliche Weltanschauung muß die gebildeten und besitzenden Klassen durchdringen und zur Richtschnur ihres Handelns werden. Im Erwerbsleben muß die Gerechtigkeit die Grundlage bilden, während heute im Großen und Ganzen das schwerste Verbrechen gegen die Nächstenliebe, der Wucher und die himmel-

rechtheitsbegriffs unterstellt werden, doch ließe sich eine solche nicht schlüssig nachweisen, zumal mitunter auch ein explizit von religiösen Implikationen abgelöster Gerechtigkeitsbegriff gebraucht wird:

Nicht die Dogmen irgend einer Religion, selbst nicht die Humanität, kann die Grundlage der modernen Gesetzgebung bilden, der leitende Gedanke unserer modernen Entwicklung ist die Gerechtigkeit.²⁸⁷

Insofern kann lediglich davon ausgegangen werden, dass die Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffs für viele Abgeordnete religiöse Kommunikation im Sinne des hier obwaltenden weiten Verständnisses darstellte, Belege gibt es dafür gleichwohl nicht.

Wenn in diesem Rahmen dennoch auf den Gerechtigkeitsbegriff eingegangen wird, dann wegen seiner zentralen Bedeutung für die Strukturierung der Sozialversicherungsdiskussion, die er mit den anderen im aktuellen Abschnitt behandelten Begriffen teilt.

Verwendet wurde der Gerechtigkeitsbegriff überwiegend von der Sozialversicherung ablehnend gegenüberstehenden Abgeordneten, es dominieren also auch hier wieder sozialdemokratische und linksliberale Redner, während die Befürworter der Sozialversicherung mittels des Gerechtigkeitsbegriffs lediglich auf die Angriffe des politischen Gegners reagierten.

Recht gut lässt sich dies am Beispiel der Krankenversicherungsdebatte zeigen, in welcher Max Hirsch (DFP), seines Zeichens Verbandsanwalt des „Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker)“, der, wenn er das ungeliebte Krankenversicherungsprojekt schon nicht verhindern konnte, wenigstens die Krankenkassen der Gewerksvereine in das Gesetzesprojekt zu integrieren versuchte, was ihm auch gelang. In den über diese Frage insbesondere mit freikonservativen Verfechtern von Fabrikkrankenkassen geführten heftigen Auseinandersetzungen wurde der Rahmen der Gesetzesvorlage oft verlassen, weshalb sich die beiden folgenden Redebeiträge Hirschs sowie seines gleichfalls jüdischen Fraktionskollegen Ludwig Loewe mit den Prinzipien des Liberalismus beschäftigen:

Meines Erachtens aber *widerspricht das Gesetz den Hauptgrundsätzen der liberalen Weltanschauung*. Es widerspricht in erster Linie dem heiligen Recht der Persönlichkeit, indem es ohne Noth tief eingreift in die freie Selbstbestimmung der Individuen in wichtigen Lebensinteressen. Es ist aber auch eine Verletzung des Prinzips der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung der Klassen, des allgemeinen Staatsbürgerthums, denn [...] dieses Gesetz [...] gilt nicht für alle Klassen, [...] sondern bezieht sich nur auf die Arbeiter.²⁸⁸

Wollen Sie denn wirklich, daß wir [...] Ihnen [...] zu beweisen versuchen, ob in den Kreisen, wo wirklich jüdische Arbeitgeber sind, wo Arbeitgeber sind, denen Sie vorwerfen, daß sie dem Manchesterthum anhängen, ob nicht in diesen Kreisen sich eine große Zahl befindet, die in bezug auf das, was zwar nicht wohlthun heißt gegen die Arbeiter – denn wir brauchen den Arbeitern nicht wohlzuthun, sie können sich verdienen, was sie brauchen, wir brauchen nur gerecht gegen sie zu sein, – (Bravo! links) ob in dieser Beziehung nicht unter unseren Reihen vielfach mehr Männer sind, die dieses Verdienst in Anspruch nehmen können, daß sie die volle Gerechtigkeit gegen ihre Arbeiter geübt haben, als auf der anderen Seite?²⁸⁹

schreiende Sünde der Aneignung von Liedlohn [Lidlohn: Gesinde- und Dienstbotenlohn; PE] das gesammte Arbeitsleben beherrschen.“ (Ratzinger: Geschichte der kirchlichen Armenpflege, 567).

²⁸⁷ Ferdinand Wöllmer (DFP), 11.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1620/II).

²⁸⁸ Max Hirsch (DFP), 21.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2017/II).

²⁸⁹ Ludwig Loewe (DFP), 28.04.1883 (ebd., 2191/II).

Hirsch und Loewe verorten hier den Gerechtigkeitsbegriff im Liberalismus und versuchen ihn gegen die Krankenversicherungsvorlage in Stellung zu bringen. Um die Diskussion wieder auf die Gesetzesvorlage zurück zu führen, schlug der im Streit um Fabrik- und Gewerkvereinskassen um Ausgleich bemühte und dem Gerechtigkeitsbegriff keineswegs verschlossene national-liberale Abgeordnete Friedrich Hammacher vor in Zukunft auf „Redensarten“ zu verzichten und stattdessen die Beratung des Gesetzentwurfs voranzutreiben:

[...] seien wir in diesem Saale und bei der Berathung dieses Gesetzes in erster Linie „objektiv“ und „gerecht“, stellen wir uns auf den Boden, daß wir hier etwas für das Land und für die Bevölkerung Nützliches und Gutes schaffen wollen, und enthalten wir uns [...] nach Möglichkeit der „Redensarten“, die wir vor dem Lande und mit Bezug auf die Tragweite der Aeüßerungen nicht verantworten können.²⁹⁰

Wie ihre beiden erwähnten linksliberalen Kollegen versuchten auch mehrere sozialdemokratische Abgeordnete den Gerechtigkeitsbegriff als Waffe gegen die Sozialversicherung zu verwenden, was insbesondere aufgrund der Begrenzung des Versichertenkreises bei Heranziehung aller Steuerzahler für die vorgesehenen Reichszuschüsse auch nicht sonderlich schwierig war:

Ich befürchte, Sie werden durch die Annahme dieser Kommissionsbeschlüsse neuen Haß säen, denn [...] wie Sie die Sache auch drehen und wenden mögen, es wird Ihnen nicht gelingen, einen einzigen Menschen von der Gerechtigkeit einer solchen Maßregel zu überzeugen.²⁹¹

[...] wo bleibt da die Gerechtigkeit? Es ist geradezu das größte Unrecht, was diese Vorlage für die Arbeiter involvirt. Ich bin fest überzeugt, nehmen Sie die Anträge, wie sie die Kommission vorschlägt, an, so säen Sie Wind, und wer Wind säet, wird Sturm ernten? Ich glaube, nicht ein einziger Arbeiter kann dem zustimmen, daß Sie ihm auf der einen Seite die Lasten aufhalsen und auf der anderen Seite ihm jedes Recht absprechen.²⁹²

Von den Befürwortern der hier zur Diskussion stehenden dritten Unfallversicherungsvorlage wurde der Gerechtigkeitsbegriff nicht benutzt, sodass dieses von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorgelegte Argumentationsangebot im Folgenden nicht aufgegriffen wurde – wohl mit gutem Grund, schließlich wäre es schwer gefallen, die geäußerten Vorwürfe zu entkräften.

3.4.6. *Freiheit vs. Zwang*

Auch wenn er nicht ohne Vorläufer war, gilt der Versicherungszwang bei einer Zwangsversicherung als eines der wichtigsten Charakteristika der Sozialversicherung. Dementsprechend gehörte dieser Bereich zu den am ausführlichsten diskutierten und am stärksten umstrittenen Themenfeldern während der Sozialversicherungsdebatten im deutschen Reichstag. Um die insbesondere während der Beratung der Krankenversicherungsvorlage ablaufende äußerst eingehende und thematisch breite Diskussion in diesem Rahmen näher beleuchten zu können, findet im Folgenden eine Beschränkung auf die Auseinandersetzung um den Versicherungs-

²⁹⁰ 30.04.1883 (ebd., 2211/I).

²⁹¹ Karl Franz Egon Frohme, 17.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 800/I).

²⁹² Wilhelm Stolle, 20.06.1884 (ebd., 892/II). „Denn sie säen Wind, und sie ernten Sturm.“ (Hos 8,7a).

bzw. den Arzitzwang sowie um die Möglichkeit der zwangsweisen Kassenbildung bzw. der zwangsweisen Vereinigung von Kassen statt.

Obwohl die Diskussion um Freiheit und Zwang nicht zu den zentralen Motiven der als religiöse Kommunikation fassbaren Teile der Sozialversicherungsdebatten gehört, ist doch immerhin ansatzweise eine Verständigung über diese Begriffe und damit auch über die Grundlagen des gesellschaftlichen Miteinanders und um politische Motive festzustellen; also um Bereiche, die auch mittels explizit religiöser Semantik hätten diskutiert werden können. Trotzdem dies hier kaum der Fall ist, sollen die beiden Begriffe dennoch nicht ausgespart werden.

Bereits für die im zweiten Kapitel samt ihren Ideen dargestellten Sozialreformer hatte die „organische Vermittlung zwischen der Freiheit und dem Zwang“ (Franz Joseph Buß) zu den wichtigsten Schritten auf dem Weg zu einer Lösung der sozialen Frage gehört. Zwar waren es vor allem liberale Geister, die den Freiheitsbegriff ins Zentrum ihrer sozialreformerischen Konzepte stellten, doch forderten auch die Vertreter der übrigen Sozialmilieus nicht einfach dementgegen einen möglichst umfassenden staatlichen Zwang, sondern setzten sich vielmehr für die Freiheit des Gewerbes, der Koalition und der neben dem Staat wirkenden Fürsorgeeinrichtungen – hier ist vor allem an die Kirchen und an die innere Mission gedacht – ein. Die Redebeiträge anlässlich der parlamentarischen Sozialversicherungsdiskussion können als Abbild dieser Meinungsäußerungen gelten.

Da gab es zunächst liberale Abgeordnete, welche zwar staatlichen Zwang nicht grundsätzlich ablehnten,²⁹³ die staatlich gelenkte Zwangsversicherung aber ebenso als Sünde gegen den Wirtschaftsliberalismus geißelten wie die dadurch unvermeidliche Vernachlässigung individueller Gegebenheiten (Schablonisierungsvorwurf). Dementgegen empfahlen diese Abgeordneten die Heilungskräfte der freien wirtschaftlichen Entwicklung und der genossenschaftlichen Selbsthilfe zur Lösung der sozialen Frage:

Meine Herren, je mehr die Welt sich entwickelt, desto unmöglicher wird es werden, die zwingende Hand des Staates über alle diejenigen Institutionen und Beziehungen auszudehnen, aus denen der menschliche Verkehr und die menschliche Ernährung die Quellen ihres Daseins herleiten, desto weniger wird es gelingen, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung rückwärts zu führen, oder sie in der Richtung vorwärts zu treiben, wie die sozialistischen Bestrebungen sie nach der anderen Seite schablonisieren wollen. Beide Versuche stehen auf demselben Boden, es sind nur die verschiedenen Seiten einer und derselben Medaille. Es ist der letzte Kampf des gebundenen Staates gegen den Staat der freien Entwicklung, und die freie Entwicklung wird siegen.²⁹⁴

Jeder Zwang hat Schablonen, hat Schematismus, hat Normativbestimmungen zur Folge, die es verhindern, daß das einzelne Verhältniß die Berücksichtigung findet, die es verdient. [...]

Meine Herren, das ist überhaupt der fundamentale Unterschied der konservativen und liberalen Partei: Ihre Ueberschätzung des Zwangs, der Einwirkung der Polizei, der polizeilichen Bevormundung, und auf unserer Seite die Hochhaltung und Würdigung dessen, was freiwillig und aus eigenem Interesse geschieht, was die Konkurrenz der Interessen von selbst mit sich bringt. Das ist die fundamentale Verschiedenheit Ihrer Anschauungen von den unseren, [...] die Ueberschätzung des Zwangs, der staatlichen Organisation [...]. Meine Herren, wir sind umgekehrt der Meinung, daß die eigene Thätigkeit, die Selbsthilfe und das eigene Streben auch auf diesem Gebiete das meiste thun, und daß der Staat überhaupt nur sehr ergänzend eintreten kann; daß er aber leicht viel

²⁹³ Eugen Richter (DFP), 19.04.1883: „Wer den Zwang allgemein zurückweist, würde ja zuletzt den Staatszwang überhaupt verwerfen. Es kommt nur auf das Maß an, darauf an, in welchem Maße man den Zwang für richtig hält.“ (StBRt V/2 [1882/83], 1967/I).

²⁹⁴ Ludwig Bamberger (LV), 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 680/II).

mehr verderben als helfen kann. Alles, was das Genossenschaftswesen freiwillig leistet, ist unendlich viel mehr, als was Sie durch dieses Gesetz erreichen können.²⁹⁵

Meine Herren, es liegt in dem Beschluß, dieser Krankenversicherungsvorlage zuzustimmen, [...] die Entscheidung über sehr wichtige Dinge. Sollte das deutsche Volk wirklich glauben, daß der Sündenfall nur für den Einzelnen besteht, daß nur der Einzelne schwach, ohnmächtig, ohne Verstand und Sittlichkeitsgefühl für sich selbst ist, daß die Erlösung aus diesem Sündenfall des Einzelnen aber nicht einer höheren Macht, sondern der Repräsentation der Gesamtheit, der jeweiligen Regierung in die Hände gelegt wird? Ich vermag mich zu dieser Auffassung nicht zu versteigen. Ich stehe auf dem Boden, daß die *Aufrechterhaltung der freien Persönlichkeit* unter dem *Schutze* und der *Förderung*, und soweit es *nothwendig* ist, auch unter dem *Zwange der Staatsgesetzgebung*, *vollständig ausreichen*, um die *soziale Lage unserer Arbeiter in eine bessere Gestalt zu bringen*.²⁹⁶

Die Gegner dieses liberalen Argumentationsmusters kamen vor allem aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Freikonservativen,²⁹⁷ die in seltener Einigkeit für ein starkes Engagement des Staates bei der Lösung der sozialen Frage sowie für eine relativ große Ausdehnung obrigkeitlichen Zwangs plädierten, während die sozialdemokratischen Redner ebenso wie die liberalen die Individualität des Einzelnen bewahrt wissen wollten:

[...] die moderne Staatsidee vertritt bei Gleichberechtigung aller Staatsbürger, die Freiheit aller Staatsbürger; das Christenthum kennt eine Gleichberechtigung aller Menschen nicht, (oho! im Zentrum; Heiterkeit) höchstens die Gleichberechtigung in der Knechtschaft. (Widerspruch im Zentrum. Unruhe.) [...] Die christliche Auffassung beruht auf der Gnade, auf der Wohlthätigkeit, auf dem individuellen freien Ermessen, gegen den Armen auf der Würdigkeit des Betreffenden Seitens der Kirche. Meine Herren, der Staat hat in dieser Beziehung thatsächlich einen ganz anderen Standpunkt festgestellt, indem er jedem, der aus irgend welchem Grunde verarmt, ein Recht auf Unterstützung gibt. Ob dieses Maß, was ihm an Unterstützung gewährt wird, genügend ist für seinen Lebensunterhalt, [...] auf diese Frage lasse ich mich nicht ein, es gilt nur hier festzustellen die *Rechtsidee*, den *Rechtsstandpunkt*, kraft dessen der Staat als seine *Pflicht* anerkennt, den armen ins Elend gerathenen Staatsbürger unterstützen zu müssen.²⁹⁸

[...] wir stehen auf dem Standpunkt des Versicherungszwanges, nur wollen wir nicht, daß dieser Versicherungszwang so ausgedehnt wird, daß jede freie Bewegung des einzelnen Individuums dadurch unterdrückt wird.²⁹⁹

Allerdings hat Herr Dr. Hirsch dagegen geltend gemacht, daß man doch nicht immer einem Arbeiter zumuthen könnte, irgend einen bestimmten Fabrikarzt zu nehmen, das würde eine Beschränkung der persönlichen Freiheit sein. Das gebe ich auch zu; es ist in der Tat eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, wenn man einem Arbeiter oder einem anderen Manne [...] gewissermaßen vorschreibt, sich von einem bestimmten Arzte behandeln zu lassen. Indessen [...] gibt es im ganzen Leben, besonders im öffentlichen Leben, eine Menge Dinge, bei denen die persönliche Freiheit dem Interesse der Allgemeinheit nachstehen muß.³⁰⁰

²⁹⁵ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881 (ebd., 703/I; 704/I).

²⁹⁶ Max Hirsch (DFP), 21.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2024/I).

²⁹⁷ Auch wenn sie letztlich mit großer Mehrheit den Sozialversicherungsgesetzen zustimmten, teilten vermutlich nicht wenige Deutschkonservative – jedenfalls mehr als die geringe Zahl, die sich letztlich zur Ablehnung einzelner Sozialversicherungsvorlagen entschließen sollte – die Bedenken vieler ihrer linksliberalen und ihrer Zentrumskollegen gegen eine Ausweitung staatlicher Kompetenzen und gegen eine fortschreitende Zentralisierung, weshalb sie ungern als Verteidiger dieser Entwicklungen auftreten mochten.

²⁹⁸ August Bebel (SAPD), 04.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 746/II f).

²⁹⁹ Karl Grillenberger (SAPD), 20.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 1997/II).

³⁰⁰ Ernst Leuschner (RFKP), 28.04.1883 (ebd., 2184/I).

Im Statement von August Bebel kam zudem bereits eine weitere wichtige Stoßrichtung des Freiheitsbegriffs zum Ausdruck, nämlich seine Verwendung in der Diskussion um die Berechtigung einer christlichen Fundierung der Sozialversicherung bzw. um den christlichen Staat. Den Gegenstandspunkt zu Bebel, der die Freiheit im Staat verwirklicht sah und im Christentum bestenfalls Willkür zu erkennen vermochte, vertrat der Theologe evangelische Michael Baumgarten (NLP), der anders als sein sozialdemokratischer Kollege gerade im Christentum Freiheit verwirklicht sah, während er den Staat mit zwangsläufiger Notwendigkeit verband.

[...] der Herr Vorredner [Landelin Winterer; PE] erinnerte an das Motiv, daß das Gesetz zurückgeführt werde auf den christlichen Staat. [...] wenn wir genau reden, dann ist diese Verbindung eine *contradictio in adjecto*, ein logisches Unding. Das Christenthum beruht auf freier Wahl, die jeden Tag bestätigt oder zurückgenommen wird, das Staatsbürgerthum beruht auf einer unabwendbaren Naturnothwendigkeit, so lange also Freiheit und Nothwendigkeit im Widerspruch stehen, – und das ist während des ganzen gegenwärtigen Weltlaufs der Fall, so lange hat es einen christlichen Staat niemals gegeben und wird es niemals einen geben, bis das tausendjährige Reich³⁰¹ kommt.³⁰²

Mehrere Abgeordnete teilten Baumgartens Standpunkt, wie die drei folgenden Belegstellen bezeugen sollen:

Ganz mit Recht hat der Herr Abgeordnete Winterer darauf hingewiesen, daß die Caritas des Christenthums und – ich setze hinzu – aller humanen Religionen, etwas ganz anderes sei, gerade das Gegentheil sei als dieser Zwang, als diese Absicht, einen Effekt auf den Verpflichteten hervorzubringen: das ist heidnisch, das ist cäsarisch, aber evangelisch oder religiös oder dem Gedanken der Caritas entsprechend ist das durchaus nicht.³⁰³

Meine Herren, ich kann mich kurz damit abfinden, indem ich sage, daß die christliche Caritas es dringend rath und empfiehlt, *freiwilliges Geben* eintreten zu lassen, daß sie aber das zwangsweise *Nehmen* perhorresziert und verurtheilt. Hier handelt es sich aber nicht um freiwilliges Geben, sondern um zwangsweises Nehmen, und darum reprobire ich diese angeblich christliche Anschauung auf das allerentschiedenste.³⁰⁴

Das ist das Charakteristische der *christlichen* Fürsorge für alle Arten von Bedürfnissen, daß sie ihre ganze Kraft und ihre wunderwürdigen Erfolge findet in der freiwilligen Thätigkeit, in der Hingabe von innen heraus an die edelsten Aufgaben der Menschheit; und *der* in keiner Weise die Wege zu verschränken nicht nur, nein! sie nicht überwuchern zu lassen durch die Staatsfürsorge, die sie doch niemals und nirgendwo ersetzen noch erreichen kann, das halte *ich* für praktisches Christenthum.³⁰⁵

Die Weigerung Bebels, das Christentum als eine Religion der Freiheit anzuerkennen, dürfte mit der nach seinem Kirchenaustritt 1874 vermutlich noch gewachsenen Entfernung zu Religion und Kirche im Zusammenhang stehen, die übrigen Redner, auch der jüdische Abgeordnete Ludwig Bamberger, betonten hingegen *expressis verbis* oder implizit die dem Christentum innewohnende Kategorie der Freiheit.³⁰⁶

³⁰¹ Vgl. dazu Offb 20,1-6.

³⁰² 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 697/I f.).

³⁰³ Ludwig Bamberger (LV), 02.06.1881 (ebd., 1541/I). „Wenn du Almosen gibst, soll deine linke Hand nicht wissen, was deine rechte tut.“ (Mt 6,3).

³⁰⁴ Peter Reichensperger (Zentrum), 02.06.1881 (ebd. 1536/II).

³⁰⁵ Ernst Lieber (Zentrum), 11.06.1881 (ebd., 1631/I).

³⁰⁶ Gleichwohl diese Freiheit untrennbar mit der Erbsünde verbunden ist – schließlich wurde und wird Sünde überhaupt erst durch Freiheit ermöglicht –, ist die christliche Freiheit als eine durch Christus vermittelte Freiheit den-

Des Weiteren, ja in erster Linie wurde mittels des Freiheits- und des Zwangsbegriffs über die Frage des Versicherungszwangs im engeren Sinne sowie über den Zwang zur Kassengründung diskutiert. Die hier zu beobachtende Front verlief im Wesentlichen wie bei der Debatte über die staatliche Fürsorgepflicht zwischen Konservativen und Sozialdemokraten auf der einen, Linksliberalen auf der anderen Seite. Die Mehrheit der Zentrumsfraktion sowie eine Minderheit der Konservativen votierten bei der Diskussion über die Unfall- und die Krankenversicherung mehrheitlich mit der ersten Gruppe, nachher mit der zweiten.

Ich kann mir aber nicht denken, daß jemand, der *gezwungen* wird, eine solche Verpflichtung zu übernehmen [Gründung einer Fabrikkrankenkasse; PE], ebenso segensreich wirken würde, daß man hier dem humanitären Prinzip überhaupt noch gerecht werden würde, sondern derjenige, der, *so gezwungen* von der Gemeinde oder höheren Verwaltungsbehörde eine Fabrikkasse gründet, wird dann jedenfalls die Zahl derer vermehren, die Gelegenheit nehmen, gegen die Fabrikkrankenkassen zu agitieren³⁰⁷.

Wenn es berechtigt ist, durch staatliche Gesetzgebung den Versicherungszwang allgemein einzuführen, wenn der staatliche Versicherungszwang die Folge hat, daß der Arbeitsertrag die erforderliche Höhe erreicht, um daraus die Prämien für verschiedene Risiken zu decken, warum soll ich diesen Weg nicht ergreifen [...]?³⁰⁸

Wir sind der Ansicht, daß ein staatlicher Zwang nicht eintreten kann und nicht eintreten soll, wenn nicht ein dringendes Bedürfnis vorliegt. [...] Wenn ein Bedürfnis irgendwie vorhanden wäre, so wären von verschiedenen Seiten Versuche gemacht worden, die Privatinitiative wäre vorangegangen, und erst nach dem Mißlingen solcher Versuche wäre das staatliche Eingreifen berechtigt gewesen.³⁰⁹

Aber andererseits beruht nach christlicher Auffassung der moralische Werth sowohl auf Seiten des Gebers wie auf Seiten des Nehmers einer Wohlthat ganz auf dem Geiste, in dem diese Wohlthat gegeben und empfangen wird. Sobald ein äußerer Zwang eintritt, verschwindet der Geist der christlichen Nächstenliebe. Wird an die Stelle der spontanen Nächstenliebe nur der äußere Zwang gesetzt, so geht auf der einen Seite die Liebe, mit der gegeben wird, auf der anderen Seite die Dankbarkeit und mit ihnen der moralische Werth für den Einzelnen vollständig verloren.³¹⁰

Es ist gezeigt worden, dass die Rede von Freiheit und Zwang zu vielerlei diskursiven Zwecken und dabei auch zur Auseinandersetzung um die christliche Fundierung der Sozialversicherung und um den Begriff *christlicher Staat* eingesetzt werden konnte, ohne dass eine Verständigung über diese beiden Begriffe hätte stattfinden müssen. Diese selbstverständliche Verwendung erfüllen die beiden Begriffe ebenso wie die anderen in diesem Abschnitt dargestellten, der Freiheitsbegriff ist indes dadurch ausgezeichnet, dass immerhin einmal nicht nur mit ihm operiert, sondern auch über ihn reflektiert wurde, und zwar vom Reichskanzler selbst. Bismarck fürchtete möglicherweise, dass dieser Begriff, der bis dahin nicht etwa ausschließlich von liberalen Abgeordneten, sondern von Vertretern aller Fraktionen gebraucht worden war,³¹¹ sich ebenso

noch auch eine Freiheit von Sünde und von den Zumutungen des irdischen Daseins, sie ist Heilsfreiheit und soziale Freiheit gleichermaßen (vgl. Pöhlmann: Abriß der Dogmatik, 357; Lk 4,18 f.; Gal 5,1). Bezugnahmen von Reichstagsabgeordneten auf diese dogmatischen Aussagen fehlen freilich völlig.

³⁰⁷ Hermann Paasche (LV), 27.04.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2163/II).

³⁰⁸ Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), 23.05.1883 (ebd., 2484/II).

³⁰⁹ Landelin Winterer (bkF), 23.05.1883 (ebd., 2496/II).

³¹⁰ Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (Zentrum), 27.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 1109/I).

³¹¹ Mithilfe des Freiheitsbegriffs hatten auch Konservative sich bereits gegen den Versicherungszwang ausgesprochen, beispielsweise Gustav von Bühler (RFKP), 20.04.1883: „Was mit diesen Gesetzen geboten wird, ist nur ein

wie die Rede vom praktischen Christentum oder vom christlichen Staat zu einem Kampfbegriff gegen die Zwangsversicherung entwickeln könnte, was sich zu diesem Zeitpunkt zwar nicht abzeichnete, freilich nicht auszuschließen war. Daher versuchte Bismarck zu Beginn der Beratungen über die dritte Unfallversicherungsvorlage diesem potenziell gefährlichen Begriff die Spitze abzubreaken, indem er ihn mit dem weitaus weniger bedrohlichen Herrschaftsbegriff gleichsetzte:

Meine Herren, die Freiheit ist ein vager Begriff; die Freiheit, zu verhungern, kann niemand gebrauchen. [...] Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Mißbrauch getrieben wird, als mit dem Worte „frei“, und dabei hat es immer noch mehr Zauber, wenn es vor irgend ein anderes Adjektiv gesetzt wird. (Heiterkeit.) Meiner Erfahrung nach versteht jeder unter „Freiheit“ nur die Freiheit für sich selbst und nicht die für andere, sowie die Verpflichtung der anderen, sich jeder Beschränkung der Freiheit des Empfindenden absolut zu enthalten. Kurz, sie verstehen unter „Freiheit“ eigentlich „Herrschaft“.³¹²

Es sei dahingestellt, ob sich der Gebrauch des Freiheitsbegriffs ohne die Bismarcksche Intervention anders entwickelt hätte, aufgrund seines häufigen Gebrauchs bis zum Redebeitrag des Reichskanzlers wäre neben anderen auch die Option denkbar, dass sich die Sozialversicherungsgegner dieses Begriffs bemächtigen, um die unentschiedenen Abgeordneten auf ihre Seite zu ziehen. Andererseits sind nach Bismarcks Stellungnahme keinerlei Veränderungen in der Verwendung des Freiheitsbegriffs zu beobachten, sodass wohl eher dessen Ungefährlichkeit attestiert werden muss.

3.5. Die Sozialversicherung als Innovation

Wie im Kapitel III gezeigt worden ist, stellt die Bismarcksche Sozialversicherung nicht nur einen veritablen legislatorischen Kraftakt dar, sondern auch einen Meilenstein in der Geschichte staatlicher Sozialpolitik und eine Basisinnovation auf diesem Gebiet.

Diesem Befund wird man trotz zweifellos vorhandener Vorläuferinstitutionen schwerlich widersprechen können, gleichzeitig ist auffällig, dass die Zeitgenossen den Innovationscharakter des Sozialversicherungsprojekts allzu gern zu verschleiern versuchten. Diesem scheinbaren Widerspruch soll im Folgenden nachgegangen werden.

Es ist schon mehrfach erwähnt und nachgewiesen worden, dass die Begründung des ersten Unfallversicherungsentwurfs, also der ersten Sozialversicherungsvorlage überhaupt, den Debatten um alle fünf Entwürfe wichtige Impulse gegeben hat, finden sich dort doch beispielsweise die Charakterisierung der Sozialversicherung als Ausdruck der christlichen Liebes-

karges Minimum von Hilfe. Das Schlimmste aber an ihnen ist *der Zwang*. Der Zwang galt von jeher als Androhung eines Uebels, und ich habe noch nicht finden können, daß, indem den Arbeitern hier ein Zwang angedroht wird, ihnen damit eine Wohlthat erwiesen wird. [...] Ich sage, wenn die verbündeten Regierungen, wenn die kaiserliche Botschaft den Arbeitern, den Schwachen und Hilfsbedürftigen wirkliche, gründliche Hilfe leisten will, so müssen sie es auf anderem Wege und nicht mit Zwang anfangen. [...] Wofern es aber wirklich wahr wäre, daß die Arbeiter sich nicht versichern *wollten*, so glaube ich, daß der Weg des Zwanges in keiner Weise der richtige ist. Zwang kann der Staat vermöge seiner Omnipotenz allerdings überall anwenden und wendet ihn auch in vielen Fällen an; aber es ist, glaube ich, ein Gebot der Staatsklugheit, die persönliche Freiheit seiner Angehörigen so lange zu achten und zu wahren, als es nur irgend möglich ist, denn die größte Freiheit besteht nur bei dem kleinsten Zwang.“ (StBRt V/2 [1882/83], 2007/II f.).

³¹² 15.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 76/I). Bismarck hatte vorher den Verzicht des französischen Staates auf Intervention zur Fürsorge für Bedürftige als Freiheit zum Verhungern charakterisiert (vgl. ebd., 74/II).

pflicht ebenso wie die Rede vom christlichen Staat, der Sozialismus- und der Humanitätsbegriff. Diese Begriffe haben sich, wie in den vergangenen Abschnitten gezeigt wurde, für das Zustandekommen der Sozialversicherung nicht nur als förderlich erwiesen, wie insbesondere die Diskussion um den Sozialismusbegriff eindrücklich zeigt.

Schaut man sich die entsprechende Passage aus der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage genauer an, fällt auf, dass der offensichtlich von vornherein als gefährlich eingeschätzte Sozialismusbegriff vor allem deswegen eingeführt wurde, um die Schlagkraft der absehbaren Angriffe mit dieser scharfen Waffe zu verringern, indem noch vor dem ersten Rededuell im Reichstag eine angemessene, quasi regierungsamtliche Antwort formuliert wurde. Diese Antwort bestand nun darin, den Innovationscharakter der Sozialversicherung (insbesondere die dadurch anerkannte Fürsorgepflicht des Staates für seine hilfsbedürftigen Angehörigen) zu bemänteln.

Die auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks von Lohmann in den Text aufgenommene Passage schließt an die Anerkennung der staatlichen Fürsorgepflicht und die Formulierung des Ziels, die Not leidenden Arbeiter in den Staat zu integrieren, an und lautet folgendermaßen:

Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz Neues, sondern nur um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staat neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit, das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern. In diesem Sinne schließt namentlich die gesetzliche Regelung der Armenpflege, welche der moderne Staat im Gegensatze zu dem des Alterthums und des Mittelalters, als eine ihm obliegende Aufgabe anerkennt, ein sozialistisches Element in sich, und in Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der besitzlosen Klassen ergriffen werden können, nur um eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zu Grunde liegt. [...]

Für die Frage, auf welchem Wege die zur Leistung des gedachten Prämienbeitrages erforderlichen öffentlichen Mittel beschafft werden sollen, kommt in Betracht, daß die Pflicht der Fürsorge für Hilfsbedürftige ihrer Entstehung und Natur nach nicht etwa ohne weiteres einer bestimmten, zufällig einen örtlich begrenzten Raum bewohnenden Gemeinschaft obliegt. Der Staat ist es vielmehr, welcher durch seine Gesetzgebung das Recht des Bedürftigen auf Unterstützung schafft und trägt, und auch die gemeindeweise Vertheilung der daraus erwachsenden Last beruht lediglich auf staatlicher Anordnung, kraft welcher dieselbe nach Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit auf Provinzen, Kreise oder Gemeinden vertheilt oder auch direkt vom Staate übernommen werden kann.³¹³

Den Innovationscharakter der wichtigsten Innovation auf dem Gebiet der staatlichen Sozialpolitik zu bestreiten, ja überhaupt bestreiten zu wollen, erscheint auf den ersten Blick einigermaßen paradox, indes dürfte es nicht der schlechteste Schachzug gewesen sein ein grundstürzendes Gesetzesprojekt (das aufgrund dieser Eigenschaft oft als „Sprung ins Dunkle“³¹⁴ bezeichnet werden würde) lediglich als Weiterentwicklung der christlichen Staatsidee und der schon im Altertum und im Mittelalter üblichen traditionellen Armenpflege, die ohnehin bereits seit Ende des 18. Jahrhunderts der staatlichen Gesetzgebung unterworfen sei, zu charakterisieren,

³¹³ StBRt/A IV/4 (1881), 228/I; 233/II.

³¹⁴ Arnold Lohren (RFKP), 07.05.1889: „Meine Herren, man hat hier des öfteren den Ausspruch gethan, das Gesetz bedeute einen Sprung ins Dunkle. Das kann ich nicht zugeben; für mich bedeutet das Gesetz [...] einen Sprung in einen hell erleuchteten tiefen Abgrund.“ (StBRt VII/4 [1888/89], 1555/I).

zumal für das Zustandekommen dieses Projektes die Zustimmung einer überwiegenden Mehrzahl der konservativen Abgeordneten vonnöten sein würde.

Während der ersten beiden Tage der Sozialversicherungsdebatte widersprachen mit Ludwig Bamberger (LV) und Eugen Richter (DFP) lediglich zwei Vertreter von Fraktionen, die massive Vorbehalte gegenüber der zur Diskussion stehenden ersten Unfallversicherungsvorlage hatten, von denen also ein positives Votum kaum erwartet werden konnte, der in der Gesetzesbegründung behaupteten These von der Sozialversicherung als einer „Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee“:

Das ist eben der ganze Unterschied, ob wir uns auf den sozialistischen Boden der Gesetzgebung stellen, oder nicht, inwieweit wir die Pflichten der Menschenliebe, der Caritas, der Sorgfalt für den Anderen, die uns durch das menschliche Gefühl diktirt werden, in die Staatsgesetzgebung übertragen wollen oder nicht. Nach meiner Auffassung und nach den Auffassungen, die bis jetzt die Rechtsgesetzgebung der zivilisirten Staaten beherrscht haben, ist das nicht der Fall gewesen. Die Neuerung, die heute präponirt, die auch als Bekenntniß formulirt wird, besteht darin, daß man einräumt, daß alles, was als menschlich-sittliche Pflicht der milden, guten, karitablen Gesinnung empfunden wird, verdient, in die Staatsgesetzgebung aufgenommen zu werden.³¹⁵

Meine Herren, noch niemals, so lange ich in einer politischen Körperschaft sitze, ist ein solcher Versuch gemacht worden, den Inhalt eines Gesetzes speziell aus dem Christenthum herzuleiten. Es ist dies das erste Mal, und darum haben wir gewiß die Verpflichtung, uns darüber auszusprechen, daß die Bezugnahme in einem solchen Gesetzentwurf auf christliche Lehre, Glauben, Offenbarung weder dem Christenthum gute Früchte bringen wird, noch der Gesetzgebung, daß vielmehr ein solcher Versuch die Gefahr mit sich bringt, das Christenthum und die christliche Lehre hier in den Streit der politischen Parteien hineinzuziehen, wohin sie nicht gehören.³¹⁶

Bamberger und Richter wandten sich gegen die vom Staat beanspruchte Fürsorgekompetenz sowie gegen die Herleitung eines Gesetzesvorhabens aus der christlichen Lehre. Offenbar wurden diese Aussagen der beiden Gegner des vorliegenden Gesetzentwurfs für nicht gefährlich genug gehalten um darauf mit einem energischen Widerspruch eines Regierungsvertreters zu antworten. Indes erfolgte eine Erwiderung durch Rudolf von Gneist (NLP), einen ehemaligen Fraktionskollegen Bambergers, die anscheinend von den konservativen Gesetzesbefürwortern erst einmal für ausreichend erachtet wurde:

Meine Herren, die Aufmerksamkeit vieler unserer Zeitgenossen ist so ausschließlich auf das „Geschäft“ gerichtet, daß es ihnen entgeht, wie der Beruf des Staats sich nicht beschränkt auf den Rechtsschutz der Interessen, sondern daß der Staat auch allgemein menschliche Pflichten zu erfüllen hat, und daß dies keine neue Verpflichtung ist, sondern das Gebot unserer Religion und das ererbte Recht unserer Väter.³¹⁷

Zu weiteren Bezugnahmen auf den Innovationscharakter kam es während der Beratungen der ersten beiden Unfallversicherungsentwürfe und der Krankenversicherungsvorlage nicht, erst am 14. März 1884 wurde dieses Thema wieder aufgegriffen, als Ludwig Bamberger (DFrP) seine zitierte Argumentation während der ersten Beratung des dritten Unfallversicherungsentwurfs wiederholte:

³¹⁵ Ludwig Bamberger (LV), 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 680/I).

³¹⁶ Eugen Richter (DFP), 02.04.1881 (ebd., 700/I).

³¹⁷ 02.04.1881 (ebd., 743/II).

Der Fehler aller dieser Vorlagen [...] ist, daß etwas Neues, das sogenannte *sozialistische* Element nun in die Gesetzgebung eingeführt werden soll; daß man es als ein Verdienst [...] ansieht, daß man glaubt [...] der Gesellschaft im deutschen Reiche einen großen Dienst damit zu leisten, daß man den Uebergang von der bisherigen alten Gesellschaftsunterlage in eine neusozialistische Gesellschaftsunterlage durch diese Gesetz bewerkstelligen würde.³¹⁸

Diesmal wurde die Erwiderung keinem ehemaligen Fraktionskollegen Bambergers überlassen, der Reichskanzler selbst bezog am folgenden Tag gegen Bambergers Statement Stellung und schloss damit das während der Debatte um die erste Unfallversicherungsvorlage noch mögliche Missverständnis aus, bei der Diskussion um den Innovationscharakter der Sozialversicherung handele es sich um einen innerliberalen Streit. Bismarck wiederholte die Argumente aus der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage, indem er zunächst eine staatliche Fürsorgepflicht postulierte und anschließend den daraus abgeleiteten Sozialismusvorwurf mit dem Verweis darauf zurückwies, dass dann die staatlich reglementierte Armenpflege ebenso als Sozialismus bezeichnet werden müsse wie die Stein-Hardenbergschen Reformen, welche schließlich ebenfalls tief in vorhandene Besitzstrukturen eingegriffen hätten:

Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht [...] Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. [...] Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus. [...] War nicht z. B. auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung gloriosen Angedenkens, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage niemand mehr zweifeln wird, staatssozialistisch? [...] Wer den Staatssozialismus als solchen vollständig verwirft, muß auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Athmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operators einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen. [...] Der Herr Abgeordnete [Bamberger; PE] hat es als etwas ganz neues bezeichnet, daß wir ein sozialistisches Element in die Gesetzgebung einführen wollten. Ich habe schon vorhin vorweggenommen, daß das sozialistische Element nichts neues ist, und der Staat gar nicht ohne einen gewissen Sozialismus bestehen kann.³¹⁹

Mit diesen beiden Stellungnahmen war die Diskussion um den Innovationscharakter der Sozialversicherung für die Beratung der dritten Unfallversicherungsvorlage beendet, bei den Debatten um die Vorlage für die Invaliditäts- und Altersversicherung nahm diesmal nicht Ludwig Bamberger (DFrP), sondern Ludwig Windthorst (Zentrum) den Innovationsgedanken wieder auf, allerdings mit derselben Stoßrichtung wie sein linksliberaler Kollege:

Meine Herren, ich habe mich umgesehen und habe andere Leute [...] befragt, ob in irgend einem Lande ein analoges Verhältnis existire wie das, welches durch dieses Gesetz und durch diesen Reichszuschuß geschaffen werden soll. Ich habe nichts gefunden; und die, welche ich gefragt habe, haben mir gesagt: nein, ein Analogon gibt es nicht, das ist ein rein neuer Gedanke, der hier in Deutschland aufgetaucht ist.³²⁰

Auch hier folgte der regierungsamtliche Widerspruch auf dem Fuß, verkündete Vizekanzler Bötticher doch noch unmittelbar nach Windthorsts Redebeitrag:

³¹⁸ StBRt V/4 (1884), 53/II.

³¹⁹ Ebd., 74/II f.; 75/II.

³²⁰ 30.03.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1142/I).

Nun [...] hat der Herr Abgeordnete Windthorst sich umgesehen nach Vorgängen in der Gesetzgebung anderer Länder. Er hat gemeint, so viel er auch geforscht habe, habe er einen Vorgang für diese Art der Gesetzgebung, für den Zwang, der hier ausgeübt werden solle, für die Theilnahme des Reichs bei der Aufbringung der Wohlthaten des Gesetzes, nicht entdecken können. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat Recht: es ist ein Vorgehen der deutschen Gesetzgebung, das bisher ohne Beispiel in der Weltgeschichte dasteht: allein es ist ja nicht das erste Vorgehen des deutschen Reichs, das in der Weltgeschichte ohne Beispiel dasteht! (Sehr richtig! rechts.)³²¹

Im Unterschied zu den anderen beiden Situationen, in denen über den Innovationscharakter der Sozialversicherung diskutiert worden war, war der Diskussionsbedarf nach der Erwidernung noch nicht gestillt, wie ein Statement Landelin Winterers (bkF) wenig später zeigt:

Der Staat nimmt eine Verpflichtung auf sich, die er bis jetzt in *dieser Weise* niemals anerkannt hat; er macht sich mit dem Steuerzahler zum *direkten* Mitverpflichteten in der Frage der Versorgung der altersschwachen Arbeiter; [...] er nimmt auf dem sozialen Gebiet eine ganz neue Stellung ein, er begnügt sich nicht mehr mit der Rolle des Beschützers des Rechts, des Beschützers der Schwachen, sondern er will mehr oder weniger der allgemeine Brodvater sein. (Sehr gut! im Zentrum und links)³²²

Vom selben Tag datieren zwei weitere Stellungnahmen zu diesem Thema. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (DKP) – nicht zu verwechseln mit seinem entfernten Verwandten Otto,³²³ der als Vizekanzler Vorgänger Böttichers war und, wie bereits erwähnt worden ist,³²⁴ schon 1878 gemeinsam mit seinem Mitarbeiter und Vertrauten Robert Bosse auf eine Ergänzung der Repressionspolitik gegenüber der Sozialdemokratie durch eine staatliche Sozialpolitik gedrängt hatte – widersprach Windthorst und Winterer. Er schlug indes einen anderen Weg als Bötticher ein, indem er ebenso wie Bismarck am 15. März 1884 bzw. die vom Reichskanzler diesbezüglich inspirierte Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage die Ansicht vertrat, die mit der Sozialversicherung vom Staat übernommene Fürsorgepflicht für seine hilfsbedürftigen Mitglieder sei alles andere als neu, vielmehr wurzele sie in der Tradition des preußischen Staates und sei in der aktuellen Form lediglich eine Weiterentwicklung bereits seit langem vorhandener Strukturen:

Ich muß entschieden der Behauptung entgegentreten, als ob mit der Kaiserlichen Botschaft, mit der ganzen sozialen Gesetzgebung inklusive des Reichszuschusses etwas absolut neues eingeführt würde, was der Tradition diametral entgegenstehe. [...] Das preußische Königthum ist von jeher insofern ein soziales gewesen, als es sich die Fürsorge für die ärmeren und schwächeren Theile des Volkes in hervorragender Weise hat angelegen sein lassen [...]. Dieser soziale Beruf des preußischen Staats ist auch gesetzgeberisch fixirt worden. Das allgemeine preußische Landrecht enthält im Gegensatz zu anderen Gesetzgebungen sehr weitgehende Grundsätze in Bezug auf die Pflicht des Staates, für die ärmeren, wirthschaftlich schwächeren Theile des Volkes zu sorgen. Alle diejenigen, welche das Allgemeine Landrecht kennen, werden wissen, daß die in demselben über diese Materie aufgestellten Grundsätze mindestens ebenso weit reichen wie dieser Gesetzesentwurf.³²⁵ Die ganze jetzige soziale Gesetzgebung steht nicht im Gegensatz zu unserer Vergan-

³²¹ 30.03.1889 (ebd., 1144/I).

³²² 04.04.1889 (ebd., 1263/I).

³²³ Die Großväter der beiden Stolberg-Wernigerodes waren Geschwister.

³²⁴ Vgl. Kapitel III, Fußnoten 28; 125.

³²⁵ Diesem Befund wird man schwerlich zustimmen können. Zwar sah das Allgemeine Landrecht eine Fürsorgepflicht der Kinder für kranke und pflegebedürftige Eltern vor (vgl. Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, II, 2, § 63), dagegen konnten invalide Dienstboten nach dem Ende der Dienstzeit an die öffentlichen Armenpflege abgeschoben werden (vgl. ebd., II, 5, § 92). Eine Fürsorgepflicht der Herrschaft für erkrankte

genheit, sondern man kann im Gegenteil sagen: sie ist die Kodifizierung der im Allgemeinen Landrecht über diese Frage niedergelegten Prinzipien unter Anpassung an die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse.³²⁶

Der nationalliberale Parteiführer Rudolf von Bennigsen pflichtete Stolberg-Wernigerode im Wesentlichen bei und versuchte sich darüber hinaus an der Formulierung einer kompromissfähigen Aussage über den Innovationscharakter der Sozialversicherung:

Nun, meine Herren, was die Stellung des Staats und des Reichs zu derartigen sozialpolitischen, überhaupt wirtschaftlichen Aufgaben anlangt, so bitte ich, doch einmal zu berücksichtigen, daß nicht etwa in neuerer Zeit, sondern seit Menschenalter und Jahrhunderten der Staat und seine Finanzmittel in Fällen, wo die Kräfte der Einzelnen nicht ausreichen, eintreten für Aufgaben, die keineswegs lediglich die Gesamtheit betreffen [...]. Ich meine z. B. Bahnen, die der Staat selbst baut, [...] Hafenanlagen, Kanalbauten [...], in früheren Zeiten Chausseeanlagen – das sind Aufgaben, die vielleicht einem recht großen Kreise [...], aber niemals dem Ganzen als solchem zu gute kommen [...]. Meine Herren, jetzt [...] beschäftigt sich der Staat auch hinsichtlich dieser seiner Fürsorge – und im vorliegenden Gesetz mit einem bedeutenden jährlichen Zuschuß – in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Auf diesem Gebiete ist es etwas neues, auf den übrigen Gebieten war es seit Jahrhunderten vorhanden, und da ist es allerdings eine Erscheinung, die speziell für Deutschland charakteristisch ist.³²⁷

Offenbar fiel Bennigsen's Kompromissangebot auf fruchtbaren Boden, jedenfalls regte sich bis zum Ende der Sozialversicherungsdiskussion kein weiterer Diskussionsbedarf zu diesem Thema, lediglich Ludwig Windthorst (Zentrum) bestritt am selben Tag die Stichhaltigkeit von Bennigsen's Vergleich zwischen öffentlich-rechtlicher Sozialversicherung und staatlich geschaffener Infrastruktur.³²⁸

Die Diskussion über den Innovationscharakter der Sozialversicherung bzw. seine Verankerung im Traditionsbestand staatlicher oder obrigkeitlicher Fürsorgepolitik mag auf den ersten Blick als vergleichsweise nachrangiger Gegenstand der Sozialversicherungsdiskussion erscheinen, bei eingehender Betrachtung wird gleichwohl die nicht zu unterschätzende Brisanz dieses Themas deutlich, was offenbar von den Regierungsvertretern ebenso gesehen wurde, sonst hätten sie sich nicht so vehement an der Diskussion beteiligt. Ein weiteres Indiz für die Bedeutsamkeit dieses Themas ist seine Erwähnung in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage. Dort wurde die Sozialversicherung gerade nicht als Innovation, sondern als Weiterentwicklung der in der „christlichen Gesittung“ wurzelnden modernen Staatsidee charakterisiert, um damit dem zu erwartenden Sozialismusvorwurf gegenüber diesem Gesetzesprojekt die Spitze abzubreaken, indem er, wenn er schon nicht zu entkräften war, auf allgemein akzeptierte Institutionen übertragen wurde.

Dienstboten bestand nur für den Fall, dass keine Angehörigen zur Krankenpflege herangezogen werden können (vgl. ebd., § 88).

³²⁶ 04.04.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1264/I).

³²⁷ 04.04.1889 (ebd., 1276/I f.).

³²⁸ „Meine Herren, wenn aber die Industrie behufs Herstellung der Versicherung wirklich Hilfe nöthig hat, so entsteht die Frage: ist denn solche Hilfe in *dieser Form dauernd* nöthig? Wenn ich irgend einen Zuschuß geben soll, um die Sache in Gang zu bringen, [...] kann vielleicht von der Sache die Rede sein, und dann können Beispiele der Art, wie sie der Herr Abgeordnete von Bennigsen [...] angeführt hat, vielleicht auch als wegweisend erscheinen, und ähnliches hier Platz greifen. Aber eine derartige Organisation des Arbeiterstandes, wie sie jetzt in der Vorlage beabsichtigt wird, mit direkten Zuschüssen des Staates, deren Ende und Maß gar nicht abzusehen ist, kann mit jenen Beispielen in keiner Weise verglichen werden.“ (ebd., 1279/II).

Nachdem anlässlich der ersten Beratung der ersten Unfallversicherungsvorlage die gegen die Argumentation aus der Gesetzesbegründung gerichteten Statements lediglich von einem Abgeordneten zu entkräften versucht worden waren, traten bei den Beratungen des dritten Unfallversicherungsentwurfs sowie der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage mit Kanzler und Vizekanzler jeweils hochrangige Regierungsvertreter auf den Plan, um den Innovationscharakter der Sozialversicherung zu relativieren. Dabei wiederholte Bismarck lediglich die auf ihn zurückgehende Argumentation aus der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage, während Bötticher unter Aussparung des von Bismarck verwendeten Sozialismusbegriffs zugestand, dass das Deutsche Reich mit der Sozialversicherung tatsächlich eine Vorreiterrolle übernommen habe, auf die man stolz sein könne. Dieses Kompromissangebot wurde indes nicht angenommen, Landelin Winterer (bkF) wiederholte Windthorsts Vorwurf und verschärfte ihn noch, was Udo von Stolberg-Wernigerode (DKP) seinerseits mit einer Wiederholung der Bismarckschen Argumentation beantwortete. Die Diskussion endete mit einem weiteren Kompromissangebot, in welchem Rudolf von Bennigsen (NLP) den Innovationscharakter der Sozialversicherung anerkannte, gleichzeitig jedoch auf verwandte Vorläufer hinwies.

Insofern verlief der Streit um den Innovationscharakter der Sozialversicherung zwar recht unspektakulär, diese Entwicklung war am Anfang der Sozialversicherungsdiskussion allerdings durchaus nicht so und schon gar nicht alternativlos vorgezeichnet gewesen. Es ist leicht vorstellbar, dass eine stärkere Betonung der mittels des Sozialversicherungsprojekts beabsichtigten tief greifenden institutionellen Umgestaltung der traditionellen Armenpflege vonseiten der Sozialversicherungsgegner möglicherweise den einen oder anderen konservativen Sozialversicherungsbefürworter unsicher gemacht und zu denselben Einsichten und Schlussfolgerungen, wie sie bei der Mehrheit der Zentrumsfraktion zu beobachten gewesen sind, gebracht hätte. Wenn die Entwicklung der Sozialversicherungsdiskussion letztlich anders verlief, liegt das an den fraktionellen Bindekräften, der überraschend bereitwilligen Annahme des Sozialismusbegriffs (dessen einzuhegende Sprengkraft der Anlass für die Einführung des Arguments von der Traditionalität der Sozialversicherung gewesen war) durch die Mehrheit der konservativen Abgeordneten sowie vielleicht auch an einem mangelnden Einfühlungsvermögen der linksliberalen und sozialdemokratischen Sozialversicherungsgegner in den Ziel- und Wertehorizont ihrer konservativen Kollegen.

Vonseiten der Reichsleitung war die Gefährlichkeit der Diskussion um den Innovationscharakter der Sozialversicherung indes erkannt worden, wie die prompten Reaktionen Bismarcks und Böttichers gezeigt haben.

3.6. Verwendete Bibelzitate

Es mag verwundern, wenn auf die im Zuge der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag verwendeten Verweise auf Bibelstellen erst am Ende dieser Darstellung eingegangen wird, schließlich zählen solche Verweise zweifellos zu den prominentesten Beispielen religiöser Kommunikation innerhalb der parlamentarischen. Gleichwohl wurden Bibelzitate – der bereits im Abschnitt 3.1.2 gewürdigte Vers aus dem 1. Petrusbrief stellt hier eine singuläre Besonderheit dar – ausschließlich aus rhetorischen Gründen und zudem recht selten eingesetzt, es entspann sich über keine dieser biblischen Aussagen eine Diskussion, mit Ausnahme des genannten Petrusverses erfolgten keine Diskussionen mittels bestimmter Bibelzitate, auch Bezugnahmen auf bereits erwähnte Bibelpassagen finden sich kaum.

Dennoch gebührt den im Laufe der Sozialversicherungsdebatten angebrachten Verweisen auf Bibelstellen in diesem Zusammenhang selbstverständlich Aufmerksamkeit, ist bei diesen doch der Charakter der religiösen Kommunikation offensichtlich und gewollt, auch wenn ihre Bedeutung für die parlamentarische Kommunikation geringer zu veranschlagen ist als etwa die

der Rede vom christlichen Staat oder vom praktischen Christentum. Gleichwohl erfüllten auch diese Bibelzitate eine kommunikative Funktion, konnte durch ihren Einsatz doch manches Argument deutlicher bzw. plastischer gemacht und damit besser kommuniziert werden. Die direkten Schriftzitate, die ausdrücklich als solche markiert werden bzw. in denen ganze Verse wiedergegeben werden, sind überraschend selten anzutreffen; jedenfalls nehmen sich sieben direkte Bibelzitate in 67 Parlamentssitzungen mit über zweitausend Wortmeldungen angesichts der mitunter recht häufigen Verwendung anderer religiöser Termini resp. religiös geprägter Semantik nicht allzu bedeutend aus. Diese sieben direkten Zitate entstammen der Diskussion der ersten Unfallversicherungsvorlage sowie des Entwurfs für die Invaliditäts- und Altersversicherung und wurden von Vertretern verschiedener Fraktionen und Konfessionen verwendet, sodass sich als erster Befund festhalten lässt, dass unter den Reichstagsabgeordneten keinerlei Berührungsängste gegenüber Bibelzitaten bestanden, wenn dieselben auch selbstverständlich mit unterschiedlichen Stoßrichtungen vorgebracht wurden. Im Folgenden seien diese sieben Zitate wiedergegeben:

Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller“, „das reine Manchesterthum in der Politik“, „Jeder sehe, wie ers treibe, Jeder sehe, wo er bleibe“, „wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedgerannt und zu Boden getreten“, „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem genommen“ – daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegentheil, ich glaube, daß Diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz des Schwächeren perhorreszieren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der Anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird.³²⁹

Ich finde, daß das sogenannte ethische Moment dem Gedanken, den der Herr Reichskanzler als seinen höchsten Staatsgedanken bezeichnete, als ein vollkommener Widerspruch gegenüber steht. Evangelisch ist der Gedanke, wie er hier ausgedrückt ist, ganz gewiß nicht, denn das Evangelium sagt: die linke Hand soll nicht wissen, was die rechte gibt, und wird gewiß deswegen nicht die Auffassung begründen, daß man etwas gibt, damit sich der Andere recht verpflichtet und dankbar fühlt.³³⁰

Das Geschrei, welches gegen die Aktien erhoben worden ist, ist in der Hauptsache von den Leuten erhoben worden, die erst in der Hoffnung, durch die Aktiengesellschaften Gewinn zu machen, sich selbst als Aktionäre beteiligt haben, und die in dieser Hoffnung getäuscht worden sind; es ist auch hier die alte Sache, daß die Leute, wenn sie gewinnen, Hosianna rufen und nachher, nachdem Verlust eingetreten, kreuzigt ihn!³³¹

Ich glaube, daß es ein richtiger Grundsatz in jeder Lage des Lebens, vor allem aber bei der Verwaltung eines großen Gemeinwesens ist, keine öffentliche Erklärung über die Behandlung spe-

³²⁹ Otto Fürst von Bismarck, 02.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 712/II). „Denn wer hat, dem wird gegeben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat.“ (Mk 4,25; vgl. auch Mt 13,12; 25,29; Lk 19,26). Das dritte Zitat entstammt dem Goetheschen Gedicht „Beherzigung“ (vgl. Goethe, Johann Wolfgang von: Berliner Ausgabe, hg. von Siegfried Seidel, Bd. 1,1, Berlin 1965, 46), das vierte Zitat möglicherweise aus Jeremias Gotthelfs Roman „Uli der Pächter“ (vgl. Gotthelf, Jeremias: Ausgewählte Werke in 12 Bänden, hg. von Walter Muschg, Zürich 1978, Bd. 2, 375).

³³⁰ Ludwig Bamberg (LV), 02.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1541/I). „Wenn du Almosen gibst, soll deine linke Hand nicht wissen, was deine rechte tut.“ (Mt 6,3).

³³¹ Arthur Eysoldt (DFP), 11.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1649/I). „Die Leute, die vor ihm hergingen und die ihm folgten, riefen: Hosanna! Gesegnet sei er, der kommt im Namen des Herrn! [...] Pilatus wandte sich von neuem an sie und fragte: Was soll ich dann mit dem tun, den ihr den König der Juden nennt? Da schrien sie: Kreuzige ihn!“ (Mk 11,9; 15,12 f.).

zieller Fragen früher abzugeben, als es nach Lage der Dinge nöthig ist. Auch in dieser Beziehung gilt das alte Wort: „ein jeder Tag wird für das Seine sorgen“.³³²

Kein Mensch vermag heute zu übersehen, wer einmal, wenn er alt und invalid ist, eine Rente bekommt oder nicht. Viele sind berufen, aber wenige auserwählt.³³³

Ich muß sagen, daß ich sehr wünschen würde, daß die verbündeten Regierungen [...] mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß das Ansehen des ländlichen Arbeiters wieder mehr gehoben werde. Denn, meine Herren, der Mensch lebt nicht vom Brote allein, und es ist oft nicht der baare Lohn, der die Jugend nach den Städten zieht, es ist die freie Lebensweise. [...] Wir müssen mit aller Kraft dahin arbeiten, in unserer Jugend die Achtung vor dem vierten Gebot, *vor jedem grauen Haupt*, wieder zur Geltung bringen, gerade in den Arbeiterkreisen unter sich.³³⁴

Gott hat in der Welt einen Unterschied in der Austheilung des Vermögens zugelassen, und in der heiligen Schrift steht, im alten wie im neuen Testament, es werde immer Arme wie Reiche geben. Hier machen wir nun den babylonischen Versuch, (Zurufe) – ich denke dabei an den babylonischen Thurm, – (Heiterkeit) diese Bibelworte theilweise außer Geltung zu setzen.³³⁵

Neben diesen direkten Bibelzitaten lassen sich in der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag neun weitere eindeutige Verweise auf die heilige Schrift finden, bei denen biblische Aussagen nicht als solche wiedergegeben werden, sondern vielmehr als treffende Formulierungen von hohem Bekanntheitsgrad für die jeweilige Stoßrichtung der Wortmeldung nutzbar gemacht wurden. Diese neun indirekten Bibelzitate entstammen den Beratungen der drei Unfallversicherungsvorlagen sowie des Krankenversicherungsentwurfs und sollen hier ebenfalls (bei Dopplungen als Fußnote) wiedergegeben werden:

[...] der Herr Vorredner erinnerte an das Motiv, daß das Gesetz zurückgeführt werde auf den christlichen Staat. [...] wenn wir genau reden, dann ist diese Verbindung eine *contradictio in adjecto*, ein logisches Unding. Das Christenthum beruht auf freier Wahl, die jeden Tag bestätigt oder zurückgenommen wird, das Staatsbürgerthum beruht auf einer unabwendbaren Naturnothwendigkeit, so lange also Freiheit und Nothwendigkeit im Widerspruch stehen, – und das ist während des ganzen gegenwärtigen Weltlaufs der Fall, so lange hat es einen christlichen Staat niemals gegeben und wird es niemals einen geben, bis das tausendjährige Reich kommt.³³⁶

Meine Herren, darin liegt eine große Gefahr, daß, wenn das Gesetz zur Wahrheit wird, der Arbeitgeber denkt: wenn ich auf Grund des Gesetzes oder noch über das Gesetz hinaus meine

³³² Helmuth Freiherr von Maltzahn (Finanzminister, vordem MdR [DKP]), 04.04.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1262/I). „Sorgt euch also nicht um morgen; denn der morgige Tag wird für sich selbst sorgen. Jeder Tag hat genug eigene Plage.“ (Mt 6,34).

³³³ Arnold Lohren (RFKP), 07.05.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1555/I). „Denn viele sind gerufen, aber nur wenige auserwählt.“ (Mt 22,14).

³³⁴ Arnold von Frege-Weltzin (DKP), 08.05.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1587/II; 1588/II). „Durch Hunger hat er dich gefügig gemacht und hat dich dann mit dem Manna gespeist, das du nicht kanntest und das auch deine Väter nicht kannten. Er wollte dich erkennen lassen, daß der Mensch nicht nur von Brot lebt, sondern daß der Mensch von allem lebt, was der Mund des Herrn spricht.“ (Dtn 8,3; vgl. auch Mt 4,4; Lk 4,4). „Ehre deinen Vater und deine Mutter, damit du lange lebst in dem Land, das der Herr, dein Gott, dir gibt.“ (Ex 20,12; vgl. auch Dtn 5,16).

³³⁵ Ludwig Windthorst (Zentrum), 20.05.1889 (StBRt VII/4 [1888/89], 1855/II). „Die Armen werden niemals ganz aus deinem Land verschwinden. Darum mache ich dir zur Pflicht: Du sollst deinem notleidenden und armen Bruder, der in deinem Land lebt, deine Hand öffnen.“ (Dtn 15,11). „Denn die Armen habt ihr immer bei euch, und ihr könnt ihnen Gutes tun, so oft ihr wollt; mich aber habt ihr nicht immer.“ (Mk 14,7; vgl. auch Mt 26,11; Joh 12,8).

³³⁶ Michael Baumgarten (NLP), 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 697/I). Zum tausendjährigen Reich vgl. Offb 20,1-6.

Schuldigkeit thue und den Arbeiter mit seinem vollen Lohne versichere, habe ich meine Pflicht gethan, wasche meine Hände in Unschuld und ich thue weiter nichts mehr³³⁷.

Herr Kollege Löwe, Sie sehen den Splitter im Auge Ihres Gegners und den Balken im eigenen Auge nicht. (Ah! links. Sehr richtig! rechts.)³³⁸

[...] so wird doch das Haus und namentlich die Arbeitswelt am glücklichsten sein, wenn in der That ein verbessertes Haftpflichtgesetz eingeführt wird [...]; dann ist den Arbeitern wirklich Brot gegeben und nicht, wie durch diese Gesetze, Stein!³³⁹

Sie haben beschlossen, daß die Hinterbliebenen solcher Verunglückter, welche den Unglücksfall mit Absicht herbeigeführt haben, keinerlei Entschädigung erhalten sollen; „die Sünden der Eltern sollen an den Kindern bestraft werden“. Meine Herren, *diese Ahndung der That an einem zweiten, vollkommen Unschuldigen mag sehr christlich sein, aber sie ist sehr wenig menschlich!*³⁴⁰

Er [August Bebel; PE] irrt sich, wenn er glaubt, daß die christliche Kirche gegründet sei auf die Kapitalsäcke der Bourgeoisie. Das ist nicht der Fall; die christliche Kirche ist gegründet auf einen unerschütterlichen, unüberwindlichen Felsen, und dieser Felsen wird nicht überwunden werden durch philosophische Systeme oder politische Agitationen.³⁴¹

Meine Herren, ich war einigermaßen gespannt darauf, wie der frühere Saulus [Franz Armand Buhl] seine Bekehrung zum Paulus rechtfertigen würde.³⁴²

Die angeführten Passagen aus den Redebeiträgen haben den eingangs erwähnten Befund bestätigt, dass direkte oder indirekte Bibelzitate, so selten sie während der parlamentarischen Diskussion um die Bismarcksche Sozialversicherung eingesetzt wurden, von Abgeordneten aller Fraktionen und Konfessionen ohne Vorbehalte und Berührungsängste verwendet wurden. Hinsichtlich der Gründe für die Verwendung von Bibelziten lässt sich festhalten, dass diese von

³³⁷ Karl Ferdinand Stumm (RFKP), 11.06.1881 (StBRt IV/4 [1881], 1631/II f.). „Als Pilatus sah, daß er nichts erreichte, sondern daß der Tumult immer größer wurde, ließ er Wasser bringen, wusch sich vor allen Leuten die Hände und sagte: Ich bin unschuldig am Blut dieses Menschen. Das ist eure Sache!“ (Mt 27,24).

³³⁸ Friedrich Hammacher (NLP), 29.05.1883 (StBRt V/2 [1882/83], 2641/II). „Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?“ (Mt 7,3; Lk 6,41).

³³⁹ Ludwig Loewe (DFrP), 14.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 68/II). „Oder ist einer unter euch, der seinem Sohn einen Stein gibt, wenn er um Brot bittet“ (Mt 7,9). Dieses Bildes bedienten sich später auch zwei sozialdemokratische Abgeordnete: Karl Grillenberger, 06.12.1888: „Aber glauben Sie niemals, daß die deutschen Arbeiter die ungerechte Hand küssen werden, mit der Sie gegenwärtig das Ausnahmegesetz gegen dieselben handhaben, glauben Sie nicht, daß sie die Hand küssen werden, wenn ihnen von derselben statt des wohlverdienten Brodes schließlich Steine geboten werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)“ (StBRt VII/4 [1888/89], 161/I f.); Paul Singer, 12.04.1889: „[...] die Arbeiter werden sagen: man bietet uns hier Steine statt Brod“ (ebd., 1540/I). Bereits am 15.06.1882 war im „Sozialdemokrat“ ein Artikel mit der Überschrift „Steine statt Brod“ erschienen, der sich allerdings nicht mit der Sozialversicherungsgesetzgebung, sondern mit der Arbeitskolonie „Wilhelmsdorf“ bei Berlin beschäftigte (vgl. Der Sozialdemokrat. Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie, Nr. 25/1882, 1).

³⁴⁰ Georg von Vollmar (SAPD), 17.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 809/II). „Der Herr ging an ihm vorüber und rief: Jahwe ist ein barmherziger und gnädiger Gott, langmütig, reich an Huld und Treue: Er bewahrt Tausenden Huld, nimmt Schuld, Frevel und Sünde weg, läßt aber (den Sünder) nicht ungestraft; er verfolgt die Schuld der Väter an den Söhnen und Enkeln, an der dritten und vierten Generation.“ (Ex 34,6 f.). „Du sollst dich nicht vor anderen Göttern niederwerfen und dich nicht verpflichten, ihnen zu dienen. Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifersüchtiger Gott: Bei denen, die mir feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen und an der dritten und vierten Generation; bei denen, die mich lieben und auf meine Gebote achten, erweise ich Tausenden meine Huld.“ (Dtn 5,9 f.).

³⁴¹ Carl Hubert Maria Freiherr von Wendt-Papenhausen (Zentrum), 27.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 1109/II). „Ich aber sage dir: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen, und die Mächte der Unterwelt werden sie nicht überwältigen.“ (Mt 16,18).

³⁴² Eugen Richter (DFrP), 27.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 1115/I). Vgl. Apg 9,1-22; 22,6-16.

den Parlamentariern zur Untermauerung eigener Thesen und Forderungen benutzt wurden, wobei es nicht so sehr darauf ankam (insbesondere bei sozialdemokratischen Abgeordneten sowie jüdischen Parlamentariern wie Bamberger und Loewe, die aus dem Neuen Testament zitierten), ob der Redner diese Autorität selbst anerkennt; entscheidend war vielmehr, dass eine besondere Wertschätzung der Bibel bei der Mehrzahl der Adressaten des Redebeitrags als gegeben vorausgesetzt werden konnte. Die zitierten Stellungnahmen Baumgartens und Wendt-Papenhausens zeigen, dass diese Wertschätzung durchaus in hohem Maß vorhanden war. Eine etwas andere Schattierung haben die Statements Bismarcks, Stumms und Vollmars. Hier wurde nicht auf die Autorität der Bibel spekuliert, sondern diese Autorität sogar ein wenig relativiert, indem sie zwar nicht explizit bestritten, indes die Gültigkeit gewisser Aussagen für den konkreten Fall bestimmter Regeln der geplanten Sozialversicherung verneint wurde. Neben diesen als Bibelzitate eindeutig identifizierbaren Textstellen gibt es etwa ein Dutzend weitere Passagen, in denen ein biblischer Bezug sehr wahrscheinlich ist, gleichwohl nicht zweifelsfrei belegt werden kann. Hierfür nur drei Beispiele:

Nicht die Stärkung der Zentralgewalt ist ein Schutz vor der Revolution, sondern nur die Stärkung des Lebens, das den ganzen Volkskörper durchströmt, die Stärkung aller einzelnen Glieder des Volksorganismus. (Bravo!)³⁴³

Haben wir es nicht eben erlebt, daß, wer je einmal bei ihm [Bismarck; PE] in dem Verdacht stand, ihm Opposition gemacht zu haben, nicht bloß ausgestrichen sein muß aus dem Buche der Lebendigen, sondern auch aus dem Buche der Todten; er darf als anerkannter Arbeiter in vaterländischen Dingen nicht mehr existieren.³⁴⁴

Es ist geradezu das größte Unrecht, was diese Vorlage für die Arbeiter involvirt. Ich bin fest überzeugt, nehmen Sie die Anträge, wie sie die Kommission vorschlägt, an, so säen Sie Wind, und wer Wind säet, wird Sturm ernten? Ich glaube, nicht ein einziger Arbeiter kann dem zustimmen, daß Sie ihm auf der einen Seite die Lasten aufhalsen und auf der anderen Seite ihm jedes Recht absprechen.³⁴⁵

Wenn die während der Reichstagsdiskussion um die Bismarcksche Sozialversicherung verwendeten Bibelzitate vorwiegend vergleichsweise willkürlich zur Unterstreichung der Meinungen und Absichten der einzelnen Redner gebraucht wurden, so darf an dieser Stelle die einzige von diesem Befund abweichende Verwendung eines Schriftzitats nicht vernachlässigt werden. Es handelt sich um den bereits mehrfach erwähnten und im Abschnitt 3.1.2 eingehend gewürdigten Vers aus dem ersten Petrusbrief: „Erweist allen Menschen Ehre, liebt die Brüder, fürchtet Gott, und ehrt den Kaiser!“ (1 Petr 2,17), der im Zuge der Diskussion um den Liebes-

³⁴³ Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), 01.04.1881 (StBRt IV/4 [1881], 691/I). „Denn wie wir an dem einen Leib viele Glieder haben, aber nicht alle Glieder denselben Dienst leisten, so sind wir, die vielen, ein Leib in Christus, als einzelne aber sind wir Glieder, die zueinander gehören.“ (Röm 12,4 f.; vgl. auch 1 Kor 12,12-31a).

³⁴⁴ Ludwig Bamberger (DFrP), 15.03.1884 (StBRt V/4 [1884], 85/I). „Sie seien aus dem Buch des Lebens getilgt und nicht bei den Gerechten verzeichnet.“ (Ps 69,29). „Ich sah die Toten vor dem Thron stehen, die Großen und die Kleinen. Und Bücher wurden aufgeschlagen; auch das Buch des Lebens wurde aufgeschlagen. Die Toten wurden nach ihren Werken gerichtet, nach dem, was in den Büchern aufgeschrieben war. Und das Meer gab die Toten heraus, die in ihm waren; und der Tod und die Unterwelt gaben ihre Toten heraus, die in ihnen waren. Sie wurden gerichtet, jeder nach seinen Werken. Der Tod und die Unterwelt aber wurden in den Feuersee geworfen. Das ist der zweite Tod: der Feuersee. Wer nicht im Buch des Lebens verzeichnet war, wurde in den Feuersee geworfen.“ (Offb 20,12-15).

³⁴⁵ Wilhelm Stolle (SAPD), 20.06.1884 (StBRt V/4 [1884], 892/II). „Denn sie säen Wind, und sie ernten Sturm.“ (Hos 8,7a).

begriff während der Beratung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage eine erstaunlich häufige Verwendung erfuhr. Da diese Diskussion schon ausführlich geschildert worden ist, soll hier lediglich der von den bisher erwähnten Verwendungen von Bibelziten stark abweichende Gebrauch des Petruszites nachgezeichnet werden.

In die Diskussion eingeführt wurde das Petruszitat durch den Innenstaatssekretär und Vizekanzler Bötticher, dessen Reichstagsrede am 6. Dezember 1888 die parlamentarische Auseinandersetzung mit dem Invaliditäts- und Altersversicherungsentwurf eröffnete. Nachdem Bötticher die Einzelheiten der Gesetzesvorlage vorgestellt hatte, warb er mit Verweis auf die Kaiserliche Sozialbotschaft vom 17. November 1881 und das sozialpolitische Engagement der beiden verstorbenen Kaiser eindringlich für die Vorlage, bat um eine sorgfältige Beratung derselben und schloss mit dem erwähnten Petruszitat:

Lassen Sie sich, meine Herren, bei den Beratungen, in die wir ernst und eifrig eintreten wollen, von der Devise leiten: Liebet die Brüder! (Lebhaftes Bravo)³⁴⁶

Noch während dieser ersten Lesung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage wurde auf den Petrusvers mehrfach Bezug genommen, wodurch bereits dessen herausragende Bedeutung als einziges in der parlamentarischen Sozialversicherungsdiskussion eine tragende Rolle spielendes Bibelzitat markiert wird.

Allein vom 10. Dezember 1888 stammen vier Bezugnahmen. Der polnische Abgeordnete Roman von Komierowski verwendete den Petrusvers, um die prinzipielle Zustimmung seiner Fraktion zum Versicherungsprojekt, zum staatlichen Engagement auf dem Feld der christlichen Nächstenliebe zum Ausdruck zu bringen, er verband diese Aussage allerdings mit der Bitte die Pflichten der christlichen Nächstenliebe auch gegenüber der polnischen Bevölkerung des Deutschen Reichs nicht zu vernachlässigen:

Deshalb verstehen wir den Appell, den der Herr Staatsminister von Bötticher an dies Haus gerichtet hat am Schlusse seiner Rede: Liebet die Brüder! – sehr wohl. *Nächstenliebe haben wir in unserer wechselvollen Geschichte, sei es in guten, sei es in bösen Tagen, stets angestrebt und geübt; aber wir bitten auch, daß uns gegenüber dasselbe gewährt werde.* (Bravo! bei den Polen.)³⁴⁷

Der elsass-lothringische Abgeordnete Charles Grad (PrP) verband seine Kritik an einzelnen vorgesehenen Bestimmungen der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage mit dem Wunsch, die Beratung der Vorlage möge nicht überstürzt und das Bewusstsein um die Grenzen des Machbaren nicht getrübt werden:

Meine Herren, liebet die Brüder, alle für einen und einer für alle! Mit diesen Prinzipien bin ich völlig einverstanden; indessen in dem, was wir schaffen, mögen wir nur vorsichtig sein und nicht mehr versprechen, als wir auf die Dauer halten können.³⁴⁸

Heinrich Rickert (DFrP) stellte die Frage, welchen Brüdern welche Liebe zuteil werden soll, schließlich enthalte der Gesetzentwurf mit der Belastung aller Steuerzahler durch den Reichszuschuss sowie dem möglichen Beitragsverlust aufgrund frühen Todes genügend Bestimmungen, die nicht gerade zur Verwendung des Liebesbegriffs einladen:

³⁴⁶ StBRt VII/4 (1888/89), 145/II.

³⁴⁷ Ebd., 202/II.

³⁴⁸ Ebd., 204/II.

Das, meine Herren, nennen Sie Gerechtigkeit, das nennen Sie eine sozialpolitische Maßregel mit der Devise: „Liebet die Brüder!“ Ja, meine Herren, es kommt dabei darauf an, welche Brüder Ihre Liebe trifft, vide Kornsteuergesetz, vide Schnapssteuergesetz (Bewegung. Heiterkeit) Ja, meine Herren, es ist die Frage, welche Brüder geliebt werden sollen³⁴⁹.

Rickert führte diesen Gedanken später fort, indem er die auf alltäglichen Verbrauchsgütern lastenden Steuern erwähnte, die einen nicht geringen Teil des Budgets eines Geringverdienerhaushalts verschlingen, weswegen die Verwendung dieser Gelder u. a. für einen Reichszuschuss zur Sozialversicherung kaum als Nächstenliebe bezeichnet werden kann:

Ja, meine Herren, „liebet die Brüder“; das kommt mir gar nicht aus den Ohren, dieses Wort, mit dem der Herr Staatssekretär seine Rede, die ja wirklich sehr zu Herzen ging, schloß. Dann kommen mir doch so die Bilder bei den Debatten über den Getreidezoll, über den Petroleumzoll, über den Schmalzzoll und ähnliche Dinge: 150 Millionen hat das deutsche Volk in den letzten Jahren allein aufgelegt an Zöllen für die unentbehrlichsten Dinge [...]. Ja, meine Herren, wie steht es denn da mit der Devise: „liebet die Brüder?“ Wir sind bereit, ihr zu folgen, aber dann auch überall.³⁵⁰

Vizekanzler Bötticher ließ Rickerts Umgang mit dem Petrusvers nicht unwidersprochen, sondern konterte sofort. Er warf Rickert (zu Recht) vor, dieser habe keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Gesetzesvorlage gemacht, konnte indes dessen Kritik an der Belastung durch indirekte Steuern schwerlich entkräften, was er darum auch gar nicht erst nicht versuchte:

Wäre die Absicht des Herrn Vorredners darauf gerichtet, die Mängel der Vorlage zu beseitigen, wäre es ihm wirklich Ernst mit der auch von ihm adoptierten Devise: liebet die Brüder! um im Sinne christlicher Charität an das Werk zu gehen und die Fürsorge, die dem Arbeiter nach unserem sozialpolitischen Programm werden soll, ihm auch wirklich zu verschaffen, [...] – dann, meine Herren, brauchte der Herr Vorredner diese Rede nicht zu halten. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. – Abgeordneter Rickert: Gründe!)³⁵¹

Vier weitere Bezugnahmen auf den Petrusvers entstammen der zweiten Lesung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage, eine der dritten Lesung. Am 29. März 1889 wiederholte Reinhart Schmidt (DFrP) den bereits erwähnten Standpunkt Grads (PrP), indem er daran erinnerte, dass bei einer übereilten Beratung des Gesetzentwurfs die Bruderliebe auf der Strecke zu bleiben drohe:

Wenn trotzdem jetzt eine gewisse Uebereilung beliebt werden sollte, so bedaure ich das sehr. Das aber muß ich sagen nach meiner Ueberzeugung: die Zufriedenheit im Lande werden Sie durch dieses Gesetz in dieser Form nicht vermehren, und man wird es nicht verstehen bei den arbeitenden Klassen, daß dieses Gesetz auf das stolze Wort „Liebet die Brüder!“ gegründet sein soll. (Bravo! links.)³⁵²

Oskar Hahn (DKP), der unmittelbar auf Schmidt folgende Redner, ließ keinen Zweifel daran, dass das von Bötticher eingeführte Petruszitat seiner Meinung nach mit Recht als Motto der

³⁴⁹ Ebd., 224/II.

³⁵⁰ Ebd., 226/II.

³⁵¹ Ebd., 227/II.

³⁵² Ebd., 1098/II.

parlamentarischen Beratung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage gebraucht wird, wies aber gleichzeitig unter Verwendung eines weiteren Imperativs desselben Petrusverses, welcher sich ebenfalls auf den vorliegenden Gesetzentwurf münzen lasse, auf die in der Armenpflege vielerorts herrschenden Missstände hin. Damit gab er ein implizites Votum für den vorliegenden Gesetzentwurf ab, welcher schließlich einschneidende Veränderungen an der traditionellen Armenpflege vorsah.

[...] obwohl ich wiederholt anerkannt habe, daß der Satz, den der Herr Staatssekretär des Innern in der ersten Lesung hier so betont hat, „Liebet die Brüder!“, im Vordergrund steht, wie überhaupt die Liebe das Höchste ist, – ich möchte sagen, daß ein anderer Satz, der sich diesem Spruche anschließt, wenn er auch nicht ganz diese packende Bedeutung hat, nach meiner Meinung auch seine große Berechtigung hat, häufig aber dabei entweder gar nicht genannt oder überhört wird; das ist der sich daran anschließende Satz: „Thut Ehre jedermann!“³⁵³ Meine verehrten Herren, die Liebe, die sich in unserer bisherigen Fürsorge für Arme thätig gezeigt hat, ist gewiß aufs höchste zu schätzen, und ich wünsche, daß sie sich immer und immer noch weiter bethätige; aber, meine verehrten Herren, das, was in der öffentlichen Armenpflege bisher sich bethätigt hat, hat den Spruch: „Thut Ehre jedermann!“ in sehr, sehr vielen Armenverbänden arg bei Seite gelassen (Sehr wahr!)³⁵⁴

Der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Singer bestritt am folgenden Tag die Berechtigung der Verwendung des Petrusverses im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und bezog dabei Hahns erweitertes Zitat dieses Verses mit ein:

Der Herr Abgeordnete Hahn, der gestern in so schöner Weise darauf hingewiesen hat, daß der Grundgedanke dieses Gesetzes sich neben dem von dem Herrn Staatssekretär gebrauchten Worte: „Liebet die Brüder!“ auch in die Worte zusammenfassen lässt: „Thut Ehre jedermann!“, der [...] steht in schreiendem Widerspruche mit seinen Ausführungen, wenn er die Apothekergehilfen und Lehrlinge ausschließen will.³⁵⁵

Die vorletzte Bezugnahme auf den Petrusvers ging in eine ähnliche Richtung und stammt von dem elsass-lothringischen Abgeordneten Landelin Winterer (bkF):

Meine Herren, aber die moralischen Folgen des Reichszuschusses sind für mich viel besorgnißreger als die finanziellen. Es ist gesagt worden, daß die Vorlage den Anfang einer neuen Ära der christlichen Liebe bedeutet: „Liebet die Brüder!“ Es thut mir sehr leid, daß ich diese Ueberzeugung nicht theilen kann; ich kann Zwang und Liebe nicht als gleichbedeutend erachten. (Sehr wahr!) Eine Pflichterfüllung, erzwungen durch Gesetz und Geldstrafen, kann ich nicht als eine Pflichterfüllung der christlichen Liebe anerkennen. (Sehr wahr!)³⁵⁶

Es war an dem freikonservativen Abgeordneten Arthur Gehlert die Diskussion um den Vers 1 Petr 2,17 abzuschließen und er tat es mit zustimmender Grundhaltung. Allerdings erwähnte er dabei den Petrusvers selbst nicht, sondern vielmehr das christliche Nächstenliebegebot. Um den Gegnern der Gesetzesvorlage aus der Zentrumsfraktion, welche anstelle staatlichen Engagements auf diesem Gebiet die von staatlicher Gängelung freie Tätigkeit der Kirche ermög-

³⁵³ Tatsächlich geht er diesem voran: „Thut ehre jederman. Habt die Brüder lieb. Fürchtet Gott. Ehret den König.“ (1 Petr 2,17 [Luther, 1545]).

³⁵⁴ StBRt VII/4 (1888/89), 1102/II f.

³⁵⁵ Ebd., 1127/I.

³⁵⁶ 04.04.1889 (ebd., 1263/II).

licht sehen wollten, die mangelnde Durchschlagskraft kirchlicher Liebestätigkeit vor Augen zu führen und sie von ihrer ablehnenden Haltung möglichst abzubringen, erklärte Gehlert:

[...] die ehrwürdige, aufopferungsvolle christliche Kirche ist nun an die 2000 Jahre am Werke, die angeborene Bestie im Menschen zu *überreden*, daß einer den anderen um seiner selbst willen lieben soll wie sich selbst. Meine Herren, was hat sie angesichts der Thatsachen, die ich soeben konstatirt habe, bis heute erreicht? Gerade die Herren vom Zentrum sollten mich nicht paradox schelten, wenn ich den heutigen Staat, bloß auf das Gewerbe angesehen, als einen Raum bezeichne, in dem ringsum eine gewisse Anzahl christlicher Tempel rein auf heidnischen Ansiedelungen gruppiert sind, in dem das „Liebe den Nächsten wie dich selbst!“ heute noch genau wie vor der Zeit Christi nur mit Füßen getreten wird.³⁵⁷

³⁵⁷ 17.05.1889 (ebd., 1807/II). „An den Kindern deines Volkes sollst du dich nicht rächen und ihnen nichts nachtragen. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin der Herr.“ (Lev 19,18; vgl. auch Mt 5,43-48; 22,37-40; Mk 12,29 ff.; Lk 10,27).

V. Befunde und Schlussfolgerungen

Zum Abschluss dieser Darstellung gilt es, Befunde und Einsichten zusammenzutragen, Schlussfolgerungen zu ziehen, aber auch weiterhin bestehende Desiderate aufzuzeigen.

Es ist deutlich geworden, dass die Einführung der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungen auf Zwangsbasis zur Abmilderung der Folgen von Arbeitsunfällen, Krankheit, Invalidität und Alter in den 1880er Jahren im Deutschen Kaiserreich eine Basisinnovation sowohl auf dem Gebiet staatlicher Sozialpolitik wie auf dem des Versicherungswesens darstellte. Weiterhin ist gezeigt worden, was für eine immense Kraftanstrengung die Realisierung dieses Projektes für die Beamten im Regierungsapparat Preußens bzw. des Reichs sowie für die Parlamentarier im deutschen Reichstag darstellte. Daneben waren an der Erstellung und der Beratung der insgesamt fünf Gesetzesvorlagen Gutachtergremien wie der preußische Volkswirtschaftsrat, Interessenverbände wie der „Centralverband deutscher Industrieller“ und Einzelpersonen wie etwa der Nationalökonom Albert Schäffle beteiligt.

Trotz des unabweisbaren Innovationscharakters der Sozialversicherung galt es auch die lange Vorgeschichte dieses Projektes in der gebotenen Ausführlichkeit zu beleuchten, aus der sich die am Ende beschlossene Gestalt der Sozialversicherung zwar nun nicht als zwangsläufig und alternativlos herleiten lässt, indes trägt eine Berücksichtigung der bereits seit der Revolution von 1848, auf Regierungsebene seit den 1860er Jahren auftauchenden Ideen dazu bei manche Regelung oder Richtungsentscheidung verständlicher zu machen.

Dass man der Sozialversicherung zu Recht mit dem Namen des damaligen Reichskanzlers als Attribut versehen kann, dürfte aufgrund der geschilderten konzeptionellen und argumentativen Einflussnahmen Otto Fürst von Bismarcks kaum Widerspruch herausfordern, auch wenn im entsprechenden Abschnitt ebenso deutlich gemacht wurde, dass sich neben dem Kanzler weitere Personen, wie etwa Theodor Lohmann, Louis Baare, George Ferdinand Beutner, Robert Landmann oder Karl Ferdinand Stumm, ganz zu schweigen von der Vielzahl weiterer engagierter Reichstagsabgeordneter, entscheidende Verdienste um das Zustandekommen dieses Gesetzesprojektes erworben haben – zumal das Engagement des Reichskanzlers für die Sozialversicherung nach dem weit gehenden Scheitern seiner staatssozialistischen Pläne mit der Ablehnung des Tabakmonopols durch den Reichstag seit der Mitte der 1880er Jahre spürbar nachließ.

Gegliedert nach dem keineswegs unproblematischen, für den hier verfolgten Zugriff indes überaus nützlichen Schema der sozialmoralischen Milieus bzw. Sozialmilieus von M. Rainer Lepsius, ist im zweiten Kapitel die sozialreformerische und sozialpolitische Diskussion, vor deren Hintergrund die Beratung der Sozialversicherungsvorlagen im deutschen Reichstag ablief, am Beispiel der wichtigsten Vertreter der vier verschiedenen Sozialmilieus nachgezeichnet worden. Damit wurde deutlich gemacht, dass sich die parlamentarischen Sozialversicherungsdebatten trotz des Innovationscharakters dieses Projektes keineswegs in einem voraussetzungslosen, von Vorbildern und Vordenkern unbeeinflussten Raum bewegten, sondern die Reichstagsabgeordneten vielmehr bereits auf einen Bestand an sozialen Ideen zurückgreifen und darauf aufbauen konnten – was sie auch taten. Diese sozialreformerischen und sozialpolitischen Ideen empfahlen nun allerdings nicht eine öffentlich-rechtliche Sozialversicherung auf Zwangsbasis mit staatlicher Aufsicht als den Königsweg zur Lösung der sozialen Frage, trotzdem wurde während der Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag oft (allerdings seltener als vom Autor erwartet) auf bereits vorhandene Ideen und Konzepte Bezug genommen, wenngleich selten auf die Personen, von denen diese Ideen und Konzepte stammten. Aufgrund dessen kann zwar nicht rekonstruiert werden, welches Wissen bei den Abgeordneten um die im zweiten Kapitel dargestellten sozialreformerischen und sozialpolitischen Konzepte

und deren Urheber konkret bestand, anhand der vorgefundenen Bezugnahmen wird indes deutlich, dass die den einzelnen Sozialmilieus entstammenden sozialen Ideen in auffälliger Weise mit den von Reichstagsabgeordneten dieser Milieus geäußerten Vorstellungen und Forderungen korrespondierten, was eine Kenntnis dieser sozialen Ideen voraussetzt, auch wenn sie häufig nicht mit bestimmten Personennamen verbunden werden.

Dieser Befund überrascht nicht, gleichwohl ist er doch alles andere als selbstverständlich, schließlich ist ebenso gut denkbar, dass angesichts der sich durch die Hochindustrialisierung verschärfenden sozialen Gegensätze und Schieflagen auch Veränderungen an den sozialreformerischen und sozialpolitischen Konzepten der einzelnen Milieus vorgenommen werden. Eine solche Veränderung ist lediglich innerhalb des protestantisch-konservativen Milieus zu beobachten, wo Johann Hinrich Wichern und Victor Aimé Huber noch relativ deutlich gegen ein über die Gewährung der Koalitionsfreiheit und die gesetzliche Garantie vorhandener Armenpflegeinstitutionen (insbesondere der inneren Mission) und weiterer auf sozialem Gebiet tätiger Genossenschaften hinaus gehendes sozialpolitisches Engagement des Staates Stellung bezogen, während Rudolf Todt ein solches Engagement bereits vehement forderte.¹ Unter den konservativen Reichstagsabgeordneten hatte sich bis zum Beginn der Sozialversicherungsdiskussion offenbar die Todtsche Argumentation weit gehend durchgesetzt, was vermutlich der Einsicht geschuldet war, dass auf die ständig wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, derer sich die Gesellschaft gegenüber sah, nur mithilfe staatlichen Engagements angemessen und schnell reagiert werden könne.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Debatten um die fünf Sozialversicherungsvorlagen auf der Höhe der sozialpolitischen und sozialreformerischen Diskussion ihrer Zeit abliefen und dieselbe relativ genau und detailgetreu abbilden.

In den Texten der im zweiten Kapitel vorgestellten Sozialreformer findet sich nahezu durchweg religiöse Semantik, die von manchen Darstellungen zu dieser Thematik allzu großzügig übersehen wird, vor allem wenn die sozialen Ideen aus dem protestantisch-liberalen und dem sozialistischen Milieu behandelt werden. Die hier erfolgte nähere Beleuchtung der Schriften Hermann Schulze-Delitzschs und Wilhelm Weitlings mag als Beispiel dafür stehen, dass eine Ausblendung der von religiöser Semantik geprägten Teile ihrer Werke zu signifikanten Verengungen, Unschärfen und Fehldeutungen in der Würdigung dieser einflussreichen Sozialreformer führen muss – was in Sonderheit für die dieser Arbeit zugrunde liegende Fragestellung, indes nicht nur für diese gilt.

Wie gezeigt worden ist, wurde auch die Sozialversicherungsdiskussion im deutschen Reichstag in großem Umfang unter Verwendung religiöser Semantik geführt, was die Charakterisierung dieser Teile der Sozialversicherungsdebatten als religiöse Kommunikation rechtfertigt, zumal eine christlich-religiöse Semantik noch stärker, als es bei den im zweiten Kapitel vorgestellten Sozialreformern zu beobachten war, auch in den Reden sozialdemokratischer und jüdischer Abgeordneter benutzt wurde – und sei es reaktiv. Es bestanden also während der Reichstagsdebatten zur Sozialversicherung aufseiten der Abgeordneten – auch bei denen, wo

¹ Bereits Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher hatte sich für eine staatliche Armenfürsorge ausgesprochen, als exekutierende Instanz allerdings nach Möglichkeit die Kirche vorgesehen (vgl. Schleiermacher: Die Lehre vom Staat, 88 f.; 126; Neuberth: Sozialphilosophische Gedanken und Sozialstaatskonzeptionen protestantischer Theologen des 19. Jahrhunderts, 96 ff.). Insofern sind Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Protestantismus über die Mitwirkung des Staates bei der Armenpflege durchaus nichts Neues, sondern vielmehr ebenso üblich wie im katholischen Milieu.

dies nicht verwunderlich gewesen wäre – keine Berührungsängste gegenüber religiöser Semantik, sie war vielmehr (in den meisten Fällen vermutlich unreflektiert) als kommunikatives Instrument akzeptiert, zumindest gab es keine diesem Befund widersprechenden Aussagen.² Diese Aufgeschlossenheit war die Voraussetzung dafür, dass die mit religiöser Semantik operierende Rede ihren wichtigsten kommunikativen Zweck erfüllen konnte, nämlich die Sozialversicherungsdiskussion zu strukturieren, ihr eine Basis und eine Richtung zu geben und sie damit letztlich erst zu ermöglichen. Diese Leistung wurde ganz gewiss nicht ausschließlich durch die religiöse Semantik erbracht, diese hat gleichwohl daran einen gewichtigen Anteil. Sie vermochte es nicht nur, die den meisten Abgeordneten gemeinsame Basis an religiösen Auffassungen und Einstellungen abzubilden bzw. zu vergegenwärtigen und damit produktiv zu machen, sondern, wie insbesondere die Diskussion um den Liebesbegriff gezeigt hat, auch eine gemeinsame Meinungsbasis bezüglich einzelner Bestimmungen der Sozialversicherungsvorlagen aufzuzeigen, zu empfehlen bzw. zu simulieren, wenn auch nicht durchweg erfolgreich. Nicht zuletzt trug die religiöse Semantik ihren Teil dazu bei, die Verständigung zwischen den Abgeordneten zu erleichtern, indem sie griffige und gleichzeitig geschmeidige Begriffe zur Verfügung stellte, an welche sowohl Befürworter als auch Gegner der Sozialversicherung anschließen, sich ihrer bedienen konnten; sie half also mit, eine unverzichtbare Bedingung für das Funktionieren der parlamentarischen Kommunikation mitsamt ihren im Abschnitt IV.1. beschriebenen Besonderheiten zu erfüllen. Insofern kann vermutet werden, dass religiöse Semantik innerhalb der parlamentarischen Kommunikation während der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts nicht nur ausnehmend gut dazu geeignet war, eine gemeinsame Diskussionsbasis zur Verfügung zu stellen, sie leistete einen gewichtigen Beitrag dazu „symbolische Sprachmuster“ (Thomas Mergel) auszubilden, welche für die Bewältigung des prekären Zwittercharakters parlamentarischer Kommunikation mit ihrem inhärenten Konfliktpotenzial bei gleichzeitigem Zwang zu Integration und Kompromiss unverzichtbar sind.

Am Beispiel des Christentums- und des Liebesbegriffs, des teilweise zur religiösen Kommunikation zu rechnenden Sozialismusbegriffs sowie der Rede vom christlichen Staat ist gezeigt worden, dass auf religiöser Semantik fußende Begriffe gezielt in die parlamentarische Diskussion über die Sozialversicherung eingebracht wurden. Dies geschah durch einen von Bismarck veranlassten Einschub in die ansonsten von Theodor Lohmann verfasste Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage. Diese vier Begriffe bewirkten eine sehr weit gehende Emotionalisierung der Beratungen über die eigentlich eher rational-technische Versicherungsthematik und waren aufgrund dessen mit dafür verantwortlich, dass sich die Abgeordneten eindeutig bezüglich dieses Gesetzesprojekts positionierten. Dadurch war es den Versicherungsbefürwortern möglich, ihre argumentativen Energien gezielt auf diejenigen unentschiedenen Parlamentarier in den Reihen der konservativen Fraktionen sowie der Zentrumsfraktion zu konzentrieren, die mittels dieser Begriffe ansprechbar waren, ohne allzu schmerzhaft Querschläge vonseiten der aus unterschiedlichen Gründen mehr oder weniger von vornherein gegen die Sozialversicherung eingestellten sozialdemokratischen und linksliberalen Abgeordneten, die der Voraussicht nach lediglich am Sozialismusbegriff interessiert sein würden, befürchten zu müssen, zumal die unentschiedenen Zentrumsabgeordneten und Konservativen den Argumenten von der linken Seite kaum besonders aufgeschlossen sein würden.

² Damit soll indes nicht der in den Abschnitten über den Sittlichkeits- und über den Humanitätsbegriff erarbeitete Befund bestritten werden, dass von linksliberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten hier und da religiöse Semantik gezielt vermieden und durch andere Begriffe ersetzt wurde.

Dass die genannten gezielt zur Freisetzung und Beförderung von Zustimmungspotenzialen zur Sozialversicherungsgesetzgebung eingesetzten Begriffe diesen Zweck anfangs erfüllten, wird sich kaum bestreiten lassen, allerdings waren immer wieder Nachjustierungen nötig, wie insbesondere die Plenarreden Bismarcks vom 2. April 1881 (1. Unfallversicherungsvorlage), 15. März 1884 (3. Unfallversicherungsvorlage) und 18. Mai 1889 (Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage) deutlich zeigen. Diese von der Reichsleitung mit der Einführung der genannten Begriffe erhoffte Leistungsfähigkeit zur Beförderung des Sozialversicherungsprojekts, die diese Begriffe entfalten sollten und anfangs auch entfalteten, ließ indes jedes Mal schlagartig nach, wenn den Regierungsvertretern bzw. den Gesetzesbefürwortern die Definitionshoheit für diese Begriffe entwunden werden konnte, insbesondere natürlich dann, wenn Versicherungsgegner aus der (vermeintlich oder tatsächlich) unentschiedenen Zielgruppe der Bemühungen der Reichsleitung sich dieser Begriffe bemächtigten, um eigenständige Ansichten über diese Begriffe zu formulieren, wie dies etwa Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), Julius Graf von Mirbach (DKP), teilweise auch Karl Ferdinand Stumm (RFKP) gelang. In solchen Fällen, am besten sichtbar am Beispiel des Liebesbegriffs und des Christentumsbegriffs – der bereits am zweiten Tag der parlamentarischen Sozialversicherungsdebatte von Bismarck zugunsten der weniger problematischen Rede vom praktischen Christentum aufgegeben werden musste –, kehrte sich die Griffigkeit und Geschmeidigkeit dieser mit religiöser Semantik operierenden Begriffe gegen diejenigen, die sie zur Unterstützung der Sozialversicherung eingeführt hatten. Insofern muss wohl letztlich ein Scheitern der Versuche, Zustimmungspotenziale zu den Sozialversicherungsvorlagen durch die Benutzung religiöser Semantik zu mobilisieren, konstatiert werden, jedenfalls wenn diese mit dem Ziel eingesetzt worden war, alle christlichen Reichstagsabgeordneten zu Befürwortern der Sozialversicherungsvorlagen zu machen. Die herausragende kommunikative Leistungsfähigkeit von mit religiöser Semantik operierenden Begriffen bleibt indes in jedem Fall unbestritten. Bemerkenswert erscheint dem Autor nicht zuletzt auch die Möglichkeit durch die Diskussion über bestimmte Begriffe bzw. mittels bestimmter Begriffe Justierungen an denselben vorzunehmen.

Man könnte auch sagen, die religiöse Semantik war für das Zustandekommen der Sozialversicherung förderlich und hinderlich zugleich: durch ihre Deutungsoffenheit bei gleichzeitiger (oft nur scheinbarer) allgemeiner Verständlichkeit war sie hervorragend als Diskussionsbasis geeignet, konnte dadurch aber auch allzu leicht von den Sozialversicherungsgegnern für ihre Zwecke besetzt und benutzt werden.

Aus dem Vergleich der im zweiten und im vierten Kapitel dargestellten sozialreformerischen und sozialpolitischen Aussagen lassen sich Rückschlüsse auf die Sozialmilieus, aus denen diese Aussagen stammen, ziehen. Dabei können einige bereits im zweiten Kapitel erwähnte Beobachtungen bestätigt werden.

Vor allem bekräftigt dieser Vergleich die schon im Abschnitt II.1.2.1 und seinen Unterabschnitten festgestellte besondere Geschlossenheit und Stabilität des katholischen wie des sozialistischen Milieus am Beispiel der in diesen Milieus vertretenen sozialreformerischen und sozialpolitischen Ideen. Bei Vertretern dieser beiden Milieus gab es die größten Übereinstimmungen zwischen den sozialen Ideen und den Aussagen der Reichstagsabgeordneten. Umso bemerkenswerter ist es, dass eine Minderheit der Zentrumsabgeordneten einen abweichenden Standpunkt vertrat, wobei diese Parlamentarier letztlich auch die dem katholischen Milieu charakteristische Vielschichtigkeit widerspiegeln. Bei diesen Zentrumsabgeordneten hatte offenbar die Einsicht Platz gegriffen, dass sich der bislang eingenommene Standpunkt gegenüber den mit der sozialen Frage verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht aufrechterhalten lasse. Dieser Meinungswandel ist auch bei der Mehrheit der konservativen Abgeordneten zu beobachten, welche sich vergleichsweise am weitesten von den sozialen Ideen aus dem protestantisch-konservativen Milieu entfernt haben, wobei sie dort immerhin an die Thesen Rudolf Todts anschließen konnten.

Die sozialen Ideen aus dem protestantisch-liberalen Milieu wurden während der Sozialversicherungsdebatten lediglich von den linksliberalen Reichstagsabgeordneten ohne Abstriche vertreten, während ihre nationalliberalen Kollegen im Wissen um die begrenzte Leistungsfähigkeit der Selbsthilfe sowie um die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nolens volens auf die Linie der Mehrheit der Konservativen und der Zentrumsminorität einschwenkten und das staatssozialistische Versicherungsprojekt ab der Krankenversicherungsvorlage unterstützten, auch wenn sie nur wenige dezidiert liberale Anliegen erfolgreich einbringen konnten.

Aufschlussreich ist auch ein Vergleich der während der Einführung der Sozialversicherung diskutierten Bestimmungen mit den heute als problematisch geltenden Elementen des Sozialversicherungssystems einschließlich der als Abhilfe empfohlenen Korrekturen. Dabei wird deutlich, dass die schon während der 1880er Jahre umstrittenen Regelungen noch heute als die größten Herausforderungen des Sozialversicherungssystems gelten können. Zu nennen wären vor allem der Versichertenkreis, die Aufbringung der Mittel, die Art der Verwaltung der Gelder (Umlage-, Kapitaldeckungs- oder Kapitalanlageverfahren), die Höhe der Leistungen und die Bedingungen ihrer Erbringung (Rentenalter, Karenzzeiten, Leistungskataloge) sowie nicht zuletzt die Verwaltungskosten. Lediglich der am Anfang der Sozialversicherungsdiskussion kontrovers diskutierte Versicherungszwang ist heute noch relativ unumstritten, doch vermutlich wird auch darüber neu zu befinden sein.

Die Dauerhaftigkeit des Streits um bestimmte Regelungen der Sozialversicherung hat ihre Ursache indes nicht etwa in inhärenten Mängeln des Sozialversicherungsmodells, die umstrittenen Bestimmungen sind lediglich die Stellschrauben, mittels derer die Sozialversicherung den sich wandelnden Erfordernissen einer sich verändernden Gesellschaft angepasst werden muss. Die Sozialversicherung ist eben eine immer zu reformierende.

Bemerkenswert ist beim Vergleich zwischen der Sozialversicherungsdiskussion des ausgehenden 19. und des jungen 21. Jahrhunderts, wie sich die Argumente gleichen, mit denen Befürworter und Gegner bestimmter Regelungen operierten bzw. operieren. Der Nachweis für diese Behauptung kann in diesem Rahmen nicht geführt werden, wäre allerdings ein interessanter Gegenstand für eine separate Untersuchung, die sich auf wichtige Vorarbeiten der bereits erwähnten Studie von Hans-Peter Goldberg³ stützen könnte. Lediglich religiöse Semantik ist heutzutage ungleich seltener zu finden.

Zum Abschluss seien noch die Grenzen der in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten markiert und damit Perspektiven der weiteren Beschäftigung mit dieser Materie aufgezeigt.

In dieser Darstellung ist nachgewiesen worden, dass während der Sozialversicherungsdiskussion seitens der Abgeordneten in großem Umfang mit religiöser Semantik operiert worden ist und dass dieselbe eine erstaunliche kommunikative Leistungsfähigkeit entfalten konnte. Es wäre nun äußerst aufschlussreich, wenn man in einem zweiten Schritt zeigen könnte, welche Leistungen der mittels religiöser Semantik vorgebrachten Argumentationen konkret auf diese religiöse Semantik zurückzuführen ist. Dies kann indes anhand des vorliegenden Materials nicht geklärt werden. Um diese spezifischen Wirkungen religiöser Semantik identifizieren zu können, bedürfte es eines vollständigen Vergleichsmodells einer Sozialversicherungsdiskussion ohne religiöse Semantik, das nur durch kontrafaktische Spekulation zu gewinnen wäre, was

³ Vgl. Goldberg: Bismarck und seine Gegner.

die Aussagekraft dieses Vergleichs und der daraus abgeleiteten Befunde von vornherein annulliert. Außerdem bliebe zu erwarten, das dieses Vergleichsmodell angesichts der in dieser Darstellung herausgearbeiteten immensen kommunikativen Leistungsfähigkeit der mittels religiöser Semantik operierenden Argumentation so weit vom tatsächlichen Verlauf der Sozialversicherung abweichen würde, dass es schwierig bis unmöglich wäre, ein geeignetes Tertium comparationis zu formulieren bzw. zu untersuchen, was die Aussagekraft des Vergleich ebenfalls limitieren würde.

Aus demselben Grund kann auch eine verwandte, gleichfalls interessante Frage nur ansatzweise beantwortet werden, nämlich die nach den Verdiensten einzelner Abgeordneter um das Zustandekommen der Sozialversicherungsgesetzgebung bzw. der Behinderung ihrer Realisierung. Erschwerend kommt hinzu, dass sich zwar aus der Häufigkeit von Redebeiträgen sowie vor allem aus den Echos dieser Redebeiträge Rückschlüsse auf die Beeinflussung der Sozialversicherungsdiskussion durch einzelne Abgeordnete ziehen lassen – womit die argumentativen Leistungen von Abgeordneten wie beispielsweise Georg Freiherr von Hertling (Zentrum), Ludwig Bamberger (LV/DFrP), Landelin Winterer (bkF) oder Karl Ferdinand Stumm (RFKP) ins rechte Licht gerückt werden können –, indes sind die Plenarreden nur eine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Sozialversicherungsdiskussion, weshalb die Debatten der beratenden Parlamentskommissionen ebenso berücksichtigt werden müssten wie informelle Absprachen. So ist etwa die Beeinflussung der Sozialversicherungsdiskussion durch den Zentrumsführer Ludwig Windthorst, der am Scheitern der ersten Unfallversicherungsvorlage ebenso großen Anteil hatte wie am Zustandekommen der dritten, bei der Beschränkung auf die Untersuchung seiner Parlamentsreden nicht identifizierbar. Ähnliches gilt für Windthorsts konservativen Kollegen Otto Heinrich von Helldorff-Bedra.

Aus dem Gesagten wird deutlich, dass auch alle Versuche, die Sozialversicherung für eine bestimmte politische Richtung, ein Milieu oder eine Konfession reklamieren zu wollen, einen Beleg anhand der Quellen schuldig bleiben müssen. Zwar ist unstrittig, dass Vertreter verschiedener politischer Strömungen, Milieus und Bekenntnisse in unterschiedlichem Maß Einfluss auf Konzeption, Diskussion und Umsetzung der Sozialversicherung genommen haben, diese Einflüsse jeweils exakt zu spezifizieren, zu vergleichen und zu gewichten hält der Autor indes nicht für möglich. Allenfalls kann auf die herausragende Bedeutung der Reichsleitung verwiesen werden, welche die Sozialversicherungsvorlagen konzipierte und mit bemerkenswertem Geschick deren Diskussion im Reichstag lenkte, unterstützt insbesondere durch einzelne Abgeordnete der Deutsch- wie der Freikonservativen. Hieraus nun allerdings eine besondere protestantische Prägekraft ableiten zu wollen – schließlich waren Reichsleitung und Konservative in ihrer überwiegenden Mehrzahl Protestanten – hält der Autor indes nicht für zulässig, spielten hier doch in erster Linie die Exekutivfunktionen der beteiligten Personen bzw. die Unterstützung der Exekutive durch die Konservativen eine Rolle. Ebenso wenig hielt es der Autor für angemessen von der Verhinderung der ersten Unfallversicherungsvorlage durch die Zentrumsfraktion sowie deren Unterstützung der dritten Unfallversicherungsvorlage auf spezifisch katholische Prägekräfte zu schließen.

Neben den bereits genannten Gründen spricht gegen eine solche Gewichtung von Einflussnahmen insbesondere auch die Überschneidung von Zugehörigkeiten und Loyalitäten in jeder der die Genese der Sozialversicherungsgesetzgebung beeinflussenden Personen, was es äußerst schwierig machen würde, die von diesen Personen ausgehenden Prägekräfte einer bestimmten Zugehörigkeit ursächlich zuzuordnen; dass über diese Personen liberale, konservative, sozialistische, protestantische, katholische, jüdische, atheistische, bürokratische, wissenschaftliche (z. B. volks- und betriebswirtschaftliche, juristische, theologische, philosophische, historische), ökonomische (industrielle ebenso wie agrarische), nationale (deutsche, polnische, französische), städtische, ländliche, zentralistische, partikularistische etc. Prägekräfte auf die Entstehung und die Verwirklichung des Sozialversicherungsprojektes eingewirkt haben, soll gleichwohl nicht in Abrede gestellt werden.

Schließlich wäre es interessant, die hier dargestellten Positionen, die von einzelnen Abgeordneten in ihren Redebeiträgen anlässlich der Diskussion um die fünf Sozialversicherungsvorlagen geäußert wurden, mit zeitgleich ablaufenden Debatten zu vergleichen, in denen eine ähnliche Thematik verhandelt wurde und denen damit eine ähnliche Brisanz innewohnte. Zu denken wäre dabei beispielsweise an die Beratungen über das Tabakmonopol 1882, die Verlängerung des Sozialistengesetzes 1884 oder die verschiedenen Anträge zur Verbesserung des Arbeiterschutzes. Wie allerdings die gleichfalls nicht zur Sozialversicherungsdiskussion gehörenden, hier aber teilweise dennoch berücksichtigten Beratungen der Interpellation Stumm vom 19. Februar 1880, der Interpellation Hertling vom 11. Dezember 1881 sowie des liberalen Unfallversicherungsentwurfs vom 10. Januar 1882 zeigen, wären durch eine solche Ausweitung des Untersuchungsgegenstandes kaum neue Impulse für die in dieser Darstellung interessierenden Fragestellungen zu erwarten gewesen.

Abkürzungen

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
BBKL	Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon
bkF	bei keiner Fraktion
CDU	Christliche Demokratische Union Deutschlands
CSAP	Christlich-Soziale Arbeiterpartei
DFP	Deutsche Fortschrittspartei
DFrP	Deutsche Freisinnige Partei
DFrVP	Deutsche Freisinnige Volkspartei
DKP	Deutsche Konservative Partei
EOK	Evangelischer Oberkirchenrat
ESK	Evangelisch-Sozialer Kongress
ev	evangelisch
FrVg	Freisinnige Vereinigung
GAV	Gustav-Adolf-Verein
Quellensammlung GDS	Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914
GG	Geschichte und Gesellschaft
HCh	Herbergen der Christenheit
HJb	Historisches Jahrbuch
HK	Herder Korrespondenz
HZ	Historische Zeitschrift
IASL	Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
kath.	katholisch
LV	Libérale Vereinigung
MdR	Mitglied des Reichstags
mos.	mosaisch
NDB	Neue Deutsche Biographie
NEKZ	Neue Evangelische Kirchenzeitung
NorddtBGBI	Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes
NPL	Neue Politische Literatur
NLP	Nationalliberale Partei
PrP	Protestpartei
PrGS	Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten
RFKP	Reichs- und Freikonservative Partei
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
SächsHStA	Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Schmollers Jahrbuch	Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StBRt	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages
StBRt/A	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages/Anlagen
TRE	Theologische Realenzyklopädie
VDAV	Vereinstag Deutscher Arbeitervereine
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZEE	Zeitschrift für Evangelische Ethik
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfR	Zeitschrift für Religionswissenschaft
ZFSH/SGB	Sozialrecht in Deutschland und Europa
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZRGG	Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
ZThK	Zeitschrift für Theologie und Kirche
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Zitierte Bibelstellen

2. Buch Mose/Exodus (Ex)	- 22,37-40	
- 20,12	- 23,11	
- 34,6 f.	- 25,14-30	
	- 25,26	
3. Buch Mose/Levitikus (Lev)	- 25,29	
- 19,18	- 26,11	
	- 27,24	
5. Buch Mose/ Deuteronomium (Dtn)	Markusevangelium (Mk)	Römerbrief (Röm)
- 5,9 f.	- 4,25	- 1,16
- 5,16	- 9,35	- 8,21
- 8,3	- 10,43	- 12,4 f.
- 15,11	- 11,9	- 13,1 f.
	- 12,17	- 13,4 ff.
1. Buch Samuel (1 Sam)	- 12,29 ff.	
- 8,5 ff.	- 14,7	1. Korintherbrief (1 Kor)
	- 15,12 f.	- 4,2
		- 12,12-31a
		- 12,27
		- 13,13
		Galaterbrief (Gal)
		- 5,1
		- 5,13
Psalmen (Ps)	Lukasevangelium (Lk)	2. Timotheusbrief (2 Tim)
- 69,29	- 4,4	- 3,17
Jesaja (Jes)	- 4,18 f.	
- 65,17	- 6,41	Hebräerbrief (Hebr)
- 66,22	- 8,18	- 13,16
	- 10,27	
Hosea (Hos)	- 11,2 ff.	Jakobusbrief (Jak)
- 8,7a	- 13,20 f.	- 2,15 ff.
	- 16,1-9	- 4,17
	- 19,11-27	- 5,1-9
Matthäusevangelium (Mt)	- 19,22	
- 4,4	- 19,26	1. Petrusbrief (1 Petr)
- 5,43-48	- 20,25	- 2,13-17
- 6,3	- 22,26	- 2,17
- 6,9-13		- 2,21
- 6,24	Johannesevangelium (Joh)	- 4,10
- 6,34	- 3,18	
- 7,3	- 5,17	2. Petrusbrief (2 Petr)
- 7,9	- 6,47	- 3,13
- 13,12	- 8,12	
- 13,33	- 12,8	Johannesoffenbarung (Offb)
- 16,18		- 20,1-6
- 19,24	Apostelgeschichte (Apg)	- 20,12-15
- 20,1-16	- 5,38 f.	- 21,1
- 20,26 f.	- 9,1-22	
- 22,14	- 22,6-16	
- 22,21		

Kurzbiogramme ausgewählter Abgeordneter

Ackermann, Karl Gustav (1820-1901), ev.: Jurist; Geheimer Hofrat; Finanzprokurator; Rechtsanwalt; Notar; 1853-1901 Stadtverordneter in Dresden; 1869-1893 MdR (RFKP/bkF/DKP), 1880-1883 Reichstagsvizepräsident

Adelmannsfelden, Heinrich Lothar Graf Adelmann von (1848-1920), kath.: Rittergutsbesitzer; Königlich-württembergischer Kammerherr; Gutsbesitzer; 1881-1893 MdR (Zentrum)

Bamberger, Ludwig (1823-1899), mos.: Jurist; Schriftsteller; Bankier; 1848/49 aktive Revolutionsteilnahme; lebte lange Zeit in England, Holland und Frankreich; Mitbegründer der „Paribas“ und der „Deutschen Bank“; beförderte die Vereinheitlichung des deutschen Münzwesens; anfangs Parteigänger Bismarcks; entschiedener Freihändler; 1868-1870, 1871-1893 MdR (NLP/LV/DFrP)

Barth, Wilhelm Theodor (1849-1909), ev.: Jurist; Nationalökonom; Schriftsteller; 1871-1883 Rechtsanwalt, Amtsassessor, Handelskammersyndikus in Bremen; ausgedehnte Reisen nach England, Irland, Italien, Frankreich etc.; 1883 Gründer, bis 1907 Leiter der linksliberalen Wochenzeitung „Die Nation“; 1893/94 Mitbegründer der „Freisinnigen Vereinigung“; 1881-1884, 1885-1898, 1901-1903 MdR (LV/DFrP/FrVg)

Baumgarten, Michael (1812-1889), ev.: Theologe; seit 1850 Alttestamentler in Rostock, 1858 aus politischen und theologischen Gründen entlassen; 1865 Gründungsmitglied des Protestantenvereins; 1874-1881 MdR (DFP/bkF/NLP)

Bebel, August (1840-1913), bekenntnislos: seit 1853 Vollwaise; Drechslermeister; Engagement im VDAV, 1867 Vorsitzender; 1866 Gründung der „Sächsischen Volkspartei“ gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht; Führer der SDAP/SAPD/SPD; insgesamt 6 Jahre politische Haftstrafen; 1867-1881; 1883-1913 MdR (Sächsische Volkspartei/SDAP/SAPD/SPD)

Bennigsen, Rudolf von (1824-1902), ev.: Rittergutsbesitzer; Jurist; bis 1856 im hannoverschen Staatsdienst; 1859 Mitbegründer, bis 1866 l. Vorsitzender des „Nationalvereins“; 1867 Mitbegründer der NLP; 1868-1888 Landesdirektor des Provinzialverbandes Hannover; 1888-1897 Oberpräsident Hannover; 1871-1883, 1887-1898 MdR (NLP), 1872/73 Reichstagsvizepräsident

Blos, Wilhelm (1849-1927), ev.: Schriftsteller; Redakteur; 1868-1870 Philologiestudium; 1818/19 Vorsitzender der provisorischen Regierung in Würt-

temberg, 1919/20 württembergischer Staatspräsident; 1877/78, 1881-1887, 1890-1907, 1912-1918 MdR (SAPD/SPD)

Böttcher, Friedrich (1842-1922), ev.: Schriftsteller; Studium der Theologie, Philosophie, Staatswissenschaften, Geschichte; Redakteur verschiedener nationalliberaler Blätter; 1878-1895 MdR (NLP)

Buhl, Franz Armand (1837-1896), kath.: Naturwissenschaftler; Weinbauer; 1859 Mitbegründer des „Nationalvereins“; 1871-1893 MdR (NLP), 1883-1887 Vorsitzender der Reichstagsfraktion (gemeinsam mit Heinrich Marquardsen), 1887-1890 Reichstagsvizepräsident

Bühler, Gustav von (1817-1892), ev.: Hofrat; Kanzlei-Assessor; 1877-1884 MdR (RFKP)

Buxbaum, Engelbert (1831-1911), kath.: Schlosser; Fabrikant; 1884-1890 MdR (Zentrum)

Delbrück, Hans (1848-1929), ev.: Militärhistoriker; Redakteur und Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“; argumentierte 1924 im Münchener „Dolchstoßprozess“ gegen die gleichnamige Legende; 1884-1890 MdR (RFKP)

Delius, Hermann (1819-1894), ev.: Kaufmann; Fabrikant; ausgedehnte Reisen durch ganz Europa; 1887-1890 MdR (DKP)

Dieden, Christian (1810-1898), kath.: Kaufmann; Weingutsbesitzer; nach 1829 Reisen durch Belgien, Holland, Italien; 1874-1898 MdR (Zentrum), 1893-1898 Reichstagsalterspräsident

Dirichlet, Walter Arnold Abraham (1833-1887), ev.: Urenkel von Moses Mendelssohn; Neffe von Felix Mendelssohn-Bartholdy; Jurist; Landwirt; Gutsbesitzer; 1881-1887 MdR (DFP/DFrP)

Dönhoff-Friedrichstein, August Karl Graf von (1845-1920), ev.: Jurist; Diplomat; Fideikommissbesitzer; 1881-1903 MdR (DKP)

Duvigneau, Otto (1828-1899), ev.: Kaufmann; Fabrikbesitzer; 1864-1884 Stadtverordneter Magdeburg; 1887-1890 MdR (NLP)

Ebert, Karl (1838-1889), ev.: Bergwerks- und Rittergutsbesitzer; 1881-1886 MdR (DKP)

Eberty, Eduard (1840-1894), ev.: Philosoph; Jurist; 1873-1876 Stadtrat Berlin; seit 1876 Syndikus des Berliner Magistrats; 1893 Stadtältester Berlin; sozialpolitische Informationsreisen nach Österreich,

England, Italien, Frankreich; 1881-1884, 1890-1893 MdR (LV/DfRP)

Eysoldt, Arthur (1832-1907), ev.: Jurist; Notar; Rechtsanwalt; 1863-1872 Stadtverordneter Pirna; 1869/70, 1871-1887 MdR (DFP/DfRP)

Flügge, Wilhelm von (1825-1898), ev.: Rittergutsbesitzer; 1874-1893 MdR (DKP)

Franckenstein, Georg Arbogast Freiherr von und zu (1825-1890), kath.: Königlich-bayerischer Kämmerer; erblicher Reichsrat; 1872 Präsident des Breslauer Katholikentags; 1879-1890 Großkanzler des bayerischen Hausordens vom hl. Georg; 1868-1890 MdR (Zentrum), 1879-1887 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1875-1890 Reichstagsvizepräsident, führte das Zentrum aus der Isolation des Kulturkampfes heraus

Frankenberg-Ludwigsdorf, Friedrich Graf von (1835-1897), kath.: Jurist; Landwirt; Offizier; Herrschaftsbesitzer; 1855-1866 Reisen durch Europa und den Orient; 1896 Wirklicher Geheimer Rat; 1867-1881 MdR (RfKP)

Franz, Adolph (1842-1916), kath.: Theologe; Domkapitular und Konsistorialrat in Breslau; 1878-1881 Chefredakteur der „Germania“; 1876-1892 MdR (Zentrum)

Frege-Weltzin, Arnold Woldemar von (1848-1916), ev.: Königlich-sächsischer Kammerherr; 1878-1903 MdR (DKP), 1898-1901 Reichstagsvizepräsident

Freund, Wilhelm (1831-1915), mos.: Jurist; seit 1862 Rechtsanwalt und Notar in Breslau; 1877 Justizrat; 1871-1915 Stadtverordneter Breslau; 1879-1881 MdR (DFP)

Friesen, Heinrich Freiherr von (1831-1910), ev.: Fideikommissbesitzer; 1887-1893 MdR (DKP)

Frohme, Karl Franz Egon (1850-1933), bekenntnislos: Schlosser; Maschinenbauer; Schriftsteller; Redakteur; 1870-1875 besoldeter Agitator des ADAV; 1879-1887 Herausgeber verschiedener Zeitungen; 1881-1924 MdR (SAPD/SPD)

Gagern, Friedrich Balduin Freiherr von (1842-1910), kath.: Sohn Heinrich von Gagerns; Großherzoglich-hessischer Kammerherr; Gutsbesitzer; 1857-1870 Offizier der österreichischen Kriegsmarine; 1876-1882 Landrat Oberfranken; 1881-1893 MdR (Zentrum)

Galen, Ferdinand Heribert Graf von (1831-1906), kath.: Neffe Wilhelm Emmanuel von Kettlers; Rittergutsbesitzer; Päpstlicher Geheimer Kämmerer; Vater des Kardinals Clemens August Graf von Galen; 1874-1903 MdR (Zentrum)

Gebhard, Hermann (1843-1906), ev.: Jurist; Staatswissenschaftler; Bildungsreisen durch Deutschland, Belgien, Holland, England, Frankreich etc.; 1880-1890 Stadtdirektor Bremerhaven; seit 1890 Vorstandsvorsitzender „Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversorgung“; 1884-1891 MdR (NLP)

Gehlert, Arthur (1833-1904), ev.: 1858-1875 Kaufmann in Chemnitz; seitdem Fabrikant; 1884-1893 MdR (RfKP)

Geibel, Paul Friedrich (1845-1915), ev.: Landwirt; seit 1871 Kammergutspächter; 1872 Mitbegründer der „Vereins für Socialpolitik“; 1887-1890 MdR (NLP)

Gneist, Rudolf von (1816-1895), ev.: Jurist; 1845-1895 Professor in Berlin; Oberverwaltungsgerichtsrat; 1845-1849, 1858-1875 Stadtverordneter in Berlin; seit 1869 Präsident des „Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“; seit 1872 Präsident des „Vereins für Socialpolitik“; 1872/73 Rektor der Berliner Universität; 1872-1895 gemeinsam mit Victor Böhmert Herausgeber der Zeitschrift „Der Arbeiterfreund“; 1878 Gründungsmitglied des Vereins „Concordia“; 1888 Nobilitierung; 1867, 1871-1884 MdR (NLP)

Grad, Charles (1842-1890), kath.: Fabrikbesitzer; 1877-1890 MdR (PrP)

Greve, Heinrich Eduard (1846-1892), ev.: praktischer Arzt; 1881-1887 MdR (DFP/DfRP)

Grillenberger, Karl (1848-1897), bekenntnislos: Schlosser; Redakteur; seit 1878 Geschäftsführer und Redakteur der „Fränkischen Tagespost“; 1881-1897 MdR (SAPD/SPD)

Günther, Sigmund (1848-1923), ev.: Naturwissenschaftler; Gymnasiallehrer; seit 1886 Geographieprofessor an der TH München; 1878-1884 MdR (DFP/DfRP)

Gutfleisch, Egidius (1844-1914), kath.: Jurist; Rechtsanwalt; seit 1873 Stadtverordneter in Gießen; 1881-1884, 1890-1893 MdR (LV/DfRP)

Hahn, Oscar (1831-1898), ev.: 1862 Landrat Obornik, 1867 Oberlahnkreis; 1885 Oberverwaltungsgerichtsrat; 1886-1893 MdR (DKP)

Hammacher, Friedrich Adolf (1824-1904), ev.: Jurist; Bergwerksbesitzer; 1878 Gründungsmitglied des Vereins „Concordia“; seit 1898 Vorsitzender des Zentralvorstandes der NLP; 1869-1874, 1877-1879, 1881-1898 MdR (NLP)

Hammerstein, Wilhelm Freiherr von (1838-1904), ev.: Forstwirt; Rittergutsbesitzer; 1881-1895 Chef-
redakteur der „Neuen Preußischen Zeitung“
(„Kreuzzeitung“); 1886/87 bringt gemeinsam mit
Hans von Kleist-Retzow Anträge für eine größere
Freiheit und Selbstständigkeit der evangelischen
Kirche vom Staat im preußischen Herren- und Ab-
geordnetenhaus ein; 1896 Verurteilung zu 3 Jahren
Zuchthaus wegen Wechselfälschung; 1881-1890,
1892-1895 MdR (DKP)

Hartmann, Georg Wilhelm (1844-1909), bekenn-
t-
nislos: Schuhmacher; Gastwirt; 1880/81 MdR
(SAPD)

Hasenclever, Wilhelm (1837-1889), ev.: Lohgerber;
Schriftsteller; Wanderschaft durch Deutschland, Ös-
terreich, Oberitalien, die Schweiz; seit 1866 Sekre-
tär des ADAV, seit 1871 dessen Präsident; seit 1875
Vorsitzender der SAPD; 1881 Ausweisung aus
Leipzig, 1884 aus Berlin, 1887 aus Wurzen; 1869-
1871, 1874-1888 MdR (SAPD)

Helldorff-Bedra, Otto Heinrich von (1833-1908),
ev.: Jurist; Rittergutsbesitzer; 1867-1874 Landrat
Wetzlar; Königlich-preußischer Kammerherr; 1876-
1892 Führer der DKP; 1871-1874, 1877-1881,
1884-1893 MdR (DKP), 1879-1881, 1884-1892
Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Henning, Otto (1833-1908), ev.: Druckereibesitzer;
1887-1890 MdR (RFKP)

Hertling, Georg Friedrich Freiherr von (1843-
1919), kath.: Philosoph; 1912-1917 bayerischer Mi-
nisterpräsident; 1917/18 Reichskanzler und preußi-
scher Ministerpräsident; 1876 Mitbegründer und bis
zu seinem Tod Präsident der „Görres-Gesellschaft“;
1889 Präsident des Bochumer Katholikentags;
1875-1890, 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912
Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Hirsch, Max (1832-1905), mos.: Staatswissenschaft-
ler; 1859 Gründung einer Verlagsbuchhandlung in
Berlin; Lehrtätigkeit im Berliner „Großen Hand-
werkerverein“; 1862 Mitbegründer des Wochenblat-
tes „Der Fortschritt“; Mitglied des Ständigen Aus-
schusses des VDAV; unterliegt im Oktober 1867
August Bebel bei der Wahl zum VDAV-
Vorsitzenden; Direktor des „Brandenburgischen
Konsumvereinsverbandes“; 1868 sozialpolitische
Informationsreise nach Großbritannien; 1868 Grün-
dungsinitiator der Gewerkvereinsbewegung und Au-
tor der Musterstatuten; 1869-1905 Verbandsanwalt
des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine
(Hirsch-Duncker); 1872 Gründungsmitglied des
„Vereins für Socialpolitik“; Teilnahme an internati-
onalen Arbeiterschuttkongressen; 1869-1871,
1877/78, 1881-1884, 1890-1893 MdR (DFP/DFrP)

Hitze, Franz (1851-1921), kath.: Priester; Theologe;
1893-1920 Professor in Münster; 1880-1921 Gene-
ralsekretär des katholischen Industriellenverbandes
„Arbeiterwohl“, Redakteur der gleichnamigen Zeit-
schrift; 1890 Mitbegründer des „Volksvereins für
das katholische Deutschland“; 1897 Mitbegründer
des Deutschen Caritasverbandes; 1884-1921 MdR
(Zentrum), bedeutendster Sozialpolitiker des Zent-
rums, 1920/21 Ehrenvorsitzender der Reichstags-
fraktion

Holtz, Otto (1845-nach 1913), ev.: Landwirt; Ritter-
gutsbesitzer; Amtsvorsteher; Vorstandsmitglied der
Landesversicherungsanstalt Westpreußen; 1887-
1896, 1905-1907 MdR (RFKP)

Holtzmann, Eugen (1848-1901), ev.: Jurist; Fabrik-
besitzer; 1878 Gründungsmitglied des Vereins
„Concordia“; 1877-1893 MdR (NLP)

Horn, Albert (1840-1921), kath.: Jurist; Fürstbi-
schöflicher Stiftsassessor und Syndikus in Neisse;
Reisen durch Deutschland, Österreich-Ungarn, Dä-
nemark, Italien, die Schweiz; 1874-1918 MdR
(Zentrum)

Kardorff, Wilhelm von (1828-1907), ev.: Jurist; Rit-
tergutsbesitzer; 1849-1855 juristischer Staatsdienst;
1876 Mitbegründer des „Centralverbandes deut-
scher Industrieller“; Mitbegründer der RFKP; 1884-
1895 Landrat Oels; 1868-1907 MdR (RFKP)

Kayser, Max (1853-1888), bekenn-
t-
nislos: Hand-
lungsgehilfe; Schriftsteller; Redakteur; mehrfache
Ausweisungen; 1878-1887 MdR (SAPD)

Kiefer, Friedrich (1830-1895), ev.: Jurist; seit 1854
im badischen Justizdienst; 1870-1879 Oberstaats-
anwalt in Mannheim; 1879-1884, 1893-1895 Land-
gerichtsdirektor in Freiburg, 1884-1893 in Kon-
stanz; 1871-1874, 1877-1881 MdR (NLP)

Kleist-Retzow, Hans von (1814-1892), ev.: Jurist;
Rittergutsbesitzer; Wirklicher Geheimer Rat; Führer
der Konfessionalisten innerhalb der deutschkonser-
vativen Partei; 1849 stimmt in Zweiter preußischer
Kammer gegen Annahme der Frankfurter
Reichsverfassung; 1844-1851 Landrat Belgard;
Mitbegründer der „Neuen Preußischen Zeitung“
(„Kreuzzeitung“); 1851-1858 Oberpräsident Rhein-
provinz; 1886/87 bringt gemeinsam mit Wilhelm
Freiherr von Hammerstein Anträge für eine größere
Freiheit und Selbstständigkeit der evangelischen
Kirche vom Staat im preußischen Herren- und Ab-
geordnetenhaus ein; 1877-1892 MdR (DKP)

Komierowski, Roman von (1846-1924), kath.: Jurist;
Rittergutsbesitzer; Päpstlicher Geheimer Kämmerer;
1876-1884, 1887-1903 MdR (Pole)

Kulmiz, Paul von (1836-1895), ev.: Rittergutsbesitzer; 1881-1890 MdR (RFKP)

Langerhans, Paul (1820-1909), ev.: praktischer Arzt; führende Rolle im Genossenschaftswesen; 1884-1908 Stadtverordneter Berlin, 1893-1908 Vorsteher; 1877-1884 Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der DFP; 1881-1887, 1888-1903 MdR (DFP/DFrP/DFrVP)

Laporte, Wilhelm (1833-1900), ev.: Jurist; seit 1861 Rechtsanwalt, Obergerichtsanwalt in Hannover; 1874-1881 MdR (NLP)

Lasker, Eduard (1829-1884), mos.: Jurist; Rechtsanwalt; Notar; 1851-1870 juristischer Staatsdienst; 1866/67 Mitbegründer des NLP, 1880 der LV; 1853-1856 Studienaufenthalt in England; 1867-1884 MdR (NLP/LV)

Leuschner, Ernst (1826-1898), ev.: Bergrat; Hütendirektor; 1881-1898 MdR (RFKP)

Lieber, Ernst Maria (1838-1902), kath.: Philosoph; Jurist; Berufspolitiker; Päpstlicher Geheimer Kämmerer; 1885 Präsident des Münchener Katholikentags; 1890 Mitbegründer des „Volksvereins für das katholische Deutschland“; 1871-1902 MdR (Zentrum), maßgebliche Beeinflussung des Fraktionskurses nach 1893

Lieb knecht, Wilhelm (1826-1900), bekenntnislos: Journalist; Schriftsteller; 1842-1847 Studium der Philologie, Philosophie, Theologie; 1850-1862 Exil in London, dort Mitglied des „Bundes der Kommunisten“, Kontakt mit Marx und Engels; 1863-1865 Mitgliedschaft im ADAV; 1866 Gründung der „Sächsischen Volkspartei“ gemeinsam mit August Bebel; 1867-1871, 1874-1887, 1888-1900 MdR (Sächsische Volkspartei/SDAP/SAPD/SPD)

Lohren, Arnold (1836-1901), kath.: 1864-1880 Gründer und Leiter einer Spinnerei; Verfasser schutzzöllnerischer Schriften; 1881-1890 MdR (RFKP)

Loewe, Ludwig (1837-1886), mos.: Kaufmann; Fabrikbesitzer; Gründer zahlreicher sozialer Einrichtungen und Unterstützungskassen; zeitweilig Verbindungsmann zwischen Lassalle und dem Nationalverein; 1878-1886 MdR (DFP/DFrP)

Maltzahn(-Gültz), Helmuth Freiherr von (1840-1923), ev.: Rittergutsbesitzer; 1888-1893 preußischer Finanzminister; 1899-1911 Oberpräsident Pommern; 1871-1888 MdR (DKP)

Manteuffel, Otto Carl Gottlob Freiherr von (1844-1913), ev.: 1896-1911 Landesdirektor Brandenburg; 1877-1898 MdR (DKP), 1892-1897 Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Marquardsen, Heinrich (1826-1897), ev.: Jurist; ausgedehnte Studienreisen nach Belgien, England etc.; 1855 Mitbegründer der „Kritischen Zeitschrift für die gesamte Rechtswissenschaft“; seit 1857 Professor in Erlangen; 1868-1897 MdR (DFP/NLP), 1883-1887 Vorsitzender der Reichstagsfraktion (gemeinsam mit Franz Armand Buhl)

Marschall von Bieberstein, Adolf Freiherr (1842-1912), ev.: 1894-1897 preußischer Staatsminister; 1897 Botschafter in Konstantinopel, 1912 in London; 1878-1881 MdR (DKP)

Melbeck, Carl (1816-1891), ev.: 1855-1858 Landrat Solingen; 1878 Gründungsmitglied des Vereins „Concordia“; 1889-1891 Geheimer Regierungsrat; 1878-1881 MdR (RFKP)

Merbach, Kurt (1839-1912), ev.: Oberbergrat; 1884-1898 MdR (RFKP)

Miquel, Johannes von (1828-1901), ev.: Jurist; Rechtsanwalt; 1859 Mitbegründer des „Nationalvereins“; 1867 Mitbegründer der NLP; 1865 Bürgermeister, 1869, 1876-1879 Oberbürgermeister Osnabrück; 1879-1890 Oberbürgermeister Frankfurt am Main; 1878 Gründungsmitglied des Vereins „Concordia“; 1890-1901 preußischer Finanzminister; 1897-1901 Vizekanzler; 1897 Nobilitierung; 1867-1877, 1887-1890 MdR (NLP)

Mirbach, Julius Graf von (1839-1921), ev.: Jurist; Offizier; Rittergutsbesitzer; 1878-1881, 1886-1898 MdR (DKP)

Moufang, Christoph (1817-1890), kath.: Priester; Domkapitular; 1850-1890 Redakteur, Mitherausgeber des „Katholik“; 1871-1877, 1878-1890 MdR (Zentrum)

Müller, Friedrich Hermann (1826-1903), ev.: Natur- und Montanwissenschaftler; Ritterguts-, Bergwerks- und Fabrikbesitzer; 1877-1890 MdR (NLP)

Müller, Georg Waldemar (1851-1924), ev.: Jurist; Bankier; 1878 Landrat Marienwerder; 1885-1890 Oberbürgermeister Posen; seit 1890 im Führungsgremium der Reichsbank, seit 1896 der Dresdner Bank; 1884-1891 MdR (RFKP)

Münch, Gustav (1843-1910), ev.: Ingenieur; 1865-1874 im Eisenbahnbau tätig; 1874-1879 Beteiligung am Bau des Kieler Hafens; 1881-1893 MdR (DFP)

Niethammer, Albert (1833-1908), ev.: Papierfabrikant; 1871-1881, 1896-1901 Mitglied der sächsischen Landessynode; 1881-1884, 1887-1890 MdR (NLP)

Nobbe, Moritz Augustus (1834-1910), ev.: Ökonometrat, Gutspächter; 1884-1890 MdR (RFKP)

Oechelhäuser, Wilhelm (1820-1902), ev.: naturwissenschaftliche und mathematische Ausbildung; 1844/45 Aufenthalt in England und Frankreich; 1852-1856 Bürgermeister Mülheim/Ruhr; 1857-1889 Generaldirektor der „Deutschen Continental-Gasgesellschaft“ Dessau; 1878 Gründungsmitglied des Vereins „Concordia“; Herausgeber der dramatischen Werke Shakespeares; 1878-1893 MdR (NLP)

Orterer, Georg (1849-1916), kath.: Gymnasiallehrer; 1874 Reisen nach Italien, Frankreich und England; 1883-1886 Stadtverordneter in München; ab 1882 Landrat in Oberbayern; 1894 und 1903 Präsident der Kölner Katholikentage; 1901 Nobilitierung; 1884-1892 MdR (Zentrum), 1890-1892 stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Paasche, Hermann (1851-1925), ev.: Landwirt; Agrar- und Staatswissenschaftler; 1879 Professor in Aachen, 1879-1884 in Rostock, 1884-1897 in Marburg, 1897-1906 in Berlin; 1881-1884, 1893-1918 MdR (LV/NLP), 1903-1909, 1912-1918 Reichstagsvizepräsident

Petersen, Julius (1835-1909), ev.: Jurist; 1868-1871 Rechtsanwalt in Zweibrücken; 1871-1879 Kammerpräsident bzw. Landgerichtsdirektor in Straßburg; 1879-1883 Senatspräsident beim Oberlandesgericht Colmar; 1883-1901 Reichsgerichtsrat in Leipzig; 1869/70, 1873/74, 1881-1883 MdR (NLP)

Pfaehler, Gustav (1821-1894), ev.: Montanwissenschaftler; Geheimer Bergrat; Bergwerksdirektor; Vorsitzender des Knappschaftsvereins des Saarbrücker Reviers; 1876-1893 MdR (NLP)

Porsch, Felix (1853-1930), kath.: Rechtsanwalt; 1882-1914 Fürstbischöflicher Konsistorialrat; 1881-1903 Stadtverordneter in Breslau; 1892, 1904 und 1920 Präsident des Katholikentage in Mainz, Regensburg und Würzburg; 1920-1925 stellvertretender Vorsitzender der Zentrumsparterie; 1881-1893 MdR (Zentrum)

Puttkamer, Robert von (1828-1900), ev.: Jurist; Gutsbesitzer; 1860-1866 Landrat Demmin; 1871-1874 Regierungspräsident Gumbinnen; 1877-1879 Oberpräsident von Schlesien; 1879-1881 preußischer Kultusminister; 1881-1888 Vizekanzler und preußischer Innenminister; 1891-1899 Oberpräsident von Pommern; 1874, 1875-1877, 1878-1884, 1890/91 MdR (DKP)

Rée, Anton (1815-1891), mos.: Lehrer; Philosoph; 1848-1890 Schulpfarrer in Hamburg; 1867, 1881-1884 MdR (DFP)

Reindl, Magnus Anton (1832-1896), kath.: Priester; 1892-1896 Domkapitular, Dompfarrer, Domdekan in Eichstätt; 1881-1896 MdR (Zentrum), 1893-1896

stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Richter, Eugen (1838-1906), ev.: Jurist; Schriftsteller; Berufspolitiker; 1859-1864 juristischer Staatsdienst; seit 1875 Führer der DFP; seit 1884 Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der DFrP; seit 1893 Führer der DFrVP; 1867, 1871-1906 MdR (DFP/DFrP/DFrVP)

Rickert, Heinrich (1833-1902), ev.: Jurist; Nationalökonom; Rittergutsbesitzer; 1858-1863 Redakteur, seit 1863 Verleger der liberalen „Danziger Zeitung“; 1859 Mitbegründer des „Nationalvereins“; 1867 Mitbegründer der NLP; seit 1867 Stadtrat in Danzig; 1876-1878 Landesdirektor Preußen; Gründer des Danziger Vorschussvereins; 1878 Gründungsmitglied des Vereins „Concordia“; 1874-1902 MdR (NLP/LV/DFrP/FrVg)

Rintelen, Victor (1826-1908), kath.: Sohn Wilhelm Rintelens; Jurist; Oberjustizrat; 1884-1907 MdR (Zentrum)

Saldern, Siegfried von (1843-1913), ev.: Landwirt; Fideikommissbesitzer; 1884-1890 MdR (DKP)

Schirmeister, Heinrich von (1817-1892), ev.: Landwirt; Jurist; 1845-1851 Landrat Insterburg, 1851-1862 Darkehmen; 1861 Nobilitierung; 1881-1884 MdR (LV/DFrP)

Schmidt, Reinhart (1838-1909), ev.: kaufmännische und technische Ausbildung; Fabrikant; 1878-1885, 1892-1909 Stadtverordneter Elberfeld; 1881-1884, 1887-1907 MdR (DFP/DFrP/DFrVP), 1895-1900 Reichstagsvizepräsident

Schorlemer-Alst, Burghard Freiherr von (1825-1895), kath.: Gutsbesitzer; Landwirt; preußischer Premierleutnant der Kavallerie; Päpstlicher Geheimer Kämmerer; Reisen nach Österreich-Ungarn, Italien, in die Schweiz; 1870-1890 MdR (Zentrum)

Schrader, Karl (1834-1913), ev.: Jurist; Staatswissenschaftler; Eisenbahndirektor in Braunschweig und Anhalt; seit 1887 Mitarbeiter der „Deutschen Bank“, 1895-1913 Aufsichtsratsmitglied; 1905-1913 Präsident des „Protestantenvereins“; 1890 Vorsitzender DFrP; 1902-1910 Vorsitzender FrVg; 1881-1893, 1898-1912 MdR (LV/DFrP/FrVg)

Servaes, August (1832-1923), kath.: Jurist; 1859-1861 Syndikus, 1861-1873 Vorstandsmitglied, 1873-1902 Generaldirektor der „Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Phoenix“ in Ruhrort; Zukauf weiterer Unternehmen; Mitbegründer der Berufsgenossenschaft der Eisen- und Stahlindustrie; einflussreicher Schutzzöllner; 1879-1881 MdR (NLP/bkF)

Singer, Paul (1844-1911), mos.: Handlungsgehilfe; Kaufmann; Fabrikbesitzer; Verlagsleiter; Mäzen der Arbeiterbewegung; 1879 Mitbegründer des „Sozialdemokrat“; 1884-1911 Stadtverordneter in Berlin; 1890-1911 Vorsitzender des SPD-Parteivorstandes; 1884-1911 MdR (SAPD/SPD)

Skarżyński, Witold von (1850-1910), kath.: Landwirt; Schriftsteller; Rittergutsbesitzer; 1881-1884, 1903-1910 MdR (Pole)

Soden, Maximilian Freiherr von (1844-1922), kath.: Jurist; Gutsbesitzer; Königlich-bayerischer Kämmerer; Reise nach Italien; 1912-1916 bayerischer Innenminister; 1874-1884 MdR (Zentrum)

Staelin, Julius (1837-1889), ev.: Geheimer Kommerzienrat; 1877-1889 MdR (RFKP)

Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu (1840-1910), ev.: Landrat; Majoratsherr; 1892-1895 Oberpräsident Ostpreußens; 1877-1881, 1884-1893, 1895-1910 MdR (DKP); 1907-1910 Reichstagspräsident

Stolle, Wilhelm (1842-1918), bekenntnislos: Gärtner; 1862-1879 Inhaber einer Handelsgärtnerei; 1880-1918 Gastwirt; 1881-1887, 1890-1918 MdR (SAPD/SPD/USPD)

Stötzel, Gerhard (1835-1905), kath.: Metalldreher; Journalist; 1877-1893, 1898-1905 MdR (Zentrum)

Struckmann, Gustav (1837-1919), ev.: Jurist; 1864-1870 Rechtsanwalt in Osnabrück, 1870-1875 Obergerichtsanwalt ebd.; 1869-1874 Mitglied der hannoverschen Landessynode; 1875-1909 Bürgermeister von Hildesheim; Vorsitzender „Deutscher Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke“; 1874-1877, 1884-1890 MdR (NLP)

Stumm, Karl Ferdinand von (1836-1901), ev.: Eisenhüttenbesitzer; Kommerzienrat; Offizier; Reisen nach Südeuropa und in den Orient; 1871-1901 Leitung des Neunkirchener Eisenwerks; 1888 Nobilitierung; 1867-1881, 1889-1901 MdR (RFKP)

Uechtritz und Steinkirch, Oswald von (1824-1902), ev.: Jurist; Staatsanwalt; Kammergerichtsrat; 1883/84 MdR (DKP)

Veiel, Ludwig (1845-1905), ev.: Jurist; 1872-1876 Justizassessor in Tübingen, 1876-1879 in Stuttgart; 1879 Amtsrichter ebd., 1880 Landrichter ebd., 1887 Landgerichtsrat ebd.; Reichsgerichtsrat; 1884-1890 MdR (NLP)

Vollmar, Georg von (1850-1922), kath.: Offizier; Schriftsteller; Redakteur; Vertreter des revisionistischen Parteiflügels; 1881-1887, 1890-1918 MdR (SAPD/SPD)

Websky, Egmont (1827-1905), ev.: Landwirt; Naturwissenschaftler; Fabrikbesitzer; Gründer zahlreicher Unterstützungs-, Invaliden- und Sterbekassen; 1871-1877, 1887-1890 MdR (NLP)

Wendt-Papenhausen, Carl Hubert Maria Freiherr von (1832-1903), kath.: Jurist; Rittergutsbesitzer; Präsident des Bonifatiusvereins; 1874-1893 MdR (Zentrum)

Wichmann, Rudolf (1826-1900), ev.: Rittergutsbesitzer; 1877-1893 MdR (DKP)

Windthorst, Ludwig (1812-1891), kath.: Jurist; 1836-1848 Anwalt; 1848-1851, 1854-1857 Oberappellationsgerichtsrat in Celle; 1851-1853, 1862-1865 hannoverscher Justizminister; 1890 Mitbegründer des „Volksvereins für das katholische Deutschland“; 1867-1891 MdR (Zentrum), Führer der Reichstagsfraktion (auch ohne ausdrückliches Amt), wichtigster innenpolitischer Gegner Bismarcks

Winterer, Landelin (auch: Landolin) (1832-1911), kath.: Pfarrer und Kanonikus in Mühlhausen/Elsass; 1874-1903 MdR (bkF)

Witte, Friedrich (1829-1893), ev.: Naturwissenschaftler; seit 1854 Apotheker und international erfolgreicher Arzneimittelfabrikant in Rostock; 1863-1885 Magistratsmitglied Rostock; überzeugter Freihändler; 1878-1881, 1884-1893 MdR (NLP/LV/DFrP)

Wöllmer, Ferdinand (1836-1909), ev.: Kaufmann; seit 1883 Stadtverordneter Charlottenburg; 1878-1881, 1890-1893 MdR (DFP/DFrP)

Verwendete Literatur

Quellen und Literatur bis 1945

- Adickes, F(ranz): Die Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterversicherung in den Jahren 1848 und 1849 und K. Rodbertus-Jagetzow, in: ZgS 39 (1883), 561-592.
- Adler, Georg: Rodbertus, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine sozial-ökonomische Studie, Leipzig 1884.
- Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794. Mit einer Einführung von Hans Hattenhauer und einer Bibliographie von Günther Bernert, Neuwied/Kriftel/Berlin ²1994.
- Ammon, Christoph Friedrich von: Handbuch der christlichen Sittenlehre, 3 Bde., Leipzig ²1838.
- Andrae-Roman, A(lexander): Aus längst vergangenen Tagen. Erinnerungen eines alten Mannes, Bielefeld/Leipzig, 1899.
- Bamberger, Ludwig: Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkte des Vereinsrechtes, Stuttgart 1873.
- Ders.: Deutschland und der Sozialismus, Leipzig 1878.
 - Ders.: Die Invasion der socialistischen Ideen, in: Gegen den Staatssocialismus. Drei Abhandlungen von Ludwig Bamberger, Theodor Barth, Max Broemel, Berlin 1884, 5-30.
 - Ders.: Die Secession, Berlin 1881.
- Barich, Werner: Lujo Brentano als Sozialpolitiker, Berlin 1936.
- Baumbach, Karl: Staats-Lexikon. Handbuch für jeden Staatsbürger zur Kenntnis des öffentlichen Rechts und des Staatslebens aller Länder, insbesondere des Deutschen Reichs, Leipzig 1882.
- Baumgarten, Otto: Bismarcks Glaube, Tübingen 1915.
- Ders.: Bismarcks Religion (Die Klassiker der Religion, 16), Göttingen 1922.
- Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegiertentag Sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter abgehalten zu Zwickau am 20. September 1874, Leipzig 1875.
- Bernhard, Ludwig: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik, Berlin 1912.
- Biedermann, Karl: Über den neuesten Unfallversicherungs-Gesetzentwurf, in: Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 21 (1884), Bd. 2, 22-47.
- Block, M(aurice): Die Quintessenz des Kathedersozialismus, in: Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 15 (1878), Bd. 4, 1-56.
- Bödiker, Tonio: Die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten, Leipzig 1895.
- Ders.: Die Reichs-Versicherungsgesetzgebung, Leipzig 1898.
 - Ders.: Die Unfall-Gesetzgebung der europäischen Staaten, Leipzig 1884.
- Boese, Franz: Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932, Berlin 1939 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 188).
- Böhmert, Victor: Die Arbeiterfrage als Gemütsfrage und die christliche Ethik, in: Der Arbeiterfreund 40 (1902), 9-13.
- Ders.: Die Arbeiterfrage und die innere Mission, in: Der Arbeiterfreund 21 (1883), 373-381.
 - Ders.: Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen in der Schweiz. Bericht erstellt im Auftrag der Eidgenössischen Generalcommission für die Wiener Weltausstellung, 2 Bde., Zürich 1873.
 - Ders.: Christliche Religion und sozialistische Weltanschauung, in: Der Arbeiterfreund 48 (1910), 289-305.
 - Ders.: Ein Beitrag zur Unfallversicherung und zur Invaliden-, Wittwen- u. Waisen-Unterstützung von Fabrikarbeitern, in: Der Arbeiterfreund 15 (1877), 187-193.
 - Ders.: Erinnerungen und Lebensauffassungen eines Achtzigers, in: Der Arbeiterfreund 47 (1909), 243-256.
 - Ders.: Die Fürsorge für das Arbeiterwohl als internationale Aufgabe, in: Der Arbeiterfreund 18 (1880), 1-13.
 - Ders.: Grundbedingungen einer Lösung der Arbeiterfrage, in: Der Arbeiterfreund 20 (1882), 1-4.
 - Ders.: Rede über den Beruf der Kirche in der socialen Frage, in: Verhandlungen des achten deutschen Protestantentages zu Wiesbaden vom 28. bis 30. September 1874, hg. vom Vorstand des Vereins, Leipzig 1875, 32-49.
 - Ders.: Der Reichsgesetzentwurf über die gegenseitigen Hilfskassen, in: Der Arbeiterfreund 13 (1875), 360-370.
 - Ders.: Schulze-Delitzsch als Arbeiterfreund und Socialreformer, in: Der Arbeiterfreund 21 (1883), 161-181.
 - Ders.: Die socialen Aufgaben der Gemeinden, in: Der Arbeiterfreund 20 (1882), 167-177.
 - Ders.: Der Sozialismus und die Arbeiter-Frage, Zürich 1872.
 - Ders.: Über Freihandel und Schutzzoll, in: Der Arbeiterfreund 14 (1876), 174-180.
- Borgh, R(ichard) van der: Zur Frage der Bewährung der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung, in: Schmollers Jahrbuch 13 (1889), 323-356.
- Bosse, Robert/Woedtke, Erich von: Das Reichsgesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung. Vom 22. Juni 1889, Leipzig 1891.

- Brakelmann, Günter (Hg.): Kirche, soziale Frage und Sozialismus, Bd. 1: Kirchenleitungen und Synoden über soziale Frage und Sozialismus, Gütersloh 1977.
- Brandes, Georg: Ferdinand Lassalle. Ein literarisches Charakterbild, Berlin 1877.
- Braun, Karl: Das Zwangs-Zölibat für Mittellose in Deutschland, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 5 (1867), Bd. 4, 1-80
- Ders.: Gewerbe-, Zug und Verhehlungsfreiheit im Norddeutschen Bunde, in: Preußische Jahrbücher 21 (1868), 435-466.
- Breitenborn, Konrad (Hg.): Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode (1837-1896). Deutscher Standesherr und Politiker der Bismarckzeit. Ausgewählte Dokumente, Wernigerode 1993.
- Brentano, Lujo: Die Arbeitergilden der Gegenwart, Bd. 1: Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine, Leipzig 1871; Bd. 2: Zur Kritik der englischen Gewerkvereine, Leipzig 1872.
- Ders.: Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung. Geschichtliche und ökonomische Studien, Leipzig 1879.
 - Ders.: Der Arbeiter-Versicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen, Berlin 1881.
 - Ders.: Geschichte und Wirken eines deutschen Gewerkvereins [Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker; PE], in: Schmollers Jahrbuch 6 (1882), 993-1001.
 - Ders.: Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen? Über Kathedersozialismus und alten und neuen Merkantilismus, Berlin 1918.
- Burgdorff, August: Inwiefern unsere Arbeiterversicherung ihren Zweck nicht erfüllt und wie selbst der einfache Arbeiter wohlhabend wird, Altona 1911.
- Franz Joseph von Buß 1803-1878, hg. und erl. von Franz Josef Stegmann (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 13), Paderborn u. a. 1994.
- Conrad, Else: Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage, Jena 1906.
- Contzen, Heinrich: Geschichte der socialen Frage von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart (1877), Berlin²1879.
- Dawson, William Harbutt: Bismarck und der Staats-Sozialismus. Darstellung der sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung Deutschlands seit 1870. Aus dem Englischen übersetzt vom Bibliographischen Bureau zu Berlin, Hannover 1890.
- Der Liberalismus. In ausgewählten Quellen dargestellt und eingeleitet von Michael Freund, Stuttgart 1965.
- Der Kulturkampf, hg. und erl. von Rudolf Lill (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 10), Paderborn u. a. 1997.
- Deutscher Katholizismus und Sozialpolitik bis zum Beginn der Weimarer Republik, hg. und erl. von Horstwalter Heitzer (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 6), Paderborn u. a. 1991.
- Die Kaiser Wilhelm-Spende und die Gewerkvereins-Invalidenkassen, in: ZgS 38 (1882), 704-712.
- Die unter staatlicher Aufsicht stehenden Hilfskassen für Arbeitnehmer (mit Ausschluss der sog. Knappschaftskassen) und die Versicherung gewerblicher Arbeitnehmer gegen Unfälle im preußischen Staate, bearb. im Auftrage des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Berlin 1876.
- Dierks, Albert: Entstehung und Entwicklung der deutschen Krankenversicherung bis zum Jahre 1909, in: Zentralblatt der Reichsversicherung 13 (1922), 24-31; 53-60; 120-125; 148-155; 180-183; 216-221; 276-281; 304-310; 339-343; 372-375; 440-445; 482-488; 507-517; 542-548; 586-591; 603-609; 646-662; 692-701.
- Dietzel, H.: Karl Rodbertus. Darstellung seines Lebens und seiner Lehre, 2 Bde., Jena 1886; 1888.
- Diskussion über die sociale Frage, in: Verhandlungen des achten deutschen Protestantentages zu Wiesbaden vom 28. bis 30. September 1874, hg. vom Vorstand des Vereins, Leipzig 1875, 50-57.
- Dowe, Dieter (Hg.): Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (inklusive Splittergruppen) (Nachdruck der Ausgabe 1863-1877) (Reprints zur Sozialgeschichte), Berlin 1980.
- Edelmann, Johann Christian: Selbstbiographie (1752), Berlin 1849.
- Emminghaus, Arwed: August Lammers. Lebensbild eines deutschen Publizisten und Pioniers der Gemeinnützigkeit aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, Dresden 1908.
- Ders.: Die Bestrebungen zur Begründung einer besonderen Gesellschaftswissenschaft. Sogenannte „soziale Fragen“, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 4 (1866), Bd. 4, 102-123.
- Ergebnisse der über die Frauen- und Kinder-Arbeit in Fabriken auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen, zusammengestellt im Reichskanzler-Amt, Berlin 1876.
- Erste Erfahrungen im Knappschaftswesen, in: Der Arbeiterfreund 17 (1879), 282-314.
- Falk, Johannes: Aufruf zunächst an die Landstände des Großherzogthums Weimar und sodann an das ganze deutsche Volk und dessen Fürsten, über eine der schauerhaftesten Lücken unserer Gesetzgebungen, die durch die traurige Verwechselung von Volkserziehung mit Volksunterricht entstanden ist, Leipzig 1818.
- Ders.: Geheimes Tagebuch oder Mein Leben vor Gott, hg. von Siegmund Schultze, 2 Bde., Halle 1898-1900.
- Frank, F(ranz) H(ermann) R(einhold): System der christlichen Sittlichkeit, 2 Bde., Erlangen 1884-1887.

- Freie wirtschaftliche Entwicklung oder Eingreifen des Staates zur Heilung sozialer Schäden? Ein Rückblick auf die sozialpolitische Kontroverse Otto von Bismarcks mit der liberalen Ministerialbürokratie Preußens im Jahre 1871, in: ZSR 38 (1992), 47-55.
- Freund, Richard: Armenpflege und Arbeiterversicherung. Prüfung der Frage, in welcher Weise die neuere Gesetzgebung auf die Aufgaben der Armengesetzgebung und Armenpflege einwirkt, Leipzig 1895.
- Ders.: Das berufsgenossenschaftliche Prinzip im Krankenversicherungsgesetze unter besonderer Berücksichtigung der Kassenorganisation im Stadtbezirke Berlin, in: Schmollers Jahrbuch 11 (1887), 449-479.
 - Ders.: Zur bevorstehenden Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung, in: Schmollers Jahrbuch 14 (1890), 967-971.
- Gall, Lothar/Koch, Rainer (Hg.): Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert. Texte zu seiner Entwicklung, 4 Bde., Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981.
- Gebhard, Hermann: Die Reform der Invaliditäts- und Altersversicherung, Mainz 1893.
- Gehrig, Hans: Die sozialpolitischen Anschauungen der deutschen Freihandelschule, Halle 1909.
- Gierke, Otto von: Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bde., Berlin 1868-1913.
- Gneist, Rudolf von: Die Wilhelmsspende als Altersversorgung für die arbeitenden Klassen, in: Der Arbeiterfreund 16 (1878), 405-412.
- Grebe, Paul: Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889. Ein Beitrag aus den Akten des Staatsministeriums, in: HZ 157 (1938), 84-97.
- Greißl: Wirtschaftliche Untersuchungen über die Belastungen der deutschen Industrie durch die Arbeiter-Versicherungs- und Schutzgesetzgebung, in: Schmollers Jahrbuch 23 (1889), 855-912.
- Greschat, Martin (Hg.): Vom Konfessionalismus zur Moderne (Kirchen- und Theologiegeschichte in Quellen, 4), Neukirchen-Vluyn 1997.
- Hagena, Wilhelm: Die Ansichten der deutschen Kameralisten des 18. Jahrhunderts über das Versicherungswesen, Norden 1910.
- Hansen, P. Chr.: Das Unfallversicherungsgesetz in der Praxis, in: Der Arbeiterfreund 24 (1886), 1-19.
- Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter, hg. von Ruth Hoppe/Jürgen Kuczynski/Heinrich Waldmann (Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, I, 8), Berlin 1960.
- Held, Adolf: Die Deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart, Leipzig 1873.
- Ders.: Schutzzoll und Freihandel, in: Schmollers Jahrbuch 3 (1879), 437-486.
 - Ders.: Der volkswirtschaftliche Kongreß und der Verein für Socialpolitik, in: Schmollers Jahrbuch 1 (1877), 159-177.
- Helm, Georg: Die Entwicklung der Gesetzgebung über die Unfallversicherung, in: Der Arbeiterfreund 22 (1884), 69-144.
- Henke, Heinrich Philipp Conrad: Beurtheilung aller Schriften welche durch das Königlich Preußische Religionsedikt und durch andre damit zusammenhängende Religionsverfügungen veranlaßt sind. Aus der allgem. deutsch. Biblioth. B. CXIV. St. 2. u. CXV. St. 1 besonders abgedruckt, Kiel 1793.
- Henning, Hansjoachim/Tennstedt, Florian (Hg.): Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. Begründet von Peter Rassow und Karl Erich Born (zit. Quellensammlung GDS):
- Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Reichstagswahl von 1881, bearb. von Florian Tennstedt/Heidi Winter, Stuttgart/Jena/New York 1994.
 - Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 2: Von der Haftpflichtgesetzgebung zur ersten Unfallversicherungsvorlage, bearb. von Florian Tennstedt/Heidi Winter, Stuttgart/Jena/New York 1993.
 - Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 3: Arbeiterschutz, bearb. von Wolfgang Ayaß, Stuttgart/Jena/New York 1996.
 - Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 4: Arbeiterrecht, bearb. von Wolfgang Ayaß/Karl-Heinz Nickel/Heidi Winter, Darmstadt 1997.
 - Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 5: Gewerbliche Unterstützungskassen. Die Krankenversicherung für gewerbliche Arbeitnehmer zwischen Selbsthilfe und Staatshilfe, bearb. von Florian Tennstedt/Heidi Winter, Darmstadt 1999.
 - Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 6: Altersversorgungs- und Invalidenkassen, bearb. von Florian Tennstedt/Heidi Winter, Darmstadt 2002.
 - Abteilung I: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 7: Armengesetzgebung und Freizügigkeit, bearb. von Christoph Sachße/Florian Tennstedt/Elmar Roeder, Darmstadt 2000.
 - Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 1: Grundfragen der Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite und in der Öffentlichkeit, bearb. von Wolfgang Ayaß/Florian Tennstedt, Darmstadt 2003.

- Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 2, Teil 1: Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, bearb. von Florian Tennstedt/Heidi Winter, Stuttgart/Jena/New York 1995.
 - Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 2, Teil 2: Die Ausdehnungsgesetzgebung und die Praxis der Unfallversicherung, bearb. von Wolfgang Ayaß, Darmstadt 2001.
 - Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 3: Arbeiterschutz, bearb. von Wolfgang Ayaß, Darmstadt 1998.
 - Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 6: Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage, bearb. von Ulrike Haerendel, Darmstadt 2004.
- Georg von Hertling 1843-1919, hg. und erl. von Winfried Becker (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 8), Paderborn u. a. 1993.
- Hilse, B.: Die Aufgaben der Krankenkassennovelle zur Abstellung der infolge Wechselbeziehung der Kranken-, Unfall, Alters- und Invalidenversicherung hervortretenden Mängel und Lücken, in: Schmollers Jahrbuch 14 (1890), 259-270.
- Hirsch, Wilhelm: Bericht über die Verhandlungen der industriellen Vereine, in: Schmollers Jahrbuch 12 (1888), 321-327.
- Hirschberg, Richard: Die Lösung der sozialen Frage nebst einer Darstellung der wichtigsten sozialistischen Lehren und der Arbeiterbewegung der letzten Jahre, Meissen 1871.
- Huber-Liebenau, Th(eodor) von: Das neue Unfallversicherungs-Gesetz, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 22 (1885), Bd. 3, 31-40.
- Hunkel, Ernst: Fürst Bismarck und die Arbeiterversicherung, Erlangen 1909.
- Jörg, Jos(eph) Edmund: Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland, Freiburg 1867.
- Kalle, Fritz: Eine deutsche Arbeiter-Invaliden-, Wittwen- und Waisen-Casse. Gutachten, in: Ueber Alters- und Invalidencassen für Arbeiter. Gutachten auf Veranlassung des Vereins für Socialpolitik abgegeben von F. Kalle u. a., Leipzig 1874, 1-22.
- Ders.: Über Altersversorgungskassen, Mainz 1873.
- Katholizismus und wirtschaftlicher Liberalismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hg. und erl. von Karl-Heinz Grenner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 12), Paderborn u. a. 1998.
- Keiner, Oswald: Die Entwicklung der deutschen Invalidenversicherung, München 1904.
- Kelsch, Wolfgang: Ludwig Bamberger als Politiker. Mit besonderer Berücksichtigung seiner wirtschaftspolitischen und sozialen Anschauungen, Berlin 1933.
- Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Sämtliche Werke und Briefe, hg. von Erwin Iserloh, 10 Bde., Mainz 1977-1997, Abt. I, Bd. 1: Schriften, Aufsätze und Reden 1848-1866, bearb. von Erwin Iserloh u. a., 1977; Abt. I, Bd. 2: Schriften, Aufsätze und Reden 1867-1870, bearb. von Erwin Iserloh u. a., 1978.
- Wilhelm Emmanuel von Ketteler 1811-1877, hg. und erl. von Erwin Iserloh (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 4), Paderborn u. a. 1990.
- Kißling, Johannes B.: Geschichte der deutschen Katholikentage. Im Auftrage der Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, 2 Bde., Münster 1920-1923.
- Klees, Friedrich: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland (1928), Nachdruck, hg. von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Florian Tennstedt (Reprints zur Sozialgeschichte), Berlin/Bonn 1981.
- Kleinwächter, Friedrich: Lassalle und Louis Blanc, in: ZgS 38 (1882), 118-137.
- Koch, Walter (Hg.): F. W. Raiffeisen. Statuten, Dokumente und Schriftwechsel mit den Behörden 1846-1888, Dachau ²1996.
- Kreil, Josef: Die Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit in der deutschen Sozialversicherung, Stuttgart 1935.
- Landmann, C.: Die „Gründzüge“ und die „Motive“ zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter und die Beurtheilung derselben, in: Schmollers Jahrbuch 12 (1888), 299-321.
- Lass, Ludwig/Zahn, Friedrich: Einrichtung und Wirkung der Deutschen Arbeiterversicherung (1900), Berlin ³1904.
- Lassalle, Ferdinand: Ausgewählte Reden und Schriften. Ausgabe in einem Band, hg. von Hans Jürgen Friederici (Soziales Denken des 19. und 20. Jahrhunderts), Berlin 1991.
- Ders.: Die Schriften des Nachlasses und der Briefwechsel mit Karl Rodbertus, hg. von Gustav Mayer (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, 17), Osnabrück 1967.
- Laves, Theodor: Bemerkungen zu den „Gründzügen“ der in Vorschlag gebrachten Alters- und Invalidenversicherung, in: Schmollers Jahrbuch 12 (1888), 335-354.
- Ders.: Die Gründzüge zur Alters- und Invalidenversicherung im preußischen Volkswirtschaftsrath, in: Schmollers Jahrbuch 12 (1888), 714-717.
- Lehr, J.: Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 26 (1889), Bd. 4, 97-143.

- Le Roux, Alfred: Das besondere Preisgericht und die neugeschaffenen Preise für die Pflege der Eintracht in Fabriken und Ortschaften und die Sicherung des Wohlstandes, der Sittlichkeit und Intelligenz in den Arbeiterkreisen. In's Deutsche übertragen Dr. F. von Steinbeis, Stuttgart 1868.
- Lette, Adolph: Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen, in: *Der Arbeiterfreund* 1 (1863), 1-25.
- Lewald, Theodor: Die praktische Durchführung des deutschen Krankenversicherungsgesetzes von 1883, in: *Schmollers Jahrbuch* 9 (1885), 1103-1160.
- Lohmann, Theodor: Die Aufgaben der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart. Schrift des Central-Ausschusses für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (1884), in: Brakelmann, Günter: Zwischen Widerstand und Mitverantwortung. Vier Studien zum Protestantismus in sozialen Konflikten (SWI ... außer der Reihe, 17), Bochum 1994, 133-146.
- Ders.: Communismus, Socialismus und Christenthum, in: *Vierteljahrsschrift für Theologie und Kirche* mit besonderer Berücksichtigung der hannoverschen Landeskirche, Folge 3, 2 (1853), 1-33.
- Luthardt, Chr(istoph) Ernst: Geschichte der christlichen Ethik, Bd. 2: Geschichte der christlichen Ethik seit der Reformation, Leipzig 1893.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Deutsche Ideologie (1845/46), in: Dies.: Werke, Bd. 3, Berlin 1958.
- Mayer, Gustav: Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche, Berlin 1928.
- Meyer, Jürgen Bona: Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, in: *Schmollers Jahrbuch* 1 (1877), 327-337.
- Mihr, Volker/Tennstedt, Florian/Winter, Heide (Hg.): Sozialreform als Bürger- und Christenpflicht. Aufzeichnungen, Briefe und Erinnerungen des leitenden Ministerialbeamten Robert Bosse aus der Entstehungszeit der Arbeiterversicherung und des BGB (1878-1892) (Konfession und Gesellschaft, 35), Stuttgart 2005.
- Mohl, Robert von: Staatsrecht, Völkerrecht, Politik, Bd. 3: Politik II, Tübingen 1869.
- Ders.: Über die Nachtheile, welche sowohl den Arbeitern selbst, als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesammten bürgerlichen Gesellschaft von dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen, und über die Nothwendigkeit gründlicher Vorbeugungsmittel, in: *Archiv der politischen Oekonomie und Polizeiwissenschaft* 2 (1835), 141-185.
- Munding, K(arl) (Hg.): Victor Aimé Hubers Ausgewählte Schriften über Socialreform und Genossenschaftswesen (1894), neu hg. von Wilhelm Treue/Karl Heinrich Kaufhold, Frankfurt am Main 1990.
- Natorp, Gustav: Der Ausstand der Bergarbeiter im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk, Essen 1889.
- Naumann, Friedrich: Die politischen Parteien, Berlin-Schöneberg 1911.
- Oechelhäuser, Wilhelm: Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber, Berlin ²1887.
- Offermann, Toni (Hg.): Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863-1871 (AfS, Beihefte, 22), Bonn 2002.
- Oldenberg, K(arl M.): Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter vor der Reichstagskommission, in: *Schmollers Jahrbuch* 13 (1889), 676-679.
- Ders.: Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der deutschen Arbeiter, in: *Schmollers Jahrbuch* 12 (1888), 1331-1339.
 - Ders.: Stimmen über das Projekt der Alters- und Invalidenversicherung: L. Brentano, A. Schäffle, K. Schrader, in: *Schmollers Jahrbuch* 12 (1888), 1029-1035.
 - Ders.: Zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, in: *Schmollers Jahrbuch* 13 (1889), 398-422.
- Oppenheim, H(einrich) B(ernhard): Der Katheder-Sozialismus, Berlin 1872.
- Périn, Charles: Christliche Politik. Die Gesetze der christlichen Gesellschaft, Freiburg 1876.
- Petersen, Julius: Das Gesetz vom 15. Juni 1883 betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, in: *Schmollers Jahrbuch* 8 (1884), 63-134.
- Planck, K. Chr.: Manchesterthum und deutscher Beruf. Auch ein Wort zur socialen Frage, in: *ZgS* 31 (1875), 304-419.
- Pörksen, Martin: Johann Hinrich Wichern und die sozialen Fragen, Rendsburg 1932.
- Poschinger, Heinrich von: Bismarck und die Arbeiterfrage, in: Ders. (Hg.): Neues Bismarck-Jahrbuch, Bd. 1, Wien 1911.
- Prince-Smith, John: Die sogenannte Arbeiterfrage, in: *Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte* 2 (1864), Bd. 4, 192-207.
- Quandt, Otto: Die Anfänge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und die Haltung der Parteien (Das Unfallversicherungsgesetz 1881-1884) (Historische Studien, 344), Berlin 1938.
- Ratzinger, Georg: Geschichte der kirchlichen Armenpflege. Gekrönte Preisschrift (1868), Freiburg ²1884.
- Reichensperger, Peter Franz: Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts und in besonderem Hinblick auf Preußen und die Rheinprovinz, Trier 1847.

- Peter Reichensperger 1810-1892, hg. und erl. von Ulrich von Hehl (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 17), Paderborn u. a. 2000.
- Ricardo, David: On the Principles of Political Economy and Taxation, London 1817 (deutsch: Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung [Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 5], Jena ²1923).
- Richter, Karl Thomas: Die soziale Frage auf der Weltausstellung im Jahre 1867, in: Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 5 (1867), Bd. 4, 93-115.
- Rodbertus, Johann Karl: Gesammelte Werke und Briefe, zusammengestellt auf Grund früherer Ausgaben und mit Einleitung sowie Bibliographie hg. von Th(ilo) Ramm, Abteilung I: Zur sozialen Frage, 2 Bde., Osnabrück 1971/72.
- Rogge, D.: Bötticher, Dr. Karl Heinrich v., in: Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, hg. von Anton Bettelheim, Bd. 12: 1. Januar bis 31. Dezember 1907, Berlin 1909, 126-132.
- Röhrich, Wilhelm: Offenes Sendschreiben an die deutschen Arbeiter betreffend das „Offene Antwortschreiben“ des Herrn Ferdinand Lassalle und den „Offenen Brief“ des Herrn Rodbertus an das Central-Comité zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig, Coburg 1863.
- Rosa-Luxemburg-Verein (Hg.): „Der kühnen Bahn nun folgen wir ...“. Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV (Mitteilungen des Rosa-Luxemburg-Vereins, 14), Leipzig 1993.
- Rothfels, Hans: Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik. Eine Universitätsrede am Reichsgründungstag 1929, in: Ders.: Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden (Königsberger Historische Forschungen, 7), Leipzig 1935, 49-64.
- Ders.: Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik (1871-1905). Nach ungedruckten Quellen bearbeitet, Berlin 1927.
- Rubner, Heinrich (Hg.): Adolph Wagner. Briefe – Dokumente – Augenzeugenberichte 1851-1917, Berlin 1978.
- Schäffle, Albert: Bourgeois- und Arbeiter-Nationalökonomie, mit besonderer Rücksicht auf Kapitalprofit, Kredit- und Produktivgenossenschaft, aus Anlaß von Lassalles „ökonomischem Julian“ und der sonstigen neueren Literatur über die Arbeiterfrage, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 27 (1864), Heft 2, 245-358.
- Ders.: Kapitalismus und Socialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen. Vorträge zur Versöhnung der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital, Tübingen 1870.
- Ders.: Der Mangel an Individualisierung in der Alters- und Invalidenversicherung, in: ZgS 44 (1888), 417-491.
- Ders.: Schulze-Delitzsch und Lassalle, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 26 (1863), Heft 3, 305-348.
- Schleiermacher, Daniel Friedrich Ernst: Die Lehre vom Staat, aus Schleiermacher's handschriftlichem Nachlasse und nachgeschriebenen Vorlesungen, hg. von Christian A. Brandis (Friedrich Schleiermacher's sämtliche Werke, III, 8), Berlin 1845.
- Schmoller, Gustav: Briefe über Bismarcks sozialpolitische und volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung (1898; 1899; 1913), in: ZSR 27 (1981), 741-774.
- Ders.: Eröffnungsrede des Vereins für Sozialpolitik (1872), in: Brakelmann, Günter/Jähnichen, Traugott (Hg.): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband, Gütersloh 1994, 117-123.
- Ders.: Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf, München/Leipzig 1918.
- Ders.: Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Ein offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke, Jena 1875.
- Schramm, Carl August: Rodbertus, Marx, Lassalle. Sozialwissenschaftliche Studie, München 1889.
- Schulze-Delitzsch, Hermann: Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus. Sechs Vorträge vor dem Berliner Arbeiterverein, Leipzig 1863.
- Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, hg. im Auftrage des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, e.V., von F(riedrich) Thorwart, 5 Bde., Berlin 1909-1913.
- Schüren, Nicolaus: Zur Lösung der socialen Frage (1860), Leipzig ²1873.
- Seeberg, Reinhold: Das Christentum Bismarcks (Biblische Zeit- und Streitfragen, Serie 10, 6), Berlin-Lichterfelde 1915.
- Seiler, Sebastian: Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich. Eine Vertheidigungsschrift, die, bereits gesetzt, aber vom Walliser Staatsrath unterdrückt, jetzt hier dem Publikum geboten wird, Bern 1843.
- Semler, Johann Salomo: Vertheidigung des Königl. Edikts vom 9ten Jul. 1788 wider die freimüthigen Betrachtungen eines Ungenannten, Halle 1788.
- Sering, M.: Bericht über das Gutachten eines Kölner Industriellen, in: Schmollers Jahrbuch 12 (1888), 332-335.
- Silberschlag, C.: Die Gesetze Deutschlands über Sonntagsfeier, historisch und mit Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Reform betrachtet, in: ZgS 36 (1880), 125-133.
- Specht, Fritz/Schwabe, Paul: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903 (1903), Berlin ²1904.
- Stahl, Friedrich Julius: Der christliche Staat und sein Verhältniß zu Deismus und Judenthum. Eine durch die Verhandlungen des Vereinigten Landtags hervorgerufene Abhandlung. Berlin 1847.
- Ders.: Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. Neunundzwanzig akademische Vorlesungen, Berlin 1863.

- Stein, Lorenz von: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, 3 Bde., Leipzig 1850 (Neudrucke: München 1921; Darmstadt 1959).
- Ders.: Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Leipzig 1842.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Berlin 1881-1889 (zit. StBrt); Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Reichstages (zit. StBrt/A).
- Stock, Erich: Wirtschafts- und sozialpolitische Bestrebungen der deutschkonservativen Partei unter Bismarck. 1876-1890, Breslau 1928.
- Stoecker, Adolf: Sozialdemokratie und Sozialmonarchie. Vortrag (Evangelisch-soziale Zeitfragen, 1. Reihe, Heft 5), Leipzig 1891.
- Ströll, Moriz: Die staatssozialistische Bewegung. Eine historisch-kritische Darstellung, Leipzig 1885.
- Stumm, Karl Ferdinand: Gutachten über die Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung, in: Schmollers Jahrbuch 12 (1888), 328-332.
- Ders.: Das System „Stumm“, in: Schraepfer, Ernst (Hg.): Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland 1871 bis zur Gegenwart (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, 9), Göttingen/Zürich ³1996, 104-108.
- Todt, Rudolf: Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft. Versuch einer Darstellung des socialen Gehaltes des Christenthums und der socialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments, Wittenberg 1877.
- Toussaint, Fr. W.: Vierunddreißig Jahre praktischer Kranken- und Invalidenversicherung im Elsass, in: ZgS 40 (1884), 285-308.
- Uhlhorn, Gerhard: Die Christliche Liebesthätigkeit (1882-1890), Stuttgart ²1895.
- Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage im Juni 1870, hg. vom Sekretär des Ausschusses, Berlin 1870.
- Verhandlungen der fünfzehnten Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt am Main am 21., 22., 23. und 24. September 1863. Amtlicher Bericht, Frankfurt am Main 1863.
- Villaume, Peter: Freymüthige Betrachtungen über das Edikt vom 9ten Julius 1788, die Religionsverfassung in den Preußischen Staaten betreffend, Frankfurt am Main/Leipzig 1788.
- Vollmar, Georg von: Ueber Staatssocialismus, Nürnberg 1892.
- Wagener, Hermann: Die Lösung der sozialen Frage vom Standpunkte der Wirklichkeit und Praxis. Von einem praktischen Staatsmanne, Bielefeld/Leipzig 1878.
- Wagner, Adolph: Offener Brief an Herrn H. B. Oppenheim. Eine Abwehr manchesterlicher Angriffe gegen meine Rede über die sociale Frage auf der Octoberversammlung, Berlin 1872.
- Ders.: Rede über die sociale Frage, in: Die Verhandlungen der kirchlichen October-Versammlung in Berlin vom 10. bis 12. October 1871, hg. vom Sekretariate, Berlin 1872, 127-163.
 - Ders.: Der Staat und das Versicherungswesen. Principielle Erörterungen über die Frage der gemeinwirthschaftlichen oder privatwirthschaftlichen Organisation dieses wirthschaftlichen Gebiets im Allgemeinen, in: ZgS 37 (1881), 102-172; 233 f. (Separatdruck: Tübingen 1881).
 - Ders.: Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus (Deutsch-akademische Schriften), Berlin 1912.
 - Ders.: Vortrag, gehalten am 29. März 1895 in Barmen über Sozialismus, Sozialdemokratie, Katheder- und Staatssozialismus, nebst einem Bericht über Wagners Erscheinen an der Saar, Berlin 1895.
- Warschauer, Otto: Geschichtlich-kritischer Ueberblick über die Systeme des Kommunismus und Sozialismus und deren Vertreter, in: ZgS 46 (1890), 306-333; 411-445.
- Weitling, Wilhelm: Das Evangelium eines armen Sünders (1843) (Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze, Hefte 4; 5), München 1894.
- Ders.: Garantien der Harmonie und Freiheit (1842), hg. von Franz Mehring (Sozialistische Neudrucke, 2), Berlin 1908.
- Wichern, Johann Hinrich: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation, in: Ders.: Sämtliche Werke, hg. von Peter Meinhold, Bd. 1: Die Kirche und ihr soziales Handeln (Grundsätzliches und Allgemeines), Berlin/Hamburg 1962, 175-366.
- Ludwig Windthorst 1812-1891, hg. und erl. von Hans-Georg Aschoff (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, 9), Paderborn u. a. 1991.
- Wiss, Eduard: Freihandel und Schutzzoll, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 16 (1879), Bd. 1, 101-160.
- Ders.: Sozialismus und Staatssozialismus, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 21 (1884), Bd. 3, 1-55.
- Wittrock, Gerhard: Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872 (Historische Studien, 350), Berlin 1939.
- Woedtke, E(rich) von: Zur Invaliditäts- und Altersversicherung im Ausblick auf die Praxis. Ein Vortrag, gehalten im Dezember 1889, in: Schmollers Jahrbuch 14 (1890), 337-372.

Wolf, Julius: Der Kathedersocialismus und die sociale Frage. Festrede, gehalten am 3. November 1899 zur Stiftungsfeier des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins zu Berlin, Berlin 1899.

Zahn, Friedrich: Arbeiterversicherung und Armenwesen in Deutschland (unter Mitberücksichtigung der neuen Reichsversicherungsordnung), in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 35 (1912), 418-486.

Zeller: Die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte 26 (1889), Bd. 1, 28-45.

- Ders.: Das Reichsgesetz über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886, in: Schmollers Jahrbuch 11 (1887), 1167-1191.

Literatur nach 1945

Abelshauser, Werner: Erhard oder Bismarck? Die Richtungsentscheidung der deutschen Sozialpolitik am Beispiel der Reform der Sozialversicherung in den Fünfziger Jahren, in: GG 22 (1996), 376-392.

Achilles, Walter: Agrarkapitalismus und Agrarindividualismus – Leerformeln oder Abbild der Wirklichkeit?, in: VSWG 81 (1994), 494-544.

Alber, Jens: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa (Europäische sozialwissenschaftliche Studien), Frankfurt am Main/New York ²1987.

Albert, Jürgen: Christentum und Handlungsform bei Johann Hinrich Wichern (1808-1881). Studien zum sozialen Protestantismus (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 9), Heidelberg 1997.

Albrecht, Claudia: Bismarcks Eisenbahngesetzgebung. Ein Beitrag zur „inneren“ Reichsgründung in den Jahren 1871-1879 (Rechtsgeschichtliche Schriften, 6), Köln/Berlin/Weimar 1994.

Aldenhoff, Rita: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung: Wissenschaftliche Reihe), Baden-Baden 1984.

- Dies.: Das Selbsthilfemodell als liberale Antwort auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Schulze-Delitzsch und die Genossenschaften, in: Holl, Karl/Trautmann, Günter/Vorländer, Hans: Sozialer Liberalismus. Mit Beiträgen von Rita Aldenhoff u. a., Göttingen 1986, 57-69.

Ales, Edoardo: Die geistigen Grundlagen der Sozialversicherung des Kanzlers Otto von Bismarck und das Entstehen des Sozialstaates in Italien, in: Eichenhofer, Eberhard (Hg.): Bismarck, die Sozialversicherung und deren Zukunft (Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaft e.V., Jena, 8), Berlin 2000, 55-73.

Alexander, Matthias: Die Freikonservative Partei 1890-1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 123), Düsseldorf 2000.

Allhoff, Dieter-W.: Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49. Insbesondere auf syntaktischer und semantischer Ebene (tuduv-Studien: Reihe Sprach- und Literaturwissenschaften, 3), München 1975.

Altgeld, Wolfgang: Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 77), Mainz 1992.

Andersen, Arne: Arbeiterschutz in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: AfS 31 (1991), 61-83.

- Ders.: Vom Glück, einen Unfall zu erleiden. Unfallversicherung und arbeitsbedingte Erkrankungen in der Chemieindustrie, in: Machtan, Lothar (Hg.): Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main/New York 1994, 207-257.

Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG): Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Zeitschrift 43 (1993), 588-654.

Aschoff, Hans-Georg: Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991.

- Ders.: Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorsts, Sögel 1988.

Ayaß, Wolfgang: Bismarck und der Arbeiterschutz. Otto von Bismarcks Ablehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes – eine Analyse der Dimensionen und Hintergründe, in: VSWG 89 (2002), 400-426.

- Ders.: „Der Übel größtes.“. Das Verbot der Nachtarbeit von Arbeiterinnen in Deutschland (1891-1992), in: ZSR 46 (2000), 189-220.

Backhaus, Jürgen G. (Hg.): Essays on Social Security and Taxation. Gustav von Schmoller and Adolph Wagner Reconsidered, Marburg 1997.

- Ders. (Hg.): Gustav von Schmoller und die Probleme von heute (Volkswirtschaftliche Studien, 430), Berlin 1993.

- Baron, Rüdeger: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, in: Landwehr, Rolf/Ders. (Hg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert (1983), Weinheim/Basel ³1995, 11-72.
- Baum, Detlef: Bürokratie und Sozialpolitik. Zur Geschichte staatlicher Sozialpolitik im Spiegel der älteren deutschen Staatsverwaltungslehre. Ein Beitrag zu einer historisch-soziologischen Begründung der Bürokratisierung der Sozialpolitik (Sozialpolitische Schriften, 59), Berlin 1988.
- Bautz, Friedrich Wilhelm: Bahrdt, Karl Friedrich, in: BBKL, Bd. 1, Hamm ²1990, Sp. 346 f.
- Ders.: Buss, Franz Joseph, in: BBKL, Bd. 1, Hamm ²1990, Sp. 831 f.
 - Ders.: Falk, Johannes Daniel, in: BBKL, Bd. 1, Hamm ²1990, Sp. 1593-1597.
 - Ders.: Gossner, Johannes Evangelista, in: BBKL, Bd. 2, Hamm 1990, Sp. 268-271.
 - Ders.: Huber, Victor Aimé, in: BBKL, Bd. 2, Hamm 1990, Sp. 1102 f.
- Bazillion, Richard J.: Liberalism, Modernization, and the Social Question in the Kingdom of Saxony, 1830-90, in: Jarausch, Konrad H./Jones, Larry Eugene (Hg.): In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present (Festschrift Theodore S. Hamerow), New York/Oxford/München 1990, 87-110.
- Becher, Heribert J. (Hg.): Die Neue Soziale Frage. Zum soziologischen Gehalt eines sozialpolitischen Konzeptes (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, 40), Opladen 1982.
- Becker, Hans-Jürgen: Wöllnersches Religionsedikt, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 5, Berlin 1995, Sp. 1516-1519.
- Becker, Winfried: Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumsparlei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen, 3), Paderborn u. a. 1986.
- Ders.: Pars pro toto? Die Entwicklung der Parteien vom Honoratiorenklub zur Massenbewegung und der demokratische Staat, in: Lappenküper, Ulrich/Scholtzseck, Joachim/Studt, Christoph (Hg.): Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert. Studien zu Schlüsselbegriffen unserer Zeit, München 2003, 103-126.
 - Ders.: Peter Reichensperger (1810-1892), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher, Bd. 5, Mainz 1982, 41-54; 282 f.
- Bellermann, Martin: Sozialstaat und Selbsthilfe. Entstehung der Sozialversicherung und ihre Entwicklung seit 1950 unter dem Gesichtspunkt finanzieller Selbstbeteiligung, Berlin 1977.
- Bendikat, Elfi: Die Außenpolitik als Wahlkampfthema: Die Kartellwahlen 1887, in: Gall, Lothar (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 5), Paderborn u. a. 2003, 249-262.
- Benöhr, Hans-Peter: Soziale Frage, Sozialversicherung und Sozialdemokratische Reichstagsfraktion (1881-1889), in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 98 (1981), 95-156.
- Ders.: Verfassungsfragen und Sozialversicherung nach den Reichstagsverhandlungen von 1881 bis 1889, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 97 (1980), 94-163.
- Berger, Giovanna: Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Sozialarbeit. Motive, Tendenzen, Probleme, dargestellt am Beispiel des „Elberfelder Systems“, Frankfurt am Main u. a. 1979.
- Berlepsch, Hans-Jörg von: Konsensfähige Alternativen zu Bismarcks Modell sozialpolitischer Gestaltung, in: Machtan, Lothar (Hg.): Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main/New York 1994, 61-82.
- Ders.: „Neuer Kurs“ im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890-1896 (Politik und Gesellschaftsgeschichte, 18), Bonn 1987.
- Bert, Andréas: Ferdinand Lassalle, Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein. Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über sie, 1840 bis 1975 (AfS, Beihefte, 9), Bonn 1981.
- Besier, Gerhard: Kirche, Politik und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 48), München 1998.
- Ders.: Religion – Natur – Kultur. Die Geschichte der christlichen Kirchen in den gesellschaftlichen Umbrüchen des 19. Jahrhunderts, Neukirchen-Vluyn 1992.
- Bichler, Barbara: Die Formierung der Angestelltenbewegung im Kaiserreich und die Entstehung des Angestelltenversicherungsgesetzes von 1911 (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, 18), Frankfurt am Main u. a. 1997.
- Biefang, Andreas: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861-1867, in: GG 23 (1997), 360-383.
- Ders.: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 102), Düsseldorf 1994.
 - Ders.: Der Reichstag als Symbol der politischen Nation. Parlament und Öffentlichkeit 1867-1890, in: Gall, Lothar (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 5), Paderborn u. a. 2003, 23-42.
- Biermann, Harald: Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker? Die Nationalliberalen in der Bismarckzeit, in: Gall, Lothar (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 5), Paderborn u. a. 2003, 127-150.
- Binder, Hans Otto: Rodbertus (-Jagetzow), Johann Karl, in: BBKL, Bd. 8, Herzberg 1994, Sp. 474-477.
- Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918, bearb. von Bernhard Mann (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3), Düsseldorf 1988.

- Bittel, Christoph: Arbeitsverhältnisse und Sozialpolitik im Oberamtsbezirk Heidenheim im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte einer württembergischen Industrieregion, 2 Bde., Tübingen 1999.
- Blaschke, Olaf: Das 19. Jahrhundert: Ein Zweites Konfessionelles Zeitalter?, in: GG 26 (2000), 38-75.
- Ders./Kuhlemann, Frank-Michael: Religion in Geschichte und Gesellschaft. Sozialhistorische Perspektiven für die vergleichende Erforschung religiöser Mentalitäten und Milieus, in: Dies. (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995, 7-56.
- Blasius, Dirk/Pankoke, Eckart: Lorenz von Stein. Geschichts- und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven (Erträge der Forschung, 69), Darmstadt 1977.
- Ders.: Lorenz von Steins Lehre vom Königtum der sozialen Reform und ihre verfassungspolitischen Grundlagen, in: Der Staat 10 (1971), 33-51.
- Blum, Peter: Staatliche Armenfürsorge im Herzogtum Nassau 1806-1866 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, 14), Wiesbaden 1987.
- Böhnisch, Lothar/Arnold, Helmut/Schröer, Wolfgang: Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Einführung, Weinheim/München 1999.
- Bolz, Norbert: Kommunikationsprobleme mit Gott. Die Theologie sollte sich aufs Fragen konzentrieren, in: Forschung & Lehre 7/1999, 340-342.
- Born, Karl Erich: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71-1914) (Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 21), Wiesbaden 1985.
- Borscheid, Peter: Die Entstehung der deutschen Lebensversicherungswirtschaft im 19. Jahrhundert. Zum Durchsetzungsprozeß einer Basisinnovation, in: VSWG 70 (1983), 305-330.
- Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960). Unter Mitarbeit von Helge Matthiesen (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen), Göttingen 2002.
- Boyer, Josef: Unfallversicherung und Unternehmer im Bergbau. Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft 1885-1945 (Bergbau und Bergarbeit), München 1995.
- Brakelmann, Günter: Evangelische Sozialtheoretiker vor dem Problem der Gewerkschaften, in: Auer, Frank von/Segbers, Franz (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, 17-38.
- Ders.: Johann Hinrich Wichern, in: Scholder, Klaus/Kleinmann, Dieter (Hg.): Protestantische Profile. Lebensbilder aus fünf Jahrhunderten, Königstein/Ts. 1983, 239-252.
 - Ders.: Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert. Die Analyse des Sozialismus und Kommunismus bei Johann Hinrich Wichern und bei Rudolf Todt, Witten 1966.
 - Ders.: Das kirchennahe protestantische Milieu im Ruhrgebiet 1890-1933 (Sektion: Milieus, Identitäten und politisches Verhalten im Ruhrgebiet), in: Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum. 26. bis 29. September 1990, Stuttgart 1991, 175-179.
 - Ders.: Protestantismus, Technik und Fortschritt im 19. Jahrhundert, in: Ders.: Zwischen Widerstand und Mitverantwortung. Vier Studien zum Protestantismus in sozialen Konflikten (SWI ... außer der Reihe, 17), Bochum 1994, 11-39.
 - Ders.: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (2 Bde., 1962), Bielefeld ⁷1981.
 - Ders.: Theodor Lohmann – ein protestantischer Sozialpolitiker aus der Inneren Mission. Die Vorbereitung der Denkschrift „Die Aufgaben der Kirche und ihrer Inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“, in: Ders.: Zwischen Widerstand und Mitverantwortung. Vier Studien zum Protestantismus in sozialen Konflikten (SWI ... außer der Reihe, 17), Bochum 1994, 85-130.
 - Ders.: Wichtiges zum Lebensweg des Carl-Ferdinand Stumm (1836-1901), in: Ders.: Carl-Ferdinand Stumm (1836-1901). Christlicher Unternehmer, Sozialpolitiker, Antisozialist (SWI Studien, 13), Bochum 1993, 11-98.
- Breger, Monika: Der Anteil der deutschen Großindustriellen an der Konzeptualisierung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, in: Machtan, Lothar (Hg.): Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main/New York 1994, 25-60.
- Dies.: Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878-1891, Frankfurt am Main 1982.
- Breitenborn, Konrad: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode (1837-1896). Deutscher Standesherr und Politiker der Bismarckzeit. Ausgewählte Dokumente, Wernigerode 1993, V-XXVI.
- Ders.: Im Dienste Bismarcks. Die politische Karriere des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode (1984), Berlin ⁴1990.
- Brock, Ditmar: Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt am Main/New York 1991.
- Bruch, Rüdiger vom: Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, in: Ders. (Hg.): „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer (Bücher zur Sozialgeschichte und sozialen Bewegung), München 1985, 61-181.
- Ders.: Einführung, in: Ders. (Hg.): „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer (Bücher zur Sozialgeschichte und sozialen Bewegung), München 1985, 7-19.

- Ders.: Evangelische Sozialpolitiker und die Gewerkschaftsbewegung, in: Auer, Frank von/Segbers, Franz (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, 39-52.
- Ders. (Hg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit, Berlin/New York 2000.
- Ders.: Gesellschaftliche Funktionen und politische Rollen des Bildungsbürgertums im Wilhelminischen Reich. Zum Wandel von Milieu und politischer Kultur, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 4: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation (Industrielle Welt, 48), Stuttgart 1989, 146-179.
- Buntfuß, Markus: Metaphern – Schlüssel zur religiösen Kommunikation, in: Tanner, Klaus (Hg.): Religion und symbolische Kommunikation, Leipzig 2004, 38-57.
- Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache: Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation (Reihe Germanistische Linguistik, 241), Tübingen 2003.
- Bußmann, Walter: Friedrich Julius Stahl, in: Greschat, Martin (Hg.): Gestalten der Kirchengeschichte, Bd. 9,1: Die neueste Zeit 1, Stuttgart/Berlin/Köln 1985, 325-343.

- Christensen, Marshall K.: Ernst Wilhelm Hengstenberg and the Kirchenzeitung faction. Throne and Altar in nineteenth century Prussia, Ann Arbor, Mich. 1972.
- Cioli, Monica: Pragmatismus und Ideologie. Organisationsformen des deutschen Liberalismus zur Zeit der Zweiten Reichsgründung (1878-1884) (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, 129), Berlin 2003.
- Clark, Christopher/Kaiser, Wolfram (Hg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert (comparativ, 12, 5/6), Leipzig 2003.
- Conrad, Christoph: Vom Greis zum Rentner. Der Strukturwandel des Alters in Deutschland zwischen 1830 und 1930 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 104), Göttingen 1994.

- Dannenfeld, Simone: Sozialer Protestantismus und die Macht der Liebe. Motivfelder eines Schlüsselbegriffs der christlichen Ethik, in: Friedrich, Norbert/Jähnichen, Traugott (Hg.): Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 6), Münster 2005, 73-93.
- Das deutsche Judentum und der Liberalismus – German Jewry and Liberalism. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung: Liberale Texte), Sankt Augustin 1986.
- Deimling, Gerhard: 150 Jahre Elberfelder System – Ein Nachruf, in: ZFSH/SGB 41 (2002), 716-722.
- Demandt, Johannes: Johannes Daniel Falk. Sein Weg von Danzig über Halle nach Weimar (1768-1799) (Arbeiten zur Geschichte des Pietismus, 36), Göttingen 1999.
- Dilcher, Gerhard: Genossenschaftstheorie und Sozialrecht: Ein „Juristensozialismus“ Otto von Gierkes?, in: Quaderni Fiorentini 3-4 (1974-1975), 319-365.
- Dipper, Christof: Sozialreform. Geschichte eines umstrittenen Begriffs, in: AfS 32 (1992), 323-351.
- Ditt, Karl/Kift, Dagmar (Hg.): 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft (Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Westfälisches Industriemuseum: Schriften, 6), Hagen 1989.
- Doering, Detmar: Frédéric Bastiat (Denker der Freiheit, 3), St. Augustin 1997.
- Ders.: „Manchestertum“ – ein antisemitischer Kampfbegriff. Die dunkle Seite der Gegner des Freihandels, in: liberal. Vierteljahresshefte für Politik und Kultur 46 (2004), Heft 3, 62-65.
- Dräger, Horst: Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Eine historisch-problemgeschichtliche Darstellung von 1871-1914, Stuttgart 1975.
- Dreher, Wolfgang: Die Entstehung der Arbeiterwitwenversicherung in Deutschland nach z. T. unveröffentlichten Quellen, Berlin 1978.
- Dülfer, Eberhard: Konzeption und Kodifikation der „Genossenschaft“ bei Hermann Schulze-Delitzsch, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 39 (1989), 93-101.
- Durkheim, Émile: Die elementaren Formen des religiösen Lebens (1912), Frankfurt am Main 1981.

- Ecker, Walther: Bismarcks Staatssozialismus, in: ZSR 38 (1992), 39-55.
- Ders.: Patriarchalische Sozialpolitik und mehr als das, in: ZSR 40 (1994), 394-402.
- Edelman, Murray: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt am Main/New York (1976) ²1990.
- Edsall, Nicholas C.: Richard Cobden. Independent Radical, Cambridge, Mass./London 1986.
- Ehlich, Konrad: Religion als kommunikative Praxis, in: Binder, Gerhard/Ders. (Hg.): Religiöse Kommunikation – Formen und Praxis vor der Neuzeit (Stätten und Formen der Kommunikation im Altertum, 6) (Bochumer Altertumswissenschaftliches Colloquium, 26), Trier 1997, 337-355.
- Eichenhofer, Eberhard: Die Sozialversicherung – Hinterlassenschaft Bismarcks, in: Ders. (Hg.): Bismarck, die Sozialversicherung und deren Zukunft (Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaft e.V., Jena, 8), Berlin 2000, 15-41.
- Eidenmüller, Isabel: Betriebswirtschaftlich relevante Theorien der Kathedersozialisten, Stuttgart 1995.
- Ehmer, Josef: Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels. Arbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, 20), Frankfurt am Main/New York 1994.

- Ellerkamp, Marlene: Die Frage der Witwen und Waisen. Vorläufiger Ausschluß aus dem Rentensystem und graduelle Inklusion (1889-1991), in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 189-208.
- Elspaß, Stephan: Phraseologie im deutschen Parlamentarismus. Zu historischen Entwicklungen im Sprachverhalten politischer Redner, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, 261-287.
- Engelberg, Ernst: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas (1990), München 1993.
- Ders.: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer (1985), München 1991.
- Engelhardt, Ulrich: „Bildungsbürgertum“. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts (Industrielle Welt, 43), Stuttgart 1986.
- Ders. (Hg.): Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert (Industrielle Welt, 37), Stuttgart 1984.
 - Ders.: „Nur vereinigt sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, 2 Bde. (Industrielle Welt, 23), Stuttgart 1977.
 - Ders.: Zur Verhaltensanalyse eines sozialen Konflikts, dargestellt am Waldenburger Streik 1869, in: Neuloh, Otto (Hg.): Soziale Innovation und sozialer Konflikt, Göttingen 1977, 69-94.
- Engelhardt, Werner W.: Zum Verhältnis der Genossenschaftspioniere Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 38 (1988), 31-38.
- Euchner, Walter: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil 1, in: Ders. u. a.: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hg. von Helga Grebing (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 13), Essen 2000, 13-350.
- Filthaut, E(phrem): Deutsche Katholikentage 1848-1958 und soziale Frage, Essen 1960.
- Firsching, Horst/Schlegel, Matthias: Religiöse Innerlichkeit und Geselligkeit. Zum Verhältnis von Erfahrung, Kommunikabilität und Sozialität – unter besonderer Berücksichtigung des Religionsverständnisses Friedrich Schleiermachers, in: Tyrell, Hartmann/Krech, Volkhard/Knoblauch, Hubert (Hg.): Religion als Kommunikation (Religion in der Gesellschaft, 4), Würzburg 1998, 31-81.
- Ders.: Warum „Kommunikation“? Auf welche Problemstellungen reagieren kommunikationstheoretische Ansätze in der Soziologie – insbesondere in der Religionssoziologie?, in: Tyrell, Hartmann/Krech, Volkhard/Knoblauch, Hubert (Hg.): Religion als Kommunikation (Religion in der Gesellschaft, 4), Würzburg 1998, 187-240.
- Fischer, Wolfram: Industrialisierung und soziale Frage in Preußen, in: Preußen. Seine Wirkung auf die deutsche Geschichte. Vorlesungen von Karl Dietrich Erdmann u. a., Stuttgart 1985, 223-260.
- Fleck, Hans-Georg: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868-1914 (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, 56), Köln 1994.
- Fleischmann-Bisten, Walter/Grote, Heiner: Protestanten auf dem Wege. Geschichte des Evangelischen Bundes (Bensheimer Hefte, 65), Göttingen 1986.
- Flemming, Jens: Sozialpolitik, landwirtschaftliche Interessen und Mobilisierungsversuche. Agrarkonservative Positionen im Entstehungsprozeß der Rentenversicherung, in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 71-92.
- Frerich, Johannes/Frey, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1: Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches (1993), München/Wien ²1996.
- Frevert, Ute: Krankheit als politisches Problem 1770-1880. Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 62), Göttingen 1984.
- Frey, Christofer: Die Ethik des Protestantismus von der Reformation bis zur Gegenwart, Gütersloh ²1994.
- Friedeburg, Robert von: Heimgewerbliche Verflechtung, Wanderarbeit und Parzellenbesitz in der ländlichen Gesellschaft des Kaiserreiches, in: AfS 36 (1996), 27-50.
- Friedrich, Norbert: Adolph Wagner und die Kirchliche Oktoberversammlung vom 10. bis 12. Oktober 1871 in Berlin, in: Bockermann, Dirk u. a. (Hg.): Freiheit gestalten. Zum Demokratieverständnis des deutschen Protestantismus. Kommentierte Quellentexte 1789-1989 (Festschrift für Günter Brakelmann zum 65. Geburtstag), Göttingen 1996, 151-163.
- Ders.: Zwischen allen Stühlen? Zur Geschichte der protestantischen Arbeiterbewegung zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik, in: Hiepel, Claudia/Ruff, Mark (Hg.): Christliche Arbeiterbewegung in Europa 1850-1950 (Konfession und Gesellschaft, 30), Stuttgart/Berlin/Köln 2003, 42-63.
- Fuchs, Konrad: Raiffeisen, Friedrich Wilhelm, in: BBKL, Bd. 7, Herzberg 1994, Sp. 1276 ff.
- Ders.: Reichensperger, Peter Franz, in: BBKL, Bd. 7, Herzberg 1994, Sp. 1505 f.
- Füßl, Wilhelm: Professor in der Politik: Friedrich Julius Stahl (1802-1861). Das monarchische Prinzip und seine Umsetzung in die parlamentarische Praxis (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 33), Göttingen 1988.

- Ders.: Stahl, Friedrich Julius, in: BBKL, Bd. 10, Herzberg 1995, Sp. 1130-1135.
- Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär (1980), Berlin 1997.
- Ders.: „Reichsgründer“: Otto von Bismarck und Alfred Krupp, in: Gerhard, Hans-Jürgen (Hg.): Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Band 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert (VSWG, Beihefte, 133), Stuttgart 1997, 447-455.
- Gassen, Kurt: Andrae, Ferdinand Ludwig Alexander, in: NDB, Bd. 1, Berlin 1953, 274.
- Geißler, Heiner: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente (1976), Freiburg/Basel/Wien ³1980.
- Gessner, Dieter: Die Anfänge der Industrialisierung am Mittelrhein und Untermain 1780-1866 (Studien zur Frankfurter Geschichte, 38), Frankfurt am Main 1996.
- Göckenjan, Gerd/Hans, Eckhard: Der lange Weg zum Ruhestand. Zur Sozialpolitik für das Alter zwischen 1889 und 1945, in: ZSR 39 (1993), 725-755.
- Goffman, Erving: Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung (1971), Frankfurt am Main 1982.
- Goldberg, Hans-Peter: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 112), Düsseldorf 1998.
- Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien (1983), Opladen ⁵1996.
- Gottwald, Eckart: Didaktik der religiösen Kommunikation. Die Vermittlung von Religion in Lebenswelt und Unterricht, Neukirchen-Vluyn 2000.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Konservatives Kulturluthertum. Ein theologiegeschichtlicher Prospekt, in: ZThK 85 (1988), 31-76.
- Ders.: Kulturprotestantismus. Zur Begriffsgeschichte einer theologiepolitischen Chiffre, in: Archiv für Begriffsgeschichte 28 (1984), 214-268 (erweiterter Nachdruck in: Müller, Hans Martin [Hg.]: Kulturprotestantismus. Beiträge zu einer Gestalt des modernen Christentums, Gütersloh 1992, 21-77).
 - Ders.: Kulturprotestantismus, in: TRE, Bd. 20, Berlin/New York 1990, 230-243.
 - Ders.: Kulturprotestantismus, in: RGG⁴, Bd. 4, Tübingen 2001, Sp. 1850 ff.
 - Ders.: Rothe, Richard, in: BBKL, Bd. 8, Herzberg 1994, Sp. 759-823.
 - Ders.: Die Spaltung des Protestantismus. Zum Verhältnis von evangelischer Kirche, Staat und ‚Gesellschaft‘ im frühen 19. Jahrhundert, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, 54), Stuttgart 1993, 157-190.
 - Ders.: Der Staat als Garant des Gemeinwohls. Zur Kritik der etatistischen Grundorientierung der kirchlichen Soziallehren und die Neuorientierung theologischer Sozialethik, in: Hildemann, Klaus D. (Hg.): Abschied vom Versorgungsstaat? Erneuerung sozialer Verantwortung zwischen Individualisierung, Markt und bürgerlichem Engagement, Mülheim an der Ruhr 2000, 39-54.
- Grampp, William D.: Manchester School, in: Eatwell, John/Milgate, Murray/Newman, Peter (Hg.): The New Palgrave. A Dictionary of Economics, Bd. 3, London/New York/Tokyo 1987, 296 f.
- Grebing, Helga: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart) (1985), München ²1987.
- Gregersen, Niels Henrik: Natur. Dogmatisch, in: RGG⁴, Bd. 6, Tübingen 2003, Sp. 99 ff.
- Greschat, Martin: Protestantischer Antisemitismus in Wilhelminischer Zeit. Das Beispiel des Hofpredigers Adolf Stoecker, in: Brakelmann, Günter/Rosowski, Martin (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Göttingen 1989, 27-51.
- Ders.: Das Zeitalter der Industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne (Christentum und Gesellschaft, 11), Stuttgart u. a. 1980.
 - Ders.: Zur Verhältnisbestimmung von Christentum und Kultur im deutschen Protestantismus am Ausgang des 19. Jahrhunderts (1986), in: Ders.: Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, hg. von Jochen-Christoph Kaiser, Stuttgart/Berlin/Köln 1994, 36-50.
- Großklaus-Seidel, Marion: Kirche und Arbeitslosigkeit im 19. Jahrhundert. Der sozialgestaltende Beitrag evangelischer Erwachsenenbildung, Waltrop 2002.
- Grözing, Albrecht: Todt, Rudolf, in: BBKL, Bd. 12, Herzberg 1997, Sp. 255 ff.
- Grünthal, Günther: Wahlkampfführung der Konservativen im preußischen Verfassungskonflikt, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik Deutschland (Dokumente und Texte, 4), Düsseldorf 1997, 63-78.
- Haefelin, Jürg: Wilhelm Weitling. Biographie und Theorie. Der Zürcher Kommunistenprozess von 1843 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 304), Bern/Frankfurt am Main/New York 1986.
- Haerendel, Ulrike: Einleitung, in: Henning, Hansjoachim/Tennstedt, Florian (Hg.): Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 6: Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage, bearb. von Ulrike Haerendel, Darmstadt 2004, XVII-L.
- Dies.: Regierungen, Reichstag und Rentenversicherung. Der Gesetzgebungsprozeß zwischen 1887 und 1889, in: Fisch, Stefan/Dies. (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge

- zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 49-69.
- Hahn, Erich J. C.: Rudolf von Gneist 1816-1895. Ein politischer Jurist in der Bismarckzeit (1971) (Ius Commune, Sonderhefte, 74), Frankfurt am Main 1995.
- Hardtwig, Wolfgang: „Arbeiterschaft“ – „Genossenschaft“ – „Gewerkverein“ oder „Gewerkschaft“. Zur Begriffsgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862-1877, in: Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u. a. 1994, 9-24.
- Ders.: Die Kirchen in der Revolution 1848/49. Religiös-politische Mobilisierung und Parteienbildung, in: Ders. (Hg.): Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, 79-108.
- Harnisch, Hartmut: Gustav von Schmoller und der gesellschaftliche Wandel seiner Zeit, in: Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u. a. 1994, 560-581.
- Harrington, Anne: Natur. Begriff und naturwissenschaftlich, in: RGG⁴, Bd. 6, Tübingen 2003, Sp. 96 ff.
- Hartig, Sandra: Alterssicherung in der Industrialisierung. Eine positive Analyse institutionellen Wandels (Institutionelle und Evolutorische Ökonomik, 20), Marburg 2002.
- Haunfelder, Bernd: Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1849-1867 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 5), Düsseldorf 1994.
- Ders.: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918. Ein Biographisches Handbuch, Münster 2004.
 - Ders.: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4), Düsseldorf 1999.
- Hehl, Ulrich von: Einleitung, in: Peter Reichensperger 1810-1892, 9-20.
- Ders.: Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker? Das Zentrum im Kaiserreich, in: Gall, Lothar (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 5), Paderborn u. a. 2003, 151-183.
 - Ders./Kronenberg, Friedrich (Hg.): Zeitzeichen. 150 Jahre Deutsche Katholikentage 1848-1998, Paderborn u. a. 1998.
- Heienbrok, Klaus/Przybylski, Hartmut/Segbers, Franz (Hg.): Protestantische Wirtschaftsethik und Reform des Kapitalismus. 100 Jahre Evangelisch-Sozialer Kongress, Bochum 1991 (SWI Materialien, 6).
- Heilbronner, Oded: Wohin verschwand das katholische Bürgertum? Der Ort des katholischen Bürgertums in der neueren deutschen Historiographie, in: ZRGG 47 (1995), 320-337.
- Heilmann, Martin: Adolph Wagner – ein deutscher Nationalökonom im Urteil seiner Zeit. Probleme seiner biographischen und theoriegeschichtlichen Würdigung im Lichte neuer Quellen, Frankfurt am Main/New York 1980.
- Ders.: Lorenz von Stein. Überblick zu Leben und Werk, in: Hax, Herbert (Hg.): Vademecum zu einem Klassiker der Staatswissenschaft, Düsseldorf 1998, 33-71.
- Heinen, Ernst: August Reichensperger (1808-1895), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher, Bd. 9, Münster 1999, 11-28; 335 f.
- Heinze, Helmut: Gesprochenes und geschriebenes Deutsch. Vergleichende Untersuchungen von Bundestagsreden und deren schriftlich aufgezeichneter Version (Sprache der Gegenwart, 47), Düsseldorf 1979.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert (Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, 2), Paderborn u. a. 1996.
- Ders.: Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914 (Ders.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2), Paderborn u. a. 1993.
- Henning, Hansjoachim: „Noblesse oblige?“. Fragen zum ehrenamtlichen Engagement des deutschen Adels 1870-1914, in: VSWG 79 (1992), 305-340.
- Ders.: Preußische Sozialpolitik im Vormärz? Ein Beitrag zu den arbeiterfreundlichen Bestrebungen der Preußischen Seehandlung unter Christian von Rother, in: VSWG 52 (1965), 485-539.
- Hennock, Peter: Die Ursprünge der staatlichen Sozialversicherung in Großbritannien und das deutsche Beispiel 1880-1914, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hg.): Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850-1950 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 11), Stuttgart 1982, 92-114.
- Hentschel, Volker: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongress 1858 bis 1885 (Industrielle Welt, 16), Stuttgart 1975.
- Ders.: Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880-1980). Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht, Frankfurt am Main 1983.
- Hermes, Eilert: Ethik. Begriff und Problemfeld, in: RGG⁴, Bd. 2, Tübingen 1999, Sp. 1589-1601.
- Ders.: Moral, in: RGG⁴, Bd. 5, Tübingen 2002, Sp. 1484 ff.
 - Ders.: Nächstenliebe. Ethisch, in: RGG⁴, Bd. 6, Tübingen 2003, Sp. 17 f.
 - Ders.: Staat, in: RGG⁴, Bd. 7, Tübingen 2004, Sp. 1632-1641.
- Heuss, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit (1937), Hamburg ³1968.
- Hinde, Wendy: Richard Cobden. A Victorian Outsider, New Haven/London 1987.

- Hindelang, Sabine: Konservatismus und soziale Frage. Viktor Aimé Hubers Beitrag zum sozialkonservativen Denken, Frankfurt am Main/Bern/New York 1983.
- Hofmann, Gudrun: Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialreformen von 1889. Das Ringen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands um die Verbesserung des Entwurfs eines Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, in: ZfG 30 (1982), 511-523.
- Hofmann, Klaus Martin: Die Evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882-1914 (Schriften zur politischen und sozialen Geschichte des neuzeitlichen Christentums, 3), Bielefeld 1988.
- Hölscher, Lucian: Bürgerliche Religiosität im protestantischen Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, 54), Stuttgart 1993, 191-215.
- Ders.: Die historische Semantik religiöser Erfahrung. Eine kulturgeschichtliche Analyse des religiösen Wandels in der Neuzeit, in: Kuhn, Thomas K./Sallmann, Martin (Hg.): Das „Fromme Basel“. Religion in einer Stadt des 19. Jahrhunderts, Basel 2002, 189-198.
 - Ders.: „Die Legende vom frommen Reichsgründer Bismarck“. Neue Überlegungen zu Bismarcks Religiosität, in: Krumeich, Gerd/Lehmann, Hartmut (Hg.): „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 162), Göttingen 2000, 173-192.
 - Ders.: Die Religion des Bürgers. Bürgerliche Frömmigkeit und protestantische Kirche im 19. Jahrhundert, in: HZ 250 (1990), 595-630.
 - Ders.: Religion im Wandel. Von Begriffen des religiösen Wandels zum Wandel religiöser Begriffe, in: Gräb, Wilhelm (Hg.): Religion als Thema der Theologie. Geschichte, Standpunkte und Perspektiven theologischer Religionskritik und Religionsbegründung, Gütersloh 1999, 45-62.
 - Ders.: Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts. Ein Vergleich zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, in: Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur (Bürgertum, 1), Göttingen 1991, 238-258.
 - Ders.: Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich (Industrielle Welt, 46), Stuttgart 1989.
- Hornung, Klaus: Preußischer Konservatismus und Soziale Frage – Hermann Wagener (1815-1889), in: Kraus, Hans-Christof (Hg.): Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten, Berlin 1995, 157-183.
- Hubert, Michel: Deutschland im Wandel. Geschichte der deutschen Bevölkerung seit 1815. Aus dem Französischen von Karin Albert (VSWG, Beihefte, 146), Stuttgart 1998.
- Hübinger, Gangolf: Drei Generationen deutscher Kulturprotestanten 1860-1918, in: Dantine, Johannes/Thien, Klaus/Weinzierl, Michael (Hg.): Protestantische Mentalitäten, Wien 1999, 181-193.
- Ders.: Kulturprotestantismus, Bürgerkirche und liberaler Revisionismus im wilhelminischen Deutschland, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, 54), Stuttgart 1993, 272-299.
 - Ders.: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994.
 - Ders.: Liberalismus und Individualismus im deutschen Bürgertum, in: ZiP 40 (1993), 60-78.
 - Ders.: Protestantische Kultur im wilhelminischen Deutschland, in: IASL 16 (1991), Heft 1, 174-199.
- Hüttner, Martin: Wilhelm Weitling als Frühsozialist. Essay, Frankfurt am Main ²1994.
- Huxel, Kirsten: Sitte. Ethisch, in: RGG⁴, Bd. 7, Tübingen 2004, Sp. 1353 f.
- Jäger, Wolfgang: Bergarbeitermilieus und Parteien im Ruhrgebiet. Zum Wahlverhalten des katholischen Bergarbeitermilieus bis 1933 (Bergbau und Bergarbeit), München 1996.
- Jähnichen, Traugott/Friedrich, Norbert: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, in: Euchner, Walter u. a.: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hg. von Helga Grebing (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 13), Essen 2000, 867-1103.
- Ders.: Soziale Frage, in: RGG⁴, Bd. 7, Tübingen 2004, Sp. 1473 ff.
 - Ders.: Verteilungsgerechtigkeit in einer sozial stabilisierten Ständegesellschaft – Friedrich Julius Stahl als Sozialpolitiker und Kritiker der neueren Sozialtheorien, in: Friedrich, Martin u. a. (Hg.): Sozialer Protestantismus im Vormärz (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 2), Münster/Hamburg/London 2001, 95-107.
 - Ders.: Vom Industrieuntertan zum Industriebürger. Der soziale Protestantismus und die Entwicklung der Mitbestimmung (1848-1955) (SWI ... außer der Reihe, 13), Bochum 1993.
- Jansen, Christian: Bismarck und die Linksliberalen, in: Gall, Lothar (Hg.): Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 3), Paderborn u. a. 2001, 91-110.
- Ders.: Ludwig Bamberg: Mit Dampf und Elektrizität für ein modernes Deutschland, in: Freitag, Sabine (Hg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, 200-213; 327.
- Janz, Oliver: Bürger besonderer Art. Evangelische Pfarrer in Preußen 1850-1914 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 87), Berlin/New York 1994.

- Jessen, Ralph: Polizei, Wohlfahrt und die Anfänge des modernen Sozialstaats in Preußen während des Kaiserreichs, in: GG 20 (1994), 157-180.
- Jochmann, Werner: Friedrich Naumann, in: Greschat, Martin (Hg.): Gestalten der Kirchengeschichte, Bd. 10,1: Die neueste Zeit 3, Stuttgart/Berlin/Köln 1985, 113-126.
- Ders.: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 23), Hamburg ²1991.
- Johnston, Birchall: Co-op. The people's business, Manchester/New York 1994.
- Kaelble, Hartmut: Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland, in: GG 9 (1983), 106-118.
- Kaiser, Jochen-Christoph: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik (Industrielle Welt, 32), Stuttgart 1981.
- Ders.: Die Formierung des protestantischen Milieus. Konfessionelle Vergesellschaftung im 19. Jahrhundert, in: Blaschke, Olaf/Kuhlemann, Frank-Michael (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995, 259-289.
 - Ders.: Protestantismus und Sozialpolitik. Der Ertrag der 1890er Jahre, in: Ders./Loth, Wilfried (Hg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik (Konfession und Gesellschaft, 11), Stuttgart/Berlin/Köln 1997, 94-113.
 - Ders.: Sozialdemokratie und „praktische“ Religionskritik. Das Beispiel der Kirchnaustrittsbewegung 1878-1914, in: AfS 22 (1982), 263-298.
- Kandel, Johannes: Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung, in: Auer, Frank von/Segbers, Franz (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, 53-77.
- Ders.: Protestantischer Sozialkonservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts. Pfarrer Rudolf Todts Auseinandersetzung mit dem Sozialismus im Widerstreit der kirchlichen und politischen Lager (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 32), Bonn 1993.
- Kanther, Michael A./Petzina, Dietmar: Victor Aimé Huber (1800-1869). Sozialreformer und Wegbereiter der sozialen Wohnungswirtschaft (Schriften zum Genossenschaftswesen und zur öffentlichen Wirtschaft, 36), Berlin 2000.
- Karl, Michael: Fabrikinspektoren in Preußen. Das Personal der Gewerbeaufsicht 1854-1945. Professionalisierung, Bürokratisierung und Gruppenprofil (Studien zur Sozialwissenschaft, 126), Opladen 1993.
- Kaschke, Lars: Eine versöhnende und beruhigende Wirkung? Zur Funktion der Rentenverfahren in der Invaliditäts- und Altersversicherung im Kaiserreich, in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 127-144.
- Ders.: Kommission für „Rentenquetsche“? Die Rentenverfahren in der Invalidenversicherung und die Bereinigung der Landesversicherungsanstalten 1901-1911, Bremen 1998.
 - Ders.: Nichts als „Bettelgelder“? Wert und Wertschätzung der Alters- und Invalidenrenten im Kaiserreich, in: HZ 270 (2000), 345-388.
- Kaschuba, Wolfgang: Zwischen deutscher Nation und deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, 83-108.
- Kaufhold, Karl Heinrich: Gustav von Schmoller (1838-1917) als Historiker, Wirtschafts- und Sozialpolitiker und Nationalökonom, in: VSWG 75 (1988), 217-252.
- Kaufmann, Franz-Xaver: Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Deutung, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden 2001, 3-101.
- Ders.: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main 2003.
- Kemper, Dirk: Mißbrauchte Aufklärung? Schriften zum preußischen Religionsedikt vom 9. Juli 1788, Hildesheim 1996.
- Kettern, Bernd: Ketteler, Wilhelm Emmanuel von, in: BBKL, Bd. 3, Herzberg 1992, Sp. 1429 ff.
- Kick, Karl G.: Von der Armenpflege zur Sozialpolitik. Die Entwicklung des Fürsorgewesens im 19. Jahrhundert am Beispiel Regensburgs (Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte, 3), Regensburg 1995.
- Kieseritzky, Wolther von: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878-1893) (Industrielle Welt, 62), Köln/Weimar/Wien 2002.
- Kiesewetter, Hubert: Industrielle Revolution in Deutschland 1815-1914, Frankfurt am Main 1989.
- Ders.: Region und Industrie in Europa 1815-1995 (Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte, 2), Stuttgart 2000.
- Kirchgässner, Bernhard: Adolph Wagner und die Geschichte der Bismarckschen Sozialversicherung (1870-1889), in: Strümpel, Burkhard (Hg.): Beiträge zur Wirtschaftswissenschaft in Berlin. Geschichte und Gegenwart (Wissenschaft und Stadt, 14), Berlin 1990.
- Kirchner, Wolfgang: Bankier für Preußen. Christian Rother und die Königlich-Preußische Seehandlung, Berlin 1987.

- Klein, Josef/Steyer, Kathrin: Fraktionsdebatte und Medienstrategien. Eine exemplarische Analyse öffentlicher und interner Konfliktaustragung, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, 288-318.
- Klein, Michael: Das Genossenschaftswerk Friedrich Wilhelm Raiffeisens und seine christlichen Wurzeln, in: Tanner, Klaus (Hg.): Gotteshilfe – Selbsthilfe – Staatshilfe – Bruderhilfe. Beiträge zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert (HCh, Sonderband 4), Leipzig 2000, 41-52.
- Ders.: Leben, Werk und Nachwirkung des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888). Dargestellt im Zusammenhang mit dem deutschen sozialen Protestantismus (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, 122), Köln 1997.
 - Ders.: Die Raiffeisen-Rezeption im Protestantismus, in: Strohm, Theodor/Thierfelder, Jörg (Hg.): Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871-1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 7), Heidelberg 1995, 145-160.
- Klein, Wolfgang: Schulze-Delitzschs Kampf um die Anerkennung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft als Rechtssubjekt vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse in Preußen mit einer vergleichenden Darstellung der englischen und französischen Entwicklung, Heidelberg 1972.
- Klein-Blenkers, Fritz: Courcelle-Seneuil – Emminghaus – Lindwurm als Vorläufer der neuen Betriebswirtschaftslehre in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Schriften zu Geschichte der Betriebswirtschaftslehre, 11), Köln 1996.
- Kleinmann, Dieter: Friedrich Naumann, in: Scholder, Klaus/Ders. (Hg.): Protestantische Profile. Lebensbilder aus fünf Jahrhunderten, Königstein/Ts. 1983, 267-285.
- Kliebisch, Udo W.: Transzendentalphilosophie als Kommunikationstheorie. Eine Interpretation der Dialektik Friedrich Schleiermachers vor dem Hintergrund der Erkenntnistheorie Karl-Otto Apels (Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 28), Bochum 1981.
- Klöcker, Michael: Das katholische Milieu. Grundüberlegungen – in besonderer Hinsicht auf das Deutsche Kaiserreich von 1871, in: ZRGG 44 (1992), 241-262.
- Knoblauch, Hubert: Die Sichtbarkeit der unsichtbaren Religion. Subjektivierung, Märkte und die religiöse Kommunikation, in: ZfR 5 (1997), 179-202.
- Ders./Schnettler, Bernt: Die Trägheit der Säkularisierung und die Trägheit des Glaubens. Der „Trendmonitor Religiöse Kommunikation 2003“ und die Kommunikation über Religion heute, in: Ziebertz, Hans-Georg (Hg.): Erosion des christlichen Glaubens? Umfragen, Hintergründe und Stellungnahmen zum „Kulturverlust des Religiösen“ (Wissenschaft aktuell: Theologie, 4), Münster 2004, 5-14.
- Koch, Peter: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland. Wechselseitige Auswirkungen der Entwicklung von Individual- und Sozialversicherung, in: ZVersWiss 69 (1980), 177-198.
- Koch, Rainer: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, in: Holl, Karl/Trautmann, Günter/Vorländer, Hans: Sozialer Liberalismus. Mit Beiträgen von Rita Aldenhoff u. a., Göttingen 1986, 17-33.
- Koch, Traugott: Ethische Grundlinien der Altersversorgung, in: ZVersWiss 87 (1998), 625-637.
- Koch, Walter: Und sie konnten nicht zueinander kommen. Das Verhältnis zwischen Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen (Schriftenreihe Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des deutschen Genossenschaftswesens, 3), Delitzsch 2000.
- Kocka, Jürgen: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, 2), Bonn 1990.
- Ders.: Phasen der europäischen Bürgertumsgeschichte, in: Gerhard, Hans-Jürgen (Hg.): Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Band 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert (VSWG, Beihefte, 133), Stuttgart 1997, 339-349.
- Koehler, Benedikt: Ludwig Bamberger. Revolutionär und Bankier, Stuttgart 1999.
- Köhler, Peter A./Zacher, Hans F. (Hg.): Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz (Schriftenreihe für internationales und vergleichendes Sozialrecht, 8), Berlin 1981.
- Dies.: Die Sozialversicherung im Europa der Jahrhundertwende, in: Die Sozialgerichtsbarkeit 28 (1981), 420-432.
- Komlos, John: Ein Überblick über die Konzeptionen der Industriellen Revolution, in: VSWG 84 (1997), 461-511.
- Konrad, Anette: Motive betrieblicher Sozialeinrichtungen im Vergleich. Das Essener Gußstahlwerk Fried. Krupp und die Hoechst Farbwerke Meister, Lucius & Brüning, Konstanz 1996.
- Körper, Karl-Otto: Lebensversicherung und Gesellschaft. Plädoyer für eine Sozialgeschichte der deutschen Lebensversicherung, in: ZVersWiss 86 (1997), 491-510.
- Koselleck, Reinhart: Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: Ders. (Hg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte (Sprache und Geschichte, 1), Stuttgart 1979, 19-36.
- Koslowski, Stefan: Die Geburt des Sozialstaats aus dem Geist des Deutschen Idealismus. Person und Gemeinschaft bei Lorenz von Stein, Weinheim 1989.
- Ders.: Vom sozialen Staat zum Sozialstaat. Aufstieg und Niedergang einer Vision, in: Der Staat 34 (1995), 221-241.
- Kottmann, Peter: Quasi-Versicherungen und der Staat. Zur Zeitgeschichte der Sterbekassen im Ravensberger Land, in: ZVersWiss 83 (1994), 511-530.

- Kouri, E(r)ki I.: Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870-1919. Zur Sozialpolitik im Bildungsbürgertum (Arbeiten zur Kirchengeschichte, 55), Berlin/New York 1984.
- Kramer, Wolfgang: Ernst Wilhelm Hengstenberg, die Evangelische Kirchenzeitung und der theologische Rationalismus, Erlangen/Nürnberg 1972.
- Kranich, Sebastian: Böhmert, Karl Viktor, in: BBKL, Bd. 19, Nordhausen 2001, Sp. 69-74.
- Ders.: Der christliche Sonntag. Heilmittel gegen das Leiden an der Moderne?, in: ZEE 44 (2000), 133-145.
 - Ders.: Die „Heiligkeit des ganzen Tages“. Das deutsche Ringen um die Sonntagsruhe vom Vormärz bis zur Mitte der 1850er Jahre, in: Friedrich, Martin u. a. (Hg.): Sozialer Protestantismus im Vormärz (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 2), Münster/Hamburg/London 2001, 43-56.
 - Ders.: Die Sächsische Evangelisch-Soziale Vereinigung. Von der Gründung 1903 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914. Eine historisch-systematische Studie (Religiöse Kulturen der Moderne, 13), Gütersloh 2006.
 - Ders./Wacker, Axel: Symbolische Kommunikation. Rote Kranzschleifen auf Sächsischen Friedhöfen, in: Melville, Gert (Hg.): Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2001, 569-584.
 - Ders.: Victor Böhmert (1829-1918): Nationalökonom, Jurist, Politiker, Publizist, Hochschullehrer, Staatsbeamter, Sozialreformer und Laientheologe, in: Tanner, Klaus (Hg.): Gotteshilfe – Selbsthilfe – Staatshilfe – Bruderhilfe. Beiträge zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert (HCh, Sonderband 4), Leipzig 2000, 71-88.
 - Ders.: Wagener, Friedrich Wilhelm Hermann, in: BBKL, Bd. 18, Herzberg 2001, Sp. 1463-1468.
- Kreikebohm, Ralf: Die Beteiligung des Staates an der Finanzierung der Rentenversicherung in der historischen Entwicklung, in: ZSR 41 (1995), 480-500.
- Kretschmar, Gottfried: Der Evangelisch-Soziale Kongreß. Der Protestantismus und die soziale Frage, Stuttgart 1972.
- Krolzik, Udo: Das Wöllnerische Religionsedikt, Hamburg 1998.¹
- Krüger, Dieter: Sozialisierung der Privatversicherung? Auseinandersetzungen um Trägerschaft und Betriebsform der deutschen Versicherungswirtschaft 1900-1950, in: VSWG 76 (1989), 346-377.
- Kuhlemann, Frank-Michael: Bürgertum und Religion, in: Lundgreen, Peter (Hg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997) (Bürgertum, 18), Göttingen 2000, 293-318.
- Ders.: Protestantisches Milieu in Baden. Konfessionelle Vergesellschaftung und Mentalität im Umbruch zur Moderne, in: Blaschke, Olaf/Ders. (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995, 316-349.
- Kühne, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 99), Düsseldorf 1994.
- Ders.: Entwicklungstendenzen der preußischen Wahlkultur im Kaiserreich, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik Deutschland (Dokumente und Texte, 4), Düsseldorf 1997, 131-197.
 - Ders.: Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: AfS 33 (1993), 481-547.
- Kulawik, Teresa: Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft. Schweden und Deutschland 1870-1912 (Reihe „Politik und Geschlechterverhältnisse“, 13), Frankfurt am Main/New York 1999.
- Kumlehn, Martina: Symbolisierendes Handeln. Schleiermachers Theorie religiöser Kommunikation und ihre Bedeutung für die gegenwärtige Religionspädagogik, Gütersloh 1999.
- Langewiesche, Dieter: Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 4: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation (Industrielle Welt, 48), Stuttgart 1989, 95-121.
- Ders.: Bismarck und die Nationalliberalen, in: Gall, Lothar (Hg.): Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 3), Paderborn u. a. 2001, 73-89.
 - Ders.: Liberalismus in Deutschland (1988), Frankfurt am Main⁴ 1995.
 - Ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: NPL 40 (1995), 190-236.
 - Ders.: „Volksbildung“ und „Leserlenkung“ in Deutschland von der wilhelminischen Ära bis zur nationalsozialistischen Diktatur, in: IASL 14 (1989), 108-125.

¹ Diese Monografie ist lediglich im Internet (<http://www.fachpublikationen.de/dokumente/01/02/>) veröffentlicht.

- Laubscher, Matthias Samuel: Kultur. Religionswissenschaftlich, in: RGG⁴, Bd. 4, Tübingen 2001, Sp. 1820 f.
- Lees, Andrew: Cities, Sin, and Social Reform in Imperial Germany (Social History, Popular Culture, and Politics in Germany), Ann Arbor, Mich. 2002.
- Lepp, Claudia: Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne. Der deutsche Protestantenverein in der Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes (Religiöse Kulturen der Moderne, 3), Gütersloh 1996.
- Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), in: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 100), Göttingen 1993, 25-50.
- Liedhegener, Antonius: Christentum und Urbanisierung. Katholiken und Protestanten in Münster und Bochum 1830-1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 77), Paderborn u. a. 1997.
- Lindenlaub, Dieter: Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich, vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890-1914), 2 Bde. (VSWG, Beihefte, 52; 53), Wiesbaden 1967.
- Loreck, Jochen: Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 130), Bonn-Bad Godesberg 1977.
- Lorenz, Ina Susanne: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906 (Historische Studien, 433), Husum 1980.
- Lösche, Peter/Walter, Franz: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: GG 26 (2000), 471-492.
- Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 75), Düsseldorf 1984.
- Ders.: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs, in: GG 17 (1991), 279-310.
- Luckmann, Thomas: Soziologie der Sprache, in: König, René (Hg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. 2, Stuttgart 1969, 1050-1101.
- Ders.: Die unsichtbare Religion (1991), Frankfurt am Main ⁴2000.
- Luhmann, Niklas: Religion als Kommunikation, in: Tyrell, Hartmann/Krech, Volkhard/Knoblauch, Hubert (Hg.): Religion als Kommunikation (Religion in der Gesellschaft, 4), Würzburg 1998, 135-145.
- Ders.: Die Religion der Gesellschaft, hg. von André Kieserling, Frankfurt am Main 2000.
 - Ders.: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie (1984), Frankfurt am Main ¹⁰2002.
- Lunkenheimer, Thomas: Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik, in: Strohm, Theodor/Thierfelder, Jörg (Hg.): Diakonie im deutschen Kaiserreich (1871-1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 7), Heidelberg 1995, 184-203.
- Lusiardi, Ralf: Caritas – Fraternitas – Solidarität. Überlegungen zur kollektiven Daseinsvorsorge in spätmittelalterlichen Zünften und Gesellenvereinigungen, in: Gilomen, Hans-Jörg/Guex, Sébastien/Studer, Brigitte (Hg.): Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 18), Zürich 2002, 139-151.
- Luykx, Paul: Niederländische Katholiken und die Demokratie 1900-1960, in: Greschat, Martin/Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Christentum und Demokratie im 20. Jahrhundert (Konfession und Gesellschaft, 4), Stuttgart/Berlin/Köln 1992, 89-110.
- Machtan, Lothar: Adolph Wagner und die Gründung des Vereins für Socialpolitik, in: ZSR 34 (1988), 510-523.
- Ders.: Bismarck-Kult und deutscher National-Mythos 1890 bis 1940, in: Ders. (Hg.): Bismarck und der deutsche National-Mythos, Bremen 1994, 14-67.
 - Ders.: Risikoversicherung statt Gesundheitsschutz für Arbeiter. Zur Entstehung der Unfallversicherungsgebung im Bismarck-Reich, in: Leviathan 23 (1985), 420-441.
 - Ders./Berlepsi, Hans-Jörg von: Vorsorge oder Ausgleich – oder beides? Prinzipienfragen staatlicher Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: ZSR 32 (1986), 257-275; 343-358.
- Mader, Klaus: Wilhelm Weitlings politische Theorie. Entwicklung und Vergleich zum rezipierten politisch-literarischen Umfeld, München 1989.
- Maluschke, Günther: Wie sozial ist der klassische Liberalismus?, in: Gauger, Jörg-Dieter/Weigelt, Klaus (Hg.): Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation. Beiträge von Alois Baumgartner u. a., Bonn 1990, 9-29.
- Manow, Philip: Kapitaldeckung oder Umlage: Zur Geschichte einer anhaltenden Debatte, in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 145-168.
- Maser, Peter: „Berathung der Armuth“. Das soziale Wirken des Barons Hans Ernst von Kottwitz zwischen Aufklärung und Erweckungsbewegung in Berlin und Schlesien (Forschungen zur praktischen Theologie, 10), Frankfurt am Main 1991.

- Ders.: Hans Ernst von Kottwitz. Studien zur Erweckungsbewegung des frühen 19. Jahrhunderts in Schlesien und Berlin (Kirche im Osten, 21), Göttingen 1990.
- Matz, Klaus-Jürgen: Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts (Industrielle Welt, 31), Stuttgart 1980.
- Mauch, Gerhard J.: Betriebliche Sozialleistungen Württembergischer Unternehmen im 19. Jahrhundert. Entwicklungen, Rahmenbedingungen und Beweggründe ihrer Bereitstellung bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Veröffentlichungen des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg, 17), St. Katharinen 1995.
- Maute, Hans-Ernst: Die Februarerlasse Kaiser Wilhelms II. und ihre gesetzliche Ausführung, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Internationalen Arbeiterschutzkonferenz von 1890, Bielefeld 1984.
- McLeod, Hugh: Piety and Poverty. Working-Class Religion in Berlin, London and New York 1870-1914 (Europe Past and Present Series), New York/London 1996.
- Mergel, Thomas: Grenzgänger. Das katholische Bürgertum im Rheinland zwischen bürgerlichem und katholischem Milieu 1870-1914, in: Blaschke, Olaf/Kuhlemann, Frank-Michael (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995, 166-192.
- Ders.: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 135) (2002), Düsseldorf 2005.
- Ders.: Peter Reichensperger: Der katholische Liberale, in: Freitag, Sabine (Hg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, 185-199; 326 f.
- Ders.: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794-1914 (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, 9), Göttingen 1994.
- Metz, Karl H.: Historische Sozialpolitik: Die Politik der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts, in: ZSR 36 (1990), 653-671.
- Minart, Gérard: Frédéric Bastiat (1801-1850). Le croisé du libre-échange, Paris u. a. 2004.
- Mommsen, Wolfgang J.: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890 (Propyläen Geschichte Deutschlands, 7/1), Frankfurt am Main/Berlin 1993.
- Moos, Thorsten: Staatszweck und Staatsaufgaben in den protestantischen Ethiken des 19. Jahrhunderts (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 5), Münster 2005.
- Mooser, Josef: Katholische Volksreligion, Klerus und Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Thesen, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, 54), Stuttgart 1993, 144-156.
- Ders.: Volk, Arbeiter und Bürger in der katholischen Öffentlichkeit des Kaiserreichs. Zur Sozial- und Funktionsgeschichte der deutschen Katholikentage 1871-1913, in: Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur (Bürgertum, 1), Göttingen 1991, 259-273.
- Moritz, Wolfram von: Wilhelm Weitling. Religiöse Problematik und literarische Form (Europäische Hochschulschriften, Reihe 1: Deutsche Sprache und Literatur, 412), Frankfurt am Main/Bern 1981.
- Morsey, Rudolf: Bismarck und das Zentrum, in: Gall, Lothar (Hg.): Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 3), Paderborn u. a. 2001, 43-72.
- Mosse, George L.: Das deutsch-jüdische Bildungsbürgertum, in: Koselleck, Reinhart (Hg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 2: Bildungsgüter und Bildungswissen (Industrielle Welt 41), Stuttgart 1990, 168-180.
- Moxter, Michael: Kultur. Kirchengeschichtlich, in: RGG⁴, Bd. 4, Tübingen 2001, Sp. 1821-1824.
- Mühling-Schlapkohl, Markus: Nächstenliebe. Zum Begriff, in: RGG⁴, Bd. 6, Tübingen 2003, Sp. 14.
- Müller, Hans Martin (Hg.): Kulturprotestantismus. Beiträge zu einer Gestalt des modernen Christentums, Gütersloh 1992.
- Müller, Johann Baptist: Der deutsche Sozialkonservatismus, in: Schumann, Hans-Gerd (Hg.): Konservatismus (1974), Königstein/Ts. 1984, 199-221.
- Ders.: Der politische Professor der Konservativen – Friedrich Julius Stahl (1802-1861), in: Kraus, Hans-Christof (Hg.): Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten, Berlin 1995, 69-88.
- Müller-Dreier, Armin: Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs. Der Evangelische Bund 1886-1914 (Religiöse Kulturen der Moderne, 7), Gütersloh 1998.
- Na'aman, Shlomo: Arbeitervereine, Arbeitertage und Arbeiterverband – drei Etappen auf dem Weg zur Arbeiterpartei, in: Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869, hg. von Dieter Dowe (Reprints zur Sozialgeschichte), Berlin/Bonn 1980, IX-LI.
- Ders.: Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859-1867 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 81), Düsseldorf 1987.
- Ders.: Lassalles Beziehungen zu Bismarck, ihr Sinn und Zweck. Zur Beleuchtung von Gustav Mayers „Bismarck und Lassalle“, in: AfS 2 (1962), 55-85.
- Ders.: Die theoretischen Grundlagen der Aktion Lassalles im Briefwechsel mit Rodbertus, in: International Review of Social History 6 (1961), 431-455.

- Nabrings, Arie: Friedrich Julius Stahl. Rechtsphilosophie und Kirchenpolitik (Unio und Confessio, 9), Bielefeld 1983.
- Neuhlsen-von Stryk, Karin: Die venezianische Seeversicherung im 15. Jahrhundert (Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, 64), Ebelsbach 1986.
- Neuberth, Rudi: Sozialphilosophische Gedanken und Sozialstaatskonzeptionen protestantischer Theologen des 19. Jahrhunderts. Argumente und Argumentationstypen, in: Tanner, Klaus (Hg.): Gotteshilfe – Selbsthilfe – Staatshilfe – Bruderhilfe. Beiträge zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert (HCh, Sonderband 4), Leipzig 2000, 89-114.
- Neugebauer, Ralph: Versicherungsrecht vor dem Versicherungsvertragsgesetz. Zur Entstehung des modernen Binnenversicherungsrechts im 19. Jahrhundert (Ius Commune, Sonderhefte, 51), Frankfurt am Main 1990.
- Neukirch, Johannes: Luthardt, Christoph Ernst, in: BBKL, Bd. 5, Herzberg 1993, Sp. 440 ff.
- Niehr, Thomas: Die Asyldebatte im Deutschen Bundestag – eine „Sternstunde“ des Parlaments? Untersuchungen zur Debattenkultur im Deutschen Bundestag, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, 241-260.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat (1983), München ⁵1991.
- Ders.: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist (1990), München ³1993.
- Offermann, Toni: Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich. Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktzeit, in: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, 109-135.
- Olschewski, Andreas: Die Verschriftlichung von Parlamentsdebatten durch die stenographischen Dienste in Geschichte und Gegenwart, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, 336-353.
- Orde, Klaus vom: Carl Mez. Ein Unternehmer in Industrie, Politik und Kirche (1992), Gießen ²1994.
- Otte, Hans: Den Ideen Gestalt geben. Theodor Lohmann im Centralausschuss für die Innere Mission, in: Kaiser, Jochen-Christoph/Loth, Wilfried (Hg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik (Konfession und Gesellschaft, 11), Stuttgart/Berlin/Köln 1997, 32-55.
- Ders.: Liebestätigkeit – Christlich oder kirchlich? Gerhard Uhlhorns Bedeutung für die Ortsbestimmung der Diakonie im Kaiserreich, in: Strohm, Theodor/Thierfelder, Jörg (Hg.): Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871-1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 7), Heidelberg 1995, 334-355.
- Pankoke, Eckart: Soziale Bewegung – Soziale Frage – Soziale Politik. Grundfragen der deutschen „Socialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, 12), Stuttgart 1970.
- Paulsen, Ingwer: Viktor Aimé Huber als Sozialpolitiker (Friedewalder Beiträge zur sozialen Frage, 7) (1931), Berlin ²1956.
- Petzina, Dietmar: „Sozialer Protestantismus“ und bürgerliche Sozialreform – das Beispiel Victor Aimé Huber, in: Friedrich, Norbert (Hg.): Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 6), Münster/Hamburg/London 2005, 17-36.
- Pfeiffer-Munz, Susanne: Soziales Recht ist deutsches Recht. Otto von Gierkes Theorie des sozialen Rechts untersucht anhand seiner Stellungnahmen zur deutschen und zur schweizerischen Privatrechtskodifikation (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte, 2), Zürich 1979.
- Pflanze, Otto: Bismarck. Der Reichsgründer (1990), München 1997.
- Ders.: Bismarck. Der Reichskanzler (1990), München 1998.
- Pierenkemper, Toni: „Dienstbotenfrage“ und Dienstmädchenarbeitsmarkt am Ende des 19. Jahrhunderts, in: AfS 28 (1988), 173-201.
- Plessen, Marie-Louise: Die Wirksamkeit des Vereins für Sozialpolitik von 1872-1890. Studien zum Katheder- und Staatssozialismus, Berlin 1975.
- Pohl, Karl Heinrich: Katholische Sozialdemokraten oder sozialdemokratische Katholiken in München: ein Identitätskonflikt?, in: Blaschke, Olaf/Kuhlemann, Frank-Michael (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995, 233-253.
- Pöhlmann, Horst Georg: Abriß der Dogmatik. Ein Kompendium (1973), Gütersloh ³1990.
- Pollack, Detlef: Was ist Religion? Probleme der Definition, in: ZfR 3 (1995), 163-190.
- Pollmann, Klaus Erich: Parlamentarische Kultur im deutschen Kaiserreich 1867/71-1918, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, 101-110.
- Prenk, Anton: Die Kirchen vor der Herausforderung der sozialen Frage. Eine vergleichende Studie zur Entwicklung der christlich-sozialen Bewegungen Deutschlands in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Hagen 2003.
- Preul, Reiner: Sittlichkeit, in: RGG⁴, Bd. 7, Tübingen 2004, Sp. 1356 ff.
- Priddat, Birger P.: Die andere Ökonomie. Eine neue Einschätzung von Gustav Schmollers Versuch einer „ethisch-historischen“ Nationalökonomie im 19. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie, 2), Marburg 1995.

- Ders.: Intention and Failure of W. Roscher's „Historical Method“ of National Economics, in: Koslowski, Peter (Hg.): *The Theory of Ethical Economy in the Historical School. Wilhelm Roscher, Lorenz von Stein, Gustav Schmoller, Wilhelm Dilthey and Contemporary Theory* (Studies in Economic Ethics and Philosophy), Berlin u. a. 1995, 15-34.
- Prinz, Michael: *Brot und Dividende. Konsumvereine in Deutschland und England vor 1914* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 112), Göttingen 1996.
- Prohl, Inken: *Liebe. Religionsgeschichtlich*, in: RGG⁴, Bd. 5, Tübingen 2002, Sp. 335 f.
- Prüfer, Sebastian: *Sozialismus statt Religion. Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863-1890* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 152), Göttingen 2002.
- Puschner, Uwe: Stoecker, Adolf, in: BBKL, Bd. 10, Herzberg 1995, Sp. 1507-1511.

- Raabe, Felix: *Zwischen Kirche und Welt. 150 Jahre Deutsche Katholikentage*, in: HK 52 (1998), 230-235.
- Radtke, Wolfgang: *Armut in Berlin. Die sozialpolitischen Ansätze Christian von Rothers und der Königl. Seehandlung im vormärzlichen Preußen*, Berlin 1993.
- Ders.: *Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 30), Berlin 1981.
- Raphael, Lutz: *Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert* (Europäische Geschichte), Frankfurt am Main 2000.
- Ratz, Ursula: *Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Bürgerlichen Sozialreform in Deutschland* (Sozialpolitische Schriften, 73), Berlin 1997.
- Raupp, Werner: *Edelmann, Johann Christian*, in: BBKL, Bd. 20, Nordhausen 2002, Sp. 434-444.
- Ders.: *Wichern, Johann Hinrich*, in: BBKL, Bd. 16, Herzberg 1999, Sp. 1473-1503.
- Reeken, Dietmar von: *Kirchen im Umbruch zur Moderne. Milieubildungsprozesse im nordwestdeutschen Protestantismus 1849-1914* (Religiöse Kulturen der Moderne, 9), Gütersloh 1999.
- Ders.: *Protestantisches Milieu und „liberale“ Landeskirche? Milieubildungsprozesse in Oldenburg 1849-1914*, in: Blaschke, Olaf/Kuhlemann, Frank-Michael (Hg.): *Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten – Krisen* (Religiöse Kulturen der Moderne, 2), Gütersloh 1995, 290-315.
- Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867-1870. *Historische Photographien und biographisches Handbuch*, bearb. von Bernd Haunfelder/Klaus-Erich Pollmann (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2), Düsseldorf 1989.
- Reidegeld, Eckart: *Armenpflege und Migration von der Gründung des Deutschen Bundes bis zum Erlass des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz*, in: Bommers, Michael/Halfmann, Jost: *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen* (IMIS-Schriften, 6), Osnabrück 1998, 253-282.
- Ders.: *Schöpfermythen des Wilhelminismus. Kaiser und Kanzler an der „Wiege des deutschen Sozialstaates“*, in: Machtan, Lothar (Hg.): *Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung*, Frankfurt am Main/New York 1994, 261-279.
- Ders.: *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und theoretische Analyse von den Ursprüngen bis 1918*, Opladen 1996.
- Reif, Heinz: *Bismarck und die Konservativen*, in: Gall, Lothar (Hg.): *Otto von Bismarck und die Parteien* (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 3), Paderborn u. a. 2001, 17-42.
- Reininghaus, Wilfried: *Das erste beaufsichtigte System von Krankenkassen: Preußen 1845-1869. Das Beispiel der Regierungsbezirke Arnsberg und Minden*, in: ZSR 29 (1983), 271-295.
- Rendtorff, Trutz: *Christentum*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 1, Stuttgart 1972, 772-814.
- Retallack, James N.: *Ein glückloser Parteiführer in Bismarcks Diensten – Otto von Helldorff-Bedra (1833-1908)*, in: Kraus, Hans-Christof (Hg.): *Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten*, Berlin 1995, 185-203.
- Ders.: *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1876-1918*, Boston 1988.
- Reulecke, Jürgen: *Die Anfänge der organisierten Sozialreform in Deutschland*, in: Bruch, Rüdiger vom (Hg.): *„Weder Kommunismus noch Kapitalismus“. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer* (Bücher zur Sozialgeschichte und sozialen Bewegung), München 1985, 21-59.
- Ders.: *Sozialer Frieden durch soziale Reform. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung* (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 6), Wuppertal 1983.
- Ders.: *Vorgeschichte und Entstehung des Sozialstaats in Deutschland bis ca. 1930. Ein Überblick*, in: Kaiser, Jochen-Christoph/Greschat, Martin (Hg.): *Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938*, Stuttgart 1996, 57-71.
- Richter, Rudolf: *Bridging Old and New Institutional Economics. Gustav Schmoller, the Leader of the Younger German Historical School, Seen with Neoinstitutionalists' Eyes*, in: JITE/ZgS 152 (1996), 567-592.
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914* (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, 5), Bonn 1992.

- Ders.: Bismarck und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung (Pforzheimer Hefte, 8), Pforzheim 1998.
 - Ders.: Bismarck und die Grundlegung des deutschen Sozialstaates, in: Ruland, Franz/Maydell, Bernd Baron von/Papier, Jürgen (Hg.): *Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaats. Festschrift für Hans F. Zacher zum 70. Geburtstag*, Heidelberg 1998, 789-820.
 - Ders.: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts (1976), in: Ders.: *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Frage. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 1996, 131-182.
 - Ders.: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Bürgertum in Deutschland, in: Hettling, Manfred/Nolte, Paul (Hg.): *Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays*, München 1996, 171-191.
 - Ders.: Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts (Otto-von-Freising-Vorlesungen der Katholischen Universität Eichstätt, 16), Opladen 1998.
 - Ders.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich (1989), München² 1991.
 - Ders.: Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich (Arbeitsbücher: Sozialgeschichte und soziale Bewegung), München 1983.
 - Ders.: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1980.
 - Ders.: Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (1988), in: Ders.: *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Frage. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 1996, 11-66.
- Rivinius, Karl Josef: Weitling, Wilhelm, in: BBKL, Bd. 13, Herzberg 1998, Sp. 699-705.
- Rogger, Franziska: „Wir helfen uns selbst!“. Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns – Borns Leben, Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren (Erlanger Studien, 67), Erlangen 1986.
- Rohe, Karl: Einleitung (Sektion: Milieus, Identitäten und politisches Verhalten im Ruhrgebiet), in: Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum. 26. bis 29. September 1990, Stuttgart 1991, 172-175.
- Ders.: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.
- Rohr, Donald G.: *The Origins of Social Liberalism in Germany*, Chicago/London/Toronto 1963.
- Rosenhagen, Ulrich: Von der sich selbst genügenden kleinen Welt zum opferfähigen Gemeinsinn des Wirtschaftsbürgers. Genossenschaftsvorstellungen im liberalen Protestantismus des 19. Jahrhunderts bei Victor Aimé Huber und Otto von Gierke, in: Tanner, Klaus (Hg.): *Gotteshilfe – Selbsthilfe – Staatshilfe – Bruderhilfe. Beiträge zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert* (HCh, Sonderband 4), Leipzig 2000, 135-153.
- Rother, Klaus: *Die Reichsversicherungsordnung 1911. Das Ringen um die letzte große Arbeiterversicherungs-gesetzgebung des Kaiserreichs unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Sozialdemokratie*, Aachen/Mainz 1994.
- Rückert, Joachim: Entstehung und Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Ruland, Franz (Hg.): *Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung. Festschrift aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der gesetzlichen Rentenversicherung* (Schriftenreihe des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt, 1), Neuwied 1990, 1-50.
- Rudloff, Wilfried: Politikberater und opinion-leader? Der Einfluß von Staatswissenschaftlern und Versicherungsexperten auf die Entstehung der Invaliditäts- und Altersversicherung, in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hg.): *Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat* (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 93-119.
- Sachße, Christoph: Frühformen der Leistungsverwaltung: die kommunale Armenfürsorge im deutschen Kaiserreich, in: Heyen, Erk Volkmars (Hg.): *Bürokratisierung und Professionalisierung der Sozialpolitik in Europa (1870-1918). Bureaucratisation et professionnalisation de la politique sociale en Europe (1870-1918)* (Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte, 5), Baden-Baden 1993, 1-20.
- Ders./Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg (1980), Stuttgart/Berlin/Köln² 1998; Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart u. a. 1988.
 - Ders./Tennstedt, Florian: Sozialpolitik vor dem Sozialstaat: Freizügigkeit und Armenwesen in der Gründungsphase des Deutschen Reiches, in: ZSR 47 (2001), 205-222.
 - Ders.: Wohlfahrtsstaat in Deutschland: Strukturen, Paradoxien, Perspektiven, in: Wollasch, Andreas (Hg.), *Wohlfahrtspflege in der Region. Westfalen-Lippe während des 19. und 20. Jahrhunderts im historischen Vergleich* (Forschungen zur Regionalgeschichte, 22), Paderborn 1997, 269-282.
- Saile, Wolfgang: Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Sozialismus, Tübingen 1958.
- Saldern, Adelheid von: *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute* (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte, 38), Bonn 1995.

- Saul, Klaus: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland. Wirtschafts- und sozialpolitische Grundlagen. Industrialisierung, Systemstabilisierung und Sozialversicherung. Zur Entstehung, politischen Funktion und sozialen Realität der Sozialversicherung des kaiserlichen Deutschland, in: ZVersWiss 69 (1980), 177-198.
- Sauter, Gerhard: Die Sorge um den Menschen in der evangelischen Theologie des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Elms, Kaspar/Looock, Hans-Dietrich (Hg.): Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Berlin/New York 1990, 3-21.
- Schieder, Theodor: Sozialismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 5, Stuttgart 1984, 923-996.
- Schieder, Wolfgang: Religion in der Sozialgeschichte, in: Ders./Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 3: Soziales Verhalten und soziale Aktionsformen in der Geschichte, Göttingen 1987, 9-31.
- Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- Schlögl, Rudolf: Katholische Kirche, Religiosität und gesellschaftlicher Wandel. Rheinisch-westfälische Städte 1750-1830, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt, 54), Stuttgart 1993, 86-112.
- Schmeller, Thomas: Hierarchie und Egalität. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung paulinischer Gemeinden und griechisch-römischer Vereine (Stuttgarter Bibelstudien, 162), Stuttgart 1995.
- Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich (Grundwissen Politik, 2) (1988), Opladen ²1998.²
- Schmitt, Karl: Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, in: Best, Heinrich (Hg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich (Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen, 22), St. Katharinen 1989, 155-174.
- Schmitt, Sabine: Der Arbeiterinnenschutz im deutschen Kaiserreich. Zur Konstruktion der schutzbedürftigen Arbeiterin (Ergebnisse der Frauenforschung, 37), Stuttgart/Weimar 1995.
- Schneider, Michael: Evangelische Christen und Christliche Gewerkschaften im Kaiserreich, in: Auer, Frank von/Segbers, Franz (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, 78-91.
- Ders.: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute (1989), Bonn ²2000.
- Schnorr, Stefan-Georg: Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert. Reformulierung liberaler politischer Theorie in Deutschland und England am Beispiel von Friedrich Naumann und Leonhard T. Hobhouse, Baden-Baden 1990.
- Schönhoven, Klaus: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1987.
- Ders.: Selbsthilfe als Form der Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich vor 1914, in: AfS 20 (1980), 147-195.
- Schoeps, Hans-Joachim: Hermann Wagener ein konservativer Sozialist. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus, in: Ders.: Das andere Preußen. Konservative Gestalten und Probleme im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV., Berlin ⁵1981, 203-230.
- Schraepfer, Ernst: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland, Bd. 1: 1800-1870 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, 6) (1955), Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main ³1964, 7-45.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 7), Düsseldorf 1995.
- Schröder, Wolfgang: Subjekt oder Objekt der Sozialversicherung? Zur Wirkung der Sozialgesetzgebung auf die Adressaten, in: Machtan, Lothar (Hg.): Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main/New York 1994, 126-162.
- Schulte, C. J.: Der sozialreformerische Beitrag des Reichs-Invalidenfonds und des Kaiserlichen Dispositionsfonds zu einer die Menschenwürde sichernden Freiheit, in: ZSR 35 (1989), 580-599.
- Schulz, Günther: Betriebliche Sozialpolitik in Deutschland seit 1850, in: Pohl, Hans (Hg.): Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 13. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 28. März bis 1. April 1989 in Heidelberg (VSWG, Beihefte, 95), Stuttgart 1991, 137-176.

² Die 1. Auflage trug lediglich den Titel „Sozialpolitik“.

- Schulz von Thun, Friedemann: Miteinander reden, Bd. 1: Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation, Reinbek 1981.
- Schulz-Nieswandt, Frank: Zu einer archetypischen Morphologie der Sozialpolitik. Genossenschaft und sakrales Königtum (Schriften zur Sozialpolitik, 7), Weiden/Regensburg 2000.
- Schwarz, Max: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.
- Schwöbel, Christoph: Christentum, in: RGG⁴, Bd. 2, Tübingen 1999, Sp. 183-238.
- Seeber, Gustav/Fesser, Gerd: Linksliberale und sozialdemokratische Kritik an Bismarcks Sozialreform, in: Machatan, Lothar (Hg.): Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main/New York 1994, 83-125.
- Segbers, Franz: „... es wurde beliebt, die Arbeit sofort einzustellen.“ Die Kirche und die Arbeitskämpfe, in: Auer, Frank von/Ders. (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, 92-112.
- Sellier, Ulrich: Die Arbeiterschutzgesetzgebung im 19. Jahrhundert. Das Ringen zwischen christlich-sozialer Ursprungsidee, politischen Widerständen und kaiserlicher Gesetzgebung (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, N. F., 82), Paderborn u. a. 1998.
- Shanahan, William O.: Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815-1871 (1954), München 1962.
- Sheehan, James J.: The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany, Chicago/London 1966.
- Ders.: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. 1770-1914, München 1983.
 - Ders.: Lujo Brentano. German Intellectual 1866-1918, London 1979.
 - Ders.: Wie bürgerlich war der deutsche Liberalismus?, in: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, 28-44.
- Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815-1870, hg. von Wolfram Fischer/Jochen Krengel/Jutta Wietog (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1982.
- Spindler, Helga: Von der Genossenschaft zur Betriebsgemeinschaft. Kritische Darstellung der Sozialrechtslehre Otto von Gierkes (Rechtshistorische Reihe, 16), Frankfurt am Main/Bern 1982.
- Stalman, Volker: Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 121), Düsseldorf 2000.
- Ders.: Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker: Die konservativen Parteien (1867-1918), in: Gall, Lothar (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 5), Paderborn u. a. 2003, 91-125.
- Stambolis, Barbara: Nationalisierung trotz Ultramontanisierung oder: „Alles für Deutschland. Deutschland aber für Christus“. Mentalitätsleitende Wertorientierung deutscher Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, in: HZ 269 (1999), 57-97.
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, Stuttgart/Mainz 1972.
- Stegmann, Franz Josef/Langhorst, Peter: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Euchner, Walter u. a.: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hg. von Helga Grebing (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 13), Essen 2000, 599-862.
- Stein, Jürgen: Zwischen Thron und Arbeitswelt. Die Evangelische Kirche und der Arbeitsschutz in den Jahren 1885-1905, in: Strohm, Theodor/Thierfelder, Jörg (Hg.): Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871-1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 7), Heidelberg 1995, 58-73.
- Steinhoff, Anthony J.: Ein zweites konfessionelles Zeitalter? Nachdenken über die Religion im langen 19. Jahrhundert, in: GG 30 (2004), 549-570.
- Stollberg, Gunnar: Die gewerkschaftsnahen, zentralisierten Hilfskassen im deutschen Kaiserreich, in: ZSR 29 (1983), 339-369.
- Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 2: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800-1914, München 1992.
- Ders.: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland. Ein Grundriß, Stuttgart 2003.
 - Ders.: Historische Grundlagen. Sozialpolitik in Deutschland bis 1945, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden 2001, 199-332.
 - Ders.: Hundert Jahre Gesetzliche Krankenversicherung, in: ZSR 29 (1983), 612-623.
 - Ders.: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland. Rechtsgeschichtliche Entwicklung, in: ZVersWiss 69 (1980), 155-175.
 - Ders.: Industrielle Revolution und Sozialversicherung, in: Ruland, Franz/Maydell, Bernd Baron von/Papier, Jürgen (Hg.): Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaats. Festschrift für Hans F. Zacher zum 70. Geburtstag, Heidelberg 1998, 1081-1099.
 - Ders.: Die Sozialversicherung Bismarcks. Politisch-institutionelle Bedingungen ihrer Entstehung, in: Zacher, Hans F. (Hg.): Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung. Colloquium der Projektgruppe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht der Max-Planck-Gesellschaft (Schriftenreihe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht, 3), Berlin 1979, 387-411.

- Strathmann-von Soosten, Ellen: Der evangelisch-soziale Kongreß 1890-1904. Eine historisch-systematische Studie zum Verhältnis von christlicher Ethik und industrieller Gesellschaft, Marburg 1987.
- Sturm, Stephan: Soziale Reformation: J. H. Wicherns Sozialtheologie als christentumspolitisches Programm, in: Friedrich, Martin u. a.: Sozialer Protestantismus im Vormärz (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, 2), Münster/Hamburg/London 2001, 67-93.
- Stürmer, Michael: Bismarck: Sozialpolitik als Rason des Machtstaates, in: ZSR 29 (1983), 370-389.
- Ders.: Dialog der Schwerhörigen: Liberalismus und Kirchen im Zeitalter des Nationalstaats (1983), in: Ders.: Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München 1986, 138-150.
- Tanner, Klaus: Der Staat des christlichen Gemeinwohls? Protestantische Staatsutopien und die Krise sozialstaatlicher Institutionen, in: ZEE (39) 1995, 151-162.
- Tenfelde, Klaus: Bismarck und die Sozialdemokratie, in: Gall, Lothar (Hg.): Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 3), Paderborn u. a. 2001, 111-135.
- Ders.: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Ders. u. a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, hg. von Ulrich Borsdorf, Köln 1987, 15-165.
 - Ders.: Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Hettling, Manfred/Nolte, Paul (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, 247-268.
 - Ders.: Typen der Arbeiterbewegung – Erträge und Grenzen sozialgeschichtlicher Forschung, in: Gerhard, Hans-Jürgen (Hg.): Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Band 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert (VSWG, Beihefte, 133), Stuttgart 1997, 350-368.
- Tennstedt, Florian: Der Ausbau der Sozialversicherung in Deutschland 1890-1945, in: Pohl, Hans (Hg.): Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 13. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 28. März bis 1. April 1989 in Heidelberg (VSWG, Beihefte, 95), Stuttgart 1991, 225-243.
- Ders.: Berufsgenossenschaften als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Rolle des Kasseler Regierungspräsidenten Eduard von Magdeburg im Prozeß der Sozialstaatswerdung, in: Gitter, Wolfgang/Schulin, Bertram/Zacher, Hans F. (Hg.): Festschrift für Otto Ernst Krasney zum 65. Geburtstag, München 1997, 611-627.
 - Ders.: „Bismarcks Arbeiterversicherung“ zwischen Absicherung der Arbeiterexistenz und Abwehr der Arbeiterbewegung. Anmerkungen zu den Voraussetzungen ihrer Entstehung, in: Matthöfer, Hans/Mühlhausen, Walter/Ders.: Bismarck und die soziale Frage im 19. Jahrhundert (Friedrichsruher Beiträge, 16), Friedrichsruh 2001, 51-87.
 - Ders.: Der deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871-1881. Anmerkungen zu einem alten Thema aufgrund neu erschlossener Quellen, in: Wollasch, Andreas (Hg.): Wohlfahrtspflege in der Region. Westfalen-Lippe während des 19. und 20. Jahrhunderts im historischen Vergleich (Forschungen zur Regionalgeschichte, 22), Paderborn 1997, 255-267.
 - Ders./Winter, Heidi: Einleitung, in: Henning, Hansjoachim/Ders. (Hg.): Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Abteilung II: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), Bd. 2, Teil 1: Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, bearb. von Florian Tennstedt/Heidi Winter, Stuttgart/Jena/New York 1995, XIX-XLIV.
 - Ders.: Die Errichtung von Krankenkassen in deutschen Städten nach dem Gesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland, in: ZSR 29 (1983), 297-338.
 - Ders./Winter, Heidi: „Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen, und es ist nicht weise, die Sorgen der Zukunft freiwillig auf die Gegenwart zu übernehmen“ (Bismarck). Die Anfänge des Sozialstaats im Deutschen Reich von 1871, in: ZSR 41 (1995), 671-706.
 - Ders./Winter, Heidi: Der „Meschores“ von Ferdinand Lassalle, in: IWK 30 (1994), 508 f.
 - Ders.: Napoleon III. oder Zitelmann & Co., Frankreich oder Braunschweig? Anmerkungen zu möglichen Vorbildern der Alterssicherungspolitik Bismarcks, in: ZSR 41 (1995), 543-551.
 - Ders.: „Nur nicht privat mit Dividende und Konkurs“. Der deutsche Weg zum Sozialstaat – auch eine Folge von Bismarcks Ansichten über private Unfallversicherungsgesellschaften, in: Heinze, Meinhard/Schmitt, Jochem: Festschrift für Wolfgang Gitter zum 65. Geburtstag am 30. Mai 1995, Wiesbaden 1995, 993-1004.
 - Ders.: Peitsche und Zuckerbrot oder ein Reich mit Zuckerbrot? Der deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871-1881, in: ZSR 43 (1997), 88-101.
 - Ders.: Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat: Der Irvingianer Hermann Wagener und der Lutheraner Theodor Lohmann als Ratgeber und Gegenspieler Bismarcks, in: Kaiser, Jochen-Christoph/Loth, Wilfried (Hg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik (Konfession und Gesellschaft, 11), Stuttgart/Berlin/Köln 1997, 19-31.
 - Ders.: Die Selbstverwaltung der Krankenkassen im deutschen Kaiserreich, in: Heyen, Erk Volkmar (Hg.): Bürokratisierung und Professionalisierung der Sozialpolitik in Europa (1870-1918). Bureaucratization et

- professionnalisation de la politique sociale en Europe (1870-1918) (Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte, 5), Baden-Baden 1993, 83-100.
- Ders.: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981.
 - Ders.: Sozialreform als Mission. Anmerkungen zum politischen Handeln Theodor Lohmanns, in: Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u. a. 1994, 538-559.
 - Ders./Winter, Heidi: „Der Staat hat wenig Liebe – activ wie passiv“. Die Anfänge des Sozialstaats im Deutschen Reich von 1871. Ergebnisse archivalischer Forschungen zur Entstehung der gesetzlichen Unfallversicherung, in: ZSR 39 (1993), 362-392.
 - Ders.: Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914 (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, 32), Köln 1983.
 - Ders.: Vorgeschichte und Entstehung der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, in: ZSR 27 (1981), 663-710.
 - Ders.: Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Sicherung gewerblicher Arbeiter gegen Alter und Invalidität: Anstöße, Initiativen und Widerstände im Regierungslager und im Parlament zwischen dem Gründungsjahr der politischen Arbeiterbewegung (1863) und der Kaiserlichen Sozialbotschaft (1881), in: Fisch, Stefan/Haerendel, Ulrike (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 141), Berlin 2000, 31-48.
- Tober, Holger J.: Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus. Anschauungen der liberalen Parteien im parlamentarischen Entscheidungsprozeß und in der öffentlichen Diskussion (Historische Studien, 460), Husum 1999.
- Tode, Sven: Von der Fürsorge zur Verwaltung. Frühneuzeitliche Fürsorgepolitik in Danzig, in: Gilomen, Hans-Jörg/Guex, Sébastien/Studer, Brigitte (Hg.): Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 18), Zürich 2002, 167-182.
- Trautmann, Günter: Einleitung: Der soziale Liberalismus – Eine parteibildende Kraft?, in: Holl, Karl/Ders./Vorländer, Hans: Sozialer Liberalismus. Mit Beiträgen von Rita Aldenhoff u. a., Göttingen 1986, 9-16.
- Ders.: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus. Staatsintervention und Sozialreform in der Politikökonomie des 18./19. Jahrhunderts, in: Holl, Karl/Ders./Vorländer, Hans: Sozialer Liberalismus. Mit Beiträgen von Rita Aldenhoff u. a., Göttingen 1986, 34-56.
- Tremp, Kathrin Utz: Barmherzigkeit und Versicherung zugleich. Die Armenfürsorge der Freiburger Heiliggeistbruderschaft an der Wende vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit, in: Gilomen, Hans-Jörg/Guex, Sébastien/Studer, Brigitte (Hg.): Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 18), Zürich 2002, 183-197.
- Treue, Wilhelm/Kaufhold, Karl Heinrich: Victor Aimé Huber und seine sozialpolitischen Schriften, in: Munding, K(arl) (Hg.): Victor Aimé Hubers Ausgewählte Schriften über Socialreform und Genossenschaftswesen, neu hg. von dens., Frankfurt am Main 1990, *V-*XII.
- Trischler, Helmuth: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im Bergbau 1851-1945. Bergbehördliche Sozialpolitik im Spannungsfeld von Sicherheit und Produktionsinteressen, in: AfS 28 (1988), 111-151.
- Ders.: Gewerkschaftliche Sozialreform und bürgerliche Sammlungspolitik. Die Volksversicherung im Wilhelminischen Deutschland, in: Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u. a. 1994, 618-633.
- Tyrell, Hartmann: Handeln, Religion und Kommunikation, in: Ders./Krech, Volkhard/Knoblauch, Hubert (Hg.): Religion als Kommunikation (Religion in der Gesellschaft, 4), Würzburg 1998, 83-134.
- Ders./Krech, Volkhard/Knoblauch, Hubert: Religiöse Kommunikation. Einleitende Bemerkungen zu einem religionssoziologischen Forschungsprogramm, in: Dies. (Hg.): Religion als Kommunikation (Religion in der Gesellschaft, 4), Würzburg 1998, 7-29.
- Uecker, Andreas: Die kirchliche Oktoberversammlung 1871 zu den Aufgaben der Zeit, Greifswald 1991.
- Uertz, Rudolf: Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789-1965) (Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, 25), Paderborn u. a. 2005.
- Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918 (Neue Historische Bibliothek, N. F., 546) (1995), Frankfurt am Main ⁶1999.
- Ders.: Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880-1889, in: HZ 229 (1979), 574-610.
- Vademecum zu einem Klassiker der Historischen Schule [Wilhelm Roscher; PE], Düsseldorf 1994.
- Valjavec, Fritz: Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung, in: HJb 72 (1953), 386-400.

- Viertel, Gerlinde: Anfänge der Rettungshausbewegung unter Adelberdt Graf von der Recke-Volmerstein (1791-1878). Eine Untersuchung zu Erweckungsbewegung und Diakonie (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, 110), Bonn 1993.
- Vogd, Werner: Soziobiologie als moralische oder religiöse Kommunikation? Überlegungen zu biologischen Selbstbeschreibungen unserer Gesellschaft, in: ZfR 9 (2001), 3-39.
- Wattler, Theo: Sozialpolitik der Zentrumsfraktion zwischen 1877 und 1889 unter besonderer Berücksichtigung interner Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozesse, Köln 1978.
- Watzlawick, Paul: Menschliche Kommunikation (1967), Bern/Stuttgart/Toronto ¹⁰2000.
- Weber, Marie-Lise: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik (Frankfurter historische Abhandlungen, 28), Stuttgart 1987.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995.
- Weichlein, Siegfried: Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 137), Düsseldorf 2004.
- Weigand, Wolf: Wagner, Adolph Heinrich Gotthilf, in: BBKL, Bd. 15, Herzberg 1999, Sp. 1426-1430.
- Wengeler, Martin: Argumentationsmuster im Bundestag. Ein diachroner Vergleich zwei Debatten zum Thema Asylrecht, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, 221-240.
- Wernert, Maria-Agnes: Lujo Brentano als Sozialpolitiker, Köln 1950.
- Werthmann, Sabine: Vom Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit. Ein Beitrag zur deutschen Justizgeschichte des 19. Jahrhunderts (Ius Commune, Sonderhefte, 69), Frankfurt am Main 1995.
- Wesseling, Klaus-Günther: Uhlhorn, Gerhard, in: BBKL, Bd. 12, Herzberg 1997, Sp. 820-837.
- Wetzel, Walter: Industriearbeit, Arbeiterleben und betriebliche Sozialpolitik im 19. Jahrhundert. Eine Untersuchung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Industriearbeitern am Beispiel der chemischen Industrie in der Region Untermain (Europäische Hochschulschriften, Reihe 5: Volks- und Betriebswirtschaft, 2313), Frankfurt am Main u. a. 1998.
- Wienfort, Monika: Ländliche Rechtsverfassung und bürgerliche Gesellschaft. Patrimonialgerichtsbarkeit in den deutschen Staaten 1800 bis 1855, in: Der Staat 33 (1994), 207-239.
- Dies.: Patrimonialgerichte in Preußen. Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht 1770-1848/49 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 148), Göttingen 2001.
- Winkler, Jürgen R.: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 75), Opladen 1995.
- Wohlrab, Klaus: Armut und Staatszweck. Die politische Theorie der Armut im deutschen Naturrecht des 18. und 19. Jahrhunderts (Naturrecht und Rechtsphilosophie in der Neuzeit, 6), Goldbach 1997.
- Wolfes, Matthias: Religion und symbolische Sprachform. Vorbereitende Überlegungen zu einer Theorie responsibler religiöser Kommunikation, in: Tanner, Klaus (Hg.): Religion und symbolische Kommunikation, Leipzig 2004, 149-167.
- Wülfig, Wulf/Bruns, Karin/Parr, Rolf: Historische Mythologie der Deutschen 1798-1918, München 1991.
- Zacher, Hans F.: Aktuelle Herausforderungen für die Sozialversicherung, in: Eichenhofer, Eberhard (Hg.): Bismarck, die Sozialversicherung und deren Zukunft (Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaft e.V., Jena, 8), Berlin 2000, 75-98.
- Zerche, Jürgen: Die sozialpolitischen Ansätze im Leben und Werk von Hermann Schulze-Delitzsch. Darstellung und kritische Würdigung (Schriftenreihe Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des deutschen Genossenschaftswesens, 5), Delitzsch 2001.
- Zimmermann, Harm Peer: Pauperismus und Restauration. Krankenhäuser und Arbeitshäuser als Beispiele eines sozialpolitischen roll back in Schleswig und Holstein 1820 bis 1864, in: ZSR 41 (1995), 657-670.
- Zimmermann (Erli), Peter: Bötticher (auch: Boetticher), Karl Heinrich von, in: BBKL, Bd. 29, Nordhausen 2008, Sp. 151-154.
- „... ich nenne es immer wieder praktisches Christenthum ...“. Das Ringen um einen Konsensbegriff, in: Dauer durch Wandel. Institutionelle Ordnungen zwischen Verstetigung und Transformation. Im Namen der Mitarbeiter des Sonderforschungsbereichs 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ hg. von Stephan Müller/Gary S. Schaal/Claudia Tiersch, Köln/Weimar/Wien 2002, 269-280.
- Ders.: Liebe als Argument. Die Indienstnahme eines biblischen Imperativs für politische Zwecke, in: Tanner, Klaus (Hg.): „Liebe“ im Wandel der Zeiten. Kulturwissenschaftliche Perspektiven (Theologie – Kultur – Hermeneutik, 3), Leipzig 2005, 183-197.
- Ders.: Schulze-Delitzsch, Hermann, in: BBKL, Bd. 25, Nordhausen 2005, Sp. 1316-1324.
- Zitt, Renate: Korporative Selbsthilfe oder Staatsfürsorge. Worüber kam es zum Bruch zwischen Bismarck und Lohmann?, in: Tanner, Klaus (Hg.): Gotteshilfe – Selbsthilfe – Staatshilfe – Bruderhilfe. Beiträge zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert (HCh, Sonderband 4), Leipzig 2000, 173-194.
- Dies.: Lohmann, Theodor Christian, in: BBKL, Bd. 20, Nordhausen 2002, Sp. 937-943.
- Dies.: Theodor Lohmanns Bedeutung für die Positionsbestimmung der Inneren Mission gegenüber der sozialen Frage, in: Strohm, Theodor/Thierfelder, Jörg (Hg.): Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871-1918).

Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 7), Heidelberg 1995, 74-104.

- Dies.: Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik. Der protestantische Sozialreformer Theodor Lohmann (1831-1905). Eine Studie zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert, Heidelberg 1997 (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, 10).
- Dies.: „Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik“. Der protestantische Sozialreformer Theodor Lohmann und seine Bedeutung für die Positionsbestimmung der Inneren Mission gegenüber der sozialen Frage in den Umbrüchen des Kaiserreichs, in: Kaiser, Jochen-Christoph/Greschat, Martin (Hg.): Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938, Stuttgart 1996, 212-221.